



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851



vom 29. August 2024

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von rund 2.400 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Marienwerder in den 1920er Jahren: Dom, Kapitelschloss und Danzker (r-l). – Quelle: Adam Kraft, Rudolf Naujok: Ostpreußen. Ein Bildwerk mit 220 Fotos. Würzburg 2002, [ISBN 3-88189-444-6](https://www.isbn.de/3-88189-444-6), Bild 193; unbekannt (auch im Fotonachweis nicht aufgeführt); Wikimedia gemeinfrei.

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten

Seite A f: Impressum

Danach das Inhaltsverzeichnis für Teil A von insgesamt 7 Seiten



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

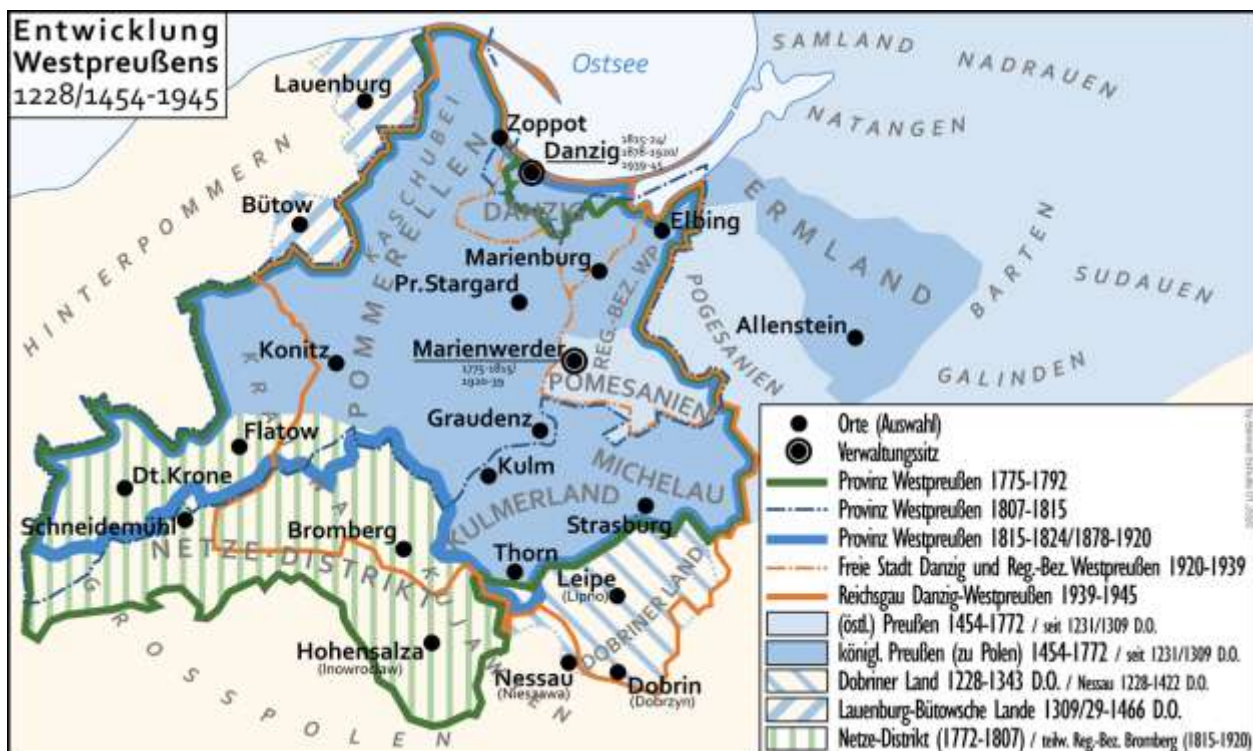
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

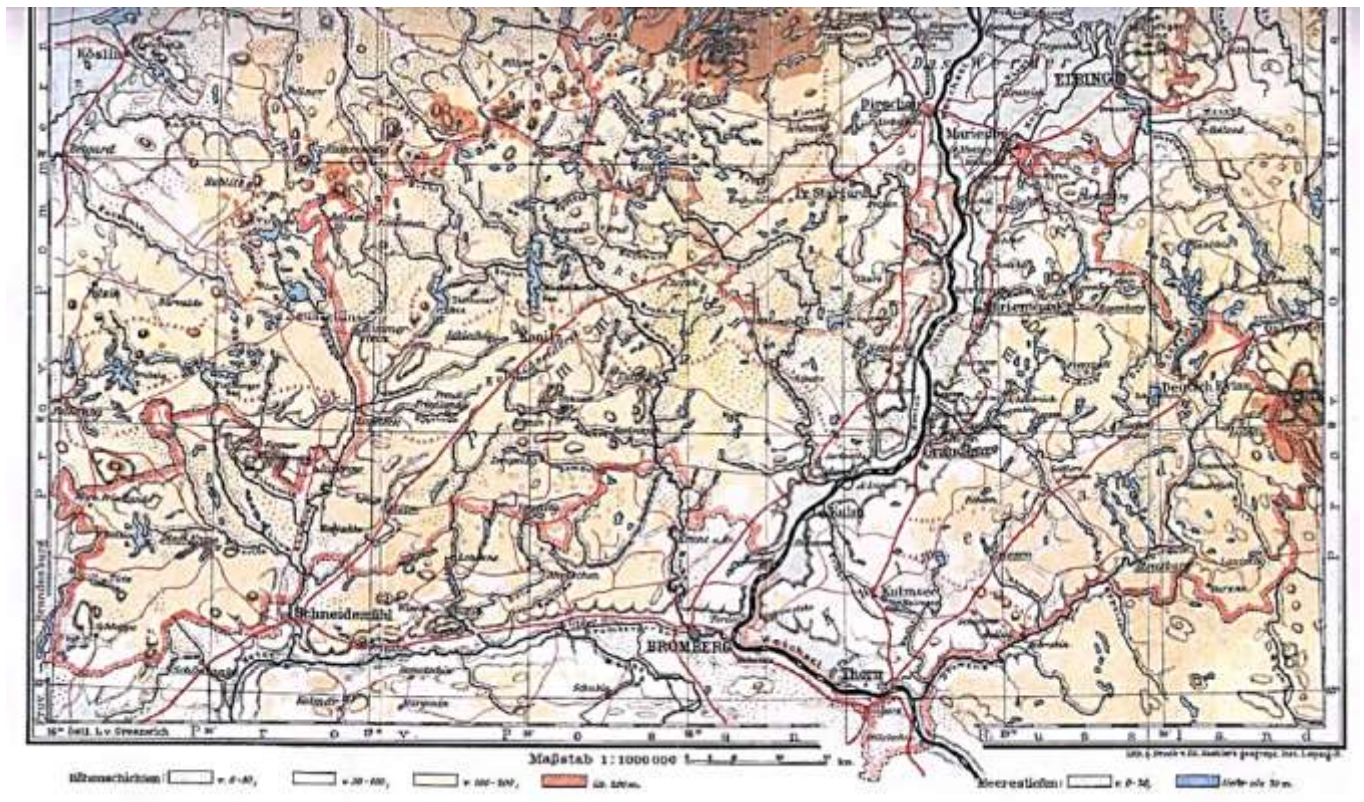
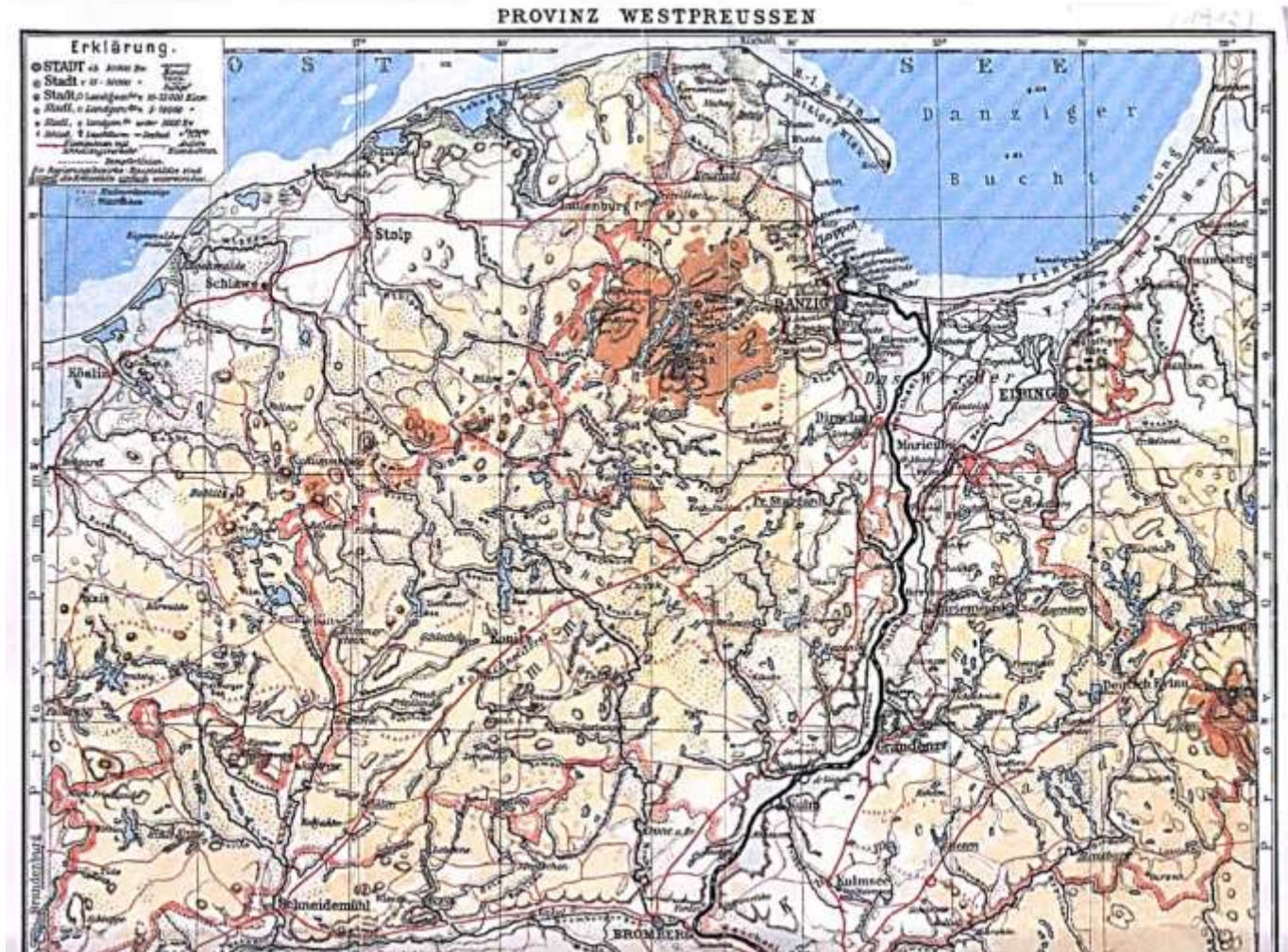
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.-

<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>.

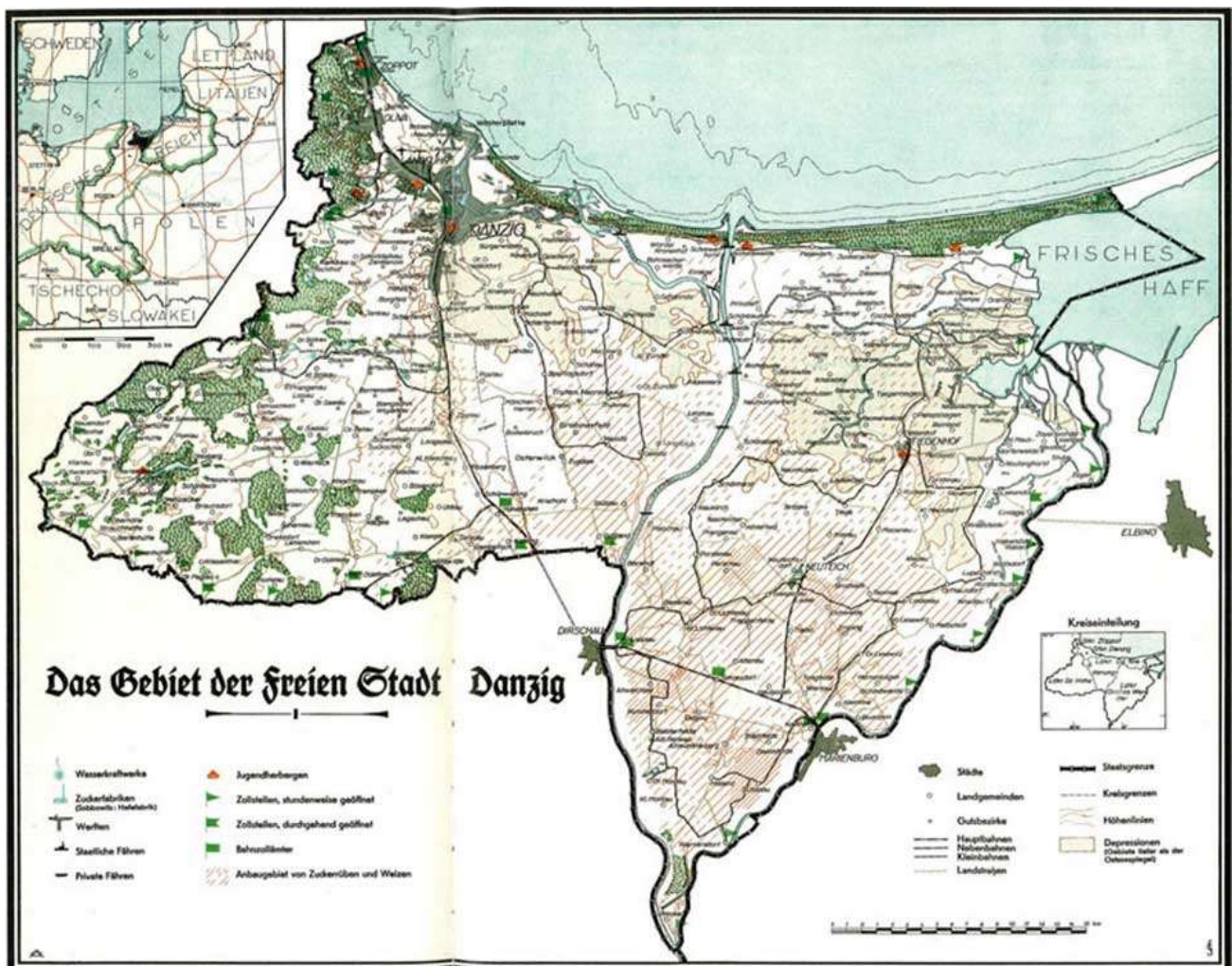
Urheber: Bennet Schulte/Wikipedia. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>





Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920.
 (siehe zur Erläuterung die Karte auf Seite A b unten)



Das dem Deutschen Reich nach 1918 bzw. nach 1945 im Osten abgenommene und geraubte Gebiet (ohne Sudetenland), projiziert auf die Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich um 165.000 Quadratkilometer, wovon über 90 Prozent an Polen fielen, allein nach dem Zweiten Weltkrieg 103.057 Quadratkilometer.

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 851 vom 29.08.2024:

Montag, 26.08.2024, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 852 erscheint) voraussichtlich, am Donnerstag, dem 03.10.2024.

Redaktionsschluss für AWR-852: Montag, 01.10.2024, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen:

Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit:

Tanzgruppe „Beschwingter Kreis“ – Leitung Horst Teschendorf
Chinesische Tanzgruppe Berlin – Leitung QunZu
Montagsgruppe Selerweg-Griechischer Tanz – Leitung Thomas Bakalios
Folklore Tanzkreis – Leitung Marlies Hartung



REISEN UND WANDERN

Reise und Wandergruppe „Post-Senioren“ – Leitung Hans-Eckhard Bethge
Erlebnisreisen – Leitung Detlef Lohmann



REPAIR CAFÉ

Repair-Café – Leitung Rüdiger K. Büttner



UND WAS GIBT ES AUCH NOCH?

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige – Leitung Marina Dillmann
Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Briefmarken – Leitung Wolfgang Hartmann
Seniorengruppe Feierabend – Leitung Friedrich Limbach
Auszeit für die Seele – Leitung Ivette Nitsche
FAL-Freude am Leben e.V. – Leitung Rosita Schiffler
Hausfrauen-Trödel – Leitung Eveline Zitzlaff

Die Gruppen haben alle eine Gruppenleitung, die ehrenamtlich tätig ist und Interessenten und Neueinsteiger gerne berät.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns bitte an.
Wir beraten und vermitteln Sie an eine unserer Gruppen.
Wir stehen Ihnen ebenfalls zur Verfügung, wenn Sie eine Gruppe gründen möchten.



KONTAKT

Michael Mielke, 0176 – 34 66 58 27
michaelmielke1000@t-online.de
Zusätzliche Informationen finden Sie unter
www.seniorenmitpower.com



Aktiv im Alter – Gemeinsam statt einsam



50 Jahre Dachverband – Ein Rückblick, aber auch ein Ausblick

Anfang der 70er Jahre kamen in Steglitz die ersten Seniorengruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Unter dem Motto: „Miteinander – Füreinander“ gründeten sie am 5. September 1973 den Dachverband Steglitzer Seniorenvereinigungen unter der Leitung von H.J. Behrendt. Bis 1991 war der Dachverband auch gleichzeitig Seniorenbeirat im Bezirk und nahm Aufgaben wahr, die heute von der Seniorenvertretung übernommen worden sind. Mit der Verschmelzung der Bezirke Steglitz und Zehlendorf fand die Anpassung des Dachverbandes statt, so dass es heute den Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen gibt. Das Interesse der älteren Bevölkerung an aktiver Freizeitgestaltung hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Heute sind 55 Mitgliedsgruppen in 8 Sparten organisiert. Der Dachverband ist überparteilich, unabhängig, gemeinnützig und wird vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und vielen Spendern unterstützt und gefördert. Was ist Aufgabe des Dachverbandes in der Zukunft? Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen gilt es, Menschen eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die ihrem Leben einen schöneren Sinn geben kann, die fördert und zusammenführt. Es steht für unsere Zielsetzung, Abwechslung und motivierende Grupeerlebnisse zu organisieren und wegzukommen von Langerweile. Der Dachverband wird auch in Zukunft als Sprachrohr für und Bindeglied zwischen Senioren und Bezirk auf ehrenamtlicher Basis zu verstehen sein und daher ein nicht weg zu denkender Faktor bleiben.



UNSERE ANGEBOTE IM ÜBERBLICK

FOTO UND VIDEO

Fotoclub Steglitz-Zehlendorf – Leitung Reinhard Krause
Berliner Tonfilm Amateure e.V. BTA – Leitung Inga Winterfeldt



GYMNASTIK UND YOGA

Cantienica-Beckenboden- und Rückentraining
– Leitung Corinna Buchholz
Yoga 50+ – Leitung Sabine Goldbach
Gymmis – Leitung Heidrun Kistler
Trampolinfitness – Leitung Tania Lipowski
Chi Gong Gruppe – Leitung Dr. Ortwin Lüers
Sportgruppe – Leitung Martina Lutter-Walther
Old Gymnastics Boys – Leitung Michael Mielke
Gymnastikgruppe Trimmis – Leitung Ilona Nixdorf

Yogagruppe – Leitung Hildegard Pätzold
Taiji Gruppe – Leitung Wolfgang Wagner



KARTENSPIELE UND SCHACH

Doppelkopf für Nichtraucher – Leitung Conny Amor
Bridge Sport Club Nr. 6 – Leitung Claus-Dieter Barnowski
Canasta – Leitung Eva-Maria Fornarelli
60 + Doppelkopf ohne 9! – Leitung Hans-Jürgen Rook
Bund Schachgruppe – Leitung Abdollah Safai-Nia
Skatfreunde ,09 – Leitung Thomas Scherzer
Skatfreunde Kute 85 – Leitung Wolfgang Schuttsch
Skatgruppe – Leitung Jürgen Seidel
Doppelkopf für Nichtraucher „Moonlight Gamblers“
– Leitung Kurt Thiede
Bridge – Leitung Wolfgang Walter
Skatgruppe – Leitung Sylvia Weihe



KREATIVES GESTALTEN

Malen – Leitung Monika Fischer
Malen „Berliner Palette“ – Leitung Renate Heckert
Porzellanmalen – Leitung Gabriele Tschampel
Acrylmalgruppe – Leitung Antonia Vogt



MUSIK UND TANZ

Nefatari – Orientalischer Tanz – Leitung Gisela Altintas
Seniorenorchester Berlin-Zehlendorf – Leitung Renate Blauert-Catudal
Alphorn – Leitung Horst Jaitner
Shanty-Chor Berlin e.V. – Leitung Peter Keller
Kapelle B/The Dixies/September – Leitung Karl-Josef Lenz
Square Up's SDC – Leitung Günter Löscher
Ess Choreal – Leitung Gisela Manz
Frauenchor – Leitung Heidrun Nicking
Dynamite Devils Berlin SDC – Leitung Rainer Peter
Honey Bears SDC – Leitung Carsten Rauter
Rubber Dollies SDC – Leitung Erika Schütten
Naturton-Salon – Leitung Gesa Schumann
Orientalischer Tanz – Leitung Alexandra Staats

Teil A
Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A a
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A b
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A c
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A d
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A e
<i>BRD und die Gebietsverluste des Deutschen Reiches seit 1918</i>	Seite A f
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A g
Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen: Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit	Seite A h

Rechtsradikal?

Seite A 0

A. a) Editorial:

Seite A 1

Und dann fahren Sie von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli?
Wir danken RBB und DIE WELT Erleuchtung!

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe

Seiten A 2 – A 7

- 01) Frederik Schindler: „Alice Weidel und die Landesgrenze“**
(in DIE WELT vom 26. Juli 2024, Seite 4)
Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter
- 02) „Qualitätsjournalismus“ und „Historikerzunft“ am Abgrund.**
Bemerkungen zu einem Beitrag in der Tageszeitung DIE WELT vom
26.07.2027 – Wahlwerbung für die Alternative für Deutschland (AfD)
par excellence!
Eine Stellungnahme von Manfred Saganer

A. c) Aufruf zur Unterstützung

Seiten A 8 – A 13

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin**
- 2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa**
- 3) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung**
- 4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!**

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56
Du musst denken

Seite A 12

Seite A 13

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seite A 14

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 15

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 16 – A 43

- 01) **DOD**Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 66. Jahrgang, Nr. 4, 2024 (Auszug)
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin
- 04) Westpreußen-Kongress 27.- 29.09.2024 in Warendorf: Westpreußens kurzes Silbernes Zeitalter – Aufbruch der preußischen Provinz in der Kaiserzeit
- 05) 12.10.2023, Westpreußischer Gesprächskreis
- 06) 25.09.2024, Tagesfahrt mit der Bahn nach Wismar (Deutschlandticket)
- 07) Heimatkreis Flatow
- 08) Heimatkreis Schlochau

- 09) Heimatkreis Wirsitz
- 10) 34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025: Breslau
- 11) 07.09.2024, Heimatkreis Grenzmark-Treffen in Berlin
- 12) Tag der Danziger, 30.08. bis 01.09.2024 in Düsseldorf
- 13) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart
- 14) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart
- 15) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

A. h) Vortragsveranstaltungen

Seiten A 44 – A 65

- 01) Vortragsreihe des WBW im 2. Halbjahr 2024
- 02) Vortragsreihe der AGOM im 2. Halbjahr 2024
- 03) Lehrkräfteseminar in Berlin, „Einladung zum Lehrkräfteseminar in Berlin - „Flucht und Vertreibung vermitteln“, 13.-15. September 2024
- 04) 10.09.2024, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: straucheln und lichten. Ein Waldversuch. **Lesereihe zwischen Büro und Depot von Judith Zander**
- 05) 19.09.2024, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Gerhart Hauptmanns Märchendichtungen. Museum für Kinder, Märchendichtungen
- 06) 2024/2025, UTB: Programm in Vorbereitung
- 07) 07.09.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Leben auf dem platten Land – Schönfließer Mauer- und Wendegeschichte
- 08) 12.09.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Rationale oder nationale Architektur?
- 09) 28.09.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Von der Bulgarischen Straße zum Volkspark Wuhlheide (Spreeweg VIII)
- 10) 03.09.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Zeiss-Großplanetarium
- 11) 11.09.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Alliierte in Berlin – das Architekturerbe. Fotovortrag der Architekturfotografin Mila Hacke
- 12) 2024/2025, Literaturhaus Berlin: Veranstaltungen in Vorbereitung
- 13) 13.09.2024, Literarisches Colloquium Berlin: Lyrik aus dem Südosten Europas
- 14) 13.09.2024, Topographie des Terrors: Ha'Mishlahat | Delegation - Film
- 15) 08.09.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Immanuel Kant: Von den Grenzen der Vernunft und der Autonomie des Menschen. Vortrag von apl. Prof. Dr. Stefan Büttner-von Stülpnagel
- 16) 29.09.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Georg Forster (1754–1794): Naturforscher, Humanist und Revolutionär. Vortrag von Dr. Katrin Schmersahl

- 17) 2024, Gesellschaft für Erdkunde: Zurzeit keine Veranstaltungen
- 18) Dr. Gerda Schirrmeister: Veranstaltungen in Vorbereitung
- 19) 12.09.2024, URANIA Berlin: Wege in den Klassizismus - von Jaques Louis David bis Karl Friedrich Schinkel. Vortrag von Thomas R. Hoffmann
- 20) 19.09.2024, Staatsbibliothek zu Berlin: Von Flöhen, Katzen, Affen und der Literatur. Franz Kafkas und E.T.A. Hoffmanns Bestiarien

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten A 66 – A 79

- 01) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2. Halbjahr 2024
- 02) 13.05.2024 – 15.09.2024, Kommunale Galerie: Susanne Wehland. My Eyes Are Set on Freedom. Malerei, Skulptur
- 03) Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg: u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 04) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung
- 05) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg
- 06) Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 07) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Hinweis auf Startseite
- 08) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft. UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

A. k) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 80 – A 86

- 01) 15.08. - 27.10.2024, Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf: Neue Kabinettausstellung: »Maria Im Puls der Zeit. Wallfahrten und Prozessionen«
- 02) 2024/2025, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025
- 03) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024
- 04) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz
- 05) 31.08.2024 – 02.02.2025, Schlesisches Museum: LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt. Sonderausstellung
- 06) Weitere Termine im Schlesischen Museum"
- 07) Zentrum gegen Vertreibungen: Angebot von Ausstellungen

Den einzelnen weiteren Abschnitten B, C, D und E sind jeweils Inhaltsverzeichnisse vorgeschaltet!



Teil A

A. a) Editorial: Und dann fahren Sie von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli? Wir danken RBB und DIE WELT für Erleuchtung!

Liebe Landsleute, liebe Leser,

wir haben es geahnt: unser Hinweis auf einen Beitrag in der Tageszeitung DIE WELT und Sendungen im Radio Berlin-Brandenburg (RBB) hat zu keinen Kommentaren geführt, wir haben keine erhalten, DIE WELT hat keinen Leserbrief dazu veröffentlicht. So können wir uns nur wiederholen:

„Wir verzeichnen es täglich: Wir sind mit unseren Themen nicht im „Trend“. Das historische Ostdeutschland wird weitgehend ignoriert. Parteien und das weite Feld der Öffentlichkeit in unserem Land sieht in uns unbequeme und daher zu ignorierende Mahner. Die mangelhafte Ausstattung der ostdeutschen Landes-museen mit Finanzmitteln und Personal, das Fehlen von Instituten für ostdeutsche Geschichte und Landeskunde, die Streichung der Bezeichnung „deutsch“ bei Tätigkeitsfeldern im Osten Europas u.a.m. sind Fingerzeige dafür.

Auf den nächsten Seiten A 3– A 7 haben wir uns einen Beitrag der Tageszeitung DIE WELT vorgenommen, der nur so strotzt von Unkenntnis bei der Behandlung des Themas. Nun warten Sie wohl gespannt, was die Parteien, die wissenschaftlichen Einrichtungen, die Kommissionen dazu sagen werden? Wir haben die Hoffnung aufgegeben. Eine der großen Parteien im Deutschen Bundestag hat auch eine institutionalisierte „Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge“ sowie in der Parteigliederung bundesweit eine entsprechende Vereinigung. Was machen die eigentlich?

Na, richtig, wir haben unsere eigenen Verbände, die sich in der Öffentlichkeit mit entsprechenden Pressemitteilungen usw. ständig zu Wort melden. Wirklich?

Und Sie als Leser? Schreiben Sie fleißig Leserbriefe, melden Sie sich allenthalben zu Wort? Die Hoffnung stirbt zuletzt!“

Mit herzlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke

Der AWR gliedert sich zurzeit in vier Bereiche:

A u.a. Stellungnahmen, Leserbriefe, Forderungen / Grundsätze, Fördermöglichkeiten, Ostdeutsche Landsmannschaften und Heimatkreise. Termine von Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen in Berlin und auswärts.

B Termine und Berichte zu wissenschaftlichen Fachtagungen, Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt (Besprechungen, Büchereingang).

C Mitteilungen, Mitteilungen aus drei Berliner Patenbezirken, Berichte, Dokumentationen, Ehrungen / Gedenken / Nachrufe.

D Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Siedlungsgebiete.

E Ausgewählte globale Entwicklungen bzw. Entwicklungen in Ostmitteleuropa.



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkengasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

**01) „Alice Weidel und die Landesgrenze“ von Frederik Schindler
(in DIE WELT vom 26. Juli 2024, Seite 4)**

In der Juni-Ausgabe 2024 Der Eckart, eine der Neuen Rechten zugeordnete österreichische Monatsschrift für Politik, Volkstum und Kultur und herausgegeben von der Österreichischen Landsmannschaft, wird ein Interview der Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel mit dem ECKART-Schriftleiter Konrad Markward Weiß publiziert. Der Titel lautet: *Unsere wichtigste Maßnahme: Die Wiederherstellung des Rechts!* Kern des Interviews ist die Fragestellung, welche Ziele die AfD im Falle einer Übernahme von Regierungsverantwortung verfolgen würde. Vertriebenenpolitische Aspekte, wie sie Frederik Schindler in seinem DIE WELT-Beitrag *Alice Weidel und die Landesgrenze* vom 26. Juli 2024 unter Bezugnahme auf Vorwürfe des Historiker Jens-Christian Wagner suggeriert, sind dem Interview nicht zu entnehmen. Wagner hatte gegenüber DIE WELT behauptet, *[w]enn Frau Weidel de facto sagt, sie weigere sich, den nun polnischen Namen der Geburtsstadt ihres Vaters anzuerkennen, stellt sie die nach 1945 gezogenen Grenzen infrage und wendet sich gegen die Aussöhnung mit Polen [...]*. Alice Weidel hat in dem Interview auf die Bemerkung von Konrad M. Weiß *Ihr Vater ist selbst ein Vertriebener...* als einleitendes Statement ausgeführt: *Ja, Weidel ist ein oberschlesischer Name, meine Familie väterlicherseits kommt aus Leobschütz. Ich habe mich immer geweigert nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet und diese Stadt umzubenennen. Mein Vater hatte eine schreckliche Kindheit, er hat seinen Bruder verloren. Er hat darüber nie geredet und ist auch nie dorthin zurückgekehrt, weil er komplett traumatisiert ist – immer noch.*

Wagners Interpretation der Weigelschen Haltung, wie man sie in dem Interview nachlesen kann, ist sachlich falsch sowie völlig überzogen. Weshalb der Gebrauch der heute polnischen Ortsnamen statt der deutschen ein Politikum sein soll, bleibt unerfindlich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Passage auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes: Die Behörde empfiehlt *die Benutzung des im deutschen Sprachraum gebräuchlichen deutschen Namens, sofern ein solcher schon vor 1933 existiert hat*. Demnach ist es in keiner Weise zu kritisieren, wenn Alice Weidel den deutschen Ortsnamen Leobschütz in dem Interview verwendet und nicht Głubczyce, wie es der Historiker Wagner zur Wahrung der „*political correctness*“ fordert.

Man kann zur AfD stehen, wie man will; einen politischen Gegner – wie hier geschehen – zu diffamieren, trägt nur dazu bei, ihn zu stärken. Das gilt entsprechend auch für weitere Äußerungen Wagners, die in dem DIE WELT-Beitrag zitiert werden. Sie stehen überdies in keinem Zusammenhang mit Weidels Eckart-Interview.

Dr. Jürgen Martens, Königswinter

**02) „Qualitätsjournalismus“ und „Historikerzunft“ am Abgrund.
Bemerkungen zu einem Beitrag in der Tageszeitung DIE WELT vom
26.07.2027 – Wahlwerbung für die Alternative für Deutschland (AfD)
*par excellence!***

Eine Stellungnahme von Manfred Saganer

In dem auf den nächsten Seiten abgedruckten Beitrag versucht der WELT-Mitarbeiter Frederik Schindler ein Bild von Leobschütz zu vermitteln, was kläglich misslingt. Und so wird Schlesien auch nicht in den größeren Zusammenhang des sog. „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ gestellt, zu dem es seit dem Vertrag von Trentschin im Jahre 1337 gehörte wie auch die beiden Staaten Preußen und Österreich, der König in Preußen war zugleich Kurfürst von Brandenburg, wählte in dieser Funktion den deutschen König, der dann die römische Kaiserwürde erhielt, die in jener Zeit des Übergangs Schlesiens an Preußen von den Habsburgern in Wien getragen wurde.

Seit einiger Zeit werden in den Medien Berichte über die Oder-Neiße-Gebiete gebracht, in denen – so im RBB in Filmen über Schlesien und Masuren – nur die nichtdeutschen Ortsnamen genannt werden. Es gibt auch Wissenschaftler die dieser Tendenz folgen. Auf wen geht das zurück? Es würde doch wohl keinem Journalisten einfallen, in den Medien einen Bericht über Italien zu bringen in dem die Reise von Milano über Venezia und Firenze nach Napoli geht. Also was soll mit dieser Leugnung ostdeutschen Kulturgutes, und dazu gehören die deutschen Ortsnamen, erreicht werden?

In dem Beitrag heißt es weiter: „Die Stadt wurde zunächst in Głabczyce umbenannt, seit 1946 heißt sie Głubczyce“. Schlesien war zu dieser Zeit „unter polnischer Verwaltung“, über Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze sollte in einem Friedensvertrag verhandelt werden. Es war also eine höchst einseitige Handlung, der deutsche Ortsname war ohnehin von den polnischen Willkürmaßnahmen nicht berührt, die deutsche Bevölkerung, die nach dem Ersten Weltkrieg in der Volksabstimmung mit 99 Prozent der Stimmen für den Verbleib beim Deutschen Reich gestimmt hatte, wurde vertrieben, das Gebiet widerrechtlich annektiert. Zur Geschichte von Leobschütz führen wir unten den Beitrag in „Schlesien. Handbuch der Historischen Stätten“ von Hugo Weczerka, Stuttgart 1977, Seiten 275-276) an. Erst im „4+2-Vertrag“ vom 12. September 1990 wurden die sich vereinigenden Teile des Deutschen Reiches in Artikel 1 genötigt, die Grenze an Oder und Neiße zu bestätigen (<http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html>).

Betrachten wir noch einen weiteren Vorwurf des Historikers Jens-Christian Wagner, Professor für Geschichte an der Universität Jena und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora gegen Alice Weidel. Frederik Schindler weiß: „Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte Weidel in einem Tweet das gesamte Ostdeutschland als „Mitteldeutschland“ bezeichnet. Auch das kritisiert der Historiker Wagner scharf. „Damit suggeriert sie, dass die östlich gelegenen Gebiete, die seit 1945 zu Polen gehören [Anm.: das ist falsch, wie oben festgestellt], Ostdeutschland sind... Weidel folgt in ihrer Terminologie klassischen revanchistischen Positionen der Vertriebenenverbände in den ersten Nachkriegsjahrzehnten.“

Die Geographie bezeichnete traditionell Thüringen als „Mitteldeutschland“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der politische Begriff „Mitteldeutschland“ für das gesamte Gebiet der DDR benutzt. Historisch ist im deutschen Mitteleuropa nach der Zeit der Völkerwanderung zwischen Altsiedelland und Neusiedelland zu unterscheiden: definiert durch die Linie des weitesten Vordringens der Slawen nach Westen mit der Elbe-Saale-

Linie. Die deutsche Ostsiedlung, die im Alpengebiet früher als im nördlichen Deutschland einsetzt gewinnt all die Gebiete die als Neusiedelland eben auch mit der Bezeichnung „Ostdeutschland“ genannt werden.

Nach der Vereinigung der beiden Staaten DDR und BRD sollen die Herausgeber des „Jahrbuches für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“ bei polnischen Kollegen nachgefragt haben, ob sie das Jahrbuch weiterhin unter diesem Namen so herausgeben könnten. Die polnischen Kollegen sollen nichts dagegen gehabt haben. Immerhin hat die Historischen Kommission zu Berlin dieses Jahrbuch seit 1952 veröffentlicht (https://de.wikipedia.org/wiki/Jahrbuch_f%C3%BCr_die_Geschichte_Mittel-_und_Ostdeutschlands).

Belassen wir es erst einmal mit diesen Hinweisen. Sie sind ein Armutszeugnis für die in dem Beitrag genannten Persönlichkeiten.

Seiten 275-276 in: *Schlesien. Handbuch der Historischen Stätten*. Hrsg. von Hugo Weczerka. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag (1977). = *Kröners Taschenausgabe. Band 316*:

Leobschütz (Gliwice). Seit dem Glatzer Pfingstfrieden von 1137 bildete die Zinna die Grenze zwischen Mähren und dem piast. Schles. Neben dem hier an einer Straßenkreuzung auf altesiedeltem Lössboden liegenden mähr. Ort »Glubeici« mit Burg, Kirche und Straßenmarkt wurde unter Kg. Ottokar I. von Böhmen († 1230) die dt. Rechtsstadt »Lubschütz« planmäßig angelegt. Sie ist 1224 urk. bezeugt, diente aber gleichzeitig als Mittelpunkt eines ländlichen Siedelbezirks, in preuß. Zeit als Kr.-Stadt (mit vier Marktplätzen: dreieckigem Ring, rechteckigem Roßmarkt, viereckigem Sperlingsring und langgestrecktem Töpfermarkt). Von 1253–1626 war L. Oberhof zahlreicher mähr. Städte und Dörfer, die L. er Recht, das sich seinerseits vom Magdeburger Recht herleitete, erhielten (Frachtkodex von 1421). Dieses wurde der Stadt 1275 durch Kg. Ottokar II. von Böhmen bestätigt, der ihr bereits 1265 den Stadtwald geschenkt hatte. Die ringförmige Ummauerung der Stadt erfolgte vor 1282, die Abtragung der im 14./15. und 16. Jh. verstärkten Befestigungen – von denen beträchtliche Reste, darunter 9 *Mauertürme*, erhalten geblieben sind – seit dem ausgehenden 18. Jh. Ursprünglich gab es vier Tore: Ober- oder Neisser, Nieder- oder Troppauer, Gröbniger oder Klosterort und Wassertor. 1275 erhielt L. das Meilenrecht, 1298 eine Tuchniederlage, 1433 vorübergehend das Münzrecht. Mit 233 brauberechtigten Häusern auf einer knapp 16 ha großen Grundfläche war es eine verhältnismäßig große Anlage. Die intensive ma. und frühneuzeitliche handwerkliche Tuch- und Leinenweberei wurde im 19. Jh. auf Fabriken umgestellt. 1298 wird ein städtisches Kaufhaus auf dem Ring, 1383 an seiner Stelle das *Rathaus* erwähnt, das nach 1570 erfolgtem gründlichen Umbau 1863–64 in neugot. Stil erweitert wurde (1945 ausgebrannt, *Ruine*) und 1606 seinen

Turm erhielt. Die got. *Pfarrkirche Mariä Geburt* stammt in ihrem Kern aus dem 13. und 14. Jh., die spätgot. *Fabian- und Sebastian-Kapelle* von 1501. Die barocke *Mariensäule* datiert vom Jahre 1738. Die 1480 errichtete *Franziskanerkirche* wurde nach Zerstörungen im 30j. Krieg 1670–77 wiederaufgebaut, 1756 abgerissen, 1758 nach Plänen von Johann Innozenz Töpfer neu erbaut. Sie diente seit 1824 als *Gymnasialkirche*. Töpfer erbaute auch 1753–70 die *Kl.-Gebäude*. Das 1448 gegr. Kl. war 1541–1667 prot., dann wieder kath.; es wurde 1810 säkularisiert und 1921 erneut mit Franziskanern besetzt. Die *St. Annenkirche*, früher Dreifaltigkeitskirche, urspr. Friedhofskapelle, später ref. Kirche, ist ein Barockbau von 1776. Das *Johanneshospital*, eine Stiftung der Kgn. Kunigunde von 1281, hat seine Lage mehrfach verändert. Das Patronat der Pfarrkirche kam 1259 an die Johanniter von → Gröbnig, deren Komtur von 1282–1591 seinen Sitz in den L. er Kreuzhof verlegte.

In preuß. Zeit wurden Schafzucht und Flachsbanbau gefördert. Die Stadt erhielt 1856 Eisenbahnanschluß nach Ratibor, 1874 nach Jägerndorf, 1876 nach Deutsch Rasselwitz. Die Bev. stieg von 3123 Eww. 1787, 4565 1825 auf 12 700 1905 und 13 505 Eww. 1939 (1931: 34,27 qkm). 1961 hatte L. 9315 poln. Eww. (auf 16,24 qkm), 1971: rd. 11 500.

Politisch zunächst zu Mähren, dann zeitweise zu den Hztt. Troppau und Jägerndorf gehörend, bildete das L. er Gebiet 1365–94 und 1434–82 ein eigenes Pstm. und befand sich von 1523–1622 mit Jägerndorf im Besitz der prot. Ansbacher Hohenzollern, danach bis 1742 in der Hand der kath. Liechtensteiner, die seit der M. 17. Jh. die weithin evg. gewordene Stadt rekatholisierten. – Kirchlich blieb L. stets dem (Erz-) Bst. Olmütz unterstellt, in preuß. Zeit im Rahmen des Kommissariats → Katscher, in dem es zuletzt ein eigenes Dekanat bildete. – Das 1752 von den Franziskanern gegr. *Gymnasium* wurde 1802 in eine staatliche Anstalt umgewandelt und später durch eine Präparandie mit Lehrerbildungsseminar (1902–25) ergänzt. – 1921 stimmten L. Stadt und Land mit über 99% für den Verbleib bei Deutschland. 1945 erlitt die Stadt erhebliche Zerstörungen. (IIIa) *Me*

FTroska, *Gesch. der Stadt L.*, L. 1892. – RHofrichter, *Heimatkunde d. Kr. L.*, Bd. II 2, L. 1911. – L., eine alte dt. Stadt, hg. v. HGnielczyk (LV 45, 1997, Juli-H.). – EBednara, *D. Geburt d. dt. Stadt L.*, 1938. – LV 233, S. 799–803. – L. er Heimatbuch, hg. v. EBeigel u. JKlink, München 1950. – EJLehnert, *Unser Kr. L.*, Mainz 1950. – LV 234, Bd. 2, S. 163. – LV 612, S. 47

Alice Weidel und die Landesgrenze

Die Stadt, deren heutigen Namen die AfD-Partei-vorsitzende Alice Weidel nicht wissen will, hatte im Laufe ihrer bewegten Geschichte verschiedene Bezeichnungen. Erstmals wird der Ort im Jahr 1107 urkundlich erwähnt, unter dem Namen Glubczci, das damals zum böhmischen Mähren gehört. König Ottokar I. von Böhmen gründete dort um das Jahr 1224 die Stadt Lubschicz. Laut „Topographischen Handbuch von Oberschlesien“ aus dem Jahr 1864 wurde die Stadt erst ab 1551 Leobschütz genannt, zuvor Hlubschütz, Lübsitz, Lubschütz und Lobszyc.

VON FREDERIK SCHINDLER

„Wahrscheinlich ist Leobschütz durch Slawen begründet worden und gehörte ursprünglich zu Mähren“, heißt es in dem Buch. Im 13. Jahrhundert seien die Slawen während des sogenannten Mongolensturms vertrieben und durch deutsche Einwanderer ersetzt worden. 1742 fiel Leobschütz an Preußen. Im März 1945 eroberte die Rote Armee den Ort, in dem sich eine Panzergrenadier-Division der Waffen-SS befand. Kurz darauf wurde die Volksrepublik Polen als Verwalter eingesetzt. Die meisten Deutschen wurden daraufhin aus der Stadt vertrieben und verloren ihre Heimat. Die Stadt

In einer als rechtsextrem eingestuften Zeitschrift weigert sich die AfD-Chefin, den polnischen Namen des Heimatorts ihrer vertriebenen Familie zu akzeptieren. Ein Historiker macht ihr schwere Vorwürfe



Alice Weidel, Parteivorsitzende der AfD

wurde zunächst in Glabeczyce umbenannt, seit 1946 heißt sie Glabeczyce.

Für AfD-Chefin Weidel zählt noch immer allein der deutsche Name. In einem aktuellen Interview mit der von der Österreichischen Landsmannschaft herausgegebenen Zeitschrift „Der Eckart“ sagte Weidel auf die Frage nach dem Vertriebenenhintergrund ihrer Familie: „Weidel ist ein oberschlesischer Name, meine Familie väterlicherseits kommt aus Leobschütz. Ich habe mich immer geweigert, nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet, und diese Stadt umzubenennen. Mein Vater hatte eine schreckliche Kindheit, er hat seine Eltern und seinen Bruder verloren.“

Der Historiker Jens-Christian Wagner, Professor für Geschichte an der Universität Jena und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, erhebt aufgrund des Interviews schwere Vorwürfe gegen Weidel. „Wenn Frau Weidel de facto sagt, sie weigere sich, den nun polnischen Namen der Geburtsstadt ihres Vaters anzuerkennen, stellt sie die nach 1945 gezogenen Grenzen infrage und wendet sich gegen die Aussöhnung mit Polen und damit eine wesentliche Grundlage für ein friedliches Deutschland“, sagte er WELT. „Zudem blendet sie die Vorgeschichte und Ursache von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus: den von Deutschland begonnenen Raub- und

Vernichtungskrieg gegenüber den Staaten Ostmittel- und Osteuropas.“

Damit konfrontiert sagte ein Sprecher von Weidel, dass sich die AfD-Chefin „in keiner Weise auf völkerrechtliche Belange“ beziehe. „Es ist sehr weit hergeholt, in die Worte eine Relativierung deutscher Verantwortung hineinzuinterpretieren.“

Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte Weidel in einem Tweet das gesamte Ostdeutschland als „Mitteldeutschland“ bezeichnet. Auch dies kritisierte der Historiker Wagner scharf. „Damit suggeriert sie, dass die östlich gelegenen Gebiete, die seit 1945 zu Polen gehören, Ostdeutschland sind“, sagte er. „Weidel folgt in ihrer Terminologie klassischen revanchistischen Positionen der Vertriebenenverbände in den ersten Nachkriegsjahrzehnten.“ Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hatte Weidel bereits im vergangenen Jahr vorgeworfen, mit dem Tweet „einen gegen Polen gerichteten Thrill“ zu verbreiten.

Weidels Sprecher weist dies ebenfalls scharf zurück. „Auch dieser Vorwurf ist haltlos und wird durch keine Aussage von Frau Weidel untermauert“, sagte er. „Die Bundesländer, die in diesem Jahr Landtagswahlen abhalten, gehören bis heute zum Sendebereich des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Lediglich Brandenburg gehört seit 2003 zum Sendebereich des RBB.“



Monatszeitschrift „Der Eckart“

um die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in allen ostdeutschen Bundesländern – also auch um Mecklenburg-Vorpommern, das zum Sendebereich des Norddeutschen Rundfunks gehört und im Osten an Polen grenzt. Der MDR ist die Landesrundfunkanstalt für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen nicht für den gesamten Osten.

„Auch die ‚Mitteldeutsche Zeitung‘ (MZ) wird sich kaum zur Hauptaufgabe gemacht haben, die Oder-Neiße-Linie infrage zu stellen“, sagte Weidels Sprecher weiter. Die „MZ“ erscheint allerdings lediglich in Sachsen-Anhalt, nicht im gesamten Ostdeutschland. Östlich des Verbreitungsgebiets befinden sich nicht die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches, sondern Sachsen und Brandenburg.

Im Interview mit „Der Eckart“ wird Weidel auch auf die umstrittenen Äußerungen des AfD-Europa-Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur SS angesprochen. Krah hatte bestritten, dass es sich bei SS-Offizieren grundsätzlich um Verbrecher handelt. „Bekommt man nun auch in der AfD Ärger, wenn man unbequeme Wahrheiten ausspricht?“, wird Weidel gefragt. In ihrer Antwort bestreitet sie nicht, dass es sich bei Krahs Äußerungen um „unbequeme Wahrheiten“ handle, sondern sagt: „Es geht in diesem Fall auch nicht um den historischen Wahrheitsgehalt seiner Aussage, in die Falle ist niemand getappt. Es geht darum, daß dies Themen sind, die von uns nicht aktiv in linken Publikationen ausgebreitet werden sollten.“ Diese Vorgaben habe Krah bedauerlicherweise nicht eingehalten.

„Frau Weidel zweifelt den Wahrheitsgehalt der Äußerung Krah nicht an“, sagte der NS-Forscher Wagner hierzu.

Weidel und die Landesgrenze

sagte der NS-Forscher Wagner hierzu. „Sie stimmt seiner Äußerung damit implizit zu, verharmlost also ebenfalls die SS beziehungsweise deren Verbrechen.“ Weidels Sprecher hält dies für eine „böartige Unterstellung“: „Frau Weidel kritisiert die gesamte Thematisierung eines historischen Komplexes, der grundsätzlich als geschichtsrevisionistisch angesehen wird.“

- > Die Österreichische Landsmannschaft (ÖLM) versteht sich als Lobbyorganisation für deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Das von der Republik Österreich und der Stadt Wien getragene Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) stuft sie als rechtsextreme Organisation ein.
- > Der Politikwissenschaftler Bernhard Weidinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs, sagte WELT: „Die ÖLM ist seit Jahrzehnten fester Teil des deutschnationalen Vereinswesens in Österreich, das über 1945 hinaus am Bekenntnis zum deutschen Volkstum festgehalten hat. In ihrer Zeitschrift ‚Der Eckart‘ finden sich regelmäßig antisemitische, rassistische, revanchistische, revisionistische und verschwörungsmythische Inhalte.“ WELT liegen mehrere Ausgaben der Zeitschrift vor. In der Oktober-Ausgabe von 2023 wird etwa beklagt, dass der deutsche Bund der Vertriebenen den „Rechtsanspruch auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie und deren Nichtanerkennung als Grenze“ aufgegeben habe und mittlerweile „uneingeschränkt den Kurs der ‚Versöhnung‘ mit den früheren Gegnern“ verfolge.

Aus DIE WELT vom 26.07.2024, Seite 4

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 **BIC** BNKDEFF

Unsere Einnahmen und Ausgaben

Die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin ist vom Finanzamt für Körperschaften als „gemeinnützig“ anerkannt. Das heißt auch: wir dürfen keine finanziellen Rücklagen bilden. Die Mitgliedsbeiträge reichen zur Finanzierung unserer anerkannt guten Arbeit nicht aus, Einnahmen durch Veranstaltungen konnten wir während der Corona-Pandemie nicht erzielen. Die Kosten laufen aber weiter. Daher sind uns Spenden hochwillkommen.

Mitgliedsbeitrag Person / Jahr:

Einzelmitglied € 60,00 (bisher: € 52,00);

Ehepaare je Person € 50,00 (bisher: € 45,00)

Sonderbeitrag für AGOM-Mitglieder

(abgeschlossener Kreis)

€ 25,00 (wie bisher),

2) Spenden-Aufruf der AG Ostmitteleuropa

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,

29.07.2024

stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

Liebe Mitglieder, liebe Förderer und liebe Freunde der AG Ostmitteleuropa!

Seit der Gründung der AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) im Jahre 1982 in der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin gegr. 1828“ sind 42 Jahre vergangen. In diesen Jahrzehnten haben wir erfolgreich Vortragsveranstaltungen mit guten Referenten, Tageswanderungen, Lehrerseminare und – in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - auch Studienfahrten zu attraktiven Zielen durchgeführt. eindrucksvolle Zwischenbilanz unserer erfolgreichen Arbeit war auch die Broschüre „30 Jahre 1982-2012“. In acht Jahren wird eine neue Bilanz in Form einer Broschüre vorzulegen sein!

Die Jahre sind aber auch nicht ohne Verluste vorbeigegangen. Einige unserer fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeiter haben uns inzwischen verlassen. Ich denke da vor allem an Ulrich Galandi, Prof. Dr. Udo Götze, Anton Grossmann, Oswald Jannermann, Frau Brigitte Jöst, Joachim und Ruth Schlenk. Diese Personen und viele andere mehr haben unsere Arbeit gefördert, die sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

In den letzten Jahren waren die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie eine erhebliche Hürde für eine weitere erfolgreiche Arbeit. Wir spüren das bis heute, so dass wir unsere Arbeit auch finanziell einschränken mussten und müssen.

Trotz der schwierigen Lage finden unsere Vortragsveranstaltungen weiterhin statt, die Besucherzahlen sind noch nicht wieder auf dem alten Stand. Unsere Seiten im weltweiten Netz werden ständig aktualisiert. Tagesfahrten konnten zuletzt leider nicht mehr angeboten werden. In der Folge dieser Lage sind auch die Einnahmen zurückgegangen.

Und so wenden wir uns heute mit einer sehr ernsthaften Bitte an Sie:

Besuchen Sie unsere Veranstaltungen, spenden Sie für unsere Arbeit, indem Sie den Mitgliedsbeitrag freiwillig erhöhen bzw. eine einmalige oder auch Dauerspende auf unser im Briefkopf genanntes Konto bei der Postbank Berlin einzahlen. Wir sind sparsam und setzen unsere Mittel sparsam und überlegt ein. Trotzdem ist die finanzielle Lage ernst! Bitte, helfen Sie uns, unsere Arbeit fortzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

mit Reinhard M. W. Hanke, Ute Breitsprecher und Angelika Hanske

BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen. Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato

Leibniz-Institut für Länderkunde

GZB – Heimatzeitschriften

Schongauerstr. 9

04328 Leipzig

E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de

Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. *Bild: ZDF*

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest. In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot
bist, musst das Gute tun und heiter sein.
Freiherr vom Stein*

„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels, zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)**
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!**

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten A 16 – A 46

01) DOD Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 66. Jahrgang, Nr. 4, 2024 (Auszug)



Inhaltsverzeichnis

„Gemeinsam für ein friedliches Europa“.....5	Grußwort: Olaf Scholz Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.....19
Besuch in Friedland: Hessischer Landesbeauftragter informiert sich vor Ort.....6	Grußwort: Nancy Faeser Bundesministerin des Innern und für Heimat.....20
Flucht und Vertreibung als Bestandteil der Erinnerungskultur.....7	Grußworte der Ministerpräsidenten der Bundesländer.....21
Parlamentarisches Frühstück im Bundestag.....7	Grußworte der Bundesparteien.....27
Berufsabschlüsse schneller anerkennen.....8	Siebenbürgisches Museum: Grafiken, Holzschnitte und Bildstöcke.....30
Kultur und Menschenrechte: Basis für Verständigung.....9	Donauschwaben verbreiteten und wahrten den Glauben.....32
BdV-Delegation zu Gespräch im ZDF-Auslandsstudio in Wien.....13	Ukrainisches Kulturprogramm und Ausstellungseröffnungen.....34
Empfang im Bundestag: Einblick in politische Landschaft und aktuelle Herausforderungen.....14	Mit Schwung in den Herbst.....35
300 Jahre Immanuel Kant: Lüneburg feiert den Königsberger.....15	Hessischer Landesbeauftragter besucht Begegnungsstätte in Kassel.....38
Das schlesische Elysium.....16	Und plötzlich stand ein Elch im Saal.....39
Goldbachtal: Was, wenn Orte ihre Geschichte erzählen könnten?.....17	Jacob-Böhme-Jubiläum.....40
Grußwort: Frank-Walter Steinmeier Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.....18	Tradition verpflichtet.....41
	Impressum.....43



LIEBE LESERINNEN UND LESER,



„Heimatrecht, Minderheiten- und Volksgruppenrechte, das Recht auf die eigene ethnische und kulturelle Zugehörigkeit und Identität wiederum können nur dort gedeihen, wo Menschenrechte geachtet, Freiheit gelebt und Friede gehalten wird.“

deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler, aber genauso die bis heute in der Heimat lebenden deutschen Minderheiten setzen sich für den friedensstiftenden und friedenerhaltenden Zusammenhalt der Menschen und ihrer Heimatstaaten in einem geeinten Europa ein. Bereits in unserer Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950 wird die Schaffung eines freien und geeinten Europas ausdrücklich als eines der wichtigsten Ziele unserer Arbeit festgelegt. Heimatrecht, Minderheiten- und Volksgruppenrechte, das Recht auf die eigene ethnische und kulturelle Zugehörigkeit und Identität wiederum können nur dort gedeihen, wo Menschenrechte geachtet, Freiheit gelebt und Friede gehalten wird.

In diesem Jahr steht der Tag der Heimat unter dem Leitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“. Beide stehen für die Pfeiler einer Brücke, die bis heute unser friedliches Europa, unser Europa der Freiheit sowie der Menschen- und Minderheitenrechte mitträgt. Bundeskanzler Olaf Scholz schreibt dazu in seinem Grußwort zum Tag der Heimat: „Alle Vertriebenen bauen Brücken – zwischen der neuen Heimat und der alten. Sie verbinden unterschiedliche Kulturen und Sprachen, sie entwickeln eine Verständigung, von der wir alle profitieren. Ohne das Zutun der Heimatvertriebenen und der Heimatverbliebenen, ohne den Willen zur Aussöhnung und den Verzicht der Nachkommen auf Ressentiments und Bitterkeit, wäre unser geeintes Europa nicht so zusammengewachsen.“

Um diesem besonderen Fokus bei unserer zentralen Auftaktveranstaltung in Berlin zu unterstreichen, konnten wir – neben Bundesinnenministerin Nancy Faeser - den ehemaligen Präsidenten der Republik Lettland, Egils Levits, als Redner gewinnen. In seiner Amtszeit als Präsident der Republik Lettland und als ehemaliger Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte waren die friedensstiftende Rolle der Minderheiten in Europa und die allgemeine Gültigkeit von Menschenrechten stets Leitlinien seines Handelns. Mit großer Vorfreude erwarten wir daher die Perspektiven und Impulse unserer Redner und freuen uns, wenn auch Sie bei unserem Tag der Heimat am 24. August in Berlin mit dabei sind.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius

Termine

Juli

13.07.	LV Baden-Württemberg	Landesverbandstag	Stuttgart
17.07.	LV Baden-Württemberg	Vortrag/Lesung	Stuttgart
27.-28.07.	LM der Banater Schwaben	300 Jahre Deutsche Ansiedlung Perjamosch	Perjamosch/Banat
28.07.	LM Schlesien	Mutter-Anna-Wallfahrt	Velbert-Neriges

August

30.07.-02.08.	Pommersche LM	Pommernfahrt	Misdroy/Polen
31.07.	Pommersche LM	PKST-Jahrestagung	Misdroy/Polen
02.08.	LM der Banater Schwaben	Deutsche Wallfahrt im Banat	Maria Radna
02.-04.08.	Frauenverband im BdV	„Ungarndeutsche Frauen in Geschichte und Gegenwart“	
04.-05.08.	LM der Banater Schwaben	300 Jahre Guttenbrunn im Banat	Guttenbrunn/Banat
05.08.	LV Baden-Württemberg	Chartafeier	Stuttgart
10.08.	LV Hessen	Arbeitstagung der BdV-Kreisverbände	
15.08.	LV Thüringen	Zentraler Tag der Heimat in Thüringen	
23.08.	BdV-Bundesverband	„30 Jahre Freundschaftsvertrag BdV + VdG“	Erfurt
24.08.	LV Baden-Württemberg	Bundesversammlung	Berlin
24.08.	BdV-Bundesverband	Fahrt zum „Tag der Heimat“	Berlin
24.08.	BdV-Bundesverband	„Tag der Heimat“ – Zentrale Auftaktveranstaltung	Berlin
25.08.	BdV-Bundesverband	„Kranzniederlegung“	Berlin
25.08.	LV Rheinland-Pfalz	Tag der Heimat und Mitgliederversammlung	Speyer

September

08.09.	LV Sachsen/Schlesische Lausitz	Sächsischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung	Knappenrode
14.09.	LV Bayern	Zentraler Tag der Heimat	München
14.09.	LV Niedersachsen	Tag der Heimat	Hannover
15.09.	LV Baden-Württemberg	Tag der Heimat und Kranzniederlegung	Stuttgart
15.09.	LV Hessen	Zentraler Tag der Heimat	Wiesbaden
20.09.	Bessarabiendeutscher Verein	Gedenktag: „Verschwundene Umsiedler“	Stuttgart
20.-22.09.	LM Ostpreußen	Geschichtsseminar	Helmstedt
21.09.	LV Hamburg	Tag der Heimat	Hamburg
21.-22.09.	LM Schlesien	Hindenburg Heimattreffen	Essen

Oktober

05.10.	LV Hessen	Herbstbasteln mit musikalischer Begleitung	
05.-06.10.	Pommersche LM	Kulturtagung	Travemünde
07.-13.10.	LM Ostpreußen	Werkwoche	Helmstedt
13.10.	LV Baden-Württemberg	Volksmusikkonzert der DJD	Kornthal
18.-19.10.	LV Baden-Württemberg	Landeskulturtagung	Stuttgart
23.10.	LV Baden-Württemberg	Vortrag/Lesung	Stuttgart
30.10.	LV Hessen	Ausstellungseröffnung: „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“	

November

01.11.	LM Ostpreußen	Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden	Wuppertal
02.-03.11.	LM Ostpreußen	Ostpreußische Landesvertretung	Wuppertal
05.11.	LV Thüringen	Vereinstag (Delegiertenversammlung)	Erfurt



Impressum

Herausgeber und Verlag:

BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

Telefon: (0228) 810 07-26/28
Telefax: (0228) 810 07-52
E-Mail: marcus.patzke@bdvbund.de
Internet: www.Bund-der-Vertriebenen.de

Bankverbindung:

Commerzbank
BIC: COBADE33XXX
IBAN: DE52 3804 0007 0111 7043 00

Chiefredaktion:

Marcus Patzke

Layout:

Topfisch Werbeagentur
Sandra Begglin
Niemöllerallee 46
59555 Lippstadt
Telefon: (02941) 742 623 4

Druck:

DCM Druck Center
Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 88 93 550

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Bezugspreis im
Jahresabonnement: 48,- Euro
für BdV-Mitglieder: 36,- Euro

Abdruck nach Vereinbarung

Die mit Namen oder Chiffre gezeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Gefördert durch



zugleich einen Bestandteil
des Deutschen Bundesratges

DOD DEUTSCHER OSTDIENST

Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen

Immer auf dem Laufenden bleiben!



Mein Abonnement

Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift des Bundes der Vertriebenen „DOD – Deutscher Ostdienst“. Der DOD erscheint zweimonatlich. Der reguläre Bezugspreis im Jahresabonnement beträgt 48,- Euro, für BvV-Mitglieder 36,- Euro. Sie können auch ein Schnupper-Abo zum Vorzugspreis von 10,- Euro für drei Ausgaben bestellen. Das Angebot endet automatisch. Bitte füllen Sie auch die nebenstehende Einzugsermächtigung aus.

- Ich bestelle ein Jahresabo.
- Ich bestelle ein Schnupperabo.
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft.

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ & Ort:

E-Mail:

Telefon:

Ort, Datum und Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 73 ZZZ 00000318658

Ich ermächtige den Bund der Vertriebenen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bund der Vertriebenen auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kreditinstitut (Name und Sitz der Bank)

.....

Bic (Swift-Code):

IBAN:

halbjährlich

- 18,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 24,00 € Nichtmitglieder

jährlich

- 36,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 48,00 € Nichtmitglieder
- 10,00 € Schnupperabo; 3 Ausgaben (einmalig)

Ort, Datum und Unterschrift



JETZT BESTELLEN



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

Kataloge zu den Ausstellungen der Stiftung

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN



EINZELKATALOG | 5 € Stück

- Die Gerufenen Expl.
- Erzwungene Wege Expl.
- Angekommen Expl.
- In Lagern Expl.
- Verschwundene Orte Expl.
- KATALOGSAMMLUNG | 25 € Stück** Expl.



FRANZ-WERFEL-MENSCHENRECHTSPREIS | 14,95 € Stück

- Dokumentationsband der Preisträger 2003–2023 Expl.

zzgl. Versandkosten

Rechnungsadresse

Rechnungs- und Lieferadresse sind identisch

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

Lieferadresse (nur bei Abweichung ausfüllen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Organisationsbüro | Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Tel.: 0228/81 007 30 | Fax: 0228/81 007 52
Konto: Deutsche Bank | IBAN: DE76 380 700 240 3171717 00 | BIC: DEUT DE DB380

www.z-g-v.de | info@z-g-v.de



FRANTIŠEK HÝBL WAS GESCHAH
AM 18. UND 19. JUNI 1945
AUF DEN SCHWEDEN-
SCHANZEN BEI PRERAU?

VERLAG TSCHIRNER & KOSOVÁ PRÄSENTIERT EINE DOKUMENTATION DES TSCHECHISCHEN HISTORIKERS
FRANTIŠEK HÝBL MIT DEM TITEL »WAS GESCHAH AM 18. UND 19. JUNI 1945 AUF DEN
SCHWEDENSCHANZEN BEI PRERAU?« MIT EINEM VORWORT VON JIŘÍ PADEVĚT 164 SEITEN
ZEITGESCHICHTE MIT AKTEUREN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI ES HANDELT VON 267 ERMORDETEN
KARPATENDEUTSCHEN UND EIN BIS HEUTE UNGESTRAFTES VERBRECHEN

ISBN 978-3-9825526-4-4 LADENPREIS 49,80 €

02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsdag: _____

Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/ Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die Adresse der Vorsitzenden:

Aufnahme im Vorstand beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
maria.werthan@frauenverband-bdv.de

SPENDEN
Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundgesetz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatvertriebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Konzepten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

FRAUENVERBAND IM BDV
e.V.



03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

„Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Donnerstag im Monat). Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen“. (Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?)

Kontakt: Ruf 030-766 782 03, 0160-1511 388 Frau Sibylle Dreher.

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V“, Stralsunder Str. 6, in 13355 Berlin-Mitte, Tram 10, U8 Bernauer Str.

**04) Westpreußen-Kongress 27.- 29.09.2024 in Warendorf:
Westpreußens kurzes Silbernes Zeitalter – Aufbruch der preußischen
Provinz in der Kaiserzeit**

FREITAG, 27.9.2023

14:00 bis 17:00 Uhr

Anreise

18:00 Uhr

Abendessen

19:30 Uhr

Begrüßung der Teilnehmerinnen und
Teilnehmer – Eröffnung der Tagung

Einführung in die Kongress-Thematik

Prof. Dr. Erik Fischer, Bonn

20:00 Uhr

Aufbruch und Emanzipation? Von der »Provinz Preußen« zur Wiederbegründung der
Provinz Westpreußen 1878

Dr. Christian Pletzing, Flensburg

Sonnabend, 28. 9. 2023

08:00 Uhr

Frühstück

09:00 Uhr

Die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Westpreußen im Deutschen Kaiserreich

PD Dr. Lutz Oberdörfer, Greifswald

10:20 Uhr

Kaffeepause

Seite A 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

10:40 Uhr

Die Rückbesinnung auf Westpreußens »Goldenes Zeitalter«: Das Projekt des Deutschen Ordens und seine Vollendung in der Hohenzollern-Herrschaft

Martin Koschny M.A., Warendorf

12:00 Uhr

Mittagessen

13:30 Uhr

Museologischer Workshop: Westpreußens »Silbernes Zeitalter« im Museum

Leitung: Martin Koschny M.A. (Kurator) und Prof. Dr. Erik Fischer

14:45 Uhr

Abfahrt zum Westpreußischen Landesmuseum

15:30 Uhr

Besichtigung der Sonderausstellung (mit deutsch- und polnischsprachigen Führungen):

Tanz auf dem Vulkan – Erfindung und Untergang einer preußischen Provinz in der Kaiserzeit

17.30 Uhr

Rückfahrt zur Tagungsstätte

18.00 Uhr

Abendessen

19:30 Uhr

Nationale Spaltung statt regionaler Integration: Die Polenpolitik im Deutschen Reich und ihre Konsequenzen für die Provinz Westpreußen

Prof. Dr. Jens Boysen, Warschau

SONNTAG, 24. 09. 2023

08:00 Uhr

Frühstück

Seite A 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

09:00 Uhr

Bekanntnisse zum Reich und zu Deutschland: Imperiale Stadtarchitektur und die Besetzung des öffentlichen Raums in Westpreußen

Joanna Stanclik M.A., Thorn

10:10 Uhr

Kaffeepause

10:20 Uhr

Farben – Töne – Wörter – Bilder

Die Landessymbole der autonomen preußischen Provinz Westpreußen

Prof. Dr. Bettina Schlüter, Bonn

11:30 Uhr

Abschlussdiskussion

Leitung: Prof. Dr. Erik Fischer

12:00 Uhr

Schlusswort und Verabschiedung

Änderungen vorbehalten: Stand: 24. Juli 2024

Westpreußen-Kongress 2024

Westpreußens kurzes Silbernes Zeitalter –
Aufbruch der preußischen Provinz
in der Kaiserzeit

Unter diesem Titel plant die Westpreußische Gesellschaft den diesjährigen Westpreußen-Kongress, der

vom 27. bis zum 29. September 2024

in Warendorf (im Bildungszentrum der DEULA Westfalen-Lippe) stattfinden soll.

Die Anmeldefrist endet am Donnerstag, dem 12. September.

Wenn Sie zu den Ankündigungen und Plänen Rückfragen oder Anregungen haben sollten, nutzen Sie dafür bitte die E-Mail-Adresse

veranstaltungen@westpreussische-gesellschaft.de.

<https://kongress2024.westpreussische-gesellschaft.de/tagungsprogramm.html>



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 – Steglitz 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin, IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils sonnabends im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10719 Berlin, S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

05) Sonnabend, 12.10.2024, 15:00 Uhr: Ost- und Westpreußen in Gedichten.
Mit Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher und weiteren Teilnehmern.

Weiterer Termin:
07.12.2024.

06) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)

Stadtführung in Wismar durch Herrn Dr. Ernst Weichbrodt (Wismar) vom Kulturwerk Danzig.

Diese Tagesfahrt war ursprünglich für den 25. September 2024 vorgesehen gewesen. Wegen Ausfalls der Regionalbahn-Verbindung bis Dezember 2024 wird diese Fahrt auf das Frühjahr 2025 verlegt!

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

ganztägig

Interessenten melden sich bitte umgehend telefonisch in der
Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufannahme mit Fernabfrage)

07) Heimatkreis Flatow



Heimatkreis Flatow

Vorstand:

1. Vorsitzender:

Rolf-Peter Wachholz

Gänseweg 20. 39167 Niederndodeleben

Tel.: 039204-62655

Stellvertreter:

Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6, 27211 Bassum

Tel.: 04241-970350

<https://www.heimatkreis-flatow.de/index.html>

Buchempfehlung



Übergabe des Bandes von Heimatkreisvorsitzenden Rolf-Peter Wachholz (links) an den Landrat des Patenkreises Gifhorn, Tobias Heilmann (rechts). Deutschsprachige Ausgabe "650 Jahre Złotów - Flatow".

Seite A 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Der reich illustrierte Jubiläumsband wurde 2020 von der polnischen Stadtverwaltung herausgegeben. Dank der Zustimmung konnte der Heimatkreis Flatow jetzt das Werk mit vom Autor Prof. Dr. Joachim Zdrenka aktualisiertem Teil und einem gemeinsamen Vorwort von Heimatkreis Flatow und Patenkreis Gifhorn einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Das Werk mit über 600 Seiten enthält zudem einen Anhang mit Darstellung der Zeit nach 1945 einschließlich Paten- und Partnerschaft und anschließender Chronologie.

Das Werk kann bezogen werden über
Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum,
Tel. 04241/970359 oder e-mail: frank.seelert@t-online.de
zum Preis von 35,00 Euro zuzüglich Porto und Verpackung.

Auch vorrätig: Reprint "Heimatbuch für den Kreis Flatow" für 13,00 Euro

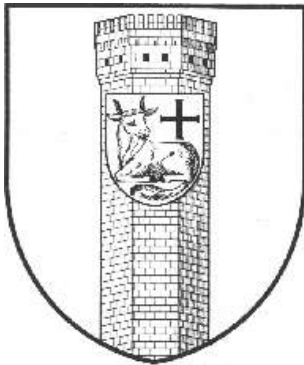
Die Aktivitäten der "Flatower" sind sehr vielfältig, u. a.:

- 2jährige Heimat- und Patenschaftstreffen in Gifhorn
- Fahrten in die alte Heimat
- Herausgabe des "Flatower-Briefes"
- Unterstützung der Jugendarbeit
- Austausch mit heutiger Verwaltung und Bevölkerung in Flatow/Złotów
- Unterstützung der Deutsch Sozialkulturellen Gesellschaft (Dt. Minderheit) in Flatow/Złotów
- Enge Zusammenarbeit mit Institutionen von Landkreis und Stadt Gifhorn
- Unterhalt der "Flatower Heimatstube" im Museum Schloß Gifhorn
- Unterstützung bei Auskunftsersuchen, Ahnenforschung
- Herstellen von Kontakten nach Flatow
- Kontaktpflege mit 6. Zug des Bürgerschützenkorps Gifhorn
- Buchversand mit Heimatliteratur
- Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Heimatbezug

Seit dem 26. 4. 2003 besteht eine offizielle Partnerschaft zwischen dem Landkreis Gifhorn und dem Powiat Złotów (Flatow).

Seit dem 8. 3. 2006 besteht ein "Deutsch-polnischer Freundeskreis Gifhorn-Złotów" in Gifhorn.

08) Heimatkreis Schlochau



Heimatkreis Schlochau

<https://sites.rootsweb.com/~mnprgm/Schlochau/Deutsch.html>

Paul Sternberg

paulsternberg@msn.com

- Keine aktuellen Ankündigungen -

09) Heimatkreis Wirsitz, Weißenhöher Himmelfahrt



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert

Lange Straße 6 27211 Bassum

Tel: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

Keine Mitteilungen

10) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“

Die Vorbereitungen sind im Gange. Die Auswahl des Zieles steht bevor. Breslau könnte das Ziel sein.

Das Haus in Weißenhöhe, Kreis Wirsitz, steht uns für Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung. Zudem sind wir auf Grund zurückgegangener Teilnehmerzahlen bei der Organisation der Tagung darauf angewiesen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

11) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 07. September 2024, 14:00 Uhr

Weiterer Termin:

14.12.2024.

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr.

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosedall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosedall@freenet.de

12) Tag der Danziger, 30.08. bis 01.09.2024 in Düsseldorf



Einladung zum
„TAG der DANZIGER“

**30. Aug. - 01. Sept. 2024
in Düsseldorf**

Liebe Landsleute und Freunde unserer alten Heimat,

der Bund der Danziger e.V. möchte Sie recht herzlich zum Tag der Danziger 2024 einladen.

Unser diesjähriges Motto lautet:

„Danziger Sammelleidenschaften“

Gerne möchten wir den Nachmittag mit einem Danzig-Flohmarkt bereichern. Möchten Sie etwas mit Bezug zu Danzig mitbringen, tauschen, teilen, verkaufen oder verschenken?

Dann können Sie die Gelegenheit nutzen:

Wir stellen die Tische bereit und Sie bieten Ihre kleinen Schätze in Eigenregie an.
Bitte vermerken Sie Ihre Flohmarkt-Teilnahme auf dem Anmeldebogen.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen vieler „alter Bekannter“ sowie interessierter Teilnehmer, die sich mit Danzig verbunden fühlen!

„Tag der Danziger 2024“ - in Düsseldorf

Gut zu wissen:

Tagungsort:

**Gerhart-Hauptmann-Haus
- Eichendorffsaal -
Bismarckstraße 90,
40210 Düsseldorf**

Teilnahmegebühr:

**Der Teilnahmebeitrag beträgt 30,00 €
(inkl. Suppe)**

**Sie können gerne vorab auf das
Konto des BdDA überweisen
oder ansonsten vor Ort zahlen.**

Übernachtung

Wir empfehlen das Hotel Bismarck, Bismarckstr. 97, 40210 Düsseldorf, Tel.: +49(0)211-1609860
(fußläufig zum Veranstaltungsort und zur Gastronomie)

Anmeldung: Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung
vorzugsweise per E-Mail an: post@danziger.nlb
oder alternativ per Post mit dem Anmeldebogen

Anmeldeschluss:

Wir bitten um eine Anmeldung bis **spätestens 24.08.2024**

Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Programm Tag der Danziger 2024

Freitag, 30.08.2024

18:00 Uhr Gemütliches Beisammensein im Brauhaus Schumacher
Oststraße 123, Düsseldorf

Sonnabend, 31.08.2024

9:00 Uhr Einlass und Begegnung

10:00 Uhr Feierstunde unter musikalischer Umrahmung durch das
Konzertduo Klaus-Peter Riemer und Miyuki Brummer

Festvortrag: „Ostseemetropole im Umbruch. Danzig im späten 19. und
frühen 20. Jahrhundert“ (Arbeitstitel)

Referent: Prof. Dr. Winfrid Halder

- Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

12:00 Uhr **Mittagspause**
Im Foyer wird eine Gulaschsuppe gereicht
Möglichkeit der Besichtigung des Danzig-Zimmers im GHH

13:15 Uhr **Ordentliche Mitgliederversammlung des Bundes der Danziger e.V.**

14:45 Uhr **Begegnung und Austausch bei Kaffee und Kuchen**
Buntes Nachmittagsprogramm:

- Postkartenausstellung
- Zeitzeugenprojekt
- Flohmarkt

17:00 Uhr Ende der Veranstaltung - Ausklang bis 17.30 Uhr

Sonntag, 01.09.2024

10:30 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein „Danzig, Danzig, Danzig“ von
1964 am Nordfriedhof
(mit Bus Nr. 21 und 22 vom Hbf erreichbar)

*Wir freuen uns auf einen interessanten Tag der Danziger
und auf Sie!*

13) Danziger Kulturtagung 2024: „Lebenswege. Danziger Persönlichkeiten im Porträt“ – 12. und 13.10.2024 in Stuttgart

**Einladung zur
Danziger Kulturtagung 2024**

**„Lebenswege.
Danziger Persönlichkeiten im Porträt“**

am 12. und 13. Oktober 2024 in Stuttgart

Sehr geehrte Landsleute und Freunde unserer alten Heimat,

eine Stadt lebt von ihren Bewohnern – von Menschen, die dem Leben und der Kultur im urbanen Raum ihr Gepräge geben. Die Jahrhunderte der Danziger Geschichte stehen insoweit in untrennbarer Verbindung mit den Lebenswegen zahlreicher Menschen, die – ob kurz oder lang – durch ihr Wirken in der Hansestadt dort ihre Spuren hinterlassen haben.

Die diesjährige Kulturtagung des Bundes der Danziger steht im Zeichen biografischer Beziehungen zwischen Danzig und bedeutenden Persönlichkeiten. Sie erwartet ein vielfältiges Programm mit Referenten aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen, welche über Danziger Persönlichkeiten referieren werden. Sie erwarten unter anderem Vorträge über den bekannten Schriftsteller Max Halbe und über den Vorreiter des modernen Naturschutzes Hugo Conwentz.

Die Kulturtagung findet in diesem Jahr in den Räumlichkeiten des Bessarabiendeutschen Vereins in Stuttgart statt. Selbstverständlich erhalten Sie als Tagungsteilnehmer auch eine Führung durch das im vergangenen Jahr wiedereröffnete „Heimatismuseum der Deutschen aus Bessarabien und der Dobrudscha“, das von dem Verein unterhalten wird.

Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen von Mitgliedern, Freunden Danzigs und allen anderen Interessierten. Jeder ist herzlich willkommen.

Veranstaltungsort:

Bessarabiendeutschen Verein e.V.
Florianstr. 17, 70188 Stuttgart

Teilnahmebeitrag:

Für Mitglieder im BdDA e.V.: 30,- €
Externe Teilnehmer: 45,- € (für einen Tag 30,- €)
Gemeinsames Abendessen bitte auf eigene Rechnung

Anmeldung:

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung bestenfalls per E-Mail an post@danziger.info oder alternativ per Post mit dem Anmeldebogen.
Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Anmeldeschluss: Wir bitten um eine Anmeldung bis **spätestens 04.10.2024**

Danziger Kulturtagung: Programmablauf

Sonnabend, 12. Oktober 2024

- 13:00 - 13:45 Uhr** Einlass – Begegnung und Austausch
- 13:45 - 14:00 Uhr** **Einführung** in die Tagung durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- 14:00 - 14:45 Uhr** **Grußwort** des Bundesgeschäftsführers des Bessarabiendeutschen Vereins e.V. **Dr. Hartmut Knopp (Stuttgart)**
- 14:45 - 15:00 Uhr** Kaffeepause mit Kuchen und Gebäck
- 15:00 - 16:30 Uhr** **Vortrag:** Vom „Jugend“-Dichter zum Epochen-Chronisten, Max Halbe, **Dr. Ulrich Erdmann (Kiel)**

Mit anschließender Diskussion
- 16:30 - 16:45 Uhr** Pause
- 16:45 - 18:15 Uhr** **Vortrag:** Heinrich Sahn – Kommunalpolitiker und Staatsmann, **Dr. Lars Lüdicke (Berlin)**

Mit anschließender Diskussion
- 18:15 Uhr** **Tagesabschluss** durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- Ab 18:30 Uhr** **Auf Wunsch:** Gemeinsames Abendessen und geselliges Beisammensein in nahegelegener Gaststätte

Danziger Kulturtagung: Programmablauf

Sonntag 13. Oktober 2024

- 09:30 - 09:35 Uhr** **Einführung in den zweiten Veranstaltungstag**
durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V.
Dr. Bennet Brämer (Velten)
- 09:35 - 11:05 Uhr** **Vortrag: Danziger Vorreiter für den Naturschutz: Hugo Conwentz,**
Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke (Berlin)

Mit anschließender Diskussion
- 11:05 - 11:20 Uhr** Pause
- 11:20 - 12:00 Uhr** **Vortrag: Justizkarrieren – die Danziger Gerichtspräsidenten Georg Crusen**
und Walter von Hagens, Dr. Bennet Brämer (Velten)

Mit anschließender Diskussion
- 12:00 - 13:00 Uhr** **Führung durch das Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien und**
der Dobrudscha, N.N. (Stuttgart)
- 13:00 - 13:15 Uhr** **Resümee und Schlussworte** durch den Vorsitzenden des Bundes der
Danziger e.V. **Marcel Pauls (Hamburg)**
- 13:30 Uhr** Möglichkeit zum gemeinsamen kleinen Imbiss

14) Danzig für 'n halben Tag – in Lübeck am 23.11.2024:
Danziger Goldschmiedekunst

Einladung zur Veranstaltung

“Danzig für 'n halben Tag“ – in Lübeck

„Danziger Goldschmiedekunst“

Der Bund der Danziger e.V. lädt Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung in Lübeck, die von der Leiterin unserer Geschäftsstelle und Vorsitzenden der Ortsstelle Ravensburg, Petra Lorinser, organisiert und im November persönlich durchgeführt wird. In dieser dunkleren Jahreszeit hat es einen besonderen Reiz, dem Referenten Dr. Jörn Barfod zu dem interessanten Thema „Danziger Goldschmiedekunst“ zu lauschen. Dr. Jörn Barfod ist Autor zahlreicher Schriften, vomehmlich zur Kunst- und Kulturgeschichte Ostpreußens. Er war Kustos und stellvertretender Direktor am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Im Anschluss besteht zusätzlich die Möglichkeit, an einer gebuchten Führung durch die Ausstellung der „Danziger Paramente“ im fußläufigen St. Annen-Museum teilzunehmen. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erforderlich (Anmeldebogen liegt bei).

Sonnabend, 23. November 2024

12:30 Uhr	Einlass und Begrüßung
13:15 – 14:15 Uhr	Vortrag: „Danziger Goldschmiedekunst“, Dr. Jörn Barfod
	Anschließend Diskussionsrunde und Austausch bei Kaffee und Kuchen
15:15 Uhr	Aufbruch zum St. Annen-Museum, St.-Annen-Str.15, 23552 Lübeck
15:30 - 16:30 Uhr	Führung durch die Ausstellung der „Danziger Paramente“
Tagungsort:	„Museum für Natur und Umwelt“ - Musterbahn 8, 23552 Lübeck
Teilnahmegebühr:	Für die Veranstaltung erheben wir eine Pauschale von 15,- Euro Für den Eintritt in das St. Annen-Museum fallen zuzüglich 12,- Euro an
Anmeldeschluss:	Freitag, 8. November 2024
Anmeldung:	Per Post an: Petra Lorinser, Blumenstr. 7, 88214 Ravensburg Per E-Mail: post@danziger.info Sollten Sie Fragen zur Veranstaltung haben, bitte Telefon: 0451-77303

Wir freuen sehr uns auf Ihr Interesse und Ihre Teilnahme

15) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

Die Planungen des am 31.10.2023 neugewählten Vorstandes unter Wolfgang Liebehenschel, Silke Taube und Nadine Haberlandt laufen. Es besteht die Absicht, im Jahre 2024 monatlich Vorträge zu schlesischen Themen anzubieten, zwei Stadtrundfahrten im Mai und August „Auf schlesischen Spuren in Berlin“ zu organisieren, ein „Sommer-singen“ zu veranstalten, die Feier des Erntedankfestes wieder aufzunehmen.

Die Mitglieder werden zu mindestens zwei Mitgliederversammlungen aufgerufen. Wegen der Änderung des Vereinskontos sollen die Mitgliedsbeiträge entsprechend später eingezahlt werden.

Wir bekennen uns zu Schlesien

Die Landsmannschaft Schlesien ist eine demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, in der sich Schlesier, deren Nachkommen und Freunde Schlesiens zusammenschließen haben. Sie vertritt politisch, rechtlich und kulturell die Interessen Schlesier und der Schlesier und ist Ansprechpartner für die schlesischen Landsleute und Freunde in Deutschland und der Welt. Die Landsmannschaft fordert das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat. Durch grenzüberschreitende Projekte arbeitet die Landsmannschaft verstärkt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denn Schlesien und die Anliegen der Heimatvertriebenen sind gemeinsame Aufgaben aller Generationen.

Die Landsmannschaft

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. – wurde am 26. März 1950 im Bonner Vertriebenenministerium gegründet. Am 3. Oktober 1950 übernahm das Land Niedersachsen, in dem sich nach der Verreibung besonders viele Schlesier niedergelassen hatten, die Patenschaft für die Landsmannschaft.

Die Landsmannschaft Schlesien ist Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV) und arbeitet eng mit den Organisationen der deutschen Volksgruppe in Schlesien zusammen. Der Hauptsitz der Landsmannschaft befindet sich im „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn, ein Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft besteht im Patenland Niedersachsen in Hannover. Das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft sind die Schlesischen Nachrichten, die monatlich erscheinen.

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Hier finden Sie uns online:

www.landsmannschaft-schlesien.de
www.facebook.com/LandsmannschaftSchlesien
www.twitter.com/lmschlesien
www.instagram.com/landsmannschaftschlesien

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. –
Dollendorfer Straße 412
53639 Königswinter
Tel.: 02244 92 59-0
Fax: 02244 92 59-290
Mail: info@schlesien-lm.de
info@landsmannschaft-schlesien.de

Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft Schlesien im Patenland Niedersachsen
Königsworther Straße 2
30167 Hannover
Tel.: 0511 9573 3576
Mail: hannover@schlesien-lm.de

Unser **schlägt für**
SCHLESSEN

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Schlesien – Das Land im Herzen Europas

Auf einer Länge von etwa 500 Kilometern erstreckt sich Schlesien entlang des Ober- und Mittellaufs der Oder und gehört mit seinen Kulturschätzen und Naturschönheiten zu den interessantesten und schönsten Regionen im Herzen Europas. Im Verlauf seiner wechselhaften Geschichte hat Schlesien viele territoriale und politische Veränderungen erfahren. Im Mittelalter slawisch und deutsch besiedelt, unterstand das Land lange der polnischen, dann der böhmischen Krone und war über 200 Jahre im Besitz der Habsburger. Nach den „Schlesischen Kriegen“ im 18. Jahrhundert fiel der größte Teil Schlesiens an Preußen und wurde nach der Reichsgründung von 1871 als preußische Provinz Schlesien Teil des Deutschen Reiches.



Die Gebiete um Troppau, Jägerndorf, Teschen und Bielitz sowie Teile des Fürstentums Neisse blieben als Österreichisch-Schlesien bis 1918 Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Politisch gehört Schlesien heute überwiegend zu Polen und gliedert sich in die Woiwodschaft Niederschlesien mit der Hauptstadt Breslau, die Woiwodschaft Oppeln mit der Hauptstadt Oppeln und die Woiwodschaft Schlesien mit der Hauptstadt Kattowitz. Randbereiche Schlesiens gehören zu kleinen Teilen auch zur Woiwodschaft Lebus im Nordwesten.

Das frühere Österreichisch-Schlesien gehört heute zur Tschechischen Republik. Der nach 1945 bei Deutschland verbliebene Teil der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien liegt heute im Freistaat Sachsen. Dieses Gebiet gehörte historisch weitestgehend zu der erst 1815 schlesisch gewordenen Oberlausitz.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anfang 1945 floh ein Teil der damals rund 4,6 Millionen Schlesier vor der anrückenden Roten Armee. Obwohl bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) eine Regelung über den Verbleib der deutschen Bevölkerung in Schlesien noch ausstand, begannen bereits im Frühjahr 1945 die sogenannten „wildern Vertreibungen“, die von polnischen Stellen organisiert wurden. Die hierzu erlassenen Bierur-Dekrete ermöglichten die Einziehung des gesamten Eigentums von Personen deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft zugunsten des polnischen Staates. Im Juni 1945 wurden alle Deutschen aus einem Gebietstreifen von etwa 30 Kilometer Breite unmittelbar östlich der Lausitzer Neiße vertrieben.



Aufgrund der von den Alliierten in Potsdam getroffenen Beschlüsse begann ab 1946 eine systematische Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung, die bis 1947/48 andauerte. Das Eigentum der geflüchteten und vertriebenen Deutschen wurde im Jahre 1946 durch zwei polnische Dekrete als „verlassenes bzw. herrenloses Gut“ entschädigungslos konfisziert.

Die Gebiete Schlesiens, die bis zum Münchner Abkommen von 1938 Bestandteil der Tschechoslowakei gewesen waren, also Gebiete des früheren Österreichisch-Schlesien, fielen 1945 an die wiedererstehende Tschechoslowakei. Die deutsche Bevölkerung wurde auch hier mehrheitlich vertrieben.

Von den 15 Millionen Deutschen, die aus den ehemaligen Ostgebieten und deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden, waren über 3 Millionen Schlesier, die ihre Heimat verlassen mussten.

AUF DEM LAUFENDEN BLEIBEN

Als Zeitschrift für Schlesien sind die Schliesischen Nachrichten seit 1986 das offizielle Verbandsorgan der Landmannschaft Schlesien.

Die monatlich erscheinende Zeitschrift berichtet über bundesweite landmannschaftliche Aktivitäten, über die schlesischen Landleute in der Heimat, das deutsch-polnische Verhältnis sowie über Geschichte und Kultur Schlesiens. Auch die Tagespolitik ist Gegenstand der Berichterstattung. Die Schliesischen Nachrichten berichten über ganz Schlesien von Görlitz bis Kattowitz, informieren über Schlesien gestern und heute und diskutieren über die Zukunft Schlesiens.



Bezugspreis:
Einzelheft 4,50 Euro
Jahresabonnement 49,00 Euro

Erscheinungsweise:
monatlich, 12 Ausgaben im Jahr

Weitere Informationen unter:
Mail: info@schliesische-nachrichten.de

Anzeigen:
Tel.: 02244 9259-0
Fax: 02244 9259-290
Mail: anzeigen@schlesien-lm.de

Jedes Abonnement der Schliesischen Nachrichten unterstützt die Arbeit der Landmannschaft für Schlesien. Auch Patenschaftsabonnements sind möglich.

01) Vortragsreihe des WBW im 2. Halbjahr 2024

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

**1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher**

E i n l a d u n g N r. 74

(Vortragsveranstaltungen August bis Dezember 2024)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

- | | |
|------------|---|
| 347 | <u>Montag</u> 19. August 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Die Berliner „Polonia“ im Kaiserreich am Beispiel der Zuwanderer aus Westpreußen. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin |
| 348 | <u>Montag</u> 16. September 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Der Danziger Historiker Erich Keyser (1893-1968) im Spiegel seiner Memoiren. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Frau Prof. Dr. Marie-Luise H e c k m a n n, Werder / Havelland |
| 349 | <u>Montag</u> 21. Oktober 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Von Lübeck über die DDR bis nach Japan - die Verfassung der Freien Stadt Danzig (1920-1939) im rechtshistorischen Vergleich. (mit Medien).</u>
<u>Referent</u> Dr. Bennet B r ä m e r, Velten |
| 350 | <u>Montag</u> 18. November 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Weltenbaum – Baum mit goldenen Äpfeln. Westpreußen, Land an der unteren Weichsel, schätzt den Weltenbaum, den Baum mit den goldenen Äpfeln. Eine Veranstaltung im Rahmen der 35. Berliner Märchentage.</u>
<u>Referent</u> Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin, mit Ute Breitsprecher, Berlin, u.a. |
| 346 | <u>Montag</u> 09. Dezember 2024, 18.30 Uhr
<u>Thema</u> <u>Agnes Miegel - Am Pregel, an der Seine und anderswo – eine Dichterin zwischen Zeiten und Welten. (Vortrag mit Lichtbildern).</u>
<u>Referent</u> Jörn P e k r u l, Berlin |

02) Vortragsreihe der AGOM im 2. Halbjahr 2024

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke,
stv. Vors.: Frau Ute Breitsprecher, Schatzmeisterin: Frau Angelika Hanske

im Juni 2024 Hk/Brei/Hs

Einladung Nr. 93

(Vortragsveranstaltungen August bis Dezember 2024)

Ort: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin
Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

- | | | | |
|-----|---|---|------------------|
| 486 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 16. August 2024,
<u>Preußische Dichter aus vier Jahrhunderten.</u> (Mit Medien).
Dr. Jürgen W. S c h m i d t, Berlin | 19:00 Uhr |
| 487 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. September 2024,
<u>August Heinrich Hoffmann (1798-1874), bekannt als Hoffmann von Fallersleben, Professor in Breslau, Zeitgenosse von Gustav Freytag.</u>
(Mit Medien).
Dr. Hans Weinert, Berlin | 19:00 Uhr |
| 488 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 18. Oktober 2024,
<u>Wilhelm von Humboldt als Schlossherr von Ottmachau in Schlesien.</u>
(Mit Medien).
Matthias L e m p a r t M.A., Berlin | 19:00 Uhr |
| 489 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 15. November 2024,
<u>Weltenbaum – Baum mit goldenen Äpfeln. Ostmitteleuropa, zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, viele Völker, viele Überlieferungen zum Symbol Weltenbaum / Apfelbaum.</u>
<i>Eine Veranstaltung im Rahmen der 35. Berliner Märchentage</i>
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin, mit Ute Breitsprecher, Berlin, u.a. | 19:00 Uhr |
| 490 | <u>Freitag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. Dezember 2024,
<u>Die Wiederentdeckung des menschlichen Geistes durch den christlichen Mystiker Carl Welkisch (*1888 Gloden, Prov. Posen – †1984 Überlingen).</u> (Mit Medien).
Edmund M a n g e l s d o r f, Berlin | 19:00 Uhr |

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

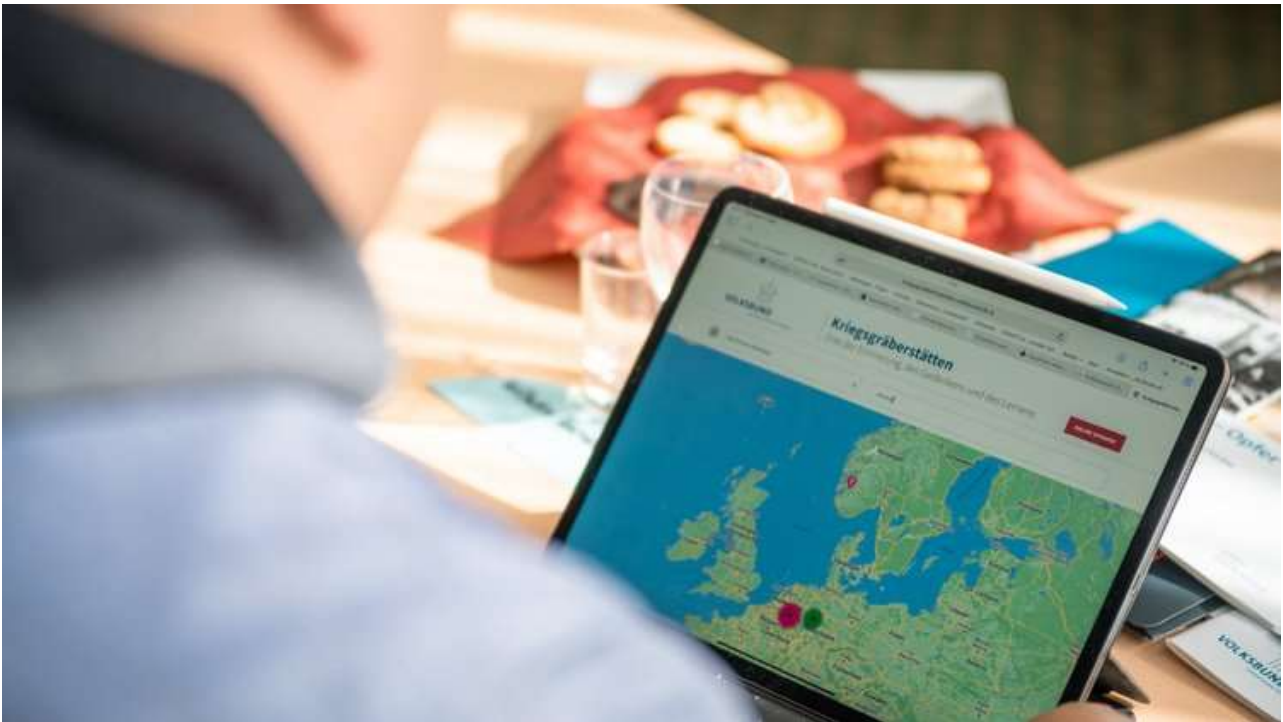
<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

03) Lehrkräfteseminar in Berlin

Einladung zum Lehrkräfteseminar in Berlin - „Flucht und Vertreibung vermitteln“, 13.-15. September 2024



Im Mittelpunkt des dreitägigen Seminars für Lehrkräfte aus allen Bundesländern stehen Fragen der Erinnerung und Geschichtsvermittlung zum Thema Zwangsmigrationen in Europa. Am Beispiel des Berliner Lernortes Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sowie der Kriegsgräberstätte Lilienthalstraße setzen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den historischen Hintergründen und der Vermittlungspraxis auseinander. Das bundesweite Lehrkräfteseminar dient zudem dem praxisorientierten kollegialen Austausch.

Informationen zum Abrufkontingent

Während des Lehrkräfteseminars bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Zimmerkontingente in zwei Berliner Hotels zu reservieren. Bei Interesse können Sie unter Verwendung eines spezifischen Stichworts reservieren, das wir Ihnen nach Ablauf der Anmeldefrist mitteilen.

Hotel 1

Zimmerpreis inkl. Frühstück pro Nacht

Einzelzimmer: 83,00 € inkl. Frühstück

Doppelzimmer zur Einzelnutzung: 99,00 € inkl. Frühstück

Hotel 2

Zimmerpreis inkl. Frühstück pro Nacht

Einzelzimmer: 154,00 € inkl. Frühstück

Doppelzimmer: 194,00 € inkl. Frühstück

Anmeldung bitte bis spätestens 12. Juli 2024.

Eine Anmeldung ist auch über unser [Online-Anmeldeformular](#) möglich.



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2

15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663

Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person

Schüler, Studenten: 1,50 Euro

Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2

D-15537 Erkner

Das Museum wird in den nächsten drei Jahren umgestaltet.

Auch wenn wir uns in dieser Zeit mit keiner Ausstellung zu Gerhart Hauptmann präsentieren können, wollen wir trotzdem für Sie da sein, und **ab April eine Auswahl von Veranstaltungen** anbieten, die entweder im Bürgersaal des Rathauses oder in der Genezarethkirche stattfinden. Die Tickets dafür können Sie, wie gewohnt, bei uns kaufen.

Wir arbeiten im Hintergrund an der Konzeption der neuen Museumsausstellung und setzen unsere Publikationsreihe fort. Schauen Sie in nächster Zeit einfach öfter auf diese Internetseite, um über unsere Angebote informiert zu sein.

<https://www.hauptmannmuseum.de/veranstaltungen>

Vorerst finden unsere Veranstaltungen weiterhin statt.

Die Museumsverwaltung befindet sich zurzeit in der **Friedrichstraße 67 (gegenüber dem Rathaus)**. Hier können Sie zu den **Geschäftszeiten Mo – Fr von 10 – 15 Uhr sowie mittwochs bis 17 Uhr die Eintrittskarten für unsere Veranstaltungen in Erkner** (Bürgersaal, Heimatmuseum, Genezarethkirche) erwerben.

Wir sind weiterhin unter der Telefonnummer +49 3362 3663 zu erreichen.



04) straucheln und lichten. Ein Waldversuch

Lesereihe zwischen Büro und Depot

von Judith Zander

Dienstag, 10.09.2024, 18:00 Uhr

Unveröffentlichte Texte

Lesung: **Judith Zander**

Eine neue Lesereihe in Erkner! Solange das Gerhart-Hauptmann-Museum keinen eigenen Veranstaltungsort hat, wird diese kleine Reihe in den Räumen der Museumsverwaltung stattfinden. Damit bietet sich ein völlig neuer Blick auf die Sammlung und das Archiv. Das Besondere an dieser Reihe ist, dass hier ausschließlich Autoren mit ihren Werken oder Herausgeber zu Wort kommen. Der Dienstag wird somit in Erkner der Literatur-Dienstag.

Die Verwaltung des Gerhart Hauptmann-Museums befindet sich zur Zeit in der **Friedrichstraße 67, in 15537 Erkner**, genau gegenüber dem Rathaus.

Einlass zu den Lesungen ab **17.30 Uhr**

Eintritt: 7 €



05) Gerhart Hauptmanns Märchendichtungen

Museum für Kinder, Märchendichtungen

Donnerstag, 19.09.2024, 11:00 Uhr

Im Bürgersaal / Rathaus

Die Schauspielerin Kerstin Reimann stellt für Kinder die Märchendichtungen von Gerhart Hauptmann vor, wobei die Grazerzählungen im Vordergrund stehen. Musik und die Dichtungen sollen die Kinder zum Malen anregen.

Diese Veranstaltung kann für Schulklassen auch zu anderen Terminen gebucht werden.

Eintritt: 2 €



utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@

utp.berlin | mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

www.UTP.berlin

HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr

06) Programm 2024/2025 in Vorbereitung

Mit herzlichen Grüßen,
Der Programmbeirat der UDG
Gefördert durch:





Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V.

(gegr. 1884)

Dr. Peter Bahl

Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.

- Vorsitzender -

Gurlittstraße. 5

12169 Berlin

Tel. (030) 753 99 98

bahl_peter@yahoo.de

www.geschichte-brandenburg.de

Bibliothekskatalog: <https://lqv.vufind.net/lqv/>

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit erbitten wir auf unser Konto

bei der Postbank Berlin (IBAN = DE24 1001 0010 0045 7101 09, BIC = PBNKDEFF).

07) Leben auf dem platten Land – Schönfließer Mauer- und Wendegeschichte

07. September 2024, 11:15 - 14:00 Uhr

Schönfließ, Kirche Am Anger 5, Schönfließ

Ein Ortsspaziergang Führung: Klaus Brietzke (Schönfließ, Bürgermeister im Ruhestand).
Leitung: Ingrid Zache (Hohen Neuendorf). Treffen: Sonnabend, 7. September 2024, 11.15
Uhr, Kirche Schönfließ. ÖPNV: S1 bis Bhf. Hermsdorf, weiter mit Bus 809 (Richtung
Hennigsdorf) ab 10.42 Uhr, an Schönfließ 10.53 Uhr (120 min. Takt). Anreise mit S8 bis
Bhf. Schönfließ (20 min. Takt) mit 1,5 [...]

08) Rationale oder nationale Architektur?

12. September 2024 19:00 - 21:00 Uhr

Berliner Stadtbibliothek - Kleiner Säulensaal Breite Str. 36, Berlin

Über die Verwendung der Neogotik bei Zweckbauten Ende des 19. Jahrhunderts am
Beispiel der Roten Kasernen in Potsdam Vortrag: Thomas Sander (Potsdam). Treffen:
Donnerstag, 12. September 2024, 19.00 Uhr im Kleinen Säulensaal der Berliner
Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte „Robert Klingelhöffer entwarf die ersten
Gebäude der Roten Kaserne im Stil der Märkischen Backsteingotik. Dieser erinnerte an
[...]

09) Von der Bulgarischen Straße zum Volkspark Wuhlheide (Spreeweg VIII)

28. September 2024 11:00 - 13:30 Uhr

Bulgarische Str. (Bus-Haltestelle)

Eine Stadtwanderung, ca. 5 km Leitung: Gerhard Weiduschat (Berlin). Treffen: Sonnabend, 28. September 2024, 11.00 Uhr, an der Bushaltestelle Bulgarische Straße. ÖPNV: Bus 165, 166, 265. Kosten: keine. Ende gegen 13.30 Uhr. Einkehr unterwegs oder am Ende möglich. Anmeldung: Gerhard Weiduschat, E-Mail: g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Tel. (030) 413 82 19 (Anrufbeantworter) Die 8. Etappe führt [...]



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Vertreten durch den Vorsitzenden: Dr. Manfred Uhlitz

Neuer Marstall

Schloßplatz 7, 1.Hof, 10178 Berlin

Telefon: 030-90226449

E-Mail: info@diegeschichteberlins.de

www.diegeschichteberlins.de

Berliner Sparkasse IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76

Veranstaltungsorganisation:

Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH

Helmholtzstr. 2-9, Aufgang D

10587 Berlin

Tel 030 26 36 69 83

Fax 030 26 36 69 85

E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de

10) Zeiss-Großplanetarium

„Technik-Führung im Zeiss-Großplanetarium“ mit Karsten Jäkel, Leitung Technik der Stiftung Planetarium Berlin.

Dienstag, 03. September 2024, 18:00 Uhr

Der Veranstaltungsort wird nach Anmeldung bekanntgegeben!

Es gilt als Europas modernstes Wissenschaftstheater – errichtet als einer der letzten DDR-Repräsentationsbauten zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987. Seit dem Abschluss der Modernisierung 2016 verfügt es über neue Medientechnik – präsentiert werden astronomisch-naturwissenschaftliche, aber auch künstlerische Programme.

Max. 15 Personen. Anmeldung bei Dirk Pinnow per E-Mail an dirk@pinnow.com erbeten.

» **Um Anmeldung wird gebeten.**

Veranstaltungsorganisation:

Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH

Helmholtzstr. 2-9, Aufgang D

10587 Berlin

Tel 030 26 36 69 83

Fax 030 26 36 69 85

E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de

11) Alliierte in Berlin – das Architekturerbe.
Fotovortrag der Architekturfotografin Mila Hacke

Mittwoch, 11. September 2024, 19:00 Uhr

Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, 10178 Berlin-Mitte, Breite Straße 36

Frau Hacke erforscht und dokumentiert seit 2008 den Einfluss der Alliierten auf die Berliner Nachkriegsmoderne. Neben Bauten, die mittlerweile verschwunden sind - militärische Infrastruktur wie Kasernen oder Militärbahnhöfe - gehören Kirchen, Schulen, Sport- und Einkaufszentren zur dokumentierten architektonischen Hinterlassenschaft. In der Vergangenheit kuratierte die gelernte Diplom-Architektin mehrere Fotoausstellungen zum Thema.

Gäste willkommen! Eintritt frei!



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

Neue Büroadresse ab Juli 2024:

Literaturhaus Berlin e.V.

Alt-Moabit 62-63

10555 Berlin

Bis zum 4. Juli erreichen Sie uns unter: 0176 95683594

info@literaturhaus-berlin.de

Das Literaturhaus Berlin in der Fasanenstraße 23 wird ab Sommer 2024 für 18 Monate saniert und erhält endlich einen Fahrstuhl und neue Toiletten. Während dieser Zeit finden keine Veranstaltungen in der Fasanenstraße statt. Unter dem Motto »Li-Be für die Stadt« touren wir durch alle Berliner Bezirke und kommen auch in Ihre Nähe – [seien Sie mit dabei, wenn wir um die Häuser ziehen!](#)

<https://li-be.de/>

12) Veranstaltungen in Vorbereitung



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de



Die guten Tage VI

13) Lyrik aus dem Südosten Europas

Mit **Faruk Šehić**, **Livia Ștefan** und **Ana Pepelnik**

Moderation: **Mladen Gladić**

Lesung: **Adrian Kasnitz**, **Manuela Klenke**

Freitag, 13. September 2024, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

Eintritt 8 / 5 €. Auch an der Abendkasse.

Wenn es Herbst wird über dem Wannsee laden TRADUKI und das LCB wieder zu ihrem Abend der südosteuropäischen Literatur ein. Dieses Jahr setzen wir ganz auf Lyrik: Der bosnische Schriftsteller Faruk Šehić lässt in »Meine Flüsse« (Ü: Rebekka Zeinzinger) die jüngste Geschichte, den Krieg, aber auch Exil und Erinnerung sich in den Flüssen Una, Drina, Loire und Spree spiegeln. Die rumänische Lyrikerin Livia Ștefan begibt sich mit ihren Gedichten in »re.volver« (Ü: Manuela Klenke) auf einen weiten Weg: Sie schreibt sich zurück ins Trauma – und wieder hinaus. Mit »nicht fisch« (Ü: Amalija Maček, Matthias Göriz, Adrian Kasnitz und Thomas Podhostnik) wird eine Auswahl von Gedichten der vielfach ausgezeichneten slowenischen Dichterin Ana Pepelnik präsentiert. Die Fluidität von Pepelniks Sprache, der Wechsel zwischen harten Rhythmen und sanftem Singsang bieten eine ideale Vorlage für die sensiblen Vertonungen von Aurélie Maurin. Alle drei Gedichtbände sind bei der parasitenpresse erschienen.

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0, Fax: 030-254-09-99

14) Ha'Mishlahat | Delegation

Film

Freitag, 13. September 2024, 19:00 Uhr

Kosten: Eintritt frei

Dauer: 130 Minuten

Sprachen: Deutsch

Israel/Polen/Deutschland 2023, 101 Minuten, OmdU
Regie und Drehbuch: Asaf Saban

Das Ende der Schulzeit steht bevor. Gemeinsam mit ihrer Klasse und einem Überlebenden begeben sich Frisch, Nitzan und Ido auf eine Busfahrt durch Polen zu ehemaligen Konzentrationslagern und Gedenkstätten der Shoah. Die in Israel für Schüler und Schülerinnen übliche Reise konfrontiert sie mit einem Teil ihrer Identität, mitunter auf sehr emotionale Weise.

Der Film *Ha'Mishlahat* erzählt von Erinnerungskultur aus der Perspektive junger Israelis, deren lebhaftige Energie auf verschiedene Gedenkort- und -formen trifft. Der Film feierte 2023 im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin Premiere und ist seither mehrfach ausgezeichnet worden.

Asaf Saban, 1979 in Israel geboren, lebt und arbeitet in Tel Aviv. Seinen Abschluss machte er am Beit Berl College. Für seine Leistungen während des Studiums erhielt er fünfmal das renommierte Stipendium der America-Israel Cultural Foundation. *Ha'Mishlahat* ist sein zweiter Langspielfilm.

Tobias Ebbrecht-Hartmann lehrt an der Hebräischen Universität Jerusalem Filmgeschichte, deutsche Kultur- und Erinnerungskulturgeschichte. Er publiziert zu filmischer und digitaler Erinnerung an den Holocaust sowie den Umgang mit historischem Filmmaterial. Zu seinen Veröffentlichungen gehört das Buch *Übergänge – Passagen durch eine deutsch-israelische Filmgeschichte* (2014).

Andreas Mix ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ausstellungskurator der Stiftung Topographie des Terrors.

Im Anschluss: Podiumsgespräch zum Spielfilm mit Dr. Tobias Ebbrecht-Hartmann und Andreas Mix, im Rahmen von filmPOLSKA 2024, gemeinsam mit Polnisches Institut Berlin
Hinweis

Mit Ihrer Teilnahme an der Veranstaltung erteilen Sie Ihr Einverständnis, dass Fotoaufnahmen Ihrer Person als Teil von Überblickseinstellungen im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit der Veranstalter verwendet werden können.

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798, Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

15) Immanuel Kant: Von den Grenzen der Vernunft und der Autonomie des Menschen.

Vortrag von apl. Prof. Dr. Stefan Büttner-von Stülpnagel

Sonntag, 08. September 2024, 15.00 Uhr

Immanuel Kant ist eine Leitfigur der Aufklärung und wegweisend für die gesamte klassische deutsche Philosophie. Anlässlich seines dreihundertsten Geburtstages werden dessen wichtigste Einsichten zu Theorie und Praxis erläutert. Über Gott, Unsterblichkeit der Seele und Freiheit sind – so Kants Überlegungen – keine theoretisch ausweisbaren Aussagen möglich. Die traditionelle Metaphysik findet damit ihr Ende; mit dem damit verbundenen konstruktivistischen Ansatz bahnt Kant den Weg zu einer modernen Weltdeutung, die die Grenzen der Vernunft markiert. In der praktischen Philosophie besteht Kants innovative Leistung darin, mit dem ‚kategorischen Imperativ‘ ein argumentationsstarkes Kriterium für moralisch richtiges Handeln entwickelt und damit eine neue Grundlegung für Recht und Ethik geschaffen zu haben. Die Konzeption der Würde, wie sie im Grundgesetz formuliert wird, steht argumentativ in einem Zusammenhang mit der kantischen Verwendung dieses Begriffs, der die Autonomie und Selbstbestimmung des Menschen umfasst.

Stefan Büttner-von Stülpnagel ist apl. Professor für Philosophie an der Universität Potsdam, Honorar Dozent an der Hochschule der Polizei Brandenburg/Oranienburg und an der Medizinischen Hochschule Theodor Fontane in Neuruppin. Seit 20 Jahren ist er selbstständig als Dozent für politische Bildung, für Recht und Ethik in Medizin und Pflege, als Lehrkraft an der ASG Berufliche Schulen Neuruppin sowie als Coach, Supervisor und Teamentwickler in der Sozialen Arbeit.

Wir bitten Sie um Ihre Anmeldung per Mail an [museum @ bpm-wustrau.de](mailto:museum@bpm-wustrau.de) oder telefonisch unter 033925 70798. Die Kosten für die Teilnahme an der Veranstaltung betragen 5 Euro (inkl. Museumsbesuch).

16) Georg Forster (1754–1794): Naturforscher, Humanist und Revolutionär

Vortrag von Dr. Katrin Schmersahl

Sonntag, 29. September 2024, 15.00 Uhr

Georg Forster gilt als einer der bedeutendsten deutschen Ethnologen, Reiseschriftsteller und Naturforscher. Aber nicht nur als Forscher und Weltreisender ist Forster bekannt, sondern auch als einer der führenden Köpfe der Mainzer Republik, der ersten Republik auf deutschem Boden. Bereits als 17-jähriger begleite er seinen Vater auf der zweiten Weltreise von James Cook (1772–75). Zurück in England verfasste er einen Reisebericht, der ihn schlagartig berühmt machen sollte. Forsters Texte werden noch heute wegen ihres hohen literarischen Ranges, aber auch wegen ihres unvoreingenommenen, von Empathie geleiteten Blickes auf die indigenen Bewohnerinnen und Bewohner Polynesiens und deren Kultur gerühmt. 1778 bekam Forster – zunächst in Kassel – eine Anstellung als Professor für Naturkunde. Georg Forster, der in engem wissenschaftlichen Austausch mit führenden Wissenschaftlern und Gelehrten der Aufklärungszeit stand, mischte sich in die Debatten seiner Zeit ein: Er kritisierte den Eurozentrismus des aufklärerischen Vernunftideals und verteidigte die Unmittelbarkeit der Anschauung.

Dr. Katrin Schmersahl, Studium der Geschichte und Literaturwissenschaft in Tübingen und Hamburg. Promovierte Historikerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg. Inzwischen ist sie seit nunmehr 20 Jahren freiberuflich als Autorin und Dozentin tätig.

Wir bitten Sie um Ihre Anmeldung per Mail an museum@bpm-wustrau.de oder telefonisch unter 033925 70798. Die Kosten für die Teilnahme an der Veranstaltung betragen 5 Euro (inkl. Museumsbesuch).



Gesellschaft
für Erdkunde zu Berlin

Geo-Campus Lankwitz
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
Fon +49 30 77007688
veranstaltungen@gfe-berlin.de

Veranstaltungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, gegründet 1828, damit die zweitälteste geographische Gesellschaft in der Welt. Sie ist die „Mutter“ unserer Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa, denn diese wurde 1982 in der Gesellschaft für Erdkunde von Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke unter dem Vorsitz Professor Dr. Burkhard Hofmeister gegründet

- 17)** Zurzeit keine Veranstaltungen.
Die Krone der Geographie, die Länderkunde, ist tot!?

Dr. Gerda Schirrmeister
Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung
zu Naturwerksteinen
Frobenstr. 9
10783 Berlin
Tel. 030 - 21 00 54 28

18) Veranstaltungen in Vorbereitung

Urania Berlin

Urania Berlin e.V.
An der Urania 17, 10787 Berlin

030- 43 97 47-999
presse@urania-berlin.de
www.urania.de



Foto: Jaques Louis David - Helena und Paris (1788)

19) Wege in den Klassizismus - von Jaques Louis David bis Karl Friedrich Schinkel.

Vortrag von Thomas R. Hoffmann

Donnerstag, 12. September 2024, 17:30 Uhr

Eintritt: 8 €, ermäßigt: 5 €, Mitglieder: 3 €

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts beginnen sich Kunststile zeitlich zu überschneiden und können dabei europaweit nicht mehr scharf voneinander geschieden werden. Das verstärkte Ausbilden von Nationalismen führte zu den unterschiedlichsten Ausprägungen von „Kunststilen“ in den jeweiligen Ländern. Der Kunsthistoriker **Thomas R. Hoffmann** möchte die Urania Saison 2024/25 für einen Kunst-Parcour durch ein Jahrhundert voller Umbrüche und Revolutionen nutzen, um die vielfältigen Kunstströmungen des 19. Jahrhunderts zu präsentieren und Fragen der unterschiedlichen Lesbarkeit zu stellen. Wo haben die stilistischen Einflüsse ihren Ursprung? Wie sehen die Vorbilder und Inspirationen

Seite A 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

in den jeweiligen Ländern und Nationen aus? Wo liegen die Gemeinsamkeiten, wo die Unterschiede? Wie hängen die historischen Entwicklungen und geschichtlichen Umbrüche mit den Kunststilen zusammen? Ein spannendes Tableau an Bildern wird die Folie bilden, um sich den jeweiligen Kunstrichtungen zu nähern. **Den Auftakt bildet der Klassizismus, dessen Bogen von Italien über Frankreich bis in die deutschsprachigen Länder gespannt werden wird.**



<https://blog.sbb.berlin/termine/kalender/>

20) Von Flöhen, Katzen, Affen und der Literatur. Franz Kafkas und E.T.A. Hoffmanns Bestiarien

Donnerstag, 19. September 2024, 19 Uhr

Staatsbibliothek zu Berlin, Theodor-Fontane-Saal
Unter den Linden 8, 10117 Berlin

Um Anmeldung wird gebeten



Umschlag zu Meister Floh nach einer Vorlage von E.T.A. Hoffmann. 1822. SBB-PK | CC-BY-NC-SA 4.0

In den Texten von Franz Kafka und E.T.A. Hoffmann kreucht und fleucht es: Der einer Akademie berichtende Affe Rotpeter, der Autorschaft behauptende Kater Murr und Meister Floh sind Beispiele für ein Schreiben, dem Tiere weit mehr als Metaphern sind. Wie literarische Tiere durch die Inszenierung ihrer materiell-semiotischen Agency zu poetologischen Reflexionsfiguren werden, zeichnet der Vortrag exemplarisch an den „Bestiarien“ dieser zwei Autoren nach.

Dr. Esther Köhring ist Theater- und Literaturwissenschaftlerin an der Goethe-Universität Frankfurt/M. Sie forscht zu Tieren in der Literatur und auf Bühnen, ist Mitherausgeberin von *Texte zur Tiertheorie* (Reclam 2015) und veröffentlichte zuletzt *Theatralisieren, Experimentalisieren, Bestiarisieren. Tiere auf Bühnen des Wissens von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart* (Metzler 2023).

01) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés
in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2. Halbjahr 2024

DJT

im Coupé Theater, Bürgeramt Wilmersdorf Kommunale Galerie
Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin
Verkehrsanbindung: Fehrbelliner Platz, U3 U7 Bus 143 Bus 115 Bus 101
<https://www.djthe.de/>
Karten: karten@djthe.de
Kontakt: 0176 722 61 305

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Sonntag, 1. September 18:00 - 20:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...]

Panzerkreuzer Potemkin

Film

Donnerstag, 5. September 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Panzerkreuzer Potemkin Filmschau mit Werkeinführung und Live-Musik

Lesung: Stefan Zweig Die spät bezahlte Schuld

Lesung

Freitag, 6. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Lesung: Stefan Zweig Die spät bezahlte Schuld mit der Wiener Schauspielerin Anna Moik-Stötz

Rosinen aus Bagdad Orientalischer Erzählabend mit Musik

Schauspiel

Freitag, 20. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Rosinen aus Bagdad Orientalischer Erzählabend mit Musik

What the World needs now is LOVE

Musik

Sonabend, 21. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Jüdische Musiker wie Bob Dylan, Leonard Cohen, Simon & Garfunkel, Serge Gainsbourg, George Moustaki, Barbra Streisand und viele andere haben die populäre Musik bis heute geprägt. Wir widmen ihnen [...]

What the World needs now is LOVE

Musik

Sonntag, 22. September 18:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Jüdische Musiker wie Bob Dylan, Leonard Cohen, Simon & Garfunkel, Serge Gainsbourg, George Moustaki, Barbra Streisand und viele andere haben die populäre Musik bis heute geprägt. Wir widmen ihnen [...]

Kishon: Intime Geständnisse

Szenische Lesung

Donnerstag, 26. September 19:00 - 20:30

Berlin, Deutschland

Ephraim Kishon: Intime Geständnisse und andere Alltagsgeschichten.

Erev shel shoshanim... Abend voller Rosen...

Lesung mit Musik

Sonntag, 29. September 18:00 - 19:30

Berlin, Deutschland

Erev shel shoshanim... Abend voller Rosen...

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Mittwoch, 2. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...]

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Donnerstag, 3. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...]

Besessen! - Der Dibbuk

Schauspiel

Freitag, 4. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Besessen! - Der Dibbuk Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetls. Lea ist die Tochter [...]

[+ Infos](#)

PREMIERE Nachgefragt! Bei Hannah Arendt

Schauspiel

Mittwoch, 16. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

Seite A 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

[Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Donnerstag, 17. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[Nachgefragt! Bei Hannah Arendt](#)

[Schauspiel](#)

Freitag, 18. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher.

[What the World needs now is LOVE](#)

[Musik](#)

Mittwoch, 30. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

What the World needs now is LOVE Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nichtmehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der
[\[...\]](#)

[What the World needs now is LOVE](#)

[Musik](#)

Donnerstag, 31. Oktober 19:00 - 21:00

Berlin, Deutschland

What the World needs now is LOVE Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nichtmehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der
[\[...\]](#)

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176

10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)

t 030 | 9029 167 09 (Artothek)

t 030 | 9029 167 12 (Atelier)

f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100

f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf, Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7

Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115

Fehrbelliner Platz

02) Susanne Wehland. My Eyes Are Set on Freedom

Malerei, Skulptur

Ausstellung vom 13. Mai bis 15. September 2024

In ihren großformatigen Bildwerken reflektiert Susanne Wehland mit malerischen Mittel, angereichert mit Fotomontagen und Materialcollagen gesellschaftliche und politische Themen, d.h. den Kampf für Frieden und Freiheit, Umwelt und Natur, Geschlechterrollen. Die umfangreiche Einzelausstellung zeigt daneben eine Auswahl aus ihrem bildhauerischen Werk, das sich besonders der Darstellung von Frauengestalten widmet. Die Ausstellung erlaubt anhand bedeutender Themen das Gesamtwerk einer Berliner Künstlerin zu entdecken.

Die Meisterschülerin, die 1973 nach dem Studium der Bildhauerei in Essen an der Folkwangschule für Gestaltung nach Berlin an damalige Hochschule für bildende Kunst wechselte kam, lebt und arbeitet in Berlin-Charlottenburg.

Das umfangreiche Oeuvre der Künstlerin Susanne Wehland begeistert!



Susanne Wehland, My Eyes Are Set on Freedom, Öl, Acryl, Spachtelmasse, Kies, Gips und eingeschweißtes Foto auf Leinwand, 100 x 140 cm, Fotografie: Bernd Borchardt

Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

03) Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“

Tempelhofer und ihre Gäste, die mehr über den Stadtbezirk erfahren möchten, sind in der Dauerausstellung genau richtig: Die originalen Objekte – sei es eine verrostete Pistole oder ein riesiger Mammut-Knochen – sind in verschiedenen Räumen des ehemaligen Schulgebäudes untergebracht und können gar nicht an einem einzigen Besuch alle unter die Lupe genommen werden. Mit Hilfe des kindgerechten Audioguides lässt sich hier bei

Weitere Informationen auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html):

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html>

04) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung

RATHAUS SCHÖNEBERG

STÄNDIGE AUSSTELLUNG

Wir waren Nachbarn

Mit **über 170 biografischen Alben**, Hörstationen und Filmen mit zeitbezeugenden Personen erinnert die Dauerausstellung an die Schicksale von jüdischen Menschen aus dem Bezirk, die im Nationalsozialismus verfolgt, entrechtet und ermordet wurden. Zugleich machen **über 6.000 Namen von Deportierten**, auf kleinen Karten handschriftlich notiert und angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen, das unbegreifliche Ausmaß der Verfolgung allein in einem Stadtbezirk deutlich.

Durch das **Archiv der Erinnerungen** – mit einem vielfältigen Veranstaltungs- und Vermittlungsprogramm – sowie **Sonderausstellungen** entwickelt sich das Ausstellungsprojekt beständig weiter und bietet einen lebendigen Lern- und Begegnungsort für Interessierte jeden Alters.

Geöffnet: **Sa bis Do, 10-18 Uhr**, Eintritt frei.

www.wirwarennachbarn.de

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Ort: Rathaus Schöneberg,

Ausstellungshalle, John-F.-Kennedy-Platz, 10827 Berlin



05) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg

MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

IM STADTRAUM

Stolpersteinverlegungen in Tempelhof und Schöneberg

Viele Stolpersteine sind bereits in Tempelhof und Schöneberg zu finden. Verlegungen finden auch in den Wintermonaten statt – mit dem Künstler **Gunter Demnig** und dem ehrenamtlichen Steinverleger **Hans-Peter Frank**.

Die Termine der anstehenden Stolpersteinverlegungen finden Sie auf der Website: www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine.html

Die Beratung von Angehörigen und Interessierten findet in der Koordinierungsstelle im Schöneberg Museum statt.

Melden Sie sich gern unter:

Stolpersteine@ba-ts.berlin.de

Sie können sich auch in den E-Mail-Verteiler für Stolpersteinverlegungen eintragen lassen.



Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Tel. 033925-70798

Fax 033925-70799

museum@bpm-wustrau.de

[<>www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de)

Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Brandenburg-Preußen-Museum.



Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

06) Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung

Seit dem Jubiläumsjahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine **komplett überarbeitete Hauptausstellung**. Beginnend mit der einzigen kompletten Portraitgalerie aller Brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens, von der Christianisierung mit Kreuz und Schwert im Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Neuer 3D-Rundgang



Virtueller Museumsbesuch

Als kleinen Vorgeschmack für Ihren Besuch bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich virtuell in unserer Hauptausstellung umzusehen!

[Rundgang starten](#)

Das Museum bietet einen neuen, frischen Blick auf Preußen: Ein Raum ist starken preußischen Frauenpersönlichkeiten gewidmet – von [Dorothea Erxleben](#), der ersten promovierten Ärztin der Welt bis zu der erfolgreichen Lokomotivfabrikantin [Sophie Henschel](#). Aus dem Zusammenwirken von [Aufklärung](#) und [Pietismus](#) in Halle am Ende des 17. Jahrhunderts entsteht die „preußische Pflichtethik“. Die Spielzeugsammlung von Anneliese Bödecker, Ehefrau des Museumsstifters, zeigt Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich. Die Industrialisierung wird mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt: Der Aufstieg zur Weltspitze, insbesondere der optischen Industrie, der Chemie und der Elektroindustrie wird kontrastiert mit der Wohnungsnot und der Verbreitung der Cholera und der Tuberkulose in den rasant wachsenden Städten.



Stationen der Ausstellung:

- Mit Kreuz und Schwert: Die Christianisierung Brandenburgs und Preußens im Mittelalter
- Der Übergang vom Mittelalter in die Renaissance
- Die Reformation und das Zeitalter der Glaubenskriege
- Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg durch Repeuplierung mit Glaubensflüchtlingen
- Aufklärung und Pietismus in Halle – die Wurzeln der „Preußischen Tugenden“
- Friedrich der Große – Philosoph, Eroberer, aufgeklärter Alleinherrscher
- Bedeutende Frauen Preußens
- Preußen unter Napoleon – Reformen und Befreiungskriege
- Vormärz und der späte Beginn der Industrialisierung in Preußen
- 1848 – der Ruf nach Demokratie und dem Einheitsstaat
- Die Einigungskriege 1864, 1866, 1870/71
- Das Deutsche Kaiserreich und der lange Weg zur Einheit
- Chemie, Optik, Elektroindustrie – drei moderne Industrien gelangen an die Weltspitze
- Spitzenforscher – die Nobelpreisträger für Medizin, Chemie und Physik bis 1918
- Seuchen – die Kehrseiten des Wachstums
- Die Auswanderer, die HAPAG und der Norddeutsche Lloyd
- Preußen als Bildungsstaat: Bildung für Jungen und Bildung für Mädchen
- Der lange Weg zum Sozialstaat
- Die Museumsinsel, das Kaiserreich und die Kunst
- Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich
- Der Erste Weltkrieg
- Das Ende. Der Zusammenbruch der Westfront, Novemberrevolution, Flucht des Kaisers.

07) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

https://sfvv.e-fork.net/sites/default/files/2023-11/konzept-der-staendigen-ausstellung_sfvv.pdf

08) Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft.
UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

PRESSEINFORMATION

Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft

UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

Berlin, 25.04.2024

Die Bedeutung der Bildung für Flüchtlinge im Bestreben, das eigene Leben wieder in die Hand zu nehmen, beleuchtet die neue Ausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Es ist zugleich eine Sonderausstellung in Zusammenarbeit mit UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Sie beschreibt nicht nur, wie Millionen junge Menschen weltweit durch Vertreibung und Flucht aus Schulen und Universitäten gerissen werden und somit die Zukunft ganzer Generationen auf dem Spiel steht. Die Schau legt den Schwerpunkt auch auf beeindruckende Porträts studierender Flüchtlinge, die mit Ausdauer und Durchsetzungskraft gegen die hohen Hürden auf ihrem persönlichen Bildungsweg kämpfen. Der Faktor Bildung ist nicht nur für die Betroffenen lebenswichtig, sondern auch für ihre Familien, ihre Umgebung und nicht zuletzt ihr Aufnahmeland elementar. Zu sehen ist die Sonderausstellung mit dem Titel „Becoming who you are – Studium trotz Flucht“ bis zum 13. Oktober.

Im Mittelpunkt stehen die Bilder des Fotografen Antoine Tardy. Der Genfer Fotoreporter dokumentiert seit sieben Jahren das Leben von Flüchtlingen in aller Welt. "Sie haben natürlich unterschiedliche Charaktere und leben in sehr unterschiedlichen Verhältnissen, aber sie haben eines gemeinsam: diese Stärke und Ausdauer, diesen Ehrgeiz und den Willen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, verstärkt durch die Härte, der sie sich stellen müssen. Die letzten sieben Jahre waren wie eine Reise. Eine Reise, in der sich meine Vorstellung, wer und was ein Flüchtling ist, völlig dekonstruiert und verändert hat. Die Bilder sollen ein Zeugnis für Würde und Menschlichkeit sein. Zu werden, wer man ist, ist ein universelles Bestreben. Es verweist darauf, was uns eint, und nicht auf das, was uns trennt."

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch während im Bevölkerungsschnitt 42 Prozent der Menschen studieren können, sind es bei Flüchtlingen und Vertriebenen nur 7 Prozent. Angesichts solcher Zahlen ist die Sonderausstellung auch eine Gelegenheit, den eigenen Bildungsweg zu reflektieren: Welche Hindernisse musste ich überwinden? Welche Möglichkeiten wurden mir geschenkt? Welche Lehrer haben meine Entwicklung geprägt? Wohin hat mich persönlich Bildung gebracht?



Dokumentationszentrum
Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Leonie Mechelhoff
Bereichsleiterin Kommunikation

Stresemannstr. 90, 10963 Berlin

T +49 30 206 29 98-11
F +49 30 206 29 98-99
presse@f-v-v.de

flucht-vertreibung-versoehnung.de

PRESSEINFORMATION

Die barrierefreie Ausstellung wird von Multimediainstallationen begleitet, die über die unterschiedlichen Aufnahmeländer informieren und mit Foto, Text und Video einzelne Schicksale dokumentieren.

So wie das von Ahmad, der bei einem Bombenanschlag ein Bein verlor und nach seiner Flucht in den Libanon Architektur studiert, um später in seiner Heimat Syrien die antiken Stätten wieder aufbauen zu können.

Oder Mireille, die aus politischen Gründen im Gefängnis in Burundi saß und dort vergewaltigt und misshandelt wurde. Und nun in Fernstudien Kurse zu Ethik und Kinderrechten belegt.

Oder Raïssa, die immer nachts studiert, wenn ihr kleiner Sohn schläft: „Wir sind nur zu zweit und machen einfach weiter.“

Oder Patience, die als Kind mit ihrer Schwester von ihrer Familie getrennt wurde, aber zur Schule gehen konnte. Sie studiert Informatik – obwohl sie nicht mal einen Computer besitzt: „Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Bildung schafft etwas. Sie macht nie etwas kaputt.“

Die portraitierten Studentinnen und Studenten waren Stipendiaten des sogenannten DAFI-Programmes, das 1992 von der Bundesregierung ins Leben gerufen worden war. Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein ermöglicht Flüchtlingen, in ihrem Erstaufnahmeland zu studieren. Das soll die Situation nicht nur dieser Menschen selbst, sondern auch für ihr Umfeld und nicht zuletzt ihre Gastländer verbessern. In den ersten 30 Jahren des Programmes konnten so mehr als 26 500 Flüchtlinge in 59 Ländern studieren.

Mehr Informationen unter
www.f-v-v.de

A. j) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 80 – A 86



- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Der Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Neue Kabinettausstellung:

»Maria Im Puls der Zeit. Wallfahrten und Prozessionen«

15.08.2024 bis 27.10.2024

Aus Anlass des Festes **Mariä Himmelfahrt** präsentiert das Westpreußische Landesmuseum eine Auswahl an Werken aus der Sammlung **»Maria ImPuls der Zeit«** des aus Warendorf stammenden Sammlers Reinhold Berger. Darstellungen der Heiligen Maria zählen in der abendländischen Kunst zu den beliebtesten Motiven aus dem biblischen Kanon. Die in katholisch geprägten Regionen stark ausgeprägte Verehrung der Muttergottes findet an Mariä Himmelfahrt einen besonderen Ausdruck. Dieser Festtag wird in Warendorf seit Mitte des 18. Jahrhunderts feierlich begangen. Im Zentrum der Feierlichkeiten steht die große Stadtprozession, die jeweils am Sonntag nach dem 15. August, Mariä Himmelfahrt, stattfindet.

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-ig.de

02) Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025



Jahresprogramm / Ausstellungen 2024

21.10.2023 – 25.2.2024

„Stinthengste, Krähenbeiser, Lange Wurst und Co.“

Ostpreußische Bräuche im Wandel
Kabinettausstellung

18.11.2023 – 25.2.2024

Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945)

Künstler aus zwei Jahrhunderten
Sonderausstellung

19.4.2024 – 23.10.2024

Kant 300

Ein Leben in Königsberg
Sonderausstellung

26.10.2024 – 23.2.2025

Das alte Dorpat

Tartu in Fotografien von 1889
Kabinettausstellung

1.11.2024 – 3.11.2024

Museumsmarkt. Tradition trifft Modernes

Kunsthandwerkermarkt

23.11.2024 – 23.3.2025

„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“

Winter in Ostpreußen
Sonderausstellung

Ab Dezember 2024

Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung

Neue Dauerausstellung

29.09.2023 – 03.03.2024

**Karl Eulenstein (1892–1981). Sugrįžęs į Klaipėdą / Zurück in Klaipėda /
Returning to Klaipėda**

Ausstellung in der Domscheitgalerie (Pranas Domšaitis Galerie)
in Memel (Klaipėda)

– Änderungen vorbehalten –

03) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Kulturzentrum Ostpreußen

im Deutschordensschloß Ellingen/Bay.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Noch bis 03.11.2024

Joachim Rágóczy – Samlandansichten

Nov./Dez.

Kant & Königsberg (Ausstellung des Deutschen Kulturforums östliches Europa)

26.10.2024

**2. Landeskulturtagung 2024
(um Anmeldung wird gebeten!)**

23./24.11.2024

29. Bunter Herbstmarkt

Ausstellungen in Ostpreußen

Dauerausstellungen zur Stadtgeschichte in

Pr. Holland, Schloß

Saalfeld, Stadt- und Gemeindeverwaltung

Lyck, Wasserturm

Rosenberg, Hist. Feuerwehrhaus

Lötzen, Festung Boyen

Goldap, Haus der Heimat

Johannisburg, Städt. Kulturhaus

Rastenburg, I. Liceum

Ganzjährig

**Dauerausstellung zur Geschichte und Kultur Ostpreußens
im neuen Altvaterturm
auf dem Wetzstein bei Lehsten, Thüringer Wald**

Kulturzentrum Ostpreußen • Schloßstr. 9 • 91792 Ellingen/Bay.

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10 – 12 und 13 – 17 Uhr (April – September)

10 – 12 und 13 – 16 Uhr (Oktober – März)

Telefon 09141-8644-0

info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Telefax 09141-8644-14

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

- Änderungen vorbehalten -

PREUSSEN  **KURIER**

Herausgeber: Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V.

Postanschrift: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

V.i.S.d.P.: Christoph M. Stabe, Rainer Claaßen (Schriftleitung)

E-Post: info@low-bayern.de

Netz-Information: www.low-bayern.de, www.facebook.com/LOWBayern

Spendenkonto:

IBAN: DE21 7015 0000 0080 1325 58 / BIC: SSKMDEMXXX

04) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz

Das Schlesische Museum bietet in diesem Jahr mit seinen Sonderausstellungen ein sehr abwechslungsreiches Panorama schlesischer Kultur und Geschichte. Bis zum 14. April 2024 ist die Schau „Niederschlesien im Aufbruch“ zu sehen, in der charakteristische Gewerbe- und Industrieansiedlungen entlang der 1867 eröffneten Schlesischen Gebirgsbahn von Görlitz über Hirschberg (Jelenia Góra) bis Waldenburg (Wałbrzych) vorgestellt werden. Eine kleinere, aber sehr eindrucksvolle Ausstellung erleben die Besucher mit der Präsentation „Kunst und Krieg“. Bis zum 30. Juni 2024 können Bilder aus dem 17. bis 21. Jahrhundert besichtigt werden, mit denen verschiedene Sichtweisen von Künstlerinnen und Künstlern auf Kriegsereignisse deutlich werden.

Große Aufmerksamkeit erhält bereits jetzt die geplante Ausstellung über Jacob Böhme (1575–1624) anlässlich der Jubiläumsjahre 2024 und 2025. 450 Jahre nach seiner Geburt und 400 Jahre nach seinem Tod soll die Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“ vom 31. August 2024 bis 2. Februar 2025 seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Jacob Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern, der die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt hat.

Die Schau reiht sich in eine Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ein, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. 2019 folgten Ausstellungen in Coventry und Amsterdam sowie 2022 in Breslau (Wrocław). Mit der Präsentation 2024/25 beteiligt sich das Schlesische Museum an den zahlreichen Vorhaben in Görlitz und Zgorzelec, mit denen Jacob Böhme in diesem und im kommenden Jahr angemessen gewürdigt werden soll.



„Aurora oder Morgenröte im Aufgang“ ist das 1612 verfasste Erstlings- und Hauptwerk Jacob Böhmes; hier in einem frühen Druck von 1634 aus der Bibliothek des Schlesischen Museums. Foto: SMG

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Untermarkt 4, D-02826 Görlitz

Telefon +49 3581 8791-0, Fax +49 3581 8791-200

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de



05) LILIENZEIT

Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt

Sonderausstellung vom 31. August 2024 bis zum 2. Februar 2025

Eine Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und des Schlesischen Museums zu Görlitz, in Kooperation mit den Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur. Die Präsentation reiht sich in die zahlreichen Initiativen anlässlich der Jacob-Böhme-Jubiläumsjahre 2024 und 2025 in Görlitz und Zgorzelec ein.

Vernissage: 30. August 2024, 18 Uhr, im Schlesischen Museum zu Görlitz, Brüderstraße 8

Jacob Böhme wurde 1575 in Alt Seidenberg (heute Sulików) bei Görlitz geboren und verstarb 1624 in Görlitz. Er arbeitete als Schuhmacher und Garnhändler, aber seine Überlegungen und Erkenntnisse über den Menschen, Gott und die Welt machen bis heute seine überragende Bedeutung aus. Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern; er hat die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt.

Die Ausstellung möchte seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Es werden die verschlungenen Wege seiner Manuskripte bis zur Veröffentlichung und ihre Rezeption beleuchtet. Zahlreiche wertvolle bibliophile Leihgaben aus der Oberlausitzischen Bibliothek der Wissenschaften in Görlitz vermitteln einen Eindruck von der Schaffenskraft Böhmes und seiner Unterstützer. Eine Hörstation lädt ein, sich in seine Ideen zu vertiefen.

Die Schau ist Teil einer internationalen Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. Das begleitende Veranstaltungsprogramm umfasst Vorträge und Filme, Angebote für Kinder und Jugendliche, Ausstellungsführungen, Stadtrundgänge, eine Exkursion zu den Orten Jacob Böhmes und ein Konzert im Rahmen des Lausitzfestivals.

Die Ausstellung wird gefördert durch das Auswärtige Amt sowie die Stiftung der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien.

Begleitprogramm (im Aufbau)

30. August, 18 Uhr

Vernissage

30. August, 20 Uhr

[Konzert im Rahmen des Lausitz Festivals mit dem Vokalensemble Sjaella](#)

06) Weitere Termine im Schlesischen Museum

Veranstaltungsinformationen

Öffentliche Montagsführungen

Obwohl Ruhetag ist, bietet das Schlesische Museum zu Görlitz jeden Montag um 10 Uhr eine exklusive Führung zu wechselnden Themen an.

Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 6 Euro (Hinweis: ab 1. Juli gelten neue Preise. Die Eintrittskarte berechtigt auch zum Museumsbesuch am darauffolgenden Tag.)

07) Zentrum gegen Vertreibungen: Ausstellungen



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955



ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VII)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 78
--	--------------------------

- 01)** Doktorandenstipendium an der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
- 02)** Andrej-Mitrovic-Preis 2024
- 03)** Kolloquium Provenienzforschung zum Buch „Kunst voor das Reich / Le trésor de guerre des nazis“
- 04)** Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand
- 05)** War in Ukraine: Destruction of Heritage - Mastering Legacy
- 06)** Natural Law and Enlightenment Universities in East-Central Europe
- 07)** Kursker Schlacht - Geschichtsfälschung und manipulierte Zahlen
- 08)** Antiosteuropäischer Rassismus. Brauchen wir eine „Osterweiterung“ der Rassismusdebatte?
- 09)** Balkanromania in Bewegung
- 10)** Baltische Identität: Zwischen Fiktion und Realität
- 11)** Processing Perestroika: Making Sense and Making Do
- 12)** Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“
- 13)** Kulturen des Verdrängens und Erinnerns
- 14)** Bewahren, ergänzen, modernisieren? Das Gartenreich Dessau-Wörlitz unter Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau
- 15)** Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten
- 16)** 21. Kartographiehistorisches Colloquium Oldenburg
- 17)** Neue Forschungen zum 18. Jahrhundert
- 18)** Vom Typenblatt zum Lager. Die FOKORAD in Niesky und ihr bauliches Erbe
- 19)** Abgrenzungen, Verflechtungen, Aufbruch? Neue Perspektiven auf Migration und Einwanderungsgesellschaft in Geschichtswissenschaft und Public History
- 20)** Christian internationalism in war and post-war times, c. 1890–1930
- 21)** Folter und das Verbot der Folter in Mitteleuropa (bis 1989)
- 22)** Welche Stimme haben wir? Familiengeschichten – Erzählen, Verstehen, Weitergeben
- 23)** Burgen im Wandel. Gestalt und Funktion wehrhafter Architektur
- 24)** Der Sächsische Altertumsverein und andere Geschichtsvereine in Sachsen bis 1945
- 25)** Verketterungsprozesse in Mitteldeutschland im Spätmittelalter und im 16. Jahrhundert
- 26)** Antisemitische Symbole in Kunstobjekten: (Anti-)Kapitalistische Kontexte und gesellschaftliche Wirkungen
- 27)** Der Widerstand gegen die Judenverfolgung als europäisches Thema – Forschung, Erinnerung und Musealisierung
- 28)** The place of the Holocaust in German-Jewish history and memory

Seite B II zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

- 29) Maritime Globalgeschichte
- 30) (Un)sichtbare Biografien - Afrikanische Leben in Osteuropa
- 31) Mobilität und Region

B. b) Berichte von Fachtagungen

Seiten B 79 – B 89

- 01) Kurbäder als Spiegel der Gesellschaft in der Neuzeit
- 02) XXIV. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 90 – B 132

- 01) Historische Zeitschrift 318 (2024), 1
- 02) European History Quarterly 54 (2024), 3
- 03) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024), 8
- 04) Český časopis historický / The Czech Historical Review
122 (2024), 2
- 05) storija 20. veka 42 (2024), 2
- 06) Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung 5 (2024)
- 07) Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 76 (2024), 3
- 08) Holocaust and Genocide Studies 38 (2024), 2
- 09) Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 110 (2023), 2
- 10) Moderne Stadtgeschichte 55 (2024), 1
- 11) Jahrbuch Deutsche Einheit 5 (2024)
- 12) Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 72 (2024), 1

B. d) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt Seiten

B 133 – B 142

A. Besprechungen (Seiten B 133 – B 138)

- 01) Deutsche Annalen 2023. Jahrbuch des Nationalgeschehens_ (8 SW-Fotos).
Gilching: Druffel & Vowinckel Verlag (2024). 240 Seiten.
ISBN 978-3-8061-1288-. Euro 26,25.

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 139 - B 140)

- 01) Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung (1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89.00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

Seite B III zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

02) Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. (vier Abbildungen). [Zweite Auflage]. London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten. ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten. ISBN 978-3-88557-247-3. € 9.80.

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten. ISBN 978-3-88557-248-0. € 9.80.

Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten. ISBN 978-3-88557-250-3. € 9.80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

04) Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.). (Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

05) Kay Usenbinz: Das neue Berlin des Hofarchitekten Johann Arnold Nering (1659-1695). (579 meist SW-Abb.). (Baden-Baden) Tectum Verlag [in der Nomos Verlagsgesellschaft] (2024). VII, 956 + 2 Seiten.
= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Kunstgeschichte. Band 18.
ISBN 978-3-8288-4951-8. ePDF 978-3-8288-5088-0. € 159,00.
Rezensent: Wulf D. Wagner, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 141 – B 143)

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.

- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb.
Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs.
(Paderborn) Brill / Schönigh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13.
ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.).
(Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

Teil B

B. a) Termine von Tagungen u.ä.

Seiten B 1 – B 78

01) Doktorandenstipendium an der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel

Herzog August Bibliothek, Wolfenbüttel
38304 Wolfenbüttel

Vom - Bis

01.04.2025 -

Bewerbungsschluss

01.10.2024

<https://www.hab.de>

Von

Elizabeth Harding, Stipendienprogramm, Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel

Die in Wolfenbüttel errichteten Stiftungen, Dr. Günther Findel-Stiftung zur Förderung der Wissenschaften und die Rolf und Ursula Schneider-Stiftung zur Förderung der Geschichtswissenschaften, vergeben Stipendien an besonders befähigte akademische Nachwuchskräfte (Doktorandinnen und Doktoranden). Das internationale Programm steht allen historisch orientierten Fachrichtungen offen.

Doktorandenstipendium an der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel

Das Programm fördert Projekte, deren Realisierung mittels der Bestände der Herzog August Bibliothek erfolgen soll.

Die Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel ist eine der wichtigsten Forschungsbibliotheken Europas. Ihre einzigartigen Buch- und Manuskriptbestände sowie Sondersammlungen (u.a. zu Graphiken, Gemälden und Karten) sind weltweit bekannt. In diesem Programm werden Stipendien für zwei bis zehn Monate vergeben.

Die Stipendien belaufen sich auf € 1.300 monatlich. Die Miete ist aus dem Stipendium zu entrichten. Es wird eine Materialkostenpauschale von monatlich € 100 gewährt. Ein Reisekostenzuschuss kann beantragt werden, wenn die Kosten nicht von dritter Seite übernommen werden können. Es besteht eine Residenzpflicht in Wolfenbüttel. Bitte fordern Sie ein Bewerbungsformular an, aus dem hervorgeht, welche Unterlagen eingereicht werden müssen, Email an: forschung@hab.de.

Frühester Förderbeginn in diesem Zyklus: 1. April 2025

Bewerbungsschluss: 1. Oktober 2024

<https://www.hab.de>

Zitation

Doktorandenstipendium an der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel., In: H-Soz-Kult, 14.08.2024,

www.hsozkult.de/grant/id/stip-145768.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Andrej-Mitrovic-Preis 2024

Michael-Zikic-Stiftung
80539 München

Vom - Bis
01.06.2024 - 31.10.2024
Bewerbungsschluss
31.10.2024

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Von
Milan Kosanovic, Vorstand, Michael-Zikic-Stiftung

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte (dotiert mit 1.000,00 EUR). Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens, der deutsch-serbischen bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen oder zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes, der serbisch-deutschen oder jugoslawisch-deutschen Beziehungen aus.

Andrej-Mitrović-Preis 2024

Die Michael-Zikic-Stiftung vergibt erneut den Andrej-Mitrović-Preis für Geschichte, der mit 1.000,00 Euro dotiert ist.

Er zeichnet eine herausragende unveröffentlichte Dissertation (kein Verlagsvertrag) aus, die in den Jahren 2022 bis 2024 an einer Universität der unten genannten Länder eingereicht worden ist.

- zu einem Thema der Geschichte Serbiens, der Geschichte Jugoslawiens oder der deutsch-serbischen, bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen, wenn sie an einer Universität in Deutschland eingereicht wurde, bzw.

- zu einem Thema der Geschichte des deutschsprachigen Raumes oder der serbisch-deutschen, bzw. jugoslawisch-deutschen Beziehungen, wenn sie an der Universität eines Landes, das vormals Teil Jugoslawiens war, eingereicht wurde. Die Arbeiten können sowohl von den Verfassern/Verfasserinnen als auch von den jeweiligen Betreuern/innen vorgeschlagen werden. Einzureichen sind ein Exemplar der Arbeit in gebundener und digitaler Form sowie die Gutachten in gedruckter sowie digitaler Form, dabei ist die Hochschule, an der die Arbeit eingereicht wurde, zu benennen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet der Vorstand der Stiftung, der weitere Gutachten einholen kann. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bewerbungstermin ist der 30.10.2024

Bitte senden Sie die Arbeit sowie die erforderlichen Unterlagen formlos an:

Prof. Dr. Marie-Janine Calic

Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung

Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München

Kontakt

Prof. Dr. Marie-Janine Calic
Vorsitzende des Vorstandes der Michael-Zikic-Stiftung
Historisches Seminar
Ludwig-Maximilians-Universität München
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München

<https://mzstiftung.wordpress.com/>

Zitation

Andrej-Mitrovic-Preis 2024., In: H-Soz-Kult, 13.06.2024, www.hsozkult.de/grant/id/stip-144697.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.

03) Kolloquium Provenienzforschung zum Buch „Kunst voor das Reich / Le trésor de guerre des nazis“

Deutsches Zentrum Kulturgutverluste
39104 Magdeburg

Findet statt Digital
Vom - Bis
02.09.2024

<https://kulturgutverluste.de/termine/kolloquium-provenienzforschung-zum-buch-kunst-voor-das-reich-le-tresor-de-guerre-des-nazis>

Von

Lena Grundhuber, Deutsches Zentrum Kulturgutverluste

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste lädt in Kooperation mit CARMAH (Centre for Anthropological Research on Museums and Heritage) zur Veranstaltungsreihe „Kolloquium Provenienzforschung“ ein.

Am Montag, 2. September 2024, 18 Uhr, präsentiert Geert Sels sein Buch „Kunst voor das Reich / Le trésor de guerre des nazis“.

Kolloquium Provenienzforschung zum Buch „Kunst voor das Reich / Le trésor de guerre des nazis“

Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt:

For a few decades the research on Nazi-looted art was neglected in Belgium. That's the situation Geert Sels, journalist at the culture desk of the Belgian newspaper "De Standaard", encountered when he started to do research after the Gurlitt affair. "To my embarrassment I found out that Belgium did not have databases, no restitution commission and neither conducted research – although the country had paintings in its museums that came back from Nazi-Germany."

Seite B 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

After eight years of research Sels wrote the book "Kunst voor das Reich" in which he thoroughly depicts the history of how the Nazis acquired art in Belgium. As a result, a lot of information came to the fore that is now available for further research. One of the conclusions is that the impact is not restricted to the Belgian borders. The book has been published in Dutch and French and now plays an important role in the public discourse.

Kunst voor das Reich. Op zoek naar naziroofkunst uit België.
Geert Sels, Lannoo, 2022
EAN/ISBN: 9789401428743

Le trésor de guerre des nazis. Enquête sur le pillage d'art en Belgique.
Geert Sels, Racine, 2023
EAN/ ISBN: 9782390252184

Die Veranstaltung findet als Videokonferenz über Webex statt. Die Teilnahme ist kostenfrei, jedoch nur nach Anmeldung bis 30. August 2024 möglich. Die Teilnehmer erhalten am Tag der Veranstaltung die Zugangsdaten.

Anmeldungen an:

Deutsches Zentrum Kulturgutverluste
Heinrich Natho
Humboldtstraße 12 / 39112 Magdeburg
Telefon +49 (0) 391 727 763-23
veranstaltungen@kulturgutverluste.de

Mit Ihrer Anmeldung und der Teilnahme erlauben Sie dem Veranstalter, die Veranstaltung aufzuzeichnen und für die Öffentlichkeitsarbeit und die Dokumentation zu nutzen (§ 22 KunstUrhG). Der Veranstalter erhebt, verarbeitet und nutzt Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgabe des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste.

<https://kulturgutverluste.de/termine/kolloquium-provenienzforschung-zum-buch-kunst-voor-das-reich-le-tresor-de-guerre-des-nazis>

Zitation

Kolloquium Provenienzforschung., In: H-Soz-Kult, 20.08.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145955>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand

Online-Fortbildung „Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand“

Pilecki-Institut Berlin
Findet statt Digital
Vom - Bis
13.09.2024 - 13.09.2024
Frist
08.09.2024

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/neue-fortbildungen-fur-lehrkraefte-witold-pilecki-ein-mensch>

Von
Alexander Kliymuk, Pilecki-Institut Berlin

13.09.2024 / 14:00

Neue Fortbildungen für Lehrkräfte: Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand

Unsere neue Online-Fortbildung „Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand“ bei der wir Ihnen unser umfangreiches Bildungsangebot zu unserer Dauerausstellung vorstellen möchten.

Online-Fortbildung „Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand“

13.09.2024, 14 Uhr / Online per Zoom / Anmeldung:
<https://forms.gle/7JKTFtuUTPf6osP1A>

Nach den Erfolgen der Fortbildungen für Lehrkräfte zum Geheimarchiv im Warschauer Ghetto und zum Warschauer Aufstand mit über 80 Teilnehmenden aus 12 Bundesländern setzt die Bildungsabteilung des Pilecki-Instituts Berlin die Veranstaltungsreihe auch im kommenden Schuljahr mit einem neuen Thema fort.

Am 13. September 2024 (14-16 Uhr) laden wir Sie herzlich zu unserer Online-Fortbildung „Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand“ ein, bei der wir Ihnen unser umfangreiches Bildungsangebot zu unserer Dauerausstellung vorstellen möchten.

Witold Pilecki, der Namenspatron unseres Instituts, ist der einzige bekannte Mensch, der freiwillig als Häftling im KZ Auschwitz war. Gemeinsam beschäftigen wir uns anhand von Primärquellen, Fotos und Objekten mit seiner Biographie, der Geschichte des KZ Auschwitz und den Versuchen Pileckis, die Welt über die Verbrechen der Nazis während des Zweiten Weltkriegs in Polen zu informieren. Dabei setzen wir uns mit Fragen wie „Brauchen wir heute noch Heldengeschichten?“ und „Was können junge Menschen aus dieser Geschichte lernen?“ auseinander.

Eine vorherige Anmeldung ist erforderlich. Die Teilnahme am Online-Seminar ist kostenfrei, eine Bescheinigung der Teilnahme kann auf Nachfrage ausgestellt werden. Die Anmeldefrist endet am 8. September 2024.

Seite B 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Das Online-Seminar bietet nicht nur tiefgehende Einblicke in weniger bekannte Aspekte der Geschichte des KZ Auschwitz und die gegenwärtige Bedeutung eines Menschen wie Witold Pilecki. Es regt auch dazu an, sich mit verschiedenen Perspektiven und Kontroversen auseinanderzusetzen, die Ihre pädagogische Arbeit gewiss bereichern werden.

Am 8. November 2024 (15-18 Uhr) findet eine zweite Fortbildung zu diesem Thema im Pilecki-Institut Berlin statt. Diese Veranstaltung beinhaltet eine Führung durch unsere Dauerausstellung "Witold Pilecki - Im Widerstand gegen Hitler und Stalin". Dabei möchten wir Ihnen die Themen und Methoden unserer Workshops sowie die von uns eingesetzten Materialien direkt in der Ausstellung vorstellen und diskutieren. Die Anmeldefrist für dieses Seminar endet am 3. November 2024.

Kontakt

bildung@pileckiinstitut.de

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/neue-fortbildungen-fur-lehrkraefte-witold-pilecki-ein-mensch>

Zitation

Witold Pilecki. Ein Mensch im Widerstand., In: H-Soz-Kult, 20.08.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145754>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) War in Ukraine: Destruction of Heritage - Mastering Legacy

European University Viadrina
Gefördert durch DAAD
15230 Frankfurt (Oder)

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

16.09.2024 - 27.09.2024

Frist

<https://www.kiu.europa-uni.de/en/index.html>

Von

Kirill Repin, Europa-Universität Viadrina

European University Viadrina, together with its partner institutions, welcomes applications for the first KIU Interdisciplinary Ukrainian Studies Summer School.

War in Ukraine: Destruction of Heritage - Mastering Legacy

KIU international summer school is part of the certificate program Interdisciplinary Ukrainian Studies and will bring together students and scholars interested in historical, cultural, social, political, economic, law-based and conflict-related questions on and about Ukraine. We invite you to explore Ukraine's rich history and present, improve your Ukrainian language

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

skills, and learn from great scholars who have been dedicating their research to Ukraine since decades. Students will also have the opportunity to work in interactive formats, learn in sessions on conflict management, arts and culture and to present and debate their own projects in open discussion rounds.

In its first year the KIU Summer School will take place from September 16 till September 27, 2024. During the two weeks you will have the opportunity to take Ukrainian language classes on various levels.

The academic program has been developed in close cooperation with the partner institutions of the KIU Competence Network Interdisciplinary Ukrainian Studies Frankfurt (Oder) - Berlin, funded by the German Academic Exchange Service (DAAD).

Keynotes & Activities

The keynote lecture will be delivered by the Ukrainian writer and publisher Kateryna Mishchenko. In our courses, students will explore internal and external forced Ukrainian migration together with Prof. Oksana Mikheieva, and discuss cultural heritage and international cooperation with Prof. Paul Zalewski. Further, the summer school includes classes on conflict research and conflict management together with the Viadrina Institute for Conflict Management (IKM); on culture diplomacy during wartime Ukraine, on green and resilient recovery of Ukraine, classes on music history and music symbolism, as well as on politics and social change. Furthermore, there will be literature events, public discussions, excursions to our partner organizations and Ukrainian civil society organizations in Berlin, and an Open Space, where you will have a chance of discussing your own scientific or cultural project with other participants and scholars.

Requirements & Application

The KIU Competence Network Interdisciplinary Ukrainian Studies Frankfurt (Oder) - Berlin funds 20 scholarships for students and PhD candidates to cover their participation in the KIU Summer School Interdisciplinary Ukrainian Studies.

Students from various disciplines and PhD candidates both from Germany and abroad who are interested in learning about Ukraine are invited to apply. Please note that courses will be offered in English language only, so your knowledge of English needs to be sufficient to take an active part in the discussions.

Please prepare for your application a resume, a short summary of your studies and professional activities, and a statement about your motivation to participate. Please submit your application until August 20, 2024 here: <https://shorturl.at/OBrfD>

Kontakt

kiu-whk@europa-uni.de

<https://www.kiu.europa-uni.de/en/index.html>

Zitation

War in Ukraine: Destruction of Heritage - Mastering Legacy., In: H-Soz-Kult, 20.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145834.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Natural Law and Enlightenment Universities in East-Central Europe

Veranstalter

Ivo Cerman (University of South Bohemia); Jan Květina (Czech Academy of Sciences);
Network Natural Law 1625-1850 (Ivo Cerman)

Ausrichter

Ivo Cerman

Veranstaltungsort Praha

Gefördert durch

University of South Bohemia; Czech Academy of Sciences
11000 Praha

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.09.2024 - 20.09.2024

<https://www.uni-erfurt.de/max-weber-kolleg/forschung/forschungsgruppen-und-stellen/forschungsstellen/forschungsstelle-fuer-fruehneuzeitliches-naturrecht/natural-law-1625-1850>

Von

Ivo Cerman, Historisches Institut, Südböhmische Universität

Internation Conference in Prague 19.-20.9.2024

Natural Law and Enlightenment Universities in East-Central Europe

An international conference in Prague will discuss the institutionalization of natural law at universities in East-Central Europe and its contribution to Enlightenment reforms.

Following up the workshop on Eastern Europe that the Network Natural Law 1625-1850 organised in 2019 in Erfurt, the present conference will focus on the era of Enlightenment reforms in the 18th century. It was during this era that the reforming monarchies and the Rzeczpospolita institutionalized natural law at universities and then utilized this discipline in a wide range of legislative measures. Even in East-Central Europe, we can observe the same progress from an academic discipline to practical legislation. As Knud Haakonssen recently put it: 'In sum, early modern natural law was first of all an academic discipline institutionalized for political reasons to discharge social, juridical and political functions.' (Knud Haakonssen, Cambridge Companion to Natural Law Jurisprudence, p. 79). The workshop will focus on the institutionalization of natural law and related disciplines at institutes of higher education, it will explore the role of natural law in the drafting of first systematic legal codes and finally on the way natural law arguments were used in the discourse justifying the Enlightenment reforms. Our focus will cover the Habsburg monarchy, the Rzeczpospolita and the present-day Ukraine.

Programm

Thursday 19 September

Opening (9.00)

Ivo Cerman – Jan Květina, Welcome Address

I General lectures (9.15-10.15):

Daniel Kroupa (J. E. Purkyně University in Ústí nad Labem), On the role of natural law in restoring the Czech Charter of Fundamental Rights and Liberties in 1991

Knud Haakonssen (Copenhagen/St Andrews), The Study of Natural Law: History or Philosophy?

(Discussion) (Break)

II Reforms of Higher Education: the institutionalization of natural law (10.40-11.40):

Paweł Fiktus (University of Law in Wrocław) and Marta Baranowska (Nicolaus Copernicus University in Toruń), Between the Universalism of the Laws of Nature and the Particular National Culture. Hugo Kołłątaj's Reform of the University of Cracow

Gábor Gángó (Max Weber Centre for Advanced Cultural and Social Studies, University of Erfurt), Catholic natural law in Poland, with focus on Feliks Słotwinski

(Discussion)(Lunch) 12.00-13.00 (Continuation 13.00-14.00)

Volodymyr Kyrychenko (Kharkiv National University of Internal Affairs), Opposition of Tsarism to the Spread of Ideas of Natural Law in the Universities of the Empire at the Beginning of the 19th Century

Volodymyr Kakhnych (Faculty of Law, Ivan Franko National University of Lviv), Natural Law at the University of Lviv

(Discussion)(Continuation, 14.20-15.20)

Ivo Cerman (Faculty of Arts, University of South Bohemia), Were Human Rights in Martini's Natural Law Real?

Erika Juríková (Faculty of Pedagogy, University of Trnava), The Introduction of Natural Law at the University of Trnava and its Latin Terminology

(Discussion)(Break)(Continuation, 16.00-17.30)

Petrasovszky Anna Mária (Faculty of Law, University of Miskolc): Metamorphosis of Legal Philosophy: The Evolution of Natural Law Conception in 19th Century Hungary

Ivana Horbec (Croatian Institute of History): Nikola Škrlec Lomnički and the Political and Cameral Science at Colleges in Habsburg Croatia

Tibor Bodnár-Király (Eötvös Loránd University, Faculty of Humanities, Institute of History), Staatsklugheit and political science at the University of Pest-Buda and the Protestant Colleges of the Eighteenth-Century Kingdom of Hungary

(Discussion)

Friday 20 September

III Western Influences (9.15-12.00)

Thérance Carvalho (Faculté de droits et des sciences politiques de l'Université de Nantes), The teaching of physiocracy in Poland-Lithuania: between the renewal of natural law and the encouragement of enlightened reforms

Volodymyr O. Abaschnik, (Kharkiv National Medical University), Johann Baptist Schad's "Institutiones juris naturae", Charkoviae, 1814

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Frank Grunert (Interdisziplinäres Zentrum für die Erforschung der Europäischen Aufklärung, Universität Halle), Natural Law and its Application. Ludwig Heinrich von Jakob (1759-1827) in Kharkiv and St Petersburg
(Discussion)(Lunch) 12.00-13.00

IV The Impact on Systematic Codifications (13.30-13.25):

Ondřej Horák (Faculty of Law, University of Olomouc), Natural Law and the Codification of Civil Law in the Habsburg Monarchy

Christian Neschwara (Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität Wien), Natural Law and the Codification of Criminal Law in the Habsburg Monarchy

Paweł Fiktus (University of Law in Wrocław) and Marta Baranowska (Nicolaus Copernicus University in Toruń), Codification of law in the 18th century in Poland on the example of Andrzej Zamoyski's Code

(Discussion) (Break)

IV Justifying Enlightenment Reforms (15.00-17.00)

Olena Sokalska (Scientific-Research Institute of the Criminal-Executive Service and Probation, Kyiv Ukraine), The Influence of Natural Law on the Cossack Tradition of Early Modern Constitutionalism

Adam Perlakowski (Faculty of History, Jagiellonski University of Cracow), Golden Liberty as a Natural Law in the Polish Political Thought

Jan Květina (History Institute, Czech Academy of Sciences), Instrumentalization of Polish-Lithuanian early modern republicans in the discourse of the Enlightenment: the case of Modrzewski

(Discussion)

For educational materials.see

https://www.opera-historica.com/artkey/inf-990000-1300_Educational-Materials.php

Kontakt

cerman@ff.jcu.cz

<https://www.uni-erfurt.de/max-weber-kolleg/forschung/forschungsgruppen-und-stellen/forschungsstellen/forschungsstelle-fuer-fruehneuzeitliches-naturrecht/natural-law-1625-1850>

Zitation

Natural Law and Enlightenment Universities in East-Central Europe., In: H-Soz-Kult, 25.08.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-146012>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Kursker Schlacht - Geschichtsfälschung und manipulierte Zahlen

Förderverein "Freunde der Bücherstadt Wünsdorf e.V."; Lander & Børg - Verlag für kritische Militärgeschichte
Bücherstall in der Bücherstadt Wünsdorf (Gutenbergstraße 5)
15806 Zossen OT Wünsdorf

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

20.09.2024

Frist

15.09.2024

<https://www.lander-borg.de/kursker-schlacht-buecherstall/>

Von

Karsten Heinz Schönbach, promovierter Historiker und Buchautor

Zwei Thesen dominieren die Geschichtsschreibung zur Kursker Schlacht, die der Historiker und Faschismus-Forscher Dr. Karsten Heinz Schönbach den "Siegfried-Mythos" und die "Hitler-Legende" nennt. Der "Siegfried-Mythos" behauptet, die deutschen Truppen hätten Legionen sowjetischer Panzer abgeschlachtet und dabei kaum eigene Verluste gehabt. Die Hitler-Legende stellt den Führer als allmächtigen Allein-Entscheider über Planung und Durchführung des Unternehmens Zitadelle dar. Beide Thesen sind unhistorisch und gehen aus den Akten der Wehrmacht nicht hervor. In diesem Vortrag stellt Dr. Schönbach die Geschichtsschreibung zur Kursker Schlacht richtig und belegt dies anhand der Wehrmachtsakten.

Kursker Schlacht - Geschichtsfälschung und manipulierte Zahlen

Während sich in den letzten Jahrzehnten die westliche Forschung oft daran abarbeitete, frühere sowjetische und neuere russische Darstellungen zur Kursker Schlacht zu „Legenden“ und „Mythen“ zu erklären, hat sie selbst zwei sehr komplexe Legenden konstruiert und zum Zentrum ihrer Darstellungen ausgebaut. Dabei handelt es sich nach Dr. Schönbachs Ansicht einerseits um die Hitler-Legende und andererseits um den Siegfried-Mythos.

Die Hitler-Legende beruht nach Schönbachs Darstellung ursprünglich auf den Nachkriegsschriften deutscher Generäle des Zweiten Weltkrieges. Diese weisen Hitler eine zentrale Rolle bei der Niederlage der Wehrmacht in der Kursker Schlacht zu. Dabei werden insgesamt in z.T. widersprüchlichen Darstellungen drei Hauptargumente aufgebaut und beständig wiederholt: Erstens, sei der Plan mangelhaft und von Hitler gewesen; Zweitens, Hitler habe dann zulange gewartet und viel zu spät den Angriff befohlen; Drittens, habe Hitler die Schlacht zu früh abgebrochen und damit entweder den möglichen Sieg verschenkt oder wenigstens die daraus hervorgehende katastrophale Lage verursacht. Diese Positionen werden mindestens zum Teil durch die Mehrheit der westlichen Forschung weitgehend übernommen.

Schönbach legt aus den Wehrmachtsakten eine große Zahl von Dokumenten vor, die zeigen, dass Hitler selbst weder bei der Ideenfindung noch bei der Planung und auch nicht im Zusammenhang mit der Durchführung des Unternehmens „Zitadelle“ eine exponierte Rolle gespielt hat. Hitler persönlich war bezüglich einer neuen Offensive im Osten eher unsicher und letztlich kein Befürworter einer deutschen Offensive im Kursker Bogen. Stattdessen zeigen die besagten Dokumente, dass eine Gruppe von Generalfeldmarschällen und Generälen die treibende Kraft hinter dem Unternehmen

„Zitadelle“ waren und Hitler weitgehend zur Vorbereitung und Durchführung eines deutschen Angriffs gedrängt hatten. Auch andere Probleme bei der Vorbereitung des Unternehmens „Zitadelle“ – wie z.B. die ständige Verschiebung des Angriffstermins – hatten nicht vordergründig etwas mit Hitler zu tun. Das Bild vom übermächtigen Diktator, der alles allein durchdenkt, plant, entscheidet und dabei überall zur gleichen Zeit als zentraler Akteur in Erscheinung tritt, geht nicht aus den Wehrmachtsakten hervor und entpuppt sich als Legende.

Der Siegfried-Mythos ist nach Dr. Schönbachs Analyse der Kern fast aller westlichen Darstellungen der deutschen Wehrmacht in der Kursker Schlacht. Der Begriff wurde von Dr. Schönbach nach einer Figur der nordischen Sagenwelt benannt – nach Siegfried dem Drachentöter. Siegfried war ein unbesiegbarer und unverwundbarer Kämpfer. Die Unbesiegbarkeit einerseits und die Unverwundbarkeit andererseits sind die zwei unverzichtbaren Seiten Siegfrieds – also auch die beiden unverzichtbaren Seiten des Siegfried-Mythos.

Diese beiden Seiten des Siegfried-Mythos manifestieren sich in der westlichen Historiographie zur deutschen Wehrmacht und zur Kursker Schlacht im Besonderen durch einerseits die Behauptung von exorbitant hohen Abschussquoten an feindlichen Panzern, welche die Panzertruppen der Wehrmacht in der Kursker Schlacht angeblich erzielt hätten (Unbesiegbarkeit). Andererseits erfolgt die Manifestierung dieses Siegfried-Mythos durch die Behauptung, dass die Panzereinheiten der Wehrmacht in den Kämpfen mit der Roten Armee so gut wie keine Verluste erlitten hätten (Unverwundbarkeit). Dabei wird von s.g. „Totalverlusten“ gesprochen. Damit wollen die westlichen Historiker sagen, dass die durch die Rote Armee abgeschossenen deutschen Panzer gar keine richtigen Verluste waren, sondern nur vorübergehend in Reparatur gingen und folglich wieder auf das Schlachtfeld zurückkehrten. „Totalverluste“, also Panzer, die wirklich endgültig verloren gegangen waren, habe es nur in wenigen Fällen gegeben. Hierbei beruft man sich vor allem auf die Statistiken zur „Panzerlage“ aus den Akten des Generalinspektors der Panzertruppen, die vorgeblich exakt die deutschen Verluste dokumentieren.

Die Forschung Dr. Schönbachs zeigt anhand von Wehrmachtsdokumenten, dass sowohl die exorbitant hohen Abschussquoten der Wehrmacht als auch ihre angeblich ungeheuer geringen Verluste lediglich ein unhistorischer Mythos sind. Bei den Abschussquoten zeigt Schönbach anhand der Kriegstagebücher der 9. Armee und der 4. Panzerarmee, dass die Armeestäbe die Meldungen der Divisionen über angebliche Abschlüsse mehrmals nach unten korrigierten und wesentlich geringe Zahlen dokumentieren, als die meldenden Divisionen – vor allem als die SS-Divisionen.

Hinsichtlich der angeblich geringen Verluste bzw. „Totalverluste“ zeigt Dr. Schönbach anhand unzähliger Wehrmachtsdokumente, dass durch das pausenlose Angreifen der Roten Armee die Panzerausfälle derart extrem anstiegen, dass die Panzerwerkstattkompanien gar nicht hinterher kamen, die Flut ausgefallener Panzer wirklich zu reparieren. Es entstand ein „Reparaturstau“, in den sich insgesamt mehrere hundert Panzer einreihen. Vermerke in den Akten, dass die ausgefallenen Panzer nur vorübergehend in der Werkstatt stünden, waren nichts als Euphemismen für „Totalausfälle“. Die meisten dieser Panzer kehrten in Wirklichkeit nicht wieder auf das Kursker Schlachtfeld zurück. Betrachtet man die Gefechtsabläufe im Zusammenhang mit den logistischen Mechanismen der rückwärtigen Dienste der Panzerdivisionen, so ergibt sich daraus, dass die deutschen Panzer-Verluste in Wirklichkeit viel höher waren. Hierbei wird überhaupt erstmalig das Thema der Panzer-Instandsetzung im Zusammenhang mit der Kursker Schlacht vertiefend dargestellt.

Seite B 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Zudem weist Dr. Schönbach anhand zahlloser Wehrmachtsdokumente nach, dass viele Divisionen intern viel größere Ausfälle und Verluste dokumentierten, als an übergeordnete Stellen gemeldet wurden. Teilweise waren hier die Realausfälle an Panzern dreimal so hoch als sie an übergeordnete Stellen gemeldet wurden.

Als die Schlacht im Zuge der sowjetischen Gegenoffensive ab dem 12. Juli 1943 außer Kontrolle geriet, begannen nahezu alle Kommandobehörden damit, die Dokumentation der realen Kriegslage zu verfälschen. Dadurch redete man sich die verzweifelte Kriegslage schön, vertuschte in der Generalität das eigene Versagen, verschleierte die realen Verluste und beruhigte in letzter Instanz die Nerven des „Führers“. Die bewusste Verfälschung der realen Kriegslage vonseiten der Kommandobehörden zieht sich letztlich durch die Wehrmachtsdokumente bis hin zu Gefechtsberichten und Kriegstagebüchern der Armeen. Die Manipulation der Verlustzahlen und Abschussquoten vonseiten der deutschen Militärs und damit die Verfälschung der Dokumentation der realen Kriegslage war der NS-Führung sogar bekannt und wurde bereits während des Krieges in der politischen Führung des „Dritten Reiches“ offen diskutiert.

Dr. Schönbach deckt die Manipulation der Kommandobehörden als erster Historiker auf und gibt der Diskussion um die Kursker Schlacht völlig neue Impulse.

Programm

Der Vortrag beginnt um 19 Uhr und dauert ca. 2h. Der Eintritt kostet 5 Euro, die vor Ort in bar bezahlt werden können.

Anmeldung über folgenden Link: <https://www.lander-borg.de/kursker-schlacht-buecherstall/>

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe "Militärhistorische Abende" im Bücherstall der Bücherstadt Wünsdorf statt. Diese Reihe wird vom Förderverein "Freunde der Bücherstadt Wünsdorf e.V." organisiert. Die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern kommen allein dem gemeinnützigen Förderverein und seiner Arbeit zugute.

Kontakt

Werner Borchert, Förderverein "Freunde der Bücherstadt Wünsdorf e.V.", Tel 033702 9600 / Thilo Krah-Tomala, Verlag Lander & Børg, Tel 02271 8044763 oder Email verlag@lander-borg.de

<https://www.lander-borg.de/kursker-schlacht-buecherstall/>

Zitation

Kursker Schlacht - Geschichtsfälschung und manipulierte Zahlen., In: H-Soz-Kult, 19.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145936.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Antiosteuropäischer Rassismus. Brauchen wir eine „Osterweiterung“ der Rassismusdebatte?

Veranstalter

Jure Leko, BKGE Oldenburg; Aleksandra Lewicki, University of Sussex; Jannis Panagiotidis, RECET Wien; Hans-Christian Petersen, BKGE Oldenburg

Veranstaltungsort

Konferenzzentrum Mauerstraße, Mauerstraße 27

Gefördert durch

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
10117 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

26.09.2024 - 27.09.2024

<https://www.bkge.de/veranstaltungen/antiosteuropaeischer-rassismus-brauchen-wir-eine-osterweiterung-der-rassismusdebatte>

Von

Hans-Christian Petersen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (BKGE) Oldenburg, Germany

Abschlussagung zum Projekt "Diskriminierung von Menschen osteuropäischer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt: Institutionelle und individuelle Kontexte". Das Projekt wird von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gefördert, die auch die Tagung mit ausrichtet.

Antiosteuropäischer Rassismus. Brauchen wir eine „Osterweiterung“ der Rassismusdebatte?

Gibt es in Deutschland und in Europa Diskriminierung und Rassismus gegen Menschen aus dem östlichen Europa? Die Tradition der Abwertung ist lang und hatte historisch verheerende Konsequenzen. Sie endete nicht 1945, sondern wirkt bis heute fort. Zugleich stellt sie in der Rassismusforschung wie in antirassistischen Debatten nach wie vor eine auffällige Leerstelle dar. Die Konferenz ist die erste Bestandsaufnahme zu diesem Thema und einem sich dynamisch entwickelnden Forschungsfeld.

Programm

Donnerstag, 26. September 2024

12:30-13:00 Official Welcome (German /English)

Ferda Ataman (Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung)

Jure Leko/Aleksandra Lewicki/Jannis Panagiotidis/Hans-Christian Petersen

13:00-15:00 Conceptualising East-West Inequalities and Dynamics of Racialisation
(Roundtable: Brief Inputs and Discussion)

Manuela Boatcă (Freiburg): Disparaged Europes and European Elsewheres

Ivan Kalmar (Toronto): Peripheral Racisms

Malte Kleinschmidt (Hannover): Coloniality, Racism and Eastern Europe

Angela Kocze (Budapest): Racist Oppression of Roma in Europe

Chair: Aleksandra Lewicki (Sussex)

Seite B 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Coffee Break

15:30-17:30 Nesting Racialisations: Empirical Insights into the Positioning of People from the East of Europe (Research Presentations)

Masha Beketova (Berlin): No Name Diaspora - Queer Post-Soviet Migrants in Germany and Inter-Imperial Gravitation

Ursula Probst (Berlin): Precarious Freedoms. Sex Work and the Embodiment of „Eastern Europeanness“ in Germany’s Racialized Labor Market

Marie-Therese Haj Ahmad (Bremen): Homeless Mobile EU Citizens in Germany - The ‘Inner Others’ of Europe

Eunike Piwoni (Passau): How Germans of Polish Descent Perceive Incidents of Ethnoracial Exclusion

Anda Nicolae-Vladu (Oldenburg): Racist Division of Labour and Struggles of Migration. East Central European Textile Workers in Delmenhorst, 1900-1933

Chair: Jure Leko (Oldenburg)

Coffee Break

18:00-19:00 Lesung Paul Bokowski “Schlesenburg”

Moderation: Erica Zingher

19:00-20:00 Reception and Dinner

Freitag, 27. September 2024

9:30-11.00 Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Projektförderung zu antislawischem Rassismus (Forschungspräsentationen)

Jure Leko (Oldenburg): Diskriminierung von Menschen osteuropäischer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt. Institutioneller und individuelle Kontexte

Aleksandra Kaurin, Anna Baumert, Hannah Matz (Wuppertal): Rassistische Diskriminierungserfahrungen und psychische Gesundheit im Alltag von Jugendlichen mit (zugeschriebener) osteuropäischer Herkunft

Thorsten Schlee (Duisburg): Diskriminierung jenseits der Kategorien? Erfahrungen osteuropäischer Einwanderer in urbanen Sozialräumen

Chair: Jannis Panagiotidis (Wien)

Kaffeepause

11:30-13:20 Mobilisierung und antirassistische Kämpfe (Podiumsdiskussion)

X3 Podcast

Daniel Heinz

o[s]tklick

Roma Center e.V.

Zentrum für Antislawismusforschung e.V.

Chair: Hans-Christian Petersen (Oldenburg)

13.20 – 13.30 Videoinstallation „GLEICHHEIT – The Poles of Berlin“ Jemek Jemowit (entwickelt für Berlin Global für die Stiftung Stadtmuseum Berlin)

Mittagspause

Seite B 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

14:30-16:00 Herausforderung Antiosteuropäischer Rassismus (Podiumsdiskussion)
Ferda Ataman (Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung)
Dominique John (Faire Mobilität/DGB)
Natalie Pawlik (Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten)
Kamila Schöll-Mazurek (Polnischer Sozialrat e.V.)

Moderation: Anastasia Tikhomirova (ZEIT)

16:00-16:30 Schlussworte

Ende der Konferenz

Kontakt

PD Dr. Hans-Christian Petersen
BKGE Oldenburg
hans-christian.petersen@bkge.uni-oldenburg.de

<https://www.bkge.de/veranstaltungen/antiosteuropaeischer-rassismus-brauchen-wir-eine-osterweiterung-der-rassismusdebatte>

Zitation

Antiosteuropäischer Rassismus. Brauchen wir eine „Osterweiterung“ der Rassismusdebatte?., In: H-Soz-Kult, 24.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145482.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Balkanromania in Bewegung

Balkanromanistenverband e.V.

Veranstaltungsort
07743 Jena

Findet statt Hybrid
Vom - Bis
26.09.2024 - 27.09.2024

<http://balkanromanistenverband.de/aktuelles/>

Von
Peter Mario Kreuter, Redaktion "Südost-Forschungen", Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Unter dem Titel "Balkanromania in Bewegung" werden sich am 26. und 27. September in Jena alle treffen, die sich der Balkanromania verbunden fühlen.

Balkanromania in Bewegung. 16. Balkanromanistentag Friedrich-Schiller-Universität Jena, 26.-27. September 2024

Einem angeblichen Diktum Winston Churchills zufolge habe der Balkan mehr Geschichte, als er verdauen könne. Sicher ist, dass Südosteuropa nicht nur eine bewegte Geschichte vorweisen kann, sondern dass sich aufgrund ganz unterschiedlicher Rahmenbedingungen eine Vielzahl von Völkern im Laufe der Zeit durch diesen Großraum bewegt hat.

Auch jenseits solcher recht allgemein gehaltener Aussagen finden wir viel Bewegung auf allen Manifestationsebenen in Südosteuropa und dementsprechend auch in der Balkanromania.

Da wäre – ganz aktuell – das Fach selbst, das sich neu verorten, das sich von historischer oder philologischer Spezialforschung zu einem stärker interdisziplinären Fach, das verschiedene Perspektiven vereint und zusammenbringt, wandeln muss.

Reiseliteratur mag als Erstes einfallen, wirft man einen Blick auf die Literatur. Doch ist die Literatur selber in Bewegung, und allzu oft fand sie im Exil statt, dem Endpunkt einer Bewegung. Ein Beispiel dafür sind die Literaturen, die je nach neuen Wahlheimaten der Muttersprachler:innen der Balkanromania in literarischen Texten (vielfach) die alte Heimat vor der Erfahrung an neuen Orten spiegeln, aber auch ganz neue soziokulturelle Einflüsse aufnehmen und sich dadurch einer sprachlichen und thematischen Veränderung unterziehen. Mitunter findet unter dem Einfluss des neuen (Erfahrungs-)Raums sogar ein Sprachwechsel statt.

Nicht nur vor Ort, sondern auch an neuen Heimaten werden zum Teil folkloristische Traditionen, der Tanz – als konkrete Bewegung sui generis – wie der Căluș oder die Sîrbă zelebriert.

Selbst wenn die Transhumanz, diese frühe Form der Arbeitsmigration im Hirtenwesen, fast nicht mehr stattfindet – Günstigflüge, Reisebusse und PKW sind nun die modi vivendi, um das Einkommen der Sprecher balkanromanischer Varietäten an ertragreicherer Stelle zu verdienen. Damit bewegt sich auch die Sprache, die Menschen nehmen sie mit, Sprachkontakte entstehen, aber auch neue Sprachinseln, und je nach neuem Kontext verändert sich die Sprache. Unterschiedliche Zusammenhänge des Tradierens und Verlierens lassen sich in der globalisierten Gegenwart neu untersuchen.

Auf linguistischer Ebene sind dynamische Entwicklungen der Jugendsprache genauso zu beobachten wie Wandlungen in Grammatik oder Syntax. Bewegte Bilder haben in Rumänien eine lange Tradition; das rumänische Kino genießt einen guten Ruf.

Und die Jahrzehnte äußerst eingeschränkter Bewegungsmöglichkeiten während des kommunistischen Regimes sind längst überwunden – gerade erst vor kurzem konnte Rumänien den Beitritt zum Schengenraum feiern, was die Bewegungsfreiheit in Europa sichert.

Dass sich Rollenbilder und Zuschreibungen zu den Geschlechtern ebenfalls in Bewegung befinden, rundet diese kleine Ideenschau ab.

Programm

Balkanromania in Bewegung

16. Balkanromanistentag

Friedrich-Schiller-Universität Jena, 26.-27. September 2024

Registrierungslink für die Teilnahme an der hybrid durchgeführten Veranstaltung:

<https://cloud.uni-jena.de/apps/forms/s/aHkxG3nykicpBjLzDKCpkWGr>

Mittwoch, 25. September / Miercuri, 25 septembrie

Gemeinsames Abendessen für alle, die bereits angereist sind, Ort wird noch bekannt gegeben./ Cină comună pentru participanții sosiți deja la Jena. Locul va fi anunțat ulterior.

Donnerstag, 26. September / Joi, 26 septembrie

09:30 Begrüßung / Cuvânt de deschidere

09:45 Mehrsprachigkeit und Sprachkontakt / Multilingvism și contact lingvistic

- Amelie Moser (Regensburg): Die Mehrsprachigkeit der rumänischsprachigen Diaspora erforschen. Methodologische Überlegungen zwischen Sprach- und Kulturwissenschaft

- Jorina Fenner (Jena): "Suntem latini" – Überlegungen zu Spracheinstellungen von Rumänischsprecher:innen auf Mallorca

Kaffeepause / Pauză de cafea (15 min)

- Janka Vogel (Berlin): Sprache im Integrationsprozess rumänischer und moldauischer MigrantInnen in Deutschland

- Alexandra Cotoc und Anamaria Radu (Cluj-Napoca): Dinamica limbii: influența rețelelor sociale asupra peisajului lingvistic românesc

13:00 Mittagspause / Pauză de prânz

14:00 Lexik, Semantik und Wortbildung / Lexic, semantică, formarea cuvintelor

- Diana Burlacu (Leipzig/Cluj-Napoca): Cultureme ... pe contrasens? Câteva considerații practice

- Aurelia Merlan (München): Die semantische Entwicklung geistlicher

Verwandtschaftstermini lateinischen Ursprungs im Rumänischen im Vergleich zu anderen romanischen Sprachen

Kaffeepause / Pauză de cafea (15 min)

- Holger Wochele (Mainz): Zur Dynamik und Produktivität evaluativer Suffixe im Rumänischen, Italienischen und Spanischen

17:00 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

mit Würdigung des Romanisten und ehemaligen Präsidenten des

Balkanromanistenverbandes Johannes Kramer durch Wolfgang Dahmen (Bamberg)

20:00 Abendessen / Cină

Freitag, 27. September / Vineri, 27 septembrie

09:30 Texte, Wege und Interpretationen / Texte, drumuri și interpretări

- Iulia Dondorici (Berlin): Céline Arnaud. Von Călărași nach Paris: Wege und Umwege einer Avantgarde-Dichterin am Anfang des 20. Jahrhunderts

- Gundel Große (Göttingen/Kiel): Reisen durch schwierige Zeiten. Die Tagebücher des Arztes und Schriftstellers Emil Dorian

Kaffeepause / Pauză de cafea (15 min)

- Marius Miheț (Bratislava): Herta Müller și Aglaja Veteranyi: Fenomenologia depresiei

- Romanița Constantinescu (Heidelberg/Bukarest): Neue literarische Geographien in der zeitgenössischen rumänischen Prosa bei Sabina Yamamoto und Bogdan-Alexandru Stănescu

- Valeska Bopp-Filimonov und Sophia Strähhuber (Jena): Bewegung im Diskurs? Wie das Thema "Rassismus" in einer jüngeren rumänischen Literaturdebatte (zu kurz) aufflammte

13:00 Mittagspause / Pauză de prânz

13:45 Übergangsriten, Transitorie und Folklore / Rituri de trecere, locuri de tranzit și folclor

- Marinică Tiberiu Șchiopu (New Delhi, Craiova): Zoosimboluri și fitosimboluri cu posibilă origine preistorică în cântecele rituale funerare din nordul Mehedințiului

Seite B 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

- Kira Sadoja (Düsseldorf): Veränderungen der ländlichen Hochzeitstradition in den ukrainischen Karpaten im 20. Jahrhundert
Kaffeepause / Pauză de cafea (15 min)
- Thede Kahl (Jena): In Bewegung: Vulkane, Erdbeben und Schlammschleudern in der rumänischen Folklore
- Peter-Mario Kreuter (Regensburg): „Glasul roților de tren.“ Von sprechenden Bahnübergängen und patriotischen Lautsprechern auf Bahnhöfen
ca. 16:30 Veranstaltungsende / Încheierea colocviului

Kontakt

Dr. Peter Mario Kreuter
kreuter@ios-regensburg.de

<http://balkanromanistenverband.de/aktuelles/>

Zitation

Balkanromania in Bewegung., In: H-Soz-Kult, 19.08.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145878>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Baltische Identität: Zwischen Fiktion und Realität

Res publica literaria Baltica

Veranstalter
Baltische Christliche Bund e.V. (Haus Annaberg)

Ausrichter
Haus Annaberg, Annaberger Str. 400
53175 Bonn

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
11.10.2024 - 13.10.2024
Frist
15.09.2024

<https://www.annaberg.de/>

Von
Vilma Vaskelaitė, Zentrum für Geschichts- und Kulturwissenschaft, Historisches Seminar,
Universität Heidelberg

Der Baltische Christliche Bund (BCB e.V) lädt alle Baltikum-Interessierte zur Tagung „Res publica literaria Baltica“ vom 11. bis 13. Oktober 2024 nach Annaberg (Bonn) ein. Die zum zweiten Mal organisierte Veranstaltung bietet ein Forum für Ideenaustausch und Networking.

Seite B 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Res publica literaria Baltica

Das Schwerpunktthema dieses Jahr lautet: "Baltische Identität: Zwischen Fiktion und Realität". 2024 ist ein Superwahljahr: Im Mai fand Europawahl statt, im Herbst werden etliche Landtagswahlen in Deutschland und Parlamentswahlen in Litauen im Schatten der USA-Präsidentschaftswahl abgehalten. Noch dazu wurde im Frühling das 20-jährige Beitrittsjubiläum der baltischen Länder zur EU und zur NATO gefeiert. Das alles gibt Anlass, tiefer über das Konzept „Baltikum“ nachzudenken.

Mögliche Anknüpfungspunkte für Vorträge und Diskussionen:

- Geschichte des Konzeptes "Baltikum"
- Gibt es überhaupt eine baltische Identität?
- Wird solche Identität in heutigen Litauen, Lettland und Estland wahrgenommen? Oder betrifft das eher die Diasporagemeinden?
- Existiert das "Baltikum" in der litauischen/lettischen/estnischen/exil- Literatur und Kunst?
- Tagespolitik: Was bedeuten Ergebnisse der Europawahl, der USA-Präsidentschaftswahl, der Wahlen in Litauen für drei Länder?
- Image and Marketing: Ist "Baltisch" in der Mode?
- Zukunftsperspektiven der regionalen Identität.

Die genannten Themen sollen grundsätzlich zur Orientierung dienen, ansonsten sind weitere Vorschläge mit Bezug auf Baltikum willkommen. Z. B. sind einige Beiträge zum Thema Wolfskinder in der Planung.

Der Call for Papers richtet sich insbesondere auf Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die sich für baltische Themen interessieren. Die Veranstaltung bietet eine gute Gelegenheit, ihre laufenden Arbeiten vorzustellen und Kontakte mit Gleichgesinnten anzuknüpfen.

Zum Veranstalter: Der "Baltische Christliche Bund e.V." wurde 1947 von Einwanderern aus Lettland, Litauen und Estland gegründet und eint in Deutschland lebenden Esten, Letten und Litauern sowie Deutsche mit Bezug auf Baltikum. Das denkmalgeschützte Herrenhaus am Annaberg diente ursprünglich als baltisches Studentenwohnheim – die Funktion behaltet es zum Teil bis heute, begrüßt jedoch die Gäste für Tagungen und Feierlichkeiten, vor allem mit baltischem Bezug. Näheres zum BCB und Haus Annaberg kann man auf der offiziellen Website finden: <https://www.annaberg.de/>

Seitens des BCB e.V. werden den Referentinnen und Referenten ein Beitrag zu den Fahrtkosten sowie freier Kost & Logis angeboten. Bei Interesse ist auch digitale Teilnahme für Referierenden denkbar.

Interessenten sind gebeten, kurze Konzepte (bis 400 Worte) ihrer 30-minütigen Vorträge an Präsidentin der BCB Anke Lepa bis zum 15. September 2024 per E-Mail a.lepa@silber-orange.com zu schicken.

Kontakt

Anke Lepa, Präsidentin des BCB, E-Mail: a.lepa@silber-orange.com
<https://www.annaberg.de/>

Zitation

Baltische Identität: Zwischen Fiktion und Realität., In: H-Soz-Kult, 11.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145655.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Processing Perestroika: Making Sense and Making Do

Veranstalter
Georgetown University, Washington DC
3700 O Washington DC

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
07.03.2025 - 08.03.2025
Frist
01.11.2024

Von
Margarita Pavlova, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Despite the advent of new freedoms, the period of “transition”, or the “Long Perestroika” (1985–2000) was marked by significant instability and fragmentation. This conference aims to examine the impact of this period on cultural production and the lived experiences of individuals. We invite submissions that examine the ways in which artists and citizens navigated and depicted the changes, with a particular focus on how instability and fragmentation during the transition influenced real-time representations of the era.

Processing Perestroika: Making Sense and Making Do

Much of the backlash against neoliberalism and democracy in Russia and across the former socialist world is rooted in narratives of grievance about the period of “transition,” or what we call the “Long Perestroika” (1985–2000). Politicians, activists and thinkers from across the political spectrum often point to missteps and roads not taken at the end of state socialism as key to understanding the current moment. But what did that time look and feel like to those living it? How did late- and post-socialist subjects navigate, negotiate and comprehend the changing worlds around them? This conference will focus on the lived experience of the long perestroika and the impact of political and economic upheaval on real-time cultural production.

Scholarship on the culture of the era has often focused on the lifting of censorship and new freedoms, as previously banned literature was widely read and new cultural forms flooded in. But two complementary phenomena—instability and fragmentation—were no less important for cultural development.

Though instability varied across the socialist world, social upheaval—from peaceful change to violent conflict—characterized broad swaths of Central and East Europe and Eurasia for much of the era. How did artists, cultural creators, and everyday citizens make sense of the seismic changes taking place around them even as they scrambled to cope or even take advantage of economic and political disarray? How did the demands of an increasingly unstable everyday existence affect subjects’ abilities to make sense of and aesthetically represent the world around them? What new forms—institutional, artistic, interpersonal—did they create? What functions of art and culture dominated and what aspects atrophied as ideological strictures faded and market incentives arose?

The culture of the “Long Perestroika” is no less characterized by the fragmentation of the cultural landscape. Where Soviet culture was centrally controlled, the flood of new voices unleashed by Mikhail Gorbachev’s policy of glasnost could not be contained. Long before

Seite B 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

the official end of state socialism, institutions began to diverge from the Party line, sometimes ceding control or succumbing to market demands. As censorship and ideological strictures gave way, centralized distribution also atrophied, and the media and cultural production of one city or region might never connect with audiences elsewhere. How did the fragmentation of the cultural landscape change what was represented and how? How did the emptying out or capture of cultural institutions stymie or facilitate cultural production? And what can we learn from this moment of fragmentation that might be useful for decentering (or “decolonizing”) the study of our region today?

We invite papers that look at how the “Long Perestroika” was experienced, understood, and represented by the people living it across the former socialist space. Our goal is to consider both strategies for survival and the forms of representation such strategies engendered. We especially encourage contributions that consider the impact of instability and fragmentation in the cultural landscape in the shaping of real time representations of perestroika.

This conference will be conducted as a workshop. Draft papers will be circulated a month in advance. The meeting will consist of brief presentations, followed by considerable time for discussion.

This conference is the second in a series under the aegis of the European Research Council grant Perestroika from Below and is supported by a Georgetown University Faculty Global Engagement Grant. The first, “Re-constructing Perestroika,” was organized in collaboration with the Institute of Contemporary History of the Czech Academy of Sciences in Prague in March 2024. A third conference, “Appropriating Perestroika,” will be hosted by the ZZF in Potsdam in 2026.

Proposals of no more than 500 words accompanied by a one-page CV should be sent to Kathleen Smith (kes8@georgetown.edu) by 1 October 2024. Notifications of acceptance will be sent out by the first week of December.

The conference will be held at Georgetown University in Washington, DC, on March 7 and 8, 2025.

Travel and lodging for participants will be subsidized.

The project "Perestroika from Below" is supported by the European Research Council grant “PerefromBelow21” under grant number 101054550. Co-Funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Research Council Executive Agency. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.

Zitation

Processing Perestroika: Making Sense and Making Do., In: H-Soz-Kult, 14.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145797.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“

Veranstalter

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg (IVDE); in Kooperation mit dem Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Freiburg 79100 Freiburg im Breisgau

Findet statt in Präsenz

Vom – Bis

02.07.2025 – 04.07.2025

Frist 15.10.2024

<https://www.ivdebw.de/>

Von

Tilman Kasten, Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Freiburg (IVDE)

CfP: Interdisziplinäre Tagung

Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“

2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Voraussichtlich wird dabei wie schon bei den früheren runden Jahrestagen u.a. auch die Geschichte von Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung im östlichen Europa in den Fokus des öffentlichen Interesses und Erinnerns rücken. Mit „Flucht und Vertreibung“ ist hier ein Begriffspaar genannt, unter dem im deutschsprachigen Diskurs eine ganze Bandbreite historischer Ereignisse subsumiert wird und das in diesem synthetischen bzw. verkürzenden Charakter bereits Ausdruck (historisch variabler) erinnerungskultureller Konstellationen ist.

Seit mehreren Jahren bestimmt die Frage nach dem demographischen Wandel und dem damit verbundenen Zurücktreten der Erlebnisgeneration die Debatten über die Erinnerung u.a. an den Holocaust, den nationalsozialistischen Terror, den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen und auch an Flucht und Vertreibung. Was bspw. in den 1990er-Jahren noch als künftige demographische Entwicklung erörtert wurde, wird in unserer Gegenwart zur Tatsache: Altersbedingt wird die Zahl der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer geringer. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Diskussionen darüber, wie Erinnerungs- oder Geschichtskultur (Fragen der Begriffswahl sind Teil der Debatten) in Zukunft beschaffen sein soll, an Intensität und zeigen in Teilen eine neue Qualität. Die Gegenstände des Erinnerns, ihre gesellschaftliche Relevanz und politische Rahmung werden dabei ebenso verhandelt wie etwa die Formen, Medien und verfügbaren finanzielle Ressourcen. Die Fragen nach der Zukunft des Erinnerns stehen dabei heute zugleich im Kontext von weiter ausgreifenden, immer dringlicher werdenden Zukunftsfragen (v.a. Klimawandel, digitale Transformation und geopolitische Neuordnungsbestrebung) und sind vielfach mit diesen verbunden.

Unter dem Schlagwort der „Zukunft der Erinnerung“ werden, teils vorschlagsweise, teils auch in normativer Absicht, die oben angerissenen Fragenkomplexe diskutiert. Wie muss/soll „Erinnerungskultur“ in einer zunehmend durch Migration und Diversität geprägten

Seite B 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Gesellschaft beschaffen sein? Wie müssen/sollen sich bestehende erinnerungskulturelle Diskurse und Praktiken zu postkolonialen Perspektiven verhalten? Welche Potentiale besitzt Künstliche Intelligenz für zukünftige Formen der Zeitzeugenschaft?

Was für diese beispielhaften und explizit auf die Zukunft des Erinnerns bezogenen Fragen gilt, lässt sich zugespitzt auch in Bezug auf erinnerungskulturelle Praktiken und Diskurse, Ausprägungen von Geschichtskultur oder institutionalisierte Formen des „Kulturerbes“ generell behaupten. Auch diese können (sei es als bewusst ausformuliertes Programm oder gar Utopie, sei es als Implikation, Andeutung oder Prämisse) Bezüge auf Zukünftiges besitzen. Erinnerung kann bspw. durch auf die Zukunft bezogene Hoffnungen, Vorstellungen, Ängste, Befürchtungen, Planungen etc. motiviert oder geprägt sein. Das Gedächtnis besitzt eine „Zukunftsorientierung“ (Aleida Assmann). Im Sinne der kulturwissenschaftlichen Zukunftsforschung bringen also auch Bezüge auf die Vergangenheit Zukunft hervor. Selbstverständlich sind auch Praktiken und Diskurse zu beobachten, deren Zukunftsorientierung im Beschweigen, Tabuisieren oder Zensieren besteht.

Im Rahmen der Tagung sollen unterschiedliche Aspekte der Zukunftsorientierungen des Erinnerns analysiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Komplex „Flucht und Vertreibung“ der deutschen Bevölkerung im östlichen Europa in unterschiedlichen lokalen, regionalen, nationalen und transnationalen Kontexten.

In zeitlicher Hinsicht interessieren hier v.a. aktuelle Phänomene. Ebenso sind historische Formen der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ und ihre Zukunftsorientierungen relevant, denn diese Frage war entsprechenden Praktiken und Diskursen von Beginn an vielfach eingeschrieben. Möglich sind auch Vorträge, die nicht oder nicht nur der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ gewidmet sind, aber Vergleichsperspektiven eröffnen.

Mit Blick auf Zukunftsorientierungen könnten beispielsweise untersucht werden:

- Zivilgesellschaftliche Initiativen, Bewegungen und Zusammenschlüsse
- Institutionen wie Museen und Gedenkstätten, Vereine, Verbände, Akteure der historischen Bildungsarbeit, Parteien
- Phänomene auf der Mikroebene wie das biographische Gedächtnis oder transgenerationales Erinnern
- Politische Diskurse und Praktiken sowie gesetzliche Rahmenbedingungen
- Performative Formate wie Rituale, religiöse Praktiken, Feste, Reenactments oder Events
- Ästhetische und/oder zeichenhafte Phänomene wie Literatur, Kunst, Symbole, Embleme
- Objekte wie z.B. Denkmäler, Kunstwerke, Architektur, Erinnerungsstücke
- Prozesse der Kommodifizierung und Kommerzialisierung etwa im touristischen Kontext

Neben kultur-/sozialwissenschaftlichen Beiträgen, die sich reflexiv-analytisch mit (historischen und aktuellen) Zukunftsorientierungen des Erinnerns an „Flucht und Vertreibung“ beschäftigen, sind auch solche Beiträge willkommen, die sich auf praktische, d.h. eher normative, spekulative oder visionäre Weise mit der Frage nach der Zukunft der Erinnerung beschäftigen. (Nicht nur) An dieser Stelle sind insbesondere Personen aus der musealen, medialen, pädagogischen etc. Praxis angesprochen.

Ihren Vorschlag für einen 30-minütigen Vortrag, bestehend aus

- Arbeitstitel des Vortrags,
- Abstract des Vortrags (1.500-2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) und
- kurzen biographischen Angaben zu Ihrer Person

senden Sie bitte bis zum 15. Oktober 2024 an: tilman.kasten@ivde.bwl.de

Kontakt

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa
Goethestr. 63
79100 Freiburg
tel. +49 (0)761 70443-0
poststelle@ivde.bwl.de

<https://www.ivdebw.de/>

Zitation

Zukunftsorientierungen des Erinnerns. Das Beispiel „Flucht und Vertreibung“., In: H-Soz-Kult, 25.07.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145520.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Kulturen des Verdrängens und Erinnerns

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992

Veranstalter

Landeszentrale für Politische Bildung Berlin

Veranstaltungsort

Landeszentrale für Politische Bildung, Besuchszentrum Ostkreuz, Revaler Straße 29
10245 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

27.08.2024 - 27.08.2024

<https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/kulturen-des-verdraengens-und-erinnerns-1460017.php>

Von

David Jünger, Historisches Institut, Universität Rostock

Vom 22. bis 26. August 1992 erlebte der Rostocker Stadtteil Lichtenhagen einen der schwersten rassistischen Gewaltausbrüche in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Das markante Sonnenblumenhaus wurde zum Symbol für die Rückkehr rechter Gewalt im gerade vereinigten Deutschland. Diese als Pogrom zu bezeichnenden Ausschreitungen waren Teil einer Welle rechter Gewalt, die bis heute mit Orten wie Hoyerswerda, Solingen oder Mölln in Verbindung gebracht wird. Sie fielen in eine Zeit zunehmender Fluchtmigration nach Deutschland, die tiefe gesellschaftliche Spannungen aufdeckte und im Dezember 1992 zu den umstrittenen Änderungen der Asylbestimmungen des Grundgesetzes führte.

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992

Waren die ersten Jahre nach den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen von Verdrängung, Vergessen und Abwehr geprägt, wurden die Ereignisse insbesondere in den letzten Jahren

Seite B 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

stärker aufgearbeitet. Dabei erhielten zunehmend auch die Perspektiven der von der Gewalt Betroffenen, hier vor allem der ehemaligen vietnamesischen Gastarbeitern, die 1992 im Sonnenblumenhaus lebten, eine größer Aufmerksamkeit. Der Sammelband „Kulturen des Verdrängens und Erinnerns“ ist Ausdruck dieser neuen multiperspektivischen Betrachtung der Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen 1992 im globalen Zusammenhang ebenso wie in den historischen Auswirkungen bis heute. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Rechtsrucks der letzten Jahre wird der Mitherausgeber des Sammelbands David Jünger mit den beiden Autorinnen Franka Maubach und Dan Thy Nguyen über die Vergangenheit und Gegenwart von Rostock Lichtenhagen sprechen.

Kontakt

david.juenger@uni-rostock.de

<https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/kulturen-des-verdraengens-und-erinnerns-1460017.php>

Zitation

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns., In: H-Soz-Kult, 14.08.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145824>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Bewahren, ergänzen, modernisieren? Das Gartenreich Dessau-Wörlitz unter Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau

Veranstalter

Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und Interdisziplinäres Zentrum für die Erforschung der europäischen Aufklärung Halle an der Saale (Dessau-Wörlitz-Kommission)

Ausrichter

Dessau-Wörlitz-Kommission
Wörlitz
06785 Oranienbaum-Wörlitz

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

03.09.2025 - 05.09.2025

Frist

01.12.2024

Von

PD Dr. Jana Kittelmann, Referat Forschung und Sammlungen, Kulturstiftung Dessau-Wörlitz

Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau (1794–1871), Enkel des Fürsten Leopold III. Friedrich Franz, stand stets im Schatten seines berühmten Großvaters. Obwohl er ab 1817 mehr als 50 Jahre regierte, war er bislang kaum Gegenstand wissenschaftlichen Interesses. Bis auf wenige biographische Aufsätze stellt die Beschäftigung mit ihm ein großes Desiderat in den Forschungen zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich dar. Diese Leerstelle möchte die

interdisziplinär ausgerichtete Tagung füllen, indem sie erstmals die Entwicklungen in der Zeit Leopolds IV. in den Blick nimmt. Die vielseitigen Betätigungs- und Wirkungsfelder des Herzogs sollen dabei ebenso Betrachtung finden wie sein politisches Wirken.

Bewahren, ergänzen, modernisieren? Das Gartenreich Dessau-Wörlitz unter Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau

Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau (1794–1871), Enkel des Fürsten Franz, stand stets im Schatten seines berühmten Großvaters. Obwohl er ab 1817 mehr als 50 Jahre regierte, war er bislang kaum Gegenstand wissenschaftlichen Interesses. Bis auf wenige biographische Aufsätze stellt die Beschäftigung mit dem im Volksmund „Buschpolte“ genannten Herzog ein großes Desiderat in den Forschungen zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich dar. Diese Leerstelle möchte die interdisziplinär ausgerichtete Tagung füllen, indem sie erstmals die Entwicklungen in der Zeit Leopolds IV. in den Blick nimmt. Die vielseitigen und heterogenen Betätigungs- und Wirkungsfelder des Herzogs, die neben einem ausgeprägten Interesse für Wissenschaft, Kunst, Architektur, Sakralbauten und Denkmalpflege auch agrarökonomische, forstwissenschaftliche und landesverschönernde Aspekte umfassen, sollen dabei ebenso Betrachtung finden wie sein politisches Wirken zwischen reformerischen und restaurativen Tendenzen. Ein besonderes Augenmerk soll auf der ambivalenten Beziehung zu Preußen liegen. Denn Leopold IV., der vom Dessauer Hofprediger Böttger erzogen worden war, in jungen Jahren nach Frankreich und Italien reiste, in den Befreiungskriegen kämpfte, Anhalt-Dessau 1848 eine Verfassung gab und sie kurze Zeit später wieder aufhob, ist vor allem für seine langjährigen Zollstreitigkeiten mit Preußen bekannt. Durch seine Heirat mit Friederike von Preußen (1790-1850) war er mit der Großmacht zugleich dynastisch eng verbunden. Nach Ende der Differenzen ab 1830 und mit Einbindung in den preußischen Wirtschaftsraum empfing das Herzogtum zahlreiche Impulse, zum Beispiel für Fabrikgründungen im Bereich der Zuckerrübenanbaus, der Textilherstellung oder im Eisenbahnbau. Daneben dürfte es zahlreiche kulturell-künstlerische Wechselwirkungen und gegenseitige Einflüsse gegeben haben, etwa in Fragen der sich gerade formierenden Denkmalpflege und dem Schutz von Altertümern, die Leopold IV. förderte, oder der Landschafts- und Gartengestaltung. Hier wären vergleichende Studien etwa zu Anlagen wie dem Landschaftspark Großkühnau reizvoll. Gemeinhin gilt Leopold IV., der selbst künstlerisch tätig war, ohnehin als Förderer der Wissenschaften und Künste. Er stand mit Gelehrten wie Alexander von Humboldt im brieflichen Austausch und protegierte Dichter wie Wilhelm Müller, der von ihm als herzoglicher Bibliothekar in Dessau bestellt wurde. Unter der Regentschaft Leopold IV. entstanden zahlreiche, das Erscheinungsbild Dessaus und die Umgebung prägende Bauten des Architekten Carlo Ignazio Pozzi. Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt ist ein umfangreicher und bislang kaum ausgewerteter Quellenbestand zu Leopold IV. überliefert, der neben Urkunden, Verträgen, Akten zu Bau- und Denkmalsprojekten unter anderem auch zahlreiche Briefwechsel mit Sammlern, Künstlern und Buchhändlern sowie Korrespondenzen mit den preußischen Königen Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. und mit dem späteren Kaiserpaar Wilhelm I. und Augusta umfasst.

Studien zum umfangreichen Quellenbestand sind daher ebenso willkommen wie Beiträge aus den Bereichen Landes-, Kultur-, Garten-, Kunst- und Architekturgeschichte sowie der Denkmalpflege. Wir begrüßen aber auch Ausführungen zu allgemeinen Themenkomplexen mit Bezug zu Leben und Wirken des Herzogs.

Mögliche Themen:

- Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau in seiner Zeit
- Beziehung Leopolds zu seinem Großvater Fürst Franz von Anhalt-Dessau
- Leopold als (Landes-)Politiker

Seite B 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

- Künstlerische Ambitionen des Herzogs
- Leopold als Sammler/internationale Künstler- und Sammlernetzwerke
- Leopold als Förderer
- Konservatorische Tätigkeit
- Bau- und Denkmalprojekte
- Gartenanlagen (z.B. Groß Kühnau)
- Das Theater unter Leopold
- Sakralbauten/Kirchenpolitik
- Industrialisierung Anhalt-Dessaus unter Leopold IV. Friedrich
- Korrespondenzen (u. a. mit dem preußischen Königshaus)
- Die herzogliche Familie, insbesondere die Gattin Friederike von Preußen
- Das Wirken des Architekten Carlo Ignazio Pozzi unter Leopold (und andere Künstler wie z.B. Franz Woltreck)

Kontakt

jana.kittelmann@gartenreich.de

Zitation

Bewahren, ergänzen, modernisieren? Das Gartenreich Dessau-Wörlitz unter Leopold IV. Friedrich von Anhalt-Dessau., In: H-Soz-Kult, 11.08.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-145693>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten

Zentrum für verfolgte Künste

Veranstaltungsort

Zentrum für verfolgte Künste, Wuppertaler Str. 160

Gefördert durch

Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen; Polnische Institut Düsseldorf
42653 Solingen

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

04.09.2024 - 05.09.2024

<https://www.verfolgte-kuenste.com/veranstaltungen/vergangenheit-erinnern-zukunft-gestalten>

Von

Daniela Tobias, Zentrum für verfolgte Künste

Das Zentrum für verfolgte Künste lädt am 4./5. September 2024 zu einer Tagung über den polnisch-jüdischen Künstler Marian Ruzamski (1889–1945) und die Rolle der Kunst im Widerstand gegen Diskriminierung und Antisemitismus ein. Die Tagung wird durch die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen und durch das Polnische Institut Düsseldorf unterstützt.

Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten

Öffentliche deutsch-polnische Tagung

Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten. Tagung zu Leben und Werk von Marian Ruzamski und dem Kampf gegen Antisemitismus

4. und 5. September 2024 im Museum Zentrum für verfolgte Künste, Wuppertaler Straße 160, 42653 Solingen

Wir freuen uns, Sie am 4. und 5. September 2024 zu einer Tagung über Leben und Werk des Künstlers Marian Ruzamski (1889–1945) in das Museum Zentrum für verfolgte Künste nach Solingen einladen zu dürfen.

Bei der Einweihung des Ausstellungshauses von Gerhard Richter am 9. Februar 2024 in Auschwitz sprach Marian Turski, ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz, Dr. Jürgen Joseph Kaumkötter, Direktor des Zentrums für verfolgte Künste auf den Künstler Marian Ruzamski an. Turski betonte, dass Ruzamskis Schicksal die grausamen Folgen von Antisemitismus und Verfolgung verdeutlichen, während seine Kunst ein Beispiel für Widerstand und Humanismus darstellt. Trotz traumatischer Erfahrungen im Ersten Weltkrieg, der russischen Revolution und seiner Deportation nach Auschwitz blieb Ruzamskis künstlerisches Werk durchweg positiv und lebensbejahend. Das Solinger Museum nimmt die Anregung Turskis auf und lädt im September 2024 zu einer Tagung ein, um eine Ausstellung mit Werken von Marian Ruzamski im Jahr 2025 vorzubereiten.

Marian Ruzamski, geboren als Sohn eines polnisch-christlichen Notars und einer französischstämmigen Jüdin in Lipnik, Schlesien, wurde 1943 wegen seiner jüdischen Herkunft und einer angeblichen Homosexualität nach Auschwitz deportiert. Trotz der unmenschlichen Lagerbedingungen setzte Ruzamski seine künstlerische Arbeit fort und hinterließ ein beeindruckendes Werk, darunter die „Auschwitz-Mappe“, eine Sammlung von Porträts und Zeichnungen, die als Höhepunkt seines Schaffens und der Kunst des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Diese unter extremen Bedingungen entstandenen Arbeiten zeugen von einer meisterhaften Aquarelltechnik und tiefgreifender Menschlichkeit. Ruzamskis Tod im Konzentrationslager Bergen-Belsen kurz vor der Befreiung durch die Alliierten und die anschließende Bewahrung seiner Werke durch Überlebende und Freunde unterstreichen die Wertschätzung und Bedeutung seines künstlerischen Erbes. Seine Kunst bietet einen Einblick in das Leid und die Hoffnung eines Künstlers während der dunkelsten Stunden der Geschichte und bleibt ein mahnendes Zeugnis für Humanismus und gegen Rassismus und Antisemitismus.

Zielsetzung der Tagung:

Aufklärung über die Geschichte und das Schicksal von Marian Ruzamski als Beispiel für die Auswirkungen von Antisemitismus.

Sensibilisierung für die Bedeutung von Antisemitismusprävention in der heutigen Gesellschaft.

Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaftlern, Pädagogen, Künstlern und der breiten Öffentlichkeit über Wege zur Bekämpfung von Antisemitismus und Diskriminierung im Kontext der Kunst.

Seite B 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die deutsch-polnische Tagung wird simultan gedolmetscht und findet im Ratssaal des Museums Zentrum für verfolgte Künste in Solingen statt. Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen und das Polnische Institut Düsseldorf unterstützen die Tagung.

Programm

4. September 2024

18:00 Uhr Eröffnung

Moderation: Shelly Kupferberg

Es sprechen:

- Dr. Jürgen Joseph Kaumkötter, Direktor des Museums Zentrum für verfolgte Künste
- Sylvia Löhrmann, Staatsministerin a. D., Vorsitzende des Förderkreises des Museums
- Gesandter Rafał Sobczak, Direktor des Polnischen Instituts Düsseldorf
- Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin a. D., Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW

19:00 Uhr Konzert

Die Violinistin Klara Gronet und die Pianistin Sonja Kowollik spielen Werke von Witold Lutosławski, Mieczysław Weinberg, Grażyna Bacewicz und Robert Schumann.

5. September 2024

Moderation: Shelly Kupferberg

10:00 Uhr Polnische Malerei der letzten 150 Jahre und Marian Ruzamski

- Dr. Maria Anna Potocka, Direktorin MOCAK Museum für Gegenwartskunst Krakau
- Dr. Tadeusz Zych, Direktor Schlossmuseum Tarnobrzeg
- Jakub Pączek, Regisseur aus Warschau

11:30 Uhr Die Rolle der Kunst im Widerstand gegen Diskriminierung und Hass

- Dr. Delfina Jałowik, Direktorin Bunkier Sztuki Krakau
- Agnieszka Sieradzka, Kuratorin am Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau

13:00 Uhr Mittagspause

14:30 Uhr Antisemitismusprävention: Strategien und Herausforderungen in Bildung und Gesellschaft

- Dr. Anke Hoffstadt, FORENA „Modellprojekt Lehrkonzept“, Hochschule Düsseldorf
- Dr. Joachim Schröder, Hochschule Düsseldorf, Beauftragter Erinnerungsort „Alter Schlachthof“
- Dr. Kathrin Pieren, Leiterin Jüdisches Museum Westfalen Dorsten

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

16:00 Uhr Antisemitismus in Europa und die deutsche Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg

- Prof. Dr. Christoph Rass, Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung an der Universität Osnabrück

17:00 Uhr Abschlussdiskussion

Bitte melden Sie sich zur Teilnahme bis zum 2. September per E-Mail an unter info@verfolgte-kuenste.de. Die Anzahl der Teilnehmenden am 5. September ist begrenzt. Für den 4. September ist keine Anmeldung erforderlich.

Kontakt

tobias@verfolgte-kuenste.de

<https://www.verfolgte-kuenste.com/veranstaltungen/vergangenheit-erinnern-zukunft-gestalten>

Zitation

Vergangenheit erinnern, Zukunft gestalten., In: H-Soz-Kult, 15.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145827.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) 21. Kartographiehistorisches Colloquium Oldenburg

Veranstalter

D-A-CH Arbeitsgruppe für Kartographiegeschichte; Jade Hochschule Oldenburg
Hauptgebäude (HA) der Jade Hochschule (Tagungsort), Ofener Straße 16
26121 Oldenburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

04.09.2024 - 07.09.2024

Website

<https://www.kartengeschichte.ch/dach/index.html>

Von

Markus Heinz

Die Kommission Geschichte der Kartographie der Deutschen Gesellschaft für Kartographie, die D-A-CH Arbeitsgruppe für Kartographiegeschichte in Zusammenarbeit mit der Jade Hochschule Oldenburg und der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz mit ihrem Freundeskreis für Cartographica laden Sie herzlich zum 21. Kartographiehistorischen Colloquium vom 5. bis 7. September 2024 in Oldenburg ein.

21. Kartographiehistorisches Colloquium Oldenburg

Die Kommission Geschichte der Kartographie soll allen eine Plattform bieten, die zur Kartographiegeschichte, über alte Karten oder auch Randbereiche dieses Faches forschen. Die Kommission sieht ihre Tradition in der seit weit über 100 Jahren stets interdisziplinär gepflegten Geschichte der Kartographie. Sie ist offen für jeden wissenschaftlichen Forschungsansatz. In diesem Bestreben agiert sie gemeinsam mit Schwesterorganisationen in der Schweiz und Österreich. Die D-A-CH-Arbeitsgruppe für Kartographiegeschichte versucht die Forschungslandschaft im gesamten deutschen Sprachraum zu erfassen. Ihr Ziel verfolgt die Kommission primär durch die Ausrichtung der Kartographiehistorischen Colloquien, die sich als Präsentationsforum, als Umschlagplatz für gute Kontakte und Wissen etabliert haben. Die Konferenzsprache ist Deutsch, doch nehmen immer auch zahlreiche Kollegen aus nicht deutschsprachigen Ländern teil.

Programm

Mittwoch, 4. September 2024

14:00-16:30 Uhr Öffnung Tagungsbüro

14:30-16:00 Uhr Führung zu den Karten des Niedersächsischen Landesarchivs Oldenburg

Damm 34, 26135 Oldenburg;

https://nla.niedersachsen.de/startseite/landesarchiv/abteilung_oldenburg/abteilung-oldenburg-197399.html

16:30-18:00 Uhr Präsentation von Karten der Niedersächsischen Landesbibliothek Oldenburg

Pferdemarkt 15, 26121 Oldenburg; <https://www.lb-oldenburg.de/>

16:30-18:00 Uhr Sitzung der Kommission Kartenkuratoren (Ansprechpartner Wolfgang Crom)

Ab 18:30Uhr Treffen im Restaurant Klinkerburg

Bahnhof Oldenburg

Donnerstag, 5. September 2024

Eröffnung des Colloquiums: 9:00 Uhr

9:00 Uhr Begrüßung

9:45-10:30 Uhr Michael RECKE: Die goldene Linie. Eine kleine Kartengeschichte Ostfrieslands und Oldenburgs

1. Sitzung: Kartographen um 1800 (11:00-12:20 Uhr)

Frank REICHERT: Schmettau-Update (Arbeitstitel)

Petra WEIGEL: Ulrich Jasper Seetzen als Kartograph

Hans-Martin ARNOLDT: Von der Kurhannoverschen Landesaufnahme über die geologisch-mineralogische Beschreibung des Harzgebirges zur Einrichtung des oldenburgischen Seebades Wangerooze: Zur Tätigkeit des Ingenieuroffiziers Georg Sigmund Otto Lasius (1752-1833)

2. Sitzung: Atlanten (14:00-16:20 Uhr)

Beata MEDÝNSKA-GULIJ, Waldemar SPALLEK, Agaath SEGERS, Rob SEGERS:

Schwarze Karten in Schulatlanten der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Philipp MEYER: Von der Ansicht zur Übersicht. Einführungen in Schulatlanten im Kontext didaktischer Debatten und kultureller Ordnungen

Eric LOSANG: Kriegsatlanten des Ersten Weltkriegs

Heiko MÜHR: Die Kartierung der deutschen Diaspora in den USA im Marburger ethnographischen Atlas von Heinz Kloss

Seite B 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

3. Sitzung: Kartographie zum Ende des Mittelalters (16:40 – 18:00 Uhr)

Harald GROPP: Vespuccis Reisen und ihre Auswirkungen auf die Kartographie der Zeit (Arbeitstitel)

Peter MESENBURG: Portolankarten – Rekonstruktion der Küstenlinien aus Daten des Mittelalters

18:00-19:00 Uhr Peter SÜDBECK: Nationalpark Wattenmeer

Ab 19:15 Uhr Treffen in der KuBar(Campus der Jade Hochschule, Gebäude V;

<https://www.asta-jade.de/kulturbar-de/>)

Freitag, 6. September 2024

4. Sitzung: Methodik in der Kartographiegeschichte (9:00-10:40 Uhr)

Dominik STOLTZ: Aktuelles aus dem Kartenforum Sachsen (Arbeitstitel)

Martin RICKENBACHER: Die Entdeckung eines Kartenwerkes. Ein Nachtrag zum 10. Kartographiehistorischen Colloquium in Bonn 2000

Karl SOLCHENBACH: Aufbau und Strukturierung eines Kartencorpus mit Hilfe digitaler Methoden am Beispiel der Altkarten Triers und Luxemburgs

5. Postermarkt (11:00-12:00 Uhr)

Jakob Pövl HOLCK und Mogens Kragsig JENSEN: Ein provinzieller Weltatlas für Schleswiger Schulkinder

Stefan FUEST, Andreas GOLLENSTEDE, Maximilian HERBERS, Rieke Marie KAISER, Jennifer TADGE: Visualisierung von Schiffsrouten des 18./19. Jahrhunderts mit unscharfer raumzeitlicher Datengrundlage

Wolfgang CROM: Neues aus dem Fachinformationsdienst Karten

Markus HEINZ: Die betrüblichen Reste einer Landesaufnahme des Königreichs Hannover in der Staatsbibliothek zu Berlin

6. Sitzung: Die vier Ecken der Welt (14:00 – 16:00 Uhr)

Simon FRANZEN: Die Linie, die Licht und Dunkelheit trennt – Darstellungen des nördlichen Polarkreises auf Karten Nord-Fennoskandiens aus dem 16. und 17. Jahrhundert

Armin HÜTTERMANN: Kartographie der Aufklärungszeit: Beispiele aus dem Kartenschaffen des Tobias Mayer (1723-1762)

Diana LANGE: Die Bedeutung des Mandala-Konzepts bei der Erstellung tibetischer Karten

7. Sitzung: Vermessung und Kartographie im 18. Jahrhundert (16:30 – 17:50 Uhr)

Marion KLÖFFLER: Der lange Übergang von der Messtischaufnahme zur Triangulation für die Landesaufnahmen in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts am Beispiel Südwestdeutschland, Hannover, Dänemark und Sachsen

Dorothea Margarethe HUTTERER: Einblicke in internationale Herrschafts- und Verwaltungskartographie – ein Vergleich englischer Estate Maps mit Fundstücken aus bayerischen Adelsarchiven

18:00-19:00 Uhr Aktuelle Entwicklungen in der D-A-CH - Arbeitsgruppe Kartographiegeschichte

Samstag, 7. September 2024

8. Sitzung: Kartographie des 16. und 17. Jahrhunderts (9:00-10:20 Uhr)

Joachim NEUMANN: Wie könnte Gerard Mercator die kartographische Abbildung gefunden haben, in der die Loxodromen als Geraden dargestellt werden?

Beata PAŠKEVICA: Das kartografische Werk von Ludwig Nikolaus von Hallart

Seite B 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

9. Sitzung: Kartographiegeschichte Niedersachsens (10:40-12:00 Uhr)

Wolfgang DÖRFLER: Originale und "abgekupferte" Karten der Herzogtümer Bremen und Verden zur Zeit der schwedischen Herrschaft (1645-1712)

Axel PRIEBIS: Sechs Jahrzehnte Planungskartographie am Beispiel des Großraums Hannover

Abschluss des Colloquiums: 12:00-12:20 Uhr

14:00-17:00 Uhr Museum Natur und Mensch Oldenburg (Damm 38-46, 26135 Oldenburg;
<https://www.naturundmensch.de/>)

Vortrag (30 + 10 Minuten)

Bericht (15 + 5 Minuten)

Posterbeitrag

Tagungsbeitrag (regulär): 100,00 €

Mit der Entrichtung des Tagungsbeitrages ist der kostenlose Bezug des Colloquiumsbandes verbunden.

Sondertarif für Studierende (unter 30 Jahre):

10,00 € ohne Bezug des Colloquiumsbandes

45,00 € mit Bezug des Colloquiumsbandes

Überweisungen bitte an:

Markus Heinz

Berliner Volksbank

IBAN: DE97 1009 0000 7135 7640 05

BIC: BEVODEBB

Stichwort: [Ihr Familienname] + Oldenburg

Kontakt

Dr. Markus Heinz

Staatsbibliothek zu Berlin - PK

Kartenabteilung

Unter den Linden 8

10117 Berlin

Tel. ++49/30 266-435500

E-Mail: kartographiegeschichte@sbb.spk-berlin.de

17) Neue Forschungen zum 18. Jahrhundert

[Neue Forschungen zum 18. Jahrhundert. OGE18 Dissertant:innen-Tagung 2024](#)

Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie, Universität Innsbruck;
Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg; Faculty of History, University of Cambridge;
Österreichische Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts
Veranstaltungsort Stift Stams
6422 Stams

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
19.09.2024 - 20.09.2024

Von
Florian Ambach, Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie,
Universität Innsbruck

Die Tagung findet in Präsenz statt. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Neue Forschungen zum 18. Jahrhundert. OGE18 Dissertant:innen-Tagung 2024

Die OGE18 Dissertanten-Tagung im Stift Stams zielt auf eine Vernetzung junger Forschender zum 18. Jahrhundert. Die Vortragenden sind Dissertanten aus den Geschichtswissenschaften, Literaturwissenschaften sowie der Kunst- und Musikwissenschaft, die geografisch offen zum 18. Jahrhundert forschen. Die Tagung soll Dissertanten in unterschiedlichen Stadien ihrer Arbeit die Möglichkeit bieten, frühe konzeptionelle Überlegungen ebenso wie fortgeschrittene Forschungsergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren. Jeder Vortrag wird durch einen Peer-Kommentar und einen Experten-Kommentar begleitet.

Programm

Donnerstag, 19. September 2024

8.00 Begrüßung und Einführung

8.15–12.00 *Panel I*

Chair: Florian Ambach (Innsbruck)

8.15 Marius Müller (Salzburg): Maritime Netzwerke: Die französische Ostindienkompanie zwischen Handelskontrakten, Wissensgenerierung und interkultureller Diplomatie (1664–1778)

Peer-Comment: Dávid Szabó (Budapest)

Senior-Comment: William O'Reilly (Cambridge)

Diskussion

9.30 Dávid Szabó (Budapest): Carl Gustav Ekeberg – A captain in the service of knowledge

Peer-Comment: Marius Müller (Salzburg)

Senior-Comment: Stefan Ehrenpreis (Innsbruck)

Diskussion

Seite B 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

10.45 Máté Szentkereszti (Budapest): From notes to textbooks. Botanical knowledge in the Kingdom of Hungary at the turn of 18th–19th century

Peer-Comment: Günter Stummvoll (Wien/Krems)

Senior-Comment: Niels Grüne (Innsbruck)

Diskussion

13.30 – 19.10 *Panel II*

Chair: Isabella Brandstätter (Innsbruck)

13.30 Franziska Kleine (Berlin): Giandomenico Tiepolos „Guckkasten“-Bilder und Reise-Imaginationen im 18. Jahrhundert

Peer-Comment: Jure Donša (Maribor)

Senior-Comment: Nora Fischer (Wien)

Diskussion

14.55 Jure Donša (Maribor): Echoes of Artistic Trends and some iconographic Specificities of Baroque Figural Wayside Shrines in Lower Styria

Peer-Comment: Franziska Kleine (Berlin)

Senior-Comment: Barbara Kristina Murovec (Florenz)

Diskussion

16.20 Günter Stummvoll (Wien/Krems): Souvenir di Napoli: Die musikalischen Akquirierungen des Vizekönigs Aloys Thomas Raimund von Harrach

Peer-Comment: Máté Szentkereszti (Budapest)

Senior-Comment: Klaas Van Gelder (Brüssel)

Diskussion

17.45 Anna Scherer (Heidelberg): Zwischen Nähe und Distanz. Emotionaler Ausdruck in den Briefen hochadeliger Geschwister im Ancien Régime im deutsch-französischen Kontext am Beispiel der französischen Dauphine Maria Josepha von Sachsen und des sächsischen Administrators Franz Xaver von Sachsen (1746–1767)

Peer-Comment: Veronika Kos (Maribor)

Senior-Comment: Thomas Wallnig (Wien)

Diskussion

Freitag, 20. September 2024

8.00–12.00 *Panel III*

Chair: Elias Knapp (Salzburg)

8.00 Veronika Kos (Maribor): The Role of Women in Interpersonal Enmities with a Specific Focus on the Eighteenth Century Slovene Lands

Peer-Comment: Anna Scherer (Heidelberg)

Senior-Comment: Ellinor Forster (Innsbruck)

Diskussion

9.25 Mária Lengyel (Budapest): Die ungarischen Mitglieder der Habsburgischen Hofstaaten (1766–1792)

Peer-Comment: Michael Prokosch (Klagenfurt)

Senior-Comment: Gunda Barth-Scalmani (Innsbruck)

Diskussion

Seite B 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

10.45 Michael Prokosch (Klagenfurt): Österreichische Bürgerbücher der Frühen Neuzeit im Vergleich – Gewerbeausübung, Herkunft und Zahlungen von Bürgerrechtswerbern
Peer-Comment: Mária Lengyel (Budapest)
Senior-Comment: Franz Fillafer (Wien)
Diskussion

Kontakt

florian.ambach@uibk.ac.at

Zitation

Neue Forschungen zum 18. Jahrhundert., In: H-Soz-Kult, 15.08.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-145851>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.d

18) Vom Typenblatt zum Lager. Die FOKORAD in Niesky und ihr bauliches Erbe

Konrad-Wachsmann-Haus Niesky (Konrad-Wachsmann-Haus Niesky Bauhaus-Universität Weimar Institut für Neue Industriekultur Cottbus Sächsische Landeszentrale für politische Bildung Büro für Zeitgeschichte und Denkmalpflege Berlin)

Ausrichter

Konrad-Wachsmann-Haus Niesky Bauhaus-Universität Weimar Institut für Neue Industriekultur Cottbus Sächsische Landeszentrale für politische Bildung Büro für Zeitgeschichte und Denkmalpflege Berlin

Veranstaltungsort

Konrad-Wachsmann-Haus Niesky Goethestraße 2

Gefördert durch

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Freistaat Sachsen
02906 Niesky

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.09.2024 - 20.09.2024

<https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/raumplanung-und-raumforschung/forschung/vom-typenblatt-zum-lager-die-fokorad-und-ihr-bauliches-erb/>

Von

Jannik Noeske, Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar

Die FOKORAD in Niesky war in der NS-Zeit die wichtigste Planungseinrichtung des standardisierten Holzbaus. Mit den Entwürfen u.a. für Standardbaracken legte sie einen Grundstein für das nationalsozialistische Bauprogramm, für die Entwicklung nationalsozialistischer Organisationen wie des Reichsarbeitsdienstes und für das System der Konzentrations- und Zwangsarbeitslager. Welche Spuren hat die Institution in Niesky

hinterlassen? Und wie können wir uns heute diesem Erbe nähern? Eine Tagung organisiert durch das Konrad-Wachsmann-Haus in Niesky. In Zusammenarbeit mit der Bauhaus-Universität Weimar, dem Institut für Neue Industriekultur und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Vom Typenblatt zum Lager. Die FOKORAD in Niesky und ihr bauliches Erbe

Die Kleinstadt Niesky verfügt als ehemaliger Standort der Christoph & Unmack AG, des einst größten und innovativsten industriellen Holzbauunternehmens Europas, über ein umfangreiches baukulturelles Erbe: dies sowohl in Form von erhaltenen Holzbauten der Architekturmoderne aus hiesiger Produktion als auch in Form der in Teilen erhaltenen Fabrikliegenschaften und -gebäude. Als Hersteller von Holzbaracken und auch als Rüstungsbetrieb (in den weiteren Unternehmensabteilungen Stahl- und Maschinenbau sowie Waggonbau) gehörte C & U aber auch zu den staatlich protegierten Großunternehmen Deutschlands in der NS-Zeit. So saß zum Beispiel der Leiter des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes Oswald Pohl (1892-1951), eine der zentralen Figuren des Unterdrückungssystems und des systematischen Massenmordes der SS, seit November 1937 im Aufsichtsrat der Firma.

Nicht nur die heutigen Eigentümer der Holzbauten aus Nieskyer Produktion, sondern viele Menschen in Niesky und in der Region tragen gern den Stolz auf die Holzbaugeschichte nach außen. Das Gleiche gilt für die Angehörigen und ehemaligen Mitarbeiter des Stahlbaus und des Waggonbaus, die sich ebenfalls auf die Tradition am Standort berufen. Die Zeit des Nationalsozialismus wird dabei aber zu wenig reflektiert. Insbesondere der Holzbau soll als Zukunftsthema in der Baubranche auch verstärkt wieder in Niesky eine Rolle spielen. Die Stadt und die Akteure möchten mit dem Traditionsstandort werben und zugleich auch die erhaltenen, teilweise denkmalgeschützten, oftmals aber ungenutzten Industriebauten in Wert setzen. Dies soll aber nicht ohne eine Aufarbeitung der Geschichte und ohne eine Strategie für den Umgang mit den Aspekten dieser Geschichte geschehen, die einen sensiblen Umgang erfordern.

Das betrifft vor allem die hier tätig gewesene FOKORAD: In den 1930er Jahren wurde die „Forschungs- und Konstruktionsgemeinschaft der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes und der Deutschen Holzbau-Konvention“, kurz: FOKORAD, in Niesky gegründet. Ihre Aufgabe war es, genormte Holzbaracken zu entwickeln und für diese Typenblätter und Konstruktionszeichnungen herauszugeben, nach denen mehrere hundert Holzbaubetriebe im Deutschen Reich Baracken produzierten. Die Firma Christoph & Unmack war dabei nicht nur Versuchsbetrieb, sondern brachte maßgeblich ihr Wissen über transportable Barackenkonstruktionen ein. Die in Niesky entwickelte RAD-Konstruktion basiert auf einem Quadratraster, durch das die Anzahl der benötigten Bauelemente auf ein Minimum reduziert werden konnte. Über die für den Reichsarbeitsdienst entwickelten Standardtypen hinaus ermöglichte die dem Baukastensystem innewohnende Flexibilität individuelle Grundrisslösungen, die zudem noch nachträglich veränderbar waren. Die Baracken fanden zunächst in den Lagern des Reichsarbeitsdienstes und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt Verwendung. Später wurden diese Baracken für Zwangsarbeits-, Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager verwendet. Auch die Wehrmacht oder die HJ nutzten Baracken, die im Nieskyer Konstruktionsbüro entworfen und weiterentwickelt wurden.

Entsprechend ihrer Bedeutung für die Kriegsführung ließ die FOKORAD im Jahr 1940 in Niesky ein neues Bürogebäude in der Neuhofer Straße errichten. Das eher unscheinbare, eingeschossige Bauwerk existiert bis heute und stellt so ein Denkmal von herausragender

Seite B 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

historischer Bedeutung dar. Lokal ist die Geschichte des Gebäudes nur den wenigsten bekannt. Sobald aber Sanierungen vorgenommen und eine neue Nutzung zum Tragen kommt, wird eine Auseinandersetzung mit der Rolle des Gebäudes in der deutschen, aber auch europäischen Geschichte erforderlich.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 8. September 2024 über unten stehenden Link.

Programm

Donnerstag, 19. September 2024

Einführung und Grußworte (13:00-13:30)

1. Themenblock: Das historische Erbe in Niesky:

13:30-14:00

Jan Bergmann-Ahlsvede (Niesky)

Die Christoph & Unmack AG – Unternehmensgeschichtlicher Überblick

14:00-14:20

Kai Wenzel (Görlitz)

Geschichte der Fokorad – die Baracke als Regierungsinstrument

14:20-14:40

Barbara Schulz (Berlin)

Baracken in RAD-Konstruktion von Christoph & Unmack

2. Themenblock: Erbe und Denkmalpflege

15:45-16:05

Iris Engelmann (Weimar)

Die Holzbaracke – ein Nachkriegsepilog. Perspektiven auf Kontinuitäten, Nachnutzung und Denkmalpflege

16:05-16:25

Konstantin Hermann (Dresden)

Das FOKORAD-Gebäude als politisches Denkmal?

16:25-16:45

Aleksandra Paradowska (Poznan)

Sensibler Umgang mit NS-Bauten. Perspektiven aus Kunstgeschichte und curatorial studies

Abendvortrag in Präsenz

18:00-18:45

Robert Jan van Pelt (University of Waterloo, Kanada)

Die Bedeutung der FOKORAD und ihrer architektonischen Produkte – eine internationale Perspektive

Freitag, 20. September 2024

Exkursion:

Fokorad-Gebäude, Hetzer-Binder-Halle

3. Themenblock: Konzeptuelle Perspektive

11:00-11:20

Jens Nagel (Zeithain)

Re-Translozierung von Arbeitsdienstbaracken – ein reflektierter Erfahrungsbericht

11:20-11:40

Ingo Putz (Zittau-Görlitz)

Das Grenzlandtheater Zittau – ein künstlerisch-schauspielerischer Umgang?

4. Themenblock: Perspektiven für Niesky

13:00-13:10

Kathrin Uhlemann (Oberbürgermeisterin Niesky)

Impuls: Wirtschaftspolitische Visionen der Stadt Niesky

13:10-14:00

Sebastian Hettchen, Annelie Tschemmer (INIK Cottbus):

Konzepte der Inwertsetzung von Fokorad-Gebäude und Hetzer-Halle im Rahmen eines Holzbau-Innovationsareals – Gespräche mit möglichen Akteuren (Lorenz GmbH, Holzdesign A. Fromme, Möbelwerk Niesky und TRIQBRIQ AG)

Schlussdiskussion und Fazit 14:00-14:30

Abschluss und Angebot für Spätabreisende: Stadtrundgang Holzhaussiedlung (ca. 15:00)

Kontakt

jannik.noeske@uni-weimar.de

<https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/raumplanung-und-raumforschung/forschung/vom-typenblatt-zum-lager-die-fokorad-und-ihr-bauliches-erb/>

Zitation

Vom Typenblatt zum Lager. Die FOKORAD in Niesky und ihr bauliches Erbe., In: H-Soz-Kult, 15.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145794.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Abgrenzungen, Verflechtungen, Aufbruch? Neue Perspektiven auf Migration und Einwanderungsgesellschaft in Geschichtswissenschaft und Public History

Veranstalter

Hessisches Institut für Landesgeschichte (HIL), Marburg, in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Hessische Landesgeschichte der Philipps-Universität Marburg, dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der TU Dresden und dem Hessischen Landesarchiv

Veranstaltungsort

Hessisches Staatsarchiv Marburg, Friedrichsplatz 15

Gefördert durch

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
35037 Marburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.09.2024 - 20.09.2024

<https://hil.hessen.de/aktuelles/veranstaltungen/abgrenzungen-verflechtungen-aufbruch>

Von

Wilfried Rudloff, Hessisches Institut für Landesgeschichte

Das Hessische Institut für Landesgeschichte (HIL) veranstaltet vom 19.09.2024 bis 20.09.2024 eine Fachtagung zum Rahmenthema Migrationsgeschichte und Einwanderungsgesellschaft. Eine Anmeldung für die Teilnahme ist bis zum 10.09.2024 möglich unter: migratio@uni-marburg.de.

Abgrenzungen, Verflechtungen, Aufbruch? Neue Perspektiven auf Migration und Einwanderungsgesellschaft in Geschichtswissenschaft und Public History

Die historische Auseinandersetzung mit dem Thema Migration ist heute wichtiger denn je. In den meisten europäischen Ländern wird derzeit wieder intensiv um die Deutung und Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft gerungen. Dabei geht es nicht mehr so sehr um das Ob, sondern vor allem um das Wie des Zusammenlebens. Ein verbreitetes Muster ist die Abgrenzung von „Einheimischen“ bzw. „Mehrheitsgesellschaft“ einerseits und Migranten andererseits. Darüber hinaus werden seit jeher auch zwischen den Migrantengruppen deutliche Differenzierungslinien gezogen. In der Migrationsgeschichte treffen so unentwegt zwei Prozesse und Dynamiken aufeinander. Die permanente Bestimmung von Rechten und Zuordnungskriterien entlang kausaler ethnischer oder sozialer Faktoren und die solche Ordnungsmuster übergreifenden gemeinsamen Erfahrungen von Migrant:innen in den unterschiedlichen Lebens- und Erfahrungsräumen wie etwa Arbeit, Politik, Schule oder auch Freizeit.

Die Fachtagung stellt die Logiken, Regeln und Praktiken der Differenzierung den Gemeinsamkeiten kollektiver Erfahrungen gegenüber. Sie möchte dazu beitragen, mit Erkenntnissen aus Migrationsforschung, Zeitgeschichte, Landesgeschichte, Geschichtsdidaktik und Public History die etablierten Zuordnungs- und Bewertungsmuster aufzubrechen, unterschiedliche Forschungs- und Diskussionsstränge miteinander zu vernetzen und weiterführende Konzepte zu erarbeiten.

Programm

Donnerstag, 19. September 2024

Ab 12.00 Uhr: Ankommen und kleiner Imbiss

12.30 Uhr: Begrüßung

12.45 – 14.45 Uhr: Kategorien und Deutungen
Chair: Sabine Mecking, Marburg

Christoph Rass, Osnabrück
Recht. Macht. Migration

Stephanie Zloch, Dresden
Mobilität und Migration

Isabella Löhr, Potsdam/Berlin
Wissen, was Migration ist – oder auch nicht. Reflexivität und die Sprache der Migration

14.45 – 15.15 Uhr: Kaffeepause

15.15 – 18.00 Uhr: Lebens- und Arbeitswelten
Chair: Wilfried Rudloff, Marburg

Jeannette van Laak, Halle
Identität im Wandel. DDR-Zuwanderer und ihr Selbstverständnis nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik

Knud Andresen, Hamburg
Arbeitsmigration und der Betrieb – Veränderungen von den 1960er bis in die 1980er Jahre

Olga Sparschuh, Wien
„Gastarbeiter“ und EWG-Bürger*innen. Perspektiven auf italienische Arbeitsmigration, 1950er bis 2000er Jahre

Jens Gründler / Christoph Lorke, Münster
Migration im ländlichen Raum. Beobachtungen, Spezifika, Abweichungen (1970-1990)

19.00 Uhr: Podiumsgespräch mit Erfahrungsberichten
von Ayse Asar, Bad Camberg / Robert Erkan, Hanau / Luigi Masala, Offenbach
Moderation: Sabine Mecking, Marburg

20.00 Uhr: Empfang im Staatsarchiv

Freitag, 20. September 2024

9.00 – 11.00 Uhr: Politik, Partizipation und Selbstorganisation
Chair: Nicole Immig, Gießen

Seite B 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Grazia Prontera, Salzburg
Migration und politische Partizipation. München in den 1970er und 1980er Jahren

Caner Tekin, Bochum
Migrantische Kämpfe um das Kommunalwahlrecht in Hessen

Nick Wetschel, Dresden
„[die] unter Aussiedlern/Ausländern übliche Hierarchie, die zwar theoretisch sinnvoll ist, praktisch von uns möglichst nicht verwendet wird.“ Migration im ostdeutschen Umbruch er/klären und beraten

11.00 – 11.15 Uhr: Kaffeepause

11.15 – 12.45 Uhr: Jugend und Schule
Chair: Stephanie Zloch, Dresden

Phillip Wagner, Halle
Demokratische Chancengleichheit? Sozial-Liberalismus, politische Bildung und „Gastarbeiterkinder“ in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre

Max Schellbach, Halle
Umkämpfte Teilhabe. Migration und Soziale Arbeit in England und der Bundesrepublik von den 1970er bis 1990er Jahren

12.45 – 14.00 Uhr: Mittagspause

14.00 – 16.45 Uhr: Public History
Chair: Peter Haslinger, Marburg/Gießen

Stefan Zeppenfeld, Bochum
Kicken, Kämpfe, Kompromisse. Migrantische Fußballvereine als Perspektive der Citizen Science und Public History

Lale Yildirim, Osnabrück
Konstruktion und De-Konstruktion von migrantisierten Kategorien in Forschung und Museum

Hilke Wagner, Marburg/Gießen
Medienwandel in der Erinnerungskultur. Digitale und analoge Quellen zum Selbst- und Geschichtsverständnis „Heimatvertriebener“

Stephan Scholz, Oldenburg
Verflechtung durch Erinnerung? Denkmäler für Vertriebene, Arbeitsmigrant:innen und Geflüchtete in der Bundesrepublik

16.45 – 17.00 Uhr: Verabschiedung

Kontakt

Für die Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich bis zum 10. September 2024 unter: migratio@uni-marburg.de

<https://hil.hessen.de/aktuelles/veranstaltungen/abgrenzungen-verflechtungen-aufbruch>

Zitation

Abgrenzungen, Verflechtungen, Aufbruch? Neue Perspektiven auf Migration und Einwanderungsgesellschaft in Geschichtswissenschaft und Public History., In: H-Soz-Kult, 13.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145814.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) Christian internationalism in war and post-war times, c. 1890–1930

Veranstalter

Prof. Dr. Judith Becker, Berlin; PD Dr. Felicity Jensz, Münster (Theologische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin)

Ausrichter

Theologische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin
10178 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.09.2024 - 21.09.2024

Von

Jasper Althaus, Professur für Reformation und neuere Christentumsgeschichte,
Theologische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin

In recent academic debates, the role of religion in war and post-war times has regained central importance, particularly in Western countries. After decades of research on religion and peace – and especially Christianity and peace – public and academic attention has (re)turned to war and violence. The focus of this conference is on Christian Internationalism and War in a Global Perspective.

International Conference: Christian internationalism in war and post-war times, c. 1890–1930

The late nineteenth century was a time of heightened nationalism. Somewhat paradoxically, it was also the period in which Christian internationalism and interdenominationalism – the 'young ecumenical movement' – emerged. At the beginning, the formation phase of the movement, the agents were mostly young people, or at least people who worked in young people's associations, such as the YMCA, the SCMs, and the SVMs. Through their work, they tried to overcome both national and denominational boundaries. Some groups advocated for peace, most prominently the World Alliance for International Friendship Through the Churches. Yet, peace was not their only goal. Their main goal was to build a worldwide Christian community that was based on fellowship and friendship. They felt called by their God to work for this universal community. Many young ecumenicals strove for community and justice and became increasingly influential in both Church leadership positions and, at the same time, in their respective national politics.

The conference brings together scholars from different disciplines and academic backgrounds, who examine international Christian consequences of global and local wars.

Seite B 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

In this way, we intend to extend the topic to include non-Western perspectives in order to expand our understanding of war and Christian internationalism. While it is evident that war and physical violence cannot be separated from other forms of violence, at this conference we are primarily concentrating on wars and physical violence.

We have a limited number of places available for observers, if you are interested in attending the conference please register your interest with Judith Becker and Felicity Jenz at the following emails: beckejud@hu-berlin.de / felicity.jenz@uni-muenster.de

Programm

THURSDAY, SEPTEMBER 19

2.00-2.30 pm: Welcome adress

Yoan Vilain (Vice-Provost for International and European Affairs, Humboldt-Universität zu Berlin): welcoming speech

Torsten Meireis (Dean of Studies, Faculty of Theology, Humboldt-Universität zu Berlin): welcoming speech

Judith Becker & Felicity Jenz: Welcome and introduction

OUTBREAK

Chair: Torsten Meireis, Humboldt-Universität zu Berlin

2.30-3.15 pm: Felicity Jenz, University of Münster
International Missionary Council and German Missionaries WWI

3.15-4.00 pm: Nadezhda Beliakova, University of Bielefeld
Christian youth movement(s) during the WWI and Civil War in the former Russian Empire: practices of (non)participation <in the war> and work with combatants

4.00-4.30 pm: Break

COLLABORATIONS

Chair: Felicity Jenz, University of Münster

4.30-5.15 pm: Pierre-Yves Kirschleger, Université Paul Valéry, Montpellier
French Protestant Ecumenical Movement and War (1900–1930)

5.15-6.00 pm: Judith Becker, Humboldt-Universität zu Berlin
The World Student Christian Federation and German and French Christian internationalists during and after WWI

KEYNOTE

Chair: Judith Becker, Humboldt-Universität zu Berlin

7.00 pm: Thomas Weber, University of Aberdeen
(Peaceful) wartime encounters between enemy combatants, and between soldiers and enemy civilians during the First World War

Seite B 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

FRIDAY, SEPTEMBER 20

Chair: Frieder Ludwig, VID Specialized University, Stavanger

9.-9.45 am: Isabella Löhr, Freie Universität Berlin
The WSCF in World War I: Retaining Agency in a Global Conflict

9.45-10.30 am: Heather Curtis, Tufts University, Boston
Countering "Christian Imperialism": the Society for the Recognition of the Brotherhood of Man's Alternative Vision of Ecumenical Internationalism in the Late Nineteenth Century

10.30-11.00 am: Break

CONFLICT

Chair: Manke Jiang, Humboldt-Universität zu Berlin

11.00-11.45 am: Michael Philipp Brunner, University of Münster
Christian Diplomacy in Peace and War: Protestant Internationalism and the political future for Asia, 1920s-1930s

11.45-12.30 am: Yeonseung Lee, Boston University
Christian Internationalism in the Interwar Korea: Soft Powers of History Writing, Artilleries against the Forces of Annihilation

12.30-2.30 pm: Lunch

Chair: Christian Meyer, Freie Universität Berlin

2.30-3.15 pm: Yun Zhou, The Australian National University
Christian Student Movements and Internationalism in China: Communal Prayer, Fundraising, and Local Initiatives, 1910s-1920s

3.15-4.00 pm: Marina Xiaojing Wang, VID Specialized University, Stavanger
'What message does the Church in China have on war?' Xu Baoqian and Protestant Pacifism in China (1920–1930)

4.00-4.30 pm: Break

AFTERMATH

Chair: Deanna Womack, Boston University

4.30-5.15 pm: Aaron Pride, Lafayette College, Easton
The Quest for World Democracy: William Monroe Trotter's Vision of the Interracial Kingdom at the Peace Conference at Versailles

5.15-6.00 pm: Benjamin L. Hartley, Eden Theological Seminary, St. Louis
John R. Mott's Early Views of American Wars and Internationalist Organizing After the War

SATURDAY, SEPTEMBER 21

Chair: Chandra Sekhar Mallampalli, Harvard University / Boston College

9.00-9.45 am: Noriko Ishii, Sophia University, Tokyo
Christian Internationalism and War for Japanese Christian Women, Michi Kawai

9.45-10.30 am: Urban Claesson, Uppsala University
World Conference of Life and Work in Stockholm 1925 – a Church Council between
Nationalism and Internationalism

10.30-11.00 am: Break

Chair: Esther Möller, Centre Marc Bloch, Berlin (tbc)

11.00-11.45 am: Chandra Sekhar Mallampalli, Harvard University / Boston College
Catholic and Protestant Responses to Gandhi during the 1930's: Reconciling Nationalism
and Internationalism

11.45-12.30 pm: Deanna Womack, Boston University
Middle Eastern Christians before and after the Great War: National, Ecumenical, and
Interreligious Entanglements

12.30-1.00 pm: Final Discussion
Chair: Judith Becker / Felicity Jenz

Kontakt

Judith Becker: judith.becker@hu-berlin.de
Felicity Jenz: felicity.jenz@uni-muenster.de

Zitation

Christian internationalism in war and post-war times, c. 1890–1930., In: H-Soz-Kult,
12.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145738.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights
reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational
purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions
please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

21) Folter und das Verbot der Folter in Mitteleuropa (bis 1989)

„Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ Folter und das Verbot der Folter in Mitteleuropa (bis 1989)

Veranstalter

Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń) – Dr. Renata Skowrońska; Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät – Dr. Thomas Baier, Prof. Dr. Helmut Flachenecker, PD Dr. Lina Schröder; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde – Prof. Dr. Andrzej Radziwiński, Prof. Dr. Krzysztof Kopyński; Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber; Stiftung Kulturwerk Schlesien – Lisa Haberkern M.A.; Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft – PD Dr. Heidi Hein-Kircher (Abteilungsleiterin Wissenschaftsforum)

Veranstaltungsort

Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg (Domerschulstraße 17, Würzburg)

Gefördert durch

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung
97074 Würzburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

23.09.2024 - 24.09.2024

Frist

19.09.2024

<https://pmh.umk.pl/de/folter/>

Von

Dr. Renata Skowronska, Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń)

Internationale wissenschaftliche Tagung: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ Folter und das Verbot der Folter in Mitteleuropa (bis 1989)

„Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ Folter und das Verbot der Folter in Mitteleuropa (bis 1989)

In der modernen internationalen Gesetzgebung gilt die Garantie der Nichtanwendung von Folter durch den Staat als eines der Grundrechte jedes Menschen. Das Folterverbot ist unbestreitbar, eindeutig und absolut. Es ist nicht möglich, den Einsatz von Folter durch außergewöhnliche Umstände (zum Beispiel ein öffentliches Interesse, drohende Terroranschläge, Kriegszustand) zu rechtfertigen. Einen besonderen Einfluss auf die Formulierung moderner Gesetze zum Folterverbot hatte die 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Darin heißt es lakonisch und zugleich äußerst zutreffend: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden“ (Artikel

5). In Dokumenten, die die Vereinten Nationen in den folgenden Jahrzehnten verabschiedeten – insbesondere in der Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe von 1975 und dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe von 1984 – wurde versucht, den Begriff der Folter näher zu erläutern sowie konkreter anzugeben, um welche Taten es sich dabei handeln könnte. Es wird präzisiert, dass Folter eine vorsätzliche Zufügung von Schmerzen durch Personen ist, die den Staat repräsentieren (durch die Personen direkt, mit deren Zustimmung oder Weisung) bzw. der Erreichung eines bestimmten Ziels (zum Beispiel der Beschaffung von Informationen) dient. Staat, Schmerzen und die absichtliche und zielorientierte Natur der Folter wurden entsprechend dezidiert in einen unmittelbaren Kontext gestellt. Diese Rechtsakten wurden auch von Polen, Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern ratifiziert. Die Einführung eines absoluten Folterverbots ist zweifellos eine der größten Errungenschaften der Zivilisation, ein Triumph der humanistischen Philosophie, deren Wurzeln, bezogen auf Europa, bis ins antike Griechenland zurückreichen.

Ziel der Tagung ist es, die Geschichte der Anwendung und des Verbots der Folter in Theorie und Praxis mitteleuropäischer Länder, insbesondere auf polnischen und deutschen Gebieten, im Zeitraum bis etwa 1989 darzustellen. In den vergangenen Jahrhunderten gab es intensive Diskussionen über die Bedeutung der Folter in der Justiz, ihren Zweck und Sinn. Die Regeln und die Form ihrer Anwendung wurden unterschiedlich festgelegt – je nach Art der Straftat, Merkmalen und Stellung der verdächtigen Person. Diese Debatten fanden ihren Niederschlag sowohl in der weltlichen Gesetzgebung als auch den kirchlichen Rechtsnormen. Sie beeinflussten ebenso die Auslegung des Gesetzes in der Praxis. Zu den Themen, die während der Tagung diskutiert werden, gehören gleichermaßen Fragen zum antiken Erbe sowie zu rechtlichen Lösungen, die zu verschiedenen Zeiten bezüglich der Anwendung von Folter und ihrem Verbot im Kontext bestimmter Personen und sozialer Gruppen angenommen wurden. Interessant ist auch, was in verschiedenen Epochen unter gerechtfertigter Folter gemeint war. Was war ihr Zweck: Schuld einzugestehen, Informationen zu verschaffen, Menschen zu bestimmten Maßnahmen zu zwingen, sie einzuschüchtern? Wurden die durch Folter gewonnenen Informationen als wertvoll betrachtet (Schuldgeständnis oder Aussagen gegen andere Personen)? Inwieweit wurde berücksichtigt, dass verschiedene Formen der Bestrafung (z. B. Aufspießen) Anzeichen eines unnötigen Sadismus aufweisen können, und wurde versucht, sie einzuschränken? Ein wichtiges Thema bilden Veränderungen in Philosophie und Theologie, die zur Einschränkung und letztendlich zum Verbot der Folter führten, sowie Beispiele für die Verletzung des Verbotes durch Herrschaften und moderne Staaten (bis 1989). Die während der Tagung dargestellten Referate sollen es ermöglichen, anhand konkreter Beispiele den Entstehungsprozess der Idee eines vollständigen und absoluten Folterverbots unter Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Forschung zu skizzieren.

Der geographische Rahmen der Tagung umfasst Mitteleuropa, wobei der Schwerpunkt auf zwei Räumen liegt: auf dem historischen polnischen und deutschen Kultur- und Geschichtsraum. Die politischen Grenzen dieser Gebiete decken sich weitgehend mit den Territorien des Heiligen Römischen Reichs und den Ländern außerhalb seiner Grenzen (Deutschordensland in Preußen, Herzogtum Preußen, Königreich Preußen und die Schweiz), des Deutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichs bis hin zur Deutschen Demokratischen Republik und zur Bundesrepublik Deutschland sowie mit Polen (Königreich Polen, Polen-Litauen, Rzeczpospolita, Herzogtum Warschau, Kongress-Polen, Zweite Polnische Republik, Volksrepublik Polen). Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über verschiedene Epochen, vom frühen Mittelalter bis etwa 1989.

Seite B 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die Tagung wird unter der Schirmherrschaft von Herrn Generalkonsul Rafał Wolski (Generalkonsulat der Republik Polen in München) und Herrn Oberbürgermeister Christian Schuchardt (Stadt Würzburg) veranstaltet.

Programm (Änderungen vorbehalten)

Montag, 23. September 2024

9:00–9:30 Grußworte

Katrin Schwarz M.A. (Leiterin von Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg)
Benedikt Stegmayer in Vertretung des Oberbürgermeisters Christian Schuchardt (Stadt Würzburg)

Veranstalter: Dr. Renata Skowrońska, Prof. Dr. Thomas Baier (Grußwort), Prof. Dr. Helmut Flachenecker, PD Dr. Lina Schröder, Prof. Dr. Andrzej Radzimiński, Prof. Dr. Krzysztof Kopiński, Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Prof. Dr. Caspar Ehlers, Lisa Haberkern M.A., PD Dr. Heidi Hein-Kircher

9:30–11:00 Verschiedene Epochen – unterschiedliche Perspektiven? Eine einführende Perspektive zum Thema Folter in Europa (Moderation: Prof. Dr. Thomas Baier)

Dr. Paul Srodecki (Universität Sonderburg, Dänemark): Die Folter der Anderen: Berichte über Folteranwendung im Spiegel antiosmanischer und antirussischer Berichte des späten Mittelalters und der beginnenden Neuzeit

DDr. Philip Czech (Paris Lodron Universität Salzburg): Zur dynamischen Weiterentwicklung des Folterverbots durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Prof. Dr. Marta Baranowska (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu) / Dr. Paweł Fiktus (Wyższa Szkoła Prawa we Wrocławiu): The International Covenant on Civil and Political Rights and Political Torture. Legal dogmatics and the Polish political reality in the period from 1977 to 1980

Diskussion

11:00–11:30 Kaffeepause

11:30–12:30 Folter als Mittel zum Zweck? Diskurse und kritische Stimmen I (Moderation:)

Dr. Anetta Głowacka-Penczyńska (Uniwersytet Kazimierza Wielkiego w Bydgoszczy) / Dr. Magdalena Wilczek-Karczewska (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie): Suffering in Libri maleficorum of the city of Cracow in the Early Modern era. Torture – mutilation punishments – death penalty

Prof. Dr. Michał Kuran (Uniwersytet Łódzki): Torture, the tortured and their torturers in the European Sarmatian Chronicle (1611) by Aleksander Gwagnin

Diskussion

12:30–14:00 Mittagspause

14:00–15:00 Folter als Mittel zum Zweck? Diskurse und und kritische Stimmen II (Moderation:)

Dr. Michaela Grund (St. Ursula Gymnasium Würzburg): „[...] sodaß unter soviel Angst und Not kein Raum mehr für die Wahrheit ist“. Friedrich Spees Kritik an der Folter in der *Cautio Criminalis*

Seite B 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Dr. Nina Kreibitz (Humboldt-Universität zu Berlin): „[G]iftige Marter ist nicht die kleinste Zwillingschwester der Tortur!“ Friederike Kempners Kampf gegen die Einzelhaft in Preußen des 19. Jahrhunderts.

Diskussion

15:00–15:30 Kaffeepause

15:30–17:00 Folter und das Verbot der Folter – ein Blick nach Polen (Moderation:)

Prof. Dr. Danuta Janicka (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu): Die Folter im alten Polen. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte

Prof. Dr. Tomasz Ciesielski (Uniwersytet Opolski): Torture and degrading punishment in the military law of the Polish-Lithuanian Commonwealth against the background of Central European countries in the 17th and 18th centuries

Dr. Katarzyna Grysińska-Jarmuła (Uniwersytet Kazimierza Wielkiego) / Dr. Agnieszka Wedeł-Domaradzka (Uniwersytet Kazimierza Wielkiego): The international system of prevention and protection against torture and Poland. Historical and legal aspects

Diskussion

17:15 Stadtbesichtigung, ab 19:30 Abendessen

Dienstag, 24. September 2024

9:00–10:30 In Gewahrsam I: gerechte Strafe und zum Schutz der Gesellschaft? (Moderation:)

Prof. Dr. Mariusz Sawicki (Uniwersytet Opolski): Torture in witchcraft trials in the Polish-Lithuanian Commonwealth from the 16th to the 18th century. A contribution to the research on the Polish judiciary of the modern era

Prof. Dr. Leszek Zygmunt (Państwowa Akademia Nauk Stosowanych im. Ignacego Mościckiego w Ciechanowie): Kaltwasserprobe und Folter in Hexenprozessen in der Synodalgeseztgebung des Gnesener Kirchenprovinz vom 16. bis 18. Jahrhundert (zwischen Rechtsnorm und Realität)

Prof. Dr. Wolfgang Wüst (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): „[...] ins Loch gebracht und einen ernstlichen peinlichen rechtstag ansetzt“. Frühneuzeitliche Strafpraxis in der Reichsstadt Nürnberg im Spiegel der Ratsverlässe und Malefizurteilsbücher

Diskussion

10:30–11:00 Kaffeepause

11:00–12:30 In Gewahrsam II: gerechte Strafe und zum Schutz der Gesellschaft? (Moderation: PD Dr. Lina Schröder)

Freddy Hackbarth (Universität Heidelberg): Misshandlungen von Gefangenen als Folteralltag? Gewalt im Mannheimer Gefängnis Anfang der 1970er Jahre

Robert Wolff (Goethe-Universität Frankfurt am Main): Gerichtskundige Tatsachen über die Revolutionären Zellen um jeden Preis? Der fast vergessene Fall Hermann Feiling und die Grenzen der rechtsstaatlichen bundesdeutschen Terrorismusbekämpfung in den 1970er Jahren

Seite B 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Franziska Niedrist (Universität Innsbruck): „Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit?“ Zur Frage der Beweiskraft des Geständnisses – eine Spurensuche im österreichischen Strafrecht
Diskussion

12:30–14:00 Mittagspause

14:00–16:00 Folter und das Verbot der Folter – Entwicklung, Erinnerung und Aufklärung
(Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Wüst)

Gerlinde Gangl M.A. (Otto-Friedrich-Universität Bamberg): ‚Auf die Folter gespannt‘.
Historische Folterpraktiken und ihr Fortleben in Metaphern mitteleuropäischer
Gegenwartssprachen

Dr. Krzysztof Garczewski (Uniwersytet Kazimierza Wielkiego w Bydgoszczy): Erinnerung
an Folter und andere Formen der Gewalt im 20. Jahrhundert im deutschen und polnischen
öffentlichen Diskurs. Ausgewählte Aspekte

Dr. Antje Johanning-Radžienė (Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung –
Institut der Leibniz-Gemeinschaft): Auf dem Weg zur Freiheit. Freiheitsbestrebungen im
östlichen Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Eine Storymap des Herder-Instituts
Schlussdiskussion

Kontakt

renata.skowronska@uni-wuerzburg.de

<https://pmh.umk.pl/de/folter/>

Zitation

Folter und das Verbot der Folter in Mitteleuropa (bis 1989)., In: H-Soz-Kult, 23.08.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-146003>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.
This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if
permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact
hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Welche Stimme haben wir? Familiengeschichten – Erzählen, Verstehen, Weitergeben

Welche Stimme haben wir? Familiengeschichten – Erzählen, Verstehen, Weitergeben. Workshops für Nachkommen von NS-Verfolgten

Veranstalter

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.

Veranstaltungsort

KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V. - Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

05.10.2024 - 06.10.2024

<https://www.nsberatung.de/ueber-uns/aktuelles>

Von

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.

Der autobiografische Workshop in Berlin bietet Nachkommen von NS-Verfolgten die Möglichkeit zur Aufarbeitung, indem die persönlichen Geschichten verschriftlicht und ggf. geteilt werden. Unter journalistischer Anleitung wird ein Gerüst an die Hand gegeben, das Orientierung beim Schreiben bietet. Mit therapeutischer Unterstützung wird den Teilnehmenden am zweiten Tag ein Bewusstsein für die Problematik der Gefühlserbschaften vermittelt. Es werden potenzielle Wege für einen Umgang mit der Gefühlserbschaft aufgezeigt. Somit entsteht ein Ort des Austauschs, der Begegnung und Verarbeitung.

Welche Stimme haben wir? Familiengeschichten – Erzählen, Verstehen, Weitergeben. Workshops für Nachkommen von NS-Verfolgten

Das Projekt verfolgt das Ziel, Nachkommen von NS-Verfolgten mit ihren diversen Erfahrungen, Perspektiven und Wünschen in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen. Der Biografieworkshop bietet die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte. Das Hauptziel besteht darin, die Teilnehmenden zu ermutigen, sich über die belastenden Familiengeschichten auszutauschen und einen Ort der Begegnung zu schaffen. Das daraus resultierende Selbstvertrauen fördert die Entwicklung einer gemeinsamen Gruppenidentität sowie Partizipation im politischen Kontext.

Programm

5. Oktober 2024: Autobiografischer Schreibworkshop mit der Journalistin Nora Hespers: Nachfahren-Berichte.

Gemeinsam möchten wir erarbeiten, wie ein Text gestaltet werden kann, der sich gut lesen und auch vortragen lässt. Wir unterstützen euch dabei, eure Geschichten so zu erzählen, dass ihr euch auf eure Botschaft konzentrieren könnt. Unser Ziel ist es, euch ein Gerüst an die Hand zu geben, das euch beim Schreiben hilft und Orientierung bietet.

Seite B 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

6. Oktober 2024: Gefühlserbschaften und Umgang mit Trauma – Gespräch mit Dr. Peter Pogany-Wnendt.

Welche Auswirkungen hatte das Schweigen auf die Nachkommen? Wie wird das Erlebte transgenerationell weitergegeben?

Kontakt

pysmenna@nsberatung.de
popesch@nsberatung.de

<https://www.nsberatung.de/ueber-uns/aktuelles>

Zitation

Welche Stimme haben wir? Familiengeschichten – Erzählen, Verstehen, Weitergeben..., In: H-Soz-Kult, 16.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145893.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Burgen im Wandel. Gestalt und Funktion wehrhafter Architektur

Veranstalter
Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten

Veranstaltungsort
Veste Heldburg
Gefördert durch
Thüringer Staatskanzlei
98663 Heldburg
Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
18.10.2024 - 19.10.2024
Frist
09.10.2024

<https://www.thueringerschloesser.de/aktuelles/burgen-im-wandel-gestalt-und-funktion-wehrhafter-architektur/>

Von
Franz Nagel

Thüringen ist ein Land der Burgen. Die ganze Bandbreite vom Bodendenkmal über die Burgruine und die zum Schloss ausgebauten Burg bis zum Zeugnis der Burgenromantik ist hier in großer Zahl und Dichte vorhanden. Dynastien wie die Landgrafen von Thüringen, die Wettiner, die Reußen und die Schwarzburger haben ihre bis heute wirksamen Spuren in der Kulturlandschaft hinterlassen.

Burgen im Wandel. Gestalt und Funktion wehrhafter Architektur

Die Burgen dienten dem Landesausbau und der Herrschaftssicherung, aber auch der Repräsentation und der Hofkultur. Sie sind Zeugen von Konkurrenz und Auseinandersetzungen, vom Wandel der Baustile und der Wehrtechnologien, von veränderten Ansprüchen und Funktionen.

Die interdisziplinäre Tagung fragt nach Thüringer Dynastien und ihren Burgen, aber auch nach Aspekten der höfischen Kunst und Kultur sowie nach dem Funktionswandel in der Frühen Neuzeit bis hin zu Burgenromantik und Burgendenkmalpflege.

Programm

Freitag, 18.10.2024

10.00 Uhr
Begrüßung
Dr. Doris Fischer
Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten

10.15 Uhr
Grußwort

10.30 Uhr
Burgen und Burgenforschung in Thüringen – eine Einführung aus archäologischer Perspektive
Dr. Ines Spazier
Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

11.00 Uhr
Burgen und Herrschaftsausbau der Landgrafen von Thüringen im europäischen Kontext
Ulrich Klein
Freies Institut für Bauforschung und Dokumentation e.V., Marburg

11.30 Uhr
Aspekte des Burgenbaus Thüringer Adelsgeschlechter neben den Landgrafen in der Zeit der Romanik
Dr. Thomas Bienert
Stadtilm

12.00 Uhr
Diskussion

12.30 Uhr Mittagspause in der Amtsstube und Möglichkeit zu Führungen

14.00 Uhr
Thüringen Burgen im Wandel – Entwicklung von Wehr- und Wohnformen und ihre Untersuchung
Prof. Dr. G. Ulrich Großmann
Deutsches Burgenmuseum Veste Heldburg

Seite B 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

14.30 Uhr

Kompaktburgen – ein thüringisches Phänomen?

Dr. Joachim Zeune

Büro für Burgenforschung

15.00 Uhr

Bliden und Steinbüchsen als Burgenbrecher. Der Einfluß mittelalterlicher Großfernwaffen auf den Burgenbau in Thüringen

Dr. Michael Kirchschlager

Burgvogt der Marksburg und Geschäftsführer der Deutschen Burgenvereinigung e.V.

15.30 Uhr

Diskussion

16.00 Uhr Kaffeepause in der Amtsstube

16.30 Uhr

Burgen in höfischer Literatur - höfische Literatur in Burgen: Heinrich von Veldeke und der thüringische Adel

Prof. Dr. Sophie Marshall

Friedrich-Schiller-Universität Jena

17.00 Uhr

Reichsdefensionsordnung und militärische Infrastruktur im Heiligen Römischen Reich der Frühen Neuzeit

Prof. Dr. Jutta Nowosadtko

Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

17.30 Uhr

Die mittelalterliche Burg im frühneuzeitlichen Schloss – Anciennität und Funktionswandel

Dr. Heiko Laß

Ludwig-Maximilians-Universität München

18.00 Uhr Diskussion

18.30 Uhr

Abendvortrag

Alle interessieren sich für Burgen!

Burgenforschung zwischen Realienkunde, Denkmalpflege und Burgenpolitik

Prof. Dr. Barbara Schock-Werner, Köln

19.30 Uhr Empfang in der Amtsstube

Samstag, 19.10.2024

9.30 Uhr

Vom Ruinengarten zur Denkmallandschaft. Landschaftsgestaltung im Umfeld von Burgen und Ruinen

Dr. Georg Peter Karn

Mainz

Seite B 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

10.00 Uhr

Burgenaufbau und Burgenromantik in der preußischen Rheinprovinz
Dr. Irene Haberland
Bonn

10.30 Uhr Kaffeepause in der Amtsstube

11.00 Uhr

Mittelalter aus dem Setzkasten oder der Versuch, „ein neues Gebäude urplötzlich alt zu machen“ am Beispiel von Schloss Stolzenfels
Dr. Doris Fischer
Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten

11.30 Uhr

Die Wartburg. Das Idealbild der Burg und seine Entstehung
Dr. Grit Jacobs
Wartburg-Stiftung Eisenach

12.00 Uhr Abschlussdiskussion

12.30 Uhr Mittagspause in der Amtsstube

Exkursion

13.30 Uhr Abfahrt nach Schleusingen

14.15 Uhr Besichtigung von Schloss Bertholdsburg mit Kaffeepause

16.45 Uhr Rückfahrt nach Heldburg

17.30 Uhr Ankunft in Heldburg

Kontakt

veranstaltungen@thueringerschloesser.de

<https://www.thueringerschloesser.de/aktuelles/burgen-im-wandel-gestalt-und-funktion-wehrhafter-architektur/>

Zitation

Burgen im Wandel. Gestalt und Funktion wehrhafter Architektur., In: H-Soz-Kult, 23.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145997.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

**24) Der Sächsische Altertumsverein und andere Geschichtsvereine
in Sachsen bis 1945**

Veranstalter

Verein für sächsische Landesgeschichte, Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine

Veranstaltungsort

Palais im Großen Garten, Hauptallee 8

Gefördert durch

Freistaat Sachsen, Ostsächsische Sparkasse Dresden

01219 Dresden

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.10.2024 - 20.10.2024

Frist

01.10.2024

<https://www.isgv.de/altertumsvereine>

Von

Joachim Schneider, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde Dresden

Die Tagung will einen neuen Impuls zur Erforschung der Altertumsvereine seit dem frühen 19. Jahrhundert in Deutschland setzen. Zunächst wird in einer regionalen Perspektive die Entwicklung des Sächsischen Altertumsvereins von seiner Entstehung bis 1945 untersucht. Dieser erste Tagungsteil fließt ein in den überregional vergleichend angelegten zweiten Teil, der mit den Sammlungen einen zentralen Aspekt der Altertumsvereine fokussiert. Es soll untersucht werden, welche Intentionen jeweils mit diesen Sammlungen verbunden waren und wie diese frühe Phase der Sorge um die kulturelle Überlieferung bis in die gegenwärtige Museumslandschaft in Deutschland weiterwirkt.

**Der Sächsische Altertumsverein und andere Geschichtsvereine in
Sachsen bis 1945 - Die deutschen Geschichts- und Altertumsvereine und
ihre Sammlungen**

Aus Anlass des 200. Jahrestags der Gründung des „Königlich Sächsischen Vereins zur Erforschung und Erhaltung vaterländischer Altertümer“, ab 1837 „Königlich Sächsischer Altertumsverein“, veranstaltet der Verein für sächsische Landesgeschichte am 18./19.10.2024 eine zweiteilige wissenschaftliche Tagung am ehemaligen Sitz des Altertumsvereins, im Palais im Großen Garten in Dresden.

Die Veranstaltung will einen neuen Impuls zur Erforschung der Altertumsvereine seit dem frühen 19. Jahrhundert in Deutschland setzen. Damals, in der Epoche der Romantik, bildeten sich erstmals Vereine zur Rettung und Bewahrung vor allem des mittelalterlichen kulturellen Erbes, das als besonders bedroht empfunden wurde, und begannen mit der Sichtung, dem Erwerb und der Erforschung umfangreicher Sammlungen von historischen Objekten unterschiedlichster Art. Die Entstehung dieser Sammlungen wie auch ihre weitere Entwicklung waren eng mit den jeweiligen Trägervereinen und regionalen Gegebenheiten, aber auch mit den sich wandelnden Vorstellungen von den Aufgaben von Museen und der Denkmalpflege verknüpft.

Seite B 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

In einem ersten Teil wird in einer regionalen Perspektive die Entwicklung des Sächsischen Altertumsvereins von seiner Entstehung bis 1945 untersucht. Förderung durch die Monarchie, treibende Kräfte bei der Gründung und in späterer Zeit bis hin zur Gleichschaltung im Nationalsozialismus werden ebenso untersucht wie die Beziehungen des Vereins zu anderen Vereinen der Region und zum Gesamtverein, personengeschichtlich angelegte Beiträge stehen neben strukturellen Vorträgen.

Dieser multiperspektivisch angelegte Tagungsteil zum Fall-Beispiel des Sächsischen Altertumsvereins geht mit dem Abendvortrag des 18.10. über und fließt ein in den überregional vergleichend angelegten zweiten Teil der Tagung, der nunmehr mit den Sammlungen einen zentralen Aspekt der Altertumsvereine fokussiert. Der 51. Tag der Landesgeschichte der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, der den Rahmen dieses zweiten Tagungsteils bildet, betritt mit diesem Thema Neuland, ist doch die Geschichte der Sammlungen der Geschichts- und Altertumsvereine in Deutschland bis heute noch nie vergleichend untersucht worden. Die Beiträge lassen erwarten, dass erstmals eine konkrete Vorstellung davon entsteht, welche Intentionen jeweils mit diesen Sammlungen verbunden waren, aber auch, welche späteren Konflikte um diese Sammlungen entstanden und wie diese frühe Phase der Sorge um die kulturelle Überlieferung bis in die gegenwärtige Museumslandschaft in Deutschland weiterwirkt. Die Tagung liefert damit nicht nur einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Altertumsvereine im Allgemeinen, sondern auch zur Entwicklung der Wahrnehmung und des Umgangs mit Geschichte und ihrer materiellen Überlieferung, wie sie sich in der Geschichte musealer Sammlungen widerspiegelt.

Am 20.10. wird die Doppeltagung mit einer Exkursion nach Schloss Weesenstein abgerundet, bevorzugter Wohnort König Johanns von Sachsen, des langjährigen Direktors des Sächsischen Altertumsvereins, und Hauptauslagerungsort der Sammlung des Vereins im Zweiten Weltkrieg.

Programm

Der Sächsische Altertumsverein und andere Geschichtsvereine in Sachsen bis 1945
200 Jahre Geschichtsarbeit für Sachsen

Freitag, 18.10.2024

9:30 Begrüßung und Einführung (Judith Matzke, Dresden)

9:45 Die Gründungsphase des Sächsischen Altertumsvereins (Daniel Ristau, Dresden)

10:15 Zur „Erweckung und Belehrung der Liebe des Volkes zu seiner Vorzeit“. Prinz Johann und der Altertumsverein als sächsische Geschichtsbaumeister (Andreas Rutz, Dresden)

10:45 Männer der ersten Stunde. Der Sächsische Altertumsverein und seine Beziehungen zum Gesamtverein (Peter Wiegand, Dresden)

Pause

11:45 Hubert Ermisch als Leitfigur des Sächsischen Altertumsvereins zwischen Monarchie und Republik (Jana Lehmann, Merseburg)

12:15 Stufen der Gleichschaltung. Der Sächsische Altertumsverein in der NS-Diktatur (Thomas Schaarschmidt, Potsdam)

Mittagspause 12:45-14:15

14:15 Die Mitglieder des Sächsischen Altertumsvereins (1824-1945) - Regionale und soziale Verortung (Judith Matzke, Dresden)

Seite B 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

14:45 Die höhere Beamtenschaft im Sächsischen Altertumsverein im 19. Jahrhundert (Michael Wetzel, Zwönitz)

15:15 Die Gründung des ersten Geschichtsvereins in Thüringen und sein thüringisch-sächsisches Netzwerk (Frank Boblenz, Sömmerda)

Pause

16:15 Überlegungen zur Geschichte des Freiburger Altertumsvereins (Ulrich Thiel, Freiberg)

16:45 Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz: Gründung und Entwicklung bis 1945 (Thomas Westphalen, Dresden)

17:15 Schlussdiskussion

Die deutschen Geschichts- und Altertumsvereine und ihre Sammlungen

51. Tag der Landesgeschichte 2024 in Dresden

Freitag, 18.10.2024

19:00 Uhr Grußworte

Michael Kretschmer (Ministerpräsident des Freistaates Sachsen)

Dr. Martin Schoebel (1. Vorsitzender des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine e.V.)

Dr. Judith Matzke (1. Vorsitzende des Vereins für sächsische Landesgeschichte e.V.)

Prof. Dr. Enno Bünz (Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde)

Dr. Christian Striefler (Geschäftsführer Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen)

19:30 Uhr Verleihung des Forschungspreises des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine

20:00 Uhr Abendvortrag: 200 Jahre Sammeln, Bewahren, Vermitteln – die „Erforschung und Erhaltung vaterländischer Altertümer“ im Museum heute (Marius Winzeler, Dresden)

Empfang auf Einladung des Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen

Samstag, 19.10.2024

9:00 Uhr Begrüßung und Einführung (Joachim Schneider, Dresden)

9:15 Uhr Vaterlandsliebe und Eigensinn: Die Gründung und Entwicklung von kulturgeschichtlichen Vereinigungen im 19. Jahrhundert (Stefan Laux, Trier)

10:00 Uhr Verehrt - bedroht – bewahrt. Zur Geschichte der Sammlung des Sächsischen Altertumsvereins im 19. und 20. Jahrhundert (Stefan Thiele, Chemnitz)

Pause

11:15 Uhr "Um die Denkmäler der Vorzeit zu bewahren und (...) zugänglich zu machen": Die Kunst- und Altertümersammlung des Württembergischen Altertumsvereins (Nicole Bickhoff, Stuttgart)

12:00 Uhr Die Sammlungen des Historischen Vereins von Oberbayern (Michael Stephan, München)

12:45-14:15 Uhr Mittagspause

14:15 Uhr Vom Publikumsmagneten zum schlafenden Dornröschen: Die Sammlung der Historischen Landeshalle für Schleswig-Holstein (Oliver Auge, Kiel)

15:00 Uhr Der Mainzer Altertumsverein und „sein“ Museum. Kontinuität und Brüche 1844 – 1910 – 1968 - 2024 (Gernot Frankhäuser, Mainz)

15:45 Uhr Bürgerliches Sammeln und Forschen in einer Freien Hansestadt – Die Historische Gesellschaft Bremen (Konrad Elmshäuser, Bremen)

16:30 Uhr Schlussdiskussion – Ausklang

Seite B 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Sonntag, 20.10.2024 11 Uhr

Schloss Weesenstein: Bei Königs zu Besuch. Zum Leben und Wirken König Johanns von Sachsen

Kontakt

Judith Matzke/Joachim Schneider

E-Mail: kontakt@saechsische-landesgeschichte.de

Telefon: 0351/436 16 30

<https://www.isgv.de/altertumsvereine>

Zitation

Der Sächsische Altertumsverein und andere Geschichtsvereine in Sachsen bis 1945., In: H-Soz-Kult, 13.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145816.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

25) Verketzerungsprozesse in Mitteldeutschland im Spätmittelalter und im 16. Jahrhundert

Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt, Gemeinde Südharz; Projektbüro Bauernkrieg, Standortentwicklungsgesellschaft Mansfeld-Südharz mbH

Veranstaltungsort

Historisches Rathaus Stolberg (Rittergasse 2)

Gefördert durch

Land Sachsen-Anhalt

06547 Südharz OT Stolberg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

24.10.2024 - 26.10.2024

Frist

13.10.2024

<https://www.historische-kommission-fuer-sachsen-anhalt.de/veranstaltungen/tagungen/verketzerungsprozesse>

Von

Oliver Ritter, - Arbeitsstelle -, Historische Kommission für Sachsen-Anhalt

Im Frühjahr 2025 jährt sich der Bauernkrieg zum 500. Mal. Dieses Gedenkjahr nimmt die Historische Kommission zum Anlass für zwei wissenschaftliche Tagungen, in denen das Thema Bauernkrieg aus unterschiedlichen Perspektiven in den Blick genommen werden soll. Auf der ersten Tagung im Okt. 2024 soll zunächst ein Phänomen in den Blick genommen werden, das bei der Auseinandersetzung mit Thomas Müntzer und anderen Vertretern der „radikalen Reformation“ eher selten beachtet wird: der Vorgang der „Verketzerung“ dieser Gruppierungen durch die etablierten Wittenberger Reformatoren.

Verketzerungsprozesse in Mitteldeutschland im Spätmittelalter und 16. Jahrhundert

Im Vorfeld des Bauernkriegsgedenkens 2025 soll auf der wissenschaftlichen Tagung ein Phänomen in den Blick genommen werden, das bei der Auseinandersetzung mit Thomas Müntzer und anderen Vertretern der „radikalen Reformation“ eher selten beachtet wird: der Vorgang der „Verketzerung“ dieser Gruppierungen durch die etablierten Wittenberger Reformatoren. Luther und Melanchthon lenkten die Berichterstattung über Müntzer und die von ihm angeblich angestifteten Bauern sowie über die Täufer bewusst so, dass das rigide Vorgehen gegen die Aufständischen aus religiöser Perspektive gerechtfertigt wurde. Die radikalen Ansichten und Aussagen ihrer Gegner sind dabei oftmals nur in Schriften der Reformatoren erhalten. Dieses Verfahren, Konkurrenten jeglicher Art – politischer, sozialer, religiöser – durch Häresievorwürfe zu schädigen und in letzter Konsequenz auszuschalten, ist im 16. Jahrhundert jedoch keineswegs neu. Bereits im Mittelalter wurde es in verschiedenen Kontexten zur Anwendung gebracht.

In einem epochenübergreifenden Zuschnitt soll auf der Tagung der Mechanismus der Verketzerungen untersucht werden, angefangen mit der „Erfindung“ der Katharer im 13. Jahrhundert. Den Schwerpunkt bildet jedoch der mitteldeutsche Raum im Spätmittelalter und im 16. Jahrhundert. Die Beiträge werden sich mit Häresievorwürfen und deren Instrumentalisierung in sozialen und politischen Konflikten im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit befassen, z. B. im städtischen Kontext oder in den Auseinandersetzungen der Reformationszeit mit den Anhängern Müntzers, den Täufern und anderen devianten Gruppierungen. Im Vergleich mit spätmittelalterlichen Vorläufern und späteren frühneuzeitlichen Ausgrenzungsphänomenen soll bewertet werden, inwiefern die Ausgrenzungsmechanismen der Wittenberger Reformatoren sich in lange Traditionslinien einbetten lassen oder aber durch besondere Merkmale der Verketzerung hervortreten.

Die Teilnahme ist kostenfrei, um Anmeldung bis 13. Oktober 2024 per E-Mail wird gebeten.

Programm

DONNERSTAG, 24. OKTOBER 2025

14.30 Uhr

Grußworte und Einführung

1. Verketzerung im Mittelalter und in der Reformationszeit

15.15 Uhr

Markus Krumm (München): *In provintia Narbonensi, ubi quondam fides floruerat... Verketzerungsprozesse um 1200 und die aktuelle Debatte über die katharische Gegenkirche*

16.00 Uhr *Kaffeepause*

16.30 Uhr

Georg Modestin (Freiburg im Üechtland): *Sed reversus ad vomitum colligere et disseminare discipulos non desistit. Die Verketzerung der ersten Waldenser (Ende des 12. Jahrhunderts)*

17.15 Uhr

Cornelia Linde (Greifswald): *Universitäre Verketzerung der Templer. Die quaestiones quodlibetales des Johannes de Polliaco*

Seite B 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

FREITAG, 25. OKTOBER 2024

9.00 Uhr

Stefan Rhein (Lutherstadt Wittenberg): *„Das neue Monster“. Luther in katholischen Ketzerkatalogen*

2. Müntzer und „Schwärmer“

9.45 Uhr

Thomas Hahn-Bruckart (Rostock): *Von „Schwärmern“, „Geystern“, „Pickarden“ und „Böhmen“: Strategien und Semantiken der Verketzerung im Kontext der frühen Wittenberger Reformation*

10.30 Uhr *Kaffeepause*

11.00 Uhr

Friedemann Stengel (Halle/Saale): *Polemik und Produktion. Vom Bauernkrieg ins Lehrbuch*

11.45 Uhr

Marianne Taatz-Jacobi (Halle/Saale): *Müntzer vs. Wittenberg. Die posthume Verketzerung Thomas Müntzers*

12.30 Uhr *Mittagspause*

3. Täufer

14.00 Uhr

Jakob Debelka (Halle/Saale): *Christus wurde in Erbsünde geboren, der neue Bauernaufstand wird erfolgreich enden und alle Schlösser müssen zerstört werden. Das fingierte Urteil gegen den Täuferprediger Ambrosius Spittelmaier 1528*

14.45 Uhr

Andreas Lindner (Erfurt): *Von Ketzerern und Ketzermachern – die Täufer in der Perspektive der Wittenberger Reformation*

15.30 Uhr *Kaffeepause*

16.00 Uhr

Ulrike Kaiser (Kahla): *Der Fall Hans Schleier: „Happy End“ durch Melanchthon*

16.45 Uhr

Aneke Dornbusch (Bonn): *„Er hatte 24 Frauen [...]“ – Sexuelle Devianz als Topos in Verketzerungsprozessen der Reformationszeit*

SAMSTAG, 26. OKTOBER 2024

4. Die longue durée der Verketzerungsrhetorik

9.00 Uhr

Ingrid Würth (Halle/Saale): *Herkunft als Stigma und Ketzer als Vorbilder*

Seite B 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

9.45 Uhr

Andreas Pečar (Halle/Saale): *Eine Arminian Revolution in Stuart-England? Wie die neuere Kirchengeschichte der zeitgenössischen Verketzerungsrhetorik auf den Leim ging*

10.30 Uhr *Kaffeepause*

11.00 Uhr

Simon Franzen (Tromsø): *Das „Quaker-Irrlicht“ und die „Rettung der Göttlichen Wahrheit“: Christoph Heinrich Löbers (1634-1705) Konstruktion des Quäkertums als Irrlehre*

11.45 Uhr

Katharina Neef (Leipzig): *Ketzer als das verkörperte Andere. Stereotype über Ketzer, Sekten und Andere, mit denen man nichts zu tun haben will*

Kontakt

Historische Kommission für Sachsen-Anhalt
- Arbeitsstelle –
Oliver Ritter / Koordinator
c/o Franckesche Stiftungen zu Halle
Franckeplatz 1, Haus 24 / 06110 Halle (Saale)
E-Mail: kontakt@hiko-sachsen-anhalt.de

<https://www.historische-kommission-fuer-sachsen-anhalt.de/veranstaltungen/tagungen/verketzerungsprozesse>

Zitation

Verketzerungsprozesse in Mitteleuropa im Spätmittelalter und 16. Jahrhundert., In: H-Soz-Kult, 22.08.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-145983>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Antisemitische Symbole in Kunstobjekten: (Anti-)Kapitalistische Kontexte und gesellschaftliche Wirkungen

Forum Kunst und Markt in Kooperation mit dem Fachgebiet für Digitale Provenienzforschung der TU Berlin und der Professur für Kunstpädagogik der HFBK Hamburg
Veranstaltungsort

Findet statt Digital

Vom - Bis

05.12.2024 - 06.12.2024

Frist

30.09.2024

<https://fokum.org/symposium-2024/>

Von

Dorothee Wimmer

Call for Papers für das Berliner Symposium 2024: Antisemitische Symbole in Kunstobjekten: (Anti-)Kapitalistische Kontexte und gesellschaftliche Wirkungen

Online/Berlin, 5.-6. Dezember 2024

CFP-Deadline: 30. September 2024

Antisemitische Symbole in Kunstobjekten: (Anti-)Kapitalistische Kontexte und gesellschaftliche Wirkungen

Das Symposium fragt nach Manifestationen antisemitischer Weltbilder vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung mit Kunstwerken: Denn aus einer bildhistorischen und bildkritischen Perspektive stellen sich Fragen nach der magischen, manipulativen Macht, die Bildern in ihren Wirkungen zuerkannt wurde und wird und die ihren Ausdruck in theologischen, kulturellen oder politischen Bilderstürmen und -kämpfen bis in die Gegenwart hinein findet.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das Symposium Antisemitismus als visuellem Code: In den Blick genommen werden Wirkungszusammenhänge, in denen Antisemitismus in all seinen Ausformungen mit Bildmitteln operiert, um Jüd:innen als unterlegen, aggressiv, ausbeuterisch und zugleich kapitalistisch nach der Weltherrschaft trachtend zu diffamieren.

Ziel unseres Symposiums ist es daher, Wissenschaftler:innen, Kurator:innen, Künstler:innen und Pädagog:innen sowie Museums- und Bildexpert:innen transdisziplinär zusammenzubringen, um das Phänomen des Antisemitismus in Kunstwerken als historische und gegenwärtige Kulturtechnik kontextuell, strukturell, qualitativ und quantitativ zu erforschen und zugleich für dieses Phänomen der gesellschaftlichen Manipulation mit seinen demokratiegefährdenden Auswirkungen zu sensibilisieren. Wir bitten daher um Werkstattberichte und kritische Perspektiven (vergleichend oder in Form von Fallstudien) in Form von:

- Analysen antisemitischer visueller Codes der Stereotypisierung, Dämonisierung und Entmenschlichung in Kunstobjekten: von mittelalterlichen Skulpturen und Gemälden über Bildwerke der Moderne bis hin zu zeitgenössischen Filmen und Karikaturen

Seite B 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

- Einbettung dieser antisemitischen Kunstcodierungen in ihre historischen und gegenwärtigen (anti)kapitalistischen Kontexte und gesellschaftlichen Wirkungen, mit Bezugnahme zu den je sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Transformationsprozessen

- Präsentation und Diskussion von Umgehensweisen in Museen, in Ausstellungen, im Kunsthandel und im Kunstunterricht, in den Social Media und im öffentlichen Raum mit antisemitischen Symbolen in Kunstwerken: vom Aufklären und Kontextualisieren als Mittel der Bewusstmachung unbewusster visueller Wirkmechanismen bis hin zum Umbenennen und Abhängen bzw. Löschen solcher antisemitischen Bildobjekte und Bilddaten

Das Symposium findet am 6. Dezember 2024 ganztägig online (TU Zoom) statt und wird am 5. Dezember 2024 mit einem Abendvortrag eröffnet. Exposés von max. 2000 Zeichen inkl. Leerzeichen (deutsch oder englisch, Vortragsdauer 20 Minuten) sowie ein kurzer Lebenslauf werden bis zum 30. September 2024 erbeten an: dorothee.wimmer@tu-berlin.de

Konzept und Organisation: Meike Hopp, Nora Sternfeld und Dorothee Wimmer, unter Mitwirkung von Gabriele Zöllner

Kontakt

dorothee.wimmer@tu-berlin.de

<https://fokum.org/symposium-2024/>

Zitation

Antisemitische Symbole in Kunstobjekten: (Anti-)Kapitalistische Kontexte und gesellschaftliche Wirkungen., In: H-Soz-Kult, 13.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145686.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**27) Der Widerstand gegen die Judenverfolgung als europäisches Thema –
Forschung, Erinnerung und Musealisierung**

Veranstalter

Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Veranstaltungsort

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.03.2025 - 21.03.2025

Frist

15.11.2024

<https://www.gedenkstaette-stille-helden.de/>

Von

Uta Fröhlich, Gedenkstätte Stille Helden, Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Der Widerstand gegen die Judenverfolgung als europäisches Thema – Forschung,
Erinnerung und Musealisierung

Wir laden ein, sich mit einem Beitrag für unsere Tagung zum Widerstand gegen die Judenverfolgung zu bewerben. Die Tagung richtet sich an Institutionen und Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Ländern, die sich mit dem Phänomen des Widerstands gegen die Judenverfolgung befassen – sowohl aus der Perspektive von Jüdinnen und Juden, die sich der Verfolgung durch Flucht in andere Länder oder in den Untergrund entzogen, als auch durch die Betrachtung derjenigen, die ihnen dabei halfen. Die Veranstaltung wird vom 19. bis 21. März 2025 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand stattfinden.

**Der Widerstand gegen die Judenverfolgung als europäisches Thema – Forschung,
Erinnerung und Musealisierung**

Die Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand erinnert an Jüdinnen und Juden, die sich der nationalsozialistischen Verfolgung widersetzt, sowie an jene, die ihnen dabei geholfen haben. Das Beispiel der vielfach als „stille Helden“ bezeichneten Helfer*innen zeigt, dass es möglich war, Verfolgte zu unterstützen.

Überall in Europa versuchten Jüdinnen und Juden, sich der Deportation und der Ermordung zu entziehen. Gelingen konnte dies meist nur mit Hilfe von Menschen, die bereit waren, den Verfolgten zu helfen. Unter Gefährdung der eigenen Person beschafften die Helfer*innen Lebensmittel und falsche Papiere, leisteten Fluchthilfe, stellten Quartiere zur Verfügung oder versteckten die Verfolgten bei sich. Die Flucht in den Untergrund und die Hilfe für Verfolgte angesichts des Massenmords an den europäischen Jüdinnen und Juden war Teil des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Erst in den 1990er Jahren lenkte die breite Öffentlichkeit den Blick verstärkt auf die im deutschen Kontext auch „Stille Helden“ genannten Helfer*innen. Allerdings gab es bereits wesentlich früher Bestrebungen, deren mutiges Handeln öffentlich zu machen.

Seite B 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Auf Initiative überlebender Jüdinnen und Juden ehrt die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem seit 1963 nichtjüdische Helfer*innen als „Gerechte unter den Völkern“. Bis Januar 2022 erhielten rund 28.200 Menschen diese Ehrung für ihre Hilfsaktionen.

Neben verschiedenen Ehrungsinitiativen ist seit den 1980er Jahren eine Musealisierung des Themas zu beobachten. Mehrere Holocaust-Gedenkstätten und Widerstandsmuseen in verschiedenen Ländern befassen sich mittlerweile in ihren Dauerausstellungen mit dem Widerstand gegen die Judenverfolgung. Einige Ausstellungen sind explizit diesem Thema gewidmet wie etwa die Gedenkstätte Stille Helden in Berlin.

Ebenso wie auch die wissenschaftliche Forschung sich meist auf einzelne Länder bezieht, wählen auch die meisten Ausstellungen eine nationale Perspektive. Dies beginnt sich erst allmählich zu wandeln. In den letzten Jahren ist in der europäischen Museumslandschaft teilweise eine Europäisierung der Erinnerung an den Rettungswiderstand zu beobachten. Eine vergleichende europäische Forschung steht jedoch noch am Anfang.

Die Tagung soll dazu beitragen, Forschungslücken zu schließen und insbesondere vergleichende Forschung anzuregen. Forschungsdesiderate finden sich bereits bei den Vorbedingungen, so gibt es bisher kaum vergleichenden Studien etwa zu antijüdischen Maßnahmen in den verschiedenen Ländern. Insbesondere aber in Bezug auf den Widerstand gegen die Judenverfolgung fehlen bisher vergleichende Perspektiven.

Wir freuen uns insbesondere über Papers zu den folgenden Aspekten und Fragestellungen:

- Beiträge, die die Situation in verschiedenen Regionen und Ländern in den Blick nehmen, gerne auch in vergleichender Perspektive (z.B. Transeuropäische Fluchtrouten und Fluchthilfe, antijüdische Maßnahmen und Ahndung der Hilfen für Verfolgte in den verschiedenen Ländern, Fallgeschichten aus bisher wenig beachteten Regionen, Denunziation und jüdische „Greifer“ in verschiedenen Ländern)
- Beiträge zu bislang wenig beachteten Netzwerken, Gruppen, Widerstandshandlungen und Aspekten (z.B. öffentliche Proteste gegen antijüdische Maßnahmen, bewaffneter Widerstand von Jüdinnen und Juden, „Grauzonen“ der Hilfe wie etwa Ausbeutung von Verfolgten, Fälscherwerkstätten im besetzten Europa, die Situation von untergetauchten Kindern)
- Beiträge zur Rezeption des Themas (z.B. Nachkriegssituation von Helfenden und Verfolgten, Ehrungsinitiativen, Musealisierung des Themas, Nationalisierung vs. Europäisierung des Gedenkens, Überhöhung und Heroisierung der Helfenden, Instrumentalisierung des Themas für politische Zwecke)
- Beiträge, die sich mit dem Widerstand gegen die Judenverfolgung als Thema für die Bildungsarbeit befassen (z.B. besondere Herausforderungen und Angebote, Best-Practice-Beispiele)

Weitere Vorschläge sind willkommen.

Es wird darum gebeten, eine kurze Beschreibung des geplanten Beitrags (max. 3.000 Zeichen) sowie einen kurzen Lebenslauf bis zum 15. November 2024 einzusenden.

Seite B 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die Konferenz findet in Präsenz statt. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Für die Vortragenden können Reise- und Übernachtungskosten übernommen werden.

Einreichmodalitäten:

Bitte senden Sie die folgenden Unterlagen als PDF an Uta Fröhlich, froehlich@gdw-berlin.de:

Abstract (max. 3.000 Zeichen), Lebenslauf und Kontaktdaten

Kontakt

Uta Fröhlich, froehlich@gdw-berlin.de

<https://www.gedenkstaette-stille-helden.de/>

Zitation

Der Widerstand gegen die Judenverfolgung als europäisches Thema – Forschung, Erinnerung und Musealisierung., In: H-Soz-Kult, 22.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145872.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) The place of the Holocaust in German-Jewish history and memory

Veranstalter

Anna-Carolin Augustin, German Historical Institute Washington DC; Mark Roseman, Indiana University Bloomington; Miriam Rürup, Moses Mendelssohn Centre for European-Jewish Studies, Potsdam; Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts with additional support from the Berlin Gateway, Indiana University
10961 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.05.2025 - 20.05.2025

Frist

30.09.2024

Von

Katharina Tauschwitz, Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ)

Call for Papers

Eighth Junior Scholars Conference in Jewish History

“The place of the Holocaust in German-Jewish history and memory”

Berlin, May 18 – 20, 2025

Eighth Junior Scholars Conference in Jewish History “The place of the Holocaust in German-Jewish history and memory”

Conveners: Co-organized by Anna-Carolin Augustin (German Historical Institute Washington DC), Mark Roseman (Indiana University Bloomington), and Miriam Rürup (Moses Mendelssohn Centre for European-Jewish Studies, Potsdam), and the Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts with additional support from the Berlin Gateway, Indiana University

We invite proposals for papers to be presented at the Eighth Junior Scholars Conference in Jewish History to take place at the Berlin Gateway of Indiana University, May 2025. We seek proposals specifically from postdoctoral scholars, recent PhDs as well as those in the final stages of their dissertations.

The aim of the two-day workshop is to bring together a small transatlantic group of junior scholars to explore new research and questions in Jewish history. Via pre-circulated papers and brief presentations at the workshop itself, participants will offer insights in their respective individual research projects and at the same time engage in a broader discussion on sources, methodology, and theory in order to assess current and possible future trends in the modern history of Jews in Europe, the Americas, and beyond.

For some time, historians have sought to bring the history of German Jews out of the shadow of the Holocaust. Especially for the period before 1933, and particularly before 1914, scholars have been at pains to show that the history of German Jewry was not simply characterized by antisemitism, exclusion, and delusions of acceptance. And while the theme of studies on Jews in postwar Germany was for a long time a community “living with packed suitcases”, German reunification and the Jewish immigration waves of the 1990s have evoked new questions and themes to complement or supersede the concern with the aftershocks of the Holocaust.

So, what is the place now of National Socialism and the Holocaust in our current understanding of German Jewry? Does it remain the critical vanishing point for the history of German Jews before 1933? Questions that might be raised include:

- To what extent was pre-1933 German Jewish history destined for disaster? What kind of alternative histories and trends can be/ have been offered about the place and experience of Jewry in pre-Nazi German society?
- How far did Jewish responses to National Socialism and the Holocaust draw on Jewish practices and traditions that predated the catastrophe?
- How far is Jewish life in Germany, and are German Jewish diasporas elsewhere in the world, still shaped – in identity, aspirations, and memory by the experience of the Holocaust? How did the Nazi-Past influence the perception of Judaism/Jewish presence – e.g. the role of the Zentralrat der Juden in Postwar West-Germany, the preservation and or neglect of Jewish heritage sites in East and West Germany?
- How did this specific lens of looking at Jewish history through Holocaust history also shape and affect the historiography on Germany Jewry in the postwar period? How far did it determine what was visible in Jewish heritage and what remained invisible? And how did it influence public representations of Jewish history in Germany – in museums, memorials, or schools and teaching curricula?
- What role did Jewish perspectives and actors play in memorialization processes in the Post-Holocaust era? How distinctive is the relationship of Jewry in Germany, or of German-Jewish diasporas to the Holocaust compared with other elements of the postwar Jewish world?

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

We invite:

- historical research that raises questions about the place and significance of the Holocaust in the history of pre-1945 German Jewry broadly understood, and of Jewry in the postwar Germanies;
- historiographical research that explores the way in which history writing has juxtaposed (or not) the history of German Jewry, and the Holocaust;
- Memory studies tackling questions of trauma, commemoration, restitution, identity and more.

The workshop language will be English. The organizers will cover basic expenses for travel and accommodation.

Please submit short proposals (750 words max.) and a one-page CV by September 30, 2024 here: <https://app.smartsheet.eu/b/form/7b393eb999b147ae9342ec1ca9a18391>. Successful applicants will be notified by October 15.

Zitation

The place of the Holocaust in German-Jewish history and memory., In: H-Soz-Kult, 13.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145770.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) Maritime Globalgeschichte

PD Dr. Felix Schürmann & Prof. Dr. Jürgen G. Nagel; Gesellschaft für Globalgeschichte (Lehrgebiet „Geschichte Europas in der Welt“, Historisches Institut, FernUniversität in Hagen)

Ausrichter

Lehrgebiet „Geschichte Europas in der Welt“, Historisches Institut, FernUniversität in Hagen

Campus der FernUniversität in Hagen, Gebäude 2, Raum 1-3, Universitätsstraße 33

Gefördert durch Gesellschaft für Globalgeschichte

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

20.06.2025 - 22.06.2025

Frist

31.10.2024

<https://www.fernuni-hagen.de/geschichte/lg3/index.shtml>

Von

Karin Gockel

Historische Verbindungen zwischen den Kontinenten wurden für den längsten Teil der Geschichte auf dem Weg über die Meere hergestellt. Seit jeher stellen die Meere Transport und Austausch von Menschen und Waren ebenso sicher wie den Transfer von Wissen und

Ideen oder auch Tieren und Pflanzen. Sie sind Träger von Expansionen, Machtdemonstrationen und Konflikten aller Art. Und sie stellen den Anrainergesellschaften an Land vieles zur Verfügung, das als „Ressourcen“ kategorisiert, ausgebeutet und verwertet worden ist. Gleichzeitig sind Meere mehrfach erfahrbare Räume: als Basis von Verkehrswegen, als eigene soziale und sinnlich erfahrbare Welt oder auch als Sehnsuchtsort und mediales Konstrukt.

Maritime Globalgeschichte

Indem Meere ansonsten voneinander getrennte Räume verbinden, erzeugen sie neue Räumlichkeiten, die sich seit der Frühen Neuzeit eng mit den Dynamiken von Globalisierung und Deglobalisierung verbinden. Folgerichtig ist die maritime Geschichte eng mit der modernen Globalgeschichte verknüpft und erfreut sich im Zuge des aktuellen Aufschwungs der globalhistorischen Forschung selbst eines steigenden Interesses. Dennoch ist weiterhin eine starke Tendenz zu einem „Terrazentrismus“ zu beobachten. Das Postulat, dass Globalität aus Salzwasser erwachsen ist (Felipe Fernández-Armesto, 2004), hat noch nicht dazu geführt, dass der maritimen Perspektive in der Globalgeschichtsschreibung eine Leitfunktion zuerkannt wird. Zugleich werfen die meeresökologischen Krisen des Anthropozäns die Frage danach auf, ob es nicht auch einer planetaren Perspektive bedarf, um die existenziellen Bedrohungen für das Leben in den Meeren und in den gefährdeten Küsten- und Inselgesellschaften historisch einzuordnen.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die Jahrestagung 2025 der Gesellschaft für Globalgeschichte an der FernUniversität in Hagen der maritimen Globalgeschichte. In einem breiten historischen wie interdisziplinären Rahmen sollen unterschiedliche Aspekte dieses Forschungsfelds ausgeleuchtet und diskutiert werden. Ziele sind ein Austausch der mitunter recht disparaten Forschungszusammenhänge, neue Verknüpfungen bestehender Forschungen mit einer maritimen Perspektive wie auch die Debatte zwischen verschiedenen Fachkulturen und das Entwickeln neuer Ideen aus einer maritimen Perspektive. In diesem Sinne sind Beiträge zu folgenden Themenschwerpunkten willkommen:

Konzepte und Theorien

Welchen Platz haben maritime Räume und Beziehungen in den großen historischen Theorien und Meta-Narrativen? Welche innovativen Zugänge zur maritimen Geschichte bieten sich an beziehungsweise lassen sich aus der maritimen Geschichte für die Globalgeschichte ableiten? Welche Perspektiven interdisziplinärer Forschung eröffnen sich?

Maritime Geschichte als Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte

Welche interkulturellen Beziehungen sind primär aus der verbindenden Funktion maritimer Räume hervorgegangen? Wie entstanden und wandelten sich spezifisch maritime Kultur- oder Gesellschaftsformen wie Küsten- und Inselgesellschaften? Welche spezifisch maritimen Verflechtungsstrukturen bildeten sich heraus? Welche Beziehungen zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren haben sich in marinen Räumen konstituiert? Wie haben Akteure in ihrem wechselseitigen Mit- und Gegeneinander historische Veränderungen auf und in den Meeren hervorgebracht? Inwieweit haben die Meere selbst als Akteure Geschichte mit ausgeformt?

Leben mit und auf dem Meer

Welche spezifischen Strukturen bildeten litorale Gesellschaften aus? Welche grenzüberschreitenden Orientierungen wiesen diese auf? Auf welche Weise prägten maritime Verflechtungen soziokulturelle, ökonomische oder auch politische Entwicklungen auf dem Land? Unter welchen Bedingungen entwickelten sich soziale Zusammenhänge auf dem Wasser? In welchen Beziehungen standen maritime Formen des Zusammenlebens einschließlich ihrer spezifischen Geschlechterkulturen mit

Gesellschaften auf dem Land? Welche Bedeutung hatten maritime Berufsgruppen für gesellschaftsbildende Prozesse?

Wissen um Meere und Konstruktionen des Maritimen

Auf welchen Wegen wurde Wissen über die Meere generiert, legitimiert, autorisiert und kommuniziert? In welchen Interessenszusammenhängen wurde solches Wissen verwendet? Welche Formen der Transkulturation von Wissen bildeten sich aus? In welchen Medien waren die Meere in Gesellschaften auf dem Festland präsent? Welchen Einflüssen unterlagen mediale Konstruktionen und Repräsentation von Meeren? Welche Emotionen und Sehnsüchte verbanden Menschen mit dem Meer oder der Küste?

Geschichte in Zeiten bedrohter Meeresökosysteme

Wie kann, wie sollte die Geschichtsforschung auf die gegenwärtige Notlage der Meere (Erwärmung, Artensterben, Überfischung, Verschmutzung, Versauerung) reagieren? Wie verändert die zunehmende Aufmerksamkeit für die Bedingungen des Lebens und seines Erhalts auf dem Planeten klassische Perspektiven, Zugänge und Schwerpunktsetzungen der Globalgeschichte und der maritimen Geschichte?

Die Meere zwischen globaler und planetarer Geschichte

Verlangen der Klimawandel und das Anthropozän eine Abkehr von globalen und eine Hinwendung zu planetaren Perspektiven auf die maritime Geschichte? Kann eine solche planetare Geschichte allein in erdgeschichtlichen Epochenkategorien oder auch in kürzeren Zeitrahmen operieren? Was folgt aus der Auffassung von Menschen als geologisch veränderungsmächtigen Akteuren für die maritime Geschichte?

Die Veranstalter freuen sich über Beiträge im Umfang von ca. 30 Minuten zu den genannten Themenbereichen. Entsprechende Vorschläge werden bis zum 31. Oktober 2024 in Verbindung mit einem Abstract von ca. 300 Wörtern und einem Kurz-CV unter u. g. Kontaktadresse erbeten. Eine Mitteilung über die Annahme der Vorschläge wird bis zum 15. Dezember 2024 ergehen.

Kontakt

Karin Gockel, Lehrgebietsassistentin
Mail to maritimes@fernuni-hagen.de
Tel.: 02331/987-2122

<https://www.fernuni-hagen.de/geschichte/lq3/index.shtml>

Zitation

Maritime Globalgeschichte., In: H-Soz-Kult, 12.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145779.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

30) (Un)sichtbare Biografien - Afrikanische Leben in Osteuropa

Call for Papers – "(Un)sichtbare Biografien - Afrikanische Leben in Osteuropa" – 08. Juli 2025, Panel an den 7. Schweizerischen Geschichtstagen, Luzern (08.-11. Juli 2025)

7. Schweizerische Geschichtstage / 7es Journées suisse d'histoire
6000 Luzern

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis
08.07.2025 -
Frist
30.09.2024

https://express.converia.de/frontend/index.php?page_id=40245&v=List&do=15&day=5030&ses=31778#anker_session_31778

Von

Valeria Vollmer, Historisches Seminar, Universität Zürich - Derya Bozat, Historisches Institut, Universität Bern

Im Rahmen der 7. Schweizerischen Geschichtstage zum Thema «(Un)sichtbarkeit» – widmet sich das Panel Biografien von in Osteuropa sozialisierten Afrikaner des 19. und 20. Jahrhunderts. Dabei werden unter anderem die Viten von in der Schwarzmeerregion lebenden Zuaven aus den 1850er-Jahren und diejenigen von nigerianischen Studierenden in der Sowjetunion (1960-1991) diskutiert.

Call for Papers – "(Un)sichtbare Biografien - Afrikanische Leben in Osteuropa" – 08. Juli 2025, Panel an den 7. Schweizerischen Geschichtstagen, Luzern (08.-11. Juli 2025)

Während des Krimkrieges (1853-1856) warb die französische Armee Mitglieder des algerischen Berber-Gebirgsstamms Zuaoua an, die sich nach ihrem Söldnerdienst 1856 teilweise in Osteuropa nieder liessen. In der Sowjetunion studierten während des Kalten Krieges über 40 000 junge Frauen und Männer aus Afrika.

Anhand von Bildern und Fotografien aus Privataarchiven, Zeitungsartikeln, Memoiren und im Falle der nigerianischen Studierenden Oral History Interviews, werden die Menschen hinter den Zahlen in dem Panel ans Licht gebracht bzw. sichtbar gemacht. Die Auseinandersetzung mit den Biografien soll neue Aufschlüsse über die vielfältigen Begegnungen und Verflechtungen zwischen Afrika und Osteuropa der vergangenen zwei Jahrhunderte hervorbringen.

Für das am 08. Juli 2025 stattfindende Panel sind drei Präsentationen à 15 Minuten (jeweils gefolgt von einer 5-minütigen Plenardiskussion) vorgesehen. Zwei Beiträge sind bereits festgelegt, das dritte Referat wird anlässlich des Call for Papers der Schweizerischen Geschichtstage ausgeschrieben. Interessierte, die einen Beitrag zur afrikanisch-osteuropäischen Verflechtungsgeschichte präsentieren möchten, werden gebeten ihren Vorschlag für ein Referat den Panel-Verantwortlichen bis zum 30. September 2024 zukommen zulassen.

Seite B 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Eine ausführlichere Panelbeschreibung kann dem Programm der 7. Schweizerischen Geschichtstagen

https://express.converia.de/frontend/index.php?page_id=40245&v=List&do=15&day=5030&ses=31778#anker_session_31778er_session_31778 entnommen werden.

Kontakt

Derya Bozat (Universität Bern) – derya.bozat@unibe.ch

Valeria Vollmer (Universität Zürich) – valeriacarmen.vollmer@uzh.ch

https://express.converia.de/frontend/index.php?page_id=40245&v=List&do=15&day=5030&ses=31778#anker_session_31778

Zitation

(Un)sichtbare Biografien - Afrikanische Leben in Osteuropa., In: H-Soz-Kult, 12.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145759.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) Mobilität und Region

"Geschichte und Region/Storia e regione"; Zentrum für Regionalgeschichte
39100 Bozen

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

11.09.2025 - 13.09.2025

Frist

15.11.2024

<https://storiaeregione.eu/de/news-veranstaltungen/lesen/cfp-colloqui-bolzanini-di-toria-regionale-2025>

Von

Michaela Oberhuber

Die Arbeitsgruppe „Geschichte und Region/Storia e regione“ und das Zentrum für Regionalgeschichte Brixen richten vom 11. bis 13. September 2025 zum vierten Mal die „Bozner Gespräche zur Regionalgeschichte“ aus.

Mobilität und Region

Die Veranstaltung bietet jungen Historiker:innen, die sich mit Regionalgeschichte beschäftigen (Diplomand:innen, Doktorand:innen oder Post-docs, deren Doktorat vorzugsweise nicht länger als fünf Jahre zurückliegt), eine Diskussionsplattform mit Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten: Laufende oder kürzlich abgeschlossene

Seite B 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Forschungsprojekte (Diplomarbeiten, Dissertationen, Post-doc-Projekte oder andere Forschungsarbeiten) können präsentiert und zur Diskussion gestellt werden.

Die Tagung steht ausdrücklich allen Epochen und geografischen Räumen der Regionalgeschichte offen. Dabei wird „Region“ nicht als politisch oder administrativ vorgegebenes Territorium aufgefasst, sondern als offene räumliche Analysekategorie gedacht, die sich jeweils aus der Ausrichtung des Themas und/oder des Forschungszugangs ergibt.

2025 widmen sich die „Bozner Gespräche zur Regionalgeschichte“ der Geschichte der Mobilität und fokussieren auf Formen der Mobilität im Raum in einem weitreichenden Sinn: Die historischen Verbindungslinien zwischen Mobilität und Region berühren unterschiedliche Forschungsfelder und können in verschiedene Richtungen ausgelotet werden. Die methodische Kombination mit regional-historischen Ansätzen eröffnet vielversprechende Herangehensweisen an historische Fragestellungen zur Mobilität, wie auch umgekehrt die Geschichte der Mobilität wertvolle Anstöße liefert, um Vorstellungen und Konzepte von Region kritisch zu überdenken und neu zu definieren.

Die Vorschläge für die „Bozner Gespräche zur Regionalgeschichte 2025“ sollen für die Präsentation der Forschungsprojekte Perspektiven berücksichtigen, in denen mobilitätsgeschichtliche Fragestellungen auf den regionalen Raum angewandt werden, und sich dabei auf einen oder mehreren der folgenden Themenbereiche konzentrieren:

1. Migrationsbewegungen: Der Zusammenhang zwischen Mobilität und Region kann über Phänomene der Migration ausgelotet werden, wobei beide Blickrichtungen aufschlussreich sein können: Emigrationen aus der Region (wobei beobachtet werden kann, ob und wie sich regionale Gruppen von Emigrierenden formieren, in welches Verhältnis zu den Orten der Immigration bzw. Emigration sie sich setzen, welche narrativen, bildlichen Darstellungen und Stereotypisierungen sich herausbildeten etc.); Immigrationen in die Region und die damit zusammenhängenden Veränderungen kultureller, politischer, sozialer, ökonomischer Natur in der Region – wie auch entsprechende Auswirkungen der saisonalen Migration oder der Rückkehr von emigrierten Personen (z. B. Einführung von technischer, agrarwirtschaftlicher oder handwerklicher Innovation, von neuem Wissen, kulturellen Praktiken, ökonomischen Ressourcen, politischen Ideen oder religiösen Glaubensrichtungen etc.)

2. Mobilität und Arbeit: Eine zentrale Rolle für das Verhältnis von Mobilität und Region spielt auch die Arbeitsmobilität von Erwachsenen wie von Kindern. Ins Blickfeld geraten dabei etwa große und kleinere Händler:innen, Wanderhandwerker:innen, Saisonsarbeiter:innen, wandernde Gesellen, Dienstboten/Dienstbotinnen, Soldaten, Straßenkünstler:innen etc., die bisweilen auch mit Vagabundentum oder Bettelei in Verbindung gebracht wurden. Untersucht werden kann beispielsweise, wie diese verschiedenen mobilen Personengruppen von der in der Region ansässigen Bevölkerung oder von den regionalen Behörden wahrgenommen wurden (und umgekehrt); mit welchen Maßnahmen versucht wurde, derartige Phänomene der Mobilität zu fördern, zu regulieren oder zu unterbinden; in welches Verhältnis „sesshafte“ und „mobile“ Personen zueinander gesetzt wurden (wenngleich es sich dabei durchaus nicht um klar abzutrennende Kategorien handelte, sondern die Übergänge fließend waren); auf welche Art und Weise die Bewegungen dieser Personen einen regionalen Raum formten oder gar neue Regionen der Mobilität schaffen konnten (die sich nicht unbedingt mit den verwaltungspolitischen Regionen decken mussten und bisweilen auch staatliche Grenzen überwandten); oder inwiefern sich Korrelationen zwischen der saisonalen Mobilität und den Zyklen von Landwirtschaft, Märkten, Messen oder Feierlichkeiten fassen lassen können.

3. Mobilität der Tiere: Auch die Mobilität von Tieren kann in Zusammenhang mit Fragen zur Region gesetzt werden: Dafür können verschiedenen Formen untersucht werden wie etwa Almwirtschaft, intra- und interregionale Transhumanz, Viehhandel, -messen und -märkte, die Mobilität der Hirt:innen sowie ihr Verhältnis zu den Bewohner:innen der Orte, die sie durchqueren etc. Weitere Aspekte betreffen die ökologischen Auswirkungen der bewegten Biomasse sowie die Transit- und Weiderechte, die Verzollung und die damit verbundenen Interessen und Konflikte.

4. Mobilität in religiösem, diplomatischem, kulturellem, touristischem Kontext: Dieser weitreichende Themenkomplex umfasst verschiedene Formen der Mobilität und ihre jeweiligen kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region: Pilgerfahrten (von Einzelnen oder Gemeinschaften, innerhalb einer Region oder solche durchquerend); die Reisen von Botschaftern und Gesandten; Kultur- oder Vergnügungsreisen (wie Urlaub, Sommerfrische, Grand Tour); Studien- und Bildungsaufenthalte (etwa von Studierenden, Schüler:innen, Erzieher:innen, Lehrpersonen).

5. Materielle Infrastrukturen: Die Errichtung, Erhaltung, Entwicklung oder eben auch das Auflassen von Straßen, Eisenbahnen, Brücken, Häfen, Tunneln etc. ebenso wie von Beherbergungsstrukturen für Reisende haben bedeutenden Einfluss auf das Verhältnis zwischen Mobilität und Region: Diese materiellen Infrastrukturen können den regionalen Raum formen und verändern, indem sie etwa die Erreichbarkeit einer Region fördern oder, im Gegenteil, eine Region isolieren; sie beeinflussen somit auch die Wahrnehmung, die Reisende von der Region haben.

6. Immaterielle Infrastrukturen und Berufe im Transportwesen: Eng mit den materiellen Infrastrukturen im Zusammenhang stehen Fragen rund um institutionelle Organisationsstrukturen, Beziehungsnetzwerke, technische Fähigkeiten, auf die die intra- und transregionale Mobilität von Waren, Personen, Tieren und Wissen angewiesen ist; ebenso von Relevanz ist das in das Transportwesen eingebundene Humankapital (z. B. Flößer, Bootsführer, Fuhrleute, Matrosen, Träger:innen, (Post)-Boten/Botinnen etc.) und deren Zusammenschluss in Genossenschaften. In diesen Bereich fallen auch Aspekte zu Monopolen, Ausschreibungen und Konkurrenzverhältnissen sowie zu Streckenverläufen und Fahrzeiten wie auch die von den verschiedenen Institutionen erlassenen Normen und Maßnahmen in Bezug auf die obengenannten Tätigkeiten.

7. Grenzen und Mobilität: Dieses Wortpaar spricht zum einen die Mobilität an den regionalen Grenzen, zum anderen die Mobilität in Grenzregionen an (Grenzüberschreitungen, Modalitäten zur Identifizierung von Personen, Netzwerke, Institutionen und Grenzwachpersonal, „Grenz-Akteur:innen“, deren Alltag und Lebensunterhalt mit dem legalen oder illegalen Grenzübergang in Zusammenhang standen etc.)

8. Mobilität und materielle Kultur: Das Verhältnis zwischen Mobilität und materieller Kultur zeigt sich zum einen in der Mobilität von in die Region importierten und aus der Region exportierten Objekten etwa im Rahmen von Handelstätigkeit (von Luxusgegenständen bis hin zu Alltagsgegenständen) oder zu wissenschaftlichen Zwecken (Forschungsobjekte, wissenschaftliche Sammlungen etc.) wie auch von Objekten, die im Besitz von Reisenden von einem Ort zum anderen gebracht werden; ebenso Interesse verdienen die materiellen Aspekte der Transportmittel selbst (etwa von Fuhrwagen, Schlitten, Kutsche, Boot, Floß, Eisenbahn, Fahrzeuge etc.). Zum anderen können auch die Auswirkungen der Mobilität von Personen auf die materielle Kultur (beispielsweise neue Modeerscheinungen, die durch Reisende oder Migrant:innen in die Region kamen) untersucht werden.

Seite B 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

9. Mobilität und Gesundheit: Dieser Themenkomplex bezieht sich sowohl auf die (globale) Verbreitung von Krankheiten durch die Mobilität von Menschen und Tieren als auch auf die Mobilität im Rahmen einer Suche nach Heilung (von der Wallfahrt bis zur Kur) sowie im Kontext von mobilen Heiler:innen.

Diese hier getrennt aufgelisteten Themenkomplexe dienen als heuristische Einstiegsmöglichkeiten in das Tagungsthema, in konkreten empirischen Studien können sich die Ebenen durchaus als überlappend oder miteinander verflochten erweisen. Die Beitragsvorschläge müssen sich daher nicht strikt für nur einen dieser Zugänge entscheiden, sondern können auch an Schnittmengen ansetzen oder aber darüberhinausgehende Fragestellungen zum Verhältnis von Mobilität und regionalen Raum miteinbeziehen.

Wir weisen darauf hin, dass den Beitragsvorschlägen keine Vorgaben hinsichtlich des Themas, geografischen Raumes oder Untersuchungszeitraums gestellt werden: Grundlegend ist eine Betrachtung, in der Aspekte der Mobilitätsgeschichte mit den methodischen Zugängen der Regionalgeschichte kombiniert werden.

Die Tagungssprachen sind Deutsch und Italienisch (Simultanübersetzung wird angeboten vom Italienischem ins Deutsche und umgekehrt); im Falle, dass die Beitragenden weder der einen noch der anderen Sprache mächtig sind, gibt es auch die Möglichkeit in englischer Sprache vorzutragen (ohne Simultanübersetzung). Übernachtungs- und Verpflegungskosten der Referent:innen werden von den organisierenden Institutionen übernommen. Reisespesen können bis zu maximal 200,00 € rückvergütet werden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass einige Beiträge in der Zeitschrift „Geschichte und Region/Storia e regione“ veröffentlicht werden.

Interessierte können bis spätestens 15. November 2024 ihren Beitragsvorschlag (300 Wörter) gemeinsam mit einem kurzen CV per Mail an folgende Adresse richten: info@geschichteundregion.eu

Wissenschaftlicher Beirat:
CHRISTOF AICHNER, Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Universität Innsbruck; STEFANO BARBACETTO, Geschichte und Region/Storia e regione; ANDREA BONOLDI, Dipartimento di Economia e Management, Università di Trento; FRANCESCA BRUNET, Zentrum für Regionalgeschichte, Brixen; WALTER LANDI, Südtiroler Landesarchiv; MARGARETH LANZINGER, Universität Wien; MICHAELA OBERHUBER, Geschichte und Region/Storia e regione; MICHAEL SPAN, Salzburger Freilichtmuseum; SANDRA TOFFOLO, Italienisch-Deutsches Historisches Institut – Fondazione Bruno Kessler, Trient.

Kontakt

info@geschichteundregion.eu

<https://storiaeregione.eu/de/news-veranstaltungen/lesen/cfp-colloqui-bolzanini-di-toria-regionale-2025>

Zitation

Mobilität und Region., In: H-Soz-Kult, 22.08.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-145974.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Kurbäder als Spiegel der Gesellschaft in der Neuzeit

Organisatoren

Elisabeth Rosner / Jacqueline Schindler, NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten; Ulrike Scholda / Ulrike Fritsch, Stadtarchiv Baden; Martin Scheutz, Universität Wien (NÖ Landesarchiv – NÖ Institut für Landeskunde; in Kooperation mit der Stadt Baden; Institut für Österreichische Geschichtsforschung)

Ausrichter

NÖ Landesarchiv – NÖ Institut für Landeskunde; in Kooperation mit der Stadt Baden; Institut für Österreichische Geschichtsforschung

Veranstaltungsort

Theater am Steg
2500 Baden bei Wien

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

01.07.2024 - 03.07.2024

Von

Bernadette Abrahamek, Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Universität Wien

Kurbäder gelten spätestens seit dem 18. und 19. Jahrhundert als wichtige gesellschaftliche Treffpunkte, deren Bade- und Trinkeinrichtungen bis in die heutige Zeit die Erinnerungskultur einschlägiger Städte und Orte prägen. Eine dieser Städte ist Baden bei Wien, die mit ihren Schwefelquellen seit 2021 als einzige österreichische Stadt Teil des UNESCO Welterbes „Great Spa Towns of Europe“ ist und damit einen idealen Ort für das 42. Symposium des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde bot. In Kooperation mit dem Stadtarchiv Baden und dem Institut für Österreichische Geschichtsforschung wurde ein vielschichtiges, interdisziplinäres Forschungsthema aufgegriffen, das sich dem Thema durch soziokulturelle, ökonomische und medizinhistorische Fragestellungen näherte.

Die erste Sektion führte grundlegend in das Thema „Kurorte“ ein. Mit dem Versuch einer Periodisierung skizzierte MARTIN SCHEUTZ (Wien) zu Beginn der Tagung die Entwicklung von Kurorten (Bade- / Trinkkurorte) im österreichischen Raum als Orte der Vergesellschaftung. Dem Glanz des 18. und 19. Jahrhunderts stand oft der „biedere“ Krankenkassa-Kurbetrieb der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegenüber. Frühneuzeitlich erweisen sich die Bäder als überständische Orte, wie das Beispiel des Badegerichtes und seines Strafregimes verdeutlicht. Grundsätzlich müssten Forschungen zu Kurorten stärker komparatistisch angelegt sein.

Komparatistisch mit der Vorstellung einiger exemplarisch ausgewählter Kurbäder begann die zweite Sektion. JAROMÍR BARTOŠ (Marienbad/Mariánské Lázně) beleuchtete die Bäder Teplitz, Karlsbad, Franzensbad und Marienbad – auch als „Westböhmisches Bäderdreieck“ bezeichnet. Anhand der prominenten Beispiele Ludwig van Beethovens und Wolfgang Goethes als namhafte Gäste in diesen vier Orten hob er insbesondere die Bedeutung von Kurbädern als internationale Netzwerkressource für wichtige Persönlichkeiten aus Adel, Bürgertum und Gelehrtenwelt hervor.

Seite B 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Nicht nur der schöne Schein der Kurorte, sondern auch die Armut im Kurbad beleuchtete ULRIKE FRITSCH (Baden) in ihrem Vortrag, der die Geschichte zweier ehemaliger „Armen“-Bäder – des Johannesbads und Ferdinandsbads – beleuchtete. Gerade die Armut, aber auch die jüdischen Kurgäste sind bislang von der Forschung wenig beachtet geblieben. Andererseits unterstrich Fritsch anhand einer Überblicksdarstellung die Bedeutung der vielen überlieferten und bisher kaum bearbeiteten Quellen im hiesigen Stadtarchiv (Kurlisten, Baupläne, Reiseführer), welche für die zukünftige Erforschung des Kurwesens unabdingbar sind.

Den letzten Vortrag dieser Sektion und damit des ersten Tages hielt ELKE HAMMER-LUZA (Graz), die sich mit dem Verhältnis der ärmeren Bevölkerungsschicht zu Kurbädern anhand des Beispiels des kleinen Tobelbads in der Steiermark auseinandersetzte. Die Integration der Armut in die überständische Kurgesellschaft und die wirtschaftliche Rentabilität von Armenbädern erwiesen sich als Probleme in diesem steirischen Bad nahe von Graz. Im Fokus ihres Beitrages standen Fragen nach der Integrierung solcher Gruppen in den Kurbetrieb oder der Rentabilität der Armenbäder in langfristiger wirtschaftlicher Sicht.

Zum Abschluss des Tages wurde ein Rahmenprogramm angeboten, bei dem die Teilnehmer zwischen einer Stadt- oder einer Museumsführung durch das Beethovenhaus und durch die aktuelle Sonderausstellung *Aufbaden–Abbaden. Kurkultur in Baden „frisch befüllt!“* im Kaiserhaus – dem Sitz der kaiserlichen Familie unter Franz II. / I. – wählen konnten.

Der zweite Tag des Symposions stand ganz im Zeichen des eigentlichen Kurbetriebs aus wirtschafts-, medizin- und kulturhistorischer Perspektive. Auch die Einflechtung von Methoden der Digital Humanities kam nicht zu kurz. Letzteres demonstrierte ANDREA PÜHRINGER (Grünberg) mit dem ersten Beitrag des Tages über die digitalisierten Kur- und Fremdenlisten aus dem Kurort Bad Homburg, die im Rahmen eines Projektes in Kooperation des Stadtarchivs Bad Homburg und des Hessischen Landesamts für geschichtliche Landeskunde in Marburg in Form einer Datenbank erfasst wurden. Mit ihrer quantitativen und qualitativen Untersuchung der Kur- und Fremdenlisten bot die Referentin einen methodischen Ansatz, der für die zukünftige Forschung zum Alltag von Kurbetrieben einen maßgeblichen Beitrag leisten soll.

Daran anknüpfend stellte BURAK DEMIRCI (Wien) sein eigenes Modell zur effizienteren Erfassung von Daten aus den „Badener Kurlisten“ der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor, das er mittels der Tools „Transkribus“ und ChatGPT konzipiert hatte. Mit der Präsentation seines Modells betonte er aufgrund der Vielzahl von Angaben (Familien, Wohnort, Herkunft etc.) – ähnlich wie Pühringer – das Potential von Kurlisten. Demirci plädierte für eine einheitliche Methodik aus dem Feld der Digital Humanities, die es in Zukunft ermöglichen soll, europäische Kurstädte und -orte in größerem Ausmaß einfacher miteinander vergleichen zu können.

Auch Badeordnungen und Rechnungen können Auskunft über den Kuralltag in der Frühen Neuzeit geben, wie es NIKOLAUS WAGNER (St. Pölten) anhand des Entwurfes einer Badeordnung für das Herzogbad unter Graf Joseph Leopold von Lamberg (1679/80–1716) aus dem Jahr 1680 demonstrierte. Das Quellenstück basiert intertextuell auf älteren Badeordnungen, von denen einzelne Passagen in den Entwurf übernommen und anschließend von Wagner mittels einer komparativen Methodik analysiert wurden. So konnte er vielfältige Aspekte der Organisation und Beschaffenheit eines frühneuzeitlichen Bades als adeligen Besitz herausarbeiten.

Im Anschluss an die exemplarischen Untersuchungen bestimmter Quellengruppen von Kurbädern aus alltags-, wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Perspektive widmete sich DANIELA ANGETTER-PFEIFFER (Wien) acht wenig bekannten, aber für die Geschichte der österreichischen Kuranstalten und Heilverfahren prägenden Persönlichkeiten. Die Vortragende konnte anhand der Aufzählung bedeutender Praktiken und Ansichten über die Wirkung von Kurbädern zeigen, dass neben einflussreichen Personen im medizinisch-therapeutischen Bereich – wie Wilhelm Winternitz – noch weitere in der Forschung kaum beachtete Vertreter existierten, die für das medizinische Wirken von Kurbädern entscheidende Impulse lieferten.

Der letzte Vortrag vor der Mittagspause von ULRIKE SCHOLDA (Baden) befasste sich mit den Gründen der Einführung einer Kurtaxe für Gäste in Baden im 19. Jahrhundert und deren Auswirkung auf die Stadt (Stadtplanung, Assanierung der Stadt etc.). Mithilfe von unterschiedlichem Quellenmaterial wie zeitgenössischen Zeitungsartikeln oder Gebührenordnungen stellte die Referentin fest, dass die Einnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Stadtentwicklung Badens leisteten, was zu einer Steigerung der Lebensqualität sowohl für die Kurgäste als auch für die Einwohner führte.

Einblicke in die historische Bäderarchitektur vom 18. Jahrhundert bis in die 1920er-Jahre gewährte der Vortrag von SABINE PLAKOLM-FORSTHUBER (Wien). Im Rahmen ihres Beitrags skizzierte sie anhand von mehreren Beispielen – vor allem der beiden Kurorte Baden und Bad Vöslau – die Entwicklung der Frei- und Hallenbäder des 19. und 20. Jahrhunderts aus den ursprünglich medizinisch-therapeutischen Badeanstalten durch das aufkommende Freizeitbedürfnis aller Gesellschaften. Plakolm-Forsthuber verwies dabei aus architekturgeschichtlicher Perspektive auf die unterschiedlichen Funktionen der zwei Bäderarten, betonte aber auch die Gemeinsamkeiten aufgrund der baulichen Struktur.

MARION LINHARDT (Bayreuth) hob mit ihrem Beitrag zur Theaterpraxis in Kurbädern einen wichtigen kulturellen Aspekt des Kurwesens hervor. Im Rahmen ihrer vorgestellten komparativen Analyse von mehreren Kurorten konnte sie zwei zentrale Gesichtspunkte bezüglich des Verhältnisses zwischen Kurort und Theater feststellen: Einerseits war das Theaterspielen in therapeutischer Hinsicht ein „Medium des Vergnügens“, andererseits betonte die Vortragende, dass das Theater – je nach soziokulturellen Gegebenheiten des Kurortes – auch identitätsstiftend für die jeweilige Stadt sein konnte.

Wo zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch Bademanuale von Ärzten als Orientierungshilfe mit Ratgeberfunktion dominierten, entwickelten sich aus dieser Textsorte im Laufe des Jahrhunderts Reiseführer, die ihren Schwerpunkt entweder auf Medizin oder auf Freizeit, „Kultur“ und Unterhaltung legten. Auch in den lokalen Führern der Kurstädte Baden und Ischl machte sich diese Veränderung bemerkbar, wie HARALD TERSCH (Wien) im Zuge seines Vortrags demonstrierte. Er konnte in diesem Zusammenhang zeigen, dass der Grad an medizinischen und kommerziellen Informationen in solchen Reiseführern stark von den Publikationsmöglichkeiten und der Rezeption durch die Residenzstadt Wien als Metropole der Monarchie abhängig war.

Mit der Frage, welche Möglichkeit das Phänomen Kur in Filmen bietet, befasste sich HANJA DÄMON (Wien). Anhand von einzelnen Filmbeispielen aus unterschiedlichen Genres konnte sie veranschaulichen, dass Filme sowohl negativ als auch positiv konnotierte gesellschaftliche Ansichten über Kuraufenthalte widerspiegeln und daher umfassender in der historischen Filmforschung beachtet werden sollten, die ihrer Einschätzung nach bislang nur der Hotellerie und den Psychiatrien vorbehalten waren.

Seite B 82 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Das Abendprogramm eröffnete HANS HORNYIK (Baden) mit einem Impulsreferat anlässlich der Ernennung Badens 2021 zu einer der „Great Spa Towns of Europe“. Die Stadt schlage nach Hornyik aufgrund der Vielzahl an Quellen zum Kurwesen ein neues Kapitel in ihrer Geschichte auf, das von der zukünftigen Geschichtsforschung durch Einbau interdisziplinärer Felder in seiner Vollständigkeit aufgedeckt werden soll. Den daran anknüpfenden Abschluss des zweiten Tages bildete der Abendvortrag von VOLKMAR EIDLOTH (Bad Steben), der über seinen speziell für die Tagung durchgeführten Versuch, den im Laufe des 19. Jahrhunderts stark anwachsenden Heilbäderbestand in Mitteleuropa in seiner Gesamtheit zu erfassen, berichtete. Bei seiner Auswertung konnte Eidloth insgesamt 500 Kurorte feststellen, von denen er jedoch nur exemplarisch einige nach ihrer Erscheinungsform, ihrem Alter und der räumlichen Verteilung sowie nach dem Aspekt der Konkurrenz und Synergie erläuterte. Abschließend plädierte der Vortragende mit Verweis auf das Impulsreferat von Hornyik, Kurorte nicht als Einzelphänomen zu betrachten, sondern sich mittels eines komparatistischen Ansatzes auf den Gesamtbestand zu fokussieren, denn Welterbe sei „exklusiv, nicht inklusiv zu denken“.

Der letzte Tag des Symposions widmete sich den unterschiedlichen Gruppen von Kurgästen. Eröffnet wurde mit dem Beitrag von WILLIBALD ROSNER (Wien), der einen Einblick in den Kurgebrauch der k.(u.)k. Armee von den Anfängen des militärischen Kurwesens im Vormärz bis hin zur Praxis des staatlichen Kurbetriebes in eigenen Badeanstalten ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lieferte. Gerade das Militär (Gemeine beziehungsweise Offiziere) in den Kurorten und deren starke Repräsentation in den Kurstädten haben in der Forschung bislang wenig Rezeption gefunden.

Mit der (provokanten) Frage, ob Juden baden dürften, begann ELISABETH ROSNER (St. Pölten) ihren Vortrag. In ihrer Auseinandersetzung mit der Nutzung von Kurbädern in Baden durch Jüdinnen und Juden im 18. Jahrhundert konnte sie zeigen, dass Letztere trotz immer wiederkehrender Verbote letztendlich Wege fanden, sich Zutritt zu verschiedensten Bädern zu verschaffen. Dies ist im weiteren Sinne laut der Referentin als „Fortschritt“ zu deuten, da die jüdische Geschichte kontinuierlich von Ausgrenzung und Antisemitismus geprägt war.

Der letzte Beitrag des Symposions widmete sich städteplanerischen Aspekten der Stadt Baden während des Nationalsozialismus. DOMINIK ZGIERSKI (Baden) erläuterte im Rahmen seines Vortrags sieben Beispiele, die sich aus wirtschaftlicher, soziokultureller und ökonomischer Perspektive auf die geplante Veränderung der Stadt als „Deutschlands größtes Schwefelbad“ bezogen, aber aufgrund der Folgen des Krieges nie bis kaum umgesetzt wurden.

In der Schlussrunde bezeichnete MARTIN SCHEUTZ (Wien) zusammenfassend das Kurwesen als einen vielschichtigen Forschungsgegenstand, dem durch das diesjährige Symposium ein geeigneter Raum zu weiteren Untersuchungen geboten wurde. Die Forschung habe nun die Aufgabe, die während der Tagung aufgegriffenen Lücken zu füllen, um schließlich ein „Gesamtbild eines Phänomens“ zu erhalten. Diesen abschließenden Worten ist nur beizupflichten, da im Rahmen der Tagung tatsächlich einem neuen Forschungsfeld ein Platz in der Geschichtswissenschaft eingeräumt wurde, das interdisziplinär ist und aufgrund der Vielzahl an noch unerforschten Quellen sowie des Potentials der gezeigten komparativen transregionalen Methodik in Zukunft fruchtbare Erkenntnisse mit sich bringen wird.

Konferenzübersicht:

Sektion I: Das Phänomen Kurort

Martin Scheutz (Wien): Badeorte als Orte der Vergesellschaftung, der technischen Innovation und einer idyllischen Badepraxis

Sektion II: Bäder im Vergleich

Jaromír Bartoš (Marienbad/Mariánské Lázně): Das Westböhmisches Bäderdreieck – ein Treffpunkt an der Grenze der Kulturen

Ulrike Fritsch (Baden): Vom Armenbad zum Theater am Steg. Ein Badener Schwefelbad im Wandel der Zeit

Elke Hammer-Luza (Graz): „Mit armen Kurgästen überfüllt“. Das steirische Tobelbad im 18. und 19. Jahrhundert

Rahmenprogramm: Stadtführung oder Kaiserhaus / Beethovenhaus

Sektion III: Kurbetrieb und Verwaltungspraxis

Andrea Pühringer (Grünberg): Die Bad Homburger Kur- und Fremdenlisten – sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Ansätze, Möglichkeiten und Aspekte einer digitalisierten Quelle

Burak Demirci (Wien): Digital Humanities und die Kurlistenforschung am Beispiel von Baden

Nikolaus Wagner (St. Pölten): Das Herzogbad unter Graf Leopold Joseph von Lamberg (1679-1716)

Daniela Angetter-Pfeiffer (Wien): Jod, Schwefel, Solde oder Molke – was inspirierte Österreichs Kurärzte?

Ulrike Scholda (Baden): Einblicke in die Anfänge der Curtaxe und Curcommission Baden

Sektion IV: Kur als kultureller Raum

Sabine Plakolm-Forsthuber (Wien): Vom Kurbad zum Freizeitbad. Die historische Bäderarchitektur entlang der Thermenlinie

Marion Linhardt (Bayreuth): „aber morgen – da gastier' ich in Griesshübl-Sauersdorf als Othello!“ Theater spielen und Theater besuchen in österreichischen Kurorten im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Harald Tersch (Wien): Der Arzt als Reiseführer: die Kurresidenzen Baden und Ischl in Handbüchern des 19. Jahrhunderts

Hanja Dämon (Wien): Wellness auf der Leinwand: Darstellungen von Kuraufenthalten in Spielfilmen

Seite B 84 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Abendvortrag

Impuls und Moderation: Hans Hornyik (Baden): Great Spa Towns of Europe, Baden bei Wien – Bericht aus der Praxis

Volkmar Eidloth (Bad Steben): Die mitteleuropäische Bäderlandschaft im langen 19. Jahrhundert – historisch-geographische Beobachtungen

Sektion V: Reisende, Bereiste und ihre Verflechtungen

Willibald Rosner (Wien): Militär und „Kurgebrauch“ im 19. Jahrhundert. Betrachtungen zum Kurbetrieb in der k.(u.)k. Armee

Elisabeth Rosner (St. Pölten): „wenn sie sich geziemend aufführen“ – Jüdische Kurgäste in Baden im 18. Jahrhundert

Dominik Zgierski (Baden): „Baden bei Wien. Deutschlands größtes Schwefelbad“

Zitation

Bernadette Abrahamek, Tagungsbericht: *Kurbäder als Spiegel der Gesellschaft in der Neuzeit*, In: H-Soz-Kult, 26.08.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145728. Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) XXIV. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Organisatoren

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
98527 Suhl

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

28.02.2024 - 02.03.2024

Von

Erik Fischer, Historisches Seminar, Universität Leipzig

„Ein weites Feld – Neue Perspektiven auf die Aufarbeitung von Diktaturen in Deutschland und in Europa“ war der Slogan der diesjährigen Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung. Neue Perspektiven zeigten auch die Stipendiaten der Stiftung auf, die traditionell im Rahmen der Geschichtsmesse zum Kolloquium zusammenkommen, um die (Zwischen-)Ergebnisse ihrer Promotionsprojekte aus unterschiedlichen Fachrichtungen zu präsentieren und über inhaltliche und konzeptionelle Aspekte zu diskutieren. Das Spektrum reicht von historischen und juristischen Vorhaben bis hin zu film-, kultur-, literatur- sowie medienwissenschaftlichen Arbeiten. Die Projekte eint, dass die Geschichte der kommunistischen Diktatur in der DDR, die deutsche und europäische Teilungsgeschichte sowie die Transformationsgeschichte im Mittelpunkt stehen. Nicht nur vor dem Hintergrund aktueller multipler Herausforderungen, sondern auch aufgrund der Versuche politischer Akteure, aus der Engführung von Vergangenheitserzählung geschichtspolitisches Kapital zu schlagen, erscheint die offene Debatte im Rahmen der Geschichtsmesse notwendig.

Nach der Begrüßung eröffnete SASCHA OHLENFORST (Aachen) mit der Präsentation seines umweltrechtsgeschichtlichen Themas das Kolloquium. Am Beispiel der Verschmutzung und Sanierung von Werra, Weser und Elbe seit 1968 legte er die multinationale Dimension umweltvölkerrechtlicher Probleme dar. Die maßgeblich durch die DDR verursachte Verschmutzung dieser grenzüberschreitenden Fließgewässer führte unweigerlich zu einem gravierenden deutsch-deutschen Umweltproblem. Ohlenforst fragt, welche Möglichkeiten das Umweltvölkerrecht bei grenzüberschreitender Gewässerverunreinigung zur innen- und außenpolitischen Konfliktsteuerung bot. Für die DDR war die Angelegenheit ein Balanceakt, da sie sich einerseits von erweiterten Umweltschutzmaßnahmen internationale Anerkennung erhoffte, andererseits die wirtschaftlichen Kosten scheute. In der Bundesrepublik herrschte hinsichtlich des Vorgehens Uneinigkeit, was zu handfesten Konflikten zwischen Bund, Ländern und der Kaliindustrie führte, sodass das Umweltvölkerrecht vor allem gegen Ende der 1970er-Jahre zunehmend an Bedeutung für die Festlegung der Verhandlungslinie gegenüber der DDR verlor. Die unterschiedlichen Akteursgruppen sowie Aushandlungsprozesse sind ebenfalls Teil seiner Arbeit. Ohlenforst resümierte, dass es über Jahrzehnte nicht gelungen war, geeignete Lösungsstrategien für den Umweltkonflikt zu entwickeln und erst durch die Abwicklung der DDR-Kaliwerke im Zuge der Wiedervereinigung Fakten geschaffen worden seien, die zwangsläufig eine Verbesserung der Gewässergüte herbeiführten.

„Wie geht eine Gesellschaft mit der eigenen schmutzigen Vergangenheit um?“ fragte THORBEN PIEPER (Bochum), der zu einem umwelt- und transformationsgeschichtlichen Desiderat überleitete. Es geht um Altlasten und deren Sanierung. Im Zentrum steht nicht nur die Genese des dazugehörigen Politikfelds, sondern auch die multiplen semantischen Bedeutungen des Altlastenbegriffs. In die systematisch-chronologische Struktur bezieht Pieper beide deutsche Staaten ein. Er skizzierte zunächst, wie der Begriff 1978 erstmals im ökologischen Kontext in der Bundesrepublik verwendet wurde und damit ein eigenes Politikfeld begründete, welches auf kontaminierte Hinterlassenschaften wilder Deponien und Industrieanlagen abzielte. Erst Ende der 1980er-Jahre gelangte der Begriff in die DDR, wo die Probleme kontaminierter Standorte zunächst unter anderen Begrifflichkeiten verhandelt wurden. Den Schwerpunkt des Projekts bildet der Umbruchs- und Vereinigungsprozess sowie die unmittelbare Nachwende- und Transformationszeit, in der sich das Feld nach einer Popularisierungs- und Polarisierungsphase schließlich wieder zu einem klassischen interdisziplinären Expertenfeld wandelte. Pieper operationalisiert das Thema Altlasten auf vier Zugriffsebenen: politisch-organisatorisch, gesellschaftshistorisch, wissenschaftsgeschichtlich sowie begriffsgeschichtlich. Die Grundlage der Untersuchung bildet ein breiter Archivquellenkorpus, der durch 33 Interviews vervollständigt wird.

KRISTINA GUNNE (München) präsentierte im Anschluss ihr Projekt, in dem sie die Geschichte der Suchdienste des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in der DDR und Bundesrepublik aus einer verflechtungsgeschichtlichen Perspektive untersucht. Gunne betonte, dass die Institutionalisierung zweier Roter-Kreuz-Organisationen in Ost und West zwar eine gemeinsame Wertegemeinschaft, insbesondere vor dem Hintergrund der humanitären Herausforderungen, hervorgebracht habe, dennoch könne das Handeln beider Dienste nicht losgelöst von der Politik des Kalten Krieges betrachtet werden. In Anlehnung an die Historikerin Petra Weber¹ lässt sich diese Beziehung als Dialektik von Kooperation und Konfrontation sowie von Verflechtung und Abgrenzung verstehen. Im Zentrum der Arbeit stehen Fragen nach gegenseitigen Erwartungshaltungen, Konkurrenzaspekten, gesellschaftlicher Bedeutung ebenso wie Handlungsspielräumen oder Konflikten in der Zusammenarbeit. Hinzu kommt eine internationale Perspektive mit der Einordnung der Suchdienste innerhalb der Gemeinschaft der Rotkreuzgesellschaften. Die Fragestellungen werden am Beispiel des Kindersuchdienstes, der Familienzusammenführungen sowie der

Betreuung deutscher Häftlinge in den Gefängnissen der DDR im Zeitraum von 1946 bis 1994 beantwortet. Ein beachtlicher Bestand archivalischer Quellen ermöglicht es, diese drei gesellschaftlich kontroversen Hauptfelder miteinander zu verflechten und Einzelschicksale einzubeziehen.

Politische Häftlinge in der SBZ/DDR spielten auch bei BALTHASAR DUSCH (Leipzig) eine Rolle. Er arbeitet an einer ersten umfassenderen Arbeit zur Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Die von ehemals in der SBZ/DDR Inhaftierten in Westberlin gegründete Organisation entwickelte sich in der Bundesrepublik zu einem mitgliederstarken Verein, mit Kontinuitätslinien bis in die Gegenwart. Dusch widmet sich vor allem dem drastischen Mitgliederschwund ab den 1960er-Jahren, der Rolle von Frauen in der Vereinigung sowie dem niedrigen Inhaftierungsalter späterer Mitglieder. Als Hauptquelle dienen ihm die Akten der ehemaligen VOS-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, die verschiedenartig ergänzt werden. Einem organisationssoziologischen Zugriff folgend, sollen Aspekte wie Mitgliedschaft, Zweck und Organisation quantitativ und qualitativ ausgewertet werden. Der statistischen Analyse wird zur Illustration jeweils ein geeignetes biografisches Fallbeispiel komplementär zugeordnet.

PAWEŁ KAŻMIERSKI (Jena/Krakau) stellte sein rechtshistorisches Projekt zu Scheidungsurteilen in der SBZ/DDR sowie in Volkspolen vor, in welchem er weltanschaulich motivierte Diskriminierungen untersucht. Im Zentrum der Arbeit steht die Dichotomie zwischen dem sozialistischen Familienrecht und der Religionsfreiheit. Es geht allerdings nicht nur um die Rechtsprechung als solche, sondern auch um unterschwellige Formen von Diskriminierung im Gerichtssaal. Die Realisierung erweist sich als schwierig, da die Verfahrensakten für die DDR nur teilüberliefert sind, die Urteilsbegründungen für Polen sogar häufig fehlen. Der Untersuchungsraum ist auf Mecklenburg-Vorpommern sowie Westpommern in Polen begrenzt. Für die DDR lauten die ersten Ergebnisse, dass Konflikte zwischen religiösen und „fortschrittlichen“ Ehepartner über die weltanschauliche Erziehung der Kinder oder Klagen gegen Ehepartner der Zeugen Jehovas das Bild dominieren. Für Polen hingegen spielten die Verweigerung der kirchlichen Eheschließung und nationale Konflikte, beispielsweise zwischen deutsch-protestantischen und polnisch-katholischen Eheschließenden eine wichtige Rolle. Diskriminierung ließ sich, so Kaźmierski, entweder rechtlich, unter anderem durch Entzug des Sorgerechts oder semantisch durch eine diskriminierende Urteilsprache nachweisen. Etwas überraschend ist das vorläufige Ergebnis: Antireligiöse Scheidungsurteile in der DDR finden sich selten und auch in Volkspolen lässt sich familienrechtliche Antireligiosität nur schwer nachweisen.

In der Rechtsgeschichte ist auch das Projekt von ISA KLINGER (Berlin) verortet, die zu Nichtbestrafung bzw. Freisprüchen und deren politischen Impetus in der DDR arbeitet. Den Schwerpunkt bilden die Kassationsentscheidungen des Obersten Gerichts der DDR (OG) nach Paragraph 8 und Paragraph 9 des Strafrechtsergänzungsgesetzes (StEG), welche zwischen 1958 und 1968 angewendet wurden. Die Perspektive der Urteilsauswertung wird durch Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ergänzt. Die Kassation räumte unter anderem der Generalstaatsanwaltschaft sowie dem Präsidenten des OG die Möglichkeit ein, rechtskräftige Urteile und Beschlüsse niederer Instanzen aufzuheben. Die Handlungsspielräume und -grenzen der Akteure sollen vor allem im Zusammenspiel mit dem MfS beleuchtet werden. Klinger arbeitet an der These, wonach über das Mittel der Freisprüche und Nichtbestrafungen nach Paragraph 8 und Paragraph 9 StEG eine politische Strafjustiz „durch die Hintertür“ im Sinne einer Begünstigung systemnaher Personen eingeführt worden sei. Ihre Arbeit wird dabei auch Aufschluss über das durch die beiden Normen eingeführte Tatbestandsmerkmal der „Gesellschaftsgefährlichkeit“ geben.

An einem interdisziplinären Projekt arbeitet auch THOMAS STEGMAIER (Passau), der am Beispiel der beliebten DEFA-Filmreihe „Das Stacheltier“ (1953–1964) die filmische Satire in der DDR untersucht. Was machte die Stacheltier-Reihe in der Mediengeschichte der DDR so besonders und was zeichnete die satirische Gestaltung der Filme aus, lauteten Stegmaiers Leitfragen. Ebenso geht es darum zu analysieren, bis zu welchem Grad Satire in diesem stark regulierten und kontrovers diskutierten Feld möglich war und welche gesellschaftliche Implikation sie erfüllte. Mit filmanalytischen und zeichentheoretischen Methoden wertet er das 180 Filme umfassende Korpus aus und ordnet sie den Clustern „Satire nach innen“ (DDR) sowie „Satire nach außen“ (Westen) zu, um schließlich weitere Subkategorien zu bilden. Zu Stegmaiers ersten Ergebnissen zählt der Zusammenhang zwischen dem Grad der satirischen Schärfe und den dargestellten Konflikten. Näherten sich die Filme den Lebenswelten der DDR an, wurden die satirischen Mittel schwächer. Es wird ersichtlich, dass insbesondere Kritiken in Richtung des Westens immer mit politischen Implikationen versehen waren, wohingegen „Satire nach innen“ nie überindividuell sein durfte. Aus diesem Grund wurden die einzelnen Folgen auch sorgfältig geprüft. Satire konnte und sollte also neben der Kritik des Klassenfeindes auch zur politischen Bildung und Agitation beitragen, was sie für das Regime bis zu einem gewissen Grad nutzbar machte.

Arbeitslosigkeit und Brüche in den Erwerbsbiografien der 1990er-Jahre in Ostdeutschland werden bis in die Gegenwart für die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten oder politische Verwerfungen bemüht. Dem Aufbau der Arbeitsverwaltung nach westdeutschem Muster widmet sich HANS-HEINER HOLTAPPELS (Bochum) in seinem institutions- und begegnungsgeschichtlichen Projekt. Im Vordergrund stehen die Institution der Bundesanstalt für Arbeit, ihre ostdeutschen Standortgründungen sowie die Tätigkeit westdeutscher Experten in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 1997. Die Untersuchung reicht von der materiellen Ausstattung über deutsch-deutsche Begegnungen bis hin zu Personalüberprüfungen. Drei Thesen stehen dabei im Vordergrund: Der Auftrag der Arbeitsverwaltung kann lediglich im Rahmen früherer Systemkonkurrenz und postulierte Erfolge können nur im Rahmen einer konservativ-liberalen und an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichteten Politik verstanden werden, was Holtappels im Vortrag anhand des „sozialen Friedens“ skizzierte. Drittens, die Arbeitsverwaltung blieb trotz der kurzen Fristen zum Aufbau der ostdeutschen Standorte stets arbeitsfähig. Holtappels strebt eine sinnstiftende Verknüpfung der überlieferten Archivquellen als Makroebene und der individuellen Erfahrungen – in Form von Interviews – als Mikroebene an.

Die Betroffenen der Verwerfungen am Arbeitsmarkt und insbesondere das arbeitsmarktpolitische Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind Gegenstand in ELBE TRAKALS (Potsdam/Babelsberg) Dissertationsprojekt. Trakal möchte die postsozialistischen Subjektivierungsprozesse durch Arbeit im Rahmen eines Reenactments analysieren und filmisch verarbeiten. Die ABM stellten bis zur Einführung der Hartz-Reformen im Jahr 2003 eine spezifische Form ostdeutscher Transformationserfahrung dar. Im Vordergrund steht die Frage, wie die Menschen die Umbrüche verinnerlichten und wie Arbeit persönlichkeitsformende Dimensionen hervorruft. Trakal folgt dabei stringent dem Ansatz einer künstlerisch-forschenden Perspektive, die von erlebter Erfahrung sowie affektiver Vermittlung ausgeht. Das filmische Produkt „Die Maßnahme“ vereint in Interviews, Gruppengesprächen, szenischen Schreibübungen, filmisch-inszenierten Reenactments und einem Evaluationsformat Aspekte der partizipativ-dokumentarischen Reenactmentmethode. Im Vortrag präsentierte Trakal erste filmische Interviewsequenzen mit weiblichen Befragten und zeigte eindrucklich die Komplexität des Subjektivierungsdiskurses zwischen den jeweiligen Antipoden Exteriorität und Interiorität sowie Unterwerfung und Auto-Poesis, die, in einem kartesischen Koordinatensystem modelliert, vier Quadranten bilden.

Zum Themenfeld Arbeit lässt sich das Projekt von FRANK KELL (Mannheim) ebenfalls zuordnen, der anhand von sechs betrieblichen Traditionsvereinen im Nordthüringer Raum den Wandel von sozialen Ordnungsvorstellungen und die Genese spezifischer ostdeutscher Erinnerungsräume von Arbeit und Gemeinschaft auf der lokalen Ebene untersucht. Diese Ideengeschichte der Arbeit „von unten“ lässt sich gleichsam der erweiterten Transformationsgeschichte zuordnen, synthetisierte doch beispielsweise der negative Erinnerungsort „Treuhand“ Verlusterfahrungen und die Entwertung von Gesellschaft und Kultur. Kell widmet sich der Feinmechanik postsozialistischer Ostidentitäten, indem er die Narrative der Vereine und deren Ausdrucksformen analysiert und dekonstruiert. Im Vortrag ging er auf drei typische Quellengruppen seiner Arbeit ein: Jahreschroniken, Brigadetagebücher und Erinnerungsliteratur. Diese stehen in einer Kontinuität gemeinschaftlicher Selbstbeschreibungen, in denen Lokal- und Betriebsgeschichten, individuelle und kollektive Erinnerungen zu einer identitätsstiftenden Erzählung verschmelzen. So konnten sich die Mitglieder vor dem Hintergrund der Erosion der, in Anlehnung an den Kultursoziologen Wolfgang Engler, „arbeiterlichen Gesellschaft“² eine Geschichte geben. Kell analysiert die Vereine als reflexiv nostalgische Erinnerungsgemeinschaften, die auf jenen Erosionsprozess reagieren und deren Formen von Geschichtsaneignung durch eine produktive Verarbeitung der eigenen Vergangenheit geprägt sind.

„Den blinden Fleck, der anscheinend im Zentrum unseres Bewusstseins sitzt und deshalb von uns nicht bemerkt werden kann, allmählich von den Rändern her zu verkleinern“ – dieses Zitat aus Christa Wolfs „Stadt der Engel“ pointiert das literaturwissenschaftliche Promotionsprojekt von MARIELOUISE LABRY (Leipzig). Sie widmet sich den gegenwärtig prominenten Erinnerungsromanen in der Gegenwartsliteratur mit DDR-Bezug und zeigt an zehn Fallbeispielen die Narrativierung von Erinnerungsräumen. Labry verwendet das begriffliche Instrumentarium von Literatur- und Kulturwissenschaft zum kollektiven Gedächtnis und zu Raumtheorien im Kontext des „spatial turn“. Vier Räume stehen im Zentrum der Analyse: der „Familienraum“, mit intergenerationellen Konflikten und innerfamiliären Beziehungen und deren Durchdringung durch Staat und Politik; „Genderräume“, mit besonderer Rolle sozialer Geschlechter und damit verbundener Machtstrukturen; „verschwundene Räume“, die vor allem auf das architektonische Erbe der DDR abzielen, sowie „unvollständige Räume“, geprägt durch das gezielte Schweigen über Erlebnisse oder Episoden des eigenen Lebens. Auch die unterschiedlichen Autoren-Jahrgänge spielen bei der Untersuchung eine Rolle. Am Beispiel des Romans „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ zeigte sie die Komplexität des Familienraumes und gab zu bedenken, dass Erinnerungsprozesse durch Analyse sichtbar gemacht werden können, was wiederum Aufschluss über Ambivalenzen im kollektiven Erinnern liefert.

Labrys Beitrag lieferte den Brückenschluss in die Gegenwart mit zahlreichen Anknüpfungspunkten zu den vorgetragenen Projekten. Fasst man die Diskussionen zusammen, so standen etwa Fragen nach der sinnvollen Verknüpfung von Mikro- und Makroebenen, der Sichtbarmachung von Akteur:innen „von unten“, der Einbettung der geführten Interviews oder der Umgang mit individuellen Erinnerungen im Vordergrund. Anlass zum Austausch lieferten zudem schwierige Archivzugänge, Kosten für Reproduktionen oder archivrechtliche Fragen. Die starken thematischen und methodischen Verflechtungen der Vortragenden sorgten für einen regen Austausch. Dabei verfestigte sich die Erkenntnis, wie gewinnbringend zäsurübergreifende Blickwinkel auf die Transformationszeit mit etwaigen Ko-Transformationen – unter Einbeziehung unterschiedlicher Disziplinen – sein können. Dass die Bundesstiftung den Fokus auf die Zeit nach 1989 verstärkt, entspricht damit aktuellen Forschungsdiskursen, wengleich internationale Verflechtungen, ebenso wie migrantische Perspektiven in den aktuellen Promotionsprojekten noch unterrepräsentiert sind.

Konferenzübersicht:

Franziska Kuschel (Berlin): Begrüßung

Sascha Ohlenforst (Aachen): Die Sanierung von Werra und Elbe als umwelt- und völkerrechtliches Problem in den deutsch-deutschen Beziehungen 1968-1989

Thorben Pieper (Bochum): Verseuchte Landschaften wiederherstellen: Umweltexperten, Altlastensanierung und die Wahrnehmung ostdeutscher Räume

Kristina Gunne (München): Die Suchdienste des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik und DDR. Eine Beziehungsgeschichte zwischen humanitärem Auftrag und Politik im Kalten Krieg, 1946 bis 1994

Balthasar Dusch (Leipzig): „Du kennst doch den westdeutschen Bundesbürger. Der schenkt uns nichts“. Hafterfahrung und Anerkennungskämpfe – zur Entstehung und Krise der Vereinigung der Opfer des Stalinismus 1950 bis 1979

Paweł Kaźmierski (Jena/Krakau): Antireligiosität in erster Instanz? Scheidungsurteile in der SBZ/DDR und in Volkspolen am Beispiel der Gerichtspraxis in Mecklenburg-Vorpommern (1945-1958) und in Pomorze Zachodnie (1945-1956)

Isa Klinger (Berlin): Sozialistische Milde? Eine Untersuchung zu Freispruch und Nichtbestrafung in der DDR anhand von Paragraph 8 und Paragraph 9 Strafrechtsergänzungsgesetz

Thomas Stegmaier (Passau): „Das Stacheltier“ – Filmische Satire in der DDR

Hans-Heiner Holtappels (Bochum): Neue Arbeitslosigkeit managen: Der Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern

Elbe Trakal (Potsdam-Babelsberg): Die Maßnahme – postsozialistische Subjektivierung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und ihr dokumentarisches Reenactment

Frank Kell (Mannheim): Erinnerungen an die „arbeiterliche Gesellschaft“ – Betriebsvereine in Nordthüringen und die Erosion eines ostdeutschen Gesellschaftskonzepts nach 1989/91

Marieluise Labry (Leipzig): Der Erinnerungsraum DDR in der Gegenwartsliteratur seit 2010 – Ein verschwundener Raum wird erzählt

Anmerkungen:

1 Petra Weber, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945-1989/90, Berlin 2020.

2 Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen: Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, hier S. 173–208.

Zitation

Erik Fischer, Tagungsbericht: *XXIV. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*, In: H-Soz-Kult, 26.08.2024, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145730>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Historische Zeitschrift 318 (2024), 1

Berlin/Boston 2024: [De Gruyter Oldenbourg](https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/318/1/html)

<https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/318/1/html>

ISSN [0018-2613](https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/318/1/html)

Kontakt

Andreas Fahrmeir

Historisches Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Abteilung

Redaktion Historische Zeitschrift (HZ)

60323 Frankfurt am Main, Norbert-Wollheim-Platz 1

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter Oldenbourg

Das neue Heft der Historischen Zeitschrift ist erschienen; wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Winfried Schmitz, Verschuldete Bauern, Pächter oder Erntearbeiter? Noch einmal zur Frage: Wer waren die „hektémoroi“? [S. 1]

In vorsolonischer Zeit war nach Angaben Plutarchs und der aristotelischen „Athenaion politeia“ ein großer Teil der Bevölkerung Attikas von reichen Landbesitzern abhängig. Darlehensgeber konnten Schuldner, die ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten, ergreifen und mit sich führen. Sie ließen sie auf ihren Feldern arbeiten oder verkauften sie in die Sklaverei. Solon selbst beklagte in seinen Elegien diese Konsequenzen, die rechtens waren, da sie dem archaischen Schuldrecht entsprachen. Der Vergleich mit der römischen Noxalhaftung zeigt, dass so wie in Rom auch im archaischen Athen eine Person, die einen Vertrag gebrochen oder eine Schädigung verursacht hatte, dem Geschädigten zu übergeben war. Durch den Vergleich mit der römischen Noxalhaftung lässt sich die Form der Schuldknechtschaft und der Schuldklaverei im frühen Athen besser verstehen. Von diesen Personen zu unterscheiden sind aber die hektémoroi, die frei blieben; als Angehörige der unterbäuerlichen Schicht waren sie auf einen Zuverdienst angewiesen. Für Erntearbeiten erhielten sie ein Sechstel der geernteten Produkte, einen hekteús pro geerntetem médimnos. Da sie lediglich „Erntepächter“ waren, auf dem Feld also nicht das ganze Jahr über wirtschafteten, war ein Sechstel angemessen und reichte, um die eigenen Erträge so weit zu steigern, dass sie sich und ihre Familien ernähren konnten. Die Annahme, Solon habe ein Exportverbot aller landwirtschaftlichen Produkte gesetzlich festgeschrieben, beruht wahrscheinlich auf einem falschen Textverständnis; tatsächlich bezog sich das Gesetz auf Kontrakte über Erntearbeiten auf heiligem Land und kann als Beleg dafür gewertet werden, dass solche Ernteverträge in archaischer Zeit verbreitet waren.

Seite B 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Winfried Schmitz, Indebted Peasants, Tenants or Harvesters? Once again to the Question: Who Were the hektémoroi?

In pre-Solonian times, according to Plutarch and the Aristotelian „Athenaion politeia“, a large part of the population of Attica was dependent on rich landowners. Lenders could seize debtors who could not repay their debts and lead them away. They made them work in their fields or sold them into slavery. Even Solon himself lamented these consequences in his Elegies, which were justified because they corresponded to the archaic law of debt. The comparison with Roman noxal liability shows that, just as in Rome, in archaic Athens a person who had broken a contract or caused injury was to be handed over to the injured party. By comparing Greek law of debt with Roman noxal liability, the form of debt bondage and debt slavery in early Athens can be grasped more precisely. However, the hektémoroi, who remained free, are to be distinguished from these people; as members of the lower peasant class, they were dependent on additional income. For harvest work, they received one-sixth of the harvest. Since they were merely “tenants in harvest time”, i. e. they did not farm the field all year round, one sixth was appropriate and sufficient to increase their own yields to the point where they could feed themselves and their families. The assumption that Solon legislated a ban on the export of all agricultural products is probably based on a misunderstanding of the text; in fact, the law referred to contracts for harvesting work on sacred land and can be taken as evidence that such harvesting contracts were common in archaic times.

Maria Weber, Zwischen organisierter Wachsamkeit und Chaos. Massenveranstaltungen, ephemere Räume und Herstellung von Sicherheit im 18. Jahrhundert [S. 35]

Frühneuzeitliche Massenveranstaltungen wie Herrschereinzüge, Geburtstage und Hochzeiten wurden gezielt als Herrschaftsinstrument eingesetzt, um Status und Prestige, Vormachtstellung und Macht demonstrieren zu können. Während diese Aspekte bereits vielfach Gegenstand der historischen Forschung waren, zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, Organisationsstrukturen hinter diesen Spektakeln herauszuarbeiten und konkret danach zu fragen, wie bei diesen spezifischen Ereignissen, bei denen der existierende Raum angeeignet und umgestaltet wurde, Sicherheit hergestellt werden konnte. Anhand der Analyse von Ordnungen und Zeitungsberichten aus dem 18. Jahrhundert (England, Frankreich) wird dabei zweierlei deutlich: Feierlichkeiten wurden erstens als Gefahren- und Bedrohungspotenziale für den urbanen Raum, Mensch und Eigentum wahrgenommen und charakterisiert. Zweitens zeigt der Beitrag, welche Maßnahmen und Mechanismen entwickelt wurden, um die latent vorhandenen Gefahren diskursiv zu antizipieren und praktisch verhindern oder abmildern zu können. Letztlich legt der Beitrag einen Vorschlag vor, Settings- und Konstellationsanalysen als epistemologische Prinzipien neu zu denken.

Maria Weber, Organized Vigilance. Mass Events, Ephemeral Spaces, and Securitization in the 18th Century

Early Modern mass events that attracted large numbers of spectators, such as royal entries, the kings' and queens' birthdays, weddings, or funerals, were used as specific means of power in order to demonstrate status and prestige, supremacy and power, and were therefore carefully staged. Courtly spectacles and mass events have already been investigated in detail in this regard. The present article, however, aims to shift perspective: by focusing on processes of organization and planning mass events, it seeks to precisely elucidate how urban spatial structures were adopted, and, in particular, reshaped to ensure security. Based on a dense analysis of 18th century orders and newspaper reports (England, France), the article points out that spectacles and mass events – notwithstanding their representational function – were perceived as threatening and dangerous events for urban

Seite B 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

space as well as for people and property. Taking this in account, the paper focuses especially on the measures and mechanisms that have been developed to either anticipate or to prevent perceived dangers and shows that ensuring security was an enormous challenge and intertwined space, institutions, actors, and environment.

Mona Rudolph, „Diamonds are a girl's best friend?“. Diamanten, DeBeers und die Vermarktung von Brillantschmuck in den USA, 1939–1960 [S. 64]

Heutzutage stellen Diamanten ein äußerst gefragtes Gut dar, allerdings entwickelten sich die Edelsteine erst im Laufe der Zeit zu dieser absatzstarken Ware. Von den 1890er Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg unterlag die Nachfrage nach den Steinen in den USA als weltweit größter Absatzmarkt erheblichen Schwankungen. Um die schwache US-amerikanische Nachfrage anzukurbeln, lancierte der Diamantenproduzent DeBeers zusammen mit der Werbefirma N. W. Ayer ab 1938 großangelegte und aufwändig gestaltete Werbekampagnen. Am Beispiel dieser Werbeanzeigen untersucht und rekonstruiert der Aufsatz die Vermarktung von Brillanten in den USA vom Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre. An den Schnittstellen von Wirtschafts- und Kulturgeschichte angesiedelt, spürt die Untersuchung unter Berücksichtigung geschlechtergeschichtlicher Perspektivierungen den ökonomischen Interessen des DeBeers-Konzerns nach und fragt dabei immer wieder, wie sich die Wahrnehmung von Brillantschmuck im Laufe der Zeit wandelte. In den Werbeanzeigen richtete sich DeBeers zunächst vorrangig an unverheiratete Paare als Konsumenten, berücksichtigte bis in die 1960er Jahre jedoch eine zunehmend größer werdende Klientel. Dennoch achtete das Unternehmen sorgsam darauf, die Illusion des als rar und elitär geltenden Luxusguts zu bewahren und den Markt weiterhin zu regulieren. Letzteres fiel dem Konzern mit der Zeit immer schwerer, da permanent neue Produzenten auf den europäischen Diamantenmarkt drängten. Unter Zuhilfenahme wirtschaftswissenschaftlicher Theoreme rückt der Aufsatz in diesem Zusammenhang auch in den Blick, wie Diamanten allmählich zu einem Massenprodukt wurden, ohne als solches wahrgenommen zu werden.

Mona Rudolph, „Diamonds are a Girl's Best Friend?“ Diamonds, DeBeers and the Marketing of Brilliant Jewellery in the USA, 1939–1960

Diamonds are nowadays an extremely sought-after commodity, but the gemstones developed into this high-selling product only over the course of time. From the 1890s until the Second World War, the demand for the stones fluctuated considerably on the world's largest market, the USA. In order to boost the weak US demand, the diamond producer DeBeers, together with the advertising firm N. W. Ayer, launched large-scale and elaborately designed advertising campaigns from 1938 onwards. Using the example of these advertisements, the essay examines and reconstructs the marketing of diamonds in the USA from World War II to the 1960s. Situated at the intersection of economic and cultural history as well as taking gender-historical perspectives into account, the study traces the economic interests of the DeBeers corporation, and asks how the perception of brilliant jewellery changed over time. DeBeers initially addressed unmarried couples as consumers in its advertisements, but by the 1960s also took an increasingly larger clientele into account. Nevertheless, the company was careful to preserve the illusion of diamonds as a rare and elite luxury commodity, and to continue to regulate the market. The latter became increasingly difficult for the company as new producers entered the European diamond market. With the help of economic theorems, the essay also focuses on how diamonds gradually became a mass product without being perceived as such.

Nekrolog

Ulrich Pfister, Richard Tilly (1932–2023) [S. 99]

Neue historische Literatur

Schwerpunkt Kontinuität und Diskontinuität 1: Deutschland und seine Globalgeschichte
Andreas W. Daum, Deutschland in der Welt – die Welt in Deutschland. David Blackbourns
brillante Globalgeschichte [S. 105]

David Blackbourn, Germany in the World. A Global History, 1500–2000 (A. W. Daum) [S.
105]

Schwerpunkt Kontinuität und Diskontinuität II: Das Mittelalter als Epochenbegriff
Frank Rexroth, Abschied vom Epochendenken? Mittelalterbilder in Zeiten der
Entkategorisierung [S. 115]

Bernhard Jussen, Das Geschenk des Orest. Eine Geschichte des nachrömischen Europa
526–1535 (F. Rexroth) [S. 115]

Allgemeines

Jens Elberfeld/Kristoffer Klammer/Sandra Maß u. a. (Hrsg.), Erträumte Geschichte(n). Zur
Historizität von Träumen, Visionen und Utopien (D. van Laak) [S. 141]

Christoph Mauntel/Klaus Oschema (Eds.), Order into Action. How Large-Scale Concepts
of World-Order Determine Practices in the Premodern World (K. Skottki) [S. 142]

Altertum

Jack L. Davis, A Greek State in Formation. The Origins of Civilization in Mycenaean Pylos.
With Contributions by Sharon R. Stocker (J. Fischer) [S. 145]

Winfried Schmitz, Leges Draconis et Solonis (LegDrSol). Eine neue Edition der Gesetze
Drakons und Solons mit Übersetzung und historischer Einordnung. Unter Mitarbeit von
Anja Dorn und Tino Shahin (U. Walter) [S. 147]

Patrick Sängler/Sandra Scheuble-Reiter (Hrsg.), Söldner und Berufssoldaten in der
griechischen Welt. Soziale und politische Gestaltungsräume (W. Will) [S. 149]

Joanna Kenty, Cicero's Political Personae (A. Thurn) [S. 152]

Jens Fischer, Folia ventis turbata. Sibyllinische Orakel und der Gott Apollon zwischen
später Republik und augusteischem Principat (J. L. Lightfoot) [S. 153]

Krešimir Vuković, Wolves of Rome. The Lupercalia from Roman and Comparative
Perspectives (C. Ulf) [S. 156]

Arabelle Cortese/Giulia Fioratto (Eds.), Urban Space between the Roman Age and Late
Antiquity. Continuity, Discontinuity and Changes. Acts of the International Workshop,
University of Regensburg, 13–14 February 2020 (M. Fafinski) [S. 158]

Myles Lavan/Clifford Ando (Eds.), Roman and Local Citizenship in the Long Second
Century CE (E. Meyer-Zwiffelhofer) [S. 160]

Seite B 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Seraina Ruprecht, *Unter Freunden. Nähe und Distanz in sozialen Netzwerken der Spätantike* (E. Köstner) [S. 164]

Kate Cooper/Jamie Wood (Eds.), *Social Control in Late Antiquity. The Violence of Small Worlds* (M. Hahn) [S. 166]

Kyrill von Alexandrien, *Gegen Julian*. Bd. 1: *Widmungsschreiben an Theodosios und Buch I–V*, übersetzt und kommentiert von Gerlinde Huber-Rebenich, Stefan Rebenich und Michael Schramm (R. Brendel) [S. 168]

Kyrill von Alexandrien, *Gegen Julian*. Bd. 2: *Buch VI–X. Die griechischen Fragmente*, übersetzt und kommentiert von Adolf Martin Ritter und Michael Schramm sowie Thomas Brüggemann (Fragmente) (R. Brendel) [S. 168]

Mittelalter

Dan Jones, *Mächte und Throne. Eine neue Geschichte des Mittelalters* (M. Borgolte) [S. 172]

Philipp A. Sutner (Hrsg.), *Landhandelsrouten. Adern des Waren- und Ideenaustauschs 500 v.–1500 n. Chr.* (M. Jäcker) [S. 173]

Jonathan R. Lyon, *Corruption, Protection and Justice in Medieval Europe. A Thousand-Year History* (K. Ubl) [S. 176]

Manfred Luchterhandt/Hedwig Röckelein (Hrsg.), *Palatium Sacrum – Sakralität am Hof des Mittelalters. Orte, Dinge, Rituale* (M. Weber) [S. 178]

Thomas Groll/Brigitte Haas-Gebhard/Christof Paulus (Hrsg.), *Der Grabfund von Wittislingen und die östliche Alemannia im frühen Mittelalter* (F. Quaas) [S. 180]

Konrad Schellbach, *Erdbeben in der Geschichtsschreibung des Früh- und Hochmittelalters. Ursprung, Verständnis und Anwendung einer spezifisch mittelalterlichen Traditionsbildung* (H.-W. Goetz) [S. 181]

Andreas Bihrer/Hedwig Röckelein (Hrsg.), *Die „Episkopalisierung der Kirche“ im europäischen Vergleich / The „Episcopalization of the Church“ in European Comparison* (M. Eber) [S. 183]

Emily Joan Ward, *Royal Childhood and Child Kingship. Boy Kings in England, Scotland, France and Germany, c. 1050–1262* (G. Lubich) [S. 185]

Lukas G. Grzybowski, *The Christianization of Scandinavia in the Viking Era. Religious Change in Adam of Bremen's Historical Work* (B. Gübele) [S. 187]

Die sogenannten St. Galler Annalen. Eine anonyme Fortsetzung der Chronik Hermanns des Lahmen (1054–1102). Nach Vorarbeiten von Alois Schütz († 2017), hrsg. und übersetzt von Benedikt Marxreiter (G. Lubich) [S. 189]

Georg Strack, *Solo sermone. Überlieferung und Deutung politischer Ansprachen der Päpste im Mittelalter* (M. Thumser) [S. 192]

Anne Südbeck, *Hildesheims weltliche Eliten im Hochmittelalter* (S. Krieb) [S. 194]

Seite B 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Peter Coss, The Foundations of Gentry Life. The Multons of Frampton and Their World 1270–1370 (S. Krieb) [S. 195]

Ingrid Baumgärtner, Mapping Narrations – Narrating Maps. Concepts of the World in the Middle Ages and the Early Modern Period. Edited by Daniel Gneckow, Anna Hollenbach und Phillip Landgrebe (C. Mauntel) [S. 197]

Frühe Neuzeit

Tobias Schenk, Actum et iudicium als analytisches Problem der Justizforschung. Interdisziplinäre Perspektiven auf kollegiale Entscheidungskulturen am Beispiel des kaiserlichen Reichshofrats (T. Duve) [S. 199]

Jose Cáceres Mardones, Bestialische Praktiken. Tiere, Sexualität und Justiz im frühneuzeitlichen Zürich (W. Burgdorf) [S. 200]

Zürcher Liedflugschriften. Katalog der bis 1650 erschienenen Drucke in der Zentralbibliothek Zürich. Bearbeitet von Eberhard Nehlsen. Redaktion: Christian Scheidegger (H.-J. Künast) [S. 202]

Michael Kwass, The Consumer Revolution, 1650–1800 (M. Schmölz-Häberlein) [S. 204]

19.–21. Jahrhundert

Christine Hatzky/Barbara Potthast, Lateinamerika 1800–1930 (S. Rinke) [S. 207]

Lynn Miller/Therese Dolan, Salut! France Meets Philadelphia (A. Fahrmeir) [S. 208]

David Silkenat, Scars on the Land. An Environmental History of Slavery in the American South (S. Lentz) [S. 209]

Jens Mastnak (Hrsg.), In der King's German Legion. Die Briefe der Brüder Carl, Ernst, Friedrich und Ivan von Hodenberg (1803–1815) (J. Heinzen) [S. 211]

Katharina Thielen, Politische Partizipation in der preußischen Rheinprovinz 1815–1845. Eine Verflechtungsgeschichte (A. Fahrmeir) [S. 213]

Rouven Pons, Erzherzog Stephan (1817–1867). Biografie eines Habsburgers im entstehenden Medienzeitalter (A. Bittner) [S. 215]

Manfred Beine/Marion Kant/Ralf Othengrafen (Hrsg.), Ein westfälischer Jude in der preußischen Armee. Isaac Löwenstein aus Rietberg-Neuenkirchen und sein Tagebuch 1821–1823 (A. Fahrmeir) [S. 217]

Paul W. Werth, 1837. Russia's Quiet Revolution (M. Schulze Wessel) [S. 219]

Patricia Strach/Kathleen A. Sullivan, The Politics of Trash. How Governments Used Corruption to Clean Cities, 1890–1929 (R. Köster) [S. 221]

Doris Kaufmann, Ornamentwelten. Ethnologische Expeditionen und die Kunst der „Anderen“ (1890–1930) (F. Odenwald) [S. 223]

Ben Lewis, Oswald Spengler and the Politics of Decline (R. Krug) [S. 224]

Seite B 96 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Pnina Lahav, *The Only Woman in the Room. Golda Meir and Her Path to Power* (J. Hestermann) [S. 226]

Jeffrey Veidlinger, *Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust* (U. Jureit) [S. 228]

Daniel Tödt, *The Lumumba Generation. African Bourgeoisie and Colonial Distinction in the Belgian Congo* (D. M. Natermann) [S. 230]

Frank Grelka/Stephan Rindlisbacher (Eds.), *„Our Work with the Masses Is Not Worth a Kopeck...“. A Document Collection on German and Polish Rural Soviets in Ukraine during the NEP, 1923–1929* (G. Hausmann) [S. 232]

Jürgen Luh, *Der Kronprinz und das Dritte Reich. Wilhelm von Preußen und der Aufstieg des Nationalsozialismus* (J. Pekelder) [S. 233]

Gregor Hofmann, *Mitspieler der „Volksgemeinschaft“. Der FC Bayern und der Nationalsozialismus* (R. Schäfer) [S. 235]

Johannes Hürter/Thomas Raithel/Reiner Oelwein (Hrsg.), *„Im Übrigen hat die Vorsehung das letzte Wort ...“. Tagebücher und Briefe von Marta und Egon Oelwein 1938–1945* (E. Raim) [S. 237]

Gisela Boeck/Florian Detjens/Hans-Uwe Lammel et al., *Karriereentwürfe in der Zerreißprobe – Beispiele aus der Universität Rostock im Nationalsozialismus* (M. Grüttner) [S. 239]

Ramona Bräu, *Die Plünderung Polens. Die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren der Besatzung (1939–1945)* (K.-P. Friedrich) [S. 240]

Bob Moore, *Prisoners of War. Europe 1939–1956* (S. Neitzel) [S. 242]

Philipp Neumann-Thein/Daniel Schuch/Markus Wegewitz (Hrsg.), *Organisiertes Gedächtnis. Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen* (Y. Müller) [S. 244]

Paul Betts, *Ruin und Erneuerung. Die Wiedergeburt der europäischen Zivilisation 1945* (T. Holzhauser) [S. 246]

Martin Belz, *Pfarreien im Wandel. Pastoralkonzepte, Laienpartizipation und Liturgiereform in Frankfurt am Main 1945–1971* (B. Wieland) [S. 248]

Ralf Ahrens, *Strukturpolitik und Subventionen. Debatten und industriepolitische Entscheidungen in der Bonner Republik* (C. Kopper) [S. 250]

Martin Schmitt, *Die Digitalisierung der Kreditwirtschaft. Computereinsatz in den Sparkassen der Bundesrepublik und der DDR 1957–1991* (R. Köster) [S. 252]

Peter-Paul Bänziger/Michael Herzig/Christian Koller u. a., *Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965–2022* (T. Bonengel) [S. 254]

Eingegangene Bücher [S. 256]

Zitation

Historische Zeitschrift 318 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 11.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141830>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) European History Quarterly 54 (2024), 3

London 2024: [Sage Publications](https://www.sagepub.com)

<https://journals.sagepub.com/toc/ehqb/54/3>

Preis Individual: £48.00; Institution: £252.00

ISSN [0265-6914](https://www.issn.org/issn/0265-6914)

Kontakt

European History Quarterly
United Kingdom

Von
Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Articles

Mobility, Print and Trade in Europe: The Case of the Tesini Pedlars (17th–19th Centuries)
Niccolò Caramel and Massimo Rospoche

Representing Albania in the Travel Writing and Political Commentary of Edith Durham and
Aubrey Herbert during the Albanian Path to Independence, c. 1904–1923
Ross Cameron

Survival Strategies and Non-Aggression Pacts Between the Guardia Civil and the
Republican Guerrilla in Spain's Irregular War, 1936–1952
Arnau Fernández Pasalodos

‘Saviours’, ‘Business Partners’, or ‘Snobs’? How Jewish Inmates Perceived and Interacted
with British Prisoners of War in the Nazi Camp Complex Blechhammer (Upper Silesia)
Susanne Barth

Seite B 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Rotspanier. Debate with Regard to the Classification of the Spanish Prisoners Deported to the Mauthausen Concentration Camp

Diego Martínez López

The Anti-Cold War Left: Third World Imaginaries and Protest Cultures at the Local Level in Spain, 1968–1986

Andrea Davis

Historiographical Review Article

Pogroms Across the Former Poland-Lithuania: A Historical Overview

Tomasz Kamusella

Book Reviews

Book Review: *Stranieri nemici: Nazionalismo e politiche di sicurezza in Italia durante la Prima guerra mondiale* by Daniela Luigia Caglioti

Matthew Stibbe

Book Review: *Democracy in Darkness: Secrecy and Transparency in the Age of Revolutions* by Katlyn Marie Carter

Minchul Kim

Book Review: *Revolutionary Spring: Europe Aflame and the Fight for a New World, 1848–1849* by Christopher Clark

Robert Justin Goldstein

Book Review: *Aliens: The Chequered History of Britain's Wartime Refugees* by Paul Dowswell

Matthew Stibbe

Book Review: *Activism Across Borders Since 1870: Causes, Campaigns and Conflicts in and Beyond Europe* by Daniel Laqua

Aileen Lichtenstein

Book Review: *Porcelain: A History from the Heart of Europe* by Suzanne L. Marchand

Lisa Pine

Book Review: *The Invention of Terrorism in France, 1904–1939* by Chris Millington

Constance Bantman

Book Review: *Imperial Borderlands: Institutions and Legacies of the Habsburg Military Frontier* by Bogdan Popescu

Cathie Carmichael

Book Review: *Brezhnev: The Making of a Statesman* by Susanne Schattenberg

Mark Edele

Book Review: *Ni una, ni grande, ni libre. La dictadura franquista* by Nicolás Sesma

Claudio Hernández Burgos

Book Review: *The People's Dictatorship: A History of Nazi Germany* by Alan E. Steinweis

Matthew Stibbe

Seite B 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Book Review: Die Karriere des deutschen Renegaten Hans Caspar in Ofen (1627–1660) im politischen und kulturellen Kontext by János Szabados
Guido Braun

Book Review: Collapse: The Fall of the Soviet Union by Vladislav M. Zubok
Francis King

Zitation

European History Quarterly 54 (2024), 3. , In: *H-Soz-Kult*, 12.08.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145769>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024), 8

Berlin 2024: [Blätter Verlag](#)
Erscheint monatlich

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/august>

128 Seiten

Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](#)

Kontakt

Blätter für deutsche und internationale Politik
Berlin
c/o

Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen Vogel
Online-Redaktion: Tessa Penzel Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640
Fax 030/3088 3645

Von
Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

Die August-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ erscheint am 25. Juli 2024.

In ihr analysieren Adam Serwer, Jon D. Michaels und Bill McKibben, was der Welt unter Trump II und seinem »Project 2025« droht. Steffen Vogel deutet die hart erkämpfte Atempause in Frankreich. Fast drei Jahrzehnte nach dem Genozid von Srebrenica warnt Marion Kraske vor dem Wiederaufleben völkermörderischer Ideologien in Serbien. Winfried Nachtwei bilanziert das kollektive Scheitern des Westens in Afghanistan. Peter Reif-Spirek ergründet die Folgen des zu erwartenden Rechtsrucks bei den Landtagswahlen in Thüringen. Heike Kleffner und Matthias Meisner beleuchten den unterschätzten Einfluss rechtsextremer Netzwerke in den Sicherheitsbehörden. Und 55 Jahre nach Adornos Tod zeichnet Jörg Später das erfolgreiche Scheitern der Frankfurter Schule nach.

Seite B 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Weitere Themen im August: Joe Biden oder: Die Hinfälligkeit der Demokratie, Starmers Versprechen: Dienen statt lügen, Wertepartner mit Kettensäge: EU-Handelsabkommen mit Mercosur, Krieg im Sudan: Deutschlands verdrängte Verantwortung, Vom Krieg zur Dauerkrise: Äthiopien ohne Aussöhnung, Ruhe an der Heimatfront: Wie die russischen Eliten ihren Frieden mit dem Krieg machten, Die Wut der Bauern: Von rechts beackert, von links ignoriert u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/august>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Jörg Später: Adornos Flaschenpost: Was bleibt von der Kritischen Theorie?, S. 51-59

Die Frankfurter Schule hat über Jahrzehnte die intellektuelle Landschaft in der Bundesrepublik geprägt. Auch wenn es nach Adornos Tod in Frankfurt selbst zunächst ruhig wurde, bleibe die kritische Theorie ein wichtiger Orientierungspunkt für politische Reflexion, meint der Historiker Jörg Später.

Adam Serwer: Trump über alles. Wie der Oberste Gerichtshof den Präsidenten über das Gesetz stellt, S. 61-64

Der Supreme Court hat US-Präsidenten absolute Immunität für „offizielle Handlungen“ zugesprochen – eine perverse Verdrehung der Verfassung durch die Trump-freundlichen Richter, so der Journalist Adam Serwer. Die Entscheidung könnte Trump II nahezu unkontrollierte Macht verleihen.

Jon D. Michaels: Trumps tiefer Staat. Wie das »Project 2025« den autoritären Umbau plant, S. 65-72

Um seine Pläne zu verwirklichen, braucht Donald Trump einen gefügigen Staatsapparat. Deshalb planen seine Unterstützer, die Behörden umzubauen und dort Schlüsselpositionen zu besetzen, so der Jurist Jon Michaels. Es drohe ein ganz auf Trump zugeschnittener Staat im Staate.

Bill McKibben: Klimakatastrophe mit Ansage. Was dem Planeten unter Trump II droht, S. 73-76

Unter Joe Biden haben die USA versucht, den Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben. Der Autor und Aktivist Bill McKibben analysiert die absehbaren Folgen einer zweiten Trump-Regierung für das Klima. Sein Fazit: Sie würde dem Weltklima irreparablen Schaden zufügen.

Marion Kraske: Die Aktualität von Srebrenica. Von der Leugnung des Genozids zur »Serbischen Welt«, S. 77-84

Dieses Jahr erklärte die UNO den 11. Juli, den Jahrestag des Völkermords in Srebrenica, zum internationalen Gedenktag. Ein wichtiger symbolischer Schritt, so die Politikwissen-

Seite B 101 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

schaftlerin Marion Kraske. Doch serbische Politiker leugnen den Genozid weiterhin und befeuern damit ihre großserbischen Ambitionen. Dagegen müsse der Westen entschieden vorgehen.

Winfried Nachtwei: Kollektives Führungsversagen. Was die Politik aus 20 Jahren Afghanistaneinsatz lernen sollte, S. 85-92

Im August vor drei Jahren zogen die letzten internationalen Soldaten aus Kabul ab, ohne dass der Westen seine Ziele erreicht hätte. Dieses Scheitern führt Winfried Nachtwei, Mitglied der Afghanistan-Enquete-Kommission des Bundestags, auf Hybris und Strategielosigkeit zurück. Statt das Land den Taliban zu überlassen, müsse die Politik aus ihren Fehlern lernen.

Peter Reif-Spirek: Blaue Aussichten im Herbst. Thüringen vor der Landtagswahl, S. 93-99

Bei der Thüringer Landtagswahl droht ein Ergebnis, das eine Regierungsbildung ohne die AfD sehr schwierig macht. Das BSW könnte sich dabei als Gamechanger erweisen, so der Soziologe Peter Reif-Spirek. In jedem Fall ist ein Verlierer bereits ausgemacht: die liberale Demokratie.

Heike Kleffner und Matthias Meisner: Bedrohung von innen. Rechtsextreme Netzwerke in den Sicherheitsbehörden, S. 101-108

Immer wieder werden rechtsextreme Netzwerke in staatlichen Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Der Journalist Matthias Meisner und die Journalistin Heike Kleffner zeigen auf, dass deren Einfluss systematisch unterschätzt wird und warnen vor einer Aushöhlung der Demokratie.

Thomas Fickel und Gesine Langlotz: Die Wut der Bauern: Von rechts beackert, von links ignoriert, S. 109-116

Seit Monaten kommt es in der EU zu großen Bauernprotesten. Doch während diese legitime Anliegen der Landwirte artikulieren, ist an den Protesten auch vieles problematisch, so der Konfliktforscher Thomas Fickel und die Landwirtin Gesine Langlotz. Sollen nicht nur rechte Parteien von den Bauerndemos profitieren, müssen progressive Kräfte endlich aktiv werden.

Andreas Babler: Alternativen zur Dauerkrise. Für eine furchtlose Sozialdemokratie, S. 117-123

Von den multiplen Krisen der Gegenwart scheinen vor allem autoritäre Politiker zu profitieren. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs Andreas Babler fordert dagegen eine mutige Sozialdemokratie, die aktiv soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Politikentwürfe umsetzt, anstatt lediglich auf Krisen zu reagieren.

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Joe Biden oder: Die Hinfälligkeit der Demokratie von Albrecht von Lucke, S. 5

Frankreich: Eine hart erkämpfte Atempause von Steffen Vogel, S. 9

Starmers Versprechen: Dienen statt lügen von Annette Dittert, S. 13

Seite B 102 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Ukrainekrieg und Korruption: Unregierbares Bulgarien von Jan Moritz Hillgruber, S. 17

Wertepartner mit Kettensäge: EU-Mercusor von Armin Paasch, S. 21

Kein Plan, kein Vertrauen: Europas Afrikapolitik von Armin Osmanovic, S. 25

Krieg im Sudan: Deutschlands verdrängte Verantwortung von Roman Deckert, S. 29

Vom Krieg zur Dauerkrise: Äthiopien ohne Aussöhnung von Bettina Rühl, S. 33

Soziale Schieflage: Das neue Klimaanpassungsgesetz von Mareike Andert und Julia Teebken, S.37

Drei Millionen ohne Abschluss: Was tun? Von Maike Rademaker, S.41

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

Adornos Flaschenpost: Was bleibt von der Kritischen Theorie? von Jörg Später, S. 51-59

Trump über alles. Wie der Oberste Gerichtshof den Präsidenten über das Gesetz stellt von Adam Serwer, S.61-64

Trumps tiefer Staat. Das »Project 2025« und der autoritäre Umbau von Jon D. Michaels, S. 65-72

Klimakatastrophe mit Ansage. Was dem Planeten unter Trump II droht von Bill McKibben, S. 73-76

Die Aktualität von Srebrenica von Marion Kraske, S. 77-84

Kollektives Führungsversagen. Was die Politik aus 20 Jahren Afghanistaneinsatz lernen sollte von Winfried Nachtwei, S. 85-92

Blaue Aussichten im Herbst. Thüringen vor der Landtagswahl von Peter Reif-Spirek, S. 93-99

Bedrohung von innen. Rechtsextreme in den Sicherheitsbehörden von Heike Kleffner und Matthias Meisner, S. 101-108

Die Wut der Bauern: Von rechts beackert, von links ignoriert von Thomas Fickel und Gesine Langlotz, S. 109-116

Für eine furchtlose Sozialdemokratie von Andreas Babler, S. 117-123

KOLUMNE

Russland: Ruhe an der Heimatfront von Mikhail Zygar, S.45

AUFGESPIESST

»Amerikas Hitler«? von Jan Kursko, S. 60

BUCH DES MONATS

Großonkel Pauls Geigenbogen von Romeo Franz und Alexandra Senfft, S. 125

EXTRAS

Kurzgefasst, S. 49

Dokumente, S. 124

Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen, S. 128

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024), 8. , In: *H-Soz-Kult*, 02.08.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145538.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Český časopis historický / The Czech Historical Review
122 (2024), 2

Český časopis historický / The Czech Historical Review 122 (2024), 2
Zeitschriftentitel

[Český časopis historický / The Czech Historical Review](#)

Erschienen

Praha 2024: [Historický Ústav AV ČR \(Institute of History of the Czech Academy of Sciences\)](#)

Erscheint vierteljährlich

<https://asjournals.lib.cas.cz/Ceskycasopishistoricky/article/uuid:081a03d3-d2e3-4890-9b86-7e95cad47ae2>

241 Seiten

Preis Jahresabonnement (4 Ausgaben): € 110

ISSN [0862-6111](#)

Kontakt

Český časopis historický / The Czech Historical Review

c/o

Institute of History of the Czech Academy of Sciences, Prosecká 76, CZ-190 00 Praha 9 –
Nový Prosek

Von

Vojtěch Szajkó, Historický ústav, Akademie věd České republiky

Český časopis historický 122 (2024), 2

Inhaltsverzeichnis

ČESKÝ ČASOPIS HISTORICKÝ / THE CZECH HISTORICAL REVIEW

<https://doi.org/10.56514/cch>

ročník 122

č. 2/2024

S. 223-463

STUDIE / STUDIES

DRAGNEA Mihai

Emotional Memory and Religious Identity in the Saxon Marches

(10th–11th centuries) [Emoční paměť a náboženská identita v Saských markách

(10.–11. století)]

S. 227

This paper examines the connection of memories to emotions as they were transmitted by chroniclers through narratives. Emotional memories played a significant role in the recollection of some brutal events connected to ecclesiastical policies in eastern Saxony and across the Elbe, where the so-called Wends lived. The paper focuses on the interactions of cognition and emotion. It shows that emotional memories were not only rhetorical devices, but also didactic tools in the process of creation of Wendish idolatry as a Christian construct of a socioreligious identity. Certain negative events from the past placed within theological frameworks were intended to provoke hostile emotional responses towards the Wends. Preserving memory on ecclesiastical matters, with faith and obedience as central elements of identification, was an ethical mission of all those in charge of writing history, usually clergymen.

Keywords: Saxon Marches – Ottonians – Wends – emotional memory – religious identity – idolatry – apostasy – Christianity – conversion

RESUMÉ

Tato studie se zaměřuje na propojení vzpomínek s emocemi tak, jak je předávali kronikáři prostřednictvím svých příběhů. Při připomínání některých brutálních událostí spojených s činností církve ve východním Sasku a za řekou Labe, na území Vendů, hrály významnou roli vzpomínky nabité emocemi. Tato studie zkoumá vzájemné působení kognice a emocí. Ukazuje, že emoční vzpomínky nebyly v procesu utváření vendské idolatrie jako křesťanského konstruktu společensko-náboženské identity pouze nástrojem rétorickým, ale také nástrojem didaktickým.

Pamatování si současných událostí bylo méně důležité než vzpomínka na křesťanské hříchy přitahující boží trest. Na základě této myšlenky se středověcí autoři, za účelem vyvolání žádoucích emocí, často uchýlovali k rétorickým trikům. Jejich posluchači tak museli naslouchat jedině verzi minulosti. Vzpomínka na mučednictví, stejně jako připomínka jakéhokoliv druhu utrpení a pronásledování křesťanů, udržovala jednotu mezi světskou a církevní mocí, které spolu byly často ve střetu.

Některé negativní události z minulosti, zasazené do teologických rámců, měly vyvolat nepřátelské emoční reakce vůči Vendům, a tím i ospravedlnit (často) brutální saskou odpověď. Autoři vzájemně propojovali všechny vendské nájezdy a prezentovali je jako vzpoury, neboť tím chtěli zdůraznit, že právoplatnými vlastníky celého území za řekou Labe

jsou saské šlechtické rody. Uchovávání paměti o církevních záležitostech, s vírou a poslušností jako ústředními identifikačními prvky, bylo etickým posláním všech, kdo byli pověřeni psaním dějin, obvykle duchovních.

HRBEK Jiří

Stát jako výsledek kulturního procesu: Vyústění diskuze o absolutismu v evropské historiografii [The State as a Result of a Cultural Process: the Outcome of Discussion on Absolutism in European Historiography]

S. 251

The study builds on the author's earlier research, in which he reflected on professional discussions about the term "absolutism" in European historiography of the 20th century. It tries to capture the broader context of the political history of the early modern period, especially the creation of the state as (to this day) the dominant political discourse and the basic communication structure of society. In his study, the author presents a summary of different approaches to the problem of the emergence of the state, especially the sociological and the culturally anthropological approaches. At the same time, he touches on areas that, thanks to these views to the political history of the early modern period, have undergone significant methodological changes in recent decades, such as the history of administration, the history of diplomacy or the history (emergence) of the public. An integral part of the treatise is also a critical reflection of terms that historians, sociologists, and cultural anthropologists use to describe the development of the state in the 16th to 18th centuries, such as bureaucratisation, the fiscal-military state, the mediality of power or competition of norms.

Keywords: the state – political culture – political anthropology – historiographical discussions – history of ideas – history of administration – the public in the early modern period

RESUMÉ

An important part of the discussion of the term "absolutism", the next phase of which slowly died down after 2000, was the search for suitable alternatives to the given term, as well as the discussion about the nature and definition of the early modern state as a unique product of the political culture of the 16th to 18th centuries, as well as on its relation to the modern or even contemporary, postmodern state. At the same time, the medieval or early modern state cannot be viewed through the Hegelian prism of the result of the state-building process, and from the perspective of the 19th and 20th centuries, it cannot be characterized as a deficient organization that lacks the essential features of state organisation, i.e., as an imperfect embryo of what was subsequently completed only thanks to its connection with the nation. Whether we are assessing the English or British constitutional monarchy, or the absolutist states located on the European continent, the early modern state must always be approached as a problem of a special kind and freed from the categories that we associate with the state of the beginning of the 21st century.

In the second half of the 20th century, historiography gradually received stimuli that came from sociology (from Max Weber, Norbert Elias or Niklas Luhmann) and tried to apply its conclusions to historical material. It was interested, for example, in the process of social discipline and ways of implementing norms, negotiations between social actors on the shape of the political system and their participation in building the state. Among other things, it resulted in a new approach to the history of administration, the "densification" of which was one of the features of the newly created organisational structure of the state. Its domain represented a gradually dominant social practice, which accompanied, for example, a new definition of corrupt behaviour or the emergence of a central lens through which the

authorities monitored their objects. In addition to examining the organisation of the state, no less attention was also paid to the behaviour and actions of the people it included and their ideas about power.

The second source of inspiration for assessing the historical context of today's state was cultural anthropology, starting from a broad concept of culture as a human creation that emerges when a person gives certain meaning and significance to the things around him. In addition, it was the redefinition of important objects (symbols) that was a necessary prerequisite for a new understanding of the state. According to Pierre Bourdieu, it was precisely the state that then acquired the power to name things and gradually monopolized this symbolic power as well as all legitimate violence on its territory. The instrument for this cultural and political monopoly was not the administration (police), but the media, in the early modern period this was primarily written culture (e.g., the press), which helped to overcome distances, as well as public performances (e.g., festivities), during which important political subject matters were represented. Both were behind the emergence of a specific early modern public, which gradually accepted the state as the dominant political discourse. After all, it has remained that way to this day.

KARLACH Jan – PTÁČKOVÁ Jarmila

Antropologie v socialistické Číně: Od ústřední úlohy při konstrukci národní identity po orámování globální Iniciativy pásma a cesta [Anthropology in Socialist China: From Principal Role in National Identity Construction to Framing of the Global Belt and Road Initiative]

S. 297

The core of the article analyzes the historical development of Chinese anthropology from 1949 until today. First, it maps the parallel development of the anthropological terminology, thinking and practices, which together provided a scientific-theoretical basis for the subsequent political-ideological formation of the structure of the Chinese nation. Its conception is a bricolage of ethnopolitical categories, which came into being through a synergy of gradually indigenized theories of Soviet, European and American humanities and social sciences. The text further demonstrates that the historical experience of Chinese anthropology is being projected beyond the China's borders, where it theoretically underpins the global political-economic strategy, the „Belt and Road Initiative“.

Keywords: China – anthropology – bricolage – Chinese nation – history of science – ethnic corridor – Belt and Road Initiative

RESUMÉ

The article maps the practices and development of Chinese anthropology mainly from the founding of the People's Republic of China (PRC) in 1949 to the present. A historically contextualized analysis of the research practice of the most important Chinese anthropologists reveals how the nearly century-old bricolage of Chinese anthropology's experience with various theoretical approaches frames the current geopolitical ambitions of the PRC.

The introduction provides the essential information from the formative period of Chinese anthropology under the mainland government of the Republic of China (1911–1949). The first part of the text is mainly devoted to the period of the 1950s, when anthropology was repackaged into Sovietized ethnology under the pressure of the Chinese tint of the ideology of Marxism-Leninism. The political need for the rapid completion of the national project started on the threshold of the 20th century paradoxically forced the scientists to benefit

primarily from their rich experience with colonial British and American anthropology from the period before 1949. The result of their work was presented anyway as a merit of advanced science from the Soviet Union.

The second part of the article mainly describes the period of the 1980s and 1990s, when anthropology and its main protagonists were rehabilitated and recognised again after more than twenty years of political campaigns. The main figure of Chinese anthropology, Fei Xiaotong, built his theory of the Chinese nation as a “pluralistic unity” based on his own experience from field research in the 1930s and 1940s in southwestern China. The core of his vision is comprised of his interpretation of the historical economic relations between the ethnic groups through whose territories the trade routes (“corridors”) of the Chinese empire ran. Fei’s generalized vision of the Tibetan-Yi ethnic-economic corridor was from the beginning in harmony with the state-promoted Chinese branch of Marxist economic theory, and since the late 1980s it has been underwritten both by the economic policies of the PRC and by the related view of non-Han and later non-Chinese cultures.

The final part then points to the current visions of Chinese anthropology, whose accumulated experience with the construction of its own national identity – mainly following Fei’s theoretical considerations shaped by colonial anthropologies, Sovietized ethnology, and the subsequent phase of the renewal of anthropology as a science of state strategic importance – now frames the concept of Chinese political-economic a global strategy called the “Belt and Road Initiative”.

PŘEHLED BĀDÁNÍ / RESEARCH OVERVIEW

KOZÁK Petr

Královské dvory Jiřího z Poděbrad, Vladislava II. a Ludvíka Jagellonského: Stav výzkumu
[The Royal Courts of George of Poděbrady, Vladislaus II and Louis Jagiellon: State of Research]

S. 323

The study presents an annotated summary of research results achieved by Czech historiography in the field of research into the courts of the Bohemian kings of the post-Hussite period: George of Poděbrady (1458–1471) and the Jagiellonian monarchs, Vladislaus II of Hungary (1471–1516) and Louis II of Hungary (1516–1526). The author notes the overall unsatisfactory state of research on the Bohemian royal courts of the late Middle Ages, especially when it comes to basic structural-personnel analyses. The paper points to the causes of this situation and draws attention to the interpretative limits that arise from it. It sees the starting point in basic source heuristics and work cooperation on the international level.

Keywords: royal courts – state of the research – Middle Ages – George of Poděbrady – Jagiellonians

RESUMÉ

The presented material study presents an annotated summary of research results achieved by Czech historiography in the field of research into the courts of the Bohemian kings of the post-Hussite period: George of Poděbrady (1458–1471) and the monarchs from the House of Jagiellonian, Vladislaus II (1471–1516) and Louis II (1516–1526). The author notes the overall unsatisfactory state of research on the Bohemian royal courts of the period of the end of the Middle Ages, which is a natural legacy of the long-term underestimation of the importance of the role of the court power centre in the construction of the interpretation of Bohemian “national” history. Although this status has undergone substantial changes over

the past decades, a significant disproportion remains in terms of chronological coverage of the material. In this way, the earliest time layer, i.e., the Přemyslid period of Bohemian history, has been explored in the most comprehensive way. In contrast to this, the courts of the Bohemian monarchs have not been treated since the middle of the 14th century, especially when it comes to performing basic structural-personnel analyses. The desideratum of research par excellence in this regard is mainly represented by the court of King Louis II of Hungary. However, very little reliable information is also available about the court society that surrounded King George of Poděbrady. Thanks to Josef Macek and Pavel Trnka, the court of King Vladislaus II of Hungary remains a significant exception, but only until the time he took over the reign in Hungary. The existence of a structural-personnel analysis of the court of King Vladislaus from 1471–1490 has made it possible to present considerations connected with the geographical horizon of this court, significantly marked by the conflict with the Hungarian (and Bohemian) King Matthias Corvinus. The author has also tried to outline the social profile of the members of the court society of the Jagiellonian monarch, when the numerical superiority of representatives of the lower nobility among the holders of court offices and courtiers without formally defined functions was confirmed. The limited awareness of the structure and personnel composition of the court of George of Poděbrady, on the other hand, convincingly pointed out the resulting interpretive limits, thanks to which the reflections on the court of this ruler often slip into a stereotypical reproduction of long-held assumptions. The way to change this situation should be, on the most general level, the implementation of basic research based on consistent source heuristics. The current challenge in this respect is represented by the prosopographic-biographical project of Hungarian historians targeting the Hungarian royal court during the reign of Matthias Corvinus and the Jagiellonian monarchs.

OBZORY LITERATURY / REVIEW ARTICLES AND REVIEWS

Recenze

Tři edice pramenů k osobnosti Lva Thuna (1811–1888):

Brigitte MAZOHL – Christof AICHNER – Tanja KRALER (eds.)
Die Korrespondenz von Leo von Thun-Hohenstein
Projekt P 22554 (2010–2015)

Christof AICHNER – Brigitte MAZOHL (eds.)
Die Korrespondenz des Ministers für Cultus und Unterricht
Leo Thun-Hohenstein (1849–1860): Auswahledition zu den Reformen von Unterricht und
Bildung in der Habsburgermonarchie

Michael PROKOSCH – Sieglinde KAPFERER (eds.)
Das Tagebuch von Leo Thun-Hohenstein (1825–1842): Einblicke in die Jugendjahre des
späteren Ministers für Cultus und Unterricht
S. 349
(Otto Chmelík)

Gábor BARABÁS
Delegated Papal Jurisdiction in Arpadian Hungary.
Bishops – provosts – papal chaplains
S. 361
(Peter Bučko)

Seite B 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Petr SKALICKÝ – Jan FIŘT – Anežka MIKULCOVÁ (eds.)
Středověké nástěnné malby v Praze. Kapitoly
S. 367
(František Šmahel)

Marek BRČÁK
Působení kapucínského řádu v Čechách a na Moravě 1599–1783
S. 373
(Tomáš Černušák)

Hall BJØRNSTAD
The Dream of Absolutism. Louis XIV and the Logic of Modernity
S. 376
(Anna Z. Adamčíková)

Petr VOIT
Boj o volnou plochu. Slepotisk na české knižní vazbě 16. století dle databáze NUSK a Strahovské knihovny v Praze
S. 382
(Bořek Neškudla)

Amy HARRIS
Being Single in Georgian England. Families, Households, and the Unmarried
S. 389
(Michaela Žáková)

Christopher CLARK
Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt
S. 393
(Miroslav Šedivý)

Eduard KUBŮ – Jiří ŠOUŠA – Barbora ŠTOLLEOVÁ a kol.
Za německou hroudu a zrnou. Agrární hnutí Němců v českých zemích období habsburské monarchie: od hospodářských společností, odborných i politických spolků a exkluzivních politických reprezentací k agrárnímu stranictví (1848–1918)
S. 399
(Lukáš Fasora)

Martin KLEČACKÝ a kol.
Slovník představitelů politické správy v Čechách v letech 1849–1918
S. 404
(Jan Županič)

Zprávy o literatuře
S. 409

Z VĚDECKÉHO ŽIVOTA / CHRONICLE

Nekrology

Libuše Hrabová
(2. října 1928 Moravská Ostrava – 17. listopadu 2023 Hranice)
(Antonín Kalous)
S. 429

Robert Kvaček
(5. července 1932 Dvorce – 27. dubna 2024 Lomnice nad Popelkou)
(Jindřich Dejmek)
S. 437

Knihy a časopisy došlé redakci
S. 453

Zitation

Český časopis historický / *The Czech Historical Review* 122 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 28.07.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145480.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) storija 20. veka 42 (2024), 2

Titel der Ausgabe
Istorija 20. veka 42 (2024), 2
Zeitschriftentitel
[Istorija 20. veka / History of the 20th Century](#)

Belgrad 2024: [Institute for Contemporary History / Institut za savremenu istoriju](#)
256 Seiten

Preis € 5,00 (Print)

ISSN [E-ISSN: 2560-3647; Print ISSN: 0352-3160](#)

Kontakt

Istorija 20. veka / History of the 20th Century
Land Serbia
c/o
Nebojsa Stambolija, casopis@isi.co.rs

Von
Nebojsa Stambolija, Institut za savremenu istoriju

Istorija 20. veka (*History of the 20th Century*) considers previously unpublished manuscripts of articles and scholarly contributions whose object is contemporary history of Serbia, former Yugoslavia and the Balkans in European and global context. Articles are expected to be interdisciplinary and based on original archival research. The journal publishes articles that

critically investigate social, cultural, economic and intellectual developments of the 20th century. All received manuscripts are subject to a double-blind external peer review process. To be accepted the manuscripts need to be deemed publishable by the editorial board and two anonymous reviewers. Articles are published in Serbian and English, and in other languages should the need arise.

Inhaltsverzeichnis

SADRŽAJ / CONTENTS

Milan Videnović

PREGOVORI KRALJEVINE SHS I ITALIJE OD OKUPACIJE RIJEKE DO RIMSKOG SPORAZUMA 1924. GODINE

NEGOTIATIONS BETWEEN THE KINGDOM OF SHS AND ITALY FROM THE OCCUPATION OF RIJEKA TO THE TREATY OF ROME IN 1924

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.vid.281-298>

Danilo Kovač

USTASHA VIOLENCE AGAINST SERBS AND JEWS IN THE SUMMER OF 1941: INSIGHTS FROM VICHY DIPLOMATIC DOCUMENTS

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.kov.299-312>

Milutin Živković

“LORD” OF STARA RAŠKA: WAR BIOGRAPHY OF SS-STANDARTENFÜHRER KARL VON KREMLER (1939–1945)

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.ziv.313-338>

Aleksandar Stamatović, Filip Vučetić

ZLOČINI PLAVSKO-GUSINJSKIH MUSLIMANA PREMA SRPSKOM STANOVNIŠTVU U DRUGOM SVJETSKOM RATU

THE CRIMES OF MUSLIMS FROM PLAV AND GUSINJE AGAINST THE SERBIAN POPULATION

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.sta.339-362>

Bojan Dimitrijević, Renato Podbersič

„ZA KRALJA IN DOMOVINO!": ČETNICI U PRIMORSKOJ U DRUGOM SVETSKOM RATU

“FOR THE KING AND HOMELAND”: CHETNIKS AT SLOVENIAN LITTORAL IN THE SECOND WORLD WAR

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.dim.363-380>

Blaž Torkar

MISUNDERSTANDINGS REGARDING THE OPERATION OF THE BRITISH FLOYDFORCE AMONG THE YUGOSLAV PARTISANS

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.tor.381-392>

Jovan Čavoški

DRUGI SVETSKI RAT I NJEGOVE NEPOSREDNE POSLEDICE KAO FORMATIVNO ISKUSTVO POSLERATNE BURMANSKE POLITIKE

THE SECOND WORLD WAR AND ITS IMMEDIATE CONSEQUENCES AS THE FORMATIVE EXPERIENCE OF BURMA'S POST-WAR POLITICS

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.cav.393-414>

Ilija Kukobat

TERRORISM AND YUGOSLAV AIR TRANSPORT 1948–1990

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.kuk.415-432>

Luka Filipović

KONTRADIKTORNE POLITIKE SKJ PREMA POBUNAMA U JUGOSLAVIJI I U EVROPI
1968.

CONTRADICTORY POLICIES OF THE LEAGUE OF COMMUNISTS OF YUGOSLAVIA
TOWARDS THE REBELLIONS OF 1968 IN YUGOSLAVIA AND EUROPE

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.fil.433-452>

Jelena Todorović Lazić

KRIZA NA KOSOVU 1981. GODINE IZ PERSPEKTIVE DRŽAVA „VELIKE PETORKE“
THE 1981 KOSOVO CRISIS FROM THE PERSPECTIVE OF THE “BIG FIVE”
COUNTRIES

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.tod.453-470>

Slobodan Selinić

MILKA PLANINC I SPOLJNI DUG SFRJ 1982/1983

MILKA PLANINC AND THE EXTERNAL DEBT OF THE SFRY 1982/1983

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.sel.471-488>

Čedomir Antić

„O DELU ODBEGLE SABINJANKE“: OSVRT NA KNJIGU DEJANA ĐOKIĆA A CONCISE
HISTORY OF SERBIA

„CONCERNING THE WORK OF THE RUNAWAY SABINE WOMAN“: REVIEW OF
DEJAN ĐOKIĆ'S BOOK, A CONCISE HISTORY OF SERBIA

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.2.ant.489-512>

Zitation

Istorija 20. veka 42 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 02.08.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145716>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung 5 (2024)

Weiterer Titel

Im Zugriff von Fürsorge und Polizei

Göttingen 2024: [Wallstein Verlag](https://www.wallstein-verlag.de)

Erscheint Jährlich

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835357136-im-zugriff-von-fuersorge-und-polizei.html>

ISBN 978-3-8353-5713-6

229 Seiten

Preis € 22,00

ISSN [2702-3044](https://www.issn.org/issn/2702-3044)

Kontakt

Institution

Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung

c/o

Frau Dr. Jutta Mühlenberg, Hamburg, jutta.muehlenberg@hamburg.de

<mailto:jutta.muehlenberg@hamburg.de>

Von

Hajo Gevers, Wallstein Verlag

Im Fokus der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege stand die Fürsorge für die »Volksgemeinschaft«. Hilfsbedürftige, die sich unerwünscht verhielten, wurden von den Fürsorgebehörden als »gemeinschaftsfremd« ausgeschlossen. Bei der Zuschreibung einer vorgeblich erblich bedingten Abweichung wie auch bei einer Ausgrenzung als »asozial« und »arbeitsscheu« spielten durch Geschlechterbilder geprägte Erwartungen eine zentrale Rolle. Die ausgegrenzten Hilfsbedürftigen wurden mit vielfältigen eugenischen Zwangsmaßnahmen überzogen. Fürsorge, Wohlfahrtsanstalten, Jugend-, Arbeits- und Gesundheitsämter arbeiteten bei der Entrechtung der Betroffenen eng mit der Polizei und Justiz zusammen. Stigmatisierte Personen wurden von der Polizei zu Tausenden in »Vorbeugungshaft« genommen und in Konzentrationslager eingewiesen.

In diesem Heft werden Fürsorge und Zwangserziehungssysteme im Netzwerk nationalsozialistischer Verfolgungsinstanzen – auch über die Grenzen des Reichsgebiets hinaus – in den Blick genommen. Zudem wird nach konkreten wie auch transgenerationalen Auswirkungen auf die Betroffenen gefragt und deren Gegenwehr beispielhaft thematisiert.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

S. 7

Nikolas Lelle: »Arbeit macht frei«. Zum Zusammenhang nationalsozialistischer Fremd- und Selbstbilder mit Praktiken der Verfolgung und Vernichtung

S. 13

Seite B 114 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Jan Neubauer: Armes Augsburg. Nationalsozialistische Sozialfotografie zwischen Fürsorge und Verfolgung
S. 24

Thomas Irmer: »Die Stadt Berlin kann mit gutem Recht auf den Geist und die Führung ihrer Heime hinweisen.« NS-spezifische Verfolgungsmaßnahmen in städtischen und privaten Berliner Fürsorgeerziehungsheimen
S. 40

Reimer Möller: Die Überstellung von Arbeitshausgefangenen aus der Landesarbeitsanstalt Glückstadt in das Konzentrationslager Neuengamme
S. 55

Piotr Chruścielski: »Asozial« als Haftkategorie im Konzentrationslager Stutthof. Eine Annäherung an Ort, Menschen und Begriffe
S. 82

Rense Havinga: Researching prisoners labelled »aso« in concentration camps in the Netherlands
S. 101

Laurens Schlicht: Wissen – Kontrollieren – Aussondern. Zur Funktion der Weiblichen Kriminalpolizei in Jugendkonzentrationslagern (»Jugendschutzlagern«)
S. 111

Oliver Gaida: Bittbrief, Beschwerde, Flucht. Behauptungsstrategien gegenüber der Zwangsfürsorge
S. 127

Frauke Steinhäuser: »Die herzlichsten Grüße aus der goldenen Freiheit«. Ein gemeinschaftlicher Selbstbehauptungsversuch von als »asozial« verfolgten Frauen im Nationalsozialismus
S. 140

Oliver Gaida: Zwischen »Gentleman-Einbrecher« und »Berufsverbrecher«. Leben und Verfolgung von Manfred Bastubbe
S. 157

Daniel Haberlah: Entschädigungsakten als Quelle zur Verfolgung »Asozialer« im Nationalsozialismus
S. 169

Sarah Könecke: »Ihr Ansehen soll nicht beschmutzt werden«. Erinnerungsstrukturen in Familien von als »asozial« verfolgten Frauen
S. 179

Dokumentation

Stefan Romey: Baustelle ehemaliges Versorgungsheim Farmsen. Ein geplanter Ort der Begegnung, des Erinnerns und des Lernens
S. 189

Besprechungen und Annotationen

Rezensionen

Helga Amesberger / Judith Goetz / Brigitte Halbmayr / Dirk Lange (Hg.): Kontinuitäten der Stigmatisierung von »Asozialität«. Perspektiven gesellschaftskritischer Politischer Bildung (Christa Paul)

S 201

Brigitte Halbmayr: Brüchiges Schweigen. Tod in Ravensbrück – auf den Spuren von Anna Burger

Nina F. Grünfeld: Frida. Auf der Suche nach meiner verfolgten Großmutter (Alyn Šišić)

S. 205

Neuerscheinungen aus den Gedenkstätten

S. 210

Zitation

Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung 5 (2024). , In: *H-Soz-Kult*, 20.08.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145855>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 76 (2024), 3

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte / Journal of Religious and Cultural Studies](#)

Leiden 2024: [Brill Academic Publishers](#)

<https://brill.com/view/journals/zrqq/zrqq-overview.xml?language=de>

Preis Institutions: Print & Online € 343,00; Print € 315,00, Online € 286,00

ISSN [ISSN: 0044-3441](#) E-ISSN: [1570-0739](#)

Kontakt

Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte / Journal of Religious and Cultural Studies
Land

Netherlands

c/o

Dr. Martina Bitunjac Geschäftsführende Redakteurin der Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte/Journal of Religious and Cultural Studies Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch jüdische Studien Am Neuen Markt 8 D-14467 Potsdam E-Mail:

mbitunja@uni-potsdam.de oder zrqq@uni-potsdam.de Tel.: D-331-28094-20 www.mmz-potsdam.de

Seite B 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Von

Martina Bitunjac, Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien/Universität
Potsdam

Die Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte wurde 1948 von Hans-Joachim Schoeps und Ernst Benz als interdisziplinär konzipierte wissenschaftliche Zeitschrift begründet. Thematisch ist die Zeitschrift offen für wissenschaftliche Aufsätze, die sich mit Fragestellungen und Themen an den Schnittstellen von Religions- und allgemeiner Geistesgeschichte beschäftigen. Die ZRGG begreift sich als ein internationales Forum, das dem Austausch von Forschungsergebnissen und -problemen dient.

Kontakt:

Dr. Martina Bitunjac

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch jüdische Studien

Am Neuen Markt 8

14467 Potsdam/Germany

E-Mail: zrgg@uni-potsdam.de oder mbitunja@uni-potsdam.de

Tel.: +49-331-28094-20

Die Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte ist peer-reviewed.

Inhaltsverzeichnis

Zum Tod von Joachim H. Knoll

Julius H. Schoeps

Joachim H. Knoll (23. November 1932 – 22. März 2024). Zum Tode eines langjährigen
Weggefährten

Aufsätze

Volker Küster

Tod und Jenseits im interkulturell-religiösen Vergleich

Hans Martin Dober

Das Böse bei Kant und Cohen. Von der Wechselbeziehung zwischen Theodizee und
Anthropodizee

Sebastian Abel

Metaphysik und Wunderkritik – Leibniz, Wolff, Reimarus

Miszellen

Martina Bitunjac

“People were Standing in the Subway and Just Turned their Heads Away from Us”. The
Jewish-Croatian Historian Mirjana Gross and Her Academic Life in the Shadow of the
Holocaust

Johannes Twardella

Freuds Biographie und das Verhältnis der Psychoanalyse zur Religion. Zu Wolfgang
Hegeners neuen Studie Im Anfang war die Schrift

Rezensionen

Tim Lorentzen: Bonhoeffers Widerstand im Gedächtnis der Nachwelt, Paderborn: Brill Schöningh 2023, 624 S. (Lukas Bormann)

Fabian Kuhn: Geistiger Wiederaufbau und kalter Kulturkrieg. Die intellektuellen Debatten in den politisch-kulturellen Zeitschriften in Deutschland 1945 bis 1955 (Studien zur Zeitgeschichte, Band 123), Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 2023, 590 S. (Gabriel Rolfes)

Helmut Müssener/Michael F. Scholz: Die jüdische Emigrantenselbsthilfe in Stockholm (1938 –1973). Hilfe durch Selbsthilfe. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2023, 332 S. (Olaf Glöckner)

Naida-Michal Brandl, Židovi u Hrvatskoj nakon Holokausta [Juden in Kroatien nach dem Holocaust]. Zagreb: Leykam international 2023. 438 S. (Martina Bitunjac)

Zitation

Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 76 (2024), 3. , In: *H-Soz-Kult*, 13.08.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145740.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Holocaust and Genocide Studies 38 (2024), 2

Oxford 2024: [Oxford University Press](https://www.oxforduniversitypress.com/)

https://academic.oup.com/hgs/issue/38/2?utm_source=LatestIssue%27&%27utm_campaign%27=%27hgs%27&%27utm_medium%27=%27Email&nbid=13292015649&nbid_source=campaigner

ISSN [8756-6583 \(Print\)](https://www.issn.org/issn/0950-0804), [1476-7937 \(Online\)](https://www.issn.org/issn/1476-7937)

Kontakt

Holocaust and Genocide Studies

Von

Melanie Strauß, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Letter from the Editors

Tribute to Mel Hecker

Dan Magilow, Helene Sinnreich, Laura Foster, Michelle Magin

Article

Era of the Female Witness: Jewish Women and the Trial of Klaus Barbie
Ashley Valanzola

Seite B 118 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Citizens and Thieves: “Aryanization” in Wartime Varaždin
Alma Huselja

Using Holocaust Education as a “Bridge” to Learning about Apartheid in a South African History Classroom: The Development of “Interpretive Frames” through Comparative Histories border=
Natasha Robinson

Deportations of Roma from Hungary and the Mass Killing at Kamianets-Podilskyi in 1941 border=
Anders E B Blomqvist

The Warsaw Ghetto Poet—Zionist? Revisionist? ŻZW Member? On the Ideological Context and National Outlook of Władysław Szlengel
Yossi Suede

The Holocaust Propaganda Machine in Soviet Periodicals, 1941–1945
Albert Kaganovitch

Book review

The Women of the Arrow Cross Party: Invisible Hungarian Perpetrators in the Second World War. Andrea Pető
Marina Alia Jurišić

The Third Reich’s Elite Schools: A History of the Napolas. Helen Roche
Barnabas Balint

Ilse Koch on Trial: Making the “Bitch of Buchenwald,”. Tomaz Jardim
Alette Smeulers

Paediatrics in the Reichsuniversität Straßburg: Children’s Medicine at a Bastion of Nazi Ideology. Aisling Shalvey
Beverley Chalmers

Babyn Yar: Ukrainian Poets Respond. Ostap Kin, trans. John Hennessy and Ostap Kin
Hazel Frankel

Rain of Ash: Roma, Jews, and the Holocaust. Ari Joskowitz
Margareta Matache

Between God and Hitler: Military Chaplains in Nazi Germany. Doris L Bergen
Robert Thompson

The Holocaust across Borders: Trauma, Atrocity, and Representation in Literature and Culture. Hilene S Flanzbaum
Brett Ashley Kaplan

Gemeinsam gegen Deutschland: Warschaus jiddische Presse im Kampf gegen den Nationalsozialismus (1930–1941). Anne-Christine Klotz
Katharina Friedla

Seite B 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Dance on the Razor's Edge: Crime and Punishment in the Nazi Ghettos. Svenja Bethke, trans., Sharon Howe
Daniela Ozacky Stern

A "Jewish Marshall Plan": The American Jewish Presence in Post-Holocaust France.
Laura Hobson Faure
Ben Holt

After the Holocaust. Monty Noam Penkower
Rochelle Caviness

Obituary

Obituary: Lawrence Langer (1929–2024)
Michael Berenbaum

Correction

Correction to: "An island of Jewish autonomous life": Paul Rosner's Diary and the Story of the Young Maccabi Movement in Germany

Zitation

Holocaust and Genocide Studies 38 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 21.08.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145856>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 110 (2023), 2

Zeitschriftentitel

[Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte \(VSWG\)](#)

Stuttgart 2023: [Franz Steiner Verlag](#)

<https://www.steiner-verlag.de/brand/VSWG>

148 Seiten

ISSN [0340-8728](#)

Kontakt

Mark Spoerer
Universität Regensburg
Abteilung
Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
93053 Regensburg, Universitätsstraße 31
c/o
Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG)

Von
Katrin Blumenstock, Verlag

Inhaltsverzeichnis

Nachruf

ALBRECHT RITSCHL
Nachruf Knut Borchardt (1929–2023)
Obituary Knut Borchardt (1929–2023)
S. 149

Aufsätze

FLEMMING FALZ
Ludwig Erhards zweite Karriere: Zur politischen Mythologie des Neoliberalismus „nach dem Boom“
Ludwig Erhard's Second Career: On the Political Mythology of Neoliberalism "Since the Boom"
S. 152

MICHAEL RÖSSER
Von Afrika nach Eurasien?
Deutsche Unternehmen zwischen kolonialem Eisenbahnbau und geopolitischer -
Planungsphantasie während des Ersten Weltkrieges
From Africa to Eurasia?
German Companies between Colonial Railway Construction and Geopolitical Planning
Fantasies during the First World War
S. 183

Forschungsdaten

PAUL WINDOLF / CHRISTIAN MARX
Unternehmer und Manager in der NSDAP: Erläuterungen zu einem Datensatz
Entrepreneurs and Managers in the NSDAP: Explanations on a Data Set
S. 205

Aktuelles
S. 217

Rezensionen

A. Allgemeines

Bennemann, N.: Rheinwissen. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt als Wissensregime 1817–1880 (R. BANKEN)
S. 221

Brehm, A.-C.: Netzwerk Gotik. Das Ulmer Münster im Zentrum von Architektur- und Bautechniktransfer (R. S. ELKAR)
S. 222

Seite B 121 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Ebert, S. F.: Der Umwelt begegnen. Extremereignisse und die Verflechtung von Natur und Kultur im Frankenreich vom 8. bis 10. Jahrhundert (B. SCHRATZENSTALLER)
S. 224

Ianoid, B.: Das Iasi-Pogrom Juni–Juli 1941. Eine Fotodokumentation aus dem Holocaust in Rumänien (B. BODÓ)
S. 225

Inhetveen, H. / Spieker, I. (Hg.): BodenKulturen. Interdisziplinäre Perspektiven (S. BOSCANI LEONI)
S. 227

Reinhardt, V.: Die Macht der Seuche. Wie die Große Pest die Welt veränderte 1347–1353 (M. SPOERER)
S. 228

Uekötter, F.: Der Deutsche Kanal. Eine Mythologie der alten Bundesrepublik (M. GRIEGER)
S. 229

Wolff, K.: Die Theorie der Seuche. Krankheitskonzepte und Pestbewältigung im Mittelalter (G. ROHMANN)
S. 231

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Adamanski, J. et al: Forschung, Kultur und Bildung. Wissenschaft im Ruhrgebiet zwischen Hochindustrialisierung und Wissensgesellschaft (N. DINÇKAL)
S. 232

Breul, W. et al: Pietismus und Ökonomie (1650–1750) (K. FRIEDRICH)
S. 234

Bünz, E.: Landwirtschaft und Dorfgesellschaft im ausgehenden Mittelalter (C. W. CLOSE)
S. 235

Gunn, J.: Outsourcing African Labor. Kru Migratory Workers in Global Ports, Estates and Battlefields until the End of the 19th Century (M. RÖSSER)
S. 236

Hellwege, P.: Professional Guilds and the History of Insurance. A Comparative Analysis. (T. A. JOPP)
Hellwege, P.: From Guild Welfare to Bismarck Care. Professional Guilds and the Origin of Modern Social Security Law and Insurance Law in Germany (T. A. JOPP)
S. 238

Höhn, P.: Kaufleute in Konflikt. Rechtspluralismus, Kredit und Gewalt im - spätmittelalterlichen Lübeck (K. PINDL)
S. 240

Seite B 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Köstlbauer, J. et al: Beyond Exceptionalism. Traces of Slavery and the Slave Trade in Early Modern Germany, 1650–1850 (M. RESSEL)
S. 242

Kroll, T. / Severin- Barboutie, B.: Wider den Kapitalismus. Antikapitalismen in der Moderne (W. PLUMPE)
S. 243

Linne, K.: Die Bruderschaft der „Entwickler“. Zur Etablierung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1974 (B. UNFRIED)
S. 245

Orłowska, A. P.: Johan Pyre, Ein Kaufmann und sein Handelsbuch im spätmittelalterlichen Danzig. Darstellung und Edition (T. ERTL)
S. 246

Rudorff, A.: Katzbach – das KZ in der Stadt. Zwangsarbeit in den Adlerwerken Frankfurt am Main 1944/45 (M. GRIEGER)
S. 247

Raasch, M.: Der Hybrid. Das 19. Jahrhundert und die Idee der Genossenschaft (A. KLUGE)
S. 249

Talos, E. / Obinger, H.: Sozialstaat Österreich (1945–2020). Entwicklung – Maßnahmen – internationale Verortung (G. CHALOUPEK)
S: 250

Windolf, P. / Marx, C.: Die braune Wirtschaftselite. Unternehmer und Manager der NSDAP (H. JOLY)
S. 252

C. Sozialgeschichte

Dietz, B.: Der Aufstieg der Manager. Wertewandel in den Führungsetagen der westdeutschen Wirtschaft, 1949–1989 (R. AHRENS)
S. 253

Koschyk, H. / Regente, V.: Vertriebene in SBZ und DDR (J. PANAGIOTIDIS)
S. 254

Lorke, C.: An den Rändern der Gesellschaft. Armut und soziale Ausgrenzung im geteilten Deutschland (H. KAELBLE)
S. 256

Süß, D. / Torp, C.: Solidarität. Vom 19. Jahrhundert bis zur Corona-Krise (H. KAELBLE)
S. 257

Teubner, M.: Die „zweite Sklaverei“ ernähren. Sklavenschiffsköche und Straßenverkäuferinnen im Südatlantik (1800–1870) (L. PELIZAEUS)
S. 258

Seite B 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Thießen, M.: Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie (V. REINHARDT)
S. 260

D. Wirtschaftsgeschichte

Bol, A.: Corporate Governance. Normen, Legitimation und Praktiken in deutschen Unternehmen, 1870–1930 (E.-M. ROELEVINK)
S. 261

Bormann, P. / Sattler, F.: Die DZ HYP. Eine genossenschaftliche Hypothekenbank zwischen Tradition und Wandel (1921–2001) (H. WIXFORTH)
S. 263

Engel, A.: Risikoökonomie. Eine Geschichte des Börsenterminhandels (A. RESCH)
S. 264

Erker, P.: Zulieferer für Hitlers Krieg. Der Continental-Konzern in der NS-Zeit (B. GEHLEN)
S. 266

Gehlen, B.: Die Thyssen-Bornemisza-Gruppe. Eine transnationale business group in Zeiten des Wirtschaftsnationalismus (1932–1955) (T. MÖBIUS)
S. 267

Hamann, C. F.: Wiederholte Fehler? Die finanzpolitischen Reaktionen Deutschlands auf die Weltwirtschaftskrisen von 1929 und 2008 (R. KÖSTER)
S. 269

Hatzky, C. et al: Roche in der Welt 1896–2021. Eine globale Geschichte (J. SCHOLTYSECK)
S. 270

Hermann, K.: Von Zementfabriken, Schiffs- und Waggonbau zum Technologietransfer. Über den Beitrag der DDR zur Industrialisierung Chinas (A. STEINER)
S. 272

Hirschbiegel, J. et al: Ökonomisch bestimmtes Handeln in der Vormoderne – eine Frage des Vertrauens? (U. KYPTA)
S. 273

Jansen, M.: Der Nachrichtenmarkt in der Industriellen Revolution. Zur Entwicklung und rechtlichen Gestaltung des Nachrichtenmarktes im Kontext von Wolff's Telegraphischem Bureau (1849–1914) (M. VON PROLLIUS)
S. 274

Lang, H.: Internationale Kapital- und Warenmärkte, transalpiner Handel und Herrscherfinanzen. Die Kooperation zwischen den Handelsgesellschaften der Welser und den Florentiner Kaufmannsbankiers der Salviati-Gruppe (R. WALTER)
S. 276

Seite B 124 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Lindner, S. H.: Aufrüstung – Ausbeutung – Auschwitz. Eine Geschichte des I. G.-Farben-Prozesses (A. STILLER)

S. 277

Link, S. F.: Forging Global Fordism: Nazi Germany, Soviet Russia, and the Contest over the Industrial Order (T. VONYÓ)

S. 278

Mata, M. E.: The Portuguese Escudo Monetary Zone. Its Impact in Colonial and Post-Colonial Africa (J. NAUTZ)

S. 280

Rasch, M.: Das Ruhrgebiet im Ersten Weltkrieg. Technik und Wirtschaft (C. KLEINSCHMIDT)

S. 281

Ressel, M.: Protestantische Händlernetze im langen 18. Jahrhundert. Die deutschen Kaufmannsgruppierungen und ihre Korporationen in Venedig und Livorno von 1648 bis 1808 (M. SCHULTE BEERBÜHL)

S. 282

Rüther, D.: Der „Fall Nährwert“. Ein Wirtschaftskrimi aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges (U. POTHMANN)

S. 284

Schmitt, M.: Die Digitalisierung der Kreditwirtschaft. Computereinsatz in den Sparkassen der Bundesrepublik und der DDR 1957–1991 (C. HENRICH-FRANKE)

S. 285

Steinfeld, F.: Das Quantifizierte Unternehmen. Rechnungswesen, Bilanzierung und Entscheidungen in der deutschen chemischen Industrie, 1863–1916 (F. SELGERT)

S. 286

Tobler, L.: Banken im Sturm. Die Politisierung des Schweizer Finanzplatzes in den 1970er- und 80er-Jahren (R. U. VOGLER)

S. 288

Wegenschimmel, P.: Zombiewerften oder Hungerkünstler? Staatlicher Schiffbau in Ostmitteleuropa nach 1970 (S. LEMMEN)

S. 289

Eingegangene Bücher

S. 291

Weitere Hefte ↓

Zitation

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 110 (2023), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 16.08.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145823>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Moderne Stadtgeschichte 55 (2024), 1

Berlin 2024: [Berlin Universities Publishing](#)

Erscheint halbjährlich

Url: <https://www.moderne-stadtgeschichte.de>

Preis Open Access

ISSN [2941-6159](#)

Kontakt

Salzburg

c/o

*Prof. Dr. Sebastian Haumann, Paris Lodron Universität Salzburg, FB Geschichte, Rudorlfskai 42, A-5020 Salzburg, Österreich, E-Mail: <sebastian.haumann@plus.ac.at> PD
Dr. Christoph Bernhardt Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung E-Mail: <bernhardt@irs-net.de>*

Von

Sebastian Haumann, Fachbereich Geschichte, Paris Lodron Universität Salzburg

Inwiefern kann das wissenschaftspolitische Konzept der Citizen Science neue Impulse für die Stadtgeschichtsforschung liefern? Schließlich ist die Stadtgeschichte ein Feld, auf dem interessierte Lai/innen und Wissenschaftler/innen schon lange neben- und zum Teil auch miteinander forschen. Citizen Science in der Stadtgeschichte kann an etablierte Ansätze etwa aus dem Bereich der Public History oder der Alltagsgeschichte anknüpfen und auf bestehende Institutionen, wie Archive, Museen und Geschichtsvereine zurückgreifen, die vor Ort eine wichtige Plattform für den Austausch bieten. Das vorliegende Themenheft nimmt gegenwärtige Debatten um Citizen Science zum Anlass, neu über das Verhältnis von akademischer und bürgerschaftlicher Stadtgeschichtsforschung nachzudenken.

Die MSG erscheint seit 2024 Open Access bei Berlin Universities Publishing. Die zurückliegenden Jahrgänge werden ebenfalls sukzessive Open Access zur Verfügung gestellt: <https://www.moderne-stadtgeschichte.de/index.php/msg>

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze und Berichte zum Thema

Sebastian Haumann / Christoph Lorke: Citizen Science. Zwischen akademischer und bürgerschaftlicher Stadtgeschichtsforschung, S. 5-14.

<https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.25>

Sebastian Haumann: Stadtgeschichtsforschung und ihre Bürger*innen. Für einen Perspektivwechsel auf das Demokratisierungspotenzial von Citizen Science, S. 15-28.

<https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.43>

Katrin Minner: Stadtgeschichtliches Wissen produzieren und kommunizieren – Was Public History, Citizen Science und Wissenschaftsbetrieb verbindet und trennt, S. 29-46.

<https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.29>

Seite B 126 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Andrea Althaus: Perfect Match? Zum Zusammenspiel von Oral History und Citizen Science, S. 47-58. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.30>

Anke John: Stadtgeschichte als forschend-entdeckendes Lernen und Citizen Science, S. 59-72. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.31>

Alexander Kraus: Von der Konfrontation zur Partizipation. Kommunale Erinnerungsarbeit als Feld der Bürgerwissenschaften in Wolfsburg, S. 73-89. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.32>

Alexandra Bloch Pfister: Stadtgeschichte im Auftrag, S. 90-103. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.33>

Joana Gelhart / Christoph Lorke / Tim Zumloh: Stadtgeschichtsschreibung partizipativ. Kooperationen und Konfrontationen in der Geschichte der Gegenwart Gütersloh, S. 104-115. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.34>

Citizen Science in der Praxis

Rita Gudermann / Paul Perschke: Öffentliches Engagement bei der Erschließung von Archivalien. Citizen Science-Ansätze im Archiv, S. 116-123. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.35>

Joachim Kemper: Offenheit und Mitmachen im Archiv. Stadt- und regionalhistorische Citizen Science am Bayerischen Untermain, S. 124-129. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.36>

Sabine Kittel / Fabian Köster: Citizen Science – spannend für alle? Das Projekt „Laufend Erinnern“ und seine Fallstricke, S. 130-137. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.37>

Tania Mancheno: Die Stadt Umdenken oder die Stadt zum Sprechen bringen, S. 138-142. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.38>

Rainer Nicolaysen: Alter Verein auf neuen Wegen. Über den Verein für Hamburgische Geschichte von 1839 und seine jüngere Entwicklung, S. 143-148. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.39>

Caroline Förster: Wie fetzig sind Geschichtsvereine? Die Projekte „#FetzigesGeschichtszeugs“ und „Die Datenlaube“ des Dresdner Geschichtsvereins, S. 149-156. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.40>

Forum

Christoph Strupp: Eine Großstadt auf den Begriff bringen? Überlegungen zu einer neuen Stadtgeschichte Hamburgs, S. 157-171. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.26>

Berichte

Dieter Schott: Das Ende der Stadt. Phänomene der Deurbanisierung in historischer Perspektive, Bericht von internationaler Tagung in Halle (Saale), 9.-11. November 2023, S. 172-178. <https://doi.org/10.60684/msg.v55i1.42>

Zitation

Moderne Stadtgeschichte 55 (2024), 1. , In: H-Soz-Kult, 11.08.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145742.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Jahrbuch Deutsche Einheit 5 (2024)

Berlin 2024: [Ch.Links Verlag](#)

Erscheint jährlich

ISBN 978-3-96289-220-3

Preis € 25,00

Kontakt allgemein

Prof. Dr. Constantin Goschler

Ruhr-Universität Bochum

Abteilung

Fakultät für Geschichtswissenschaften, Historisches Institut

44780 Bochum, Universitätsstraße 150

Von

Ralph Jessen, Historisches Institut, Universität zu Köln

35 Jahre nach dem Untergang der SED-Diktatur bleibt die Aufarbeitung ihrer Geschichte und ihrer Folgen aktuell. Noch immer ist die öffentliche Debatte um die DDR-Geschichte ein erinnerungskultureller Kampfplatz. Die institutionalisierte Aufarbeitung konkurriert mit dem vielstimmigen Familiengedächtnis, dem Gemurmel in den sozialen Netzwerken und der Mythenproduktion geschichtspolitischer Akteure von links bis rechts. Zeigt der Aufschwung autoritärer Sehnsüchte und des Rechtsradikalismus gar das Scheitern der Aufarbeitung? Oder wird diese mit Erwartungen überfrachtet, die sie nicht erfüllen kann? Wieder einmal schwanken die deutschen Aufarbeitungsweltmeister zwischen Selbstbewusstsein und Selbstzweifeln. Im Jahrbuch Deutsche Einheit analysieren und kommentieren kritische Beobachter aus Ost- und Westeuropa, den USA und Deutschland den Stand, den Ertrag und die Perspektiven der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur.

Inhaltsverzeichnis

Marcus Böick, Constantin Goschler, Ralph Jessen

Aufarbeitung und Erinnerungskultur nach der zweiten deutschen Vereinigung. Editorial, S. 7-17

Martin Sabrow

Ist die DDR-Aufarbeitung gescheitert? S. 19-33

Seite B 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Annette Weinke

Geschichte machen, authentisch sein. Der Beitrag ostdeutscher Geschichtspolitiker und Historiker zur Enquete-Kommission zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, S. 35-60

Constantin Goschler

Abgehängte Landschaften? Der Mezzogiorno als Menetekel ostdeutscher Rückständigkeit, S. 61-78

Marko Demantowsky

Die Deutsche Frage anno MMXXIV, S. 79-101

Lavinia Stan

Deutsche Einflüsse auf die Transitional Justice in Mittel und Osteuropa, S. 103-111

Andrew I. Port

Ostalgie, Anglo-American Style, S. 113-129

Frank Trentmann

„Uns trifft es immer am schlimmsten“. Das deutsche Opfermotiv nach 1990 und nach 1945, S. 131-141

Nicolas Offenstadt

Was kann Geschichte als Wissenschaft? Drei kritische ostdeutsche Perspektiven auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, S. 143-153

Sandrine Kott

Die zweite deutsche Vereinigung und die Erfindung einer neuen nationalen Erzählung, S. 155-168

Marcus Colla

Von Honecker zur Hyperrealität. Erinnerung und Bedeutungslosigkeit in Berlin, S. 169-190

Marcus Böick, Jan Kellershohn, Juliane Tomann

Unter den Trümmern. Plädoyer für eine Erforschung ostdeutscher Industriekulturen, S. 191-209

Jens Gieseke

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“? Zweifel am Transformationsparadigma und die „Lange Geschichte der ‚Wende‘“ von 1989, S. 211-238

Krijn Thijs

Entzweite Partner im vereinten Fach. Der Briefwechsel zwischen den Historikern Thomas Kuczynski und Rudolf Vierhaus (1989–1991), S. 239-288

Zitation

Jahrbuch Deutsche Einheit 5 (2024). , In: *H-Soz-Kult*, 15.08.2024, [<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145772>](http://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145772).

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 72 (2024), 1

Stuttgart 2024: [Franz Steiner Verlag](https://www.steiner-verlag.de)

Erscheint vierteljährlich

<https://www.steiner-verlag.de/brand/Jahrbuecher-fuer-Geschichte-Osteuropas>

182 Seiten

Preis

<https://www.steiner-verlag.de/brand/Jahrbuecher-fuer-Geschichte-Osteuropas>

ISSN [0021-4019](https://www.issn.org/issn/0021-4019)

Kontakt

Katharina Kucher

Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

93047 Regensburg, Landshuterstr. 4

c/o

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas

Von

Reinhard Frötschner

Heft 1 (2024) (<https://biblioscout.net/journal/jgo/72/1>) des 72. Jahrgangs der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas ist ein offenes Heft, das vier Beiträge enthält:

Nataliia Sinkevych (Leipzig): "Last Things" in the Theology of the Kyiv Church Metropolia. Uniate-Orthodox Eschatological Polemics and the Creation of the Ruthenian Theological Tradition in the Seventeenth Century

Kilian Harrer (Mainz): Troubled Feast, Contested Fast. The Uniate Dilemma and the Rural Economy in Eighteenth-Century Poland-Lithuania

Timothy Blauvelt (Tiflis): Institutional and "Clan" Conflict in the Interwar Georgian and Transcaucasian Political Police, 1921–1939

Maike Lehmann (Bremen): Of 'Talking Fish' and the Waters They Came From. Kul'turnost' and Soviet Subjectivity in Exile

Ergänzt werden die Beiträge durch 30 Rezensionen neuer Forschungsliteratur zur Geschichte Osteuropas, die über den Franz Steiner Verlag

(<https://biblioscout.net/journal/jgo/72/1>) oder auf [recensio.net](https://www.recensio.net)

(<https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbucher-fur-geschichte-osteuropas/index.html>) im Open Access zugänglich sind.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG

Martin Schulze Wessel, Dietmar Neutatz: Editorial

S. 4

ABHANDLUNGEN

Nataliia Sinkevych: "Last Things" in the Theology of the Kyiv Church Metropolia. Uniate-Orthodox Eschatological Polemics and the Creation of the Ruthenian Theological Tradition in the Seventeenth Century

S. 6

Kilian Harrer: Troubled Feast, Contested Fast. The Uniate Dilemma and the Rural Economy in Eighteenth-Century Poland-Lithuania

S. 20

Timothy Blauvelt: Institutional and "Clan" Conflict in the Interwar Georgian and Transcaucasian Political Police, 1921–1939

S. 44

Maike Lehmann: Of 'Talking Fish' and the Waters They Came From. Kul'turnost' and Soviet Subjectivity in Exile

S. 77

REZENSIONEN

Manfred Hildermeier: Die rückständige Großmacht. Russland und der Westen (rezensiert von Willard Sunderland)

S. 110

Yvonne Kleinmann, Jürgen Heyde, Dietlind Hüchtker: Imaginations and Configurations of Polish Society. From the Middle Ages through the Twentieth Century (rezensiert von Heidi Hein-Kircher)

S. 112

Konrad Gündisch, Tobias Weger: Temeswar / Timisoara. Kleine Stadtgeschichte (rezensiert von Kurt Scharr)

S. 115

Irina Marin: Kleine Geschichte des Banats. Umkämpfte Grenzen im östlichen Europa (rezensiert von Kurt Scharr)

S. 115

Bernd J. Fischer, Oliver Jens Schmitt: A Concise History of Albania (rezensiert von Robert Austin)

S. 117

Nora Mengel: Biograph(i)en des Reichs. Zum Werk- und Selbstverständnis von Constantin von Wurzbach und Aleksandr A. Polovcov (rezensiert von Rudolf Augustinus Mark)

S. 119

Clare Griffin: Mixing Medicines. The Global Drug Trade and Early Modern Russia (rezensiert von Elena Lisitsyna)

S. 121

Philip MacDougall: The Great Anglo-Russian Naval Alliance of the Eighteenth Century and Beyond (rezensiert von Claus Scharf)

S. 123

Seite B 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Rüdiger Ritter: Der Tröster der Nation. Stanislaw Moniuszko (1819–1872) und seine Musik (rezensiert von Helmut Loos)

S. 125

Ekaterina Boltunova: Poslednij pol'skij korol'. Koronacija Nikolaja I v Varshave v 1829 godu i pamjat' o russko-pol'skich vojnach XVII – nachala XIX v. (rezensiert von Alexander M. Martin)

S. 126

Catherine Gibson: Geographies of Nationhood. Cartography, Science and Society in the Russian Imperial Baltic (rezensiert von Tilman Plath)

S. 129

Jens Petter Nielsen, Edwin Okhuizen: From Northeast Passage to Northern Sea Route. A History of the Waterway North of Eurasia (rezensiert von Andreas Renner)

S. 131

Kristiina Kalleinen: Valtioaamun aika. Suomen suuriruhtinaskunta 1809–1863 (rezensiert von Robert Schweitzer)

S. 135

Angelika Strobel: Die »Gesundung Russlands«. Hygiene und imperiale Verwaltungspraxis um 1900 (rezensiert von Anna Mazanik)

S. 138

Ferenc Laczó, Joachim von Puttkamer: Catastrophe and Utopia. Jewish Intellectuals in Central and Eastern Europe in the 1930s and 1940s (rezensiert von Alexis Hofmeister)

S. 140

Manuela Putz: Kulturraum Lager. Politische Haft und dissidentisches Selbstverständnis in der Sowjetunion nach Stalin (rezensiert von Marc Elie)

S. 143

Pia Koivunen: Performing Peace and Friendship. The World Youth Festivals and Soviet Cultural Diplomacy (rezensiert von Susanne Schattenberg)

S. 147

Anna Fortunova: Russische Musikkultur im Berlin der Weimarer Republik. Eine multiperspektivische Analyse (rezensiert von Rüdiger Ritter)

S. 149

Ivo Mijnsen: Russia's Hero Cities. From Postwar Ruins to Soviet Heroarchy (rezensiert von Hajo Raupach)

S. 151

Robert W. Davies, Mark Harrison, Oleg Khlevniuk: The Industrialisation of Soviet Russia (rezensiert von Stephan Merl)

S. 153

Timm Schönfelder: Roter Fluss auf Schwarzer Erde. Der Kuban und der agromeliorative Komplex: Eine sowjetische Umwelt- und Technikgeschichte 1929–1991 (rezensiert von Katja Brusch)

S. 157

Seite B 132 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Archie Brown: The Human Factor. Gorbachev, Reagan, and Thatcher, and the End of the Cold War (rezensiert von Alexa von Winning)

S. 159

Jochen P. Laufer, Martin Sabrow, Ole Christian Kröning: Die UdSSR und die beiden deutschen Staaten 1949–1953. Dokumente aus deutschen und russischen Archiven (rezensiert von Andreas Hilger †)

S. 162

Gerhard Wettig: Gorbatschow. Reformpolitik und Warschauer Pakt 1985–1991 (rezensiert von Wolfgang Mueller)

S. 163

Grzegorz Motyka: From the Volhynian Massacre to Operation Vistula. The Polish-Ukrainian Conflict 1943–1947 (rezensiert von Kai Struve)

S. 166

Libora Oates-Indruchová: Censorship in Czech and Hungarian Academic Publishing 1969–89. Snakes and Ladders (rezensiert von Kamila Budrowska)

S. 168

Andrzej Friszke, Antoni Dudek: Geschichte Polens 1939–2015 (rezensiert von Maren Röger)

S. 170

Agnieszka Wiercholska: Nur Erinnerungen und Steine sind geblieben. Leben und Sterben einer polnisch-jüdischen Stadt: Tarnów 1918–1945 (rezensiert von Klaus-Peter Friedrich)

S. 172

Kenneth B. Moss: An Unchosen People. Jewish Political Reckoning in Interwar Poland (rezensiert von Brian Horowitz)

S. 175

Kazimiera Jaworska: Catholic Church in Lower Silesia against Communism (1945–1974) (rezensiert von Christian Noack)

S. 177

Ulf Brunnbauer, Piotr Filipkowski, Andrew Hodges: In den Stürmen der Transformation. Zwei Werften zwischen Sozialismus und EU (rezensiert von Matthias Morys)

S. 179

Zitation

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 72 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 22.08.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-145870.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permissions please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen (Seiten B 133 – B 138)



Deutsche Annalen 2023. Jahrbuch des Nationalgeschehens. (8 SW-Fotos). Gilching: Druffel & Vowinckel Verlag (2024). 240 Seiten. ISBN 978-3-8061-1288-. Euro 26,25.

Die im Jahre 1972 von Helmut Sündermann (1911-1972) gegründeten „Deutsche Annalen. Jahrbuch des Nationalgeschehens“ werden aktuell von Gert Sudholt (geb. 1943) in seinem Verlag Druffel & Vowinckel herausgegeben.

Neun Beiträge eines weit gespannten Themenkomplexes nehmen die 240 Seiten ein.

Herausgeber **Gert Sudholt** schreibt über das Thema „**Ist Deutschland ein souveräner Staat? Seit 75 Jahren besetzt**“ (Seiten 7 – 26). Ausgehend von dem Eintritt Deutschlands in die NATO am 9. Mai 2055, hinterfragt Sudholt den Begriff „Souveränität“. Sudholt vertritt die Meinung, dass „der Rechtsstatus unseres Landes nach wie vor völlig ungeklärt ist“, unsere Souveränität gegenüber den ‚Siegermächten‘ nach wie vor enge Grenzen hat“. Die „US-Invasion im Irak“, die „Überflugrechte“ der Amerikaner in Deutschland, dienen ihm hier als Beispiel. Die „Feindstaatenklausel“ der Vereinten Nationen wird ebenfalls angeführt. Sudholt beschäftigt sich weiterhin mit Entstehung und Inhalt des Grundgesetzes und kommt dabei u. a. zu dem Schluss: „Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert.“ Und weiter heißt es: „Die Bundesrepublik ist also nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings nur teildentisch, sodass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht...“ (S. 13). Auch die nach dem Ersten Weltkrieg im Diktat von Versailles festgelegten Grenzen von 1937 (also vor dem Anschluss Österreichs im

Seite B 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Frühjahr 1938 und der Eingliederung des Sudetenlandes im Herbst 1938 gelten danach formal weiter, hierzu gibt es auch in dem Vier plus zwei Verträgen von 1990 keine Regelung. Im Vertrag formuliert wurde nur, dass Deutschland und Polen, die zwischen ihnen bestehende Grenze „bestätigen“. Sudholt weiter: „Bestätigen also nicht anerkennen. In diesem Zusammenhang sollte man sich ein Zitat des damaligen Bundesinnenministers, Otto Schily, in Erinnerung rufen, der am 23 Mai 1989 anlässlich des 40. Jahrestages des Grundgesetzes erklärte: ‚Es kann eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches – das wäre eine Wiedervereinigung – nicht geben‘. Offenbar ging Schily damals von einer echten Wiedervereinigung aus, so wie sie von der russischen Seite später bei den 2 plus 4 Verhandlungen angeboten worden sein soll. Eine Wiedervereinigung gemäß Grundgesetz in den Grenzen von 1937, also einschließlich aller jetzt noch fehlenden Ostgebiete...“ Sudholt meint (Seiten 17-18), „das Besatzungsrecht nach dem Vertrag zur ‚Regelung aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen‘ – zuletzt 1954 geändert – gilt in entscheidenden Teilen weiter“. Dieser Vertrag, auch „Überleitungsvertrag“ genannt, „beschnitt die Souveränität Deutschlands entscheidend“. Sudholt führt dann auch aus, warum Teile dieses Vertrages auch in der Gegenwart gültig sind. Sudholt geht in einem eigenen Abschnitt auf ein „streng geheimes Zusatzabkommen zum Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ ein: „Die Siegermächte behalten das Recht, jederzeit auf dem Territorium der BRD zeitlich begrenzte Hoheitsgebiete ohne Zustimmung deutscher Stellen einzurichten und zu unterhalten, wenn sie es zum Schutze eigener Interessen für erforderlich halten, z.B. Abflugstellen von Flugzeugen, Raketen, Aufklärungsflugkörpern, für Verbrechensbekämpfung.“ Die bedrückendsten Regelungen sind nach Sudholt im Artikel 2 des Zusatzabkommens gefasst, der „eine bisher nicht bekannte geistige Okkupation des Deutschen Volkes für alle Zeiten festlegt“. Sudholt überschreibt den letzten Teil seines Beitrages mit „Genscher, der beste Außenminister, den Polen je hatte“ (Seiten 19-26). So wäre aus dem Nachlass des Russisch-Dolmetschers Ernst Albrecht Nagorny zu entnehmen gewesen: „Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort: ‚Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit den polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2 plus 4 Verhandlungen musste ich zu meinem Erstaunen feststellen, dass Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die Deutschen Ostgebiete, Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierungen Warschau bekniert, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. ‚Die Deutschen akzeptieren diese Grenze, waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden.‘“ Sudholt stellt abschließend (Seite 25/26) sechs Forderungen auf: Feindstaatenklausel der UN streichen, Friedensvertrag mit alle 52 Feindstaaten des Zweiten Weltkriegs, Streichung des Besatzungsrechts (Überleitungsvertrag u.ä.), Abzug sämtlicher ausländischer Truppen und ihrer Waffen, eine in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung, wahrheitsgemäße Daten in den Geschichtsbüchern.

Der Beitrag von **Edgar Glinka „Wladimir Wladimirowitsch Putin der Albtraum des Westens“** (Seiten 27-74) hätte mich fast dazu gebracht, die weitere Lektüre der Annalen aufzugeben.

Der Autor beginnt seine Darstellung in den späten 1980er Jahren mit Gorbatschow, nennt die Zusicherung von Außenminister Genscher gegenüber Gorbatschow, dass „sich die NATO nicht in die ehemaligen Sowjetrepubliken ausdehnen wird“ und führt dazu an, dass sich das „als ein sehr großer, folgenschwerer Fehler in der Lageeinschätzung von Gorbatschow herausstellte. Nicht umsonst ist bekannt geworden, dass die Experten des KGB Gorbatschow Charakter als ‚schwach‘ einschätzten...“ Jelzin, 1991 Nachfolger als

Präsident war „in diesem Amt nicht annähernd seinen Aufgaben gewachsen ... Russland letztendlich in seiner staatlichen Souveränität und seiner außenpolitischen, militärischen und allgemein wirtschaftlichen Position ernsthaft gefährdet wurde“. Glinka beleuchtet die verschiedenen Strömungen und versucht die Entscheidungen, die Putin zur Macht verhalfen zu beleuchten. Eine Entscheidung Jelzins! Und Putin wurde vom Parlament mit 51,6 Prozent als Premierminister bestätigt, in der Bevölkerung stieg die Zustimmung auf über 79 Prozent (1999) (Seite 45). Auf den folgenden Seiten begleitet Autor Glinka Putin mit überaus großen Lobpreisungen. Glinka stellt sich in seinen Ausführungen zur Politik Putins gegenüber dem Westen und zur Ukraine voll in die Propaganda Putins. Unerträglich beispielsweise die Darstellung der Annexion der Krim (Seite 73): „...Russische Eliteeinheiten neutralisierten die ukrainischen Truppen und sicherten dadurch die Abstimmung der Bevölkerung über die zukünftige Zugehörigkeit der Krim. Das offizielle Ergebnis: über achtzig Prozent der Bevölkerung nahmen an der Abstimmung teil und über neunzig Prozent von Ihnen votierten für die Rückkehr der Insel in den russischen Staatenverbund...“ Und weiter: „Am 24. Februar dann gab Putin den Beginn der ‚Spezialoperation‘ in der Ukraine bekannt. Die Tür für Verhandlungen blieb jedoch von Seiten Russlands offen, so dass es im März 2022 Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew gab, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Kiew selbst war einverstanden, daß die Krim Teil Russlands bleiben sollte und man für den Donbass Lösungen finden werde. Ausländische Truppen sollten aus der Ukraine abgezogen werden und die Ukraine sollte nicht NATO-Mitglied werden“. Und an diese Darstellung schließt sich der Lügen-Satz an: „Russland zog daraufhin seine dicht vor Kiew stehenden Truppen als Zeichen des guten Willens ab.“ (Seite 73).

Der Beitrag endet mit dem Satz: „Somit wurde Putin (als Präsident der Russischen Föderation) mit seinen Entscheidungen und seinem Vorgehen zum Albtraum der westlichen Allianz.“ Noch Fragen?

Der Rezensent musste sich überwinden, in den Annalen weiter zu lesen!

Als dritter Beitrag folgt von **Peter Orzechowski** der Beitrag „**Die Neugestaltung des Nahen Ostens. Droht ein Dritter Weltkrieg?**“ (Seiten 75 – 88). Ausgangspunkt der Darstellung des Autors ist eine Vision des Moskauer Politologie-Professors Alexander Dugin (Seiten 77-78): „Dugin prophezeit zunächst ‚einen regelrechten Völkermord‘ der Israelis an den Menschen im Gazastreifen. Daraufhin mische sich die Hisbollah vom Libanon aus ein, und arabische Massen aus Jordanien durchbrächen die Grenzsperrern. Die USA führten Präventivschläge gegen den Iran. Syrien greife mit einem Angriff auf die Golanhöhen in den Krieg ein. Es komme zu einer raschen Mobilisierung der gesamten islamischen Welt...‘Der Dritte Weltkrieg bricht aus, taktische Atomwaffen werden eingesetzt. Russland entscheidet sich schließlich und stellt sich auf die Seite der Moslems.“ Chaos schaffen als Mittel der Politik! Interessant auch die Ausführung von Orzechowski (Seite 79): „Wir erinnern uns an die Flüchtlingskarawanen wenige Wochen vor dem Nahost-Krieg, als Zehntausende Armenier aus ihrer Heimat in Berg-Karabach vertrieben wurden. Die EU hatte diese Aktion Aserbaidschans gebilligt, weil das Land ein wichtiger Ölversorger für Europa ist. Bei der Vertreibung der Palästinenser aus dem Gaza-Streifen kommt noch hinzu, dass US-Geologen das Erdgasvorkommen vor der Küste Israels und des Gaza-Streifens auf über drei Milliarden Kubikmeter schätzen, was nach der Besetzung von Gaza an Israel fiel.“

Die weiteren lesenswerten Abschnitte Orzechowskis stehen unter Titeln wie „Vom Nil bis zum Euphrat“ (S. 79-80), „Die Neugestaltung des Nahen Ostens“ (S. 80-83), „Die Spaltung der Muslime“ (S. 83-85), „Krieg ist gut für Israel und den Westen“ (S. 85-86), „Die Bundeswehr kämpft mit“ (S. 86-88); im letzteren Abschnitt wird das Engagement der Bundeswehr im Gebiet des östlichen Mittelmeers dargestellt, mit Soldaten, Marineeinheiten, Luftüberwachung.

Martin Pfeiffer liefert mit seinem Aufsatz **„Die FPÖ auf dem Weg zur stärksten Kraft. Nach den Abstürzen in der Ära Haider und Strache liegen die Freiheitlichen unter Kickl in Umfragen klar auf Platz1“** (S. 89-110) überraschende Einsichten in das politische Geschehen der Nachbarrepublik. Nach einer kurzen Einleitung über die politischen Machtverhältnisse seit 1945, als bis zur Jahrtausendwende Österreichs Politik von zwei Parteien dominiert wurde, nämlich von der ÖVP und der SPÖ, stellt der Autor die Entwicklungen unter die Überschriften „Österreich Drittes Lager – was ist das?“ (S. 92-94), „FPÖ-Wiederaufstieg ab 2005 dank Drittem Lager“ (S. 94-95), „Höhepunkt mit Hofer 2016“ (S. 95-96), „Die Alpenrepublik im Jahre 2023“ (S.96-97), „Authentischer Kickl als Erfolgsgarant“ (S. 97 bis 100), „Kickls kämpferische Garde“ (S. 100-101), „Alte Hochburgen schwinden“ (S. 101 bis 102), „Haimbuchners ‚oberösterreichischer Weg‘“ (S. 102-104), „Anbiederung an die Volkspartei?“ (S. 104), „Erfolgreiche Kritik der Burschenschaftler“ (S. 105-106), „Ausblick auf das Wahljahr 2024“ (S. 106-107) und schließlich „AfD auf den Spuren der FPÖ“ (S. 108-109). Im letzten Kapitel fragt der Autor: „Und was könnte die derzeit steil aufstrebende AfD von der FPÖ lernen?“ Die Antworten sind vielfältig. Ein Satz sei zitiert: „Viele Österreicher honorierten vielmehr, dass es endlich einmal eine Partei gab, die sich ihrer Nöte annahm.“

Der Aufsatz von **Gerhard Bracke** zu **„Geschichte und die Macht rationalen Denkens. Rankes Grundsätze zum Durchbruch verholfen“** (S. 111-125) geht aus von der Unterscheidung von „Sachurteil“ und „Werturteil“ im Geschichtsunterricht. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion gibt Anlass weitere Begriffe zu hinterfragen wie „Überfall“ und „Lebensraum“ „Präventivkrieg“. Werke der wissenschaftlichen Forschung von Erich Helmdach (1975), Ernst Topitsch (1985), Max Klüver (1986) und Werne Maser (1994) werden hierzu herangezogen.

So wird Maser (Der Wortbruch, S. 249) zitiert (S. 118): „Angesichts der beiderseitigen Einstellung und Vorbereitungen erwies sich Hitlers Krieg als eindeutiger ‚Präventivkrieg‘, nicht aus operativ-taktischer, sondern aus strategisch-taktischer Sicht. Die ideologischen Dimensionen erschienen in diesem Zusammenhang zweitrangig“. Werke der Autoren Viktor Suworow 1989³, Joachim Hoffmann 2000⁶, Walter Post 1996², Bogdan Musial 2008², Stefan Scheil 2005 und von Bernd Schwipper 2015 werden herangezogen. Und abschließend wird Immanuel Kant mit dem Satz zitiert „Sapere aude! Habe Mut, dich deines Verstandes zu bedienen!“ (S. 125).

Eine interessante, sehr informative Übersicht hat **Manfred Kaufeld** für die Jahre 1942-1943 geliefert: **„Der Kriegsverlauf 1942-1943. Vom schicksalsträchtigen Jahr mit Zuversicht zum Jahr des unglücklichen Ringens“** (S. 127-184); ein Beitrag, zu dem auch ein umfangreiches Literaturverzeichnis gehört (S.181-184). „Vertragsabschlüsse“ (S. 129-130) nennt den am 01.01.1942 von 26 Nationen unterzeichneten Washington-Pakt, Keimzelle der UNO, die am 18.01. in Berlin unterzeichnete Militärkonvention der drei Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan sowie der am 26.05.1942 zwischen der Sowjetunion und Großbritannien geschlossene Bündnisvertrag, dem am 11.06. ein Abkommen mit den USA über gegen-seitige Hilfsleistungen folgte.

Insgesamt sind 46 Themenabschnitte aufgeführt. Einige seien hier genannt: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kultur, Europäischer Jugendkongress, Technische Entwicklungen, Rüstungsentwicklung, Rüstungshilfen an die Russen, Landungsoperation bei Dieppe, Strategischer Bombenkrieg, Die Lage beim Afrikakorps, Kriegsmarine, Kampferverlauf an der Ostfront, Kampf um Stalingrad, Landung der Alliierten in Nordafrika, Friedensbemühungen, Abschiede, Unternehmen „Zitadelle“, Das Ende des Afrikakorps, Kampf der Marine, Bombenterror, Luftangriffe auf besetzte Gebiete, Die Massengräber von Katyn, Stalins Brief, Rüstung, Fortschritte der Waffentechnik, „Bund Deutscher Offiziere“, Wider-

Seite B 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

stand, Sportpalastrede, Sturz von Mussolini, Befreiung Mussolinis, Waffenstillstand zwischen Italien und den West-Alliierten, Der Partisanenkampf, Die innere Lage im Reich, Die Wirtschaftspolitik, Das Kulturleben, Verräterischer Seitenwechsel, Friedensangebote, Auslandskräfte, Die Konferenz von Casablanca, Konferenz von Quebec, Viermächtekonferenz in Moskau, Konferenz von Teheran.

Wenn der Leser etwas darüber erfahren wollte, warum die Alliierten nicht die Verkehrsverbindungen zu den Konzentrationslagern bombardiert haben, um u.a. Menschenleben zu retten, wird enttäuscht: Die Konzentrationslager kommen in der umfangreichen Themenliste nicht vor. Das ist, so meint der Rezensent, ein Skandal!

Der siebente Beitrag (S. 185-204) befasst sich mit „**Immanuel Kant. Inspirator des Kategorischen Imperativs**“. Verfasser ist **Frank Hildner**, der auch auf S. 204 umfassend vorgestellt wird. Es gibt einen aktuellen Anlass: Am 22. April jährte sich der Geburtstag von Kant zum 300. Mal. Der Autor meint einleitend: „Der Philosoph aus Königsberg...hat weit über seine Zeit die deutsche und europäische Geistesgeschichte geprägt. Von der universalen Bedeutung und Wertschätzung Kants, der an der Königsberger Albertus-Universität lehrte, zeugt die bis heute anhaltende weltweite Auseinandersetzung mit seinem Werk ... Für die großen globalen Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, ist sein Werk von einer Relevanz, die wohl von keinem anderen Philosophen erreicht wird. *Immanuel Kant gilt als der Philosoph der Pflicht und des kategorischen Imperativs*. Er war in der Tat der Vordenker der preußischen Tugenden – aber darin erschöpft sich seine Bedeutung keineswegs. Sein Hauptwerk „*Kritik der reinen Vernunft*“ hat dem philosophischen Denken die Nüchternheit der Moderne verschafft...“ Hildner stellt das Werk von Kant vor, seine Jugend, sein Elternhaus, das Studium. Zum Schluss geht er auch auf die Behandlung des Kant-Erbes durch die Sowjets in Königsberg / Kaliningrad ein. Auch die Geschichte seiner Würdigung in der DDR, vor allem in stalinistischer Zeit, ist ein Thema. Es gab Eskapaden, wie Hildner sich ausdrückt: Kant-Ehrungen wurden abgesagt u.a.m.

So „verwundert es nicht, dass der Öffentlichkeit im Kant-Jubiläumsjahr 1974 der Lapsus unbemerkt blieb, dass die DDR-Post eine Sonderbriefmarke zu Kant herausgab, deren Abbild aber nicht Immanuel Kant zeigte, sondern den Kantianer (Schüler) Karl Leonhard Reinhold ... Dagegen positiv zu vermerken ist die Herausgabe einer hochdotierten Kant-Sondermünze im Wert von 20 Mark der DDR, die wirklich gut gelungen ist und würdiges Sammelobjekt darstellt“.

Christian Schwochert, ein 1991 in Berlin geborener Künstler, beschäftigt sich mit dem Thema „**Abstiege 2023 und 2024. Ungereimte Anmerkungen**“ (S. 205-229). Der Autor berichtet vom Abstieg eines Kinderstars (der Rezensent muss passen), vom Abstieg der linken Bewegung und Problemen von Kritikern, von den Grünen Ricarda Lang und Roland Habeck, vom Kampf gegen rechts (Sellner), „der Einheitsfront von der Linken bis zur CDU“, vom „Correctiv-Bericht“ und dem Kampf gegen die AfD mit täglichen Demonstrationen. Die Linke und das Bündnis Sahra Wagenknecht werden ausführlich behandelt. Die Betrachtung schließt mit der Erkenntnis „Bei allen anderen Parteien kommt es nicht auf die Bosse da oben an; sie überleben es wenn die Spitze wechselt. Wechselt bei den Linken die oberste große Führerin die Partei, ist die Partei erledigt weil viele linke Wähler mit ihr gehen“ (S.224).

Der dritte und letzte Abstieg im Jahr 2023 wird von vielen erst im Jahr 2024 offenkündig, in diesem Falle eventuell gar nicht abgestiegen ist, sondern in diesem Falle vielleicht eher heruntergezogen wurde... Die Rede ist von Ridley Scott, der Medienberichten zufolge einen antifranzösischen Film ‚eines Engländers‘ abgeliefert hat. Scotts ‚Napoleon-Film‘ kratzt am Nationalstolz der Franzosen... Er ist ein schlechter Film, voll von historischen Fehlern, der

Seite B 138 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

ein völlig falsches Bild von Napoleon zeichne, sagen Kritiker und Historiker“ (S. 227). Und weiter führt der Autor aus (S. 228-229): „Hätte man zugelassen, dass Scott einen guten Film über Napoleon macht, hätten die Franzosen ja etwas gehabt, worauf sie stolz sind. Etwas, was sie sich gerne anschauen...Das konnten die geheimen Pseudoeliten natürlich nicht zulassen. Allerdings dürfte der Schuss nach hinten losgegangen sein. Der Film ist so schlecht, dass sich die Franzosen nun erst recht mit Napoleon solidarisieren. Haben die Globalisten das nicht vorhergesehen?“. „Auf alle Fälle werden sich nun einige Leute erst recht mit Napoleon beschäftigen, der für die Franzosen sehr wichtig ist. Vielleicht wird sich auch so manch einer mit Blücher, einem der beiden Sieger von Waterloo, befassen: Waterloo kam in dem Film ja vor. Also könnte es sein, dass die Leute fragen: ‚Wer war noch dabei?‘ Und dann stoßen sie auf Blücher, auf seine Heldentaten und entdecken auch ein Stück deutsche Geschichte für sich. Was wiederum ein kleiner Sieg für uns und unsere Kultur ist.“

Den Band beschließt ein anrührender **Nachruf auf Günther Deschner**, bekannter Historiker, Journalist, Publizist und Filmemacher (S. 231-240) von **F. M.:**

„Deutsche Abschiede 2023. Dr. Günther Deschner (14. Mai 1941 Fürth – 11. Januar 2023 Königswinter).“

Der Rezensent wünscht diesem vielfältigen, inhaltsreichen Annalen eine weite Verbreitung bei kenntnisreichen, kritischen Lesern.

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 139 - B 140)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Miloš Řezník: Regionalität im Fluss. Die kaschubische Bewegung – Zugehörigkeit, Raum und Geschichte (1840-1920). (24 SW-Abb.).
(Osnabrück) fibre (2024). 316 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.48.
ISBN 978-3.944870-88-5. Euro 58,00.
Rezensent: Roland Borchers, Berlin

- 05)** Kay Usenbinz: Das neue Berlin des Hofarchitekten Johann Arnold Nering (1659-1695). (579 meist SW-Abb.).
(Baden-Baden) Tectum Verlag [in der Nomos Verlagsgesellschaft] (2024).
VII, 956 + 2 Seiten.
= Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,
Reihe Kunstgeschichte. Band 18.
ISBN 978-3-8288-4951-8. ePDF 978-3-8288-5088-0. € 159,00.
Rezensent: Wulf D. Wagner, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 141 – B 142)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers: Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.
- 14)** Joachim Nolywaika: Vergeßt den Deutschen Osten nicht! Das Unrecht der Sieger: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Sudetenland. (mit SW-Abb.).
(Kiel) Arndt (2024). - 252 Seiten. ISBN 978-3-88741-310-1.- € 25.95.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 - C 4
---------------------------	-------------------------

- 01)** Sächsischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung, Leipzig, 08. September 2024
- 02)** A. E. Johann-Gesellschaft
- 03)** Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen am 01. September 1939

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 5– C 15
--	-------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 5 – C 9)

- 01)** Stadtpaziergänge durch die Ortsteile von Charlottenburg-Wilmersdorf ab sofort wieder erhältlich – bald auch digital
- 02)** Gedenken an den kroatischen Dichter Marko Marulić
- 03)** Gedenken an die Opfer des Mauerbaus
- 04)** 258. Kiezspaziergang: Um den Fennsee zum ehemaligen Reemtsma-Gelände

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 10 - C 13)

- 01)** Weltalphabetisierungstag in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek – Kooperationsveranstaltung mit dem Alpha-Bündnis Steglitz-Zehlendorf am 03.09.2024
- 02)** BVV-Fraktionen liefern Pflegebetten nach Charkiw
- 03)** Musikalischer Nachmittag: Ein Nachmittag mit George Jackson am 22.08.2024 im Hans-Rosenthal-Haus

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 14 – C 15)

- 01)** Veranstaltungen zum Thema „Sturzprävention“
- 02)** Österreichisch-Deutsche Gesellschaft Berlin Brandenburg feiert 75. Jubiläum

C. c) Berichte

Seite C 16

Keine Berichte

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seite C 17

Keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

Seite C 18

Keine Berichte

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seite C 19

Keine Berichte

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 4

01) Sächsischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung, Leipzig, 08. September 2024



Knappenrode, 15.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 8. September gedenkt der Freistaat Sachsen
zum zehnten Mal
der Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung
Die offizielle Gedenkstunde des Landesverbandes der
Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/
Schlesische Lausitz (LVS) wird
am Sonntag, dem 8. September 2024, 13:00 Uhr beginnend
in der Alten Handelsbörse am Naschmarkt in Leipzig
stattfinden.

Zu dieser Feierstunde möchten wir Sie herzlich einladen und
würden uns über Ihre Teilnahme sehr freuen.

Das Programm unserer Veranstaltung liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Hirche
Vorsitzender des LVS

*Es wäre freundlich, wenn Sie uns per E-Mail
- c.florian-lvs@t-online.de -
mitteilen würden, ob Sie unserer Einladung folgen können.*

Programm

8. September 2024

Alte Handelsbörse Leipzig

Sächsischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung

Moderatorin: Liane Labuhn, stellv. Vorsitzende LVS

13.00 Uhr **Beethovens Klaviersonate Opus 83 am Flügel Peter Wegelin**

Begrüßung

13.05 Uhr

durch den 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Landesverbandes der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V. (LVS), Dr. Manfred Hellmund

13.10 Uhr

Grußwort

des Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Sport des Sächsischen Landtags, Ronald Pohle MdL

13.20 Uhr

Grußwort

der Stadt Leipzig (angefragt)

13.30 Uhr

Festrede

des Staatsministers des Innern Armin Schuster

13.50 Uhr

Chor und Ensemble Sonnenschein

13.55 Uhr

Vortrag Prof. Dr. Matthias Stickler, Universität Würzburg

Thema: „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten am Ende des bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg“

14.25 Uhr

Chor LIPA

14.30 Uhr

Schlusswort

14.35 Uhr

Nationalhymne

02) A. E. Johann-Gesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe A. E. Johann Freunde!

Vor einer Woche hatten wir unsere Jahreshauptversammlung.
Der Vorstand wurde für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt.

Der Vorstand hat noch viele Pläne für die Zukunft.
Hier einige Informationen:

- Die Ausschreibung für den A. E. Johann-Preis 2026 erfolgt im Frühjahr 2025. **Wir suchen junge Leute, die sich in den Sozialen Medien gut auskennen und uns beim A. E. Johann-Preis unterstützen möchten. Bitte meldet Euch.**
- In Oerrel, wo A. E. Johann gelebt hat, werden wir an der Hauptstraße, in der Nähe seines ehemaligen Wohnsitzes, einen Info- und Bücherstand errichten.
- Im Jagdmuseum Wulf soll ebenfalls ein Info- und Bücherstand errichtet werden.
- Am A. E. Johann-Weg in Oerrel steht eine alte Baracke. In dieser Baracke hat A. E. Johann nach dem Krieg Studenten unterrichtet (damals in Groß Oesingen, Baracke wurde umgesetzt). Für eine neue Nutzung haben wir gute Ideen, doch die sind noch nicht spruchreif. Sollten wir unsere tollen Vorstellungen umsetzen können, werden wir Sie natürlich informieren.
- **Wir haben noch eine Bitte: Schreiben uns, welches Buch von A. E. Johann Ihnen am besten gefallen hat.**

Mit freundlichen Grüßen
Karin Hübscher - Günter Wolters - Rudi Zülch

Kontakt:
Vorsitzender Rudi Zülch
A.E. Johann-Weg 1
D-34593 Knüllwald
FON: 05681-3992
FAX: 05681-9390015
Handy: 0173-2936098
Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de
www.a-e-johann.de

03) Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen am 01. September 1939

Einladung zur Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen

1. September 2024
15.45 Uhr

Heinrich-von-Gagern-Straße
10557 Berlin
(ehemalige Kroll-Oper)

Programm

ab 15:45
Musikalsche Einstimmung

durch Joanna Filus-Olenkiewicz und
Cornelia Gehlmann-Dinea

16:00 – 16:45
Gedenkversammlung

Moderation
Robert Parzer, Stabsstelle Deutsch-Polnisches Haus

Begrüßung
Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
Heiko Maas, Präsident des Deutschen Polen-Instituts

Reden
Annalena Baerbock, Bundesministerin des Auswärtigen
Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien
Franziska Giffey, Bürgermeisterin von Berlin (angefragt)
S.E. Jan Tombinski, Botschafter der Republik Polen (angefragt)

Übergabe der neuen Informationstafel zur Kroll-Oper an die Öffentlichkeit durch Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts

Niederlegung von Blumen

Am 1. September 1939 überfiel das nationalsozialistische Deutschland die Republik Polen und begann den Zweiten Weltkrieg. Sechs Jahre Besatzungs- und Gewaltherrschaft sowie Millionen Todesopfer waren die Folge.

Am 1. September 2024 laden wir Sie herzlich zur Gedenkveranstaltung am Standort der ehemaligen Kroll-Oper ein. An diesem Ort hielt Adolf Hitler am Vormittag des 1. September 1939 eine propagandistische Rede zum deutschen Überfall auf Polen.

Sie können gerne Blumen – bitte keine Kränze – mitbringen und diese zum Veranstaltungsschluss niederlegen.

17:00 – 20:00
Kulturprogramm »Vergangenes erinnern – Zukunft demokratisch gestalten«

Moderation
Dr. Agnieszka Wiercholska und Robert Parzer,
Stabsstelle Deutsch-Polnisches Haus

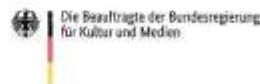
Begrüßung

Lesung
Kazimierz Wyka »Leben als ob«
mit
Lothar Quinkenstein, Übersetzer
Kateryna Mishchenko, Schriftstellerin

Mit »Leben als ob« hat Kazimierz Wyka aus eigenem Erleben einen Schlüsseltext über die Erfahrung deutscher Fremdherrschaft im Zweiten Weltkrieg verfasst.

Podiumsdiskussion
»Vergangenes erinnern – Zukunft demokratisch gestalten, aber wie?«
mit
Anna Alboth, Grupa Granica
Andreas Portugal, Zeitungskollektiv Katapult
Anne Rabe, Schriftstellerin
Wolfgang Templin, Publizist

Konzert
Kapelle »Hańba« – Akustischer 30er-Jahre-Punk



Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 5 – C 9)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Stadtspaziergänge durch die Ortsteile von Charlottenburg-Wilmersdorf ab sofort wieder erhältlich – bald auch digital



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 26.08.2024

Die Hefte der Reihe „Stadtspaziergänge durch Charlottenburg-Wilmersdorf“ sind ab sofort wieder verfügbar. Aufgrund der großen Nachfrage waren sie schnell vergriffen und liegen nun in einer zweiten Auflage vor.

Die sieben kleinen Hefte im Taschenformat bieten ausgearbeitete Touren, um die Vielfalt des Bezirks selbstständig zu entdecken. Die Spaziergänge haben eine Länge von 90 bis 120 Minuten und führen zu besonderen Gebäuden, Plätzen, Parks und Straßen in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Solange der Vorrat reicht, sind die Hefte an folgenden Orten im Bezirk während der Öffnungszeiten kostenlos erhältlich:

Seite C 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

- Charlottenburg: Ausstellung zum Romanischen Café im Europa-Center, Tauentzienstraße 9-12, 10789 Berlin
- Charlottenburg: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Villa Oppenheim, Schloßstraße 55/Otto-Grüneberg-Weg, 14059 Berlin
- Charlottenburg-Nord: Klosterladen, Heckerdamm 232, 13627 Berlin
- Schmargendorf: Adolf-Reichwein-Bibliothek, Berkaer Straße 7, 14199 Berlin
- Westend: Johanna-Moosdorf-Bibliothek, Westendallee 45, 14052 Berlin
- Wilmersdorf: Haus der Nachbarschaft, Straße am Schoelerpark 37, 10715 Berlin

Bald auch online verfügbar

Noch in diesem Jahr werden die sieben Spaziergänge zweisprachig (Deutsch und Englisch) auf der Website des Bezirksamts erscheinen. Zudem sollen die Routen in die Navigations-App Komoot integriert werden, um sie noch mehr Berliner*innen und Tourist*innen zugänglich zu machen.

Die Reihe entstand im Rahmen eines Tourismusprojekts. Vier Autoren entwickelten die Kiezspaziergänge in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung, der Pressestelle und visitBerlin. Die zweite Auflage der Kiezspaziergänge wurde durch City-Tax-Mittel der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gefördert und ist ein Kooperationsprojekt mit visitBerlin.

Die Reihe „Stadtspaziergänge durch Charlottenburg-Wilmersdorf“ enthält folgende Bände:

- Charlottenburg – Vom „kleinen Wedding“ an den Lietzensee
- Charlottenburg-Nord – Licht, Luft, Sonne
- Grunewald – Villen, Kiefern, Seen
- Halensee – Der unbekannteste Kiez
- Schmargendorf – Wohlfühloase der Superlative
- Westend – Alleen, Villen, Schrebergärten
- Wilmersdorf – Bunter als sein Ruf

Im Auftrag
Räsch

02) Gedenken an den kroatischen Dichter Marko Marulić



Bild: Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Pressemitteilung vom 09.08.2024

Zum 574. Geburtstag des kroatischen Schriftstellers Marko Marulić werden die Beauftragte für Partnerschaften, Anke Pätzold, der kroatische Botschaftssekretär und Konsul, Tino Klarić Kukuz sowie Vertretern der kroatischen Gemeinde am **Freitag, 16. August 2024, um 10 Uhr** an der Marko-Marulić-Statue auf dem Julius-Morgenroth-Platz (vor dem Bürgeramt, Hohenzollerndamm 177) Blumen niederlegen.

Die rund drei Meter hohe Statue des Dichters und Humanisten hat der kroatische Künstler Prof. Slavomir Drinković geschaffen. Der Bezirk erhielt die Skulptur am 27. Mai 2000 als Geschenk der Stadt Split, der Deutsch-Kroatischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg und der Kroatischen Gemeinde Berlin, anlässlich der 30-jährigen Partnerschaft.

Marko Marulić lebte von 1450 bis 1524 in Split und gilt als bedeutender Intellektueller der europäischen Renaissance. Dieses Jahr jährte sich sein Todestag zum 500. Mal. Marulić hinterließ ein vielfältiges Werk. Er verfasste theologische und philosophische Schriften und berichtete auch über seine Zeit. Obwohl er die meisten seiner Werke auf Latein schrieb, hinterließ er auch bedeutende Schriften in kroatischer und einige in italienischer Sprache.

Im Auftrag
Räsch

03) Gedenken an die Opfer des Mauerbaus



Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz.- Bild: BACW

Pressemitteilung vom 07.08.2024

Zur Erinnerung an den 63. Jahrestag des Mauerbaus und zum Gedenken an die Opfer, die diese Teilung mit sich brachte, legen die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung, Judith Stückler und Bezirksstadtrat Arne Herz am **Dienstag, 13. August 2023, um 9 Uhr** am Gedenkstein „Den Opfern des Stalinismus“ auf dem Steinplatz einen Kranz nieder.

Bezirksstadtrat Arne Herz

„Wir gedenken an diesem Tag der Ermordeten und Opfer von Mauer und Stacheldraht, der unzähligen Verletzungen, der vielen zerrissenen Familien und menschlichen Tragödien und der großen Zahl zerstörter Biografien. Im Bewusstsein der meisten Berlinerinnen und Berliner ist das Bauwerk mit all seinen Schrecken noch da. 35 Jahre nach dem Mauerfall gilt es daher umso mehr, insbesondere auch den jüngeren Menschen, die Schrecken der jüngeren deutschen Geschichte präsent zu halten und weiterhin gesellschaftliche Brücken in die Zukunft weiter zu bauen.“

Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung, Judith Stückler:

„Die bleibende Botschaft dieses Tages muss sein: Auch die jungen Menschen überall in unserem Land daran zu erinnern, dass Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaat nicht selbstverständlich sind. Die Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für sie einsetzen.“

Im Auftrag
Jüch

04) 258. Kiezspaziergang: Um den Fennsee zum ehemaligen Reemtsma-Gelände



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 02.08.2024

Den 258. Spaziergang führt Bezirksstadtrat Arne Herz am **Sonnabend, 10. August 2024**. Treffpunkt ist **um 14 Uhr** am Fennsee (Blissestraße Ecke Mecklenburgische Straße, nahe U-Bahnhof Blissestraße).

Die Route führt dieses Mal vom Friedrich-Ebert-Gymnasium, um den Fennsee, über den Heidelberger Platz bis hin zu dem Gewerbehöfequartier „GoWest“ – dem ehemaligen Reemtsma-Gelände. Der Spaziergang ist diesmal leider

NICHT BARRIEREFREI.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge finden sich unter www.kiezspaziergaenge.de.

Im Auftrag
Jüch

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 10 – C 13)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Weltalphabetisierungstag in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek – Kooperationsveranstaltung mit dem Alpha-Bündnis Steglitz-Zehlendorf am 03.09.2024

Pressemitteilung vom 20.08.2024



#weltalphanagberlin

Weltalphanag Berlin 2024.-

Bild: Grund-Bildungs-Zentrum Berlin

Das **Alpha-Bündnis Steglitz-Zehlendorf** organisiert zusammen mit der **Stadtbibliothek Steglitz-Zehlendorf**, dem **Mehrgenerationenhaus Phönix**, der **Victor-Gollancz-Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf** sowie dem **Grund-Bildungs-Zentrum Berlin** zum **Weltalphabetisierungstag am Dienstag, den 03.09.2024 von 15 Uhr bis 19 Uhr** eine Vielzahl von Veranstaltungen in der **Ingeborg-Drewitz-Bibliothek**:

- Die Buch-Premiere von „Briefe an den Bundespräsidenten“ (Hrsg.: Spaß am Lesen Verlag): Eine Lesung und Gespräch mit und über die Gewinner-Texte des gleichnamigen Schreib-Wettbewerbs für gering literalisierte Menschen vom Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. und dem Grund-Bildungs-Zentrum Berlin.
- Einen Workshop zur Einführung in die Einfache Sprache mit Schreibübungen, Lesen und Besprechen der entstandenen Texte sowie Sprachspielen, mit Slavica Klimkowsky.
- Autorenlesung in Einfacher Sprache mit Paul Bokowski: „LiES. Das zweite Buch – Literatur in Einfacher Sprache“
- Einen Markt der Möglichkeiten über die verschiedenen Angeboten und Einrichtungen zur Grundbildung im Bezirk.

Das **Alpha-Bündnis Steglitz-Zehlendorf**, gegründet 2022 unter der Trägerschaft des Mittelhof e. V., informiert zur Alphabetisierung und bietet den Kooperationspartnerschaften und allen Interessierten eine Plattform, um sich auszutauschen und gemeinsam Hilfe zu initiieren.

Seite C 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Alphabetisierung – die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben – ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie eine umfangreiche persönliche und berufliche Weiterentwicklung. Um an die Bedeutung von Alphabetisierung und Erwachsenenbildung zu erinnern und die öffentliche Aufmerksamkeit für Alphabetisierungsfragen zu wecken, findet jedes Jahr am 8. September der UNESCO Weltalphabetisierungstag statt.

Kommen Sie vorbei und erleben Sie einen spannenden Nachmittag rund um das Thema Grundbildung und einfache Sprache!

Termin: Dienstag, 03.09.2024 von 15 bis 19 Uhr

Eintritt: frei, ohne Voranmeldung

Ort: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

Kooperation: Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen der Stadtbibliothek Steglitz-Zehlendorf mit dem Alpha-Bündnis Steglitz-Zehlendorf, dem Mehrgenerationenhaus Phönix, der Victor-Gollancz-Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf sowie dem Grund-Bildungs-Zentrum Berlin.

02) BVV-Fraktionen liefern Pflegebetten nach Charkiw

Pressemitteilung vom 12.08.2024



Gruppenbild nach Verladung mit Personen der beteiligten Fraktionen, Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (mittig in grünem Oberteil) & Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit Carolina Böhm (zweite von rechts). -

Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

In einer fraktionsübergreifenden Initiative von Verordneten der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf wurden heute, am 12. August 2024, in gemeinsamer Kraftanstrengung von Bezirksverordneten 20 Pflegebetten zum Transport in unsere ukrainische Partnerstadt Charkiw in einen LKW verladen. Die elektrisch verstellbaren und mit Matratzen ausgestatteten Betten standen bislang in der zu sanierenden Pflegeeinrichtung eines sozialen Trägers, wurden dort aber nicht mehr benötigt. Erst am 30. Juli waren sie in mehreren Fraktionssitzungsräumen des Rathauses zwischengelagert worden.

Insgesamt vier Fraktionen des bezirklichen Lokalparlaments haben sich an der spontanen Aktion beteiligt.

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg begrüßt die Initiative: „Es freut mich sehr, dass Verordnete der BVV die Initiative für diese tolle Aktion ergriffen haben. Sie zeigt mir, dass die Solidarität mit unserer ukrainischen Partnerstadt im lokalen Parlament unverändert hoch ist. Sie wird in der BVV täglich gelebt – einmütig und fraktionsübergreifend.“

BVV und Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf danken Olga Pischel und dem Städtepartnerschaftsverein Steglitz-Zehlendorf e.V. herzlich für Organisation, Abwicklung und Finanzierung des Transports.



Verladung der Betten vor dem Rathaus Zehlendorf.-

Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Seite C 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Um auch weiterhin Hilfslieferungen finanzieren zu können, bittet der Städtepartnerschaftsverein im Rahmen seiner „**Charkiw-Hilfe**“ um Spenden auf folgendes Vereinskonto:

Städtepartnerschaftsverein Steglitz-Zehlendorf e.V.

IBAN: DE27 1005 0000 1010 0044 05

BIC-/SWIFT-Code: BELADEBEXXX

03) Musikalischer Nachmittag: Ein Nachmittag mit George Jackson am 22.08.2024 im Hans-Rosenthal-Haus

Pressemitteilung vom 08.08.2024

Sie erwartet ein musikalisches Feuerwerk. **George Jackson** ist ein erfahrener Musiker (Saxophon), Entertainer und Sänger.

Freuen Sie sich auf einen bunten Nachmittag mit diesem Ausnahmekünstler.

Ort: Hans-Rosenthal-Haus, Bolchener Str. 5, 14167 Berlin, Tel.: [811 91 96](tel:8119196)

Termin: 22.08.2024

Einlass: 14:00 Uhr

Beginn: 15:00 Uhr

Kosten: 3,00 €, zzgl. Kaffeegedeck 3,00 €

Telefonische Anmeldung im Hans-Rosenthal-Haus empfohlen.

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 14 - C 15)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Veranstaltungen zum Thema „Sturzprävention“

Pressemitteilung Nr. 288 vom 22.08.2024

Sicher im Alltag: Sturzprophylaxe für Seniorinnen und Senioren 55+

Wer kennt das nicht – über die Teppichkante gestolpert, auf dem Gehweg ausgerutscht? Mit zunehmendem Alter steigt auch die Angst vor einem erneuten Sturz. Doch wer zu vorsichtig wird, büßt auch Mobilität und Muskelkraft ein.

Think SI³ lädt herzlich zu zwei Veranstaltungen zum Thema „Sturzprävention“ ein:

Montag, 9. September und Montag, 7. Oktober 2024
jeweils von 13:00 bis 15:30 Uhr

**Altes Waschhaus, Großer Saal im Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum
Marienfelde Süd e.V.
Waldsassener Straße 40a, 12279 Berlin**

In diesen Workshops zeigt **Dipl. Bewegungspädagogin Marlies Marktscheffel** Ihnen **Ursachen für Stürze** im Alltag, **einfache Übungen** zur Förderung des Gleichgewichts, Stärkung der Muskeln und Koordination. Außerdem werden **weitere Einflussfaktoren** wie Schwindel durch Medikamente oder Fehlsichtigkeit etc. erläutert.

Dazu Bezirksstadträtin Eva Majewski:

„Mit diesen Veranstaltungen zur Sturzprävention können wir einen Beitrag leisten, dass wir auch im Alter noch sicher unterwegs sind und gesellschaftlich Teilhabe nehmen können. Seien Sie herzlich eingeladen, nutzen Sie diese kostenfreien Angebote. Dankenswerter Weise werden die Workshops im Rahmen des Förderprogramms ‚Sauberkeit und Sicherheit empfinden in Großsiedlungen‘ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen finanziert.“

Anmeldungen bitte per [E-Mail an Think SI³](#) oder telefonisch unter 015734918699 (auch Anrufbeantworter).

Die Teilnahme ist kostenlos!

**02) Österreichisch-Deutsche Gesellschaft Berlin Brandenburg feiert
75. Jubiläum**

Pressemitteilung Nr. 279 vom 14.08.2024

Bachl Chor aus Linz gastiert vor dem Rathaus Schöneberg

In diesem Jahr begeht die Österreichisch-Deutsche Gesellschaft (ÖDG) unter Präsident Werner Götz ihr 75. Jubiläum. Aufgrund der langen Tradition und der tiefen Verbundenheit mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg, wo sich auch ihr Sitz befindet, feiert die ÖDG ihr Jubiläum mit einem künstlerischen Auftritt des **Bachl Chors** vor dem Rathaus Schöneberg.

Freitag, 23. August 2024 von 11:00 bis 11:30 Uhr

vor dem Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

Die ÖDG fördert den kulturellen und fachlichen Austausch mit Österreich. Mit regelmäßigen Einladungen zu Ausstellungen, Vorträgen und Kulturveranstaltungen wird den Mitgliedern und Gästen die ideale Plattform für länderübergreifende Kontakte geboten.

Aus Anlass ihres Jubiläums präsentiert die ÖDG den Bachl Chor aus Linz. Vor dem Rathaus Schöneberg werden österreichischen Volkslieder, aber auch Madrigale italienischer Komponisten sowie Romantiker wie Brahms, Schubert und, zum 200. Geburtstag, Bruckner auf dem Programm stehen. Ein traditioneller Jodler aus Oberösterreich darf natürlich auch nicht fehlen.

Am **Vorabend** gibt es ebenfalls die Gelegenheit, den Bachl Chor zur Abendmesse mit Teilen der „Deutschen Messe“ von Franz Schubert zu hören:

- Donnerstag, 22. August 2024 ab 19:00 Uhr
St. Matthias Kirche Schöneberg
Goltzstraße 29, 10781 Berlin

Im Anschluss folgt ein sakrales Kurzprogramm, auch mit Werken von Anton Bruckner.

Keine Berichte

Keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite C 18

Keine Berichte

Keine Berichte

Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 6

Ost- und Westpreußen (Seiten D 1 – D 4)

- 01)** Die Westpreußische Eisenhütten-Gesellschaft in Elbing.
Von Jürgen Ehmman

Slowenien (Seite 5)

- 01)** Gottscheer in Klagenfurt

Südtirol (Seiten D 6 – D 9)

- 01)** Eine Zeitreise durch die Geschichte: „Als Tirol geteilt wurde“

Ost- und Westpreußen (Seiten D 1 – D 4)

01) Die Westpreußische Eisenhütten-Gesellschaft in Elbing

Von Jürgen Ehmann

Das in Elbing dicht am Elbingfluss und seinen Nebenarmen auf der Speicherinsel gelegene Walzwerk¹ der hier ansässigen Eisenhütten-Gesellschaft E. Dehring entwickelte sich zur drittgrößten Anlage der Stadt und geriet im Jahr 1875 trotz einer Beschäftigungszahl von durchschnittlich 300 Arbeitern (1874)² in Konkurs.

Kaufmann Gottfried Dehring, Vater des um 1841 in Elbing geborenen Gottfried Emil Dehring, wird 1855 in der Stadt am Elbing mit einem Eisenhandel³ und 1865 als Besitzer von einem der drei vorhandenen Eisenhammer in Elbing erwähnt.⁴ Zum 16. Mai 1862 erteilt er seinem Sohn Emil Gottfried Prokura, die am 11. Mai 1869 erlischt.⁵

Gesellschafter der seit dem 1. April 1868 gegründeten und am 23. April 1868 beim Königlichen Kreisgericht in Elbing in das Handels- (Gesellschafts-) Register unter Nr. 61 eingetragenen Handelsgesellschaft „Eisenhütten-Gesellschaft E. Dehring“ mit Sitz in Elbing sind die Kaufleute Emil Gottfried Dehring, Ernst Heinrich Lorentz und Carl Heinrich Kutenkeuler. Ingenieur C. Kutenkeuler ist 1863 bei der Steinhauser Hütte in Witten⁶, 1866 beim Walzwerk von W. Hammacher sen. in Barop⁷ und 1867 als Walzwerksdirektor der Siegburger Hütte⁸ tätig, bevor er 1868 als Director und Associé zur Eisenhüttengesellschaft E. Dehring nach Elbing⁹ wechselt. Die Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft steht jedem Gesellschafter zu, jedoch nur in Gemeinschaft mit wenigstens einem der übrigen Gesellschafter.¹⁰ Am 6. Dezember 1870 erfolgt der Eintrag in das Handels- (Prokuren-) Register unter Nr. 47, dass die Inhaber der Gesellschaft den Kaufmann Gustav Herrmann Dehring in Elbing ermächtigt haben, für die „Eisenhütten-Gesellschaft E. Dehring“ per procura zu zeichnen.“¹¹

1869 produziert das Walzwerk ca. 35.000 Zentner Stab- und Faconeisen, wozu ca. 46.000 Zentner Schmelzeisen und ca. 27.0000 Scheffel Kohlen verbraucht werden. Im Lauf des Jahres richtet die Gesellschaft eine Werkstätte zur Fabrikation von „Eisenbahnbedarf zum Oberbau“ ein und produziert 2.600 Zentner Kleineisenzeug. Den größten Teil ihrer Rohmaterialien erhält die

¹ Toeppen, Dr. M.: Geschichte der räumlichen Ausbreitung der Stadt Elbing mit besonderer Berücksichtigung ihrer Befestigungen und ihrer wichtigsten Gebäude. In: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins, Heft XXI. Th. Bertling, Danzig 1887, S. 131.

² Preußisches Handels-Archiv, No. 6 vom 5. Februar 1875, S. 146.

³ Quellen-Nachweisung über Bezug und Absatz der Handelsartikel mit besonderer Berücksichtigung der vaterländischen Industrien. Leipzig, 1855, S. 25.

⁴ Jahresberichte der Handelskammern und kaufmännischen Korporationen des preußischen Staats für 1866. Berlin 1866, S. 125.

⁵ Erste Beilage zum Königlich Preußischen Staats-Anzeiger, 15. Mai 1869, No. 112, S. 2020.

⁶ Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure; Band VII. Berlin, 1863, S. 245.

⁷ Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure. Band XI. Heft 1. Januar 1867, S. 20.

⁸ Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure. Band XII. Heft 1. Januar 1868, S. 74.

⁹ Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure. Band XIII. Heft 1. Januar 1869, S. 70.

¹⁰ Beilage zum Königlich Preußischen Staats-Anzeiger, No. 100. vom 28. April 1868, S. 1741.

¹¹ Zweite Beilage zum Königlich Preußischen Staats-Anzeiger. No. 396. Donnerstag, den 15. Dezember 1870, S. 5070.

Gesellschaft über das Frische Haff und den Elbing.¹² Im Jahr 1870 steigern die knapp 100 Arbeiter des Walzwerkes die Produktion auf 69.830 Zentner Stab- und Faconeisen, zu deren Herstellung 83.190 Zentner Alteisen und 17.790 Tonnen Kohlen verwendet werden. Die 25 Arbeiter in der mit

Seite D 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

dem Werk verbundenen neuen Hacknagelschmiede produzieren mit 8 Feuern 9.760 Zentner Hacknägel und Telegraphenstützen. Der Kohleverbrauch der Schweißöfen liegt bei 1.350 Tonnen.¹³

Gottfried Emil Dehring heiratet am 1. Februar 1872 Elise Melitta Tessmer. Sohn Theodor Gottfried Walter kommt am 30. November 1872, Tochter Emilie Wilhelmine Margarethe am 14. Mai 1874 in Elbing zur Welt. Gottlieb Emil Fritz, 1877 in Leipzig geboren, verstirbt am 6. Februar 1882 im Alter von 5 Jahren in Berlin-Lützow.¹⁴

Vermutlich macht sich der Spekulationsrausch der Gründerzeit bemerkbar, als im September 1872 der Geheime Commerzienrath Stephan und Eduard Schmidt vom Bankhaus Stephan & Schmidt in Königsberg, Jacob Litten vom gleichnamigen Bankhaus in Elbing, der Bankier Simon Lipmann aus Berlin und einige andere Beteiligte die Aktiengesellschaft „Westpreussische Eisenhütte“ gründen¹⁵ und dabei die „Eisenhütten-Gesellschaft E. Dehring“ übernehmen. Im Auftrage des Commerzienrathes Stephan erstet der Bankier Litten das Unternehmen für 220.000 Thlr. und lässt sich persönlich von den Verkäufern eine Provision von 2.200 Thlr. zahlen.¹⁶ Die Leitung des übernommenen Walzwerkes bleibt in den Händen der früheren Inhaber, die sich mit einem Kapital von 110.000 Thlr. in Aktien an dem Unternehmen beteiligen.¹⁷ Gemäß dem Verkaufsprospekt setzt sich das Grundkapital des zukünftigen Aktienunternehmens in Höhe von 450.000 Thlr. aus dem Erwerbspreis von 330.000 Thlr. und einem Betriebskapital von 120.000 Thlr. zusammen und ist in 2.250 Aktien mit einem Nennwert von 200 Thlr gestückt. Von dem übernommenen Aktien-Kapital gelangen 340.000 Thlr. zur Zeichnung.¹⁸ Die bisherigen Betriebsergebnisse und das Gutachten zweier Sachverständiger, davon einer Direktor eines bedeutenden Schlesischen Walzwerkes, lassen keinen Zweifel an der Rentabilität des Unternehmens aufkommen.¹⁹

Folgende Geldinstitute sind an der am 9. November stattfindenden Zeichnung beteiligt: Norddeutsche Grund-Credit-Bank in Berlin; Bankhaus Jacob Litten in Elbing; Bankhaus Stephan & Schmidt in Königsberg; Bankhaus Johann Conr. Jacobi in Königsberg; Danziger Bankverein; Bankhaus Meyer & Cehlhorn in Danzig; die Provinzial-, Wechsler- und Disconto-Bank in Posen, Bankhaus Max Baerwald & Co. in Bromberg, Bankhaus D. Peretz in Hannover, Bankhaus Saul Finkelstein in Leipzig, Bankhaus M. A. Falk in Lübeck, Sächsischer Bankverein in Dresden und die Halle'sche Credit-Anstalt.²⁰

Im Aufsichtsrat sind als Vorsitzender der Bankier Jacob Litten, der Rechtsanwalt Heinrich und der Rentier Jebens aus Elbing, des weiteren Carl Bittrich von der Firma J. C. Bittrich & Söhne, F. Oltersdorf von Sanio & Oltersorf in Königsberg i. Pr., Bankdirektor Adolph Rosenstein von der Norddeutschen Grundcreditbank, Alexander von Loeben von Robert Thode & Co. in Berlin und der Berliner Bankier Simon Lipmann vertreten.

Zu bemerken ist, dass der früher beim Bankhaus Stephan & Schmidt in Königsberg als Commis (kaufmännischer Angestellter) tätige Simon Lipmann Aktien in Gemeinschaft mit seinem ehemaligen Commis und zum jetzigen Zeitpunkt fungierenden Direktor der Halle'schen Creditanstalt Michaelis vertreibt. Im Aufsichtsrat der im August 1872 von Stephan, Lipmann und der Norddeutschen Grundcreditbank gegründeten Halle'schen Creditanstalt sitzen Stephan, Lipmann und Rosenstein.²¹

¹² Preussisches Handelsarchiv - Wochenschrift für Handel, Gewerbe und Verkehrsanstalten, Berlin, 1870, S. 106.

¹³ Jahresberichte der Handelskammern und kaufmännischen Korporationen des preußischen Staats für 1870. Berlin 1871, S. 1101.

¹⁴ Ancestry.

¹⁵ Glagau, Otto: Der Börsen und Gründungsschwindel in Deutschland. Leipzig, 1877, S. 124.

¹⁶ Ebda, S. 124

¹⁷ Berliner Börsen-Zeitung, Abend-Ausgabe, 6. November 1872.

¹⁸ Ebda.

¹⁹ Ebda.

²⁰ Ebda.

²¹ Glagau, Otto: Der Börsen und Gründungsschwindel in Deutschland. Leipzig, 1877, S. 276.

Die Direktion des Unternehmens bleibt in den Händen der früheren Inhaber Kuttenkeuler, Emil Dehring und Heinrich Lohrenz,²² die sich mit einem Kapital von 110.000 Thlr. in Aktien beteiligen.²³

Das erste Geschäftsjahr von drei Monaten (!) schließt am 31. Dezember mit einer Dividende von 14 Prozent! Otto Glogau schreibt in seinem Buch „Der Börsen und Gründungsschwindel in Deutschland“, dass diese Dividende das Ergebnis einer gefälschten Bilanz war und „wahrscheinlich **Seite D 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024**

nur den Gründern und Aufsichtsräthen zugute“²⁴ kam, denn diese Aktien kamen später ohne den ersten Dividendenschein in Umlauf.

Ende 1872 umfasst das Walzwerk ein Areal von 12 Morgen, von denen 5 Morgen mit Gebäuden für Walz- und Puddelhalle, Hammerschmiede, Werkstätte, Lagerräume und Beamtenwohnungen bebaut werden. Die Hütte betreibt ein Luppen- und Grobeisen-Walzwerk mit einer Dampfmaschine von 125 Pferdekraft, ein Stab- und Feineisen-Walzwerk mit einer Dampfmaschine von 45 Pferdekraft und eine Schmiede zur Herstellung von Schmiedebefestigungs- und Telegraphenmaterial und ist mit den nötigen Hilfsmaschinen, Dampfhammer und Brechmaschinen neuester Konstruktion und den erforderlichen Dampfkesseln, Schweiß-, Puddel- und Schrottöfen auf eine Produktion von 150.000 Zentner ausgerichtet.²⁵ Fabriziert werden 3.750.000 Kilogramm Stab und Faconeisen sowie 300.000 Kilogramm Luppeneisen, zu deren Herstellung 4.700.000 Kilogramm Alteisen, 375.000 Kilogramm Roheisen und 40.000 Hektoliter Steinkohlen verbraucht werden. Dazu kommen 350.000 Kilogramm Kleineisenzeug zu Eisenbahnzwecken. Die Arbeiterzahl erhöht sich von 120 auf 250 Personen. Die Gesellschaft erwirbt größere Grundstückskomplexe in der Absicht, bei Eröffnung der Bausaison neue gewerbliche Anlagen zu errichten.²⁶

Die oben erwähnten Lipmann und Michaelis stellen mit falschen Angaben eine zukünftige Aktiendividende von 20 Prozent in Aussicht.²⁷ Im März 1873 werden 300.000 Thlr. neue Aktien an die Börse gebracht. Im Mai 1874 erfolgt eine Zusammenlegung von Aktien mit dem Ziel, den Börsenkurs zu erhöhen, dabei gehen 300.000 Thlr. verloren.²⁸ Die Produktion kann im Jahr 1874 durch bedeutende Aufträge auf 142.000 Zentner Walzeisen, 44.000 Zentner Luppeneisen und 19.000 Zentner Kleineisen gesteigert werden.

Trotz der Ausgabe neuer Aktien im Wert von 200.000 Thlr. weist die Bilanz mit Stichtag 31. März 1875 einen Verlust von 192.000 Thlr. auf.²⁹ Im Juli 1875 kommt es zu einem erneuten Kapitalverlust von 200.00 Thlr.³⁰ Am 7. Dezember 1875 wird über das Vermögen des Unternehmens der Konkurs eröffnet. Bis zum letzten Augenblick stellen einige Mitglieder des Aufsichtsrates dem Unternehmen nötiges Kapital aus ihrem eigenen Vermögen zur Verfügung. Ursachen des Konkurses sind „die absolute Geschäftsstille auf dem Gebiete der Eisenindustrie und die damit verbundene völlig abnorme Ungunst der Conjunction.“³¹ Die gekündigten Arbeiter bleiben noch 14 Tage beschäftigt.

Ende Dezember 1875 wird eine 6-prozentige Prioritätsobligation des Unternehmens angeboten.³² Die Zeitschrift „Der Berggeist - Zeitung für Berg-, Hüttenwesen u. Industrie, No. 36“ vom 5. Mai 1876 schreibt: „Wie aus Elbing gemeldet wird, hat durch den am 12. April stattgehabten Kaufgelder-Belegungsstermin in dem Konkursverfahren die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden. Das Actien-Capital ist gänzlich verloren und für die 600 Prioritäts-Obligationen im Betrage von 600.000 M sind 142.150 M herausgekommen.“³³

²² Berliner Börsen-Zeitung, Abend-Ausgabe, 6. November 1872

²³ Ebda.

²⁴ Glogau, Otto: Der Börsen und Gründungsschwindel in Deutschland. Leipzig, 1877, S. 124

²⁵ Hannoverscher Kurier, 7. November 1872.

²⁶ Preußisches Handels-Archiv, No. 5 vom 31. Januar 1873, S. 129.

²⁷ Glogau, Otto: Der Börsen und Gründungsschwindel in Deutschland. Leipzig, 1877, S. 125.

²⁸ Ebda, S. 125.

²⁹ Ebda, S. 125.

³⁰ Ebda, S. 125.

³¹ Der Berggeist - Zeitung für Berg-, Hüttenwesen u. Industrie, No. 5, 18. Januar 1876, S. 18.

³² Berliner Börsen-Zeitung, Morgen-Ausgabe, 31. Dezember 1875.

³³ Der Berggeist - Zeitung für Berg-, Hüttenwesen u. Industrie, No. 36, 5. Mai 1876, S. 142.

Anfang Oktober 1877 beginnt der fast eine Woche andauernde Prozess gegen die Gründer der „Westpreußischen Eisenhütten-Gesellschaft“. Diese werden angeklagt, Ende 1872 und im Jahr 1873 mit der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen der Aktionäre der „Westpreußischen Eisenhütten-Gesellschaft“ dadurch „beschädigt zu haben, daß sie durch Vorspielung falscher und Unterdrückung wahrer Thatsachen einen Irrthum erregt“³⁴ zu haben. Im Prozess wird festgestellt, dass die Angabe des Illationspreises als Erwerbspreis im Verkaufsprospekt ein falscher war. „Eine Verabredung, den Prospect so abzufassen, wie

Seite D 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

geschehen, ist nicht nachgewiesen.“³⁵ Wegen den negativen Ergebnissen der Untersuchungen werden die Angeklagten Litten, Lupmann, Risenstein, Gaedecke, Stephan, Schmidt, Dzondi und von Löben freigesprochen.³⁶

1876 geht die „Westpreußische Eisenhütte“ in den Besitz des Königsberger Unternehmen Michelly & Co.³⁷ „Das Schweiss- und Walzwerk der Elbinger Eisenhütte Michelly & Co. in Elbing (früher der Westpreussischen Eisenhüttengesellschaft) mit einer Production von 1.500.000 Ctr. durch Schweissen von Alteisen mit 400 Arbeitern“³⁸ wird 1876 als bedeutendes Werk hervorgehoben. 1878 erwähnt die „Zeitschrift für das Berg-, Hütten und Salinenwesen im preussischen Staate“: „Nach der Betriebseinstellung der Annahütte zu Königsberg ist nur noch ein grosses Werk, das Schweiss- und Walzwerk der Elbinger Eisenhütte von Michelly & Co. zu Elbing theilhaftig.“³⁹ Im Sommer 1883 besteht eine große Nachfrage der Produkte des Walzwerks.⁴⁰

Der Jahresbericht der Kaufmannschaft in Elbing des Jahres 1885 hebt hervor, dass „die Schädigung, welcher unser Handel durch die Thorn-Insterburger und die Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn bereits hat erfahren müssen“, wesentlich gesteigert sei „seit der Eröffnung der Secundärbahn Kobbeldude-Allenstein-Ortelsburg, durch welche das nur noch kleine Absatzgebiet für unseren Handel abermals geschmälert worden ist.“ Zusätzlich erhebt Russland 1882 einen neuen Zolltarif auf Eisen-, Stahl- und Metallwaren und erhöht diesen 1885 erneut. Damit entfällt für die Elbinger Eisenhütte Michelly & Co. das bisherige Absatzgebiet im Osten.⁴¹ Im gleichen Jahr löst sich die Gesellschaft auf und bestellt Michael, Benjamin und Moritz Michelly als Liquidatoren.⁴²

Zu erwähnen ist noch der Tod des in Groß Lichterfelde, Holbeinstraße 7, wohnenden Privatiers Gottfried Emil Dehring am 15. Januar 1902 im Alter von 61 Jahren.⁴³

Jürgen Ehmann
66564 Ottweiler

³⁴ Hannover Kurier, 9. Oktober 1877.

³⁵ Ebda.

³⁶ Ebda.

³⁷ Toeppen, Dr. M.: Geschichte der räumlichen Ausbreitung der Stadt Elbing mit besonderer Berücksichtigung ihrer Befestigungen und ihrer wichtigsten Gebäude. In: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins, Heft XXI. Th. Bertling, Danzig 1887, S. 131.

³⁸ Zeitschrift für das Berg-, Hütten und Salinenwesen im preussischen Staate, 24. Band, Berlin, 1876, S. 205.

³⁹ Zeitschrift für das Berg-, Hütten und Salinenwesen im preussischen Staate, 26. Band, Berlin, 1878, S. 239.

⁴⁰ Preussisches Handelsarchiv, Berlin, 1883, S. 140.

⁴¹ Berliner Börsen-Zeitung, Abend-Ausgabe, 25. August 1886.

⁴² Handelsblatt der Chemiker-Zeitung, No. 34, 28. April 1886, S. 534.

⁴³ Standesamt Groß-Lichterfelde, Sterbeurkunde Nr. 16 des Jahres 1902.

Slowenien (Seite 5)

01) Gottscheer in Klagenfurt

Freitag, 2. August 2024 **KÄRNTEN** Seite 27

Gottscheer in Klagenfurt

Sie leben auf allen Kontinenten, fühlen sich aber fest miteinander verbunden in ihrer Kultur und über die Geschichte ihrer Vorfahren: Viele Gottscheer kommen heute nach Kärnten.

Kärnten Wissen

Im Klagenfurter Schloss Krastowitz fanden die Gottscheer eine Heimat für ihre Schutzmantelmadonna. Seit 1963 kommen Gottscheer Wallfahrer aus aller Welt am ersten Sonntag im August hierher.

Heimat - ist kein einfaches Wort für sie. Umsiedeln bestimmte das Leben der Gottscheer oft, zu oft: 60 Kilometer südöstlich von Laibach siedelten die Grafen von Ortenburg ab 1330 Familien aus Oberkärnten und Osttirol an. Doch nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie gab es für die deutschsprachige Minderheit im Königreich der Serben, Kroaten, Slowenen keinen Schutz mehr. Die Gottscheer wollten eine Republik werden, doch von US-Präsident Woodrow Wilson gab es keine Hilfe.

An zuvor deutschsprachigen Schulen war ab 1919 nur noch Slowenisch als Unterrichtssprache zulässig. 33 deutsche Lehrer wurden entlassen, die deutschen Kindergärten geschlossen. Das Hochdeutsche verschwand auch aus der Verwaltungs- und Geschäftssprache. 1941 mussten viele die Gottscheer verlassen, nach Kriegsende wurden die restlichen Gottscheer vertrieben.

In Amerika, Australien, aller Welt sind sie seitdem zuhause. Kontakt zueinander haben sie nicht zuletzt durch die Gottscheer Zeitung: Vor 120 Jahren wurde der Gottscheer Bote gegründet, der über das Leben der Volksgruppe berichtet. Wegen politischer Verbote konnte der Bote 1919 und Anfang der 40er-Jahre nicht erscheinen. Das Motto lautet seit jeher „Mit der Heimat im Herzen über Land und Meer verbunden“. Bis Kanada, in die USA, nach Australien, Schweden, in die Schweiz, nach Ungarn, Italien, Kroatien, Slowenien, Deutschland wird der Gottscheer Bote versendet. „De

Khšecht ahoima in Götscheah - die Kost daheim in Gottschee“ heißt das Kochbuch, das Rezeptaus der alten Heimat vertritt (zu bestellen um 18 € bei der Landsmannschaft unter e-m-a.tiefenbacher@chello.at).

Die Herkunft des Begriffes Gottschee ist übrigens nicht restlos geklärt. Vermutlich aber geht er auf die slowenische Kollektivbildung Kočevje für Hüttenansammlung zurück (slowenisch Koča = Hütte). **ChNK**

Gottscheer Wallfahrt beim Schloss Krastowitz bei Klagenfurt.

Die Filialkirche St. Ulrich beim Schloss Krastowitz wurde 1962 von der Gottscheer Landsmannschaft übernommen.

KULTURWOCHE

Heute, Freitag (19.30 Uhr), eröffnen Otto Tripp, Vorsitzender der Gottscheer Landsmannschaft in Klagenfurt, und Hermann Petschauer, der Leiter der Kulturwoche, diese Kulturwoche. Historiker Werner Drobisch spricht über die Gottscheer im Spiegel ihrer Vereinszeiten.

Samstag nehmen die Gottscheer am Trachtenumzug in Villach teil.

Am Sonntag spielt die Kolpingmusik Klagenfurt vor Schloss Krastowitz ein Platzkonzert (9 Uhr). Danach zieht die Prozession zur Gedächtnisstätte. Um 14 Uhr gibt es von Militärerzdekan Ordinarriatskanzler Harald Tripp den Segen in der Gedächtnisstätte.



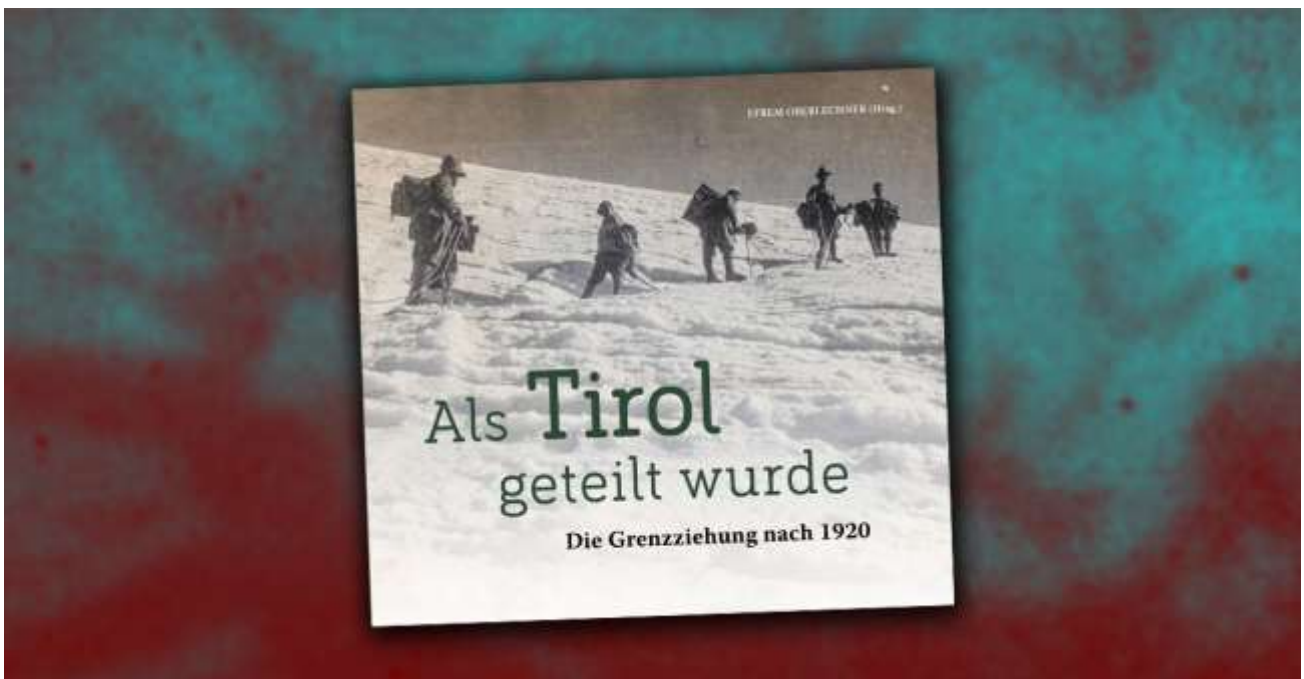
Seite D 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Südtirol (Seiten D 6 – D 9)



<https://suedtirol-info.at/eine-zeitreise-durch-die-geschichte-als-tirol-geteilt-wurde/#more-4281>

01) Eine Zeitreise durch die Geschichte: „Als Tirol geteilt wurde“



Das im EFFEKT-Verlag in Neumarkt in Südtirol erschienene und von **Efreim Oberlechner** herausgegebene Buch [„Als Tirol geteilt wurde“](#) nimmt uns mit auf eine packende Reise in eine der dramatischsten Phasen der lokalen Geschichte: die Grenzziehung zwischen Österreich und Italien nach dem Ersten Weltkrieg. Mehrere Historiker haben an der Gestaltung dieses Werkes mitgewirkt, dessen textliche Gestaltung **Katharina Brenner** vorgenommen hat.



Das Internet-Portal [„Unser Tirol 24“](#) berichtete ausführlich darüber.

Efrem Oberlechner erläuterte das Thema der Veranstaltung, bevor **Stephan Gostner**, der erste Redner des Abends, das Wort ergriff. **Gostner** berichtete von einem bemerkenswerten Fund auf einem Antiquitätenmarkt in Bologna: das Fotoalbum „**Confine Italo-austriaco**“.

Stephan Gostner schilderte eindrucksvoll, wie ihm das Fotoalbum in einem Antiquitätengeschäft ins Auge fiel. Das Album enthielt zahlreiche bisher unveröffentlichte Fotos, die die Grenzziehung zwischen Italien und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg dokumentieren. Die Fotos waren in einem erstaunlich guten Zustand und boten eine detaillierte visuelle Chronik der Ereignisse und der Menschen, die an der Grenzziehung beteiligt waren.

Gostner erkannte sofort den historischen Wert dieses Fundes. Die Fotos illustrierten nicht nur die physischen Veränderungen der Landschaft, sondern auch die sozialen und politischen Auswirkungen der neuen Grenze. Jede Seite des Albums erzählte eine Geschichte von mühseliger Arbeit, diplomatischen Verhandlungen und persönlichen Schicksalen, die durch die neue Grenzziehung geprägt wurden.



Die Grenzsteinsetzung am Brenner (Quelle: „Als Tirol geteilt wurde“)

Die dünne Linie, die Leben veränderte

Diese Grenzziehung war mehr als nur eine geografische Trennlinie – sie war ein einschneidendes Ereignis, das das Leben unzähliger Menschen für immer veränderte. Das von Gostner kürzlich entdeckte Fotoalbum hält Schlüsselmomente dieser Zeit fest und dokumentiert die physischen Manifestationen dieser politischen Entscheidungen. Die exklusiven Fotografien und historischen Dokumente im Buch bieten einen tiefen Einblick in die Herausforderungen und Dramen, die sich entlang dieser neuen Grenze abspielten.



Vermessungsarbeiten am Klockerkarkopf, den Ettore Tolomei „Vetta d'Italia“ („Gipfel Italiens“ als nördlichsten Punkt Italiens) taufte (Quelle: „Als Tirol geteilt wurde“)

Seite D 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Eine fesselnde Dokumentation

[„Als Tirol geteilt wurde“](#) zeigt nicht nur die historischen Fakten und Entwicklungen auf, sondern fängt auch die menschlichen Aspekte ein, die mit der Grenzziehung verbunden sind. Das Werk wurde mit vielschichtigen Quellen wie Publikationen, Zeitungsartikeln und unveröffentlichten Dokumenten aus dem Tiroler Landesarchiv geschaffen. Diese sorgfältige Zusammenstellung ermöglicht es, ein umfassendes und lebendiges Bild der damaligen Ereignisse zu zeichnen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 50, 2024

Wien, am 21. August 2024

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 67

- 01)** Welche roten Linien? Die Methoden der Huthis erinnern stark an die Taliban. Und der Westen? Lässt sie weiter die Spielregeln definieren.
Von Constantin Grund
- 02)** Loslösung vom Ziehvater. Um zu gewinnen, muss Kamala Harris die Wähler in den USA überzeugen, dass sie ihre Sorgen ernst nimmt – und mit Bidens Wirtschaftspolitik brechen. Von Michael R. Strain
- 03)** Maduros geopolitischer Poker. Venezuelas Machthaber will mithilfe seiner weltweiten Partner den Wahlbetrug aussitzen. In Südamerika wird er hingegen zunehmend als Gefahr gesehen. Von Sandra Weiss
- 04)** Genug ist genug. Während Superreiche immer mehr horten, kämpfen Demokratien mit leeren Kassen. Die Zeit ist reif für eine Milliardärssteuer.
Von Gabriel Zucman
- 05)** Wenn zum Schaden der Spott kommt. Treffen sich Musk und Trump zum Pläuschchen, rauchen in Europa die Köpfe. Warum EU-Kommissar Thierry Breton sich gewaltig vergaloppiert hat. Von Marco Bitschnau
- 06)** Wut im Bauch. In vielen Ländern Afrikas geht die Jugend auf die Straße. Warum von einem Afrikanischen Frühling noch nicht gesprochen werden kann. Von Henrik Maihack
- 07)** Don't worry. Die Staatsschulden der USA sind so hoch wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Grund zur Sorge besteht jedoch nicht.
Von Dean Baker
- 08)** „Teil der psychologischen Kriegsführung“. Hanna Voss im Libanon über israelische Flugmanöver, den Rückhalt der Hisbollah in der Bevölkerung und die Angst vor einem möglichen Krieg mit Israel.
Interview. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 09)** Geheimwaffe aus dem Mittleren Westen. Kamala Harris setzt auf Tim Walz als Vize. Der Ex-Footballtrainer punktet mit Erfahrung, doch seine Gouverneursbilanz könnte den Wahlkampf belasten.
Von Ross Barkan
- 10)** „Das System war seit langem im Kern instabil“. Südasien-Experte Leo Wigger über den Sturz von Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina, die Rolle des Militärs und die Reaktion Indiens.
Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadži-Vuković
- 11)** Amerikas Geschlechterkampf. Frauen wählen eher links, Männer rechts – doch so einfach ist es nicht. Was Geschlechterrollen über die Parteipräferenz aussagen. Von Derek Thompson

- 12) Mehr als die Rettung der Demokratie. Es reicht nicht, vor Trump zu warnen. Um zu siegen, braucht Kamala Harris eine politische Agenda, die auf die realen Sorgen der Amerikaner eingeht. Von Michael J. Sandel
- 13) Angst vor der völligen Eskalation. Schon lange spitzt sich der Konflikt zwischen Israel und seinen Gegnern zu. Die Tötung von Hamas-Chef Haniyeh könnte die Region in den Abgrund reißen. Von Marcus Schneider
- 14) Der Sündenfall. Von Ed Koch
- 15) Bankrotter Erdölsozialismus. Maduro hat im Machtkampf mit der Opposition erstmals die schlechteren Karten. Der Weg dorthin war ein harter Lernprozess: Fünf Lehren aus Venezuela. Von Sandra Weiss
- 16) Ursachen und Folgen. Von Ed Koch
- 17) Krise der liberalen Ordnung. Globale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof stehen in der Kritik. Dabei braucht es diese in Zeiten der Großmachtrivalität besonders. Von Rolf Mützenich
- 18) Angriff von allen Seiten. Ein vom Iran gesteuertes Netzwerk mit separaten Zellen durchzieht den Nahen Osten. Israel kann den Mehrfrontenkrieg militärisch nicht gewinnen. Von Andreas Krieg

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seite E 68

Keine Berichte

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seite E 69

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU)

Seiten E 70 – E 77

- 01) Gefährlicher Kurs. In der EU wird häufig mit der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten geliebäugelt. Damit macht sich Brüssel Erpressbar. Von Olivia Sundberg Diez
- 02) Dringend gebraucht. Millionen ukrainische Flüchtlinge mussten vor dem russischen Angriffskrieg fliehen. Die EU sollte ihnen dabei helfen, in ihre Heimat zurückzukehren. Von Yuriy Gorodnichenko & Daniel Gros

E. e) Mitteleuropa

Seite E 97

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 98 – E 111)

- 01) KW 34 (19. – 25.08.2024) – Es nimmt kein Ende. Von Ed Koch
- 02) Alles hat seine Zeit. Immer wieder wird zur Verständigung mit Russland eine Rückbesinnung auf die Ostpolitik gefordert. Doch diese ist keine Blaupause für die Gegenwart. Von Bernd Rother
- 03) Grüße aus der Goldenen Stadt. Von Ed Koch
- 04) Unser täglich Donald. Von Ed Koch
- 05) Nicht normal. Von Ed Koch
- 06) Pulsmesser
- 07) Das bisschen Haushalt. Von Ed Koch
- 08) Nach Hamburg wird die Strecke lang. Von Ed Koch
- 09) KW 32 (05. – 11.08.2024) – Dabei sein ist fast alles. Von Ed Koch
- 10) Von wegen Sommerloch. Von Ed Koch
- 11) Mehr als ein Partner. Deutschland ist nun Teil der UN-Schutzmission an der Grenze zu Nordkorea. Damit sendet Berlin ein Signal, das weit über Asien hinausgeht. Von Eric Ballbach
- 12) Es reicht meint Ed Koch
- 13) Woher kommst Du. Von Ed Koch
- 14) Mission Frieden. Eine friedliche Koexistenz mit Russland erscheint unerreichbar. Die Rückkehr zur ursprünglichen Ostpolitik könnte helfen, dem Ziel näherzukommen. Von Hans Kundnani
- 15) Never ever. Von Ed Koch
- 16) Schurkenstück
- 17) Der Fluch der Gerechtigkeit. Von Ed Koch

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 108 – E 121)

- 01) Kritisches Erinnern. Von Ed Koch
- 02) Was würdest Du tun? Von Ed Koch
- 03) „Wir werden die Stadt umgraben.“ Von Ed Koch
- 04) Franziska Giffey: „So kann es nicht bleiben!“ Von Ed Koch
- 05) KW 33 (06. – 11.08.2024) – Santa Maria. Von Ed Koch
- 06) Die Stachelschweine werden 75! Von Ed Koch
- 07) Es sind Ferien und keiner ist weg!
- 08) KW 31 (29.07. – 04.08.2024) – Innere Ansichten. Von Ed Koch
- 09) Zweiradideologie. Von Ed Koch
- 10) Au revoir. Von Ed Koch

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 122 – E 130

P o l e n (Seiten E 122 – E 128)

01) Warschau: „Ein großer deutscher Tatort“. Von Ed Koch

T s c h e c h i e n (Seiten E 129 – E 130)

01) Umfrage: "Eid-Bewegung" und Kommunisten im Aufwind

E. h) Osteuropa

Seiten E 131 – E 137

U k r a i n e (Seiten E 131 – E 137)

01) Kursk-Änderung. Die ukrainische Offensive markiert ein neues Kapitel des Krieges, doch Ziele und Erfolgsaussichten bleiben weiter unklar. Wie reagiert Moskau? Von Alexey Yusupov

02) Mut zum Lückeschließen. Koordinierte Bemühungen zum Beenden des Krieges in der Ukraine gibt es bislang nicht. Höchste Zeit, dieses Manko zu beheben. Von Christos Katsioulis & Walter Kemp

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 138

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seiten E 139 – E 146

S e r b i e n (Seiten E 139 – E 146)

01) Mine des Anstoßes. Um den grünen Wandel voranzutreiben, unterstützt die EU ein Lithium-Projekt in Serbien. Die Bevölkerung will aber nicht zur Bergbau-Kolonie werden. Von Nikola Burazer

02) Putins trojanisches Pferd. Serbien nähert sich stärker Russland und China an. Der Beitrittskandidat ist auf Kollisionskurs mit der EU – Belgrad braucht eine neue Außenpolitik. Von Srdjan Cvijic

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 147 – E 150

Frankreich (Seiten E 147 bis E 150)

- 01)** Macron gehen die Optionen aus. Will Frankreich die Regeln der Eurozone einhalten, drohen schmerzhaft Sparmaßnahmen. Die rechte Opposition frohlockt. Von Yanis Varoufakis

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 150 – E 158

Großbritannien (Seiten E 151 bis E 161)

- 01)** Wie man den Populisten ihre Lieblingswaffe wegnimmt.
Um den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss sich Großbritanniens Premier Keir Starmer ernsthaft mit dem Thema Einwanderung befassen. Von Robert F. Worth
- 02)** „Es handelt sich um paramilitärische Einheiten“.
Eine rechte Gewaltwelle erschüttert Großbritannien. Michèle Auga in London über Desinformation, rechte Influencer und die soziale Lage im Königreich. Interview.
Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadži-Vuković.
- 03)** Gerechter Wandel. Die britische Stahlindustrie erhalten und das Klima schützen: Gelingt der neuen Labour-Regierung die Quadratur des Kreises?
Von Chaitanya Kumar



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 67

01) Welche roten Linien?

Die Methoden der Huthis erinnern stark an die Taliban. Und der Westen?
Lässt sie weiter die Spielregeln definieren

Von Constantin Grund

22.08.2024



Bereit zum Kampf: Bewaffnete Rebellen der Huthi-Miliz.- *picture alliance/dpa | Osamah Yahya*

Im Jemen, genauer gesagt im von den Huthis kontrollierten Nordwesten des Landes, sitzen aktuell etwa 60 lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Haft. Sie wurden schlicht entführt. Aufenthaltsorte unbekannt, Angehörige werden nicht informiert, der Zugang für Anwälte oder Medikamente wird verweigert. Experten nennen dies *incommunicado*. Unter den Entführten sind Mitarbeiter der Vereinten Nationen, von Botschaften sowie humanitäre Helfer, die sich seit Jahren für Wasserversorgung, Dezentralisierung oder Energieprojekte im Jemen einsetzen. Zwar wird internationales Personal auch in anderen Ländern der Welt abgehört und mitunter schikaniert, aber die seit Mai lancierte Verhaftungswelle der Huthis in Sana'a ist beispiellos. Internationales Personal ist bisher nicht betroffen. Noch nicht.

Seit Jahren verschieben die Huthis die Linien akzeptierten Verhaltens auf internationaler Bühne. Sie eskalieren, provozieren, greifen an. Das alles folgt einem gut durchdachten Plan. Zehn Jahre ist die erstmalige Besetzung von Sana'a nun her. Zu diesem Zeitpunkt begannen Drangsalierung, Enteignung und Verhaftung innenpolitischer Gegner und die Einrichtung eines regelrechten Terrorregimes gegen die eigene Bevölkerung. So manches erinnert dabei an die Taliban. Vormalige Errungenschaften wie das Parlament, Pressefreiheit oder der Schulbesuch von Jungen und Mädchen wurden seither systematisch zurückgedreht, meist mit Verweis auf vermeintliche Gegner von außerhalb. Anstatt sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des zerstörten Landes zu konzentrieren, wurden neue Kriegsabgaben eingeführt; bei Zahlungsverweigerung droht Inhaftierung. Gleichzeitig warten die Angestellten des öffentlichen Dienstes in den von den Huthis besetzten Gebieten

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

seit Jahren auf ihre Gehälter. Der Nordwesten Jemens wird systematisch verarmt, Expertinnen und Experten schätzen die dortige Armutsquote mittlerweile auf etwa 90 Prozent. Weltrekord.

Als Reaktion der „Achse des Widerstands“ auf den Einmarsch Israels in Gaza haben die Huthis seit Oktober 2023 den Schiffsverkehr im Roten Meer gezielt gestört. Erst diese Woche attackierten sie mutmaßlich [den griechischen Öltanker „Sounion“](#). Mindestens 30 Schiffe wurden durch Drohnenangriffe beschädigt, zwei Schiffe sanken, der beschlagnahmte Autotransporter Galaxy Leader liegt weiter im Hafen von Hodeidah und kann gegen Gebühr von fünf US-Dollar sogar besichtigt werden. Seither müssen die USA und europäische Partner in die Sicherheit der Seeschifffahrt im Roten Meer investieren. Am 19. Juli dieses Jahres konnten die Huthis dann die nächste Eskalationsstufe zünden: Mit einer modifizierten Samad-3-Drohne iranischer Bauart gelang ein direkter Angriff auf Tel Aviv; ein Mensch starb. Für den Versuch der Huthis, sich als direkte Kriegspartei zu etablieren, revanchierte sich die israelische Luftwaffe tags darauf mit der Zerstörung wichtiger Ölreserven in Hodeidah. Aus innenpolitischen Gründen war der Bezug ihres Kampfes zur Palästinafrage ein geschickter Schachzug der Huthis, denn so konnten sie ihrer schwindenden Unterstützung im Jemen entgegenwirken.

Kidnappings sind keine neue Strategie der Huthis.

In den letzten Wochen haben die Huthis immer stärker die internationale Gebergemeinschaft ins Visier genommen, insbesondere aber deren zivilgesellschaftliche Partner im Jemen. Bereits seit 2018 beschwert sich das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) über den systematischen Missbrauch und die Instrumentalisierung der Nahrungsmittelhilfe durch die Huthis. Der *Supreme Council for the Management and Coordination of Humanitarian Affairs* (SCMCHA), bei dem sich internationale Organisationen registrieren müssen, um arbeitsfähig zu werden, wurde gezielt mit Huthis besetzt und wies zivilgesellschaftliche Partner der UN zuletzt immer vehementer an, nur mit Huthi-freundlichen Organisationen zusammenzuarbeiten oder Huthis gar in ihren Personalbestand zu integrieren. Einige internationale Organisationen gaben dem Druck nach.

Im Juni dann ließen die Huthis verlautbaren, sie hätten ein israelisch-amerikanisches Spionagenetzwerk im Jemen ausgehoben und veröffentlichten Videos vermeintlicher Geständnisse vormaliger Mitarbeiter der US-Botschaft in Sana'a. Sie verstärkten dies mit eindrücklichen *visuals* in sozialen Netzwerken und ihren Fernsehkanälen, in denen die Logos internationaler Partner, auch deutscher, als Teil dieses Spionagerings aufgeführt wurden. Anfang August schließlich stürmten die Huthis das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Sana'a, konfiszierten Fahrzeuge, Mobiliar und Server. Ein selten gesehener Vorgang. Besagte Verhaftungswelle ging voran.

Kidnappings sind keine neue Strategie der Huthis. Bereits in den Jahren 2019 und 2023 hatten die Huthis lokales Personal verschleppt. Aber die nun angezogenen Daumenschrauben wirken innenpolitisch massiv nach. Es geht dabei weniger um 60 Einzelschicksale, die den Huthis momentan als Verhandlungsmasse dienen, sondern vielmehr um das Streuen von Zweifeln an internationalen Partnerschaften insgesamt. Als Jemenit für internationale Organisationen zu arbeiten, wird mit jedem Monat riskanter, und zwar nicht nur im Norden, sondern auch im Süden des Landes, das unter der Kontrolle der sogenannten legitimen Regierung steht.

Jene neue Provokation der Huthis beschäftigt vor allem die westliche Staatengemeinschaft. Sorgen werden zum Ausdruck gebracht, Mahnungen wiederholt oder rhetorisch verschärft.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Hans Grundberg, Sondergesandter der Vereinten Nationen, fasste dies vor dem UN-Sicherheitsrat am 23. Juli 2024 in eindringlichen Worten und durchaus glaubwürdig so zusammen: Ein Kipppunkt für die Zukunft des Jemen sei erreicht. Dennoch, trotz aller Emotionen, bleibt die internationale Reaktion auf die Aktionen der Huthis erstaunlich moderat. Vormals rote Linien wurden zunächst rosa, schließlich verblassten sie ganz.

Selbst kleinste konkrete Vereinbarungen wurden durchweg gebrochen.

In den vergangenen Jahren hatte die internationale Gemeinschaft sehr wohlwollend auf jede neue Forderung der Huthis reagiert und sah regelmäßig über die Verletzungen individueller Freiheitsrechte oder die Stigmatisierung internationaler Hilfe hinweg. Man könne die Menschen in der desaströsen wirtschaftlichen und sozialen Lage nicht allein lassen und wolle die Huthis in einem laufenden politischen Dialog nicht verprellen. Trotz aller Eskalation war das Verständnis des Westens für die Huthis immens, die indirekte Unterstützung blieb.

Dieses Appeasement hat die Machtbasis der Huthis gestärkt und ihnen den Eindruck vermittelt, auf dem richtigen Weg zu sein. Sie konnten es sich erlauben, immer wieder Emissäre zu internationalen Foren oder informellem *backchanneling* zu entsenden, um in ihrem Namen an Gesprächen oder auch Verhandlungen teilzunehmen. Ergebnis: Selbst kleinste konkrete Vereinbarungen wurden durchweg gebrochen. Eine Reaktion der internationalen Partner blieb regelmäßig aus.

Dieses Verständnis bringt die Huthis ihrem eigentlichen Ziel näher: der Errichtung eines eigenen Staates unter ihrer Kontrolle. Die Zweiteilung des Jemen schreitet seit nunmehr zehn Jahren voran. Dabei wird dies nicht politisch verhandelt wie etwa im Falle des Sudan/Südsudan, sondern auf unteren Ebenen Schritt für Schritt bereits heute vollzogen. Kommunikationsnetze werden separiert, staatliche Stellen in Nord und Süd geteilt, Sozialversicherungssysteme getrennt, das einheitliche Banken- und Währungssystem des Landes aufgegeben. Die Vertreter des *Southern Transitional Council* vermeiden gar die Verwendung des Begriffs „Jemen“. Wir sollten nicht überrascht sein, wenn das Land in absehbarer Zeit seine eigene Zwei- oder gar Mehrstaatenlösung bekommt, ganz ohne Beteiligung der UN. Die internationale Gemeinschaft hat dies durch die Beschwichtigungspolitik gegenüber den Huthis jahrelang indirekt mitbefördert.

Beobachter der internationalen Politik haben sich zuletzt an die Zunahme von Unübersichtlichkeit und Chaos gewöhnt. Das Gewöhnen an Außerordentliches oder Sonderbares endet mitunter in Akzeptanz. Im Falle Jemens heißt dies: Ein tribal-religiöser Apparat konsolidiert sich zu einem Staat, und in Zeitlupe verfolgen wir eine nationale Häutung des Jemen ins Ungewisse. Ja, man kann die Veränderung eines Landes in einen anderen Daseinszustand aktiv dulden, sofern man die Konsequenzen nicht aus dem Blickfeld verliert. Andernfalls könnte nur eine massive diplomatische und robuste sicherheitspolitische Mehranstrengung diesen fahrenden Zug noch zum Stillstand bringen. Voraussetzung dafür wäre, seine eigenen roten Linien wieder als das aufzubauen, was sie einst waren: kommunizierte Triggerpunkte für eine echte außenpolitische Reaktion, die einem den Umgang mit der Situation selbst, aber auch mit der eigenen Courage erleichtern. Die 60 Verschleppten würden ein proaktiveres Engagement sicher begrüßen.



Constantin Grund, Kampala/Aden

Constantin Grund leitet die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung Sudan und Jemen. Zuvor war er Büroleiter der FES in Madagaskar, Benin und Äthiopien.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/welche-roten-linien-7723/?utm_campaign=de_40_20240823&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Loslösung vom Ziehvater.

Um zu gewinnen, muss Kamala Harris die Wähler in den USA überzeugen, dass sie ihre Sorgen ernst nimmt – und mit Bidens Wirtschaftspolitik brechen

Von Michael R. Strain

20.08.2024



Harris muss die Chance ergreifen, sich neu zu erfinden.-picture alliance / Associated Press | Charles Rex Arbogast

Eines der größten Hindernisse für die Wiederwahl von US-Präsident Joe Biden war die Ansicht der Wählerinnen und Wähler, dass die Wirtschaft bei ihm in schlechten Händen liege. Jedoch bewerten die Amerikanerinnen und Amerikaner Vizepräsidentin Kamala Harris, die nach Bidens Rückzug zur Kandidatin der Demokraten wurde, womöglich anders. Laut einer [neuen Umfrage](#) der *Financial Times* und der *University of Michigan* liegt Ex-Präsident Donald Trump erstmals seit fast einem Jahr in Bezug auf die Wirtschaftspolitik hinter seiner Gegenkandidatin. Auf die Frage, bei wem sie [die Wirtschaft am ehesten in guten Händen sehen](#), und zwar unabhängig von ihrer allgemeinen Meinung über die Kandidaten und ihrer Wahlabsicht im Jahr 2024, vertrauten von Februar bis Juli zwischen 40 und 43 Prozent der Befragten Trump mehr als Biden. Seit Beginn der Erhebung vor einem Jahr überstieg Bidens Wert nie 37 Prozent. Harris' Wert jedoch liegt volle sieben Prozentpunkte über Bidens Zahlen vom Juli: 42 Prozent der Befragten schenken ihr mehr Vertrauen als Trump.

Dabei hat Harris Trump keine Unterstützer abgenommen. Wie schon im Juni und Juli gaben 41 Prozent der Befragten an, Trump beim Thema Wirtschaft für vertrauenswürdiger zu halten. Stattdessen fiel der Anteil der Befragten, die angaben, keinem der beiden Kandidaten zu vertrauen, von 18 Prozent im Juli auf zehn Prozent im August. Diese zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler sind immer noch zu haben, und dasselbe gilt für die fünf Prozent der Befragten, die angaben, sie seien sich unsicher, welcher Kandidat besser sei.

Harris und ihr Wahlkampfteam müssen sich voll und ganz darauf konzentrieren, diese 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Hierzu sollte Harris sofort die unsensiblen Bemühungen des Weißen Hauses beenden, die Bevölkerung überzeugen zu wollen, ihre Ängste über Bidens Umgang mit der Wirtschaft seien ungerechtfertigt.

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Stattdessen sollte sie die berechtigten Sorgen der Wählerinnen und Wähler anerkennen. Kurz vor Beginn des Parteikonvents in Chicago hat Harris nun erstmals Ideen präsentiert, wie ihre [Wirtschaftspolitik als Präsidentin aussehen könnte](#). Sehr konkret wurde Harris allerdings nicht, sie versprach, eine Präsidentin der Mittelschicht zu werden, und kündigte unter anderem an, Steuern für Familien zu senken sowie gegen überhöhte Lebensmittelpreise, zu hohe Kosten für Immobilieneigentum und Mietwucher vorzugehen. In den kommenden Wochen will Harris weitere Teile ihres Wahlprogramms bekanntgeben.

Die Inflation ist in den Biden-Jahren auf den höchsten Stand in vier Jahrzehnten gestiegen.

Da die [Inflation in den Biden-Jahren auf den höchsten Stand in vier Jahrzehnten](#) gestiegen ist, sind die amerikanischen Haushalte ins Hintertreffen geraten. Seit Bidens Amtsantritt sind die [Verbraucherpreise um 19 Prozent gestiegen](#), die durchschnittlichen Löhne jedoch nur um 17 Prozent. Das [inflationbereinigte Medianeinkommen der privaten Haushalte](#) war 2022 (das letzte Jahr, für das Daten des *Census Bureau* vorliegen) niedriger als 2021, 2021 niedriger als 2020 und 2020 niedriger als 2019.

Harris muss die Herausforderungen anerkennen, mit denen typische Amerikanerinnen und Amerikaner konfrontiert sind, und klar zum Ausdruck bringen, was sie zur Bewältigung dieser Herausforderungen anders machen wird als Biden. Zum Glück hat Harris als Kandidatin eine legitime Chance, sich neu zu erfinden. Daran ist nichts Zynisches – genauso wenig zynisch war es, als George H.W. Bush 1988 bei der Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten seinen Wunsch nach einer „gütigeren und sanfteren Nation“ erklärte, nachdem er acht Jahre lang als Vizepräsident in der knallharten Reagan-Regierung gedient hatte. Harris würde als Chefin der Exekutive natürlich anders agieren als Biden (oder als irgendjemand anders), und sie sollte deutlich machen, was das im Detail bedeutet.

Die US-Amerikaner wünschen sich verzweifelt eine Neuausrichtung der demokratischen Partei. Sechs von zehn Befragten der *FT/Michigan*-Umfrage sind der Meinung, dass Harris einen völlig anderen Ansatz verfolgen oder grundlegende Änderungen an der Wirtschaftspolitik Bidens vornehmen sollte. Ihre größte Sorge ist dabei die Inflation: 39 Prozent der Befragten nennen die Politik der Demokraten als einen der drei stärksten Inflationstreiber der vergangenen sechs Monate. Nur 24 Prozent sagen das Gleiche über die Politik der Republikaner.

Harris sollte, wenn sie sich für eine Ausweitung des sozialen Sicherheitsnetzes oder der Ansprüche der Mittelschicht entscheidet, einen zielgenauen Ansatz wählen.

Ich habe vier Vorschläge dazu, wie der neue Ansatz der Vizepräsidentin aussehen sollte. Zunächst einmal sollte Harris, wenn sie sich für eine Ausweitung des sozialen Sicherheitsnetzes oder der Ansprüche der Mittelschicht entscheidet, einen zielgenauen Ansatz wählen. Biden schickte (ebenso wie Trump) [Konjunkturschecks](#) auch an Haushalte mit sechsstelligen Einkommen und [verdoppelte die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung](#) nahezu, [was zur Inflation beitrug](#). Die Amerikanerinnen und Amerikaner könnten die neuerliche Ansicht begrüßen, dass Ausgabenprogramme – die natürlich mit dem Geld anderer Leute finanziert werden – nur denen zur Verfügung stehen sollten, die wirklich öffentliche Unterstützung benötigen.

Zweitens sollte Harris sich als eine Präsidentin präsentieren, die sich mit den Problemen der US-Wirtschaft auseinandersetzt, und nicht als jemand, der tiefgreifende Veränderungen einführen wird. Der amerikanischen Bevölkerung, die – um es noch einmal zu wiederholen – deutlich zu erkennen gibt, dass sie sich einen anderen Ansatz wünscht als den von Biden,

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

ist womöglich nicht wohl bei dem Gedanken an die Unsicherheit, die von einer zweiten Präsidentin ausgeht, die eine wirtschaftliche Revolution verspricht. Ihre Besorgnis könnte auch stärker praktischer Natur sein. Die Regierung verfügt nicht über die zur Umgestaltung der Wirtschaft nötige Kompetenz. Das wird immer deutlicher, je mehr sie sich bemüht. Eine neue Untersuchung der *Financial Times* ergab, dass 40 Prozent der größten Investitionen in der verarbeitenden Industrie aus Bidens beiden großen Gesetzen – dem *Inflation Reduction Act* und dem *CHIPS & Science Act* – um teils mehrere Jahre [verschoben oder auf unbestimmte Zeit gestoppt](#) wurden.

Drittens sollte Harris fiskalische Zwänge anerkennen. Der [American Rescue Plan](#) von 2021 mit seinen schwindelerregenden Kosten von 1,9 Billionen US-Dollar war die unverantwortlichste haushaltspolitische Maßnahme einer US-Regierung seit Jahrzehnten. Hätte Biden fiskalisch verantwortungsbewusster agiert, wäre die Inflation in den USA milder ausgefallen, und der Präsident hätte wahrscheinlich eine höhere Zustimmungsrage gehabt. Und viertens schließlich sollte Harris der Wirtschaft und den Amerikanerinnen und Amerikanern mit hohem Einkommen vermitteln, dass sie diese als Mitbürger und nicht als Feindbild sieht. Sie sollte ein Ende des Regulierungssystems signalisieren, das Geschäftsabschlüsse behindert, und deutlich machen, dass die Steuerpolitik nicht zur Bestrafung eingesetzt werden wird.

Das wirtschaftspolitische Programm eines Präsidentschaftskandidaten ist ein Entwurf für das Regieren. Es ist aber auch eine Aussage über Werte, Ansatz und Tonfall. Die Amerikanerinnen und Amerikaner wünschen sich eine neue Art wirtschaftlicher Führung, die stabiler, weniger spalterisch, verantwortungsbewusster und trittsicherer ist.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Michael R. Strain, Washington, D.C.

Dr. Michael R. Strain ist Direktor des *Economic Policy Studies Institute* und *Arthur F. Burns Scholar in Political Economy* am *American Enterprise Institute* (AEI). Er arbeitet zu den Themen: Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, internationaler Handel und Finanzen, Steuern, Haushaltspolitik, Wohlfahrtsökonomie und Gesundheitspolitik. Er ist Autor von *The American Dream Is Not Dead: (But Populism Could Kill It)* (Templeton Press, 2020).

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/losloesung-vom-ziehvater-7716/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Maduros geopolitischer Poker.

Venezuelas Machthaber will mithilfe seiner weltweiten Partner den Wahlbetrug aussitzen. In Südamerika wird er hingegen zunehmend als Gefahr gesehen.

Von Sandra Weiss

20.08.2024



Einfach mal aussitzen: Venezuelas Präsident Nicolás Maduro spielt auf Zeit. -*picture alliance / AP | Fernando Vergara*

Drei Wochen nach der Präsidentschaftswahl sind in Venezuela die Fronten festgefahren: Der seit 2013 amtierende Machthaber Nicolás Maduro hat noch immer keine Beweise für seinen angeblichen Wahlsieg vorgelegt und lässt Proteste von seinen Sicherheitskräften brutal niederschlagen. Hoffnungen auf eine plötzliche demokratische Einsicht oder ein Auseinanderbrechen der regierenden Kamarilla unter dem Druck der Straßenproteste sind zerstoßen. Der Schulterschluss zwischen den zivilen Stützen des Regimes und den Sicherheitskräften scheint felsenfest.

Maduro, so vermuten einige Beobachter, spielt auf Zeit. Er hofft, dass die internationale Gemeinschaft seinen unverfrorenen Wahlbetrug bald vergessen werde. Die Akten, die die Opposition sicherstellen konnte, weisen einen 67-zu-30-Sieg ihres Kandidaten Edmundo González Urrutia aus. Maduro baut zudem darauf, dass es ihm gelingen werde, der internationalen Isolation mithilfe gleichgesinnter autoritärer Potentaten zu entkommen. Und dass seine Repression – Menschenrechtsorganisationen sprechen von „Staatsterror“ – die Opposition ausradieren und jeden Keim des Widerstands unterdrücken werde.

Ehemalige Vertraute Maduros hingegen glauben, der Machthaber lasse seine Muskeln spielen, um sich für Verhandlungen in eine Position der Stärke zu bringen. Noch ist unklar, wer recht behalten wird. Sechs Monate sind es bis zum Amtsantritt der neuen Regierung. Das ist das Zeitfenster, um die Fronten noch aufzubrechen. Ein erster, improvisiert anmutender Vermittlungsversuch von Brasilien und Kolumbien – Mexiko ist mittlerweile aus der Gruppe ausgeschieden – verlief zunächst im Sande. Nötig ist jetzt eine professionelle Diplomatie, die das ganze geopolitische Schachbrett in den Blick nimmt.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Trotz Korruption und Misswirtschaft ist Venezuela ein reiches Land mit international gefragten Ressourcen. Der Petrostaat hat die größten Ölreserven der Welt und fördert noch immer rund 850 000 Fass pro Tag (vor 20 Jahren waren es über drei Millionen). Hinzu kommen rund 35 Tonnen Gold pro Jahr. 70 Prozent davon werden illegal exportiert, über Netzwerke, an denen korrupte Militärs, die kolumbianische ELN-Guerrilla und internationale Verbrechersyndikate beteiligt sind. Der Rest fließt in die Zentralbankreserven.

2015 verhängten die USA erstmals Sanktionen – zu Beginn vor allem gegen einzelne Funktionäre des Regimes –, die im Laufe der Jahre und im Rhythmus der autoritären Maßnahmen Maduros verschärft wurden. Seitdem hat Maduro Hilfe und Know-how bei anderen Diktaturen gesucht. Seine Stützen sind Kuba, Iran, Russland und China. Hinzu kommen wirtschaftliche Drehscheiben wie die Türkei und Indien, über die Gold und Öl vermarktet werden.

Mittlerweile ist China der wichtigste Handelspartner Venezuelas.

Kubas Revolutionsführer Fidel Castro und Venezuelas 1998 gewählten Erdölsozialisten Hugo Chávez verband eine Männerfreundschaft der ersten Stunde. Castro hatte vor allem Interesse am billigen venezolanischen Erdöl und an einem politischen Verbündeten im Kampf gegen das US-Embargo. Im Tausch dafür schickte Havanna Ärzte, Bodyguards für den Präsidenten und Militär- und Geheimdienstberater nach Caracas.

Diese brachten vor allem das Militär auf Linie, um Putschversuche zu verhindern. Bis Juli 2024 waren die Hälfte der politischen Gefangenen Militärs. Seit dem Tod Castros und Chávez' und der schweren Systemkrise auf Kuba ist der Einfluss Havannas aber zurückgegangen. Andere Autokratien sind an seine Stelle getreten.

Die Partnerschaft mit Russland begann auf militärischer Ebene im Jahr 2006. Weil Caracas die kolumbianische Guerilla unterstützte, stoppten die USA ihre Waffenexporte nach Venezuela. Russland sprang in die Bresche und hat seither seine geostrategische Partnerschaft im Hinterhof der USA ausgebaut. Heute finden sich im venezolanischen Arsenal russische Panzer, Kampfhubschrauber und Sukhoi-Jagdbomber. Die russischen Energiekonzerne Rosneft, Gazprom und Lukoil sind Partner des Staatskonzerns PDVSA. Russische Bot-Center unterstützen Maduro bei Desinformationskampagnen.

Dem russischen Staatschef Wladimir Putin geht es Experten zufolge vor allem um langfristige strategische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schwächung der US-Hegemonie durch den Aufbau einer multipolaren Weltordnung. Russland ist daher Pate Venezuelas, das einen Aufnahmeantrag bei den BRICS-Staaten gestellt hat, einem Schlüsselinstrument dieser multipolaren Ordnung. Wirtschaftlich sind die Beziehungen aber bescheiden geblieben: 2019 exportierte Venezuela Waren und Dienstleistungen im Wert von 1,57 Millionen US-Dollar nach Russland, die Importe von dort hatten den Wert von 92,5 Millionen US-Dollar.

Chinas Prioritäten sind etwas anderer Art: Es geht vor allem um die wirtschaftliche Konkurrenz mit den USA im rohstoffreichen Hinterhof. Mittlerweile ist China der wichtigste Handelspartner Venezuelas und hat 4,5 Milliarden US-Dollar in den Energiesektor investiert. Aus Peking stammt auch die Strategie zur sozialen Kontrolle. Sowohl die Gesichtserkennungs-Software als auch die zur Erfassung und Registrierung der Bevölkerung mittels biometrischer Daten für die digitale Vaterlands-App, über die die Sozialhilfen ausbezahlt werden, stammen aus China.

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Vor allem aber ist Peking der größte Gläubiger. Fast 60 Milliarden US-Dollar an Darlehen hat es Venezuela gewährt – mehr als an Brasilien, Argentinien, Ecuador und Bolivien zusammen. Doch ein Großteil der Kredite versickerte in Korruption und Misswirtschaft. Caracas schuldet laut Wirtschaftsagenturen noch immer mehr als 15 Milliarden US-Dollar. Seit 2018 bekommt Maduro trotz zahlreicher Avancen keine neuen Kredite mehr. Für Peking steht derzeit die wirtschaftliche Stabilisierung Venezuelas im Vordergrund.

Knapp acht Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner haben das Land verlassen.

Iran scheint es vorrangig darum zu gehen, einen südamerikanischen Brückenkopf für seine globalen anti-israelischen Aktivitäten zu errichten. Unter Chávez hatte Teheran Allianzen mit ehemaligen Seilschaften des venezolanischen Terroristen Ilich Ramírez Sánchez alias Carlos der Schakal geschlossen und paramilitärische Trainingscamps in Venezuela aufgebaut. Unter Maduro lag der Fokus dann auf Hilfe bei der Umgehung der Erdölsanktionen und bei der Wartung der maroden Erdöl-Infrastruktur.

Diese autoritären Übersee-Achsen sind krisenerprobt. Dank ihnen hat Maduro die Sanktionen der USA und der EU überstanden. Doch sie sind ein geopolitisches Zweckbündnis mit Ländern, deren unmittelbare strategische Prioritäten in ihrer eigenen Einflussosphäre liegen – für Putin in der Ukraine, für China in Taiwan und für Iran im Nahen Osten.

Sie sind ein Rettungsanker, ohne Perspektive auf mittelfristige wirtschaftliche Sanierung, höchstens mit Aussicht auf Aufrechterhaltung eines prekären Status quo. Unter Maduro ist die Wirtschaft um 75 Prozent eingebrochen, die Armut auf 82 Prozent gestiegen. Knapp acht Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner haben das Land verlassen. Das stellt vor allem die lateinamerikanischen Nachbarländer vor Probleme.

Chávez träumte zur Jahrtausendwende von der Bolivarischen Allianz der Völker Amerikas (Alba). Mit einem Erdölpreis von zeitweise bis zu 150 US-Dollar pro Fass schwamm er in Petrodollars, die er großzügig an Verbündete verteilte. Infrastrukturprojekte, neue Regionalbündnisse, Erdöllieferungen zum Freundschaftspreis an die Inselstaaten der Karibik und an Mittelamerika – all das machte ihn zum Anführer eines Kontinents, auf dem das Wahlpendel in diesem Moment nach links ausschlug. Von Ecuador über Bolivien bis Argentinien und Brasilien sahen Regierungen die historische Chance, sich mithilfe Venezuelas von der US-Vorherrschaft zu emanzipieren – und von den traditionellen konservativen Eliten ihrer Länder gleich mit.

Einige Jahre lang konnte auch Maduro von dieser Aura zehren. Mit dem Wahlbetrug aber überschritt er eine rote Linie. Als neuen Präsidenten anerkannt haben ihn in Lateinamerika lediglich Kuba, Nicaragua, Bolivien und Honduras. Die ersten beiden lupenreine sozialistische Diktaturen, die letzten beiden angeführt von linken Nostalgikern aus der Chávez-Ära. Alle vier sind wirtschaftlich sowie politisch unbedeutend.

Zwei linke Schwergewichte in der Region haben sich hingegen abgewandt: Luiz Inácio „Lula“ da Silva in Brasilien, der voriges Jahr Maduro noch als Staatsgast umarmt hatte, und Gustavo Petro in Kolumbien. Sie haben die Anerkennung Maduros davon abhängig gemacht, dass er die Wahlakten vorlegen und eine unabhängige internationale Prüfung zulassen möge. Darum versucht sich Maduro herumzumogeln, mit juristischen Winkelzügen und mithilfe des von ihm kontrollierten Obersten Gerichtshofs. Früher konnte er bei so etwas mit der Nachsicht seiner Nachbarn rechnen, diesmal wurde er kalt abgebürstet. Am 16. August stellte sich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nahezu einhellig hinter

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

die kolumbianisch-brasilianische Forderung. Ziel ist, Maduro unmissverständlich klarzumachen, dass er keine Chance auf Anerkennung hat – und ihn so an den Verhandlungstisch zu bugsieren.

Venezuela droht die ganze Region zu destabilisieren.

Wie erklärt sich der Sinneswandel von Lula und Petro? Zum einen geht es ums Image. Sie sehen sich zwar im linken Lager – aber auch als Demokraten. Lula riskiert dafür sogar ein Zerwürfnis mit seiner eigenen Arbeiterpartei, die Maduro eilig zum Wahlsieg gratuliert hat.

Der zweite Grund ist Staatsräson. Denn Venezuela droht die ganze Region zu destabilisieren. Der von der Opposition in die Enge getriebene Maduro wird immer unberechenbarer. Vor einigen Monaten drohte er dem Nachbarland Guyana mit einer Invasion wegen eines alten Grenzstreits – offenbar in der Hoffnung, damit Wählerstimmen zu mobilisieren. Furcht herrscht auch davor, dass seine Verbündeten wie der Iran Terrortaktiken nach Südamerika exportieren könnten. Das ist nicht aus der Luft gegriffen, wie der vom Iran gesteuerte Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires im Juli 1994 zeigt.

Das dritte Problem ist die Migration. Umfragen zufolge wollen weitere fünf Millionen auswandern, wenn Maduro an der Macht bleibt. Die meisten bleiben erfahrungsgemäß in Lateinamerika. Das belastet die ohnehin fragilen Arbeitsmärkte, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen der Aufnahmeländer. Und es ist ein Sicherheitsproblem: Infiltriert in die Migrantenströme kommen kriminelle venezolanische Organisationen wie *Tren de Aragua*, die mit Brachialgewalt lokale kriminelle Märkte wie die Prostitution, die Schutzgelderpressung, den Waffen- und Menschenhandel übernehmen.

Die USA teilen diese Bedenken. Diesmal halten sie sich aber im Hintergrund. Das ist eine Lektion aus gescheiterten früheren Interventionsversuchen wie der Unterstützung des oppositionellen Gegenpräsidenten Juan Guaidó 2019. Brachiale Alleingänge der USA haben in der Vergangenheit immer nur Maduros Narrativ vom Opfer imperialistischer Umsturzversuche genährt.

Im Gegensatz zu 2019 scheint es nun eine lose strategische Koordination mit einer abgesprochenen Zielrichtung zwischen Lateinamerika, den USA und der EU zu geben, um den internationalen Druck auf Maduro sukzessive zu verstärken. Flankiert wird dies von einer Opposition, die zu friedlichen Protesten aufruft, aber gegenüber Maduro auch Dialogbereitschaft signalisiert.

China und Russland haben in Lateinamerika an Einfluss gewonnen. Doch noch laufen die wichtigen Fäden in Washington zusammen. Die USA sind die treibende Kraft hinter den Sanktionen, sie haben Kopfgelder auf die Führungsriege wegen Drogenhandels und Menschenrechtsverletzungen ausgelobt. Der Preis für das Festklammern an der Macht ist für Maduro diesmal so hoch wie nie. Das mag dem einen oder anderen Genossen möglicherweise doch schlaflose Nächte bereiten.



Sandra Weiss, Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/maduros-geopolitischer-poker-7718/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Genug ist genug.

Während Superreiche immer mehr horten, kämpfen Demokratien mit leeren Kassen. Die Zeit ist reif für eine Milliardärssteuer

Von Gabriel Zucman

20.08.2024



picture alliance/Ikon Images/John Holcroft

Lediglich [3 000 Menschen haben ein Vermögen von 14,4 Billionen](#) Dollar angehäuft. Das entspricht 13 Prozent des weltweiten BIP. Während die Milliardäre der Welt 1993 weniger als drei Prozent des globalen BIP kontrollierten, hat sich die Zunahme ihres Reichtums und politischen Einflusses seitdem beschleunigt.

Unabhängig von ihrer Nationalität haben die Superreichen der Welt zwei auffällige Gemeinsamkeiten: Erstens, die überwiegende Mehrheit ist männlich. Und zweitens, sie

zahlen in der Regel einen weitaus geringeren Anteil ihres Einkommens an Steuern als ihre Angestellten und die Arbeiterinnen und Arbeiter der Mittelschicht im Allgemeinen. Die Vermögenskonzentration ist also ein globales Problem, und zwar ein derart alarmierendes, dass sich die G20 (die Gruppe der weltgrößten entwickelten und aufstrebenden Volkswirtschaften) im vergangenen Monat offiziell damit befasst hat.

In der [Abschlusserklärung der Konferenz der G20-Finanzminister](#) in Rio de Janeiro am 25. und 26. Juli heißt es dazu: „Es ist wichtig, dass alle Steuerzahler, einschließlich jener mit ultrahohem Vermögen, ihren gerechten Anteil an Steuern leisten. Aggressive Steuervermeidung oder Steuerhinterziehung durch Personen mit ultrahohem Vermögen kann die Fairness der Steuersysteme untergraben.“ Die Förderung einer wirksamen, fairen und progressiven Steuerpolitik bleibe „eine große Herausforderung, zu deren Bewältigung die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen und gezielte nationale Reformen beitragen könnten“.

Steuergerechtigkeit ist die Grundlage der Demokratie.

Steuergerechtigkeit ist die Grundlage der Demokratie. Ohne ausreichende Steuereinnahmen können Regierungen weder angemessene Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und soziale Sicherheit gewährleisten, noch können sie auf viel größere Probleme reagieren wie die Klimakrise, die bereits eine Vielzahl von Ländern weltweit destabilisiert. Angesichts der düsteren Folgen der Untätigkeit in diesen Bereichen ist es unerlässlich, dass die Reichsten ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen.

Die Erklärung von Rio ist ein wichtiger Meilenstein. Erstmals seit Gründung der G20 im Jahr 1999 sind sich alle Mitglieder einig, dass die Art, wie die Superreichen besteuert werden, korrigiert werden muss. Und sie haben sich verpflichtet, dies zu tun. Doch kam dieser Konsens nicht von ungefähr. Die Verfechterinnen und Verfechter der Steuergerechtigkeit haben in den Monaten vor dem Gipfel eine Menge auf den Weg gebracht.

Brasilien hat in diesem Jahr den rotierenden Vorsitz der G20 inne, und Ende Februar lud mich der Finanzminister des Landes, Fernando Haddad, ein, bei einer hochrangig besetzten Tagung in São Paulo zu sprechen. Ich wurde beauftragt, einen Bericht über Steuergerechtigkeit und die Besteuerung der Superreichen zu schreiben – der Fokus meiner Arbeit als Gründer und Direktor der [EU-Steuerbeobachtungsstelle](#) in Paris. Den Bericht legte ich Ende Juni als Hintergrundmaterial für die Diskussion auf dem Gipfeltreffen im Juli vor.

In dem Bericht mit dem Titel [A Blueprint for a Coordinated Minimum Effective Taxation Standard for Ultra-High-Net-Worth Individuals](#) („Ein Entwurf für einen koordinierten Standard für eine effektive Mindestbesteuerung von Personen mit ultrahohem Vermögen“) habe ich einen Vorschlag für einen neuen effektiven Besteuerungsstandard unterbreitet, der eine koordinierte Mindeststeuer von zwei Prozent des Vermögens derartiger Personen – der 3 000 Milliardäre der Welt – vorsieht. Dieser Standard würde nicht nur beträchtliche Einnahmen generieren, etwa 200 bis 250 Milliarden US-Dollar jährlich. Sondern er würde auch die strukturelle Ungerechtigkeit heutiger Steuersysteme korrigieren, aufgrund derer die effektiven Steuersätze für Milliardäre niedriger ausfallen als die der Mittelschicht.

Die Weltöffentlichkeit befürwortet eine gerechte Besteuerung der Superreichen mit überwältigender Mehrheit.

Die Weltöffentlichkeit befürwortet eine gerechte Besteuerung der Superreichen mit überwältigender Mehrheit. Laut einer im Juni veröffentlichten [Ipsos-Umfrage in den G20-Ländern](#) sind 67 Prozent der Menschen der Meinung, dass die wirtschaftliche Ungleichheit zu groß ist, und 70 Prozent befürworten den Grundsatz, dass reiche Menschen höhere Einkommenssteuersätze zahlen sollten.

Die Erklärung von Rio signalisiert einen bedeutenden Wandel: Die Staats- und Regierungschefs der Welt können nicht länger ein System unterstützen, in dem die Superreichen damit durchkommen, dass sie weniger Steuern zahlen als die Übrigen. Die Finanzminister haben sich bereits auf wichtige erste Schritte zur Verbesserung der Steuertransparenz, zur Verstärkung der Zusammenarbeit in Steuerfragen und zur Überarbeitung schädlicher Steuerpraktiken geeinigt. Zwar gab es keinen politischen Konsens, die zweiprozentige Mindeststeuer für Milliardäre in den endgültigen Text aufzunehmen. Die Erklärung hätte einstimmig angenommen werden müssen, und einige Länder haben immer noch Vorbehalte gegen einige Aspekte des Vorschlags. So unterstützt die Regierung von US-Präsident Joe Biden eine Mindeststeuer für Milliardäre zwar auf nationaler Ebene, zögert aber bisher, das Thema auf der internationalen Bühne voranzutreiben.

Aber es gibt keinen Weg zurück. [Die Mindeststeuer steht jetzt auf der Tagesordnung](#), und betrachtet man die Geschichte der internationalen Steuerverhandlungen, so gibt es konkrete Gründe, bezüglich der Zukunft des Vorschlags optimistisch zu sein. Im Jahr 2013 gestand die G20 die grassierende Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen ein und gab damit den politischen Anstoß, das Problem in Angriff zu nehmen. Ihr [ursprünglicher Aktionsplan](#) umfasste die Verbesserung der Steuertransparenz, die Verstärkung der steuerlichen Zusammenarbeit und die Überarbeitung schädlicher Steuerpraktiken – dieselbe Formulierung, die jetzt in Rio verwendet wurde. Im Oktober 2021 verabschiedeten dann 136 Länder und Gebiete (inzwischen 140) eine Mindestkörperschaftssteuer von 15 Prozent.

Glücklicherweise sind wir nicht darauf angewiesen, dass alle Länder eine Mindeststeuer von zwei Prozent für Milliardäre einführen.

Glücklicherweise sind wir nicht darauf angewiesen, dass alle Länder eine Mindeststeuer von zwei Prozent für Milliardäre einführen (oder für hundertfache Millionäre, wenn die politischen Entscheidungsträger das so wollen). Es bedarf lediglich einer kritischen Menge von Ländern, die sich auf ein Regelwerk zur Ermittlung und Bewertung des Reichtums der Superreichen einigen und Instrumente zur effektiven Besteuerung unabhängig vom steuerlichen Wohnsitz der Milliardäre einführen. Auf diese Weise ließe sich ein Szenario vermeiden, bei dem die Superreichen in Steueroasen fliehen, und es würde den Wettlauf zwischen Ländern um den niedrigsten Steuersatz beenden.

In den vergangenen rund zehn Jahren hat sich die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen deutlich verbessert. Die Einführung des [automatischen Austauschs von Bankdaten](#) etwa hat die Möglichkeiten der Steuervermeidung stark eingeschränkt. Die notwendigen Instrumente stehen bereits zur Verfügung, um die Milliardäre der Welt zu zwingen, ihren gerechten Anteil an Steuern zu zahlen. Jetzt ist es an den Regierungen, schnell und effektiv zu handeln.

© [Project Syndicate](#)

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Gabriel Zucman, Berkeley, CA

Gabriel Zucman ist *Associate Professor* für Wirtschaftswissenschaften an der *University of California* in Berkeley. Er publiziert Artikel zur Vermögensungleichheit und zu Steuerfragen und schrieb das Buch *Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/genug-ist-genug-1-7705/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Wenn zum Schaden der Spott kommt.

Treffen sich Musk und Trump zum Pläuschchen, rauchen in Europa die Köpfe. Warum EU-Kommissar Thierry Breton sich gewaltig vergaloppiert hat

Von Marco Bitschnau

16.08.2024



Dass Elon Musk in vielen Hinterzimmern der Macht nicht eben wohlgefallen ist, dürfte kaum jemanden überraschen. Den [derzeit mal wieder](#) reichsten Mann der Welt umweht seit jeher eine Aura juveniler Unberechenbarkeit – sowohl privat, wo der Vater von zwölf Kindern gerne mit kuriosen Namensneuschöpfungen („X Æ A-Xii“) für seinen Nachwuchs auf sich aufmerksam macht, als auch in politischen Angelegenheiten. Während andere Superreiche sich dezent im Hintergrund halten und es bei der üblichen Kontaktpflege oder dem Bereitstellen von Wahlkampfmitteln belassen, drängt es ihn spätestens seit dem Kauf des (in X umbenannten) Kurznachrichtendienstes Twitter immer mehr ins Rampenlicht, er positioniert sich als Streiter für Meinungsfreiheit [und kritisiert die Wokeness](#), die sich an allen Schlüsselstellen der US-Gesellschaft bereit gemacht habe.

Nicht selten reicht dabei bereits ein Retweet oder ein dahingehuschter Zweizeiler, um eine öffentliche Kontroverse auszulösen. Nachdem etwa der umstrittene Satiriker Sebastian Hotz (alias „El Hotzo“) jüngst eine reichlich geschmacklose Wortmeldung zum Attentat auf Donald Trump in die Weiten des Netzes gesandt hatte, [richtete Musk das digitale Wort](#) an niemand anderen als Olaf Scholz: „@Bundeskanzler, was ist das?“, [fragte er](#) und erhob den Humorblindgänger eines 28-jährigen Franken so in den faktischen Rang einer Staatsaffäre.

Seine Vertrautheit mit echten Staatsaffären stellte Musk wiederum diesen Montag unter Beweis. Da flatterte ihm nämlich [ein Schreiben](#) des französischen EU-Kommissars Thierry Breton – selbst ehemaliger *tech executive*, eingefleischter Macron-Verbündeter und seit 2019 verantwortlich für den europäischen Binnenmarkt – auf den Schreibtisch, in dem unmissverständlich vor rechtlichen Folgen gewarnt wurde, sollte es im Zuge eines angekündigten Gesprächs zwischen Musk und Trump („einer Live-Konversation zwischen einem US-Präsidentschaftskandidaten und Ihnen“) zu Verstößen gegen den europäischen *Digital Services Act* (DSA) kommen. Dessen [umfangreiches Regelwerk](#) sieht unter anderem

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Maßnahmen zur Regulierung der Inhalte großer Onlineplattformen vor: Fehlinformationen sollen so eingedämmt, gewaltverherrlichende Sprache entfernt, *Hass und Hetze* frühzeitig erkannt und unterbunden werden.

Breton insinuierte nun, dass gerade die Konversation mit Trump diesem Ziel zuwiderlaufe; er schrieb von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, von Risikoprofilen und der Verbreitung von Inhalten, die „zu Gewalt, Hass und Rassismus“ anstacheln würden. Zuletzt erklärt er Musk in kämpferischem Tonfall, er und sein Team blieben „äußerst wachsam gegenüber allen Anzeichen, die auf Verstöße gegen den DSA hinweisen“, und wollten diese auch in [die anstehende Gesamtbewertung](#) „der Einhaltung europäischen Rechts [auf X]“ aufnehmen.

Der Staat aber hat sich aus den Meinungen seiner Bürger herauszuhalten, sofern diese nicht einen unmittelbaren Aufruf zu Straftaten beinhalten.

Nun gibt es keinen Zweifel, dass das Internet aus deliberativer Sicht etliche Probleme bereithält und man sich gerade auf X häufig zivilere Umgangsformen wünschen würde. Doch verdeutlicht der Brief aus Brüssel vor allem das diesen Wunsch übersteigende (und für den Betrachter reichlich blasiert daher kommende) Unvermögen europäischer Entscheidungsträger, bei der Durchsetzung ihrer Rechtsvorstellungen abweichende Perspektiven auch nur im Ansatz miteinzubeziehen. Die Idee, Plattformen mit rechtlichen Mitteln zum kleinteiligen Unterbinden problematischer Beiträge zu nötigen, erscheint dem an andere Vorstellungen von *freedom of speech* gewöhnten Amerikaner schlechterdings als autoritäre Anmaßung; das Beharren darauf mithin als Ausweis einer unfreien, unter meinungsmonopolistischer Kuratel stehenden Gesellschaft.

Das bedeutet nicht, dass man in Übersee etwas gegen private Konsequenzen einzuwenden hätte – wenn einen der Arbeitgeber nach einer über das Ziel hinausschießenden Äußerung vor die Tür setzt, der Sandkastenfreund die Beziehung aufkündigt oder der Plattformbetreiber einen Inhalt von seiner Seite entfernt, ist das deren gutes Recht. Der Staat aber hat sich aus den Meinungen seiner Bürger herauszuhalten, sofern diese nicht einen unmittelbaren Aufruf zu Straftaten beinhalten. In der bekannten Supreme-Court-Entscheidung zu [Brandenburg v. Ohio](#) (1969) heißt es entsprechend: „Ein Gesetz, das diese Unterscheidung nicht trifft, stellt einen unzulässigen Eingriff [...] dar. Es erfasst mit seiner Verurteilung die [öffentliche] Rede, die unsere Verfassung staatlicher Kontrolle enthoben hat.“

Inwiefern eine solche Schrankenlosigkeit sinnvoll ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. Auch in Europa gibt es bekanntlich nicht die eine *best practice* beim Austarieren des Verhältnisses von Meinungsfreiheit und anderen schützenswerten Rechtsgütern, sondern einen mit diversen nationalen Eigenheiten gespickten Flickenteppich des Verbotenen. In Griechenland und auf Zypern etwa steht die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe, in Frankreich gibt es das immer wieder verschärfte Gesetz „gegen Anstiftung zum Rassenhass“ und hierzulande bekanntlich die Volksverhetzungsnorm im Strafrecht.

Es ist auch durchaus möglich, sich die Position der Kommission zu eigen zu machen und in dem „beispiellosen Maß an öffentlicher Aufsicht über Online-Plattformen in der gesamten Union“ (so die [Pressemitteilung](#) zum DSA) tatsächlich ein wichtiges Operationsmanöver auf dem diskursiv einflussreichsten Schlachtfeld unserer Tage zu sehen. Doch selbst in diesem Fall stellt sich die Frage, ob Bretons nassforsche Kampfansage an Musk geeignet ist, dieses Ziel zu befördern.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Formal mag der Franzose recht damit haben, dass die Inhalte von X auch in Europa abrufbar sind und folglich in diesen Fällen den Bestimmungen des DSA unterliegen. Politisch aber dürfte er sich ordentlich vergaloppiert haben, denn erstens wirkt das Versenden eines in holpriger Prosa abgefassten Drohbrieffs an den Privatmann Musk höchst unprofessionell. Zweitens muss der Verweis auf das Gespräch mit Trump selbst dem Gutmütigsten als kommissionsseitiges Foul im Sinne einer ungebührlichen Einmischung in den US-Wahlkampf erscheinen. Und drittens überschätzt Breton offenbar den Respekt, den man ihm als Digitalregulator aus der alten Welt an amerikanischen Gestaden zu zollen bereit ist. Niemand dort wartet auf einen Europäer, der sich zum obersten Richter über die Tweets dieser Welt aufspielen will.

Niemand dort wartet auf einen Europäer, der sich zum obersten Richter über die Tweets dieser Welt aufspielen will.

Dies umso mehr, als es sich bei Musk um jemanden handelt, der mit seiner kontroversen Plattformpolitik und seinem wachsenden Engagement für die Sache der US-Konservativen eine leicht auszumachende Profilierungsfläche darstellt. Zu Beginn der republikanischen Vorwahlen noch als Unterstützer von Floridas Gouverneur Ron DeSantis [in Erscheinung getreten](#), hat der 53-Jährige sich in den letzten Monaten immer mehr dem Trump-Lager angenähert und dürfte heute mit Finanzgrößen wie Bill Ackman und Marc Andreessen zu den prominentesten Unterstützern des Immobilientycoons in der Geschäftswelt zählen. Eine Paarung, die auch abseits des Politischen naheliegt, eint beide doch eine Vorliebe für den großen Auftritt, ein intuitives Gespür, wann welche Taste auf der Klaviatur der Aufmerksamkeitsökonomie zu betätigen ist – und ein Talent, den Kopf immer wieder aus der Schlinge zu ziehen und den eigenen Willen auch gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen. Zuletzt aber schien ihre Liaison in eine neue Phase eingetreten zu sein: So rief Musk [ganz offen zur Wahl Trumps](#) auf und wurde im Gegenzug von dessen ältestem Sohn Donald Jr. [als zukünftiger Vorsitzender](#) eines von seinem Vater einzuberufenden „Effizienzkomitees“ ins Gespräch gebracht. Für einen ambitionierten EU-Regelhüter mit liberalen *credentials* also durchaus ein lohnenswertes Zielobjekt – zumal Breton, ähnlich wie seine für Wettbewerbsfragen zuständige Kollegin Margrethe Vestager, seit jeher den Eindruck eines gewissen Sendungsbewusstseins versprüht.

Allerdings ist Vestagers Stern spätestens seit der Covid-19-Pandemie stark [im Sinken begriffen](#) und auch Bretons eigenmächtiges Vorgehen stößt im *Berlaymont*, dem Sitz der Kommission, scheinbar nicht überall auf Gegenliebe. Wenig zeigt dies deutlicher als die Reaktion Ursula von der Leyens, die ihren übermütigen Binnenmarktkommissar schon kurz nach Einsetzen der Berichterstattung [konsterniert zurückpiff](#). Dessen Brief, so hieß es, sei nicht abgesprochen gewesen und gebe auch nicht die Position der Kommission wieder – eine Distanznahme, aus der sich Überraschung ebenso wie aufsteigender Unmut ablesen lässt.

„Die EU mischt sich nicht in fremde Wahlkämpfe ein [und sollte jeden derartigen Eindruck vermeiden]“, [zitiert etwa das Magazin POLITICO](#) einen anonymen Funktionär, der verärgert hinzusetzt, die Implementierung des DSA sei viel „zu bedeutend, als dass sie von einem aufmerksamkeitsheischenden Politiker auf der Suche nach dem nächsten Posten“ missbraucht werden dürfe. Und auch die X-Vorstandsvorsitzende Linda Yaccarino nahm den Ball gerne auf [und schimpfte ihrerseits](#) über Bretons Versuch, der amerikanischen Öffentlichkeit europäisches Recht überzustülpen. Ganz zu schweigen von den zahlreichen EU-Bürgern, denen er offenbar die Fähigkeit abspreche, sich selbst ein Bild der Dinge zu machen. Meinungsfreiheit, die Zweite.

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Erwartungsgemäß kam zum Schaden noch der Spott hinzu, denn auch Musk selbst reagierte keineswegs konzilient auf die Post aus Brüssel. Stattdessen [postete er](#) ein der Actionkomödie *Tropic Thunder* entlehntes Meme, dessen nicht jugendfreier Begleittitel den Betrachter auffordert, „sich ins Gesicht zu f*cken“ – und setzte gehässig zu, dass dies allein Illustrationszwecken diene und er selbstverständlich „NIEMALS eine so freche und unverantwortliche“ Antwort geben würde. Mit Sicherheit ebenfalls kein feiner Zug, doch angesichts der Schärfe der Provokation durchaus erwartbar.

Für den Multimilliardär ist die Affäre so jedenfalls zur goldenen Gelegenheit geworden, sich in seiner Paraderolle als Kämpfer gegen bürokratische Allmachtsfantasien zu gerieren. Und für sein französisches Gegenüber zur verlorenen Kraftprobe, die ihn nicht zuletzt einiges an *Goodwill* von Seiten der alten und neuen Kommissionspräsidentin gekostet haben dürfte. Die bastelt derzeit ohnehin an ihrer neuen Mannschaft und kann unnötige Nebenkriegsschauplätze dabei ebenso wenig gebrauchen wie einen Affront gegen Musks Gesprächspartner Trump, der nach wie vor gute Chancen hat, neuer US-Präsident zu werden. Nicht unwahrscheinlich, dass die ganze Angelegenheit noch ein internes Nachspiel haben wird. Vielleicht ja schon bei der anstehenden Zuschneidung und Verteilung der Brüsseler Ressorts.



Marco Bitschnau, Konstanz

Marco Bitschnau ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Soziologie (Schwerpunkt Soziale Bewegungen) der Universität Konstanz und dort mit dem Exzellenzcluster *The Politics of Inequality* affiliert.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/wenn-zum-schaden-der-spott-kommt-7712/?utm_campaign=de_40_20240816&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) Wut im Bauch.

In vielen Ländern Afrikas geht die Jugend auf die Straße. Warum von einem Afrikanischen Frühling noch nicht gesprochen werden kann

Von Henrik Maihack

13.08.2024



picture alliance / Anadolu / Gerald Anderson In Kenia wird der Rücktritt von Präsident Ruto gefordert.

Etwas rumort in Afrika: Im Senegal übernimmt nach Protesten und anschließenden Wahlen ein Präsident im Millennial-Alder die Macht, der wenige Wochen zuvor noch politischer Häftling war. In [Kenia führen Straßenproteste](#), angeführt von GenZ-Studierenden, zur Entlassung des Kabinetts und zur Rücknahme von Steuererhöhungen. Während in Nigeria und Uganda unter großem Aufgebot an Sicherheitskräften ebenfalls protestiert wird, sperrt die simbabwische Regierung präventiv prominente Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft ein. Man macht sich offenbar Sorgen.

Von Sudan bis Südafrika, Proteste gab es in Afrika in den jüngsten Jahren immer wieder. Die Frequenz nimmt nun offenbar zu. Zwar verdeckt eine Einordnung der Proteste als GenZ-Phänomen viele Unterschiede, aber auf einem Kontinent, wo das Median-Alter der Regierenden weit über 60 liegt und das der Regierten bei unter 19 Jahren, ist diese Selbstidentifizierung der Protestierenden als GenZ auch kein Zufall. [Jüngste Umfragen](#) zeigen eine zunehmende Frustration junger Menschen: So sehen zwar zwei Drittel der Menschen in Afrika Demokratie als einzig legitime Regierungsform, Parteienbindung und Wahlbeteiligung nehmen aber unter jungen Menschen ab. Wird demokratische Rechenschaft von Regierenden nicht erbracht, werden radikale Alternativen beliebter. Die Zustimmung zu einem Eingreifen des Militärs bei Machtmissbrauch hat in ganz Afrika zugenommen, auch das besonders unter jungen Menschen. Das heißt: Proteste und eine schwindende Parteibindung werden wahrscheinlicher. Demokratie bleibt das Ziel, Putsche werden von vielen als potenzielle Versuche gesehen, dysfunktionale Demokratien zu retten.

2024 wird aber wohl nicht das Jahr der Putsche in Afrika, [verglichen mit dem vorherigen](#). Es ist bisher das Jahr der Wahlen und Proteste. Das ist eine gute Nachricht. Der Zeitpunkt weiterer Proteste ist kaum vorherzusagen, aber dass die Erfolge in Senegal und Kenia inspirierend auch für Menschen in Nigeria oder Uganda sind, sagen diese selbst, genau wie

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

in Simbabwe die Erfolge der [Studierendenproteste in Bangladesch](#) rezipiert werden. Man inspiriert sich gegenseitig, teilweise steht man im Austausch. Von einem *African Spring* zu sprechen, wäre jedoch noch voreilig, auch weil die jüngsten Proteste bisher eher in Ländern mit vergleichsweise freien Wahlen wie Kenia oder Nigeria stattfinden. So bleibt – wie in Senegal – auch der Wandel über die Wahlurne möglich. Eine Ausbreitung ist aber nicht unwahrscheinlich.

Mehr als 20 Länder des Kontinents befinden sich aktuell in einer Schuldenkrise.

Anlass der Proteste ist in erster Linie verwehrt soziale Teilhabe. Jungen Menschen fehlt das Vertrauen, dass die amtierenden Politikerinnen und Politiker diese herstellen. Jedes Jahr streben bis zu zwölf Millionen neue Arbeitssuchende auf die afrikanischen Arbeitsmärkte, wo es aber nur drei Millionen Arbeitsplätze gibt. Die Mehrheit findet nur im sogenannten informellen Sektor ein klägliches Auskommen. Schuldenkrisen und Inflation im Zuge von Pandemie, russischem Angriffskrieg und westlichen Zinserhöhungen bedeuten eine neue Runde finanzpolitischer Austerität in Afrika, ohne dass von den mit diesen Schulden finanzierten Projekten die Mehrheit profitiert hätte. Mehr als 20 Länder des Kontinents befinden sich aktuell in einer Schuldenkrise. Mehrere Regierungen brauchen daher dringend den Internationalen Währungsfonds, auch weil Chinas Kredite seit 2016 rückläufig und die Zinsen für Staatsanleihen in westlichen Währungen zu teuer sind. Der IWF vergibt Notfallhilfe aber nur gegen Bedingungen. So fordert er traditionell höhere Steuereinnahmen. Weil es aber nicht genug besteuerbare Arbeitsplätze gibt, bleibt den Regierungen für den Schuldendienst nur die Besteuerung der eigenen Privilegien oder aber des täglichen Konsums beziehungsweise das Kappen von Subventionen für Alltagsgüter. Für diese regressiven Maßnahmen, die vor allem untere Einkommensgruppen hart treffen, entschied sich zuletzt die Regierung in Kenia, die inzwischen mehr Geld für den Schuldendienst ausgibt als für Gesundheit oder Bildung. Genau das war ein Auslöser der jüngsten Proteste, die aber auf ein größeres Repertoire von strukturellen Unzufriedenheiten aufbauen.

So ist die öffentliche Daseinsvorsorge in den wachsenden Städten Afrikas heute oft schlechter als vor der Pandemie. Die Inflation war eh schon hoch, in Nigeria liegt sie heute bei knapp 40 Prozent. Jetzt sollen weitere Steuern hinzukommen. Das wird als wirtschaftspolitischer Angriff auf den Alltag und letztlich auf die Perspektiven einer ganzen Generation gesehen. Wegen der rapiden Urbanisierung leben inzwischen viele in den informellen Siedlungen des Kontinents Tür an Tür – beziehungsweise TikTok- an X-Account. Sie sehen, dass es anderen genauso geht. Sie sind zu viele, um sie mit Wahlgeschenken zu beschwichtigen.

Die Proteste veranschaulichen aber auch ein grundsätzlicheres Scheitern von 40 Jahren Angebotspolitik.

Die Proteste veranschaulichen aber auch ein grundsätzlicheres Scheitern von 40 Jahren Angebotspolitik, also des Versuchs, wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Hieran trägt der Westen eine besondere Mitschuld. Nach dem Kalten Krieg hatte die Mehrheit der Länder Afrikas Demokratien eingeführt, tat dies aber in einer Phase der sich seit den 1980er Jahren ausbreitenden Schuldenkrisen. Diese waren damals durch Zinserhöhungen im Westen ausgelöst worden, geantwortet wurde – auf Empfehlung des IWF, in dem westliche Länder besonders mächtig sind – mit Einsparungen. Das „Ende der Geschichte“ begann in vielen Teilen Afrikas somit zwar vielerorts demokratisch, aber mit Auflagen, die eine Deregulierung der Wirtschaft, einen Abbau von sozialer Sicherheit und weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz bedeuteten.

Auch danach wurde vor allem die Angebotsseite für die andauernden wirtschaftlichen Probleme in Afrika verantwortlich gemacht. Vielen „westlichen Geberstaaten“, Weltbank und IWF, galten in den 1990er Jahren Handelsliberalisierung, *Good Governance* und später dann die Berufsausbildung als entscheidende Stellschrauben für wirtschaftlichen Aufschwung. Hierauf wurde die Zusammenarbeit ausgerichtet. Die Idee: Würden afrikanische Länder nur freiere Märkte, *Good Governance* und gut ausgebildete Arbeitskräfte „anbieten“, würde es schon aufwärts gehen. Ausbleibende „Entwicklung“ wurde also in erster Linie verstanden und bearbeitet als Mangel eines guten Angebots an Know-how (Stellschraube: Unterstützung der Berufsbildung), an Moral beziehungsweise Ineffizienz der Regierenden (Stellschraube: Beratung für *Good Governance*) und an ausländischem Kapital (Stellschraube: Handelshemmnisse abbauen und Anreize für Direktinvestitionen). Das hat nicht funktioniert. Das Pro-Kopf-Einkommen in ganz Afrika ist seit 1990 nur um ein Prozent gewachsen. Einige der lange gelobten *Good Governance Champions* sind inzwischen Autokratien, die ganze Regionen destabilisieren. Und in der aktuellen Hochzinsphase in den USA und Europa zieht derweil kaum noch Kapital nach Afrika, sondern eher in die andere Richtung.

Seit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der Afrikanerinnen und Afrikaner mit einem Hochschulabschluss verdoppelt.

Zumindest ein positives Ergebnis gibt es: Seit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der Afrikanerinnen und Afrikaner mit einem Hochschulabschluss verdoppelt. Nur finden diese eben keine Jobs und begehren jetzt gegen enge Partnerregierungen des Westens wie in Kenia und Nigeria auf. Für einige Beobachterinnen und Beobachter ist es erstaunlich, dass die Protestierenden in Kenia den IWF angreifen, aber nicht die Verschuldung in China. Nicht erstaunlich ist das angesichts [afrikaweiter Umfragedaten](#): Die Volksrepublik ist beliebter in Afrika als europäische Länder und wird nicht für die Auflagen des IWF verantwortlich gemacht. Stattdessen werden die Erfolge der marktschützenden Wirtschafts- und der nachfragestärkenden Sozialpolitik von China oder Brasilien bewundert, wo man die wirtschaftliche Beratung des Westens eher abgelehnt hatte.

Die gute Nachricht ist: Die Kinder jener Eltern, die die politische Liberalisierung und die gleichzeitigen Entbehrungen der 1980er und 1990er Jahre miterlebt haben, suchen sich demokratische Formen, um ihren Unmut auszudrücken. Explizit berufen sich die Protestierenden dort, wo es sie gibt, auf demokratische Verfassungen beziehungsweise unerfüllte Wahlversprechen. Ein chinesischer Einparteiensstaat ist kein Modell für sie. Sie sind auch keine Russland-Fans. Sie haben aber den Glauben verloren, dass die amtierenden Politikerinnen und Politiker, die gemeinsam die mit dem Westen koordinierte Angebotspolitik verantworten, noch einen Wandel vorantreiben und wirtschaftliche und soziale Teilhabe der *GenZ* bewerkstelligen könnten. In vielen politischen Ökonomien des Kontinents würde wirtschaftliche Umverteilung oder die Besteuerung von Finanzabflüssen in Steueroasen, wie sie von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft vorgeschlagen wird, wohl zum Zusammenbruch bestehender Regierungsbündnisse führen. Sie sind der korruptionsanfällige Klebstoff, der diese zusammenhält. Auch daher kommt die maximale Forderung nach Rücktritt à la *#RutoMustGo* in Kenia.

Was kann man nun tun? Auch wenn Europas Interessen mit einigen der unter Druck stehenden Regierungen derzeit eng verknüpft sind, ist ein Dialog mit den Protestierenden schon allein darum vernünftig, weil einige davon absehbar politische Verantwortung übernehmen könnten (siehe Senegal). Genau das [forderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer afrikanischer Protestbewegungen](#) zuletzt bei einem Besuch in Berlin vehement ein. Deren Vertrauen sollte man nicht noch weiter verspielen. Die noch dringendere Hausaufgabe von G7 und EU ist aber eine grundsätzlichere Antwort auf das Scheitern von

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

40 Jahren Angebotspolitik in Afrika. Das bedeutet, den bereits in der deutschen Entwicklungspolitik angelegten Pfad hin zu gemeinsamer globaler Strukturpolitik europaweit auszubauen und dem Wunsch nach wirtschaftspolitischer Souveränität entgegenzukommen. Notwendig ist dafür eine schnellere Reform des internationalen Schuldenmanagements. Will man Vertrauen und Partner in Afrika gewinnen, sind weitere Projekte entscheidend, die die wirtschaftliche Nachfrage stimulieren. Es geht hierbei um nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in der europäischen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit mit Afrika: von der Unterstützung von mehr Weiterverarbeitung und guten Arbeitsplätzen vor Ort, bei einer sozial-gerechten Energiewende, bis zum Aufbau einer marktschützenden afrikanischen Freihandelszone. Will Europa das viel beschworene bessere Angebot in einer multipolaren Welt machen, sollte es vor allem die Nachfrage stärken.



Henrik Maihack, Berlin

Henrik Maihack leitet das Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er für die FES Projekte in Kenia, Südsudan, Ruanda und Bangladesch.

https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/wut-im-bauch-7701/?utm_campaign=de_40_20240813&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Don't worry.

Die Staatsschulden der USA sind so hoch wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Grund zur Sorge besteht jedoch nicht

Von Dean Baker

13.08.2024



picture alliance / Ikon Images / Jacquie Boyd

Die Staatsverschuldung der USA ist seit den Steuersenkungen im ersten Jahr von Donald Trumps Präsidentschaft rasant gestiegen. Sprunghaft beschleunigt wurde der Anstieg durch die Hilfs- und Konjunkturpakete zur Bewältigung der Pandemie, und auch jetzt wachsen die Schulden trotz der stabilisierten wirtschaftlichen Lage weiter, weil eine hohe Zinslast das Defizit vergrößert. Die Staatsverschuldung ist inzwischen größer als das Bruttoinlandsprodukt (BIP), und das *Congressional Budget Office* (CBO) – eine Art Rechnungshof des US-Kongresses – geht in seinen neuesten [Projektionen](#) davon aus, dass sie am Ende des Budgethorizonts die nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten Höchststände übertreffen wird.

Dieser Sachverhalt wird oft ins Feld geführt, um eine groß angelegte Sparpolitik mit weitreichenden Ausgabenkürzungen zu begründen und massive Steuererhöhungen zu fordern. Kleinere Haushaltsdefizite und vor allem eine geringere Zinsbelastung wären zwar durchaus wünschenswert, aber die Ängste, die viele haushaltspolitische Hardliner zu schüren versuchen, sind weitgehend unbegründet.

Erstens steht die klassische Mär, dass große Haushaltsdefizite etwas Schlechtes seien, in Wirklichkeit auf dünnen Beinen. Oft heißt es, hohe Haushaltsdefizite würden die Zinsen in die Höhe treiben, private Investitionen verdrängen und dadurch das Wachstum bremsen und zu Wohlstandseinbußen in der Zukunft führen. Die unzähligen Studien zu diesem Thema liefern dafür jedoch relativ wenige Anhaltspunkte. Wenig Grund zur Sorge bereitet auch der Zinssatz für zehnjährige Staatsanleihen, der aktuell knapp unter 4,0 Prozent liegt. Zum Vergleich: In den späten 1990er Jahren, in denen der amerikanische Staat einen Haushaltsüberschuss aufwies, fiel der Zinssatz mehrmals kurzzeitig unter 5,0 Prozent, lag aber zumeist nahe bei 6,0 Prozent.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Noch größer ist – wegen der derzeit höheren Inflation – der Unterschied zwischen den realen Zinssätzen damals und heute. Der langfristige Realzins (nominaler Zinssatz abzüglich Inflationsrate) in den Überschusszeiten der späten 1990er Jahre lag einen ganzen Prozentpunkt über den heutigen Realzinssätzen oder sogar noch höher. Wenn die Zinssätze trotz des großen Defizits niedrig bleiben, bleibt von der Mär von der Investitionsverdrängung nicht mehr viel übrig. Und noch etwas gilt es zur Kenntnis zu nehmen: Auch die Zinszahlungen sind, gemessen am BIP-Anteil, nur geringfügig höher als in den frühen 1990er Jahren.

Dann gibt es da noch die Story von der Krise. Sie besagt: Wenn wir eine bestimmte Verschuldungsgrenze überschreiten, müssen wir Angst haben, dass Anleger sich auf einen Schlag fluchtartig aus US-Staatsanleihen und aus dem US-Dollar zurückziehen. Möglich ist natürlich alles, aber für solche Ängste gibt es kaum eine reale Grundlage. Andere Länder – allen voran Italien und Japan – sind im Verhältnis zu ihrem BIP erheblich höher verschuldet als die USA und finden trotzdem jede Menge Abnehmer für ihre Schuldtitel. Dass der Dollar zudem die weltweit führende Reservewährung darstellt, macht eine plötzliche Flucht aus dem Dollar noch unwahrscheinlicher.

Solange die US-Wirtschaft stark bleibt, dürfte es wenig Grund für eine plötzliche Dollarpanik geben.

Solange die US-Wirtschaft stark bleibt, dürfte es wenig Grund für eine plötzliche Dollarpanik geben. Sollte die Wirtschaft wegen innenpolitischer Unruhen oder infolge von Klimakatastrophen in einer Stagnation stecken bleiben oder irgendein Desaster erleiden, könnte es tatsächlich zu einem massenhaften Rückzug aus dem Dollar kommen, aber das wäre auch dann der Fall, wenn wir nur halb so hoch verschuldet wären wie derzeit. Selbst wenn die Verschuldung uns Sorgen bereiten würde – die Aussichten auf eine substanzielle Reduzierung des Defizits sind begrenzt. Auf der Einnahmenseite gibt es für Steuererhöhungen zulasten der Mittelschicht sehr wenig Unterstützung.

Für die komplette oder teilweise Rücknahme der jüngsten Steuersenkungen, von denen reiche Einzelpersonen und juristische Personen profitieren, gibt es dagegen sehr wohl politische Unterstützung. Trump hat 2017 den Spitzensteuersatz von 39,6 Prozent auf 37,0 Prozent gesenkt. Dieser Baustein seines Steuersenkungspakets läuft im kommenden Jahr aus und wird womöglich nicht verlängert – je nachdem, wie die Wahlen im Herbst ausgehen. (Das CBO geht in seinen Haushaltsprognosen bereits davon aus, dass die niedrigeren Steuersätze nicht weiterbestehen werden.)

Im Prinzip sind Spielräume für eine weitere Anhebung des Steuersatzes vorhanden, wobei viele Progressive diese Spielräume größer darstellen, als sie sind. Viele US-Bundesstaaten belegen ihre wohlhabenden Bewohner bereits mit hohen Steuersätzen. Ganz oben auf der Liste steht Kalifornien mit 13 Prozent; reiche New Yorker zahlen elf Prozent. Da für viele der reichsten Bürgerinnen und Bürger des Landes schon jetzt Steuersätze von über 50 Prozent gelten, wären die Mehreinnahmen, die sich durch eine deutliche Anhebung der Sätze erzielen ließen, begrenzt.

Für Mehreinnahmen aus der Körperschaftssteuer gibt es möglicherweise mehr Spielraum. Das CBO rechnet in seinen Projektionen damit, dass das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer schrumpfen und nur noch 1,3 Prozent des BIP betragen wird. Zum Vergleich: Noch in den 1990er Jahren waren es 2,0 Prozent des BIP und in den 1960er Jahren sogar deutlich über 3,0 Prozent des BIP. Indem man diesem Schrumpfungsprozess entgegenwirkt, kann man das Defizit deutlich abbauen. Dazu muss man sich jedoch klarmachen: Ein hoher Körperschaftssteuersatz bedeutet kein hohes Körperschaftsteuer-

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Aufkommen. Die Unternehmen sind inzwischen Experten, wenn es darum geht, aus dem Steuerrecht das meiste für sich herauszuholen. Vor Trumps Steuersenkungen betrug der Körperschaftssteuersatz nominell 35 Prozent, aber real nur knapp über 20 Prozent.

Jedes Bemühen um eine deutliche Anhebung der Unternehmenssteuern sollte vor allem die [Besteuerung](#) von Aktienrenditen (Dividenden und Kapitalgewinne) in den Fokus rücken, die ohne Weiteres auf jeder beliebigen Finanzwebsite einsehbar sind. Bei den Unternehmensgewinnen ist das anders: Welche Gewinne ein Unternehmen erzielt, erfährt der Staat von den Buchhaltern des Unternehmens. Die Biden-Regierung unternahm immerhin einen kleinen Vorstoß in diese Richtung und führte eine Ein-Prozent-Steuer auf Aktienrückkäufe ein. Dafür braucht es keinen großen Eintreibungsaufwand, denn wie viel Geld sie für Aktienrückkäufe ausgeben, müssen die Unternehmen offenlegen.

Der einzige Bereich, in dem substanzielle Einsparungen möglich sind, ist die Gesundheitsversorgung.

Und wie sieht es auf der Ausgabenseite aus? Hier sind große Einschnitte schwer vorstellbar, weil die meisten Bereiche entweder wenig ausgabenintensiv sind oder massiven politischen Rückhalt genießen. 70 Prozent der Haushaltsmittel, die nicht für Zinsen ausgegeben werden, fließen an das Militär, in die sozialen Sicherungssysteme, die öffentliche Krankenversicherung *Medicare* und in andere Programme im Gesundheitswesen. An den übrigen 30 Prozent hat man bereits bei früheren Bemühungen um Defizitabbau immer wieder gerüttelt.

Der einzige Bereich, in dem substanzielle Einsparungen möglich sind, ist die Gesundheitsversorgung. Die USA haben das ineffizienteste Gesundheitswesen der Welt und geben pro Kopf mehr als doppelt so viel dafür aus wie der OECD-Durchschnitt. Gegenüber früheren Kosten-Wachstums-Projektionen wurden hier bereits erhebliche Einsparungen erzielt: 2011 ging das CBO in seiner [Projektion](#) davon aus, dass die US-Regierung 7,4 Prozent des BIP für *Medicare* und andere Gesundheitsversorgungsprogramme ausgeben werde. Stattdessen [machen die Ausgaben](#) heute nur 5,6 Prozent des BIP aus. Da die USA in diesem Bereich nach wie vor zu viel ausgeben, sind hier weitere Einsparungen möglich.

Am offensichtlichsten ist das Kostensenkungspotenzial bei den verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Im laufenden Jahr werden mehr als 650 Milliarden Dollar (2,3 Prozent des BIP) für rezeptpflichtige Medikamente und andere pharmazeutische Erzeugnisse [ausgegeben](#). Für diese Artikel zahlen die USA mehr als doppelt so viel wie die Menschen in anderen wohlhabenden Ländern. Wenn wir diese Ausgaben besser austarieren, können wir erhebliche Haushaltsmittel einsparen und die Ausgabenbelastung für die Patientinnen und Patienten senken.

Wichtig zu wissen ist, dass der beinahe einzige Grund für diese hohen Ausgaben staatlich gewährte Patentmonopole sind. In einem freien Markt wären Arzneimittel fast durchweg billig. Was sie teuer macht, sind die Patente. Interessanterweise gibt es eine starke Lobby, die über die Zinslast klagt, die wir unseren Kindern aufbürden, aber die Belastung, die durch vom Staat gewährte Patentmonopole verursacht wird, erwähnt so gut wie niemand.

Wenn wir uns Gedanken darüber machen, was wir zukünftigen Generationen hinterlassen, sind die Staatsschulden am Ende ein unwichtiger Teil des Gesamtbildes. Würden wir die Schulden vollständig tilgen und dafür eine Wirtschaft hinterlassen, die am Boden liegt, weil

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

wir zu wenig in Bildung und Infrastruktur investiert, durch zu hartes Sparen das Wachstum abgewürgt oder durch Ignorieren der Erderwärmung den Planeten ruiniert haben, könnten wir von unseren Kindern wenig Dankbarkeit erwarten.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Dean Baker, Washington

Dr. Dean Baker ist Mitbegründer und leitender Ökonom beim *Center for Economic and Policy Research* in Washington, DC. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Wohnungsbau und Makroökonomie, geistiges Eigentum, soziale Sicherheit, *Medicare* und europäische Arbeitsmärkte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/dont-worry-7704/?utm_campaign=de_40_20240813&utm_medium=email&utm_source=newsletter

08) „Teil der psychologischen Kriegsführung“.

Hanna Voss im Libanon über israelische Flugmanöver, den Rückhalt der Hisbollah in der Bevölkerung und die Angst vor einem möglichen Krieg mit Israel

Interview

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

08.08.2024



picture alliance / AP | Mohammad Zaatari
Flammen lodern in einem durch einen israelischen Angriff zerstörten Lagerhaus im Südlibanon.

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Sie sind derzeit in Beirut, werden aber in wenigen Stunden mit einem der letzten regulären Flüge den Libanon verlassen. Wie ist die Lage derzeit vor Ort?

Die Lage ist angespannt. Es ist ein bisschen paradox: Einerseits sind die Menschen sichtbar nervös, andererseits leben sie ihr Leben normal weiter. Seit der Tötung von Hamas-Chef Haniyeh und Hisbollah-Kommandant Fuad Shukr ist die Stimmung natürlich deutlich aufgeladener. Alle sprechen über eine mögliche Eskalation, es gibt so gut wie kein anderes Thema. Gleichzeitig verabredet man sich normal, geht in Restaurants, in Nachtclubs, an den Strand.

Seit Tagen fliegen israelische Kampfflugzeuge im Tiefflug über Beirut und durchbrechen dabei die Schallmauer. Die bislang stärksten Manöver gab es während der jüngsten Rede von Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah anlässlich des Todes von Fuad Shukr. All das ist Teil der psychologischen Kriegsführung der israelischen Armee. Diese Manöver simulieren Angriffe und sollen die Menschen einschüchtern. Die Überschallknalle sind unfassbar laut und gehen einem durch Mark und Bein. Es hört sich an wie eine echte Bombe und der erste Impuls ist: Jetzt geht es los.

Wie groß ist die Angst der Bevölkerung vor einem Krieg?

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Relativ groß. Das Land befindet sich in einer extrem schwierigen Situation, die wirtschaftliche Lage ist miserabel. Die Menschen wissen: Wenn jetzt noch ein Krieg dazukommt, sieht es ganz düster aus. Wie die Versorgungslage aussieht, ist ungewiss, insbesondere hinsichtlich des Vorrats an Medikamenten und Nahrung. Das Land ist nicht krisenfest. Auf die Regierung ist kein Verlass, die Menschen helfen sich gegenseitig. Das hat sich während der Pandemie gezeigt, aber auch nach der Explosion im Hafen von Beirut vor vier Jahren. Ein Trauma, das nach wie vor sehr präsent ist. Das merkt man bei diesen Überschallknallen stark. Bei vielen kommen da böse Erinnerungen hoch. Die Menschen wissen, wie schwer ein Krieg sie persönlich, aber auch das ganze Land treffen würde.

Die libanesischen Interimsregierung ist schwach. Die von vielen Ländern als Terrororganisation eingestufte Hisbollah dominiert größtenteils das Land. Wie ist ihr Rückhalt in der Bevölkerung?

Das kommt auf die Region an. Es gibt Gegenden im Südlibanon, auch in Südbeirut, wo ihr Rückhalt sehr stark ist. Das heißt natürlich nicht, dass dort alle Menschen aktiv die Hisbollah unterstützen. Es sind trotzdem Gegenden, in denen ganz normale Zivilistinnen und Zivilisten leben. Auch das Viertel, in dem der Hisbollah-Kommandant Shukr getötet wurde, ist ein sehr belebter, ganz normaler Stadtteil. Aber dort hat die Hisbollah schon einen sehr großen Rückhalt.

Ein Teil der Bevölkerung sieht die Unterstützung durch den Iran sehr kritisch.

In anderen Teilen des Landes sieht es aber anders aus. Man kann einen Unterschied machen zwischen der politischen Funktion der Hisbollah – auch als Partei –, hinter der viele nicht stehen, und dem Militärischen. Ein Teil der Bevölkerung sieht die Unterstützung durch den Iran sehr kritisch, weil man sich so zu sehr abhängig macht. Man will nicht von ausländischen Mächten kontrolliert werden. Was jedoch den Widerstand der Hisbollah betrifft, gegen das israelische Vorgehen hier im Libanon, aber auch in Palästina, da stehen schon sehr viele Menschen dahinter.

Seit Monaten beschießt Israel als Reaktion auf die Raketen- und Artillerieangriffe der Hisbollah den Süden des Landes. Wie ist die Situation dort?

Absolut schrecklich. Im Südlibanon gibt es seit dem 8. Oktober Krieg. Da spricht niemand darüber, wann der Krieg kommen wird, er ist längst da. Zehntausende mussten bereits in nördlichere Teile des Landes fliehen, weil die israelische Armee als Reaktion auf den Beschuss der Hisbollah dort täglich Angriffe fliegt. Israel hat sehr systematisch weißen Phosphor eingesetzt und damit große Teile der Landwirtschaft zerstört, sodass es für die Menschen bis auf Weiteres aussichtslos ist, dorthin zurückzukehren. Mehr als 100 Zivilistinnen und Zivilisten wurden getötet. Die Menschen haben täglich Angst um das eigene Leben und kämpfen um ihre Existenz.

Durch ihre Angriffe auf Israel spielt die Hisbollah seit Monaten mit dem Feuer. Militärisch ist die Miliz sehr gut ausgerüstet. 100 000 Raketen soll sie in ihrem Arsenal haben. Will die Hisbollah den Krieg mit Israel?

Ich glaube, sie will ihn nicht. Die Hisbollah hat in der Vergangenheit mehr als eine Gelegenheit gehabt, es dazu kommen zu lassen. Sie hat oft rote Linien gezogen, die dann von Israel überschritten wurden, und hat es dann doch nicht eskalieren lassen. Die Hisbollah sendet viele Signale, dass sie den großen Krieg mit Israel nicht will. Sie scheut ihn aber auch nicht. Die Miliz ist in der Tat deutlich besser aufgestellt als noch im Libanonkrieg 2006 – und selbst da ist die Auseinandersetzung für Israel nicht besonders erfolgreich verlaufen.

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Mittlerweile, da sind sich alle Expertinnen und Experten einig, ist die Hisbollah in der Lage, den Flughafen in Tel Aviv und andere wichtige Infrastruktur zu erreichen. Israel müsste im Falle eines Krieges wahrscheinlich einen sehr hohen Preis zahlen. Das wissen die Israelis und damit kalkuliert die Hisbollah auch.

Inwieweit hat der tödliche Angriff auf Hisbollah-Kommandeur Fuad Shukr die Stimmung im Land verändert?

In dem Viertel sind die Menschen in der Nacht des Angriffs natürlich auf die Straße gegangen, um zu demonstrieren. Schließlich sind dabei auch vier Zivilisten, darunter zwei Kinder, getötet worden. Die Sicht auf Israel ist im Libanon komplett konträr zu der, die wir in Deutschland oftmals haben, nach der Israel sich quasi permanent selbst verteidigt. Schließlich lebt man hier dauerhaft mit der israelischen Bedrohung. Dennoch sehe ich jetzt nicht, dass ein Großteil der Bevölkerung fordern würde, man solle sich rächen – auch wenn man es natürlich absolut falsch findet, wie Israel agiert. Klar, es gibt Menschen, die froh sind, dass man die Hisbollah als eine Art Verteidigung hat, aber viele sind sich trotzdem bewusst, dass sie auch ein Teil des Problems ist. Die Stimmung hat sich jedenfalls nie dahingehend gewandelt, dass die Leute jetzt diesen Krieg wollen. Dafür ist die Lage im Land einfach zu dramatisch.

Die Bevölkerung im Libanon leidet seit Jahren unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise. Aus der Politik kommt kaum Unterstützung. Was wiegt schwerer: der Ärger über die eigene Regierung oder die Abneigung gegen Israel?

Gute Frage. Es ist schwer, das voneinander zu trennen. Viele im Libanon haben viel zu lange dazu geneigt, die Probleme im Ausland zu suchen. Nicht nur bezüglich Israel, sondern generell, was den Einfluss ausländischer Mächte betrifft, zum Beispiel der USA und Irans. Das hat sich seit den Protesten 2019 ein wenig geändert. Der größte Teil der Bevölkerung hält von der Regierung gelinde gesagt gar nichts. Den Menschen ist bewusst, dass ihre eigene Regierung schwach ist, auch weil der Staat so korrupt ist und die Institutionen stark ausgehöhlt wurden. Im Land herrscht eine Korruption, die jenseits von allem Vorstellbaren ist und die in jeden noch so kleinen Lebensbereich eindringt. Die Menschen wissen, dass der Staat deshalb auch nicht die Stärke besitzt, mit einem Land wie Israel an der Grenze umzugehen. Aus diesem Grund konnte die Hisbollah diesen großen Einfluss im Libanon gewinnen, weil es schlicht niemanden gab, der die Rolle als Verteidiger des Landes übernommen hat.



Hanna Voss, Beirut

Hanna Voss war Redakteurin für die *taz am Wochenende* und ist nun im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut tätig.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/teil-der-psychologischen-kriegsfuehrung-7700/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Geheimwaffe aus dem Mittleren Westen.

Kamala Harris setzt auf Tim Walz als Vize. Der Ex-Footballtrainer punktet mit Erfahrung, doch seine Gouverneursbilanz könnte den Wahlkampf belasten

Von Ross Barkan

08.08.2024



Für viele ein unbekannter Name: Der amtierende Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, könnte einige ländliche Regionen und Staaten zurückgewinnen. -picture alliance / Anadolu / Adam J. Dewey

Wie so viele Entwicklungen in diesem turbulenten US-Wahljahr war Kamala Harris' Nominierung von Tim Walz als ihren *Running Mate* noch vor wenigen Wochen nicht abzusehen. Statt ihr Team mit einem Demokraten aus einem entscheidenden *Swing State* zu verstärken – oder gar einem Staat, der üblicherweise republikanisch wählt –, entschied sich Harris scheinbar in letzter Minute für den 60-jährigen Ex-Kongressabgeordneten und amtierenden Gouverneur von Minnesota. Walz ist ein [weißer Mann](#) aus einem ländlich geprägten Bundesstaat im Mittleren Westen. Seine Nominierung birgt das Potenzial, einige ländliche Regionen und Staaten zurückzugewinnen, die derzeit fest in republikanischer Hand sind. Das könnte eine gute Strategie sein, um genügend demokratische Wahlpersonen im *Electoral College* zu erreichen. Walz' Stärken liegen auf der Hand: Er war über ein Jahrzehnt lang Lehrer und Footballtrainer an einer öffentlichen Schule und diente in der Nationalgarde der Armee. 2006 gewann er in einem zuvor von den Republikanern gehaltenen Wahlbezirk im ländlichen Minnesota und verteidigte diesen Sitz anschließend in mehreren schwierigen Wahlrunden. Er ist sowohl relativ progressiv als auch Waffenbesitzer. Für das Team Harris ist Walz eine starke Ergänzung. Doch er hat auch einige nicht zu vernachlässigende Schwachpunkte. Das fängt bei reiner Geografie an und reicht bis zu seiner Zeit als Gouverneur von Minnesota, in der das Land von großen Unruhen und Umwälzungen erschüttert wurde.

Walz wurde landesweit bekannt, als er erstmals die Republikaner als „weird“ bezeichnete.

Die Demokraten stehen vor [mehreren riesigen Herausforderungen](#), die die [Harris'sche](#) Wahlkampfkampagne, so gut sie auch funktionieren mag, nicht ohne weiteres lösen kann.

Die Wahl von Walz könnte helfen, das Thema [Wähler aus der Arbeiterklasse](#) anzugehen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich in den vergangenen Jahren von der Demokratischen Partei abgewendet, was sich insbesondere im Zuge des Wahlsiegs von Donald Trump 2016 bemerkbar machte. Dabei sind Weiße die bei weitem größte Wählergruppe, aber auch sozial konservative Schwarze und Latinos sind zu den Republikanern übergelaufen. Zwei weitere Faktoren wirken sich zu Walz' Gunsten aus: Die Progressiven mögen ihn, und er kommt im Fernsehen gut rüber. Letzteres mag für Harris' Team besonders wichtig gewesen sein. Walz wurde landesweit bekannt, als er erstmals die Republikaner als „weird“ bezeichnete, als „komisch“ bzw. „seltsam“. Nach J.D. Vance' Tiraden über „kinderlose Katzenfrauen“ wie Harris wurde das zu einer Art Gegenreaktion und Parole der Demokraten. Überhaupt sind die Unterschiede zwischen [Vance](#) und Walz unübersehbar. Das könnte gut für die Demokraten sein: Walz ist 20 Jahre älter, hat deutlich mehr Erfahrung in der Regierungsführung und scheint fernsehtauglicher zu sein. Harris könnte die erste weibliche Präsidentin und erst die zweite nicht-weiße Person im höchsten Amt der USA werden. Offenbar hat sie beschlossen, dass sie für diesen Wahlkampf gegen Trump einen Politiker an ihrer Seite braucht, der sich deutlich von ihr unterscheidet. Neben den äußerlichen Merkmalen gehört dazu, dass Walz' Liberalismus nicht kalifornisch geprägt ist. Vielmehr gehört er zu einer aussterbenden politischen Spezies: ein linker Populist aus dem *Heartland* der USA.

Im Gegensatz zu seinem Gegenkandidaten als Harris-Vize, Josh Shapiro aus Pennsylvania, punktet Walz aber beim Thema Nahost.

Innerhalb der Biden-Regierung schien Harris bei wichtigen politischen Initiativen oft ausgegrenzt zu sein. [Deswegen erscheint sie trotz ihrer derzeitigen Öffentlichkeitswirksamkeit oft wie ein unbeschriebenes Blatt.](#) In gewisser Weise macht das ihre Wahl des Vizepräsidentenskandidaten noch bedeutender. Die Nominierung von Walz kann den Parteianhängern bereits eine Vorstellung davon vermitteln, was eine Präsidentin Harris – unabhängig von ihrer bisherigen Rolle als Vizepräsidentin – tun und erreichen möchte. In diversen politischen Fragen, insbesondere in Bezug auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas, beschwichtigt Walz vorerst den widerspenstigen progressiven Flügel der Demokratischen Partei. Er kann eine gewisse populistische Erfolgsbilanz vorweisen, die Harris Auftrieb geben dürfte. So hat Walz mehrere arbeiterfreundliche Gesetze unterzeichnet, darunter eines über Standards in Pflegeheimen, ein Kartellverbot gegen gewisse Wettbewerbsklauseln und ein Stopp sogenannter *captive audience*-Treffen, bei denen Angestellte während ihrer Arbeitszeit gewerkschaftsfeindlichen Vorträgen beiwohnen müssen. Als Gouverneur von Minnesota hat er nach dem Urteil gegen *Roe v. Wade* die Abtreibungsrechte im Bundesstaat umgehend gesetzlich verankert. Er unterzeichnete außerdem Gesetze zum Schutz der Rechte von Homo- und Transsexuellen und unterstützte die Schaffung eines staatlichen Programms, das Arbeitnehmern bezahlten und familienbedingten Krankenurlaub gewährt. Zu seinen weiteren Erfolgen, die bei der Parteilinken gut ankommen, gehört die Erlaubnis für Einwanderer ohne Papiere, Führerscheine zu erhalten, die Legalisierung von Marihuana, ein verhältnismäßig restriktives Waffengesetz und ein flächendeckendes Schulspeisungsangebot. Darüber hinaus unterzeichnete Walz ein Gesetz, das Ex-Straftätern das Wahlrecht wieder gewährt. Die außenpolitische Bilanz von Gouverneur Walz ist natürlich überschaubar. Im Gegensatz zu seinem Gegenkandidaten als Harris-Vize, Josh Shapiro aus Pennsylvania, punktet Walz aber beim Thema Nahost: Shapiro steht unmissverständlich auf der Seite Israels und führte deswegen harte Auseinandersetzungen mit pro-palästinensischen Demonstranten. Als Joe Biden noch als Präsidentschaftskandidat galt, befürchteten viele in der Demokratischen Partei Massenproteste auf dem Parteitag in Chicago Ende August. Das Duo Harris/Walz könnte zumindest einen Teil dieser Spannungen entschärfen. Darüber hinaus dürfte Walz

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

im wichtigen *Swing State* Michigan mit seiner großen arabisch-amerikanischen Bevölkerung eher als Personen wie Shapiro in der Lage sein, die Beziehungen zwischen Partei und Wählerschaft zu verbessern. Diese hatten unter der Regierung Biden schwer gelitten.

Pennsylvania, wo Shapiro Gouverneur ist, könnte bei der Wahl im November *der* Faktor sein, der letztlich darüber entscheidet, ob Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrt.

Freilich gilt für Walz ebenso wie für alle anderen *Running Mates*: Letztlich sind sie nicht außerordentlich wichtig oder gar wahlentscheidend. Die Wählerinnen und Wähler schauen vielmehr auf die Spitzenkandidaten. Dennoch gibt es einige Risiken, Walz gegenüber Shapiro zu bevorzugen. Der Statistiker Nate Silver [argumentierte](#) kürzlich, dass Pennsylvania, wo Shapiro Gouverneur ist, *der Tipping Point* bei der Wahl im November sein könnte. Dieser Staat könnte demnach *der* Faktor werden, der letztlich darüber entscheidet, ob Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrt. Biden gewann Pennsylvania bei den Wahlen 2020 nur knapp, nachdem Trump den Staat 2016 – ebenfalls mit einem winzigen Vorsprung – von demokratisch zu republikanisch gewendet hatte. Der Verzicht auf Shapiro, der den Gouverneursposten 2022 mit 15 Prozentpunkten Vorsprung eroberte, erhöht den Druck auf das Harris-Walz-Duo. Für einen Gesamtsieg scheint es fast unumgänglich, dass sie diesen potenziell wichtigsten Staat für sich entscheiden. Darüber hinaus sind die spezifischen Vorteile einer Walz-Kandidatur eher unklar. In seinem eigenen Bundesstaat sind die Republikaner zwar stärker geworden, aber die Demokraten haben Minnesota seit dem Erdrutschsieg von Richard Nixon 1972 nicht mehr verloren. Walz wird also nicht gebraucht, um Minnesota für die Demokraten ins Trockene zu bringen. Umgekehrt ist er im „republikanischen Bollwerk“ mit den anderen *Midwest*-Staaten Wisconsin, Michigan und auch in Pennsylvania möglicherweise nicht bekannt genug.

Walz ist für Harris zweifellos eine Verstärkung und eine potenziell mächtige Waffe.

In jedem Fall werden die Republikaner umgehend beginnen, Walz' Bilanz als Gouverneur zu zerpflücken. So war er 2020 Gouverneur von Minnesota, als George Floyd getötet wurde und es daraufhin in Minneapolis zu Ausschreitungen kam. Harris' Einsatz für eine Strafjustizreform und ihre kurzzeitige Sympathie für die Protestbewegung – sie hatte per Tweet ihre Unterstützung für einen Kautionsfonds für Demonstranten in Minnesota geäußert – bot dem Trump-Lager bereits viel Angriffsfläche. Es gibt noch andere politische Entscheidungen, die Walz im Wahlkampf zu schaffen machen könnten. Die Republikaner attackieren Harris bereits wegen der Migranten, die die Grenze und die amerikanischen Städte vermeintlich „überschwemmen“. Ebenso könnten sie Walz wegen der Ausstellung von Führerscheinen für Einwanderer ohne Papiere unter Beschuss nehmen. Eine solche Praxis ist in demokratisch geführten Bundesstaaten zwar weit verbreitet, wird anderswo aber meist kritisch gesehen. Ebenso kritisieren Trump-Anhänger bereits, dass Walz ehemaligen Straftätern das Wahlrecht gewährt hat. Er sei offenbar „besessen davon, die gefährlich liberale Agenda Kaliforniens landesweit zu verbreiten“, [meint beispielsweise Karoline Leavitt](#), eine Pressesprecherin im Trump-Wahlkampfteam. Im Moment ist die Demokratische Partei im Aufwind. Harris legt in den Umfragen zu; die Basis ist begeistert von der Walz-Nominierung. Es ist zu erwarten, dass der Parteitag der Demokraten Ende August eine Show, ein Fest der Einigkeit und sogar Euphorie werden wird – ähnlich wie es der Parteitag der Republikaner im Juli auch schon war. Danach wird, ebenfalls wie bei den Republikanern, aber wieder die Realität Einzug halten: Eine hart umkämpfte, unglaublich knappe Wahl muss in nur wenigen Monaten entschieden werden. Walz ist für Harris zweifellos eine Verstärkung und eine potenziell mächtige Waffe. Walz stärkt Harris in erster Linie auf sinnvolle Weise – seine Nominierung zeigt, wo Harris als politische Kandidatin das Gefühl hatte, selbst Schwächen zu haben.

© [New York Times](#).

Aus dem Englischen von Tim Steins



Ross Barkan, New York City

Ross Barkan ist ein US-amerikanischer Journalist, Kolumnist und Essayist. Er ist regelmäßiger Autor des *New York Times Magazine* und Kolumnist des britischen *Guardian*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/geheimwaffe-aus-dem-mittleren-westen-7699/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) „Das System war seit langem im Kern instabil“.

Südasiens-Experte Leo Wigger über den Sturz von Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina, die Rolle des Militärs und die Reaktion Indiens

Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadži-Vuković.

06.08.2024



Angetrieben wurde die Revolution von der GenZ, die das Land demografisch dominiert, doch politisch keine Rolle spielt.- *picture alliance / Associated Press | Rajib Dhar*

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und [Konstantin Hadži-Vuković](#).

Bangladeschs Regierungschefin Sheikh Hasina ist nach wochenlangen Protesten zurückgetreten und nach Indien ausgereist. Wie ist die Situation im Land?

Zum einen herrscht ein Gefühl großer Freude vor, in Gesprächen mit Vertretern vor Ort fällt vor allem ein Satz, der die vorherrschende Stimmung beschreibt: Ein Sieg des Volkes. Dass es trotz der schweren Gewalt durch Sicherheitsorgane in den letzten Wochen gelungen ist, sich über alle gesellschaftlichen und politischen Gräben hinweg der Einschüchterung der Regierung zu widersetzen, weiter auf die Straße zu gehen und Hasina somit tatsächlich zum Rücktritt zu zwingen, das ist ein kollektiver, ja identitätsstiftender Moment. Der wird für viele unvergesslich bleiben und könnte eine ganze Generation prägen. Allerdings kam es auch am Montag zu schwerer Gewalt mit wohl weit über 100 Toten. Am Morgen vor dem Rücktritt kamen noch zahlreiche Demonstranten ums Leben und der Armee gelang es bis Montagabend nicht, die Situation nach der Ausreise von Hasina unter Kontrolle zu bringen. Aus zahlreichen Landesteilen gab es Berichte über Plünderung, Brandstiftung und Selbstjustiz. Im Fadenkreuz: Vertreter der abgesetzten *Awami-Liga*, aber auch Angehörige von Minderheiten, insbesondere Hindus. Zum Gesamtbild gehören aber auch die Bilder von muslimischen Nachbarschaftswachen, die Hindu-Tempel beschützen und sich gegen eine extremistische Vereinnahmung der Revolution zur Wehr setzen.

Sheikh Hasina regierte Bangladesch seit 2009. Warum kam es gerade jetzt zu den Studentenprotesten gegen sie?

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die Proteste gegen die Wiedereinführung einer Quotenregelung, die den Zugang zu Jobs im öffentlichen Dienst regelt, und 30 Prozent der neuen Jobs für die wenigen Nachkommen der „Freiheitskämpfer“ der Unabhängigkeit von 1971 reservierte, tobten seit Wochen. Die Quote steht für viele Bangladeschis exemplarisch für die Klügelwirtschaft einer kleinen Elite. Die Bewegung war dennoch anfangs keinesfalls gegen das System an sich gerichtet. Dass sie sich zu einem breiten Volksaufstand gegen das System ausweitete, hatte mehrere strukturelle Gründe. Die *Awami-Liga* und Sheikh Hasina, die lange eigentlich deutlich beliebter war als ihre Partei, hatten über die letzten Jahre bereits stark an gesellschaftlichem Rückhalt verloren. Rapide steigende Lebenshaltungskosten machen weiten Teilen der Bevölkerung bereits seit der Pandemie zu schaffen. Dazu leidet die sehr junge Bevölkerung – das Durchschnittsalter liegt bei 27 Jahren – an einer massiven Jobkrise und einem starren politischen System.

Die *Awami-Liga* hatte die letzten Wahlen Anfang des Jahres nur durch massive Repression gewinnen können.

Politisch hatte die *Awami-Liga* die letzten Wahlen Anfang des Jahres nur durch massive Repression gewinnen können. Die wichtigsten Oppositionsparteien waren von einem fairen Wahlprozess ausgeschlossen. Das System war also schon seit langem im Kern instabil. Die Regierung ging nun mit massiver Gewalt gegen die Proteste vor, die auch aus Gesellschaftsschichten kamen, die die *Awami-Liga* bisher als das kleinere Übel in einem gewaltvollen und polarisierten politischen System ansahen. Eine Fehleinschätzung. Jede Repressionswelle führte zu einem Anstieg des Zorns in der Bevölkerung, es setzte sich eine Eskalationsspirale in Gang, die die Regierung nicht mehr in den Griff bekam. Statt der Quote gab es nur noch eine Forderung: Die Absetzung von Sheikh Hasina. Angetrieben wurden die Proteste von der *GenZ*, die das Land demografisch dominiert, doch politisch bisher keine Rolle spielte. Nur wenige Amtsträger der *Awami-Liga* waren unter 40.

Der Rücktritt von Hasina wurde von General Waqar-uz-Zaman verkündet, der die Bürgerinnen und Bürger aufforderte, die Gewalt zu beenden. Welche Rolle spielte das Militär beim Rücktritt?

Dem Militär kommt, wie auch bei früheren Machtwechseln in Bangladesch, eine Schlüsselrolle zu. Zuletzt hatte das Militär 2007 politisch eingegriffen und eine Übergangsregierung installiert. Sheikh Hasina war es in ihrer zweiten Amtszeit ab 2009 größtenteils gelungen, das Militär als politischen Faktor auszuschalten, indem sie zahlreiche Loyalisten auf höhere Posten berief. Auch uz-Zaman hat über seine Frau familiäre Verbindungen zu Hasina. Dennoch unterscheidet sich die Rolle des Militärs von anderen Sicherheitsorganen des Staates. Im Gegensatz zu Polizei und Grenzschutz hielt sich das Militär bei den Gewaltexzessen gegen Protestierende lange zurück, auch nach einem Schießbefehl der Regierung zur Durchsetzung der Ausgangssperre durch Hasina. Die Institution des Militärs gilt daher – anders als insbesondere die Polizei – als weniger kompromittiert.

Im Gegensatz zu Polizei und Grenzschutz hielt sich das Militär bei den Gewaltexzessen gegen Protestierende lange zurück.

Als sich am Sonntag und Montagmorgen abzeichnete, dass sich trotz Ausgangssperre eine große Anzahl Menschen einem Marsch auf Dhaka anschließen würde, stand die Militärführung vor der Wahl, den Protest auf Befehl der Regierung mit einer weiteren Gewalteskalation niederzuschlagen oder aber Hasina gegen ihren Willen zu evakuieren. Die Militärführung entschied sich für Letzteres und konnte so ein weiteres Blutbad sowie eine mögliche gewaltsame Erstürmung des Wohnsitzes von Hasina verhindern. Nachdem

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Hasina das Land per Militärhubschrauber verlassen hatte, war die Regierung im Kern zusammengebrochen. Demonstranten erstürmten ohne nennenswerte Gegenwehr den Wohnsitz von Hasina und das Parlament.

Justizminister Anisul Huq nennt die Lage im Land „explosiv“. Wie kann ein politischer Übergang gelingen?

Die alte Ordnung ist zusammengebrochen, eine Neue hat sich zur Stunde noch nicht herausgebildet. Das Militär zeigt sich bisher bei der Durchsetzung des Gewaltmonopols überfordert. Dabei wäre es nun wichtig, die Straße nicht organisierten Gewaltakteuren zu überlassen und insbesondere auch Vergeltungsexzesse gegen Vertreter der Regierungspartei zu unterbinden. Gleichzeitig muss ein ernsthafter juristischer Prozess der Aufarbeitung der Gewalt in die Wege geleitet werden, wie es uz-Zaman bereits angekündigt hat.

Um die Vorherrschaft über das Erbe der Revolution ringen nun mehrere Machtzentren – allen voran die Studentenvertreter, ohne deren Beteiligung eine Übergangsregierung nur wenig politisches Kapital besäße, was wiederum zu neuerlichen Protesten führen dürfte. Die Studentenvertreter gaben bereits bekannt, dass sie den Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus als Chefberater ihrer geplanten Übergangsregierung gewinnen konnten. Weitere Namen sind noch nicht bestätigt, geplante Ankündigungen wurden mehrmals verschoben.

Welche weiteren Machzentren gibt es?

Dazu kommt die größte Oppositionspartei BNP, eine Mitte-rechts-Partei, die sich in der Geschichte von Bangladesch mehrmals mit der *Awami-Liga* an der Macht abwechselte, jedoch als kaum weniger korrupt gilt. Auch der BNP wurden zu ihrer Amtszeit schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Die *Grande Dame* der Partei und langjährige Rivalin von Sheikh Hasina, die schwer kranke ehemalige Ministerpräsidentin Khaleda Zia, wurde bereits aus dem Gefängnis entlassen.

Die islamistische *Jamaat* möchte ebenfalls eine Rolle spielen. Sie verfügt über einen hocheffizienten Parteiapparat und eine große Zahl an protesterfahrenen Unterstützern und spielte eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Ausgangssperre, dürfte aber dennoch eher überschaubaren Rückhalt in der Gesamtbevölkerung genießen. Die Regierung von Sheikh Hasina hatte die *Jamaat* erst kürzlich verboten.

Auch Vertreter der *Awami-Liga* und Loyalisten der alten Regierung im Militär ringen um Einfluss. Am Dienstag distanzieren sich in der Tageszeitung *Prothom Alo* bereits mehrere hochrangige Vertreter der *Awami-Liga* von Hasina. Die Armeeführung lud unmittelbar nach der Flucht Hasinas Vertreter von BNP, *Jamaat* sowie den progressiven Politiker Jonayed Saki zu Konsultationen ein.

Wie wird im wichtigsten Nachbarland Indien auf den Sturz der Regierung reagiert?

Delhi dürfte versuchen, Sicherheitsgarantien von den neuen Machthabern in Dhaka zu erhalten und politisch seinen Einfluss spielen zu lassen. Das Land gehört zu den engsten Unterstützern der *Awami-Liga* und hielt bisher eine schützende Hand über Hasina. Indien verfolgt eigene Sicherheitsinteressen in Bangladesch. Das Land ist für die Sicherheitsarchitektur der sogenannten *Seven Sister States* im Nordosten Indiens, für die Absicherung der Himalaya-Grenze zu China sowie für die maritime Sicherheit im Golf von

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Bengalen von großer geopolitischer Bedeutung für Delhi. Indien fürchtet nun einen Einflussgewinn Pakistans und Chinas sowie eine mögliche Machtübernahme der islamistischen *Jamaat*. Auch die BNP ist in Delhi verhasst, ihr wird die Unterstützung von Separatisten in den *Seven Sister States* vorgeworfen. Der eskalierende Bürgerkrieg im benachbarten Myanmar verschärft die Sicherheitsbedenken in Delhi, genauso wie Berichte über Gewalt gegen Hindus in Bangladesch. Hindunationalistische Medien fordern bereits eine militärische Intervention. Doch angesichts der grassierenden anti-indischen Stimmung in Bangladesch wäre das nicht nur ein Bruch der Souveränität des Nachbarlandes, sondern auch ein Desaster mit Ansage.



Leo Wigger, Berlin

Leo Wigger ist *Associate Partner* beim deutschen Thinktank *Candid Foundation*. Für das Magazin *zenith* schreibt er vor allem zum Thema Globale Geopolitik, Eurasien und Südasien.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/das-system-war-seit-langem-im-kern-instabil-7696/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) Amerikas Geschlechterkampf.

Frauen wählen eher links, Männer rechts – doch so einfach ist es nicht.
Was Geschlechterrollen über die Parteipräferenz aussagen

Von Derek Thompson

06.08.2024



Ein geschlossenes Bild ergibt der Blick auf die Geschlechter nicht. Schließlich stimmen Millionen Frauen für Donald Trump.- *picture alliance / AP | Aaron Doster*

Die Vereinigten Staaten sind auf mehreren Ebenen politisch gespalten – unter anderem ethnisch, geografisch und bezüglich des Bildungsgrads. Vor den Wahlen im November, bei denen das Wahlvolk sich wie 2016 zwischen einer Demokratin und einem Republikaner zu entscheiden hat, dürfte die deutlichste Trennlinie das Geschlecht sein. Allerdings herrscht in Studien, Meinungsumfragen und der politischen Fachwelt Uneinigkeit in der Frage, wie weit Männer und Frauen auseinanderliegen und was diese Zweiteilung für die amerikanische Politik tatsächlich bedeutet. Der Geschlechterkampf ist viel komplexer, als es zunächst scheinen mag.

Dass Männer und Frauen in Amerika in vielerlei Hinsicht auseinanderdriften, ist Fakt. Nachdem sie in den vergangenen 50 Jahren zum Beispiel in der Abtreibungsfrage erstaunlich ähnliche Ansichten vertreten hatten, stieg in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Frauen, die für das Recht auf Abtreibung sind, sprunghaft an. 1995 war der Anteil derer, die sich für das Recht auf Abtreibung aussprachen, bei den Frauen nur ein Prozentpunkt größer als bei den Männern. Heute ist der Anteil der Frauen, die das Recht auf Abtreibung befürworten, 14 Prozentpunkte größer als bei den Männern – das ist der höchste jemals verzeichnete Wert.

1999 war in der Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen Frauen der Anteil derer, die sich als „sehr liberal“ bezeichneten, fünf Prozentpunkte größer als bei den Männern. 2023 betrug der Unterschied bereits 15 Prozent. Während junge Frauen sich tendenziell eindeutig nach links bewegen, deutet einiges darauf hin, dass junge Männer nach rechts driften. Von 2017 bis 2024 hat sich der Anteil der unter 30-jährigen Männer, die der Meinung sind, die USA seien bei der Geschlechtergleichstellung „zu weit gegangen“, mehr als verdoppelt. Dies ergeben die Daten von Daniel Cox, *Senior Fellow* am marktliberalen Thinktank *American Enterprise Institute*. Nach den Daten von Gallup tendieren junge Männer heute mehr als je zuvor in diesem Jahrhundert zu den Republikanern.

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

So weit scheint die Sache ziemlich simpel zu sein: Männer – insbesondere junge Männer – drängen vehement nach rechts, während Frauen – insbesondere junge Frauen – langsam nach links tendieren. Doch so einfach ist es leider nicht. Wie meine Kollegin Rose Horowitch schrieb, bewegen sich die politischen Einstellungen von Männern und Frauen [gar nicht so rasant auseinander](#). An den Wahlurnen ist der Gender-Gap seit Langem mehr oder weniger unverändert. Männer ziehen seit Jahrzehnten republikanische Kandidaten vor, Frauen neigen seit Jahrzehnten tendenziell den Demokraten zu. Nach einer Auswertung der Wählerdaten für 2024, so Horowitch, sei Catalist – ein progressives Unternehmen, das Wahlmodelle entwickelt – zu dem Ergebnis gekommen, „dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den letzten Wahlen für alle Altersgruppen in etwa gleich groß waren“.

Ein Erklärungsversuch für diese scheinbaren Widersprüche lautet, dass die besorgniserregenden Umfragen die Zukunft vorwegnehmen und wir im November einen neuen Höchststand der Geschlechterpolarisierung erleben werden, wenn nämlich Frauen überwiegend für Kamala Harris und Männer mit überwältigender Mehrheit für Donald Trump stimmen werden. Eine andere Möglichkeit ist, dass die Umfragen etwas irreführend seien und die Geschlechterpolarisierung ihren Höhepunkt bereits überschritten habe. Wenn dies zuträfe, wäre das Ganze viel Lärm um nichts. Am interessantesten ist jedoch eine dritte Möglichkeit. Der Politikwissenschaftler John Sides von der *Vanderbilt University* hält den Gender-Gap für durchaus real, er ist aber der Meinung, dass er eben nicht das sei, was viele Leute sich darunter vorstellen. „Die parteipolitische Polarisierung“, so Sides, „beruht mehr auf geschlechtsspezifischen Einstellungen als auf dem Geschlechterunterschied selbst.“

Die Spaltung zwischen den politischen Parteien basiert mehr auf deren Ansichten über die Geschlechter als auf dem Geschlechterunterschied selbst.

Wem das ein wenig zu akademisch klingt, versuche es mit einem Gedankenexperiment, um das Ganze zu veranschaulichen. Stellen Sie sich vor, Sie stehen vor einer Mauer. Auf der anderen Seite der Mauer befinden sich 100 amerikanische Wählerinnen und Wähler, die Sie nicht sehen können. Sie sollen möglichst genau erraten, wie viele der Menschen auf der anderen Seite der Mauer Republikaner sind. Dabei dürfen Sie nur eine der beiden folgenden Fragen stellen: „Sind Sie ein Mann?“ Oder: „Sind Sie der Meinung, dass Männer heutzutage in Amerika stark diskriminiert werden?“ Bei der ersten Frage geht es um das Geschlecht, bei der zweiten um geschlechtsspezifische Einstellungen – also darum, wie die Gesellschaft mit Männern und Frauen umgeht. Laut Sides ermöglicht die zweite Frage eine viel zutreffendere Einschätzung bezüglich der Parteizugehörigkeit als die erste. Die Parteien böten nämlich unter Geschlechtergesichtspunkten keineswegs ein geschlossenes Bild, meint Sides. Schließlich werden dieses Jahr Millionen Frauen für Trump stimmen. Was die Parteien hingegen deutlich voneinander trenne, seien ihre kulturellen Einstellungen zu den Geschlechterrollen und zu der Frage, wie es sich anfühlt, in Amerika ein Mann oder eine Frau zu sein.

Die Umfragewerte bestätigen diese Aussage. In der VOTER-Erhebung (*Views of the Electorate Research*) vom März 2024 bezeichneten 39 Prozent der Männer sich als Republikaner; bei den Frauen waren es 33 Prozent – ein Unterschied von sechs Prozentpunkten. Doch als in der VOTER-Erhebung die Teilnehmenden gefragt wurden, wie die Gesellschaft mit Männern und Frauen umgehe beziehungsweise umgehen sollte, war der Gender-Gap auf einmal sehr viel größer. 61 Prozent der Demokraten gaben an, Frauen würden „stark“ oder „sehr stark“ diskriminiert. Bei den Republikanern waren nur 19 Prozent dieser Meinung. In diesem Fall war die Diskrepanz bei der Einstellung zum Geschlechterunterschied mehr als sechsmal so groß wie der gemeinhin breiter diskutierte

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Gender-Gap. Für John Sides liegt die Schlussfolgerung auf der Hand: Die Spaltung zwischen den politischen Parteien basiert mehr auf deren Ansichten über die Geschlechter als auf dem Geschlechterunterschied selbst. Der springende Punkt ist nicht: „Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus.“ Sondern: „Republikanische Männer und Frauen sind vom Mars, demokratische Männer und Frauen von der Venus.“

Die amerikanischen Parteien senden hochgradig geschlechtsspezifische Botschaften aus, und die Nachrichtenmedien verstärken den Eindruck, die Parteien würden für männliche und weibliche Archetypen stehen. „Das ist die ‚Boys versus Girls‘-Wahl“, [schrieben Mike Allen und Jim VandeHei](#) in *Axios* bereits, als Kamala Harris noch gar nicht die voraussichtliche Kandidatin der Demokraten war. In dem Artikel werden Trump-Berater zitiert, für die der Parteitag der Republikaner eine Gelegenheit gewesen sei, die *Grand Old Party* als „Testosteron-Partei“ zu vermarkten, die „Donald Trumps brusttrollmehnden Macho-Appeal gegen einen Joe Biden aufführt, der softer ist und sich vor allem um reproduktive Rechte und allumfassende Gender-Inklusivität kümmert“.

Der politische Sprachgebrauch ist heute dermaßen geschlechtsspezifisch kodiert, dass sich bestimmte Zitate blind den einzelnen Parteien zuordnen lassen. Wenn sich ein Politiker darüber beschwert, die gegnerische Partei werde „von lauter kinderlosen Katzenladys“ dominiert, kann es sich nur um die Aussage eines Republikaners handeln – in diesem Fall um J. D. Vance vor ein paar Jahren in einem Interview mit Tucker Carlson. Beschuldigt ein Politiker die gegnerische Partei als „Verein Frauen hassender He-Man-Gestalten“, spricht ganz offensichtlich ein Demokrat – in diesem Fall der Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, in seiner Charakterisierung des Republikaner-Duos Trump/Vance und ihres Parteitags.

Doch es gibt einen Unterschied zwischen einer ausgeprägten Geschlechterrhetorik und einer kohärenten Vision von Weiblichkeit oder Männlichkeit. Die Republikaner haben mehrere Visionen von Männlichkeit auf Lager, die ungeschickt miteinander vermischt werden. Trump ist ein dreimal verheirateter Schwerenöter, der das effekthascherische Auftreten eines Profi-Wrestlers mit der Wut eines Menschen kombiniert, der beleidigt ist, weil er an der Tür eines Country-Clubs abgewiesen wurde. Das Resultat ist eine explosive Mischung aus aufgesetztem Macho-Getöse und tiefsitzenden Ressentiments gegen die Elite. Ein passender Begriff für diese Mixtur wäre „Alphatier-Opfer-Männlichkeit“.

Frauen machen die Mehrheit der Wählerschaft aus und überstimmen die Männer bei jeder Wahl millionenfach.

Erschwerend kommt hinzu, dass Trump zum dritten Mal hintereinander mit einem Vize-Kandidaten antritt, der stramm christlich ist und eine ausgesprochen konservative und traditionelle Vorstellung vom Verhältnis der Geschlechter vertritt. Als Trump seine Promiskuität protzend zur Schau stellte, gab sein Vizepräsident Mike Pence sich demonstrativ züchtig. Während Trumps Umgang mit Frauen ihm eine Verurteilung als Straftäter einbrachte, weigerte sich Pence, mit einer anderen Frau als seiner Ehefrau alleine zu speisen. Und im Gegensatz zu Trump, der zweimal geschieden ist, stellt sein neuer Vize-Kandidat Vance die Institution der Scheidung grundsätzlich infrage. 2021 bezeichnete Vance die Möglichkeit, Ehen schnell wieder zu lösen, als „einen der großen Streiche, die die sexuelle Revolution der amerikanischen Bevölkerung gespielt hat“, und übte harsche Kritik an der Idee, „die Leute sollten den Ehepartner leichter wechseln können als ihre Unterwäsche“.

Die *Grand Old Party* mag geschlechterpolitisch in der Anstands- und Scheidungsfrage uneins sein, aber es gibt einen Kitt, der die Partei zusammenhält: die nostalgische Sehnsucht nach sozialen Dominanzhierarchien und das Opponieren gegen die kosmopolitischen Sitten und Gebräuche der Linken. Der Historiker Gary Gerstle von der Universität Cambridge hat dargelegt, dass die aus der Neuen Linken der 1960er und 1970er Jahre hervorgegangene progressive Bewegung sich einer Kulturpolitik verschrieben habe, die „sich von Traditionen, Ererbtem und festgeschriebenen gesellschaftlichen Rollen befreit hat“ und die „die Vorstellung ablehnt, dass die patriarchalische, heterosexuelle Familie zelebriert werden sollte“. Das Zauberwort der progressiven Geschlechterpolitik lautet nicht „Tradition“, sondern „Befreiung“ – verstanden als radikaler Bruch mit dem Zwang der Geschichte. Tradition (für die Konservativen ein Schutzwall) ist für die Progressiven eine Zwangsjacke.

Frauen machen die Mehrheit der Wählerschaft aus und überstimmen die Männer bei jeder Wahl millionenfach. Daher könnte es für die Demokraten strategisch klug sein, sich eine politische Sprache und ein politisches Programm zuzulegen, die besonders das weibliche Wahlvolk ansprechen. „Das Problem ist, dass auch Männer wählen“, meint allerdings Richard Reeves, Autor des Buchs *Of Boys and Men*. Die Linke ist inzwischen geschickter darin, toxische Männlichkeit mit Scham zu belegen, als mit einer positiv besetzten Männlichkeit aufzuwarten, die sich vom Weiblichen deutlich abhebt. Wer diesen Satz liest und progressiv eingestellt ist, wird vielleicht mit den Augen rollen bei dem Gedanken, jede linke politische Bewegung habe die Aufgabe, die Männer emotional zu hätscheln. Doch falls im November ein massiver Rechtsruck unter den jungen männlichen Wählern Trump zum Sieg verhelfen sollte, würden die Demokraten sich wohl oder übel eine neue Botschaft ausdenken müssen, um die Abwanderung der jungen Männer zu stoppen.

„Die Demokratische Partei hat sich offenbar bewusst dafür entschieden, jungen Männern keine politische Priorität einzuräumen“, meint Daniel Cox. Umgekehrt mache „die *Grand Old Party* sich unter Trump anscheinend keine Gedanken darüber, ob sie junge Frauen womöglich verprellen könnte“. Selbst wenn die amerikanische Politik 2024 zum Geschlechterkampf geraten sollte, muss dies deswegen noch lange kein Genderkonflikt sein. Hoffen wir, dass es dazu nie kommen wird. Worum es aber geht, ist ein Grundkonflikt zwischen den Parteien in der Frage, welche Rolle das Geschlecht spiele, was Geschlecht bedeute und wie Geschlecht zu definieren sei – und das ist, offen gesagt, schon seltsam genug.

© *The Atlantic Online*

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Derek Thompson, Washington, D.C.

Derek Kahn Thompson ist ein US-amerikanischer Journalist. Er schreibt für *The Atlantic* und ist außerdem Autor des Buches *Hit Makers: How to Succeed in an Age of Distraction*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/amerikas-geschlechterkampf-7694/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) Mehr als die Rettung der Demokratie.

Es reicht nicht, vor Trump zu warnen. Um zu siegen, braucht Kamala Harris eine politische Agenda, die auf die realen Sorgen der Amerikaner eingeht

Von Michael J. Sandel

02.08.2024



Einmal saubermachen bitte! Die US-Demokratie benötigt dringend einen neuen Anstrich, der auf das verloren gegangene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler eingeht.-. *picture alliance / abaca*

Seite E 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Kamala Harris muss in kurzer Zeit viel schaffen: Ein Team zusammenstellen, einen Vize-Kandidaten aussuchen und sich dem Land vorstellen. Doch ihre wichtigste Aufgabe ist eine andere: Sie muss sich darüber klar werden, worum es bei dieser Wahl geht.

Die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und reproduktive Freiheit vor weiteren vier Jahren Trump zu bewahren – das hat Kamala Harris in der vergangenen Woche als zentrale Wahlkampfthemen ausgegeben. Als glühende Verfechterin des Rechts auf Abtreibung und ehemalige Staatsanwältin bringt sie ideale Voraussetzungen mit, um diese Anliegen zum Kernthema ihrer Kampagne zu machen. Genüsslich erinnert sie die Wählerinnen und Wähler daran, dass Trump ein verurteilter Straftäter ist. „Ich habe es mit Tätern aller Art aufgenommen“, erklärte bei ihrer ersten Wahlkampfkundgebung. „Glauben Sie mir: Mit Typen wie Donald Trump kenne ich mich aus.“

Doch es reicht nicht, Donald Trump Paroli zu bieten und sich für reproduktive Rechte einzusetzen. Um zu gewinnen, muss Kamala Harris den berechtigten Unmut in der Bevölkerung adressieren, den Trump ausschaltet: das Gefühl vieler Amerikaner (insbesondere bei denen ohne Hochschulabschluss), dass ihre Stimme nicht gehört, ihre Arbeit nicht gewürdigt wird und dass die Eliten sie verachten. Sie braucht eine Botschaft, die eine neue Verbindung herstellt zwischen den Demokraten und den Wählern aus der Arbeiterschicht, welche die Partei in den vergangenen Jahrzehnten vergrault hat. Diese Botschaft zu transportieren, wird ihr als ehemaliger Senatorin für Kalifornien vielleicht nicht ganz leichtfallen, zumal Donald Trump sie bereits als „linksradikale Verrückte“ abgestempelt hat. Doch wenn sie mit einem progressiven Politikentwurf aufwarten will, mit dem sie der *Make America Great Again*-Bewegung für die Zukunft das Wasser abgraben kann, muss sie es versuchen, denn es könnte im November über Sieg oder Niederlage entscheiden.

Wenn die Demokraten die Wut und die Polarisierung in den USA thematisieren wollen, müssen sie sich als Erstes bewusst machen, was uns in diese instabile historische Situation gebracht hat: Rund 85 Prozent der Amerikaner sind der Meinung, dass es ihrer politischen Führung egal ist, was sie denken, und dass sie die Dynamiken, die ihr Leben bestimmen, nicht nennenswert mitgestalten können. Auf diesem Gefühl der Entmachtung bauen die beiden republikanischen Wahlkampfthemen auf, die am meisten ziehen: Inflation und Einwanderung. Wenn Harris weiterhin immer die gleichen ökonomischen Fakten aufsagt und die Befindlichkeiten der meisten Wählerinnen und Wähler nicht zur Kenntnis nimmt, wird sie gegen die unzufriedene Stimmung nichts ausrichten können, die der Grund ist, warum sie in den Umfragen hinter Trump zurückliegt.

Niedrige Arbeitslosenzahlen, stabile Beschäftigungszuwächse, steigende Löhne – wirtschaftlich waren die Biden-Jahre nach den üblichen Maßstäben ein Erfolg. Trotzdem spielt für die Wählerschaft die Inflation eine so große Rolle, dass die meisten von der Wirtschaftspolitik des Präsidenten nicht viel halten. Viele Wählerinnen und Wähler erleben die Teuerung als Angriff auf ihre Handlungsmacht, der ihnen tagtäglich die eigene Machtlosigkeit vor Augen führt: Ich kann noch so hart arbeiten und noch so viel verdienen – ich komme nicht voran oder kann nicht einmal das Niveau halten.

Mit vereinten Kräften haben beide Parteien die Wall Street dereguliert.

Warum war der Anstieg der illegalen Grenzübertritte auch für Wähler, die weit von der Südgrenze der USA entfernt leben, so beunruhigend? Das lag nicht daran, dass sie Trumps ausschweifender Demagogie von einwandernden Kriminellen, Vergewaltigern und Psychiatriepatienten Glauben schenken würden, sondern weil sie der Meinung sind, dass

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

ein Land, dass es nicht schafft, seine Grenzen zu kontrollieren, auch nicht imstande sei, seine Geschicke zu lenken – und dass es Fremde besser behandle als manchen eigenen Bürger.

Sich ein neues wirtschaftspolitisches Konzept überlegen und den Bürger- und Gemeinschaftssinn neu beleben – das sind dem Anschein nach vielleicht zwei unterschiedliche Dinge. Beim Ersteren geht es um Inflation, Steuersätze und Handelspolitik, beim Zweiteren um Identität, Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Respekt. Beide sind jedoch Teil ein und desselben politischen Projekts. Wie die Wirtschaft geregelt wird, entscheidet nicht nur über die Einkommens- und Wohlstandsverteilung, sondern auch darüber, wer welche gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfährt.

Um das verlorene Wählervertrauen zurückzugewinnen, müssen die Demokraten eingestehen, dass das neoliberale Globalisierungsprojekt, das sie und der republikanische Mainstream jahrzehntelang betrieben haben, „denen da oben“ riesige Gewinne beschert, der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung jedoch Arbeitsplatzverlust und stagnierende Löhne gebracht hat. Die Gewinner nutzten den Geldsegen, um sich Einfluss auf höheren Entscheidungsebenen zu kaufen. Und der Staat versuchte nicht einmal mehr, der Konzentration wirtschaftlicher Macht Einhalt zu gebieten. Mit vereinten Kräften haben beide Parteien die Wall Street dereguliert. Als 2008 die Finanzkrise das System an den Rand des Abgrunds brachte, gaben sie Milliardenbeträge für die Rettung von Banken aus, während die normalen Eigenheimbesitzer alleine zusehen mussten, wie sie zurechtkommen.

2016 hatten 40 Jahre neoliberale Regierungspolitik eine Einkommens- und Vermögensungleichheit verursacht, wie es sie seit den 1920er Jahren nicht gegeben hatte. Die Gewerkschaften waren auf dem absteigenden Ast. Die Arbeitnehmer bekamen von den Profiten, die sie erwirtschafteten, immer weniger ab. Und das Finanzkapital beanspruchte einen immer größeren Anteil der Volkswirtschaft für sich. Aber das Geld floss eher in spekulative Anlagen (etwa in risikoreiche Derivate) als in realwirtschaftliches Produktivvermögen (Fabriken, Wohnraum, Straßen, Schulen).

Statt sich mit dem von ihnen angerichteten Schaden auseinanderzusetzen, empfahlen beide Parteien der arbeitenden Bevölkerung, sie solle sich durch den Erwerb von Hochschuldiplomen selbst optimieren. Die Politiker erklärten: „Wie viel ihr verdient, richtet sich danach, was ihr lernt; wer es versucht, kann es schaffen.“ Den Eliten fiel gar nicht auf, dass ihr Ratschlag eine unausgesprochene Beleidigung enthielt: Wer in der New Economy am Hungertuch nagt, ist selber schuld. Diese unangenehme Mischung aus ökonomischer Schädigung, Diplomgläubigkeit und Herablassung war einer der Faktoren, die Donald Trump zum Präsidenten machten.

Wirtschaftspolitisch hat Trump für die arbeitenden Menschen, die ihn unterstützen, wenig bewirkt.

Wirtschaftspolitisch hat Trump für die arbeitenden Menschen, die ihn unterstützen, wenig bewirkt. Er versuchte (vergeblich), das Krankenversicherungssystem abzuschaffen, auf das viele von ihnen angewiesen waren. Er beschloss eine Steuersenkung, von der hauptsächlich Konzerne und Vermögende profitierten. Doch seine feindselige Haltung gegenüber den Eliten und ihrem Globalisierungsprojekt kam weiterhin gut an. 2020 besiegte Joe Biden ihn zwar, aber die Wählerinnen und Wähler ohne Hochschulbildung hielten weiterhin zu Donald Trump.

Der altgediente Mainstream-Demokrat Joe Biden war nie ein Radikaler. J. D. Vance erinnerte zuletzt in seiner Rede auf dem Parteitag der Republikaner daran, dass Biden für

das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, für Chinas Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) und für den Irakkrieg gestimmt hat. (Dass die meisten Republikaner all dem genauso zugestimmt haben, vergaß Vance zu erwähnen; NAFTA und die Normalisierung der Handelsbeziehungen mit China fand bei den Republikanern mehr Zustimmung als bei den Demokraten, und die gedanklichen Urheber und Anführer des Irak-Debakels waren Präsident George W. Bush, Dick Cheney und Donald Rumsfeld.) Als Präsident rückte Joe Biden allerdings ungeachtet seiner langen Karriere als Mann der Mitte von der Politik ab, die den populistischen Backlash ausgelöst und Trump groß gemacht hatte. Mit seinen ambitionierten öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, verarbeitende Industrie, Beschäftigung und erneuerbare Energien reaktivierte Biden die Rolle des starken Staates, an die man sich aus den Zeiten des New Deal erinnert. In die gleiche Richtung gingen sein Einsatz für Tarifverhandlungen und die Wiederbelebung des Kartellrechts. Dadurch wurde er zu einem der Präsidenten der neueren Zeit, die am meisten bewirken konnten.

Trotzdem blieb er unbeliebt. Biden und seine Mannschaft hielten das Timing für das Problem: Bis aus öffentlichen Investitionen Arbeitsplätze und greifbare Nutzeffekte werden, braucht es eben Zeit. Doch das eigentliche Problem lag tiefer. Joe Biden hat nie eine grundsätzliche Regierungsvision angeboten und nie erklärt, wie und warum die von ihm betriebene Politik in der Summe ein neues demokratisches Projekt ergibt. Franklin Roosevelt hatte erkannt, dass man das große Ganze in den Vordergrund stellen muss. Er konnte der amerikanischen Bevölkerung überzeugend vermitteln, dass die von ihm geschaffenen Einflussmöglichkeiten und seine Politik ihr die Chance gab, die Macht der Konzerne zu kontrollieren. Eine solche oder ähnliche Geschichte hat Joe Biden nicht aufgeboden.

Als er den Bruch mit dem Zeitalter der neoliberalen Globalisierung vollzog und dafür sorgte, dass der Staat sich seine marktregulierende Rolle im Interesse des Gemeinwohls zurückerobert, tat er dies ohne großes Tamtam und lieferte keine Erklärungen. Er gestand nicht ein, dass seine eigene Partei die Politik, die den Graben zwischen Gewinnern und Verlierern vertieft hatte, mit zu verantworten hat. Vielleicht ließ er sich stärker von politischem Instinkt als von einer inhaltlichen Vision leiten. Vielleicht wollte er auch seine Abkehr von der marktfreundlichen Philosophie des Präsidenten, in dessen Dienst er gestanden hatte, nicht zu offensichtlich werden lassen.

Joe Biden hat nie eine grundsätzliche Regierungsvision angeboten.

Sein *American Rescue Plan*, das Gesetz für Infrastruktur-Investitionen und Arbeitsplätze, sein Förderprogramm für die Halbleiterforschung und -fertigung (*CHIPS and Science Act*), das Investitionspaket zur Inflationsbekämpfung (*Inflation Reduction Act*) – all das war politisch beeindruckend, aber es fehlte die politische Leitidee. Gesetzgeberisch war seine Präsidentschaft ein Triumph, aber er konnte die Massen nicht begeistern. Das machte ihn zum schwachen Gegner für Donald Trump, der politisch zwar nicht sonderlich erfolgreich war, aber mit seiner *Make America Great Again*-Bewegung den zu unserer Gegenwart gehörenden Nerv der Empörung traf.

Doch was bedeutet all das für den Wahlkampf von Kamala Harris? Um Donald Trump zu besiegen, muss sie die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern, die das Land polarisiert, ernst nehmen und den Unmut der arbeitenden Menschen zur Kenntnis nehmen, die das Gefühl haben, für ihre Arbeit keinen Respekt zu bekommen, von den Eliten von oben herab behandelt zu werden und wenig Einfluss auf die Dynamiken zu haben, die ihr Leben bestimmen.

Seite E 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Dazu gehört, dass Kamala Harris ein Thema in den Fokus stellen sollte, das während Bidens Präsidentschaft lange unausgesprochen mitschwang, aber nicht genug zur Entfaltung kam: die Würde der Arbeit. Bidens staatliche Investitionen und Arbeitsmarktreformen waren darauf ausgelegt, die durch die Globalisierung ausgelaugten Bevölkerungsgruppen wieder zu stärken und die Wirtschaft so zu gestalten, dass sie jeden auf einen grünen Zweig kommen lässt. Harris sollte in ihrer Kampagne nicht nur für diese Errungenschaften einstehen, sondern einen ambitionierteren Aufbruch wagen: ein Projekt der demokratischen Erneuerung, das mehr ist als die Rettung der Demokratie vor Donald Trump.

Die Minimalbedeutung von Demokratie ist, dass der Unterlegene aus dem Amt scheidet – und genau diesen elementaren Punkt stellt Trump mit seinem Verhalten in Frage. In ihrer Maximalbedeutung heißt Demokratie jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam über Recht und Gerechtigkeit und über das Wohl der Allgemeinheit beratschlagen. Die Würde der Arbeit ist wichtig für eine intakte Demokratie, weil sie es jedem Einzelnen ermöglicht, zum Gesamtwohl beizutragen und sich dadurch Anerkennung zu verdienen.

Die Würde der Arbeit ist wichtig für eine intakte Demokratie, weil sie es jedem Einzelnen ermöglicht, zum Gesamtwohl beizutragen.

Wenn Kamala Harris mit konkreten Vorschlägen aufwartet, wie Arbeit gewürdigt – und fair entlohnt – werden kann, könnte sie Trump und Vance zwingen, sich zu entscheiden: Wollen sie die Partei der Arbeiterschicht sein, die sie zu werden hoffen, oder bleiben sie die Republikanische Partei der Konzerne, die sie nach wie vor sind? Harris sollte die Fragen stellen, die einer progressiven Politik für das 21. Jahrhundert Kraft geben würden: Wenn es uns wirklich ernst ist mit der Würde der Arbeit – warum besteuern wir dann Arbeitseinkommen höher als Kapitalgewinne und Einnahmen aus Dividenden? Sollte der US-weite Mindestlohn nicht höher sein als 7,25 Dollar? Trump hat vorgeschlagen, Trinkgelder von der Steuerpflicht auszunehmen. Wie wäre es stattdessen mit einem kühneren Vorschlag: Warum senken wir nicht die Lohnsteuer für abhängig Beschäftigte oder schaffen sie ganz ab und führen zur Gegenfinanzierung eine Finanztransaktionssteuer ein?

Über steuerliche Maßnahmen hinausgedacht: Wie wäre es, wenn der Staat in eine flächendeckende Kinderbetreuung investieren würde, um nicht nur diejenigen zu unterstützen, die außer Haus arbeiten, sondern um außerdem für eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für das Betreuungspersonal zu sorgen? Die Demokraten könnten sich für Branchentarifverträge starkmachen, damit Fast-Food-Beschäftigte Löhne und Arbeitsbedingungen branchenweit aushandeln könnten und dies nicht für jeden Betrieb einzeln tun müssten. Die Demokraten könnten Unternehmen dazu verpflichten, dass Mitarbeiter Sitze in Führungsgremien bekommen und den Beschäftigten der Gig-Economy der Status von Angestellten zuerkannt wird.

Und wie soll mit der Automatisierung umgegangen werden? Sollen über die Frage, auf welche Ziele die künstliche Intelligenz und neue Technologien ausgerichtet werden, nur die Risikokapitalgeber des Silicon Valley entscheiden, oder sollten die Bürgerinnen und Bürger – unterstützt durch öffentliche Investitionen – mitbestimmen dürfen, in welche Richtung die Hightech-Branche sich entwickelt, und auf Innovationen drängen können, die die Arbeitnehmer stärkt und nicht ersetzt? Wie wäre es, wenn wir bei der Bewältigung des Klimawandels nicht auf von oben verordnete technokratische Lösungen setzen, sondern versuchen, denen zuzuhören, die um ihre Existenzgrundlagen fürchten? Wir könnten lokale Foren einrichten, in denen die Menschen, die in der fossilen Brennstoffindustrie und in der

Seite E 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Landwirtschaft beschäftigt sind, den Übergang zu einer grünen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit führenden Vertretern der Kommunen, mit Wissenschaftlern und staatlichen Funktionsträgern gemeinsam gestalten.

So könnte eine tragfähigere Auseinandersetzung über die Gestaltung unserer Zukunft aussehen, die damit ansetzt, dass sie die Unzufriedenheit in Angriff nimmt, die Donald Trump sich zu Nutze macht. Mag sein, dass Kamala Harris und ihr Team vor dieser ambitionierten Aufgabe zurückschrecken und hoffen, dass sie die Wahl gewinnen können, indem sie Angst vor Donald Trump schüren und vor Abtreibungsverboten warnen. Der Wahlkampf, so könnten sie argumentieren, sei zu kurz, und es stehe zu viel auf dem Spiel; die öffentliche Debatte auf eine höhere Ebene heben könne man später immer noch.

Das wäre jedoch ein politischer Fehler und eine vertane historische Chance. Wer Donald Trump als Straftäter schmäht, zieht damit vielleicht die Basis auf die eigene Seite, vertieft aber die Gräben noch mehr. Den Amerikanerinnen und Amerikanern ein demokratisches Projekt anzubieten, das mehr Begeisterung weckt, könnte bei manchen einen Sinneswandel bewirken und einige Wählerinnen und Wähler umstimmen – und etwas Hoffnung machen auf ein öffentliches Leben, in dem es weniger gehässig zugeht.

Dieser Artikel erschien ursprünglich in der New York Times.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Michael J. Sandel, Brookline

Michael J. Sandel ist ein US-amerikanischer politischer Philosoph. Er lehrt an der *Harvard University*, wo sein Kurs „Gerechtigkeit“ der erste Harvard-Kurs war, der online und im Fernsehen frei zugänglich war. Seine Schriften zum Thema Gerechtigkeit, Ethik und Demokratien sind in 27 Sprachen übersetzt worden.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/mehr-als-die-rettung-der-demokratie-7689/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

13) Angst vor der völligen Eskalation.

Schon lange spitzt sich der Konflikt zwischen Israel und seinen Gegnern zu. Die Tötung von Hamas-Chef Haniyeh könnte die Region in den Abgrund reißen

Von Marcus Schneider

31.07.2024



picture alliance / Reuters | Alkis Konstantinidis Bewaffnete Demonstranten huldigen dem getöteten Hamas-Führer Ismail Haniyeh: Wie wird Irans Reaktion aussehen?

Hätte jemand die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 als Drehbuch einer Netflixserie eingereicht, so wäre dieses mit hoher Wahrscheinlichkeit als zu grotesk und absurd verworfen worden. Rar sind in der Weltgeschichte die Momente, in denen es zu einer derartigen Verdichtung dramatischer Ereignisse kam wie in dem Drama, welches der Nahe Osten in den letzten zehn Monaten erlebt hat. Und all das könnte nur das Vorspiel zu dem sein, was noch kommen wird.

Als alle Welt gebannt auf den Libanon schaute, wo Israels Regierung und die Hisbollah sich anschickten, die nächste Eskalationsstufe zu erklimmen, schlug der jüdische Staat in Teheran zu. Im Herzen der iranischen Hauptstadt, dem zentralen Knotenpunkt der antizionistischen Achse des Widerstands, wurde Ismail Haniyeh, der politische Führer der Hamas, eliminiert. In einer einzigen Nacht starben somit in Beirut und Teheran die Nummer 3 der Hisbollah und die Nummer 1 der Hamas. Es ist seit dem 7. Oktober der größte Triumph für Israel. Und doch ist es ein Sieg, der – einem modernen Franz-Ferdinand-Moment gleich – die ganze Region an den Rand eines großen Krieges zu stoßen droht.

Jenseits von Gaza, wo tatsächlich eine Art entfesselter Krieg tobt, folgte die regionale Eskalation bisher einer wohlkalibrierten Choreografie. Bedrohlich tanzten die Gegner umeinander herum, setzten sich hart zu und versuchten doch, die ganz große Eskalation zu vermeiden. Mit dem nahezu gleichzeitigen Zuschlagen im Herzen der Machtapparate von Hisbollah und Islamischer Republik sendet Israel die Botschaft, dass kein gegnerischer Entscheidungsträger mehr sicher sei. Es ist die ultimative Herausforderung. Sollte es den Kriegsparteien in Beirut und Teheran noch an Argumenten gefehlt haben, Tel Aviv hat sie ihnen auf dem Silbertablett serviert.

Jenseits der Symbolik stellt sich die Frage nach dem strategischen Nutzen solcher gezielter Ermordungen. Wenn die Vergangenheit ein Maßstab ist, ist dieser eher gering. 2004 tötete das israelische Militär Scheich Ahmad Yasin, den damaligen geistigen Führer der Hamas. Seitdem ist es der Organisation gelungen, die palästinensischen Wahlen zu gewinnen, den Gazastreifen komplett zu kontrollieren, am 7. Oktober 2023 nach Israel einzufallen und eine ganze Region ins Chaos zu stürzen. Schwächer geworden ist die Hamas ganz sicher nicht. Auch Haniyeh ist ersetzbar. Die Hamas ist eine ideologische Vereinigung und keine straffe Ein-Führer-Organisation. „The devil you know“ galt früher mal als Devise. Was danach kommt, ist häufig nicht besser und ganz sicher nicht moderater. Unmittelbarster Profiteur des kurzfristigen Vakuums an der Spitze der Terrororganisation ist der ranghöchste Hamas-Führer in Gaza, Yahya Sinwar, in seinem einstürzenden Tunnelreich.

Haniyeh war der politische Kopf der Verhandlungsfraktion.

Die Verhandlungen und mit ihnen die Hoffnungen auf einen Waffenstillstand, das Ende des Leids der Zivilbevölkerung sowie eine mögliche Geiselfreilassung aus der Hölle von Gaza dürften nach dem Teheraner Zwischenfall jedenfalls erstmal passé sein. Haniyeh war der politische Kopf der Verhandlungsfraktion, mit ihm stirbt diese Option womöglich endgültig. Dies freilich ist ganz im Sinne Benjamin Netanjahus, der erst vor Tagen in Washington unter Jubelstürmen amerikanischer Volksvertreter den [„totalen Sieg“](#) als Ziel ausgab. Es ist damit auch eine Niederlage für die Biden-Administration. Der scheidende Präsident hatte zumindest öffentlich viel darauf gesetzt, die Lage im Nahen Osten und die Gewaltorgie in Gaza auf dem Verhandlungsweg zu deeskalieren. Die als *bear hug* umschriebene Strategie, den israelischen Verbündeten sanft, aber bestimmt zu einem Einlenken zu bewegen, hat nicht gefruchtet. Mit der Tötung Haniyehs in Teheran riskiert Tel Aviv ganz offen die ganz große Eskalation.

Die israelische Regierung sendet mit dieser Tötung auch eine klare Botschaft an die Palästinenser. Keine Hamas, keine Verhandlungen, keine politische Perspektive. Unterwerfung oder Tod ist die politische Wahl, vor der die Palästinenser stehen. Vor knapp zwei Wochen beerdigte die [Knesset endgültig die Zweistaatenlösung](#). In Gaza erlebt die Welt tagtäglich die systematische Zerstörung aller menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen. Völlig unklar ist, welche Art von Leben die zwei Millionen traumatisierten Bewohner erwartet, sollte der [„totale Sieg“](#) einmal erreicht sein. Im Westjordanland überlässt Israel derweil den regierungsoffiziellen Rechtsextremen vom Schlage Ben Gvirs und Smotrichs das Heft des Handelns. Auch hier nehmen Hass und Gewalt fast täglich zu.

Der Kampf gegen den Terrorismus, hier sollte man sich keinen Illusionen hingeben, gebiert so selbst immer neuen Terrorismus, schafft sich seine eigene Rechtfertigung und verlängert sich dadurch ad infinitum. Wirksam bekämpfen ließe sich der Extremismus nur dann, wenn es eine politische Perspektive gäbe, mit der ihm die Verankerung in den Bevölkerungen entzogen würde. Indem diese jedoch verweigert wird, verkümmert alles Moderate. Die Art der Kriegsführung in Gaza wirkt regional wie ein gigantisches Rekrutierungsprogramm für Hamas und Konsorten. Trotz der Schläge, die die Terrororganisationen einstecken, wirken sie wie die einzigen Handlungsfähigen gegenüber Israel, während die arabischen Regime als ohnmächtige Depeschenschreiber danebenstehen.

Die Gewalt in Gaza entlarvt auch die [westliche Heuchelei](#). Der Werte-Westen erscheint hier als Komplize in einer Unternehmung, die mittlerweile allem widerspricht, für das er in seinen Sonntagsreden zu stehen vorgibt. Statt eines Kampfes der Zivilisation gegen die Barbarei erscheint das, was im Nahen Osten vor sich geht, zunehmend wie ein Wettbewerb zwischen Barbarei und Barbarei.

Seite E 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die Gewalt in Gaza entlarvt auch die westliche Heuchelei.

Die Gretchenfrage, die sich die Unterstützer der reinen Gewaltstrategie gegen den islamistischen Extremismus gefallen lassen müssen, ist: Wie effizient kann sie auf Dauer sein? Die Islamisten leben von der Gewalt, sie haben eine binäre Vision von Politik als Kampf zwischen Gut und Böse. Sobald sie sich um die Müllabfuhr kümmern müssen, versagen sie. Das grausame Vorgehen vom 7. Oktober kann aus Sicht der Hamas auch als ein Ausbruch aus dem entnervenden Kleinklein der Tagespolitik interpretiert werden. Gleiches gilt für die Islamische Republik Iran, deren Parolen der eigenen Bevölkerung längst als hohl und heuchlerisch aufstoßen. Der neu entflammte regionale Konflikt wirkt wie ein Revitalisierungsschub für ein ausgelaugtes Regime.

Diese Akteure in den Kampf zu zwingen, bedeutet letztlich, ihnen zu geben, was sie selbst wollen. „Wir lieben das Leben, sie lieben den Tod“, hieß es in den Anfangsjahren des globalen Kampfes gegen den Terror. Gegner waren damals freilich nur die Desperados der Al-Qaida, nicht das [sehr viel potentere Terrornetzwerk autonomer Glieder, dessen Nervenenden in Teheran zusammenfließen](#). Trotzdem gilt auch für Hamas, Hisbollah und die Huthis: Die Opferbereitschaft dieser Akteure ist weit größer als alles, was der Westen aufbringt. Was sind schon 30 000 tote Zivilisten, oder vielleicht auch 300 000, gegen das langfristige Ziel der Eroberung Jerusalems? Es ist ein Denken in anderen Kategorien. In einer Welt, in der der Märtyrertod als erstrebenswert gilt, hat niemand Angst vor einem Ende auf dem Schlachtfeld. Das bedeutet nicht, dass diese Akteure selbstmörderisch oder politikunfähig sind. Es bedeutet aber, dass eine Strategie, die den militärischen Kampf absolut setzt und das Politische außer Acht lässt, in ihnen Instinkte weckt, die eine weitere Eskalation befeuern.

Die Tötung Haniyehs, der als „Staatsgast“ auf iranischem Territorium weilte, ist für den Iran eine beschämende Demütigung. Sie trifft die Islamische Republik in ihren Grundfesten. Sie wirft die Frage auf, inwieweit der Iran die Sicherheit der eigenen Funktionsträger garantieren kann – nicht zuletzt die des Obersten Revolutionsführers, mit dem Haniyeh am Vorabend seines gewaltsamen Todes noch zusammentraf. Sie setzt das Regime nun unter gewaltigen Druck, ausgeübt nicht nur von den eigenen Anhängern, sondern auch von den Verbündeten innerhalb der Achse, denen nun lebhaft vorgeführt wurde, dass Teheran selbst dort, wo es vermeintlich absolute Kontrolle ausübt, ihr Leben nicht garantieren kann. [Ali Khamenei hat bereits Rache für den Tod des „lieben Gastes“ angekündigt](#).

Der Nahe Osten steht an seinem gefährlichsten Moment seit Mitte Oktober.

Mit der Attacke unterminiert Israel auch das, was der Iran als seine eigene Abschreckung definieren würde. Den israelischen Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus konterte Teheran am 13. April dieses Jahres mit dem präzedenzlosen direkten Raketen- und Drohnenangriff auf Israel. Dieser glich freilich einer Inszenierung mit siebentägigem Vorlauf. Das Ziel war Gesichtswahrung bei gleichzeitiger peinlich genauer Sicherstellung, dass eine völlige Eskalation vermieden würde. Es fungierte somit als erfolgreiche *Off-ramp* für beide Kontrahenten. Ob sich eine solche „Show“ nun wiederholen lässt, ist mehr als fraglich.

Der Nahe Osten steht heute somit an seinem gefährlichsten Moment seit Mitte Oktober, als die USA mit der Verhinderung eines israelischen Präventivschlags gegen die Hisbollah einen möglichen Flächenbrand schon einmal abwenden konnten. Sollten sich in Teheran und bei der Hisbollah nun die Anhänger der Vergeltungslogik durchsetzen, stünden die Zeichen auch angesichts einer zunehmend eskalationsbereiten israelischen Regierung auf Sturm. Die wohlkalibrierte Choreografie wäre dahin. Israel und die iranische Achse des

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Widerstands befinden sich in einer Art höchstgefährlichem „Game of Chicken“, in dem beide Seiten zwar eigentlich den völligen Krieg nicht wollen, aber immer größere Risiken eingehen, um den Gegner zum Einlenken zu bewegen.

Angesichts der angeschlagenen *lame duck* im Weißen Haus und der mittlerweile angenommenen Komplizenschaft vieler in der amerikanischen Administration sollte man nicht zu viel Deeskalationshoffnung auf Washington projizieren. Unwahrscheinlich, dass die Tötungen in Beirut und Teheran ohne amerikanisches Einverständnis erfolgten – auch wenn Washington sich unwissend gibt. Die Hoffnung, die bleibt, ist, dass sich bei der Widerstandsachse rationalere Gemüter durchsetzen. Absurd und unglaubwürdig? Für eine Netflixserie wäre es dies ganz sicher.



Marcus Schneider, Beirut

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/angst-vor-der-voelligen-eskalation-7686/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

14) Der Sündenfall. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-03

2. August 2024

49. Jahrgang

Der Sündenfall

Für die Betroffenen und ihren Familien kann man nur Mitgefühl haben und die Freude über ihre Freilassung teilen. Sie sind wieder in Freiheit. Ihre Regierungen haben sie aus den russischen Kerkern geholt, in die sie mit haltlosen oder lächerlichen Anschuldigungen gekommen sind, wie zum Beispiel bei dem Deutschen, der Cannabis-Gummibärchen im Gepäck hatte. Das Einsammeln von angeblichen Straftätern aus dem Westen geschieht nur aus einem Grunde, nämlich sie eines Tages als Manövriermasse für einen Gefangenen austausch zu missbrauchen.

Präsident **Joe Biden** traf sich vor laufenden Kameras mit den Familien der Gefangenen, Bundeskanzler **Olaf Scholz** unterbrach seinen Urlaub und nahm seine Mitbürger am Flughafen Köln/Bonn in Empfang, ohne daraus eine Medien-Show zu machen.



Foto: Kreaml

Ganz anders in Moskau. Auch der russische Präsident **Wladimir Putin** begrüßte seine Landsleute am Flughafen und ließ dazu die Präsidentengarde antreten. Besonders herzlich wurde der so genannte „Tiergartenmörder“ umarmt, der nach Auffassung des Gerichts im Auftrage Putins einen Georgier im Tiergarten mit mehreren Schüssen am helllichten Tage regelrecht hinrichtete.

Zum Empfangskomitee gehörten auch die russischen Geheimdienstchefs und der Verteidigungsminister. „Ihr seid zu Hause, Ihr seid in der Heimat“, begrüßte **Putin die Freigelassenen und kündigte an, dass sie für staatliche Auszeichnungen vorgeschlagen würden.** Quelle: Berliner Morgenpost.

Präsident **Joe Biden** bedankte sich nach der gelungenen Übergabe umgehend bei **Olaf Scholz** für dessen Beitrag zu dem großangelegten Austausch. „Ich bin vor allem dem Bundeskanzler zu großem

Dank verpflichtet“, sagte der 81-Jährige bei einer Ansprache im Weißen Haus in Washington – vor Angehörigen der freigelassenen Amerikaner.

„Niemand hat sich diese Entscheidung einfach gemacht, einen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Mörder nur nach wenigen Jahren der Haft abzuschieben“, sagte Scholz. Die Entscheidung sei von der Koalition nach sorgfältiger Beratung und Abwägung gemeinsam getroffen worden. Quelle: Tagesspiegel

*„Aus Justizkreisen ist zu hören, dass der Generalbundesanwalt mit der Entscheidung, den Tiergartenmörder freizugeben, nicht einverstanden war, sich letztlich aber der Weisung des Bundesjustizministers **Marco Buschmann** beugte. Gerichtlich überprüfbar ist die Entscheidung, die Strafe in Deutschland nicht weiter zu vollstrecken, um den Verurteilten nach Russland zu überstellen, nicht. Quelle: ZDF*

Putins mörderischer Handlanger wird nun mit Orden vollgehängt. Früher hieß das „Held der Sowjetunion.“ Man ist emotional hin und hergerissen angesichts der Freude, dass die Geiseln, nichts anderes sind sie, wieder in Freiheit sind. Das schmutzige Spiel Putins wird weitergehen. Er wird erneut Geiseln einsammeln, die angeblich Spionage betrieben haben. Niemand, vor allem Journalisten, können sich in Russland sicher fühlen. Es schützt sie auch nicht der Name eines noch so prominenten Mediums, wie zum Beispiel dem **Wall-Street Journal**. Und irgendwann wird es wieder einen Mordanschlag geben, und der Attentäter weiß, dass sein Aufenthalt im Gefängnis nicht von langer Dauer sein wird. Putin wird ihn befreien, und in Moskau wartet schon die Präsidentengarde.

Gefangenaustausche gibt es seit je her, heute finden sie in Ankara und nicht mehr auf der romantischen Glienicker Brücke statt. Eine rote Linie muss aber künftig gezogen werden: Es darf keinen Austausch mit Mördern geben. Niemals.

Ed Koch

15) Bankrotter Erdölsozialismus.

Maduro hat im Machtkampf mit der Opposition erstmals die schlechteren Karten. Der Weg dorthin war ein harter Lernprozess: Fünf Lehren aus Venezuela

Von Sandra Weiss

02.08.2024



Wie fest sitzt Präsident Maduro im Sattel? Oppositionsführerin Maria Corina Machado und Spitzenkandidat Edmundo González bei Massenprotesten gegen die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen.- *picture alliance / AP | Matias Delacroix*

Im Stadtviertel Campiña von Caracas befindet sich in einem in die Jahre gekommenen, grün angestrichenen Haus die Parteizentrale der Christdemokraten (COPEI). Einst war COPEI eine der beiden großen Parteien in Venezuela. Der 1958 nach dem Ende der Diktatur geschlossene Pakt von Punto Fijo mit der sozialdemokratischen *Accion Democrática* (AD) etablierte im Erdölstaat ein Zwei-Parteien-System, das für Abwechslung, gegenseitige Kontrolle und politische Stabilität sorgte. Das Modell war ein Vorbild für viele lateinamerikanische Länder in der Übergangsphase von der Diktatur zur Demokratie.

Doch noch einmal wird COPEI diese Rolle nicht spielen. Diese Tage erlebte Venezuela zwar einen epischen Wahlkampf, in den die bürgerliche Opposition so stark und geeint ging wie nie zuvor. Aber COPEI war nicht mit von der Partie. 2019 intervenierte die sozialistische Justiz und legte die Führung der Partei in die Hände von Politikern, die Machthaber Nicolás Maduro nahestehen. Dasselbe passierte mit den Sozialdemokraten. Beide Traditionsparteien sind ins Regime zwangseingegliedert worden und schickten Marionettenkandidaten ins Rennen um die Präsidentschaft – damit es so aussehe, als herrsche Pluralismus und Demokratie in Venezuela.

Machthaber Nicolás Maduro fuhr noch eine ganze Menge anderer Tricks auf, um sich seine Wiederwahl zu sichern. Geplant hatte er die Wahl, um sich einen demokratischen Anstrich zu geben und das sanktionierte Land international wieder salonfähig zu machen. Auf internationalen Druck hin ließ er einen einzigen wirklichen Oppositionskandidaten zu – den er für schwach genug hielt, um ihn zu besiegen. Das Kalkül ging gründlich schief. Letztlich blieb dem unpopulären Sozialisten, unter dem die Korruption blüht und die Wirtschaft um 75 Prozent geschrumpft ist, nur noch die Flucht nach vorne. Von seinem Wahlrat ließ er sich

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

überstürzt und ohne überprüfbare Zahlen zum Sieger erklären. [Laut Wahllakten der Opposition](#) kam er nur auf 30 Prozent der Stimmen, sein bürgerlicher Herausforderer Edmundo González Urrutia auf 67 Prozent.

Seither klammert sich Maduro mit brachialer Gewalt an die Macht. Er hat eine Welle der Repression gegen seine Gegner sowie friedliche Demonstranten vom Zaun getreten. Dafür nimmt er die internationale Isolation in Kauf – als neuen Präsidenten anerkannt haben ihn bislang nur Nicaragua, Kuba, Honduras, Bolivien, China, Iran und Russland – und einen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof, der schon länger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt.

Die Nachbarländer unter Führung von Brasilien und Kolumbien, mit Unterstützung der USA, der EU, der katholischen Kirche und der Vereinten Nationen, versuchen derzeit fieberhaft, Dialog- und Verhandlungskanäle zu öffnen. Ob die Führungsclique das Angebot annimmt, ist unklar. Doch wie ist es der Opposition überhaupt gelungen, eine autoritäre Führung so in die Enge zu treiben? Ein genauer Blick auf ihre strategischen Fehler und Erfolge der letzten zwei Jahrzehnte lohnt sich. Denn Venezuela war regionaler Vorreiter auf dem Pfad des Populismus des 21. Jahrhunderts, der über die Jahre hinweg immer autoritärer wurde. Mittlerweile gibt es in Lateinamerika zahlreiche hybride Regime unterschiedlichster ideologischer Couleur. Und der Rückhalt für die Demokratie schwindet laut dem [Institut Latinobarometro](#) von Jahr zu Jahr. Die noch verbleibenden Demokraten können aus der Erfahrung Venezuelas fünf wichtige Lehren über den Umgang mit Populisten lernen.

Erstens: Wahlboykotte gehen nach hinten los. Schon Maduros sozialistischer Vorgänger Hugo Chávez setzte massiv staatliche Gelder für seinen Wahlkampf und den Stimmenkauf ein. Die Opposition protestierte gegen diese Verletzung des Fairplays, 2005 zogen sich die wichtigsten Parteien aus Protest vom Parlaments-Wahlkampf zurück. Der Schuss ging nach hinten los: Der Weg war frei für Chávez, um ganz legal seine Macht auszubauen. In fünf Jahren winkte der Kongress 150 Gesetze durch, darunter ein Ermächtigungsgesetz, das es der Regierung eineinhalb Jahre lang erlaubte, per Dekret zu regieren. Zu den besonders kritisierten Gesetzen gehörten die Verstaatlichung der Erdölindustrie, die Beschränkung der Autonomie der Zentralbank und die Entmachtung der Regionen und Kommunen. Außerdem ernannte der sozialistisch dominierte Kongress die Mitglieder des Wahlrats, den Generalstaatsanwalt und das Oberste Gericht. Damit war die Gleichschaltung „demokratisch“ vollzogen. Dennoch wiederholte die Opposition diese gescheiterte Strategie mehrfach, unter anderem bei der umstrittenen Wiederwahl von Maduro 2018.

Zweitens: Mehrere Male gab es Versuche, einen Machtwechsel gewaltsam herbeizuführen. 2002 scheiterte die Opposition zweimal: Erst mit Massenprotesten, die in einem Massaker und einem improvisierten und nur kurz währenden zivil-militärischen Staatsstreich gipfelten. Und dann mit einem Erdölstreik, der die wichtigste Industrie des Landes wochenlang lahmlegte. Aus beiden Feuerproben ging der damals populäre Chávez gestärkt hervor. Er nutzte die Gelegenheit, die Streitkräfte und den staatlichen Erdölkonzern PDVSA von Kritikern zu „säubern“ und die beiden Schlüsselinstitutionen in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern. Außerdem konnte er daraus sein Narrativ des sozialistischen Underdogs, der gegen die finsternen Mächte des Imperialismus kämpft, glaubhaft nähren. Zumal die USA in einige dieser gewaltsamen Episoden indirekt verwickelt waren – etwa die Trump-Regierung in den Versuch, mit Parlamentsführer Juan Guaidó 2019 eine Gegenregierung zu etablieren. Weitere derartige Versuche umfassen ein gescheitertes Attentat per Drohne auf Maduro 2018 und eine gescheiterte Invasion 2020. Jedes Mal reagierte das Regime mit internen Säuberungen, mit Repression und einer Verengung der demokratischen Spielräume. Die Führungsclique wurde so zusammengeschweißt und letztlich gestärkt.

Seite E 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Drittens: Lange betrieb die Opposition „business as usual“. Interne Machtspielchen waren gang und gäbe. Ihre Anführer legten sich gegenseitig Steine in den Weg und konnten sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Hardliner, Gemäßigte und Aussöhner lagen im Clinch. Zu den strategischen Differenzen kamen persönliche Ambitionen. Das erleichterte Chávez und Maduro die Aufsplitterung der Opposition. Einige Politiker ließen sich von der Regierung kooptieren, andere wurden unter Druck gesetzt und gingen ins Exil oder zogen sich aus der Politik zurück. So existierte die Opposition zwar weiter, ohne aber den Machterhalt der Sozialisten zu gefährden.

Viertens: Der massiven Propaganda konnte die Opposition lange kein eigenes, überzeugendes Narrativ entgegensetzen. Sie ließ sich von der Agenda der Regierung treiben und wurde so in der Öffentlichkeit lediglich als „Anti-Chávez“ wahrgenommen. Viele Jahre lang blieb die Diskussion um den Abbau der Demokratie ein Thema der politischen Eliten und des Bildungsbürgertums. In den Armenvierteln ging es prioritär um soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Anerkennung – Themen, die die elitenfixierte Opposition nicht bediente. Da unter Chávez der Erdölpreis Rekordhöhen erreichte, hatte der Staat zudem genügend Geld zu verteilen, um seine Klientel bei Laune zu halten – mit Dutzenden von Sozialprogrammen, die als Gegenleistung Loyalität zum Führer verlangten.

Fünftens: Einheit und Erneuerung von unten waren für die Opposition unverzichtbar. 2008 begann sie, ihre Strategie zu ändern. In dem Jahr schloss sie sich zum Tisch für Demokratische Einheit (MUD) zusammen. Das zahlte sich aus: Sie gewann bei Bürgermeister- und Regionalwahlen einige wichtige Positionen, zum Beispiel siegte der noch junge Oppositionspolitiker Carlos Ocariz im Osten von Caracas, einer einstigen Hochburg der Sozialisten, und Antonio Ledesma gewann in der Hauptstadt. Eine neue, sozial diversere Generation von Studentenführern stieg in den Oppositionsparteien auf und begann, in den Armenvierteln soziale und politische Basisarbeit zu machen. 2015 gewann dann die Opposition bei den Parlamentswahlen eine klare Mehrheit. Doch sie konnte kein Kapital aus dem Sieg schlagen. Es war die letzte freie Wahl. Die oppositionellen Bürgermeister wurden entmachtet, indem ihnen ein vom Präsidenten ernannter Präfekt vorgesetzt wurde, der die Kontrolle über die Haushaltsmittel bekam. Das oppositionelle Parlament wurde nicht anerkannt, stattdessen ließ das Regime ein neues wählen. Es war bitter: Als die Opposition die Spielregeln des Populismus verstanden hatte, änderte das Regime sie kurzerhand und zwang ihre Gegner dazu, sich wieder neu aufzustellen, diesmal im Autoritarismus mit einem noch ungleicheren Spielfeld.

Naturgemäß ist es schwer, die Propaganda- und Machtschemata charismatischer populistischer Führer zu durchbrechen. Rezepte des demokratischen Alltags funktionieren nur bedingt. Hinzu kommt, dass populistische Herrscher in der Regel nicht vom Himmel fallen, sondern an konkrete Repräsentationsdefizite der traditionellen demokratischen Systeme andocken. Sie regieren mit Emotionen, nicht mit messbaren Programmen. Dämmert ihren Wählern der Schwindel, ist es oft zu spät, und demokratische Gegengewichte und Instanzen sind demontiert. Venezuelas Führerduo Chávez und Maduro hatte zudem das historische Glück, ein Jahrzehnt lang seine Klientel mit sprudelnden Erdölmilliarden bei Laune halten zu können. Die Opposition brauchte lange, um sich personell, inhaltlich und strategisch an die neue Herausforderung anzupassen. Aber sie hat nie aufgegeben. Am 28. Juli hat sie ihren größten Erfolg der letzten 25 Jahre eingefahren. Der Erdölsozialismus ist wirtschaftlich und ideologisch bankrott und hat den Rückhalt in der Bevölkerung verloren – Maduro will es nur noch nicht wahrhaben.



Sandra Weiss, Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*

https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/bankrotter-erdoelsozialismus-7690/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

16) Ursachen und Folgen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-01

1. August 2024

49. Jahrgang

Ursachen und Folgen

In einer aufgeheizten Stimmung darf die Ursache nie vergessen werden, die die Reaktion auslöste. Die Ursache: „Der 7. Oktober steht mit den bestialischen Massakern der Terrororganisation Hamas für den größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoah und gleichzeitig für den schmerzhaftesten Tag in der Geschichte des Staates Israel. 1.200 Israelis wurden brutal ermordet und 240 Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt.“ Das die Reaktion nur heißen konnte, die Hamas vernichten zu wollen, ist folgerichtig.

Das ist bisher nicht gelungen, und wird auch in Zukunft nicht gelingen, weil von einer Terrororganisation, die große Unterstützer und Geldgeber im Ausland hat, immer genügend „Kämpfer“ übrigbleiben werden, die ihren Lebensinhalt darin sehen, die selbst ernannten Feinde zu vernichten. Hamas und Hisbollah sind keine Freiheits-, sondern mörderische Terrororganisationen.

So berechtigt der Kampf gegen die Hamas im Gaze-Streifen ist, darf die Frage erlaubt sein, welchen Sinn es macht, die komplette Infrastruktur und Lebensgrundlage in einem Gebiet mit zwei Millionen Menschen, zu zerstören. Die Antwort darauf, wie es nach dem Krieg im Gaza-Streifen weitergehen soll, bleibt Israel bislang schuldig.

Auch wenn es nachvollziehbar Israel anwidert, über weiche Umwege auch immer, mit der Hamas in Kontakt treten zu müssen, um die Geiseln freizubekommen, muss dieser Weg beschritten werden. Die Frage nach einem Waffenstillstand ist leicht beantwortet: Die Hamas lässt die Geiseln frei. Israel müsste danach allerdings für eine neue Ordnung unter internationaler Beteiligung im Gaza-Streifen sorgen.

Es ist fast nicht zu glauben, dass es gelingen kann, den bekanntesten Hamas-Führer mit einer bemerkenswerten Präzision im Herzen Teherans zu töten, aber nicht die Geiseln im Gaza-Streifen zu finden.

Wenn man schon ein „Geschäft mit dem Bösen“ machen muss, um seine Leute nach Hause zu bringen, ist es absurd, jemand zu töten, der in den Verhandlungsprozess involviert ist. Mit was für einem Staat wir es zu tun haben, wenn über den Iran gesprochen wird, ist bekannt. Dennoch ist der Iran völkerrechtlich ein souveräner Staat. Er kann es nicht hinnehmen, wenn ein „Ehrengast“, der gerade noch an der Amtseinführung des neuen Präsidenten teilgenom-

men hat, in der Hauptstadt durch einen anderen Staat getötet wird. Israel hat sich zu diesem Anschlag bislang nicht bekannt, die Indizien sprechen dagegen, so lange gilt aber erst einmal die Unschuldsumutung. Diese wird den Iran nicht davon abhalten, einen Gegenschlag durchzuführen.

„Wir befürchten, dass die Region am Rande eines totalen Krieges steht“, sagt Japans stellvertretender UN-Vertreter **Shino Mitsuko**. Alle Aktionen, „die den gesamten Nahen Osten in den Abgrund treiben könnten“, müssten vermieden werden, ließ UN-Generalsekretär **António Guterres** mitteilen. FR

In einer derart aufgeheizten Lage, am Rande eines Flächenbrands, wäre Zurückhaltung angebracht. Die Appelle der US-Regierung und der deutschen Außenministerin verhallen ungehört, ebenso wie die des UN-Sicherheitsrates. Auch die Hisbollah wird Appelle, sich zurückzuhalten, überhören, nachdem ihr ranghöchster Militärkommandeur in Beirut getötet wurde, wozu sich Israel ausdrücklich bekennt. Der so genannte „Geistliche Führer“ des Iran, der das eigentliche Sagen im Land hat, soll Medienberichten zufolge befohlen haben, Israel anzugreifen.

Es ist ein Trugschluss anzunehmen, wie einige in den „sozialen Medien“ verkünden, dass die Welt „ein wenig besser geworden ist“ durch die Tötung der Anführer der beiden Terrororganisationen, sicherer ist sie auf keinen Fall geworden.

So verständlich es ist, Terrororganisationen vernichten zu wollen, sollte man nie den Preis, den man dafür selbst zu zahlen hat, aus den Augen verlieren. Es war ein Fehler, zum jetzigen Zeitpunkt die beiden Chef-Terroristen zu töten, weil damit das Leben der verbliebenen Geiseln in höchstem Maße gefährdet wird.

Israel nimmt die Ratschläge seiner engsten Verbündeten nicht ernst, ob aus den USA oder Deutschland. Israel und sein inzwischen äußerst umstrittener Ministerpräsident, den nur noch der Krieg im Amt hält, fühlen sich stark und sicher. Ob der Schutzschirm über Israel allen Angriffen standhalten wird, ist nicht sicher. Was auch geschieht, Israel weiß, dass es, so hart wie es auch kommen mag, immer von den USA und Deutschland unterstützt werden wird, denn „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson.“

Heute vor 80 Jahren wurde der polnische Aufstand in Warschau von Nazi-Deutschland brutal niedergeschlagen und die Stadt in Schutt und Asche gelegt. Die Bilder von damals sind die Bilder von heute.

Ed Koch

17) Krise der liberalen Ordnung.

Globale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof stehen in der Kritik. Dabei braucht es diese in Zeiten der Großmachtrivalität besonders

Von Rolf Mützenich

29.07.2024



Internationale Regeln sind essenziell, um die Macht von Staaten einzuhegen. *picture alliance / Ikon Images | Gary Waters*

Vor 26 Jahren verabschiedeten 120 Staaten das Statut von Rom, welches die Rechtsgrundlage für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) schuf, der vier Jahre später seine Tätigkeit aufnahm. Die Errichtung des ersten universalen und permanenten internationalen Strafgerichtshofs war ein historischer Meilenstein in der Entwicklung des internationalen Völkerstrafrechts. Seit 2002 befasst sich der IStGH mit den schwersten Verbrechen, „welche die internationale Gemeinschaft als Ganze berühren“, wie es in Artikel 5 des Römer Statuts heißt. Zu diesen Verbrechen gehören Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Bisher wurden 32 Gerichtsfälle vor dem Internationalen Strafgerichtshof verhandelt. Insgesamt 124 Staaten sind mittlerweile Vertragsstaaten des IStGH, darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie zahlreiche Staaten aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Doch trotz der bedeutenden Rolle des IStGH bei der Entwicklung und Stärkung internationaler Rechtsnormen ist die Euphorie der 1990er Jahre inzwischen einer deutlichen Ernüchterung gewichen. Eine wesentliche Kritik ist, dass der IStGH selbst über keine Zwangsmittel verfügt, um Staaten zur Umsetzung seiner Urteile zu zwingen. Die Funktionsfähigkeit des Strafgerichtshofs hängt folglich stark von der Kooperation der Mitgliedstaaten ab. Zudem wird dem IStGH vorgeworfen, politisch voreingenommen zu sein und sich fast ausschließlich auf Fälle auf dem afrikanischen Kontinent zu konzentrieren. Tatsächlich betraf ein Großteil der bisher behandelten Fälle vor allem afrikanische Staaten, obwohl schwere Verbrechen auch in anderen Teilen der Welt begangen wurden. Besonders im Globalen Süden hat diese Wahrnehmung zu einer wachsenden Skepsis gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof geführt. Hinzu kommt, dass einige der mächtigsten Staaten der Welt, wie die USA, Russland oder China das Römische Statut nach wie vor nicht ratifiziert haben. Dies untergräbt nicht nur die universelle Gültigkeit und Akzeptanz des

Gerichts, sondern verstärkt auch den Eindruck, dass der IStGH lediglich ein Instrument der Großmächte zur Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen ist.

Dieser Vorwurf an den IStGH wiegt umso schwerer, da er sich nicht allein an den Internationalen Strafgerichtshof richtet, sondern an die asymmetrischen Machtverhältnisse der liberalen Ordnung im Ganzen. Ein zentraler Kritikpunkt des Globalen Südens lautet, dass internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds nach wie vor die Machtverhältnisse nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs widerspiegeln und von westlichen Ländern dominiert werden. So ist beispielsweise weder Indien als bevölkerungsreichstes Land der Erde noch ein einziger Staat aus Afrika und Lateinamerika als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat vertreten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz internationaler Institutionen bereits seit Jahren abnehmen, so dass man inzwischen durchaus von einer existentiellen Krise der liberalen Ordnung sprechen kann. Dies gilt nicht nur für den IStGH, sondern auch für die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation, die OSZE oder die Weltklimakonferenzen.

Doch gerade in einer Zeit, in der internationale Institutionen immer häufiger blockiert sind oder infrage gestellt werden, hat sich der IStGH als einer der wenigen Hoffnungsschimmer und als wichtiger Eckpfeiler der liberalen Ordnung erwiesen. So hat der IStGH am 17. März 2023 wegen möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Putin erlassen. Vor nur wenigen Wochen folgten Haftbefehle gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Schoigu und Generalstabschef Gerassimow. Dies verdeutlicht: Selbst eine Atommacht und ein Mitglied des UN-Sicherheitsrats muss sich letztlich vor dem Völkerrecht verantworten. Die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs war nicht nur von hoher symbolischer Tragweite, sondern hatte auch direkte praktische Konsequenzen: So konnte Präsident Putin beispielsweise aufgrund dieser Entscheidung nicht persönlich zum 15. Gipfeltreffen der BRICS in Johannesburg am 9. September 2023 reisen, da ihm sonst eine Verhaftung durch die südafrikanischen Behörden gedroht hätte.

Besonders Deutschland war stets ein starker Verfechter des Internationalen Strafgerichtshofs.

Am 20. Mai 2024, beantragte der Chefankläger des IStGH Khan zudem im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza einen Haftbefehl gegen drei hochrangige Mitglieder der Hamas sowie gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant. Die Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Gallant haben in einigen westlichen Ländern zum Teil heftige Kritik hervorgerufen. Es war natürlich bedauerlich und unangemessen, dass die Anträge auf Haftbefehl gegen die Mitglieder der Hamas und der israelischen Regierung gleichzeitig gestellt wurden. Gleichwohl habe ich bereits damals in einem [Interview](#) betont, dass es trotzdem klug ist, sich einer voreiligen Kommentierung zu enthalten. Deutschland und die westlichen Länder sollten eine vorurteilsfreie und unabhängige Prüfung der Vorwürfe abwarten. Sollten westliche Staaten versuchen, Einfluss auf die Gerichtsentscheidung auszuüben, würde dies sowohl unsere eigene als auch die Legitimität des Internationalen Strafgerichtshofs in künftigen Fällen erheblich untergraben.

Der Chefankläger hat zudem durch seine Anträge auf Haftbefehl gegen israelische Regierungsmitglieder deutlich gemacht, dass sich auch westliche Demokratien der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs nicht entziehen können – entgegen dem Vorwurf vieler Länder des Globalen Südens. Ob es letzten Endes tatsächlich zu einem Haftbefehl kommt, muss nun durch ein unabhängiges Richterkollegium am Strafgerichtshof

Seite E 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

vorurteilsfrei entschieden werden. Doch das übergeordnete Interesse an der Integrität und Legitimität des Internationalen Strafgerichtshofs wiegt letztlich schwerer als eine nachvollziehbare politische Kritik am Vorgehen des Chefanklägers des IStGH.

Gerade in Zeiten, in denen internationale Institutionen und Regelwerke sowohl von autoritären Mächten von außen als auch anti-demokratischen Kräften im Inneren bedroht werden, sollte die demokratische Welt alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Institutionen der liberalen Ordnung zu schützen und zu reformieren. Besonders Deutschland war stets ein starker Verfechter des Internationalen Strafgerichtshofs und ist nach Japan der zweitgrößte Beitragszahler. Die Bundesregierung sollte daher aktiv auf eine Ausweitung und Weiterentwicklung des Statuts hinarbeiten. Erst am 6. Juni dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag einen wegweisenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts angenommen. Das Gesetz, das am 5. Juli auch vom Bundesrat beschlossen wurde, zielt darauf ab, das Völkerstrafgesetzbuch zu verschärfen und an das inzwischen veränderte Römische Statut anzugleichen. Ziel ist es, bestehende Straflücken im Völkerstrafgesetzbuch zu schließen und die Rechte der Opfer zu stärken, insbesondere von Frauen und queeren Menschen, sowie die internationale Zugänglichkeit von Völkerstrafverfahren zu verbessern.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Großmächte angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in absehbarer Zeit dem Römischen Statut beitreten werden.

Besonders die SPD-Bundestagsfraktion hat im parlamentarischen Verfahren erfolgreich durchgesetzt, dass die sogenannte „funktionelle Immunität“ einer Verfolgung von Verbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch nicht im Wege steht. Das ist nun gesetzlich abgesichert. Dadurch wird sichergestellt, dass auch Amts- und Hoheitsträger für die Begehung von Völkerstraftaten letztlich zur Rechenschaft gezogen werden. Noch im November vergangenen Jahres hatte das Auswärtige Amt gegenüber der *International Law Commission* zur Frage der Immunitätsausnahme bei Völkerstraftaten Stellung genommen und lediglich auf eine sich entwickelnde Regel des Völkergewohnheitsrechts verwiesen. Mit der Änderung im Ausschuss hat der Deutsche Bundestag nun ein bedeutendes Zeichen für die Stärkung der regelbasierten Ordnung und Weiterentwicklung des internationalen Völkerrechts gesetzt. Die Überprüfungskonferenz des Römischen Statuts im kommenden Jahr bietet eine weitere Möglichkeit, die Zuständigkeit des IStGH insbesondere im Hinblick auf das Verbrechen der Aggression zu überprüfen und zu erweitern.

Gleichwohl sollte man auch in dieser Frage Realist bleiben: Die Welt hat sich seit der Hochphase des „Liberalismus“ und dem „unipolaren Moment“, in denen die USA als weitgehend alleinige Ordnungsmacht agieren konnte, fundamental gewandelt. Wir befinden uns auf dem Weg hin zu einer multipolaren Welt mit mehreren Machtzentren. Gleichzeitig nimmt die strategische Rivalität zwischen China und Russland einerseits und dem Westen andererseits stetig zu. Der Wettbewerb zwischen den Großmächten und die wachsenden geopolitischen Spannungen werden – ähnlich wie im Kalten Krieg – die Funktionsfähigkeit und die Entwicklung internationaler Organisationen maßgeblich prägen. Wir sollten daher keine Illusionen hegen. Es ist nicht zu erwarten, dass die Großmächte angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in absehbarer Zeit dem Römischen Statut beitreten werden. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass Staaten immer wieder versuchen werden, den Internationalen Strafgerichtshof zu ihrem eigenen machtpolitischen Vorteil zu missbrauchen.

Doch gerade eine multipolare Welt des Wettbewerbs der Großmächte braucht dringend ein verbindliches und gerechtes Regelwerk, in dem nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern die „Stärke des Rechts“ gilt. Wir müssen deshalb eine multipolare Ordnung schaffen, die auf

dem Völkerrecht und auf regelbasierten Institutionen basiert. Dazu gehören eine ständige Verrechtlichung der internationalen Politik, internationale Schieds- und Strafgerichtsbarkeit sowie vertragsbasierte Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir brauchen wieder wirksame und verbindliche Regeln und Mechanismen der Schieds- und Strafgerichtsbarkeit und der Konfliktregelung. Der IStGH, aber auch andere internationale Gerichtshöfe wie beispielsweise der Internationale Gerichtshof (IGH), der Internationale Schiedsgerichtshof, der Internationale Seegerichtshof (ISGH) oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben hierfür in den vergangenen Jahrzehnten Unverzichtbares geleistet. Besonders in Zeiten des Großmächte Wettbewerbs und geopolitischer Spannungen dürfen wir die Verrechtlichung internationaler Politik nicht vernachlässigen. Auf dem Spiel steht letztlich nicht weniger als die Zukunft der liberalen Ordnung.



Rolf Mützenich

Dr. Rolf Mützenich ist seit 2019 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er gehört seit 2002 dem Bundestag an.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/krise-der-liberalen-ordnung-7680/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter

18) Angriff von allen Seiten.

Ein vom Iran gesteuertes Netzwerk mit separaten Zellen durchzieht den Nahen Osten. Israel kann den Mehrfrontenkrieg militärisch nicht gewinnen

Von Andreas Krieg

30.07.2024



Der Raketenangriff der Hisbollah auf dem Golan ist eine weitere Eskalation im Nahostkonflikt: Wie werden Israels Gegenmaßnahmen aussehen? - *picture alliance / AP | Hassan Ammar*

Seit dem verheerenden Angriff der palästinensischen Hamas am 7. Oktober 2023 befindet sich Israel in einem Mehrfrontenkrieg, den es militärisch nicht gewinnen kann. Die militärische Überlegenheit der israelischen Armee ist nicht mehr ausreichend, um strategisch-vernichtende Schläge gegen ein [vom Iran geleitetes Netzwerk-Cluster](#) zu führen. Dies zeigt, wie in den rund zehn Jahren nach dem Arabischen Frühling gut vernetzte, nicht-staatliche Akteure zu wichtigen Playern in der Region geworden sind. In Sachen Widerstandsfähigkeit übertreffen diese Netzwerke oft Staaten mit ihren starren Hierarchien.

Israel sieht sich nun von dem mächtigsten dieser Netzwerke in der Region umzingelt: der sogenannten „Achse des Widerstands“. Die vom Iran geführte lose Organisation umfasst bewaffnete irakisch-schiitische Gruppen, die libanesische Hisbollah, die palästinensische Hamas, den Islamischen Dschihad, die syrische Regierung und die jemenitische Ansarullah-Bewegung, besser bekannt als die Huthis. Diese staatlichen und nicht-staatlichen Akteure sind tief in das soziopolitische Gefüge der Region eingebettet.

Das Zerwürfnis zwischen Teheran und Tel Aviv ist in den vergangenen Jahren weitgehend statisch und in einer Grauzone verhaftet geblieben. Doch seit Oktober 2023 bewegt man sich aus diesem Graubereich langsam heraus, [rote Linien](#) werden immer wieder überschritten oder verschoben. Israel kann zwar die Hamas in Schach halten und [bis zu einem Waffenstillstand weiterkämpfen](#) (wenn auch zu einem inakzeptablen Preis für die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen), aber die Kosten des Zermübungskrieges gegen die Hisbollah entlang der Grenze zum Libanon sind für Tel Aviv zunehmend untragbar geworden.

Die Netzwerke, die der Iran nutzt, sind älter als die Islamische Revolution von 1979. [Transnationale schiitische Netzwerke](#), die den Iran über den Irak und Syrien mit dem Libanon und darüber hinaus verbinden, reichen teils Jahrhunderte zurück. Sie bieten Geistlichen, lokalen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren seit langem gegenseitigen Anschluss und Kontakt. Die iranischen Revolutionäre [bauten schon auf diese bestehenden Netzwerke](#), um Unterstützung für die mit der Revolution 1979 errichtete Theokratie zu mobilisieren. Die so entstehende „Achse“ bietet dem neuen iranischen Staat seitdem neue strategische Möglichkeiten.

Nach dem Vorbild von Bienen und Vögeln sind diese Zellen in der Lage, mit relativ kleinen Einheiten aus verschiedenen Richtungen gleichzeitig anzugreifen.

Um den stärksten hierarchisch organisierten Kräften in der Region (namentlich dem US- und dem israelischen Militär) etwas entgegenzusetzen, setzte der Iran auf „Heterarchien“: auf Einzelgruppen, die unter dem gemeinsamen Banner eines [Widerstandsnarrativs](#) lose miteinander verflochten sind. Im Zentrum dieser Netzwerkstrategie stehen die Prinzipien Dezentralisierung und räumliche Verteilung. Damit setzt der Iran das westliche militärische Konzept der Einsatzleitung – mit zentral ausgegebenen Zielen, aber dezentraler Ausführung – in einer eigenen strategischen Version um. So lässt Teheran seinen Partnern ein unterschiedlich hohes [Maß an Autonomie](#) bei strategischen und operativen Entscheidungen. Der Iran ist von den meisten globalen Versorgungsketten und Finanzdienstleistungen abgeschnitten. Daher setzt er darauf, die Umsetzung der Staatsinteressen über Netzwerke und Allianzen zu steuern.

Selbst auf der organisatorischen Ebene weisen die Knotenpunkte in Irans „Widerstandsnetzwerk“ eine Mischung aus klassisch-hierarchischen und netzwerkartigen Strukturen auf. Die Hisbollah und die Huthis bestehen aus [verschiedenen Zellen](#), die sich wie Satelliten um die [Dschihad-Räte](#) drehen, die ihrerseits als zentrale Schaltstellen fungieren. Über diese Zentralen können die Islamischen Revolutionsgarden des Iran ihre Verbindung zu den verschiedenen Punkten des Netzwerks aufrechterhalten. Die unterschiedlichen operativen Zellen in dieser Organisationsform agieren wie [Schwärme](#): Sie sind scheinbar amorph, aber dennoch koordiniert und unter einem übergeordneten strategischen Ziel vereint. Nach dem Vorbild von Bienen und Vögeln sind diese Zellen in der Lage, mit relativ kleinen Einheiten aus verschiedenen Richtungen gleichzeitig anzugreifen. Diese Art von Angriff ist für eine große hierarchische Organisation wie die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) trotz ihrer deutlich größeren Feuerkraft nur schwer zu bewältigen.

Ein umfassender Krieg mit der Hisbollah (einem besonders wichtigen Knotenpunkt in der „Achse des Widerstands“) wäre für Israel wahrscheinlich die verheerendste Auseinandersetzung seiner Geschichte. Hunderttausende Flugkörper, Drohnen und Raketen sind auf praktisch jeden Quadratzentimeter des israelischen Territoriums gerichtet. Israel ist somit strategisch von einem Netzwerksystem eingekreist, das der Iran seit den 1970er Jahren in der Region aufgebaut hat. Für Tel Aviv ist das dramatisch. Die alles überwältigende Waffenkraft kann nur schwer gegen ein dezentralisiertes Netzwerkbandel eingesetzt werden; und Israels Ziele dürften auf diese Weise nicht erreicht werden. Das liegt zum Teil daran, dass der ideologische Schwerpunkt der „Achse des Widerstands“ die wichtige strategische Erzählung von eben jenem einigenden „Widerstand“ ist. Vor allem ist aber das flexible Netzwerkformat der Garant für Resilienz und Widerstandskraft.

Teheran hat ein organisches Netzwerk geschaffen, das sich selbst trägt.

Seite E 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die „Achse des Widerstands“ ist dabei weitaus mehr als die lokalen militärischen Zellen. Es besteht auch aus globalen Finanzvehikeln, [um Geld zu waschen](#); es bietet [logistische Ressourcen](#), um Waffen und andere materielle Unterstützung über das Netzwerk hinweg zu befördern; es schafft [Kultur- und Bildungsstrukturen](#), um die ideologische Unterstützung vor Ort aufrechtzuerhalten; es betreibt [Medien](#), um die Wahrnehmung auf regionaler sowie auf globaler Ebene zu beeinflussen; und es bietet [eine Art Regierungsführung](#), wie im Irak, im Libanon oder im Jemen, wo individuelle Gruppen (wie die Huthis) als quasi-staatliche Entitäten auftreten und quasi-staatliche Dienstleistungen erbringen. Jedes Zentrum des Netzwerks ist darüber hinaus in weitere Netzwerke untergliedert. Dies stellt Israel vor die Sisyphusaufgabe, immer wieder einzelne Punkte des Netzwerks zu eliminieren, wobei aber die Organisation als Ganze nicht zu Fall gebracht wird.

Teheran hat ein organisches Netzwerk geschaffen, das sich selbst trägt. Zuvor war die „Achse“ auf Finanzierung durch das iranische Zentrum angewiesen, aktuell konzentriert sich die Islamische Republik hingegen vielmehr auf den Transfer von Technologie und Know-how innerhalb des Netzwerks. Die Last des „bewaffneten Widerstands“ kann derweil geteilt werden. Zwar war die tatsächliche Unterstützung für die Hamas bisher weitgehend symbolisch, doch das dezentralisierte Netzwerk setzt immer wieder kleine Nadelstiche, die Israel auch gleichzeitig zugefügt werden können. Die Israelischen Streitkräfte sehen sich daher einem kostspieligen Zermübungskrieg an mehreren Fronten und in unterschiedlichen Intensitäten gegenüber.

Vor allem aber ermöglicht das Netzwerkmodell dem Iran ein dreidimensionales Spiel, bei dem verschiedene Züge gleichzeitig stattfinden. Israel hingegen spielt ein sequenzielles Schachspiel in einem zweidimensionalen Raum. Tel Aviv mag auf seine militärische Stärke und Überlegenheit setzen, um Kräfte wie die Hamas und die Hisbollah zu „vernichten“, doch Letztere messen ihre Leistungen und Erfolge nicht in binären Begriffen und Zahlen.

Um es vereinfacht auszudrücken: Die „Achse des Widerstands“ [gewinnt, indem sie einfach nicht verliert](#). Ebenso verliert Israel, weil es langfristig nicht gewinnen kann. Es gilt die Gleichung: Solange die „Achse“ in der Lage ist, für Israel Kosten und Verluste zu verursachen, kann das israelische Militär kein Siegesnarrativ konstruieren – trotz aller taktisch-militärischer Erfolge. Mehr noch, seit dem 7. Oktober hat die kumulative Wirkung der verstreuten und dennoch koordinierten bewaffneten Operationen der Hisbollah, der Huthis und der irakischen bewaffneten Gruppen den Druck auf Tel Aviv erhöht. Was einst eine Grauzone war, in der Israel die [eskalatorische Dominanz](#) hatte, ist nun eine Pattsituation, die für den israelischen Staat zu kostspielig ist, um sie auf unbestimmte Zeit weiter aufrechtzuerhalten.

Schon jetzt wird Israels vermeintliche Allmacht und Unbesiegbarkeit auf den arabischen Straßen infrage gestellt.

Für seine nationale Sicherheit und zur Machtausübung baut der Iran auf den Netzwerkansatz. Dieser scheint auf lange Sicht weitaus resilienter zu sein als der rein hierarchische Ansatz, den Israel mit seinem Militär verfolgt. Harte Schläge, mit denen einzelne Zellen der Hisbollah oder der iranischen Revolutionsgarden ausgeschaltet werden sollen, sind in einem vernetzten Raum [weitgehend bedeutungslos](#). Schließlich ist kein Knotenpunkt im Netzwerk so zentral und bedeutend, dass die „Achse“ in ihrer Gesamtheit strategisch auf ihn angewiesen wäre. Die Verbindungslinien können leicht umgeleitet werden, selbst wenn ein oder mehrere Knotenpunkte eliminiert werden.

Während der Iran das Herzstück einer [vernetzten regionalen Ordnung](#) ist, scheint Israel seine Staatsmacht lediglich auf die eiserne Faust seines hierarchischen Militärs zu stützen.

Seite E 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Da es keine konsequente politische Strategie gibt, muss Israels Armee ein unendliches *Whac-A-Mole* spielen: Wenn man auf den einen Gegner einschlägt, ploppt irgendwo anders der nächste auf. Die Israelischen Streitkräfte müssen auf eine wachsende Anzahl von zumindest störenden Aktivitäten in einem sich ausweitenden dreidimensionalen Kampfgebiet reagieren.

Ein uneingeschränkter Krieg gegen die Hisbollah – so zerstörerisch er für die vom Iran unterstützte Gruppe (und die libanesischen Zivilbevölkerung) auch sein mag – könnte die israelische Gesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Dies gilt besonders, wenn andere Teile des „Achsen“-Netzwerks in diesem Falle entscheiden, *gleichzeitig* ihre Zurückhaltung zu beenden. Tatsächlich dürfte eine starke „[Einheitsfront](#)“ entstehen (man könnte von „Einer für alle, alle für einen“ sprechen), wenn die iranische Führung fürchten müsste, dass ihre langfristigen Investitionen in den Libanon in Gefahr sind. Schon jetzt wird Israels vermeintliche Allmacht und Unbesiegbarkeit auf den [arabischen Straßen](#) infrage gestellt. Die israelische Regierung wäre gut beraten, die Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit der „Achse des Widerstands“ nicht zu unterschätzen oder auszutesten.

Auch für Europa ist es wichtig, die sich entwickelnde vernetzte Ordnung im Nahen Osten anzuerkennen. Die meisten EU-Staaten haben ihr Engagement in der Region auf zwischenstaatliche Beziehungen beschränkt, wobei hierarchische staatliche Institutionen die Führung in der Außenpolitik übernehmen. Europa muss seine eigenen Netzwerke in der Region aufbauen, durch Handel, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Nur dann kann es mit den Knotenpunkten konkurrieren, die der Iran durch seine „Achse des Widerstands“ miteinander verbunden hat.

Die EU muss verstehen, dass weder der Iran noch die verschiedenen Akteure in seinem Netzwerk Einzelspieler sind – ihre Machtquelle ist das Netzwerk und die Vernetzung selbst. Und obwohl Teherans Verbindungen sehr widerstandsfähig sind, könnte Europa mehr tun, um die Ströme von Informationen, Waffen, Technologie, Geld und Kämpfern zu stoppen, die durch die Netzwerke des Iran laufen. Um diese zu unterbrechen, bedarf es jedoch mehr als nur der Zustimmung der EU oder der Behörden der Mitgliedstaaten. Es bedarf der Zusammenarbeit von Privatpersonen, Banken, Unternehmen und der Zivilgesellschaft, die alle effektiver in die Außenpolitik der EU und seiner Mitgliedstaaten eingebunden werden müssen.

Dieser Text erschien zuerst auf Englisch bei [Amwaj.media](#) und ist leicht verändert worden.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Andreas Krieg, London

Andreas Krieg ist Dozent an der *School of Security Studies* des *King's College London* und *Fellow* am *Institute of Middle Eastern Studies*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/angriff-von-allen-seiten-7682/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

01) Gefährlicher Kurs.

In der EU wird häufig mit der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten geliebäugelt. Damit macht sich Brüssel erpressbar

Von Olivia Sundberg Diez

23.08.2024



picture alliance / imageBroker | Martin Storz

Seit Langem versuchen Regierungen, Menschen, die ihre Grenzen erreichen, den Schutz zu verweigern und die Verantwortung auf andere Länder abzuwälzen. Vorschläge zur „Auslagerung“ oder „Externalisierung“ von Asylverfahren in Länder außerhalb der Europäischen Union wurden von Anfang an kritisiert, verurteilt und immer wieder verworfen – aus gutem Grund. Das hat allerdings nicht verhindert, dass Modelle dieser Art in letzter Zeit erneut in Erwägung gezogen werden. Mitte Mai schlugen 15 Mitgliedstaaten in einem Schreiben an die Europäische Kommission vor, die [Asylgesetze der EU dahingehend zu ändern](#), dass es möglich wäre, schutzsuchende Menschen in Länder zu schicken, mit denen die Asylsuchenden gar nichts zu tun haben, die aber dann für Asylverfahren zuständig wären. Vorgelegt wurden diese Vorschläge genau einen Tag nach der offiziellen Annahme des [Pakts zu Migration und Asyl](#), einem komplexen Paket von EU-Reformen, über das acht Jahre lang verhandelt worden war. Mehrere Länder, darunter auch [Deutschland](#), hatten bereits auf nationaler Ebene die Machbarkeit solcher Vorhaben bewerten lassen.

Die gerade wiedergewählte Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) bezeichnete die Vorschläge als „innovative Strategien“, die „sicherlich die Aufmerksamkeit“ der neuen Kommission verdienen würden. Auch wenn diese Ideen nicht ausdrücklich in ihren [politischen Leitlinien](#) für die nächste Legislaturperiode genannt werden, sind weitere Forderungen dieser Art von den Mitgliedstaaten zu erwarten.

Dabei sind diese umstrittenen Ideen weder innovativ noch strategisch. Eine verantwortungsbewusste EU-Kommission sollte sie sofort entschieden zurückweisen. Man führe sich nur die verheerenden Folgen früherer Versuche mit der Externalisierung von

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Asylverfahren vor Augen – sowohl ihre menschlichen Kosten als auch ihre [katastrophale Auswirkung](#) auf die Asylsysteme. Australiens Abschiebungen von Asylsuchenden in Lager in [Nauru](#) und [Papua-Neuguinea](#) zeigen sehr deutlich, wie diese Modelle zu langandauernden Aufenthalten unter Haftbedingungen führen, was die mentale und körperliche Gesundheit von schutzsuchenden Menschen schwer schädigt. Das geht einher mit anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, unter anderem durch Bedingungen, die einer [unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung](#) gleichkommen, die keinen Zugang zu Rechtsbeistand gewähren, die in keiner Weise besondere Bedürfnisse ermitteln und erfüllen, und die zur Trennung von Familien führen.

Das [britische Vorhaben mit Ruanda](#), das für viele europäische Regierungen ein Vorbild war, wurde vom neuen britischen Premierminister für „tot und begraben“ erklärt – allerdings erst, nachdem es die britische Regierung angeblich [etwa 815 Millionen Euro](#) gekostet hatte. Das ist eine nicht zu rechtfertigende Verschwendung öffentlicher Gelder, die stattdessen in einer Art und Weise hätten ausgegeben werden können, die Asylsuchenden und den Gemeinden, die sie aufnehmen, tatsächlich geholfen hätte. Auch wenn dieses Vorhaben zum Glück nie in die Tat umgesetzt wurde, so hat es doch Tausende Menschen in eine sehr unsichere Situation gebracht: Sie waren ständig von Abschiebung bedroht, wurden willkürlich und dauerhaft festgesetzt und lebten in ständiger Gefahr, in Großbritannien ausgebeutet zu werden.

Den Mitgliedstaaten fehlt es an Instrumenten oder Machtbefugnissen, um in Territorien außerhalb der EU Menschenrechtsstandards effektiv zu überwachen.

Gleichzeitig arbeitet Italien daran, bestimmte Asylanträge in [Haftzentren in Albanien](#) bearbeiten zu lassen. Auch wenn viele Umstände nicht bekannt sind, ist zu erwarten, dass dies mit ähnlichen Risiken einhergeht: mit automatischer Inhaftierung, mit verzögerter Ausschiffung von auf See geretteten oder abgefangenen Personen und mit der Verweigerung von Zugang zu gerechten Asylverfahren mit den notwendigen Verfahrensgarantien. Die Befürworter dieser Vorhaben versichern häufig, dass dabei die Menschenrechte geachtet würden. Wie jedoch die umfangreiche Geschichte von Menschenrechtsverletzungen in Partnerländern wie [Libyen](#) oder [Tunesien](#) zeigt, fehlt es der EU und den Mitgliedstaaten an Instrumenten oder Machtbefugnissen, um in Territorien außerhalb der EU Menschenrechtsstandards effektiv zu überwachen, geschweige denn durchzusetzen.

Bei der Planung, Umsetzung und Durchführung kürzlich abgeschlossener Migrationsabkommen hat sich Europa mit Staatsführungen eingelassen, die Menschenrechte missachten und staatliche Kontrollmechanismen untergraben – in ihren eigenen und in Partnerländern. Gleichzeitig hat es die [Zivilgesellschaften vor Ort](#) und Menschenrechtsaktivisten im Stich gelassen, die sich auf die Unterstützung durch die EU verlassen hatten. Es gibt überwältigende Beweise für Gewalt, Unterdrückung und Instabilität, die auf diese Abkommen zurückzuführen sind. Dass die EU nicht auf diese Bedenken reagiert und dass sie ihre Strategie nicht ändert, weckt nicht gerade Vertrauen in zukünftige Abkommen.

Die Auslagerung von Asylverfahren sendet ein gefährliches Signal an den Rest der Welt.

Dieser Ansatz, Drittländer zu involvieren, sollte vor allem denjenigen Sorge bereiten, die auf die „strategische Autonomie“ und die [Glaubwürdigkeit der EU](#) in ihren Außenbeziehungen Wert legen. Die Auslagerung von Asylverfahren sendet ein gefährliches Signal an den Rest der Welt: Darin zeigt sich ein mangelndes Engagement der EU für die gemeinsame Verantwortung, für internationale Abkommen und für das globale Flüchtlingsschutzsystem.

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Den Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, die [75 Prozent der weltweiten Flüchtlinge](#) aufgenommen haben, bleibt die Ironie der Situation nicht verborgen. Es steht zu befürchten, dass dies ihre Bereitschaft untergraben könnte, diesen Schutz aufrechtzuerhalten.

Wenn die EU weiterhin das grundlegende Rechtsprinzip des internationalen Schutzsystems infrage stellt – dass Menschen in einem Hoheitsgebiet das Recht haben, in eben diesem Hoheitsgebiet einen Asylantrag zu stellen, der gerecht und individuell geprüft wird –, könnte das weltweit verheerende Auswirkungen nach sich ziehen. Eine sich verstärkende Abhängigkeit von Drittländern, die sich um Migranten und Asyl kümmern sollen, wird sich als fehlgeleitetes und kurzsichtiges Unterfangen erweisen. Die EU macht sich damit verwundbar für Erpressung von Akteuren, die schon gezeigt haben, dass sie bereit sind, Menschen Gefahren auszusetzen. Sie werden Europa unter Druck setzen, um ihre eigenen politischen Ziele durchzusetzen.

Die EU macht sich damit verwundbar für Erpressung.

Ebenso wenig, wie diese Vorschläge neu sind, sind auch die Probleme kein Geheimnis. Die EU-Kommission hat 2018 [selbst festgestellt](#), dass jede Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten „weder möglich noch wünschenswert“ sei: EU-Gesetze müssten geändert werden, der Grundsatz der Nichtzurückweisung (*non-refoulement*) würde in Gefahr geraten und es wäre nicht mit den Werten der EU vereinbar. Es wäre ein Fehler, wenn die neue EU-Kommission diese Einschätzung ignorieren würde.

Es gibt Alternativen zu diesem Ansatz, der sich nicht bewährt hat. Diese Alternativen würden sehr von der Aufmerksamkeit und den Mitteln profitieren, die Regierungen so bereitwillig für eine Externalisierung der Asylproblematik verschwenden würden. In dieser neuen Legislaturperiode sollten die EU und die Mitgliedstaaten stattdessen für [proaktive Such- und Rettungsoperationen](#) im Mittelmeer sorgen. Um weitere [Todesfälle auf hoher See](#) zu verhindern und sicherzustellen, dass die aus Seenot Geretteten sofort in Sicherheit gebracht werden und Unterstützung erhalten, braucht es ein vorab festgelegtes Ausschiffungssystem.

Die EU sollte zudem sicherstellen, dass Menschenrechtsverletzungen geahndet werden, wo und wie auch immer sie passieren: auf See oder auf Land, durch Aktionen oder Unterlassungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, durch ihre Grenzschutzagentur [Frontex](#) oder deren Zusammenarbeit mit den Küstenwachen von Partnerländern. Bei den bestehenden Partnerschaften mit Drittstaaten im Bereich Migration müssen dringend Bewertungen und Überwachungen der Menschenrechtssituation durchgeführt werden. Steuerzahler in der EU müssen sich sicher sein können, was sie da finanzieren, und sie müssen ihre Regierungen für etwaige Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen können.

Die europäischen Staaten müssen in sichere und menschenwürdige Fluchtrouten investieren, die einer großen Zahl an Menschen glaubwürdige Alternativen zu einer gefährlichen Flucht bieten. Damit verhindern sie die Abhängigkeit von Regierungen, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bereit sind, Menschen in Gefahr zu bringen, die auf der Suche nach Schutz oder einem besseren Leben sind. Und entscheidend ist auch, dass sie in Asyl- und Aufnahmesysteme investieren, die gut vorbereitet und ausgestattet sind, um mit den Menschen umgehen zu können, die an den EU-Außengrenzen ankommen.

Seite E 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Der kürzlich verabschiedete Pakt zu Migration und Asyl verlangt von den Mitgliedstaaten immerhin eine größere Umsicht und höhere Investitionen. [Menschenrechtsorganisationen haben lautstark](#) ihre Bedenken darüber geäußert, dass diese Reformen [Menschen in Gefahr](#) bringen und die [Asylstandards in der EU senken](#) könnten. Nun liegt es in der Hand der Regierungen, die schlimmsten Folgen des Pakts abzumildern, eine ausreichende und ausgewogene Finanzierung zu gewähren und die Reformen auf eine Art und Weise umzusetzen, die Menschenrechte und den Schutz von Flüchtlingen garantieren. Die Versuche einzelner Mitgliedstaaten, die Asylverfahren in Länder außerhalb der EU auszulagern, sind nicht vereinbar mit der Umsetzung des Pakts und seinen Zielen, in der EU ein gemeinsames und kohärenteres Asylsystem zu schaffen.

Die Externalisierung des Asyls ist nicht nur teuer, unmenschlich und undurchführbar. Sondern sie lenkt auch von politischen Maßnahmen ab, die das Asylsystem in Europa wirklich stärken sowie schutzsuchende Menschen und die sie aufnehmenden Gemeinden besser unterstützen könnten. Die neue EU-Führung kann und sollte Europa etwas Besseres bieten.

© Social Europe

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Olivia Sundberg Diez, Brüssel

Olivia Sundberg Diez ist EU-Beauftragte für Migration und Asyl bei *Amnesty International*. Zuvor war sie als *Senior Policy Advisor* beim *International Rescue Committee* und sie war beim *European Policy Centre* im Bereich der Politikanalyse tätig.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/gefaehrlicher-kurs-7724/?utm_campaign=de_40_20240823&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Dringend gebraucht.

Millionen ukrainische Flüchtlinge mussten vor dem russischen Angriffskrieg fliehen. Die EU sollte ihnen dabei helfen, in ihre Heimat zurückzukehren

Von Yuriy Gorodnichenko & Daniel Gros

19.08.2024



picture alliance / SZ Photo | Olaf Schülke

Nach dem Beginn der groß angelegten Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 fanden Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern Zuflucht in der Europäischen Union. Allein Deutschland und Polen nahmen jeweils rund eine Million Flüchtlinge auf. Jedoch war dies von Anfang an nur als vorübergehende Lösung gedacht. Der langwierige Abnutzungskrieg, der sich inzwischen in der Ukraine abspielt, erfordert nun einen anderen Ansatz.

Die Antwort ist nicht eine stärkere Integration in die Aufnahmeländer. Die Ukrainerinnen und Ukrainer [integrieren sich bereits in Deutschland](#) und anderswo, aber wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wiederholt betont hat, braucht die Ukraine ihre Bürger zurück. Sowohl um einen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen zu leisten als auch um sicherzustellen, dass die Bevölkerungszahl des Landes und damit auch seine wirtschaftlichen Aussichten nicht einbrechen. Viele ukrainische Unternehmen berichten schon jetzt, dass der Mangel an Arbeitskräften ihre Aktivitäten in entscheidender Weise beeinträchtigt. Die ukrainische Bevölkerung wird in den nächsten Jahren drastisch schrumpfen – laut einer Prognose von über 40 Millionen vor dem Krieg auf etwa 31 Millionen im Jahr 2035.

Die einzige Möglichkeit zum Ausgleich dieses Rückgangs besteht darin, mehr ukrainische Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Das wird nicht einfach: Umfragen zeigen, dass viele von die [Ungewissheit in Bezug auf Sicherheit, Wohnraum und Beschäftigung](#) abgeschreckt werden. Zum Glück sind diese Probleme jedoch auch unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen lösbar.

Die Sorgen um Sicherheit und Wohnraum sind eng miteinander verknüpft. Im Januar 2024 waren mehr als 8,6 Prozent des ukrainischen Wohnungsbestands aus der Vorkriegszeit vor allem im östlichen Teil des Landes beschädigt oder zerstört. In der Westukraine, wo die

Seite E 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Zerstörung relativ gering war, trieb ein massiver Zustrom von Binnenflüchtlingen die Wohnungspreise in die Höhe. Doch selbst im Westen ist Wohnraum in den kleineren Städten noch weitgehend erschwinglich und es gibt leerstehende Häuser, in denen Rückkehrer untergebracht werden könnten.

Die deutsche Bundesregierung gibt derzeit jährlich etwa neun bis zehn Milliarden Euro für die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge aus.

Um die Sicherheit und den Wohnraum in der Westukraine nutzen zu können, müsste es für die Rückkehrer jedoch auch Beschäftigungs-Möglichkeiten vor Ort geben. Die deutsche Bundesregierung gibt derzeit jährlich etwa neun bis zehn Milliarden Euro für die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge aus, und auch die Aufwendungen der Bundesländer und der Kommunen sind beträchtlich. Die Ausgaben sind hauptsächlich dafür da, die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge zu decken und Deutschkurse zu bezahlen, damit sie sich besser integrieren können. Jedoch scheinen die Maßnahmen [nicht zu mehr Beschäftigung](#) zu führen.

Tatsächlich deuten offizielle Daten darauf hin, dass von den 743 000 derzeit in Deutschland lebenden ukrainischen Staatsbürgern im erwerbsfähigen Alter (von insgesamt 1,3 Millionen) etwa 135 000 einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen und weitere 40 000 einen Minijob haben. Das entspricht einer Beschäftigungsquote von etwa 20 Prozent. Die Erwerbsquoten sind [in EU-Ländern mit weniger großzügigen Sozialversicherungssystemen höher](#), was darauf hindeutet, dass das Arbeitskräfteangebot dort auf Anreize reagiert.

Statt innerhalb der Aufnahmeländer Geld in Sozialleistungen zu stecken, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten diese Mittel umwidmen, um die Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine, insbesondere die Westukraine, zu unterstützen. Gut konzipierte EU-finanzierte Wiedereingliederungsprogramme würden nicht nur mehr Ukrainerinnen und Ukrainern die Rückkehr ermöglichen und damit den Arbeitsmarkt in ihrem Heimatland stärken. Es würde zudem europäische Unternehmen ermutigen, in den stabileren Gebieten der Ukraine zu investieren und damit den Grundstein für einen kräftigen Aufschwung in der Zeit nach dem Krieg zu legen.

Die europäischen und insbesondere die deutschen Unternehmen haben eine gewisse Bereitschaft zu derartigen Investitionen gezeigt. Der deutsche Kabelhersteller Leoni beschäftigte in der Westukraine vor dem Krieg mehr als 7 000 Mitarbeiter, und das Pharma- und Biomedizinunternehmen Bayer hat 2023 zugesagt, 60 Millionen Euro im ukrainischen Pochuiky zu investieren. Derzeit behindern jedoch die Kriegsrisiken und der Mangel an qualifiziertem deutschsprachigem Personal weitere Investitionen.

Historisch gesehen war die Westukraine über lange Zeit weniger entwickelt als andere Teile des Landes.

Beide Faktoren können angegangen werden. Die Logik des Krieges begünstigt eine Produktion, die entweder in [festen Clustern](#) (am besten für Massenproduktion) oder dezentral organisiert ist (besser geeignet für kleine und mittlere Unternehmen). Wenn kleine Fabriken über ein großes Gebiet verstreut sind und wenn sie weit genug von der Front entfernt sind, ist das Risiko einer direkten Zerstörung begrenzt.

Um die Kriegsrisiken weiter zu verringern, könnten deutsche oder EU-Institutionen wie die deutsche Investitions- und Entwicklungsbank KfW oder die Europäische Investitionsbank

eine Art Versicherung anbieten. Kombinieren ließen sich derartige Programme mit einer Umsiedlungshilfe und der Finanzierung betrieblicher Ausbildungsmaßnahmen – einschließlich der erforderlichen Sprachkurse – für ukrainische Flüchtlinge, die in neu errichteten europäischen Fabriken in der Westukraine arbeiten wollen. Die Verknüpfung von Umsiedlungs- und Beschäftigungsmaßnahmen würde sicherstellen, dass die Rückkehrer keine Belastung für die bereits angespannten öffentlichen Finanzen der Ukraine darstellen.

Dieses Programm würde der Ukraine längerfristige Vorteile bringen. Historisch gesehen war die Westukraine über lange Zeit weniger entwickelt als andere Teile des Landes. Doch der wirtschaftliche Schwerpunkt hat sich in letzter Zeit gen Westen verlagert. Das liegt teils daran, dass der Großteil der Schwerindustrie im Osten zerstört wurde, aber auch an der Nähe zur EU. Sicherzustellen, dass die Westukraine über eine starke Erwerbsbevölkerung verfügt und viele europäische Investitionen insbesondere in kleine und mittlere Unternehmen erhält, würde die Voraussetzungen für die Integration der Ukraine in die europäische Wirtschaft schaffen.

Zudem würden derartige Bemühungen den Grundstein für ein belastbares Entwicklungsmodell legen. Wie der Aufstieg der italienischen Region Venetien nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt hat, kann ein starker, global integrierter Sektor mit kleinen und mittleren Unternehmen zu größerer Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichen Erschütterungen führen.

Mit dem Wiederaufbau des ukrainischen verarbeitenden Gewerbes jetzt (und nicht erst nach Kriegsende) zu beginnen, würde sowohl die Fähigkeit des Landes steigern, der russischen Aggression zu widerstehen, als auch die wirtschaftliche Erholung des Landes und seine Integration in die EU unterstützen. Der erste Schritt besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer, die derzeit in der EU Zuflucht suchen, die Mittel und Anreize erhalten, die sie zur Rückkehr in ihre Heimat benötigen.

© *Project Syndicate*

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Yuriy Gorodnichenko, Berkeley

Dr. Yuriy Gorodnichenko ist ein ukrainischer Wirtschaftswissenschaftler und Professor der University of California, Berkeley. Er beschäftigt sich mit Makroökonomie mit den Schwerpunkten Geldpolitik, Steuerpolitik und Wirtschaftswachstum



Daniel Gros, Brüssel

Daniel Gros ist Leiter des Think Tanks Center for European Policy Studies. Er war für den Internationalen Währungsfonds tätig und arbeitete als Wirtschaftsberater für die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie den französischen Premierminister und Finanzminister.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/ukraine-fluechtlinge-7702/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 79 – E 107)

01) KW 34 (19. – 25.08.2024) – Es nimmt kein Ende. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-23

25. August 2024

49. Jahrgang

KW 34 Es nimmt kein Ende



Es ist von einer makabren Tragik, dass ausgerechnet in der Stadt, die Schwerter im Wappen trägt und in der 90 Prozent der deutschen Schneidewarenhersteller ihren Sitz haben, ein grausiges Messerattentat verübt wurde, bei dem drei Menschen ermordet und weitere acht teilweise lebensgefährlich verletzt wurden.

Aus den Nachrichten wissen wir, dass der Täter gefasst wurde. Das ist einerseits beruhigend, weil die Gefahr, die von diesem ausging, gebannt ist, andererseits können wir uns nicht sicher sein, dass bei uns weitere potenzielle Terroristen leben, die ähnliche Anschläge planen. Was sagt es aus, wenn von einem Einzeltäter gesprochen wird, aber die Terrororganisation „Islamischer Staat“ die Tat für sich reklamiert? Machen wir uns nichts vor, wir befinden uns im Krieg mit diesen Ungeheuern, deren Spuren immer wieder in Flüchtlingsunterkünften führen, über die wir keine Kontrolle haben und in denen tausende von Menschen leben, die den ganzen Tag über nichts mit sich anzufangen wissen.

Ende Juli sind in Großbritannien bei einem Messerangriff drei Kinder getötet und weitere verletzt worden. Aufgehetzt durch Falschmeldungen in den sozialen Medien gab es tagelang schwere Krawalle in mehreren Städten. Hoffen wir, dass uns das kurz vor zwei wichtigen Landtagswahlen erspart und die Menschen besonnen bleiben.

Schon immer gab es Angriffe auf unseren Lebensstil, auf unsere Demokratie und ihre Institutionen. Die Zeit der „RAF“, nach deren Mitglieder immer noch gefahndet wird, ist uns in schlechter Erinnerung. Im Februar wurde die (mutmaßliche) RAF-Terroristin **Daniela Klett** gefasst, die jahrelang unbeheilt in Berlin lebte. In Ihrer Wohnung wurden „schwere Kriegswaffen, Munition, Waffen und eine Granate“ gefunden. Kann man in diesem Zusammenhang von Ex-Terroristen sprechen? Wer Waffen hortet, will sie auch irgendwann einsetzen. Zwei weitere „Ex-Terroristen“ sind nach wie vor auf der Flucht. Und wer ihnen ähnlichsieht, wird festgenommen, was akzeptiert werden muss.

Dass in Solingen alle weiteren Feste zum 650sten Stadtjubiläum abgesagt wurden, und aus Solidarität

auch in umliegenden Orten, ist verständlich. Wir sollten aber trotz dieser Gefahren nicht auf unser freies Leben verzichten. Eine Absage der **Giovanni Zarrella-Show** gestern Abend im ZDF wäre falsch gewesen. Der Moderator fand zu Beginn der Live-Sendung die richtigen Worte.

Freitagabend saß ich im Konzerthaus und hörte wunderbare brasilianische Musik, während zum selben Zeitpunkt drei Menschen in Solingen bestialisch ermordet wurden. Die schöne Erinnerung an diesen Abend rückte beim Blick in die Nachrichten nach dem Konzert in den Hintergrund.

Leider habe ich diese Erfahrung schon zweimal gemacht, und die beiden Events sind in meinem Kopf ewig mit dem verbunden, was zeitgleich geschah. Am 22. Juli 2011 saß ich im Ernst-Happel-Stadion in Wien, jenem Stadion, in dem **Taylor Swift** auftreten wollte, das Konzert wegen Terrorwarnung aber abgesagt wurde. An dem sonnigen Tag im Juli 2011 trat **Bon Jovi** in Wien auf. Als ich nach dem Konzert zurück ins Hotel kam, erfuhr ich aus den Nachrichten, dass 77 Menschen im Zentrums Oslos und bei einem Jugendcamp auf der Insel Utøya von einem Einzeltäter ermordet wurden, aus Hass gegen die Immigrationspolitik und weil er Multikulturalismus ablehnte. Ermorden wollte der Attentäter die langjährige norwegische Ministerpräsidentin **Gro Harlem Brundtland**, die bei dem Zeitlager zu Gast war, es aber verlassen hatte, bevor der Mörder eintraf.

Am 19. Dezember 2016 war ich bei einem **Klaus-Hoffmann**-Konzert in der Laeiszhalle in Hamburg, während in Berlin ein Terrorist mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz raste und 13 Menschen tötete und viele weitere, teilweise schwer verletzte. Schon in der Konzertpause erfuhr ich, was in Berlin geschehen ist. Es war richtig, das Konzert zu Ende zu führen. Aus diesen Erfahrungen heraus, sagt mir bei Besuchen von Veranstaltungen eine innere Stimme immer, „*hoffentlich geht das gut.*“

Waffenverbote, die Begrenzung der Klingelänge bei Messern, sind alles richtige Maßnahmen, die aber im Ernstfall niemand von seiner Tat abhalten. Wer Anschläge dieser Art begeht, ist völlig empathielos und ideologisch verblendet. Die Sicherheitsmaßnahmen müssen weiter verstärkt werden, und wenn es Geld kostet, dann muss es bereitgestellt werden. Was ist ein Menschenleben wert? Die oberste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen, koste es, was es wolle. Denn eines ist klar, es nimmt kein Ende. Kommen Sie gesund durch die Woche.

Ed Koch

1

02) Alles hat seine Zeit.

Immer wieder wird zur Verständigung mit Russland eine Rückbesinnung auf die Ostpolitik gefordert. Doch diese ist keine Blaupause für die Gegenwart

Von Bernd Rother

22.08.2024



Andy Warhols Neuinterpretation von Willy Brandt ist gelungen. Wie steht es um die Neuinterpretation der Ostpolitik? -picture alliance / dpa | Jörg Carstensen

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine steht auch die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr wieder in der Diskussion. War sie der Beginn eines Sündenfalls, eines naiven Umgangs mit Russland? Oder kann sie uns heute zeigen, wie der Weg zum Frieden aussehen sollte? Lässt sich mit der damals entwickelten Methode – mit der Anerkennung der Realitäten, die im Anschluss in kleinen Schritten verändert werden sollen – wieder eine friedliche Koexistenz mit Russland erreichen, wie dies zuletzt [Hans Kundnani im IPG-Journal](#) vorschlug?

Die Anerkennung der Realitäten durch Deutschland als Ausgangspunkt für einen Friedensprozess in der Ukraine zu fordern, hat einen großen Haken. Die Ostpolitik bedeutete, dass die Bundesrepublik aufhörte, die Grenzen infrage zu stellen, in denen die Deutschen nach 1945 lebten, also die Westgrenze Polens, und dass sie dazu bereit war, die DDR als Staat anzuerkennen. Welche Realität soll und kann Deutschland heute anerkennen? Damit kann nur die russisch-ukrainische Grenze gemeint sein. Deutschland solle also die Annexion der Krim und des Donbass anerkennen. Was die Ukraine dazu sagen würde, bleibt bei solchen Forderungen eine Leerstelle. Mit der Ostpolitik, die auf die Wahrung der Chance zur nationalen Einheit der Deutschen zielte, hat dies nichts zu tun. Stattdessen erinnert es an das „Konzert der Großmächte“ des 19. Jahrhunderts, in dem einige Staatslenker über das Schicksal von Völkern und Staaten entscheiden wollten. Willy Brandt hingegen orientierte sich am Recht auf nationale Selbstbestimmung.

Eine deutsch-russische Verständigung ohne Einschaltung der Ukraine widerspräche dem ostpolitischen Erbe.

Seite E 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Ein Beispiel: Ende 1969 bat Brandt die polnische Regierung um Verständnis dafür, dass angesichts der Machtverhältnisse der erste Vertrag mit der Sowjetunion ausgehandelt werden müsse und Polen erst an zweiter Stelle komme. Eine Politik über Polen hinweg war ihm ein Graus, wie er auch grundsätzlich nach seinen Erfahrungen im skandinavischen Exil die kleineren Staaten nicht als *Verhandlungsmasse* ansah. Eine deutsch-russische Verständigung ohne Einschaltung der Ukraine widerspräche dem ostpolitischen Erbe. Die Ukraine kann entscheiden, ob sie „die Realitäten anerkennen“ will oder nicht. Sie dazu zu zwingen, wäre nicht nur gegen den Geist der Brandt'schen Außenpolitik, sondern auch keine Basis für einen dauerhaften Frieden.

Und überhaupt das Erbe. Einer der meist zitierten Sätze von Brandt lautet: „Jede Zeit will eigene Antworten.“ Das war nicht nur eine Mahnung an seine Nachfolger, das galt auch für seine eigene Politik. In Westberlin war er eigenem Bekunden nach „Kalter Krieger“, um die Freiheit der Teilstadt zu verteidigen. Als sich später die Chance bot, nutzte er die Möglichkeiten zur Entspannung, aber ohne die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik zu schwächen.

Das war eine „realistische“ Politik, aber sie hatte auch eine transformative Absicht. Brandt und Bahr waren von der Überlegenheit, von der Attraktivität des westlichen Gesellschaftsmodells überzeugt. Sie wollten durch eine Vielzahl von Kontakten auf die Gesellschaften des Ostens einwirken, in der Erwartung, dass dort eine allmähliche Transformation stattfinden werde. Der „Wandel durch Annäherung“ – eine unglückliche, weil missverständliche Formulierung, die Brandt nie verwendete – sollte einzig im Osten stattfinden.

Heute auf die Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre zurückzugreifen, wäre nicht im Sinne von Willy Brandt.

Heute auf die Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre zurückzugreifen, wäre nicht im Sinne von Willy Brandt. Sie war ein zeitgebundenes, durchdachtes, konsistentes Projekt, mit dem aufeinander abgestimmt die Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen, zur DDR und zur Tschechoslowakei entspannt werden sollten. Dieses Projekt fand 1989/91 sein Ende, als sein Objekt, der Ostblock, verschwand. Stattdessen bedarf es heute gänzlich neuer Ansätze, die gegenüber Russland und Belarus anders ausfallen müssen als gegenüber Polen und dem Baltikum. Es bedarf einer Vielzahl von „Politiken“, eine „Ostpolitik“ aus einem Guss ginge an der Realität vorbei. Dass bei der Konzeptionierung dieser Politiken „kleine Schritte“ eine Option sein können, ist zutreffend, aber dieser Hinweis alleine hilft nicht viel weiter.

Auch sonst sind die Umstände nicht vergleichbar mit denen vor 50, 60 Jahren – eine Binsenweisheit, die aber doch kein Allgemeingut zu sein scheint. Damals kam das Angebot zur friedlichen Koexistenz aus Moskau. Brandt und Bahr gehörten – anders als die CDU/CSU – zu denen, die testen wollten, wie ernsthaft dies gemeint war. Die Sowjetunion bewegte sich in dieser Zeit im Innern und nach außen weg vom wahllosen Stalin'schen Terror hin zu einer regelbasierten Diktatur. Ein Rechtsstaat wurde sie dadurch nicht, aber sie wurde berechenbarer. Wladimir Putins Russland hat seit seinem Amtsantritt den genau gegenläufigen Weg eingeschlagen. In der Innen- wie in der Außenpolitik [wurde Moskau immer willkürlicher](#), immer unberechenbarer. „Friedliche Koexistenz“ gehört nicht zum außenpolitischen Angebot Putins, er fordert Unterwerfung unter seine Hegemoniegelüste. Mit ihm kann man nicht verhandeln wie mit Leonid Breschnew, auch wenn beide Diktatoren sind beziehungsweise waren. Putin verfolgt ein aggressives, imperialistisches Programm und will die bestehenden Grenzen verändern, während der KPdSU-Chef vor über 50 Jahren die damaligen Grenzen des sowjetischen Einflussbereichs zementieren wollte. Das eine

Seite E 82 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Programm bedeutete Frieden – wenn auch nach innen der Friedhofsruhe ähnelnd. Das andere Programm, das von Putin, bedeutet Krieg. Friedliche Koexistenz mit Russland kann es nur geben, wenn auch zwischen der Ukraine und Russland Frieden herrscht.

All das mindert überhaupt nicht den berechtigten Stolz der Sozialdemokratie auf den Mut, die Weitsicht und die Kreativität von Willy Brandt und Egon Bahr, mit der sie ab Mitte der 1960er Jahre zu Werke gegangen sind. Nur Geschichtsvergessene stellen heute noch in Abrede, dass dies eine Politik auf der Höhe der Zeit war. Kaum ein Politiker der Union, der nicht in Podiumsdiskussionen konzidiert, dass CDU und CSU vor 50 Jahren falsch lagen, als sie die Ostpolitik bekämpften. Stolz auf Vergangenes darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass heute wieder ein neues Denken vonnöten ist.



Bernd Rother, Berlin

Bernd Rother ist Historiker und *Senior Research Fellow* der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung, die deutsche Zeitgeschichte und die Braunschweiger Regionalgeschichte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-hat-seine-zeit-7720/?utm_campaign=de_40_20240823&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Grüße aus der Goldenen Stadt. Von Ed Koch



Grüße aus der Goldenen Stadt

Die 430 Kilometer lange Moldau beschreibt **Bedřich Smetana** in sechs Minuten, *vom intensiven Murmeln an der Quelle, gefolgt von einer Jagdszene und einer ländlichen Hochzeit, einer Vollmondnacht und – mit massiven orchestralen Ausbrüchen – einem tosenden Wasserfall, bis nach Prag, wo der Fluss in der Ferne Richtung Elbe entschwindet.* Wer jemals in Prag war, auf der Karlsbrücke stand oder eine Rundfahrt auf der Moldau unternahm, versank in diesen sechs Minuten in schönen Erinnerungen.

Prag hat nach der Wende viel von seinem Charme verloren, weil nicht der Erhalt dieses, sondern der Kommerz im Vordergrund stand. Wunderschöne Lokale, wie „Zum Grünen Frosch“ am Altstädter Ring, wo es das zarteste rosafarbene Roastbeef ever mit den berühmten Topinkys, den gerösteten Knoblauchbrotscheiben, gab, sind verschwunden. Den Henker von Prag, der hier nach der Arbeit einkehrte, hat das Lokal überstanden, ebenso wie alle Kriege, sogar den Kommunismus, bloß nicht den Kapitalismus. Als am Wenzelsplatz das große M erschien, war es um die Stadt gesehen.



Danke an das **Ševčík Academy Orchestra** und seiner beeindruckenden Dirigentin **Alena Hron** für diese, wenn auch viel zu kurze Zeitreise in das Prag, das ich früher oft und gern besuchte.

<https://www.youtube.com/watch?v=jawIMBLZ1D8>

Das Programm am 17. August, passte perfekt zur Jubiläumsausgabe von **Young Euro Classic**. Denn was die jungen Musikerinnen und Musiker vom **Ševčík Academy Orchestra** und die ebenso junge Dirigentin **Alena Hron**, die die Moldau natürlich auswendig dirigierte, mit nach Berlin brachten, kombinierte wohlbekannte Melodien mit wirklichen Raritäten – und das alles aus dem unerschöpflichen Fundus der tschechischen Musiklandschaft. Den populären Rahmen boten Die Moldau von Smetana gleich zu Beginn des Konzerts und der Slawischer Tanz Nr. 7

von Dvořák zum Finale, dem natürlich noch einige Zugaben folgten.

Dazwischen kam nicht nur der vielfach unterschätzte Bohuslav Martinů zu Wort, sondern erklang auch die Suiġa Rustica von Vítězslava Kaprálová, einer tschechischen Komponistin, die 1940 mit nur 25 Jahren starb.



Als Uraufführung steuerte **Jiří Teml** außerdem ein neues Cellokonzert bei, das von dem in Berlin lebenden **Tomáš Janník** (Foto) aus der Taufe gehoben wurde.



Und noch einen vielversprechenden Solisten brachte das tschechische Orchester mit: den 21-jährigen **Matteo Hager** (Foto), der mit der Violinromanze von Dvořák zu erleben war. Das Publikum war sich mal wieder einig, ein großartiges Konzert erlebt zu haben.

Das **Ševčík Academy Orchestra** wurde 2019 als Teil einer Akademie gegründet. Sie erinnert mit ihrem Namen an **Otakar Ševčík** (1852-1934), einen der bedeutendsten Geigenpädagogen seiner Zeit, der in aller Welt unterrichtet hat, aber auch eine vielbenutzte „Schule der Violintechnik“ verfasste. Die



Akademie hat ihren Sitz in Horažďovice, einer kleiner südböhmischen Stadt, dem Geburtsort von Ševčík. Hier findet sich ein internationales Team von Lehrenden zusammen, dem renommierte Solisten und Orchestermusiker angehören, darunter Mitglieder der Tschechischen Philharmonie und der Berliner Philharmoniker. Sie arbeitet nach den Traditionen von Ševčíks Unterrichtsmethode, die eine technisch perfekte Beherrschung des Instruments verfolgte, um daraus die nötige Freiheit der Interpretation entwickeln zu können. Ehren-Chefdirigent des Ševčík Academy Orchestra ist **Jakub Hrůša**, der Chefdirigent der Bamberger Symphoniker und designierter Music Director des Royal Opera House Covent Garden in London.

Alena Hron Dirigentin

Die tschechische Dirigentin **Alena Hron** erhielt ihre Ausbildung zuerst am Prager Konservatorium und der Akademie für darstellende Künste; später wechselte sie nach Oslo und zuletzt nach Zürich, wo sie an der Akademie der Künste kürzlich ihren Masterabschluss machte. Als einzige derzeitige Stipendiatin der Taki Alsop Conducting Fellowship erhält die Musikerin über zwei Jahre hinweg intensive Förderung und Coaching durch die Dirigentin **Marin Alsop**.

2023 feierte Alena Hron ihr Debüt beim Prager Frühling, außerdem dirigierte sie die Bohuslav Martinů Philharmonie sowie die Janáček Philharmonie, darunter bei Konzerten in Berlin und Paris. Erste Opernerfahrungen sammelte Alena Hron am Schlesischen Theater in Opava/Oppau mit Verdis Rigoletto und dem Musical Funny Girl. Parallel zu **Jakub Hrůša**, dem Chefdirigenten der Bamberger Symphoniker und zukünftigen Music Director an der Covent Garden Opera in London, leitete sie in den vergangenen beiden Jahren die sommerlichen Konzerte des Ševčík Academy Orchestra. Ab der Spielzeit 2024/25 wird sie neue Chefdirigentin der Südschechischen Philharmonie mit Sitz in Ceske Budejovice.

Das Konzert wurde von Deutschlandfunk Kultur aufgezeichnet und wird bundesweit am Donnerstag, 22.08.24, 20:03 Uhr in der Sendung „Konzert“ ausgestrahlt – im Radio, online und in der Dlf Audiothek App.

Übrigens: Wie der Fachmann das Konzert beurteilt, können Sie am Montag, dem 19. August, um 09:55 Uhr im **InfoRadio** von **Harald Asel** hören.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: YEC – Fotos: MOUTESOUVENIR Kai Blenert

Und heute bei Young Euro Classic

Moritzburg Festival Orchester

Josep Caballé Domenech - Dirigent

Stefan Dohr - Horn

Jan Vogler - Violoncello

WOLFGANG AMADEUS MOZART

Ouvertüre zu „Così fan tutte“ KV 588 (1790)

ANNA CLYNE

„Sound and Fury“ (2019)

RICHARD STRAUSS

Konzert für Horn und Orchester Nr. 1 Es-Dur op. 11 (1882-1883)

RICHARD STRAUSS

Romanze für Violoncello F-Dur op. AV. 75 (1883)

JONATHAN LESHNOFF

„Score“ (2020)

WOLFGANG AMADEUS MOZART

Symphonie Nr. 35 „Haffner“ D-Dur KV 385 (1782)

Alle Infos und Tickets unter
www.young-euro-classic.de

04) Unser täglich Donald. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-17

17. August 2024

49. Jahrgang

Unser täglich Donald

Sich mit deutscher Innenpolitik zu beschäftigen, ist wenig unterhaltsam. Angeblich haben sich die Ampel-Chefs Scholz, Habeck und Lindner mal wieder über einen Haushaltskompromiss verständigt. Liest man sich die Erfolgsmeldung durch, fühlt man sich wie Goethes Faust „*allein in seinem Zimmer*“ und bekennt traurig: „*Da steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor!*“

„Die Einigung sieht im Kern **Umschichtungen** von Geldern für die bundeseigene Deutsche Bahn vor. Nach Angaben der Bundesregierung wird dadurch die sogenannte globale Minderausgabe um 4,5 Milliarden Euro auf dann noch zwölf Milliarden Euro verringert. **Das ist faktisch eine Lücke im Haushalt.** Die Regierung geht davon aus, dass sich diese durch die **wirtschaftliche Entwicklung noch verringern wird.** Dem Parlament steht nun allerdings eine vergleichsweise große Aufgabe bevor in den Beratungen zum Haushalt, weil die globale Minderausgabe, die die Haushälter aufbringen müssen, deutlich größer ist als üblich.“ *Quelle: Süddeutsche Zeitung*

Wenn ich das als gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann richtig verstehe, gibt es keine Einigung, sondern ein Verschieben des Problems auf das Parlament, wo der Haushalt ja letztlich auch hingehört. Die Vorlage der Bundesregierung wirft mehr Fragen auf, als Antworten geliefert werden.

Vor allem die so genannten „Umschichtungen“ sind problematisch, was heißt das? Die Bundesfernstraßengesellschaft und die Deutsche Bahn sollen, wie uns eine fachkundige Leserin schrieb, statt direkten Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt, Darlehen bekommen. Darlehen? Muss man die nicht zurückzahlen? Wovon, fragt sich zu Recht unsere Leserin. Beide Unternehmen sollen sich also verschulden. Ausgeglichen werden könnte das beispielsweise durch eine Erhöhung der Pkw-Maut. Keine neuen Steuern war gestern. Und bei der Bahn? Personalabbau beim Service? Demnächst Automaten in der Bahn statt Bord Bistro? Man darf sich verscheißert fühlen.

Und damit haben wir galant übergeleitet zu 333,3 Millionen US-Bürgern, die von dem Kandidaten der Republikanischen Partei täglich verscheißert werden.

Donald Fake Trump hat bei einer „Pressekonferenz am Donnerstag etliche falsche Behauptungen aufgestellt. Einige seiner Darstellungen waren irreführend, manche waren schlicht gelogen. Einer Recherche des

US-Senders **CNN** zufolge sagte er bei der Veranstaltung 20-mal die Unwahrheit. So haben **Kamala Harris** angeblich „*Ladendiebstähle legalisiert*“. Trump behauptet, dass es erlaubt sei, „*in einem Geschäft zu klauen, solange der Wert nicht mehr als 950 Dollar beträgt*“. Das habe Harris in Kalifornien zu verantworten. „*Die Behauptung ist doppelt falsch. Zum einen: Ladendiebstähle sind in Kalifornien nach wie vor verboten. Aber: Liegt der Wert der Beute unter 950 Dollar, handelt es sich bei der Tat lediglich um ein Vergehen, für das in der Regel keine Haftstrafe verhängt wird. Auch, wenn manche dieser Fälle wegen Überforderung der Justiz nicht verfolgt werden - dass der Staat Diebstahl unter 950 Dollar legalisiert habe, stimmt nicht.*“

Zum anderen: Für das entsprechende Gesetz war **Kamala Harris** nicht verantwortlich. Ursprünglich war es sogar der republikanische Gouverneur **Arnold Schwarzenegger**, der 2010 die Schwelle für schweren Ladendiebstahl von 400 auf 950 Dollar anheb. 2014 bestätigte ein Referendum in Kalifornien das Gesetz, wodurch die Strafen für eine Vielzahl gewaltloser Straftaten gesenkt wurden. Ziel war es, die überfüllten Gefängnisse zu entlasten. Harris war damals Generalstaatsanwältin in Kalifornien und an der Gesetzgebung nicht direkt beteiligt.“

In Trumps Attacken gegen Harris Vize **Tim Walz** geht es um Tampons. Als Gouverneur von Minnesota soll er ein Gesetz unterzeichnet haben, das „*in allen Jungentolletten in Minnesota*“ Tampons vorschreibe. Richtig ist, das Schulen verpflichtet sind, Menstruationsprodukte in Toiletten bereitzustellen. Aber: Das Gesetz unterscheidet nicht zwischen Toiletten für Jungen und Mädchen.

Für Trump ist Kamala Harris eine „*Linksradikale*“, die „*kommunistische Preiskontrollen*“ einführen wolle. Tatsächlich will sie im Kampf gegen die Inflation in den USA erstmals ein bundesweites Verbot von Preistreiberei, insbesondere bei Lebensmitteln, durchsetzen und explodierende Mietkosten begrenzen. Das ist natürlich Kommunismus pur. „*In manchen Bereichen gibt es bereits eine Preisregulation mit staatlicher Mitwirkung: Erst am 15. August setzte die US-Regierung drastische Preisnachlässe für die zehn meistverkauften Medikamente im Rahmen der staatlichen Krankenversicherung Medicare durch.*“

Und so weiter und so weiter. Inzwischen machen sich einige US-Medien die Mühe, jede Lüge von Trump umgehend zu enttarnen. Der Unterhaltungswert ist immens. *Quelle: ZDF*

Ed Koch

1

05) Nicht normal. Von Ed Koch



Nicht normal

Am 24. Juli 2008 besuchte US-Präsidentschaftskandidat **Barak Obama** Berlin und hielt eine Rede am Fuße der Siegestsäule. Dem Kandidaten verwehrt Bundeskanzlerin **Angela Merkel** den Auftritt am Brandenburger Tor. Dort durfte er erst auftreten, als er Präsident war. Den Besuch in Berlin unternahm Obama weniger, um seinen Freunden in Berlin zu gefallen, sondern um entsprechende Bilder für das US-Fernsehen zu produzieren, was ihm gelang, denn die Straße des 17. Juni war besser mit Menschen gefüllt als bei der Fußball-Fan-Meile.



Um für das Spektakel akkreditiert werden zu können, musste ich mich auf eine Mailingliste der **Demokratischen Partei** eintragen lassen. Seitdem bekomme ich in unregelmäßigen Abständen, derzeit mehrmals am Tag, eine E-Mail mit Statements von **Kamala Harris** und **Tim Walz**, die alle mit der Bitte enden, Geld zu spenden.



Claus Kleber, der für das ZDF live berichtete, und der frühere US-Botschafter **John Kornblum** hielten Ausschau nach Obama, bis er endlich unter tosendem Applaus das Podium betrat.



Barak Obama hielt eine an das amerikanische Volk gerichtete Rede und alle Berliner fühlten sich angesprochen.



Unter den Zuhörern war natürlich auch der damalige Regierende Bürgermeister **Klaus Wowereit**, wie immer dicht umlagert von seinen Fans,



Im Einsatz natürlich auch Kriminalhauptkommissar **Bernhard Schodrowski**, damals Sprecher der Berliner Polizei.

Soweit der Rückblick auf das Jahr 2008. Heute Nacht um 01:50 MESZ erreichte mich eine Mail von **Bernie Sanders**, inzwischen 83 Jahre alt und so etwas wie das gute Gewissen der Demokratischen Partei der USA. Gern wäre er Präsident geworden, 2016 unterlag er im Vorwahlkampf **Hillary Clinton** und 2020 zog er seine aussichtslose Kandidatur gegen **Joe Biden** zurück. Vor allem bei jungen Wählern, für die Alter keine Rolle zu spielen scheint, konnte Sanders punkten.



Seine Mail war überschrieben mit „**Not normal!**“. Und hier der Text.

Lieber Freund,

Wie Sie sicher wissen, ist dies keine normale Wahl. Es ist keine normale Wahl, wenn wir gegen jemanden antreten, der ein pathologischer Lügner ist. Es ist keine normale Wahl, wenn wir gegen jemanden antreten, der wegen 34 Straftaten verurteilt wurde. Es ist keine normale Wahl, wenn unser Gegner ein verurteilter Sexualstraftäter ist und als Privatunternehmer in 4.000 Klagen verwickelt war – ein Zeichen völliger mangelnder Vertrauenswürdigkeit.

Aber es ist noch schlimmer.

Wenn **Donald Trump** behauptet, dass „niemand“ bei einer 10.000-köpfigen Harris-Walz-Kundgebung in Michigan aufgetaucht sei, die live übertragen und von den Medien umfassend abgedeckt wurde, dass alles KI gewesen sei und dass die Demokraten die ganze Zeit betrügen, dann ist das Methode zu seinem Wahnsinn.

Es ist klar und gefährlich, dass Trump damit die amerikanische Demokratie untergräbt und den Grundstein für die Ablehnung der Wahlergebnisse legt, wenn er verliert.

Wenn sie ihre Unterstützer davon überzeugen können, dass Tausende von Menschen, die an einer im Fernsehen übertragenen Kundgebung teilgenommen haben, nicht existieren, wird es nicht schwer sein, sie davon zu überzeugen, dass die Wahlergebnisse in Pennsylvania, Michigan und anderswo „gefälscht“ und „betrügerisch“ sind.

Es sollte für niemanden ein Geheimnis sein. Trumps Ziel ist es, das Vertrauen in die amerikanischen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit zu zerstören und uns in eine autoritäre Gesellschaft zu führen. Aber nicht nur Trumps Unehrllichkeit und Autoritarismus müssen besiegt werden. Wir können niemanden wählen, der glaubt, dass Frauen im Jahr 2024 nicht das Recht haben, über ihren eigenen Körper zu bestimmen. Im Interesse unserer Kinder und künftiger Generationen können wir niemanden wählen, der den Klimawandel für einen „Scherz“ hält. Deshalb müssen wir alles tun, damit Trump besiegt wird und **Kamala Harris** unsere nächste Präsidentin wird.

Aber, wir müssen mehr tun.

Wir müssen nicht nur Trump besiegen, sondern auch eine starke Basisbewegung aufbauen, die der außerordentlichen Gier der großen Geldinteressen entgegengetreten kann, die so viel Macht über das wirt-

schaftliche und politische Leben unseres Landes haben. Unser Ziel: eine Regierung, die für alle arbeitet, nicht nur für einige wenige.

Ja. Wir müssen die katastrophale Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zu Citizens United aufheben und uns für die öffentliche Finanzierung von Wahlen einsetzen. Milliardäre sollten keine Wahlen kaufen können.

Ja. Wir müssen uns dem Rest der industrialisierten Welt anschließen und die Gesundheitsversorgung für alle als Menschenrecht und nicht als Privileg garantieren.

Ja. Wir müssen den Mindestlohn auf einen existenzsichernden Lohn anheben und den Arbeitnehmern den Beitritt zu Gewerkschaften erleichtern.

Ja. Wir müssen uns mit der beispiellosen Einkommens- und Vermögensungleichheit befassen und fordern, dass die Reichen und großen Unternehmen beginnen, ihren gerechten Anteil an Steuern zu zahlen.

Ja. Wir müssen Millionen von Wohneinheiten mit niedrigem Einkommen und bezahlbarem Wohnraum bauen und Mieterhöhungen begrenzen.

Ja. Wir müssen die Absurdität beenden, dass die Kinderarmutsrate in fast allen großen Ländern die höchste ist, eine starke Steuergutschrift für Kinder dauerhaft einführen und massiv in die Kinderbetreuung investieren.

Ja. Wir müssen das öffentliche Bildungswesen in Amerika stärken, Lehrern die Gehälter zahlen, die sie verdienen, und sicherstellen, dass jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, die höhere Bildung erhält, die er braucht, um seine Träume zu verwirklichen.

Fazit. Wir leben in einem entscheidenden Moment in der amerikanischen Geschichte. Lassen Sie uns in den nächsten drei Monaten die Ärmel hochkrempeln, zusammenkommen und die harte Arbeit leisten, die geleistet werden muss, um Trump zu besiegen und **Kamala Harris** zur Präsidentin zu wählen.

Und lassen Sie uns auch verstehen, dass es in diesen oder anderen Fragen, die der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes am Herzen liegen, keinen Fortschritt geben wird, wenn die Republikaner das Repräsentantenhaus oder den Senat kontrollieren.

Wir müssen also nicht nur das Rennen um die Präsidentschaft gewinnen, sondern es ist auch von entscheidender Bedeutung, dass wir kämpfen. Aber niemand kann das allein schaffen – nicht **Kamala Harris**, nicht **Tim Walz**, nicht irgendein Kandidat, der



irgendwo im Land für ein Amt kandidiert. Es wird uns alle erfordern, mitzuhelfen. Deshalb bitte ich noch einmal um Ihre finanzielle Unterstützung:

Kann ich darauf zählen, dass Sie heute einen Beitrag von 27 US-Dollar (oder was auch immer Sie sich leisten können) an das Democratic National Committee leisten? Sie hoffen auf zahlreiche Spenden bis zum Beginn des Kongresses.

Unsere Aufgabe ist klar. Lassen Sie uns in den nächsten 81 Tagen alles tun, was wir können, um dem Harris-Walz-Ticket zu einem großen Sieg zu verhelfen. Und lasst uns am Tag nach diesem Sieg unseren Kampf für die Umgestaltung unseres Landes fortsetzen und die Art von Nation schaffen, die wir werden können, wie wir wissen.

In Solidarität,

Bernie

Anmerkungen:

Die Forderungen von Sanders könnten auch im Wahlprogramm der SPD stehen. Ob bei uns unbedingt die Lehrer mehr Geld kriegen, oder ob nicht zuvor Kita-Erzieherinnen und Pflegekräfte bedacht werden sollten, dürfte hierzulande unbestritten sein.

Das gefährliche am US-Wahlkampf ist, dass wir es mit einem Kandidaten zu tun haben, der ständig Lügen verbreitet. Alles, was Trump von sich gibt, müsste in den US-Medien sofort einem Fakten-Check unterzogen werden. Jeder Sender und jede Zeitung müssten eine Rubrik einrichten, die heißen könnte: Die Lügen des Donald Trump und was wirklich wahr ist. Die US-Medien verbreiten häufig unkommentiert die Lügen von Trump. Es ist aber die Aufgabe einer freien Presse, Lügen von Politikern zu entlarven.

*Was die willfährige Glaubensgemeinschaft von **Donald Trump** betrifft, so sind Hopfen und Malz längst verloren. Wenn Trump seinen im Regen stehenden Anhängern sagt, es scheint die Sonne, klappen diese die Regenschirme zusammen. Es ist unfassbar, dass jemand wie Trump, der verblendete Chaoten, die gewalttätig das Kapitol in Washington, D.C., gestürmt und den Tod von Menschen in Kauf genommen haben, als Helden feiert. So jemand gehört dauerhaft weggesperrt.*

Die Vorstellung, dass dieser Mann wieder Präsident werden könnte, bereitet einem schlaflose Nächte.

Ed Koch

06) Pulsmesser



paperpress

seit 1976



Nr. 628-15

15. August 2024

49. Jahrgang

Pulsmesser

Die **Forschungsgruppe Wahlen** hat für das **ZDF** mal wieder den Puls für das Politbarometer gemessen.

Mit der Arbeit der Bundesregierung und des Kanzlers gibt es weiterhin eine große Unzufriedenheit. Für 62 Prozent leistet die Ampel schlechte Arbeit (gute: 33 Prozent). Fünf Prozent wissen offenbar nicht, was gute oder schlechte Arbeit ist.

Olaf Scholz stellen 58 Prozent ein schlechtes Zeugnis aus (gutes: 36 Prozent). In der Kritik steht vor allem die Führungsstärke des Kanzlers: Nur 16 Prozent aller Befragten bescheinigen ihm diese, für rund drei Viertel (76 Prozent) zeigt **Olaf Scholz** in den letzten Wochen eher keine Führungsstärke.

Auch für die SPD-Anhängerschaft, die mehrheitlich (79 Prozent) insgesamt mit der Arbeit des Kanzlers zufrieden ist, hat er in punkto Führungskraft Defizite. So sind mit 60 Prozent auch die meisten SPD-Anhänger der Meinung, dass **Olaf Scholz** in den letzten Wochen Führungsstärke vermissen ließ (zeigte er: 32 Prozent).

Haushaltsstreit

Nachdem sich die Koalition Anfang Juli auf einen Haushaltsentwurf für 2025 geeinigt hatte, gibt es jetzt wieder Streit über den Bundeshaushalt für das nächste Jahr. Schuld an dem erneuten Streit hat für 35 Prozent der Befragten hauptsächlich die FDP, 13 Prozent sehen sie vor allem bei den Grünen und 7 Prozent bei der SPD. Für 35 Prozent sind alle gleichmaßen dafür verantwortlich.

Ampel wird halten

Trotz der Streitereien in der Ampel glauben 74 Prozent, dass die Regierung bis zum regulären Wahltermin 2025 halten wird. Nur 21 Prozent rechnen mit einem vorzeitigen Aus für die Koalition. Eine vorgezogene Neuwahl im Bund würden nach 51 Prozent im Juni jetzt nur 42 Prozent unterstützen, darunter Mehrheiten in den Anhängerschaften von CDU/CSU (52 Prozent), AfD (92 Prozent) und BSW (67 Prozent). Insgesamt 51 Prozent sind gegen eine vorzeitige Neuwahl.

Kaum jemand will, dass Scholz erneut kandidiert

Bundeskanzler Scholz hat angekündigt, bei der nächsten Bundestagswahl erneut als Kanzlerkandidat der SPD anzutreten. Das stößt lediglich bei 29

Prozent aller Befragten auf ein positives Echo, 67 Prozent sprechen sich dagegen aus. Lediglich die SPD-Anhängerschaft steht mit 53 Prozent mehrheitlich hinter einer erneuten Kandidatur von Scholz, aber auch hier lehnen sie 41 Prozent ab.

Kein Unionsbewerber mehrheitsfähig

Eher uneins sind sich die Befragten, mit wem die Union die größeren Chancen auf ein gutes Abschneiden bei der nächsten Bundestagswahl hätte. Für 27 Prozent liegt hier **Markus Söder** vorne, für 23 Prozent **Hendrik Wüst**, für 18 Prozent **Friedrich Merz** und für sieben Prozent **Daniel Günther**. Von den Anhängern der CDU/CSU setzen 33 Prozent auf **Markus Söder**, 25 Prozent auf **Friedrich Merz**, ebenfalls 25 Prozent auf **Hendrik Wüst** und sieben Prozent auf **Daniel Günther**.

Die Sonntagsfrage macht Sommerpause

Erneut zeigt sich die Politbarometer-Projektion recht stabil: Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, käme die **SPD** auf 14 Prozent, die **CDU/CSU** auf 32 Prozent, die **Grünen** auf 13 Prozent und die **FDP** auf vier Prozent, alle unverändert. Die **AfD** könnte mit 16 Prozent (minus eins) rechnen, die **Linke** mit drei Prozent (unverändert) und das **BSW** mit acht Prozent (plus eins). Die anderen Parteien lägen weiterhin zusammen bei zehn Prozent, darunter keine Partei, die mindestens drei Prozent erzielen würde. Bei einem solchen Ergebnis würde es für eine Koalition aus Union und SPD oder für eine Koalition aus Union und Grünen reichen, wenn auch knapp anhand der Mandate.

Markus Söder hat eine Koalition mit den Grünen genauso oft ausgeschlossen, wie die K-Frage für sich. Glaubhaft ist beides nicht.

Boris Pistorius

Zu den zehn wichtigsten Politikern und Politikerinnen zählt nach Meinung der Befragten jetzt wieder **Karl Lauterbach**, NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** ist nicht mehr dabei. Bei der Beurteilung von Politikerinnen und Politikern nach Sympathie und Leistung („Was halten Sie von?“) liegt Verteidigungsminister **Boris Pistorius** weit vor allen anderen auf Platz eins. Er wird auf der Skala von +5 bis -5 mit einem Durchschnittswert von 1,7 (hier und im Folgenden Vergleichswert vom Juli: 1,8) eingestuft.

Auf Platz zwei kommt **Markus Söder** mit 0,0 (0,1), danach folgen die Plätze mit dem Minuszeichen: **Friedrich Merz** auf Platz drei mit minus 0,2 (0,0). Es folgen **Robert Habeck** mit minus 0,4 (minus



0,4), **Annalena Baerbock** mit minus 0,5 (minus 0,6), **Karl Lauterbach** ebenfalls mit minus 0,5 und **Olaf Scholz** mit minus 0,7 (minus 0,6). **Christian Lindner** verschlechtert sich auf minus 0,9 (minus 0,6), **Sahra Wagenknecht** wird mit minus 1,1 (minus 0,9) bewertet und weiter deutlich im Negativ-Bereich bleibt **Alice Weidel** mit minus 2,7 (minus 2,5).

Wie lange will **Olaf Scholz** noch den **Joe Biden** geben? Es gibt in der SPD nur zwei Personen, die für die Partei das Ruder bis 2025 noch rumreißen könnten: **Boris Pistorius** und **Lars Klingbeil**. Scholz hatte seine Chance, er hat sie nicht genutzt und erst recht nicht seine Aufgabe erfüllt. Er sollte einsichtig sein und abtreten.

Wunschdenken

Eine sehr große Mehrheit der Deutschen (88 Prozent) wünscht sich **Kamala Harris** als nächste US-Präsidentin. Nur neun Prozent präferieren **Donald Trump**. Und eine Mehrheit (68 Prozent) erwartet auch, dass Harris gegen Trump, den 26 Prozent für den Favoriten halten, gewinnen wird. Ende Juni noch mit **Joe Biden** als Kandidaten der Demokraten, war die Einschätzung eine andere. Damals gingen 45 Prozent davon aus, dass Biden die Wahl gewinnt und 46 Prozent, dass Trump das Rennen macht.

Wenig Begeisterung für Olympische Spiele

Am Wochenende sind die Olympischen Spiele in Frankreich zu Ende gegangen. Eine Bewerbung Deutschlands um die Spiele in den nächsten Jahren würden 54 Prozent begrüßen, darunter jüngere Befragte (unter 35-Jährige: 59 Prozent) etwas häufiger als ältere (ab 60-Jährige: 48 Prozent). Keine Begeisterung für eine Bewerbung Deutschlands zeigen insgesamt 41 Prozent.

Das Politbarometer

Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 12. bis 14. August 2024 bei 1.334 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch und online erhoben. Dabei wurden sowohl Festnetz- als auch Mobilfunknummern berücksichtigt. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Anteilswert von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von zehn Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, den 6.9.2024,

davor gibt es am 23.8. noch ein Politbarometer-Extra zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. Informationen zur Methodik der Umfrage und zu den genauen Frageformulierungen finden Sie auch auf www.forschungsgruppe.de.

Quelle: ZDF
Anmerkungen: Ed Koch

07) Das bisschen Haushalt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-14

15. August 2024

49. Jahrgang

Das bisschen Haushalt

„Das bisschen Haushalt macht sich von allein. Das bisschen Haushalt kann so schlimm nicht sein.“, sang **Johanna von Koczan** schon 1977. In jenem Jahr verzeichnete der Bundeshaushalt 171.005,650 Mio. DM an Ausgaben und 150.612,650 Mio. DM an Einnahmen. Die Differenz wurde kreditfinanziert. Vorher ging es in den Haushaltsberatungen auch darum, an welchen Stellen man kürzen könnte, eine Position hieß „Einzelplan 15 Kindergeld – 250 Millionen DM.“ Na bitte, bei den Kindern lässt sich doch immer etwas einsparen.

1977 wurde im „Kabinett Schmidt II“ (1976-1980) die Bundesregierung von einer sozial-liberalen Koalition getragen mit Bundeskanzler **Helmut Schmidt** als Chef und seinem Parteifreund **Hans Apel** als Finanzminister. Seitens der FDP saßen die liberalen Legenden **Hans-Dietrich Genscher** (Außenminister), **Werner Maihofer**, später **Gerhart Baum** (Inneres) und **Hans Friedrichs** (Wirtschaft) im Kabinett.

47 Jahre später soll der Bundeshaushalt für das Jahr 2025 481 Milliarden Euro betragen. Zwischendurch fand der Beitritt der DDR zur BRD statt, was den Etat natürlich erhöht hat. Nach wochenlangen Verhandlungen, bei denen immer wieder Zwischenergebnisse als Durchbruch verkauft wurden, geht der Streit weiter. „Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, **Reiner Holznagel** wies darauf hin, dass die Lücke von drei bis fünf Milliarden Euro nur rund ein Prozent des Gesamthaushalts von 481 Milliarden Euro ausmache.“ *Tagesspiegel*

Frei nach **Friedrich von Schillers** Glockengedicht: „Heute muss der Haushalt werden, frisch Gesellen, seid zur Hand, von der Stirne heiß, Rinnen muss der Schweiß.“ Kein Problem bei dem Wetter. Die Gesellen heißen **Olaf Scholz** (SPD), **Robert Habeck** (Grüne) und **Christian Lindner** (FDP). Gutachten und Stellungnahmen zum Haushalt werden unterschiedlich interpretiert, aber nicht intern diskutiert, sondern publikumswirksam von Lindner öffentlich gemacht. Von einem Rüffel des Kanzlers fühlt sich Lindner nicht angesprochen.

Machen wir uns nichts vor, auch wenn sich die Ampel in wenigen Stunden, heute Nacht oder morgen früh auf einen belastbaren Haushalt verständigt, ihre Zeit ist längst abgelaufen. Das Verhältnis zwischen SPD und Grünen auf der einen und der FDP auf der anderen Seite ist so zerrüttet wie 1982 zwischen SPD und FDP als es als Folge davon am 1. Oktober 1982 zum

„Konstruktiven Misstrauensvotum“ gegen **Helmut Schmidt** kam und **Helmut Kohl** für 16 Jahre ins Kanzleramt einzog. Unterschied zu damals, 1982 hatte Schmidt auch die Linke in seiner Partei gegen sich, es ging um die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen. Auch heute ein Thema, aber nicht entscheidend. Auch „die problematische wirtschaftliche Lage brachten sowohl den linken und den rechten Flügel der SPD als auch SPD und FDP immer weiter auseinander.“ Heute ist die wirtschaftliche Lage nicht problematisch, sondern einfach schlecht. Der Wirtschaftsminister heißt aktuell **Robert Habeck**.

Ein „Konstruktives Misstrauensvotum“ wird es nicht geben. Würde Lindner den Verräter spielen wollen, wie 1982 Genscher, so brächte er mit der Union nur 287 Stimmen zusammen gegen 324 von SPD und Grünen. Mit AfD und Linken bekäme man eine Mehrheit für die Abwahl des Kanzlers zwar zustande, aber der Sinn eines „Konstruktiven Misstrauensvotums“ ist, dass automatisch mit der Abwahl des einen der andere gewählt ist. Und dass die Rechten und Linken **Friedrich Merz** wählen würden, nur um **Olaf Scholz** loszuwerden, ist absurd.

Die Chemie innerhalb der Ampel wird sich nicht verbessern. Das hängt vor allem damit zusammen, dass der Egomane Lindner kein Team-Player ist, sondern die Fouls bei den eigenen Leuten einsetzt.

1809 prägte der preußische Major **Ferdinand von Schill** den Satz: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Wir haben an dieser Stelle immer die Auffassung vertreten, dass eine für vier Jahre gewählte Regierung gefälligst über die volle Strecke arbeiten soll. An diesem Grundsatz hegen wir inzwischen Zweifel. Wollen wir uns wirklich dieses Schauspiel noch bis zum 28. September 2025 anschauen? Auch wenn es abgedroschen ist, der Lindner-Satz von 2017 ist aktueller denn je: „Es ist besser, nicht zu regieren als falsch zu regieren.“ Ja, es ist besser, ohne FDP zu regieren, als mit ihr. Aber auch **Friedrich Merz** wird sie brauchen.

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo im September gewählt wird, spielt die FDP keine Rolle mehr. In allen Umfragen zur Sonntagsfrage im Bund liegt sie bei fünf Prozent. Wie sangen die **Beatles** 1970 (frei übersetzt und angepasst) „Wenn ich mich in Zeiten der Not befinde, kommt der Wähler zu mir und spricht Worte der Weisheit, Lass es sein.“

Ed Koch

1

08) Nach Hamburg wird die Strecke lang. Von Ed Koch

Nach Hamburg wird die Strecke lang

Kürzlich war ich in Thüringen unterwegs, angeblich eine der abgehängten Ostregionen in unserem Land.

ICE 1001	296 km/h	08 10
Next station	Arrival in 9 min	Platform
Erfurt Hbf	07:40 08:19	1

Sehen wir einmal davon ab, dass der Zug 39 Minuten Verspätung hatte, so erstaunte mich doch die Geschwindigkeit, mit der der ICE durchs Land rauschte. Knapp 300 Sachen, was ich bislang bestenfalls beim EuroStar auf dem Weg von Paris nach London erlebt habe.

ICE 804	199 km/h	13 02
Hamburg Hbf	13:24 13:27	5

Die Strecke Berlin-Hamburg verbindet die beiden größten deutschen Städte, man sollte also meinen, dass gerade hier auf das Tempo geachtet wird. Mit gemütlichen knapp 200 Stundenkilometern tuckelt man von der Spree an die Elbe. Und jetzt, da ich weiß, dass diese Strecke erneut lange Zeit gesperrt wird, meinte ich festgestellt zu haben, dass es ganz schön ruckelt auf den Gleisen, ehe man das wunderschöne Panorama von Hamburg mit Blick über die Binnenalster zum Jungfernstieg sehen kann.



„Die 278 Kilometer lange Eisenbahnverbindung zwischen Hamburg und Berlin ist hochbelastet – 230 Züge und bis zu 30.000 Fahrgäste nutzen sie täglich. Damit ist sie als Städte-Direktverbindung Spitzenreiter in Deutschland. Gemeinsam mit dem Bund verwandelt die Deutsche Bahn (DB) das hochbelastete Netz in ein Hochleistungsnetz. So schafft sie die Voraussetzung für die digitale Schiene und einen verlässlichen, bundesweiten Deutschlandtakt.“ Um die „Digitale Schiene“ kümmert sich die Bahn seit kurzem im Schöneberger Gasometer auf dem EUREF-Campus. Das kann nur gut werden. Googelt man

„Deutschlandtakt“, so wird einem das Jahr 2070 angezeigt. Vielleicht klappt es zwischen Berlin und Hamburg früher. Und schön wäre dann, wenn 300 und nicht 200 km/h auf dem Display stünden.

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Ab dem **16. August 2024** bis zum **14. Dezember 2024** finden dringend notwendige Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen auf der Strecke Hamburg–Berlin statt. „100 Weichen, drei Durchlässe und insgesamt rund 74 Kilometer Gleise erneuert die Bahn in dieser Zeit. Die Arbeiten finden hauptsächlich zwischen Wittenberge und Ludwigslust, im Bereich Hagenow Land, sowie zwischen Büchen und Hamburg statt. Der Fernverkehr zwischen Hamburg und Berlin in dieser Zeit über Uelzen und Stendal umgeleitet, der Regionalverkehr muss teilweise durch Busse ersetzt werden.“

Und dann geht's vom **1. August 2025** bis **30. April 2026** ans Eingemachte. Es findet eine Generalsanierung statt. Sicherlich gibt es gute Gründe, warum Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen gesondert von der Generalsanierung stattfinden. „Während dieser Zeit ist die Strecke zwischen Hamburg und Berlin für den Zugverkehr gesperrt. Zahlreiche Arbeiten an Gleisen, Weichen und Oberleitungen bündelt die DB innerhalb von neun Monaten, sodass in den kommenden Jahren wesentlich weniger gebaut werden muss.“ Unter „wesentlich weniger“ verstehe ich, dass auch weiterhin gebaut werden könnte.

„Es werden zudem die Leit- und Sicherungstechnik erneuert und die Bahnhöfe auf der Strecke modernisiert. Reisende und Güter gelangen während der Arbeiten zuverlässig und planbar ans Ziel.“

In Hamburg sind nicht nur die Nächte lang, sondern auch die Strecke dorthin. Aber, es ist verkraftbar. Direktverbindung Berlin Südkreuz bis Hamburg Altona 144 Minuten, über Stendal 183 Minuten, also 39 Minuten Plus. Wenn das Bord-Bistro geöffnet ist, wie bei meiner Reise gestern und heute, ist alles OK. Beide Verbindungen waren auf die Minute genau pünktlich. Nur ein Schreck beim Frühstück: Der ICE 509 fällt aus. Aber: der Ersatz ICE 2939 steht bereit. Der Zugchef entschuldigte sich, weil dadurch die Sitzplatzreservierungen aufgehoben waren. Auch kein Problem, es gab genügend freie Plätze. Zur Beruhigung der Passagiere fügte der Zugchef hinzu, in Deutsch und Englisch, aber: „Your ticket is guilty!“ Irgendwer muss ja schuld sein.

Ed Koch

09) KW 32 (05. – 11.08.2024) – Dabei sein ist fast alles. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-11

11. August 2024

49. Jahrgang

KW 32

Dabei sein ist fast alles

Wirklich angenehm war, dass man, abgesehen von der Eröffnungsfeier, diesen unsäglichen IOC-Präsidenten **Thomas Bach** nicht mehr gesehen hat. Der ehemalige DOSB-Chef **Alfons Hörmann** nennt Bach in der ZDF-Dokureihe „Die Spur“ einen „Präsidenten in Putins Gnaden“. Sport war und ist immer auch Politik. Wenn Bach heute Abend die Olympischen Spiele beendet und die Flagge an Los Angeles weitergibt, wird es wohl einer seiner letzten großen Auftritte sein, denn, wie das **ZDF** gestern Abend meldete, wird Bach im kommenden Jahr am Ende seiner zweiten Amtszeit abtreten. Die Paralympischen Spiele vom 28. August bis 8. September in Paris wird er noch begleiten. Um die Vorbereitungen der kommenden Olympischen Spiele vom 14. bis 30. Juli 2028 wird sich ein anderer Funktionär kümmern müssen. Ob sich an der Struktur dieser Organisation etwas ändern wird, darf bezweifelt werden. Denn, es geht immer nur ums Geld, koste es, was es wolle.

Wenn man dem Glauben schenkt, was das IOC zur Finanzierung der Olympischen Spiele erklärt, so finanziert sich das Großereignis aus sich selbst heraus. Was am Ende beim IOC hängenbleibt, ist nicht zu erkennen.

„Fast das gesamte Budget (96 Prozent) für die Organisation der Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris 2024 stammt aus dem privaten Sektor, nämlich dem IOC, Partnerunternehmen, dem Ticketbüro der Spiele und der Lizenzierung. Das Budget deckt alle Aspekte der Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung ab, einschließlich der Eröffnungs- und Abschlusszeremonie.“

4,38 Milliarden Euro umfasst das Budget des Organisationskomitees von Paris 2024. Und stolz verkündet die Organisation, dass ihr Beitrag auch eine indirekte Unterstützung in Höhe von 435 Millionen US-Dollar umfasst, Kosten, die Paris 2024 getragen hätte, wenn das IOC sie nicht übernommen hätte. Das klingt für das austragende Land doch gut, oder?

Bei den Medaillenprämien werden alle, die durch die Deutsche Sporthilfe geförderten werden, gleich belohnt: 20.000 Euro für Gold, 15.000 Euro für Silber und 10.000 Euro für Bronze. Stand gestern Abend landet Deutschland auf Platz 9 der Rangliste mit insgesamt zwölfmal Gold, elfmal Silber und achtmal Bronze. China und die USA führen die Liste an,

besser als wir sind auch Australien, Japan, Frankreich, Großbritannien, Südkorea und die Niederlande.

Beim „Ewigen Medaillenspiegel der Olympischen Sommerspiele von 1896 bis 2021“ liegt Deutschland hinter den USA und Russland auf Platz drei. Ob dieser zu halten sein wird, muss man nachrechnen. Ein Blick zurück erinnert daran, dass früher die DDR mitmischte. 1976 in Montreal landete sie hinter der Sowjetunion auf dem zweiten Platz, die BRD belegte Platz vier. Hätte die Wiedervereinigung schon damals stattgefunden, stünde Gesamtdeutschland auf dem ersten Platz. Was ist seitdem geschehen? Was ist los mit der Sportförderung in diesem Land?

Natürlich sind Medaillen wichtig. Für jeden Sportler, wenn er ehrlich ist, ist Dabeisein natürlich wichtig, noch wichtiger aber der Gewinn einer Medaille. Große menschliche Dramen spiegeln sich in den Gesichtern der Athleten wider, wenn sie als erster oder „nur“ zweiter oder dritter das Ziel erreichten. In der TV-Berichterstattung konnte man von früh bis spät dabei sein und die häufig anstrengenden Kommentare der Sportreporter ertragen. Zu oft wurde hin und her geschaltet. Wenigstens in der Mediathek konnte man sich auch ein Spiel in voller Länge anschauen.

10.500 Sportler aus 206 Ländern waren in 32 Sportarten vertreten, voller Begeisterung und Leidenschaft. Die Kulisse, die Paris bot, wird noch lange im Gedächtnis bleiben. Die ganze Stadt war involviert, Straßen und Plätze überall. Das waren die schönsten Momente, als die Radsportler vom Montmartre hinab bis zum Eiffelturm fuhren. Eine Stadtrundfahrt der besonderen Klasse. Die Eröffnungsfeier am 26. Juli auf der Seine und drumherum wird so schnell keine andere Stadt nachahmen können. Das war wirklich fantastisch.

Olaf Scholz sieht Olympia in Paris als „große Inspiration für deutsche Bewerbung.“ Aber schon sind sie wieder da, die Bedenkenträger, die alles zereden. „Die Sanierung der Berliner Sportstätten allein würde 240 Millionen Euro kosten.“, beklagt eine Politikerin der Grünen. Müssten die Sportstätten nicht auch ohne Olympische Spiele saniert werden? Am Ende der Überlegungen wird wieder ein Volksentscheid stehen, der im links-grünen Ideologie-Sumpf untergehen wird. Radrennen wie in Paris wären auf Berlins Straßen sowieso nicht möglich, man müsste ja vorher alle rot-weißen Poller abbauen.

Ed Koch

1

10) Von wegen Sommerloch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-10

9. August 2024

49. Jahrgang

Von wegen Sommerloch

Früher wartete man darauf, dass ein unscharfes Bild veröffentlicht wurde, auf dem ein Ungeheuer namens Nessi zu sehen war, das regelmäßig im schottischen Loch Ness aus den Fluten auftauchte. Nein, heute wartet niemand mehr auf Nessi, es gibt genug andere Schreckgespenster.

Wenn nicht einmal **Carlo Masala** erklären kann, warum die Ukraine russisches Territorium angreift, lässt einen das ratlos zurück. Wer die Frage nach dem Warum, mit „weil sie es kann“ beantwortet, hat offenbar zu viel Hitze in den letzten Tagen abbekommen.

Dass sich die Ukraine verteidigt, ist unbestritten. Den Krieg aber unnötig zu verschärfen, anstatt die eigenen Kräfte auf die Verteidigung und nicht auf Angriff zu konzentrieren, halte ich für falsch und gefährlich. Nur, um das dumme Gesicht des überraschten Putins zu sehen, ist kein ausreichender Grund.

Wenn man lange nichts vom „Islamischen Staat IS“ gehört hat, ist das kaum beruhigend. Terrororganisationen sind nicht totzukriegen, auch wenn man ihre Führer eliminiert, es findet sich immer ein Nachfolger. Dass in Wien drei Konzerte von **Taylor Swift** abgesagt werden mussten, weil eine konkrete Terrorgefahr durch IS-Aktivisten bestand, schockiert. Der Angriff zielt ab auf unsere freiheitliche Art zu leben, mit der diese verblendeten Terroristen nichts anfangen können. Der IS und andere Terrororganisationen führen einen Krieg gegen uns „Ungläubige“. Ungläubig deshalb, weil Toleranz und nicht Hass zum Markenkern unseres Lebens gehört.

Die Tatverdächtigen von Wien sind nicht einmal 20 Jahre alt. Einer von ihnen habe sich im Internet radikalisiert und einen Treueschwur auf einen IS-Anführer geleistet. Es ist für normal denkende Menschen nicht nachvollziehbar, was in den Köpfen dieser Jugendlichen vor sich geht. Der Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, dass wir in unsere Sicherheit noch mehr investieren müssen, um unsere Freiheit zu erhalten. Dankbar muss man den Sicherheitsbehörden sein, diesen Anschlag vereitelt zu haben. Nicht übersehen darf man dabei, dass allein die österreichischen Behörden den Anschlag wohl nicht hätten verhindern können. Die Hilfe anderer Dienste, womit vornehmlich die USA gemeint sind, ist unerlässlich. Offenbar verfügen die amerikanischen Geheimdienste über andere und weitreichendere Möglichkeiten, Terrorakten auf die Spur zu kommen. Diese Methoden sind vermutlich nicht unbedingt kompatibel mit unseren Rechtsnormen. Wir erstat-

ten schon Anzeige, wenn eine Drohne über uns kreist. Persönlichkeitsrechte und Datenschutz sind wichtig. Dann sollten wir aber zuerst bestimmte Funktionen in unserem Handy ausschalten und keine WhatsApp, SMS oder E-Mails versenden. Auch Festnetztelefonate können abgehört werden. Und wenn wir von A nach B wollen, vielleicht mal wieder den guten alten Stadtplan und nicht den Navi verwenden. Von uns sind enorm viele persönlichen Daten überall hinterlegt, kommt es wirklich noch darauf an, dass per Gesichtserkennung die Polizei erfährt, dass ich am Bahnhof Südkreuz in einen Zug nach Hamburg gestiegen bin?

Das Sommerloch fällt in diesem Jahr aus. Der angeblich beigelegte Streit um den Bundeshaushalt ist Dank des Vorsitzenden der Kleinstpartei FDP wieder voll entflammt. **Christian Lindner** bringt sich in Position, künftig ohne SPD und Grünen zu regieren. Das Geheimnis, wie das gelingen soll, liegt vermutlich auf dem Grund von Loch Ness.

Heute ist mal wieder Umfragetag. ARD und ZDF veröffentlichen die Zahlen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen. Am 28. September 2025 finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Bis dahin kann sich noch viel verändern. Derzeit liegt die Union bei 32 Prozent, SPD 15, Grüne 10,5, AfD 17, BSW 9,5. Die Linke (3%) wäre raus, die FDP (5%) vielleicht noch drin und erhofft sich, wie seit Jahrzehnten, das Zünglein an der Waage sein zu dürfen.

Die Machtoptionen von CDU und CSU sind begrenzt. Mit der SPD ginge es knapp, mit den Grünen nicht, es sei denn, man holt sich noch die FDP ins Boot. Viel Vergnügen.

Während bei der SPD bezüglich des Kanzlerkandidaten alles geklärt ist - natürlich tritt der äußerst erfolgreiche und charismatische Amtsinhaber **Olaf Scholz** wieder an - muss sich die Union mit drei möglichen Bewerbern herumschlagen. Nach dem ARD-Deutschlandtrend halten 38 Prozent **Markus Söder** für den richtigen Kandidaten, 52 Prozent nicht. **Hendrick Wüst** kommt auf 36 Prozent Zustimmung und 33 Prozent Anlehnung. Und derjenige, der sich für den geborenen Kanzler hält, **Friedrich Merz**, landet nur auf dem dritten Platz, 27 Prozent halten ihn für das, was er selbst von sich hält, aber 59 Prozent sagen Never Ever!

Mehr als Probewahlen. Am Abend des 1. September, also gerade mal in drei Wochen, könnte ein Ruck durchs Land gehen. In **Sachsen** und **Thüringen**

1



wird gewählt. Das Polit-Barometer des ZDF sieht die CDU in Sachsen bei 34 Prozent, AfD 30, Grüne und SPD jeweils 6, und das BSW 11 Prozent. Selbst mit einer Beteiligung von SPD und Grünen würde es für eine CDU-Regierung nicht oder nach Mandaten nur knapp reichen.

In Thüringen ist die Lage noch dramatischer. Die Linke käme auf 15 Prozent, AfD 30, CDU 21, SPD 7 und BSW 19. Die Linke in Sachsen und die Grünen in Thüringen laufen unter dem Radar.

Und schon wird heftig diskutiert, wie man das Bündnis der Beliebigen-Populistin **Sahra Wagenknecht** regierungsfähig machen kann. Auf die Bürgerrechtler der DDR haben die Wähler schon 1990 nicht gehört. Ihnen ist zwar ganz wesentlich der Zusammenbruch der DDR zu verdanken, bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 wurden sie aber regelrecht versenkt. 1,2 Prozent stand auf dem Konto, im Westen nicht messbar, im Osten immerhin 6,2 Prozent. Undank ist der Welten Lohn. Die Menschen in der DDR ließen sich lieber von **Helmut Kohl** blenden, der ihnen „blühende Landschaften“ versprach, ohne allerdings ein Datum zu nennen. Erst in diesem Jahr haben Senioren in Ost und West die gleiche Renten-Erhöhung bekommen.

Ehemalige prominente DDR-Bürgerrechtler wie **Marianne Birthler** und **Markus Meckel** haben vor einer Regierungsbeteiligung des Wagenknecht-Bündnisses gewarnt, vor allem wegen der Putin-Nähe dieses Bündnisses.

Im Wahlprogramm des BSW für Thüringen schreibt Wagenknecht: „Am 1. September geht es um einen echten Neubeginn für Thüringen. Als Vorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verspreche ich (Sahra Wagenknecht, Anm.d.Red.) Ihnen: Mit uns gibt es nach der Wahl kein Weiter so bürgerferner Politik in Ihrem Bundesland, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz konkreten Probleme und Hoffnungen.“

Je stärker das BSW wird, desto mehr Vernunft und Gerechtigkeit ziehen in Thüringens Politik ein. Eine starke BSW-Fraktion im Erfurter Landtag wäre auch ein klares Signal an die Ampel in Berlin, die seit über zwei Jahren dabei ist, Land und Leute mit ihrer undurchdachten Politik zu ruinieren. Unser Land wird zweifellos von der schlechtesten Koalition regiert, die die Bundesrepublik je hatte. Arrogant, ideologiegetrieben, inkompetent!“ Zu möglichen Koalitionspartnern in Thüringen äußert sich Wagenknecht nicht. Gemeinsam mit der AfD würde es rechnerisch rei-

chen, mit einem Faschisten als Ministerpräsident. Schließen wir dieses Szenario aber aus.

Wer bleibt? Allein mit der CDU würde es nicht reichen. Eine Koalition, in der Linke und ihre Verräterin säßen, wäre auch kaum vorstellbar. Die Zersplitterung in Linke und BSW ist in Thüringen besonders dramatisch, kämen doch beide gemeinsam auf 34 Prozent und der parteiübergreifend anerkannte Ministerpräsident **Bodo Ramelow** könnte im Amt bleiben, wenn die CDU ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse überdenken würde. Das sind alles Geschichten aus dem Reich der Fantasie. Aber irgendeine Koalition muss es ja schließlich geben, um den Faschisten **Björn Höcke** zu verhindern.

Während die CDU auf Wagenknecht schießt, tritt ihr diese kräftig in den Hintern, wobei sie auch noch gleich die Grünen versenkt, was in Thüringen einer Leichenschändung gleichkommt.

„Aber es gibt etwas, das tatsächlich noch gefährlicher wäre als die Ampel: eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen im Bund. Mit dieser Koalition würden auch noch die letzten militärischen Hemmungen fallen. Jede Stimme für die CDU bei der Landtagswahl in Thüringen ist auch Rückenwind für Friedrich Merz, der uns durch die Lieferung von Taurus-Raketen noch tiefer in den Ukraine-Krieg hineinziehen möchte. Wer CDU wählt, wählt auch Politiker wie Roderich Kiesewetter, der ‚den Krieg nach Russland tragen‘ und die Ukraine befähigen möchte, staatliche Einrichtungen in Moskau mit deutschen Waffen in Schutt und Asche zu legen. Dieser Wahnsinn darf nicht unterstützt, er muss gestoppt werden.“

Tja, was soll man sagen. Manchmal erfüllen sich Befürchtungen aus Wahlprogrammen schneller als gedacht. Der von Putin begonnene Krieg gegen die Ukraine findet nun auch in seinem Land statt. Schuld daran ist nicht Herr Kiesewetter, sondern er selbst.

Deprimierend. Alle in diesem Beitrag angesprochenen Themen bleiben offen. Brauchen wir in diesem Sommer Nessi? Nein. Wer wird Kanzlerkandidat der Union? Keine Ahnung. Gelingt es Sahra Wagenknecht Putins Krieg in der Ukraine durch Diplomatie zu beenden? Wohl kaum. Wir entlassen Sie also ratlos ins Wochenende. Schauen Sie sich die letzten Medaillenkämpfe bei **Olympia** an, oder besuchen Sie ein Konzert von **Young Euro Classic**. Auch das Festival leidet unter der aktuellen Lage, denn das israelische **Galilee Chamber Orchestra** hat sein Konzert am 12. August abgesagt.

Ed Koch

11) Mehr als ein Partner.

Deutschland ist nun Teil der UN-Schutzmission an der Grenze zu Nordkorea. Damit sendet Berlin ein Signal, das weit über Asien hinausgeht

Von Eric Ballbach

08.08.2024



An der innerkoreanischen Grenze stehen neben süd- und nordkoreanischen Soldaten auch UN-Schutztruppen. Deren neuestes Mitglied: Deutschland. -picture alliance/dpa/Stephan Schulz

Dieser Schritt geht weit über reine Symbolik hinaus: Deutschland ist als 18. Mitglied dem *UN Command* in Korea (UNC) beigetreten. Das UNC war ursprünglich am 7. Juli 1950 nach der Anerkennung der Aggression durch die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) gegen die Republik Korea (Südkorea) durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Unterstützung Südkoreas etabliert worden. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens 1953 besteht die Hauptaufgabe der von den USA geführten multinationalen Truppe darin, die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands zu überwachen sowie den innerkoreanischen Dialog zu fördern. Seit dem 2. August dieses Jahres ist Deutschland nun Teil des *UN Command*.

Bereits 2019 bemühte sich die Bundesrepublik darum, dem UNC beizutreten. Dies wurde jedoch vom damaligen Präsidenten Südkoreas, Moon Jae-in, abgelehnt, um seine auf Entspannung und Einbindung ausgelegte Nordkoreapolitik nicht zu gefährden – denn Pjöngjang fordert schon lange die Auflösung des UNC. Seither hat sich die Situation auf der koreanischen Halbinsel jedoch ebenso grundlegend verändert wie die Haltung der konservativen Regierung Yoon Suk Yeols, die sich um eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit den UNC-Mitgliedstaaten bemüht hat, [um die wachsende militärische Bedrohung durch Nordkorea abzuschrecken](#). Vor diesem Hintergrund traf die erneute deutsche Bewerbung um die Mitgliedschaft 2024 auf breite Unterstützung, sowohl in Südkorea als auch in den USA.

Für den Beitritt Deutschlands zum UNC lassen sich mehrere Gründe festmachen. *Zuvorderst* ist der Schritt eine konsequente Fortsetzung der immer engeren bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Südkorea. Das Land wird von Berlin nun als einer seiner beiden wichtigsten asiatischen Partner angesehen. Aufbauend auf den traditionellen Kooperationsfeldern – Wirtschaft, Teilung/Wiedervereinigung, Kultur und Wissenschaft –

Seite E 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

haben sich die Beziehungen zwischen Berlin und Seoul in der jüngeren Vergangenheit auf weitere Politikfelder und insbesondere auch auf den strategischen Bereich ausgeweitet.

Konkrete Beispiele hierfür sind etwa ein von Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Yoon Suk Yeol angekündigtes Abkommen zum Schutz militärischer Informationen, welches darauf abzielt, die praktische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu stärken und die Lieferketten der Verteidigungsindustrie zu stabilisieren. Ausgebaut wurde auch die cybersicherheitspolitische Zusammenarbeit. Im März 2023 sowie im Februar 2024 veröffentlichten der deutsche Verfassungsschutz und der koreanische *National Intelligence Service* zwei gemeinsame Sicherheitshinweise, um auf nordkoreanische Cyberspionagekampagnen aufmerksam zu machen – ein Novum in der cybersicherheitspolitischen Kooperation zwischen Europa und Südkorea.

Deutschlands Beitritt zum UNC ist durchaus Ausdruck der dramatisch gewachsenen Bedeutung Südkoreas für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Für die gewachsene Bedeutung sicherheitspolitischer Aspekte im deutsch-koreanischen Verhältnis spricht ferner, dass die Deutsche Luftwaffe im Nachgang zu den multinationalen Militärübungen *Pitch Black* und *Kakadu* in Australien an Kooperationen mit Südkorea und Japan teilnahm und sich die Bundesrepublik im Rahmen ihrer [Einsätze im Indopazifik](#) wiederholt an der Überwachung der Sanktionen gegen Nordkorea beteiligte. So betrachtet ist Deutschlands Beitritt zum UNC durchaus Ausdruck der dramatisch gewachsenen Bedeutung Südkoreas für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Dies betonte auch Verteidigungsminister Boris Pistorius im Rahmen der Beitrittszeremonie: Die Bundesrepublik zeige mit diesem Schritt deutlich, dass die Republik Korea für Deutschland nicht nur ein überaus wichtiger Partner, sondern ein echter Wertepartner sei.

Daher dient der Beitritt *zweitens* auch dazu, Einigkeit und Standhaftigkeit gegen jene zu demonstrieren, die diese gemeinsamen Werte und die internationale Ordnung angreifen. Er ist als Ausdruck des deutschen Einsatzes für die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung zu sehen – und diese, so Pistorius, müsse an unterschiedlichen Orten dieser Welt gegen Provokationen und angesichts der Bedrohung durch Aggressoren verteidigt werden, in Europa genauso wie im Indopazifik. So spiegelt der Beitritt insbesondere auch die Besorgnis Berlins über den Einmarsch Russlands in die Ukraine und [die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Pjöngjang wider](#), die jüngst im Abschluss einer umfassenden strategischen Partnerschaft mündete.

Die Mitgliedschaft im UNC ist *drittens* auch ein Ausdruck der grundlegenden Überzeugung der Bundesregierung, dass die europäische Sicherheit eng mit der Sicherheit im indopazifischen Raum verbunden und ein stärkeres Engagement im Indopazifik daher unerlässlich sei. Dabei ist die Mitwirkung im *UN Command* nicht nur ein konkreter Beitrag, den Deutschland realistisch zu leisten vermag. Es ist auch ein Schritt, um das deutsche Engagement in der Region auf eine dauerhaftere Ebene zu setzen.

Nordkorea bezeichnete das UNC in der Vergangenheit wiederholt als „amerikanisches Konfrontations-Instrument“ und eine „illegale Kriegsorganisation“.

Auch wenn die Bundesrepublik wiederholt beteuerte, dass sich der Beitritt zum UNC nicht gegen Nordkorea richte, wurde der Schritt von Pjöngjang – wenig überraschend – vehement kritisiert. Nordkorea bezeichnete das UNC in der Vergangenheit wiederholt als „amerikanisches Konfrontations-Instrument“ und eine „illegale Kriegsorganisation“. In einer Meldung der Nachrichtenagentur KCNA verurteilte ein Sprecher des Außenministeriums den Beitritt Deutschlands zum UNC als einen „Akt, der den Frieden und die Stabilität auf der

Seite E 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

koreanischen Halbinsel bedrohe“ und somit „unweigerlich die militärische und politische Situation auf der koreanischen Halbinsel und in der Region verschärfe“. Außerdem warnte er, dass Nordkorea seine Selbstverteidigungsfähigkeiten weiter ausbauen und Deutschland für die Verschärfung der regionalen Spannungen die volle Verantwortung tragen werde.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich Deutschland mit dem Beitritt zum UNC selbst um eine mögliche Vermittlerrolle im Konflikt auf der koreanischen Halbinsel bringt. Dies ist klar zu verneinen, denn Deutschland steht in dem Konflikt ganz deutlich an der Seite Südkoreas und der USA – und wurde daher auch seitens Nordkoreas nicht als möglicher unabhängiger Vermittler wahrgenommen. So war die Bundesrepublik in der Vergangenheit beispielsweise auch eine der treibenden Kräfte für härtere EU-Sanktionen gegen Nordkorea. Das ist auch Nordkorea bewusst. Dennoch stellt sich die Frage, wie der deutsche Beitritt zum UNC die bilateralen Beziehungen zwischen Berlin und Pjöngjang beeinflussen wird. Trotz der scharfen rhetorischen Verurteilung Deutschlands durch Nordkorea ist es eher unwahrscheinlich, dass Pjöngjang die Beziehungen zur Bundesrepublik vollständig abbrechen wird. Letztlich unterhält Nordkorea auch weiterhin Beziehungen zu anderen UNC-Mitgliedern, wie etwa zum Vereinigten Königreich oder Schweden. Nicht auszuschließen ist hingegen, dass der Schritt etwaige Engagement-Initiativen Deutschlands gegenüber Nordkorea in der Zukunft (negativ) beeinflussen könnte.

Der Beitritt Deutschlands zum UNC ist weit mehr als bloße Symbolik. Zwar muss das genaue Mandat Deutschlands innerhalb des UNC noch ausdefiniert werden, und es kann davon ausgegangen werden, dass der Beitritt nicht notwendigerweise bedeutet, dass Deutschland greifbare Unterstützung in Form von militärischen Mitteln anbieten werde. Vielmehr wird es, wie bei den meisten Mitgliedstaaten, wohl primär um eine Einbindung in die Austausch- und Dialogprozesse des UNC sowie um begrenzte personelle Unterstützung gehen. Dennoch untermauert Deutschland damit sein Engagement in der Region und sein langfristiges *Commitment* gegenüber Südkorea. Darüber hinaus ist daran zu erinnern, dass das UNC, trotz der ablehnenden Haltung Nordkoreas, eine wichtige Rolle im Konflikt auf der koreanischen Halbinsel spielt. Oftmals ist es der erste – und immer häufiger der einzige – Kommunikationskanal mit Nordkorea in Krisenfällen.



Eric Ballbach, Berlin

Eric J. Ballbach ist derzeit *Korea Foundation Fellow* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Er forscht zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik Nord- und Südkoreas, innerkoreanische Beziehungen, Multilateralismus in Ostasien und koreanische Identitätspolitik.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mehr-als-ein-partner-7698/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) Es reicht meint Ed Koch



Es reicht meint Ed Koch



Foto: Lars Düsterhöft

Es ist genug, was man in dieser Stadt zu ertragen hat, es reicht. Auch wenn Anschläge auf Büros von Politikern schon zum Alltag gehören, muss man sich nicht daran gewöhnen. Jüngstes Opfer ist der SPD-Abgeordnete **Lars Düsterhöft**. Auch wenn es sich nach erstem Anschein nicht um Einschusslöcher handelt, so soll es doch zumindest so aussehen.

Neben dem beschädigten Bild des Politikers, eine Parole: „Wir verurteilen Deutschland für den Genozid.“ Wer ist „Wir“ und wer maß sich an, Deutschland für einen Genozid verurteilen zu wollen? Gemeint ist ja nicht der tatsächliche Versuch Nazi-Deutschlands, an den Juden Europas einen Genozid zu vollführen, dem immerhin sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen, sondern der angebliche Versuch Israels einen Völkermord an den Palästinensern zu verüben.

Es ist unbestritten, dass die berechtigte Reaktion Israels auf den Mordanschlag vom 7. Oktober des letzten Jahres, die Terrororganisation Hamas vernichten zu wollen, zu viele Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen gefordert hat. Dennoch handelt es sich hier nicht um einen Völkermord. Wenn pro-palästinensische Demonstranten, die die Hamas für eine Freiheitsbewegung halten, „from the river to the sea“ rufen, dann meinen sie damit die Vernichtung Israels. Sie beklagen also einen angeblichen Völkermord an den Palästinensern und rufen zu einem Völkermord an den Juden auf.

Es ist das Problem jeder multikulturellen Metropole, dass sich alle Konflikte, die irgendwo auf der Welt ausgetragen werden, wie in einem Brennglas hier widerspiegeln. Wo auch immer Diktatoren ihr Unwesen treiben, ist eine Gruppe von Menschen aus diesem Land bei uns ansässig und geht dagegen auf die Straße. Natürlich, wo sonst, im eigenen Land würden sie sofort festgenommen werden. Es ist wichtig, auf das Elend in dieser Welt hinzuweisen, aber auch

ziemlich bequem, hat man doch hier nichts zu befürchten, weil alle Demonstrationen grundgesetzlich erlaubt sind. Es finden inzwischen aber zu viele Stellvertreter-Demos statt. Es kann auch nicht sein, dass ständig wichtige Verkehrsverbindungen in der Stadt wegen unzähliger Demonstrationen lahmgelegt werden. Es gibt schon genügend Einschränkungen durch so genannte Fan-Meilen und unsinnige Fahrraddeimos. Dazu gibt's am Freitag einen Beitrag.

Blicken wir noch einmal auf den Alltagsterrorismus in Berlin. Auch wenn die vielen politischen Demonstrationen nerven, so gehören sie in einer Demokratie dazu. Was nicht akzeptiert werden kann, sind Anschläge wie die auf Büros von Politikern, und erst recht nicht auf Politiker selbst.

Dass die Deutsche Bahn, obwohl man sie immer wieder darauf hingewiesen hat, ihre kritische Infrastruktur nicht ungeschützt zu lassen, dem nicht nachgekommen ist, ist schlimm genug. Schlimmer aber ist, wenn durch Kabelbrände tagelang der Schienenverkehr beeinträchtigt wird. Es gibt freilich Abstufungen von Terroranschlägen, aber, ob klein oder größer, Terroranschlag bleibt Terroranschlag.

Das gilt auch für Eingriffe in den Luftverkehr. Die Ziele der so genannten „Letzten Generation“ sind fraglos ehrenwert, sie dienen aber nicht zur Bekämpfung der unvermeidlichen Klimakatastrophe, die viele immer noch für Wetterphänomene halten. Zäune von Flughäfen durchzuschneiden und sich auf Rollbahnen festzukleben, ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Terrorakt, wenn auch auf der Skala weiter unten vermerkt.

„Man muss diesen letztlich harmlosen Störern schon dankbar sein, dass sie auf die massiven Sicherheitsmängel an Flughäfen aufmerksam machen. Es könnten auch Terroristen sein.“, sagt der Luftfahrtexperte **Heinrich Großbongardt**. Quelle: WDR

So kann man es natürlich auch sehen. Nein, die Mitglieder der „letzten Generation“ sind keine „harmlosen Störer“, sie richten mit ihren Aktionen immensen wirtschaftlichen Schaden an und schränken tausende von Menschen in ihrem Recht ein, sich frei und ungehindert, in diesem Land bewegen zu können.

Angesichts der mannigfachen Gefahr, in der wir uns befinden, von zunehmenden Messerattacken bis hin zu Eingriffen in die kritische Infrastruktur, müssen wir uns damit abfinden, künftig mehr Geld für unsere Sicherheit aufzuwenden. Ob kleine oder größere Terroristen, sie haben uns den Krieg erklärt. Frei nach Pistorius muss auch die Polizei kriegstüchtig werden.

13) Woher kommst Du. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-06

5. August 2024

49. Jahrgang

Woher kommst Du?

Wenn es keinen Anlass gibt, dann schafft man sich einen. Und das geschieht, wie heutzutage üblich, durch das Verbreiten von Falschmeldungen. Die in Großbritannien aktiven rechtsextremen Horden haben nur auf die Gelegenheit gewartet, ihren Hass Einwanderern gegenüber austoben zu können.

Auslöser der anhaltenden Randalen in mehreren Städten war die abscheuliche Tat eines 17-jährigen, in Wales geborenen Mannes, dessen Eltern, so die BBC, aus Ruanda stammen sollen. In sozialen Medien machte sich allerdings die Falschnachricht breit, dass es sich bei dem mutmaßlichen Täter um einen irregulär eingereisten muslimischen Migranten handelt. Bei der Tat vor einer Woche wurden drei Mädchen erstochen und mehrere Kinder sowie zwei Erwachsene teilweise lebensgefährlich verletzt. *Tagesspiegel*

„Eine Vergleichsstudie des ‚Berliner Forum Gewaltprävention‘ geht bei der Suche nach Ursachen für Ausländerkriminalität von einer Wechselwirkung verschiedener Faktoren aus: Es gibt heute keinen ernstzunehmenden Zweifel mehr, dass die Merkmale ‚Staatsangehörigkeit‘ oder ‚Ethnie‘ für die Erklärung von Kriminalität bedeutungslos sind. Dies gilt natürlich auch für den Begriff des ‚Ausländers‘, der ‚sich aus der Differenz zwischen der Staatsangehörigkeit eines Individuums und seinem momentanen geographischen Standort ergibt. Für die Annahme, dass dies eine Ursache für Kriminalität sein sollte, existiert kein einziger triftiger Grund.“ *Wikipedia*

„Der Deutsche Presserat bestimmt in Ziffer 12.1 (Berichterstattung über Straftaten) seines Pressekodex: In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“ *Wikipedia*

In dieser Situation, die auch von deutschen Rechts-extremisten sehr genau beobachtet wird, fordert FDP-Generalsekretär **Bijan Djir-Sarai**, „dass Behörden künftig generell die Nationalität der Tatverdächtigen nennen dürfen, wenn sie Auskünfte zu Straftaten erteilen. ‚Die Menschen in Deutschland müssen sich sicher fühlen und darauf vertrauen können, dass die Politik das Problem der Ausländerkriminalität ernst nimmt‘, sagte Djir-Sarai der ‚Bild am Sonntag‘ und plädierte für bundesweit einheitliche Regelun-

gen. ‚Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Probleme unter den Teppich gekehrt werden.‘ Das ehrliche Benennen von Ausländerkriminalität sei wichtig, um die bestehenden Herausforderungen entschlossen anzugehen und das Thema nicht den Populisten zu überlassen. Wer versuche, diese Debatte zu unterdrücken, mache Politik an der Lebensrealität der Menschen vorbei und befeue das Misstrauen in den Staat. ‚Die Behörden sollten deshalb künftig bei Auskünften über Straftaten stets die Nationalität der Tatverdächtigen nennen, um die notwendige Transparenz zu schaffen‘, so Djir-Sarai.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine

Der FDP-Generalsekretär will das Thema nicht den Populisten überlassen, äußert sich selbst aber populistisch. Er unterstellt, dass das Thema „Ausländerkriminalität“ nicht ernst genommen wird und der Eindruck entstehen könnte, das Problem solle unter den Teppich gekehrt werden. Wer die Nachrichten verfolgt, kann diesen Eindruck jedoch nicht gewinnen.

Bewiesen werden soll, dass wir von „Ausländerkriminalität“ verschont blieben, wenn es keine Ausländer gäbe. So einfach kann man denken. Wie soll das in einem Rechtsstaat gehen? Das Asylrecht abschaffen? Und wer ist eigentlich Ausländer? Alle Menschen, die bei uns leben und nicht den deutschen Pass haben. Klar. Was ist aber mit denen, die einen deutschen Pass und einen Einwandererhintergrund haben? Wer in Deutschland geboren wurde, ist Deutscher, egal, wo seine Eltern oder Großeltern herkommen.

Wie soll also die Nennung von Straftätern, die übrigens bis zu ihrer Verurteilung als unschuldig gelten, erfolgen? „Ein 23-jähriger Deutscher Staatsbürger, dessen Eltern in der Türkei geboren wurden, hat einen 78-jährigen im Volkspark angegriffen?“ Oder „Ein 32-jähriger syrischer Asylbewerber hat ein Juwelergeschäft in Spandau ausgeraubt?“ Wem, wenn nicht dem in Lauerstellung befindlichen rechtsextremen Mob, hilft es, zu wissen, welchen familiären Hintergrund oder Aufenthaltsstatus ein Täter hat?

Richtig ist, dass 2023 rund 2,2 Millionen Tatverdächtige registriert wurden. 41,1 Prozent waren „nicht-deutsche“ Tatverdächtige. Der Anteil ausländischer Staatsbürger an der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland liegt bei 15 Prozent. *Mediendienst Integration*

Alle Ausländer raus und dann leben wir besser? Populisten leben in einer Scheinwelt, in der sie alles fordern können und nichts einlösen müssen.

Ed Koch

14) Mission Frieden.

Eine friedliche Koexistenz mit Russland erscheint unerreichbar. Die Rückkehr zur ursprünglichen Ostpolitik könnte helfen, dem Ziel näherzukommen

Von Hans Kundnani

01.08.2024



Der sowjetische Parteivorsitzende Leonid Breschnew im Gespräch mit Kanzler Willy Brandt auf dem Schwarzen Meer. Immer mit dabei: der Architekt der Ostpolitik, Egon Bahr.- picture alliance / AP | Fritz Reiss

In Deutschland herrscht allgemein die Vorstellung, dass die Ostpolitik – worunter man gewöhnlich eine Politik versteht, die auf der Idee einer friedlichen Koexistenz mit Russland basiert und auf die Entspannungspolitik Willy Brandts zurückgeht – inzwischen völlig diskreditiert ist. Selbst diejenigen, die zugestehen, dass sie in den 1970er Jahren erfolgreich war, halten sie anscheinend für überholt und sind der Ansicht, sie sollte komplett aufgegeben werden. Dabei brauchen wir Ostpolitik – und das wohl derzeit mehr denn je. Insbesondere die Sozialdemokratie sollte sich wieder auf sie besinnen, statt sie ad acta zu legen.

[Deutschlands außenpolitische Eliten](#) sind überwiegend der Ansicht, die Sozialdemokraten seien bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 in einer überkommenen Sichtweise gefangen gewesen, die auf Brandts Ansatz zurückgehe. Bundeskanzler Olaf Scholz habe zwar nach dem Einmarsch einen neuen Kurs versprochen, sei aber beim Investieren in die militärischen Kapazitäten nicht weit genug gegangen, bei den nötigen Waffenlieferungen an die Ukraine zu zögerlich gewesen und habe nicht deutlich genug gesagt, dass Russland besiegt werden müsse. Mit anderen Worten: Die Sozialdemokraten können von der Ostpolitik nicht ganz lassen.

Ich sehe das anders. Mehr als zehn Jahre lang habe ich die damals in Deutschland und in anderen westlichen Ländern vorherrschende Auffassung kritisiert, die wirtschaftliche Verflechtung mit China und Russland werde diese Länder entweder demokratisieren oder in „verantwortungsvolle Akteure“ der internationalen Ordnung verwandeln. Ich war also alles andere als ein Verfechter des von Gerhard Schröder bis Angela Merkel vertretenen weichen Kurses gegenüber autoritären Staaten. Schon 2013 [habe ich darauf hingewiesen](#), das Prinzip „Wandel durch Handel“ sei keine Fortführung, sondern ein Zerrbild der Ostpolitik.

Egon Bahr, der Architekt der Ostpolitik, war ein Realist und hatte nicht die Transformation der Sowjetunion, sondern die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinn. Das Konzept, das er 1963 in seiner berühmten Rede in Tutzing vorschlug, zielte keineswegs auf wirtschaftliche Verflechtung. Damals lautete das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“, nicht „Wandel durch Handel“. Es ging mehr um zwischenmenschliche Beziehungen als ums Geschäft – und soweit die wirtschaftliche Verflechtung überhaupt eine Rolle spielte, war sie nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

„*Wandel durch Handel*“ war das liberale Zerrbild einer realistischen Grundidee.

Doch seit der Ära Schröder wurde dieser durchaus kluge und erfolgreiche Grundsatz aus der Zeit des Kalten Krieges nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von anderen instrumentalisiert. Er musste als Rechtfertigung für einen ganz anderen Kurs gegenüber einem Land herhalten, bei dem es sich nicht mehr um die Sowjetunion handelte, sondern um ein nach dem Kalten Krieg von Grund auf verändertes Russland. Nun war das Geschäftemachen nicht mehr ein Mittel zum Zweck, sondern das eigentliche Ziel. Um dem Ganzen einen moralischen oder strategischen Anstrich zu geben, wurde jedoch behauptet, Handel führe von sich aus zu „Wandel“ in den autoritären Staaten, mit denen Deutschland Geschäfte machte. Kurzum: „Wandel durch Handel“ war das liberale Zerrbild einer realistischen Grundidee.

Inzwischen hat Deutschland aber offensichtlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Da die Ostpolitik derart sinnentstellt ist, dass man vergessen hat, worum es eigentlich ging, erscheint sie angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine bestenfalls irrelevant und schlimmstenfalls kontraproduktiv. Stattdessen heißt es, es könne keinen Frieden mit Russland geben, solange das Land nicht vollständig besiegt sei, und wir müssten uns deshalb auf einen langen Krieg einstellen. Außerdem ergebe es keinen Sinn, über einen Frieden mit Russland überhaupt nur nachzudenken – allein schon das Nachdenken spiele Putin in die Hände.

Doch die Ostpolitik – im Unterschied zu dem Zerrbild von „Wandel durch Handel“, das mit Schröder seinen Anfang nahm – ist nach wie vor relevant. Mehr noch: Eine Ostpolitik wird heute dringender gebraucht als vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2022. Bei allen Unterschieden zwischen damals und heute gleicht die derzeitige Lage in Europa dem Kalten Krieg stärker als in den zwei Jahrzehnten nach dessen Ende. Damit könnte die geschickte Strategie aus der Zeit des Kalten Krieges so relevant werden wie schon lange nicht mehr.

Heute muss das Ziel Frieden mit Russland sein.

Bahrs Konzept beinhaltet zwei ausgesprochen innovative und interessante Aspekte, die für das Nachdenken über die deutsche Russlandpolitik heute bedeutsam sind. Der erste Aspekt ist der paradoxe Gedanke, die Realität zu akzeptieren, um sie verändern zu können. Für Bahr war dies die Teilung Deutschlands. Er kam zu der Einsicht, dass die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik der beste Weg sei, um die Teilung zu überwinden. Er nannte das „innerdeutsches Judo“.

Der zweite Aspekt der Ostpolitik ist der Gedanke, in kleinen Schritten auf ein langfristiges Ziel hinzuarbeiten, das unerreichbar scheint. Für Bahr war der erste Schritt ein Abkommen mit der DDR, das es der Bevölkerung Westberlins ermöglichte, Passierscheine für den Besuch bei Verwandten in Ostberlin zu beantragen. Das muss damals bestenfalls belanglos gewirkt und schlimmstenfalls als Zugeständnis wahrgenommen worden sein – doch es war der Beginn eines Prozesses, der die beiden deutschen Staaten zusammenführen sollte.

Seite E 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Auch wenn viele den Eindruck haben, es gebe einen neuen Kalten Krieg, ist die heutige Situation natürlich eine ganz andere als in den frühen 1960er Jahren, als Bahr die Ostpolitik auf den Weg brachte, und in den 1970er Jahren, in denen Willy Brandt sie als Kanzler in die Tat umsetzen konnte. Vor allem ist Deutschland inzwischen wiedervereinigt. Die Sozialdemokraten sollten darüber nachdenken, wie sie diese beiden Aspekte von Bahrs Ansatz auf die heutige Situation in Europa anwenden könnten.

Heute muss das Ziel – also das, was für Bahr die deutsche Wiedervereinigung war – Frieden mit Russland sein. Im Moment scheint dies so weit entfernt und unerreichbar wie die deutsche Wiedervereinigung in den frühen 1960er Jahren. Doch die Ostpolitik lehrt, auf der einen Seite die aktuelle Realität zu akzeptieren, ohne aber auf der anderen Seite das Ziel aus den Augen zu verlieren, was die außenpolitischen Eliten in Deutschland allem Anschein nach tun. Zudem sollte darüber nachgedacht werden, welche kleinen Schritte unternommen werden können, um dieses Ziel am Ende zu erreichen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Hans Kundnani, London

Hans Kundnani ist Visiting Fellow am *Remarque Institute* an der *New York University* sowie *Open Society Foundations Ideas Workshop Fellow*. Sein jüngstes Buch *Eurowhiteness: Culture, Empire and Race in the European Project* erschien 2023.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mission-frieden-7668/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

15) Never ever. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-02

1. August 2024

49. Jahrgang

Never Ever

Die Nachrichten verdichten sich. Es soll einen Gefangenen austausch geben. Auf der westlichen Seite rechtskräftig verurteilte Straftäter, auf der östlichen Seite unschuldig in die Fänge der Geheimdienste in Unrechtsstaaten wie Russland und Belarus geratene Journalisten oder andere Menschen.

Jeder, der in diese Staaten reisen will, sollte vorher schriftlich erklären, dass er dies auf eigenes Risiko tut. Niemand kann sicher sein, nicht aus irgendeinem fadenscheinigen Grund in den Kerker geworfen oder zum Tode verurteilt zu werden.

Im Gespräch ist auch der so genannte „Tiergartenmörder“, der, nach Auffassung des Gerichts, in russischem Auftrag einen Georgier im Berliner Tiergarten ermordet hat.

Länder wie Russland und Belarus wissen, wie sie ihre „Helden“ wieder frei bekommen. Es laufen genügend potenzielle Opfer in ihren Ländern herum, die man schon wegen eines Selfies vor einem Toilettenhäuschen mit Spionageverdacht festnehmen kann.

Nur, wenn klar gesagt wird, dass wir uns an keinem Gefangenen austausch mit Mördern beteiligen, könnte das Geschäftsmodell scheitern. Ein rechtskräftig verurteilter Mörder darf nicht freikommen. Niemand kann sicher sein, dass der „Tiergartenmörder“ mit neuer Identität eines Tages zurückkehrt und den nächsten Mordauftrag ausführt.

Es muss andere Wege geben, unschuldig im Kerker sitzende Deutsche freizubekommen, und wenn es durch einen Freikauf geschieht. Die Bundesrepublik hat Millionen D-Mark ausgegeben, um Deutsche, die in den DDR-Kerkern saßen, freizukaufen. Es gab dafür sogar eine Behörde mit dem schönen Namen „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“, 1969 umbenannt in „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“. Prominenteste Minister, **Rainer Barzel** (CDU) und **Herbert Wehner** (SPD). Nach der Wiedervereinigung wurde das Ministerium 1991 aufgelöst. Dieses Ministerium beschäftigte sich im Wesentlichen mit dem Freikauf von Gefangenen.

Natürlich will niemand seine Landsleute in den Kerkern der Unrechtsstaaten verrotten lassen, es muss aber Grenzen geben. Und diese Grenze heißt: Kein Austausch mit Mördern – Never Ever.

Ed Koch

16) Schurkenstück



paperpress

seit 1976



Nr. 627-24

31. Juli 2024

49. Jahrgang

Schurkenstück

Wir müssen noch einmal auf unser Wahlrecht zurückkommen. Schließlich ist es die einzige rechtsstaatliche Möglichkeit, eine Regierung im Amt zu bestätigen oder abzuwählen. Dass sich die Union, fast wie ALDI Nord und ALDI Süd, Deutschland aufgeteilt hat, ist ein Geburtsfehler der Bundesrepublik. Was aber vor allem an Bayern missfällt, ist, dass dieses Land seit Jahrzehnten von Populisten geführt wird.



Er gehört zu den Schlimmsten dieses Genres. **Alexander Dobrindt**, Statthalter von **Markus Söder** in Berlin, eine Mischung aus Wadenbeißer und Kettenhund. Wenn es ihm aber gelingt, einmal etwas

Richtiges zu sagen, darf man ihn auch loben. Die Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition nennt Dobrindt ein „Schurkenstück“. Foto: Ed Koch

Vordergründig geht es den Regierungsparteien um die Verkleinerung des Bundestages von derzeit 733 auf 630 Abgeordnete. Dagegen kann grundsätzlich niemand etwas haben. Bislang bestand der Bundestag (eigentlich) aus 299 direkt gewählten Abgeordneten (Erststimme) und 299, die über die Landeslisten der Parteien (Zweitstimme) ins Hohe Haus einzogen. Anders als in anderen Demokratien, wie zum Beispiel Großbritannien, soll sich in unserem Parlament die prozentuale Stärke der Parteien widerspiegeln. Vorzurechnen, warum das nur bedingt gelingt, würde zu weit führen. Fakt ist, dass es so genannte Ausgleichs- und Überhangmandate geben muss, um das prozentuale Verhältnis sicherzustellen. Derzeit gibt es 138 dieser „Sondermandate“. Diese wollen die Regierungsfractionen abschaffen und haben dafür gestern aus Karlsruhe vom Bundesverfassungsgericht grünes Licht bekommen.

Es gibt allerdings einen Schönheitsfehler. Seit Gründung der Bundesrepublik vor 75 Jahren galt, dass demjenigen, der einen Wahlkreis direkt gewonnen hat, ein Sitz im Bundestag sicher ist. Dieses höchst demokratische System, das sich weltweit in den verbliebenen Demokratien bewährt hat, wird nun durchlöchert.

Mit der grandiosen Wortschöpfung „Zweitstimmendeckungsverfahren“ werden nicht nur Überhang- und Ausgleichsmandate abgeschafft, sondern auch das Prinzip des Wahlkreisgewinners. Was ist mit „Zweitstimmendeckungsverfahren“ gemeint? „Danach erhalten Wahlkreisbewerber mit den meisten Erststimmen nur dann ein Bundestagsmandat, wenn es von dem aus dem Zweitstimmenergebnis ermittelten Sitzkontingent ihrer Partei gedeckt ist.“ Das ist höchst undemokratisch, auch wenn es „mit dem Grundgesetz vereinbar“ ist, wie das BVerfG urteilt.

Der Jubel darüber, dass vor allem der Steuerzahler gewonnen habe, ist ein Scheinargument. Eine Reduzierung der Wahlkreise wäre demokratischer und genauso kostensparend, als einem Kandidaten den Sieg im Wahlkreis abzuerkennen, nur weil das „Sitzkontingent“ seiner Partei erschöpft ist.

Lassen wir uns erklären, wie sich die Ampel dieses Verfahren vorstellt: „Jeder Wähler hat zwei Stimmen: die Erststimme für die Wahl eines Wahlkreis-kandidaten und die Zweitstimme für die Wahl der Landesliste einer Partei. Zunächst werden die (neu) 630 Bundestagssitze auf die Parteien und ihre Landeslisten verteilt: Jede Partei erhält die ihr nach dem bundesweiten Zweitstimmenergebnis zustehende Sitzzahl. Diese Sitze werden dann auf die Landeslisten der jeweiligen Partei anhand ihrer jeweiligen Anteile an dem bundesweiten Zweitstimmenergebnis verteilt.“

Sodann wird die Besetzungsreihenfolge für diese Sitzkontingente bestimmt: Die erfolgreichen Wahlkreisbewerber – also diejenigen mit den meisten Erststimmen ihres Wahlkreises – rücken in der Rangfolge ihrer Stimmanteile an die Spitze der Landesliste ihrer Partei und werden bei der Vergabe der Sitze zuerst berücksichtigt. Übersteigt die Zahl der einer Landesliste nach dem Zweitstimmenergebnis zustehenden Sitze die Zahl ihrer erfolgreichen Wahlkreisbewerber, werden die übrigen Sitze an Listenbewerber vergeben. Übersteigt die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber einer Landesliste die Zahl ihrer nach Zweitstimmen gedeckten Sitze, so erhalten die Wahlkreisbewerber mit den geringsten Erststimmenanteilen keinen Sitz zugeteilt. Seit wann werden in einer Demokratie Sitze zugeteilt? Ein fragwürdiges Konzept mit dem Nachteil, dass es Kandidaten geben kann, die trotz des Gewinns ihres Wahlkreises keinen Sitz im Bundestag erhalten. Dass das Bundesverfassungsgericht dem zustimmt, ist ein Skandal.



In einer Pressemitteilung vertritt das BVerfG die Ansicht, dass die „Regelungen des Verfahrens der Zweitstimmendeckung mit Art. 38 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und Art. 21 Abs. 1 GG vereinbar“ sind.

Art 38 (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. (3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz. **Art 21 (1)** Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.“

„Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz“. „Der Gesetzgeber kann Neuerungen einführen, die dem bisherigen Wahlrecht fremd waren und Wählerinnen und Wählern ebenso wie Bewerberinnen und Parteien ein Umdenken abverlangen.“ Wie bitte? Ja, es ist befremdlich, wenn der Gewinner eines Wahlkreises nicht ins Parlament kommt. Wir müssen also „umdenken.“ Stellt sich in Karlsruhe oder in den Reihen der Berliner Ampel mal jemand die Frage, was die Wähler dazu sagen?

So viel zum **ersten Teil des Dramas**, das sich gestern in Karlsruhe abspielte. Im **zweiten Teil** hat die Ampel mal wieder eine Klatsche vom Bundesverfassungsgericht bekommen. Und damit sind wir beim richtigen „Schurkenstück“. SPD, Grüne und FDP wollten auch die Grundmandatsklausel abschaffen, die besagt, „dass bei der Sitzverteilung Parteien mit weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen nur dann nicht berücksichtigt werden, wenn ihre Bewerber in weniger als drei Wahlkreisen die meisten Erststimmen auf sich vereinigt haben.“

Die Linke hatte 2021 drei Wahlkreise direkt gewonnen. **Gregor Gysi**, **Gesine Lötzsch** und **Sören Pellmann** mussten aber nicht ganz hinten im Plenum am Katzentisch Platz nehmen, sondern durften, obwohl ihre Partei nur 4,9 Prozent erzielte, noch 36 weitere Genossinnen und Genossen mit ins Boot nehmen und eine Fraktion bilden. Dass sich die Linke Dank **Sahra Wagenknecht** inzwischen gespalten hat, ist eine andere Geschichte.

Um sehr viel mehr als bei der Linken geht es bei der CSU. Legt man ihr Ergebnis auf ganz Deutschland um, so kam sie 2021 auf magere 5,2 Prozent. Was, wenn sie im nächsten Jahr unter fünf Prozent rutschen würde? Dann wäre die CSU als Partei im Bundestag nicht mehr vertreten. Kein Wunder, dass

Alexander Dobrindt so sauer ist. Die Frage darf erlaubt sein, was sich die Ampel dabei gedacht hat. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Damoklesschwert vom seidenen Faden genommen. Und so präsentieren sich nun alle als Teil-Sieger. Ein wahrhaft salomonisches Urteil aus Karlsruhe.

Das Hauptproblem dieses Vorgangs, der den meisten Wählern am Allerwertesten vorbeigehen dürfte, ist jedoch, dass es der Ampel nicht gelungen ist, eine Wahlrechtsreform mit der Union gemeinsam auf die Beine zu stellen.

Ed Koch

Stimmen zu dem Urteil des BVerfG:

Thorsten Frei (CDU): „Es müsse gewährleistet sein, dass der siegreiche Kandidat eines Wahlkreises in jedem Fall in den Bundestag einziehe. Der Respekt vor dem Votum der Wähler muss oberste Priorität besitzen“. **Bodo Ramelow** (Linke): „Mit seinem Urteil schafft das Bundesverfassungsgericht Klarheit. Die Grundmandatsklausel ist ein wichtiger Baustein für ein demokratisches und vielfältiges Parlament.“

Quelle: Berliner Morgenpost

Markus Söder (CSU): „Das ist ein klarer Erfolg für die CSU und Bayern – und eine Klatsche für die Ampel.“ Quelle: Tagesspiegel

Gesine Lötzsch (Linke): „Ohne die drei Direktmandate wären unsere 2,3 Millionen Wählerinnen und Wähler, die uns 2021 gewählt haben, ohne parlamentarische Vertretung im Bundestag gewesen.“

Quelle: Berliner Zeitung

Dirk Wiese (SPD): „Das Wichtigste steht nach diesem Urteil fest: Die Verkleinerung des Deutschen Bundestags ist vollbracht und verfassungsgemäß.“

Marco Buschmann (FDP) monierte, dass eine „Blockade“ der CSU einen „breiten Konsens mit der Union“ bei der Wahlrechtsreform verhindert habe.

Bärbel Bas (SPD): „Das Bundesverfassungsgericht hat das Herzstück des neuen Wahlrechts - die sogenannte Zweitstimmendeckung - bestätigt und in dem zentralen Punkt der Wahlrechtsreform für die nötige Klarheit und Rechtssicherheit gesorgt.“ Dass ein Wahlkreissieger künftig nicht mehr automatisch in den Bundestag einziehe, sei vom Gericht als verfassungsrechtlich zulässig erachtet worden. **Britta Hasselmann** (Grüne): „Die gute Nachricht des Tages: Unsere Reform, das neue Wahlrecht, hat Bestand in Karlsruhe.“ Der Bundestag werde dadurch künftig nicht ständig weiter anwachsen. Quelle: tagesschau

Kurt Tucholsky: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“.

17) Der Fluch der Gerechtigkeit. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-23

30. Juli 2024

49. Jahrgang

Der Fluch der Gerechtigkeit

Deutschland hat eines der gerechtesten Wahlsystem der Welt, eine Kombination aus Wahlkreisen, die es direkt zu gewinnen gilt, und aus der Verhältniswahl, die sicherstellt, dass sich der Wille des Volkes prozentual im Parlament widerspiegelt. Es gibt 299 Wahlkreise in Deutschland. Theoretisch können weitere 299 Abgeordnete dazukommen, die über die Listen der Parteien in den Bundestag einziehen. Das heißt, 598 Abgeordnete, es sind aber derzeit 733. Damit verfügen wir über das größte freigewählte Parlament der Welt, selbst im Europäischen Parlament sitzen nur 705 Mandatsträger.

Der Unterschied zwischen Soll und Ist lässt sich leicht erklären. Zu viele von einer Partei direkt gewonnenen Mandate würden für ein schiefes Bild sorgen, deshalb gibt es so genannte Ausgleichs- und Überhangmandate, die den tatsächlichen prozentualen Wählerwillen herstellen.

Ein besonderes Problem stellt Bayern dar. Die CSU gibt es nur in Bayern, die CDU in allen anderen Bundesländern. Im Bundestag bilden beide eine gemeinsame Fraktion. Eigentlich ist die CSU nur eine bayerische Regionalpartei, kandidiert aber für den Bundestag und ist deshalb dort prominent vertreten und mischt sich, wie wir täglich sehen, ständig in alle bundespolitischen Fragen ein. Bei Fernsehdiskussionen sind CDU und CSU vertreten, was der Union einen Vorteil gegenüber anderen Parteien verschafft.

In Bayern hat die CSU 45 Direktmandate gewonnen, die Grünen immerhin einen. Nach britischem Wahlrecht würde aus Bayern, bis auf einen Grünen, kein Vertreter einer anderen Partei im Parlament sitzen. Damit würden beispielsweise die SPD, die 18 Prozent der Zweitstimmen erreicht hat und die FDP mit 10,5, und die Grünen mit 14,1 Prozent, bis auf einen, nicht für Bayern in den Bundestag einziehen dürfen. Durch unser gerechtes Wahlsystem, dürfen aber 23 Sozialdemokraten, 18 Grüne, 14 der FDP und 12 der AfD sowie vier Linke bayerische Lebensart in Berlin repräsentieren.

In dem Bemühen, den Bundestag zu verkleinern, was ja durchaus begrüßenswert ist, will die Ampel-Koalition die so genannte Grundmandatsklausel abschaffen. Diese besagt, dass, wenn eine Partei drei Sitze direkt gewinnt, sie im Verhältnis zu ihrem Stimmenanteil Mandate in Anspruch nehmen kann, auch wenn sie unter der 5-Prozent-Hürde bleibt. Das war beim letzten Mal bei der Linken der Fall, die nur drei Wahlkreise direkt gewann, aber entsprechend viele

Sitze im Bundestag belegen durfte. Angst vor der geplanten Neuregelung hat vor allem die CSU, denn sie kam 2021 gerade einmal auf 5,2 Prozent, rechnet man ihr Ergebnis auf ganz Deutschland hoch. Was, wenn sie 2025 unter fünf Prozent fiel? Dann gäbe es keine Abgeordneten aus Bayern im Bundestag.

Es ist bei allem Reformwillen unverständlich, wie SPD, Grüne und FDP auf die Idee gekommen sind, dass jemand, der einen Wahlkreis direkt gewonnen hat, nicht einen Sitz im Parlament bekommen darf. Heute wird das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über die Ampel-Initiative sprechen. Vorab, wie das inzwischen immer wieder vorkommt, wurde schon bekannt, dass das BVerfG dem einen Riegel vorschieben wird.

Bei einem anderen Punkt scheint das oberste Gericht aber einzulenken. Es geht um die so genannte Zweitstimmendeckung. *„Danach ziehen Wahlkreiskandidaten nicht mehr automatisch in den Bundestag, wenn sie die Mehrheit der Erststimmen gewinnen, sondern nur dann, wenn ihre Partei über die Zweitstimme ein ausreichendes Sitzkontingent erhält. Es wäre also möglich, dass Kandidaten trotz Sieg im Wahlkreis nicht ins Parlament kommen. So wären 2021 etwa zahlreiche CSU-Abgeordnete nicht in den Bundestag eingezogen, obwohl sie ihren Wahlkreis gewonnen hatten.“* Quelle: ZDF

Das verstehe, wer will. Was löst das bei den Wählern aus, wenn sie einen Kandidaten direkt gewählt haben, dieser aber nicht ins Parlament kommt, weil dessen Partei nicht genügend Zweitstimmen in dem Wahlkreis bekommen hat? Das ist nicht in Ordnung. Wenn wir uns schon unser Wahlsystem leisten, was kaum ein anderes Land anwenden will, dann muss es gerecht zugehen. Es gäbe ein ganz einfaches Verfahren, die Anzahl der Mitglieder im Bundestag zu reduzieren, nämlich die Wahlkreise zu vergrößern. Mit beispielsweise 200 statt 299 Wahlkreisen wäre schon viel gewonnen. Davon wollen aber die Parteien nichts wissen, weil sie sonst zu viel in ihren Wahlkreisen unterwegs sein müssten.

Die Wahlrechtsreform der Ampel erfüllt keine demokratischen Standards. Warten wir also bis 10:00 Uhr, wenn das Bundesverfassungsgericht offiziell sein Urteil verkündet. Vielleicht war die Vorveröffentlichung nur ein Fake.

Ed Koch

01) Kritisches Erinnern. Von Ed Koch



Kritisches Erinnern

An das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnert viel in diesem Land. Vor allem sollte dieses Erinnern in den Schulen stattfinden. Dort gibt es aber erhebliche Defizite.

Gestern ist in Potsdam ein neues Gebäude eingeweiht worden, ein Turm, 90 Meter hoch, mit einem schönen Blick über die brandenburgische Landeshauptstadt. Einst stand an dieser Stelle die so genannte *Garnisonskirche*, die 1735 errichtet wurde, im Zweiten Weltkrieg ausbrannte und deren Reste 1968 von der DDR gesprengt wurden. Es handelte sich um eine Militärkirche, die es den Soldaten ermöglichen sollte, an Gottesdiensten teilzunehmen, bevor sie – für wen auch immer – aufs Schlachtfeld zogen und sich umbringen ließen.

Warum eine Kirche wieder aufgebaut werden muss, deren Zweck nicht mehr vorhanden ist, verstehe wer will. Gibt es in Potsdam eine Garnison? Die komplette Kirche wieder aufzubauen, gelang ohnehin nicht. Aber wenigstens der Turm sollte es sein. Warum? Es fanden sich im Laufe der Jahre viele Unterstützer, teils mit „*fragwürdiger Gesinnung*“, wie die *tagesschau* berichtete. Aber auch die evangelische Kirche gründete eine Stiftung. Das Projekt wurde auch von der Politik unterstützt. Letztlich kostete der Wiederaufbau des Turms 42 Millionen Euro, 30 Prozent davon sind private Spenden, darunter 1,5 Millionen Euro von **Günther Jauch**. Den größten Teil finanzierte also der Steuerzahler.

Friedensarbeit und Demokratiebildung sollen im neuen Turm etabliert werden. „*Eine Ausstellung mit dem Titel ‚Glaube, Macht und Militär‘ soll sich kritisch mit der Geschichte und den politischen Entwicklungen befassen.*“ Das ist alles gut und richtig. Warum muss das aber in einem wiederaufgebauten Turm einer Militärkirche erfolgen?

Die Schirmherrschaft für das Projekt hatte Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** übernommen, der gestern bei der Eröffnung „*von einem Ort des ‚kritischen Erinnerns‘*“ sprach. „*Der Ort fordere heraus. Er konfrontiere die Deutschen mit Ihrer Geschichte. Hier könne man über das Gestern, Heute und Morgen nachdenken und streiten.*“ Das sind alles sehr ehrenwerte Motive, die auch woanders hätten bedient werden können.

Vor dieser Militärkirche fand am 21. März 1933 der historische Handschlag zwischen dem neuen Reichskanzler **Adolf Hitler** und dem Reichspräsidenten

Paul von Hindenburg statt. Bei diesem Staatsakt stellte Hindenburg Hitler den Freifahrtschein für eine menschenverachtende Diktatur aus, die in den Zweiten Weltkrieg mit 60 Millionen Toten führte, und in der sechs Millionen Juden bestialisch ermordet wurden. Bei diesem Staatsakt war der Reichstag längst in Flammen aufgegangen und unter den Gästen fehlten schon die Abgeordneten der SPD und KPD.



Foto: Bundesarchiv

Dieser historische Bezug wird von allen Befürwortern des Wiederaufbaus schön geredet. „*Gerade hier werden wir schnell auf schmerzhaft, unheilvolle Teile unserer Vergangenheit gestoßen - ja, auf Wegmarken, an denen wir Deutsche den falschen Weg gewählt haben*“, sagte Steinmeier beim Festakt. Der Ort „*wurde zum Symbol einer Allianz von konservativer Tradition und Nationalsozialismus; einer Allianz, die nicht zuletzt das Ende der ersten deutschen Demokratie besiegelte.*“ Der wiederaufgebaute Turm rufe nun dazu auf, zu erinnern, zu differenzieren, aber keinesfalls zu vergessen. Quelle: *tagesschau*

Am Holocaust-Mahnmal in Berlin wird diese Erinnerung wachgehalten und eindrucksvoll dokumentiert. An dieser Stelle stand nie ein Konzentrationslager und dennoch ist sie ein Gedenkort. Es gibt viele Orte in Deutschland und Polen, an denen dieses Gedenken in den ehemaligen Konzentrationslagern stattfindet. Bedurfte es dazu noch eines Turms, vor dem das ganze Elend begann? Es ist eine Frage der Zeit, wann der Turm zur Kultstätte für die ewig Gestrigen wird. Auf dem Gelände der Reichskanzlei stehen heute Wohnhäuser, das hätte man auch in Potsdam auf dem Grundstück der Kirche tun sollen.

Ed Koch

<https://www.tagesschau.de/Inland/regional/brandenburg/turm-garnisonkirche-wiedereröffnung-100.html>

02) Was würdest Du tun? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-21

22. August 2024

49. Jahrgang

Was würdest Du tun?

Wir sitzen im Fernsehsessel unserer heimischen Komfortzone, knabbern an ungesunden Chips und trinken ein Glas Wasser, Bier oder Wein, während uns **Vassili Golod** live aus Kiew berichtet, wie sich die Kriegslage in der Ukraine und Russland entwickelt und wie viele Menschen diesem unsinnigen Eroberungskrieg des russischen Mächtigen Zaren Putin des Ersten und hoffentlich Letzten, wieder zum Opfer gefallen sind.

Tote und Verletzte in der ukrainischen Zivilbevölkerung laut Zählungen der UN (Stand: 31. Juli 2024): 633 Kinder, 10.887 Erwachsene Todesopfer, 1.551 Kinder und 22.089 Erwachsene Verletzte.

Die Anzahl der getöteten Soldaten lässt sich nicht überprüfen, angeblich sind es 75.000 russische und 31.000 ukrainische Soldaten. Das sind über 100.000 familiäre Schicksale, in denen Söhne und Väter aus dem Leben gerissen wurden. Und das alles mitten in Europa 79 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ein Ende des Kriegs ist nicht absehbar. Sollte es dazu diplomatische Bemühungen geben, so sind sie äußerst geheim, denn niemand bekommt davon etwas mit. Gegenwärtig weitet sich der Krieg aus, nachdem die Ukraine Russland direkt angegriffen hat.

„Mit dem Angriff auf russisches Gebiet ist der Ukraine ein Befreiungsschlag gelungen. Die Armee zeigt Kampfwille und stärkt die Moral der Bevölkerung. Die Kursk-Offensive mit ihrer neuen Dynamik kann so ein Wendepunkt in diesem Krieg sein – den der Westen mit Waffen unterstützen sollte.“, schreibt der 77-jährige **Klaus Wittmann**, deutscher Historiker, Publizist und Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr in der **WELT**.

Den Jubel halte ich für überzogen und gefährlich. Und wer glaubt, dass wegen Kursk Putins Regime wackelt, der sollte einen Beitrag von **Alexander Dubowy**, Politikanalyst und Osteuropa-, Russland- und GUS-Forscher, lesen, der am 20. August in der **Berliner Zeitung** erschienen ist. „Die deutsche Presse liegt völlig daneben. Die Niederlage von Kursk ist für Putin extrem peinlich. Der russische Präsident hat aber schon einige Blamagen erlitten und regiert immer noch. Und so wird es bleiben.“, schreibt er.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/wegen-kursk-putins-regime-wackelt-die-deutsche-presse-liegt-voellig-daneben-ll.2246244>

Radioeins vom **rbb** sendete am 20. August einen Beitrag des freien Journalisten **Juan F. Álvarez Moreno**. „Wehrpflichtige Ukrainer in Berlin - Sie wollen nicht in den Krieg – egal, wie hoch der Druck wird!“

<https://www.rbb24.de/content/rbb/r24/panorama/beitrag/2024/08/ukrainische-maenner-reise-pass-krieg-berlin.html>

„In letzter Zeit wächst der Druck auf ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter, die sich im Ausland aufhalten. Nun bekommen sie keine neuen Pässe mehr. Zwei Ukrainer in Berlin erzählen, wie sich ihr Leben als Kriegsdienstverweigerer anfühlt.“, heißt es in dem Beitrag.

„Ein Aufenthalt im Ausland befreit einen Bürger nicht von seinen Pflichten gegenüber seinem Land“, schrieb der ukrainische Außenminister **Dmytro Kuleba** im April auf der Plattform X. Gemeint waren Männer im wehrpflichtigen Alter, die sich im Ausland aufhalten. Etwa 280.000 von ihnen leben laut Bundesinnenministerium in Deutschland.

Dass die Ukraine Soldaten braucht, ist unbestritten. Was wiegt im Leben eines Menschen aber mehr, seine Pflicht gegenüber seinem Land oder der Wunsch, nicht getötet zu werden? Die 32 bzw. 28 Jahre alten Männer werden „von manchen in ihrer Heimat als Verräter bezeichnet, weil sie sich im Krieg für ein Leben in Berlin entschieden haben. Keiner von ihnen hat je gedient – und beide haben das auch weiterhin nicht vor.“ Verständnis erfahren sie von ihren Familien und Freunden.

„Ich will nicht für mein Land kämpfen oder sterben. Meine Priorität ist, am Leben zu bleiben.“, sagt einer der beiden. „Ukrainer haben bis zum 4. März 2025 ein Aufenthaltsrecht in Deutschland, auch wenn ihre Pässe abgelaufen sind.“ Und danach? Eines muss klar sein, gegen seinen Willen darf niemand, der sich bei uns befindet, nach Hause geschickt werden, was im schlimmsten Falle, in den Tod heißen könnte. Es muss eine Lösung für diese Männer gefunden werden.

Wie würden Sie sich entscheiden, angesichts der Bilder vom Krieg? Tapfer sein und sich vielleicht töten lassen oder als Verräter gelten und am Leben bleiben. Für den Autor dieses Beitrages ist die Fragestellung nicht relevant, weil über 60-Jährige nicht mehr „eingezogen“ werden. Wäre ich aber zwischen 18 und 60 Jahre alt, würde ich mich für den Verräter-Status entscheiden.

Ed Koch

1

03) „Wir werden die Stadt umgraben.“ Von Ed Koch



„Wir werden die Stadt umgraben.“



Foto: Ed Koch – Charlottenstraße

Wer in Berlin unterwegs ist, muss ein gutes Nervenkostüm haben. Baustellen, wohin das Auge schaut. Von damit verbundenen Umleitungen sind natürlich auch Busse und Bahnen betroffen. Wer allerdings meint, dass die U-Bahn eine gute Alternative sei, weil sie unter allen Baustellen hindurchfährt, der hat nicht immer Glück.

Sonntagabend Alt-Mariendorf, ein Endbahnhof, „Alle aussteigen.“ Auf dem linken Gleis steht ein Zug. Auf der Bahnhofsanzeige ist zu lesen: „Nicht einsteigen!“ Auf der rechten Anzeige steht: „Platz der Luftbrücke 3 Minuten, Kurt-Schumacher-Platz 8 Minuten und Tempelhof 13 Minuten.“ Warum es Züge gibt, die es nur bis zum Platz der Luftbrücke oder Tempelhof schaffen, erfährt man nicht. Der Zug zum Platz der Luftbrücke fährt ein und pünktlich los. Da ich zur Stadtmitte will, nehme ich diesen natürlich nicht.

Der Zug auf dem linken Gleis „Nicht einsteigen“ steht immer noch da. Kurz vor der angekündigten Abfahrt des Zuges zum Kurt-Schumacher-Platz kommt dieser erst an. „Alle aussteigen.“ Die wartenden Passagiere steigen in der Hoffnung ein, dass die Anzeige auf dem Display stimmt. Plötzlich heißt es, „Zug nach Kurt-Schumacher-Platz einsteigen und zurückbleiben.“ Das gilt aber nicht für den Zug, in dem alle sitzen, die der Anzeige vertrauten. Stattdessen fährt der Zug „Nicht einsteigen“ ab. Und für den Zug in dem man sitzt, heißt es plötzlich „Zug nach Tempelhof bitte einsteigen.“ Ist das Absicht? In Tempelhof

trafen sich dann alle gestrandeten Passagiere, die weiter als nach Tempelhof fahren wollten wieder und warteten auf den nächsten Zug, der Richtung Kurt-Schumacher-Platz fahren sollte und mich jedenfalls zur Stadtmitte brachte. Was für ein unerwartetes Abenteuer.

Gestern erschien in der **Berliner Morgenpost** ein Interview mit **Christian Feuerherd**, dem Chef der „Berliner Energie und Wärme AG.“



v.l.n.r.: Christian Feuerherd, Reglierender Bürgermeister Kai Wegner, Wirtschaftsministerin Franziska Giffey und Finanzsenator Stefan Evers beim Festakt der Rückholung der Wärme in die Familie der Berliner Landesunternehmen am 3. Mai 2024. Foto: Ed Koch

Die Morgenpost wollte in dem Interview von Feuerherd wissen, was die Berliner davon haben, dass die Fernwärme Vattenfall abgekauft wurde und jetzt wieder dem Land gehört.

„Sie haben einen klugen Eigentümer, der sich daran macht, eine Jahrhundertaufgabe wie die Transformation der Wärmeversorgung in Angriff zu nehmen und nach den Kriterien Ökologie und Bezahlbarkeit zu gestalten.“ Warum tritt man den früheren Eigentümer Vattenfall nachträglich vors Schienbein und suggeriert, dass er dumm sei?

„Gut für die Bürgerinnen und Bürger ist auch,“, so Feuerherd, „dass die zentralen Akteure Wasserbetriebe, Stromnetz und Fernwärme wieder in einer Hand sind. Wir alle werden in den nächsten Jahren die Stadt umgraben, um neue Leitungen zu verlegen. Das lässt sich nun besser abstimmen und koordinieren.“ Wann hat man in Berlin erlebt, dass das Aufreißen von Straßen unter den Akteuren abgestimmt wurde? Man sollte auch die Telekom zurückkaufen, um sie in die Koordination einbeziehen zu können.



Auch bei der Deutschen Bahn wird gebaut, was das Zeug hält. Seit dem 16. August bis 14. Dezember 2024 und vom 1. August 2025 bis 30. April 2026 ist die wichtige Bahnstrecke Berlin-Hamburg-Berlin gesperrt, weil sie jahrzehntelang nicht gepflegt wurde und nun marode ist.

Was die Rolle der Bahn im Zahlenspiel des Bundeshaushalts betrifft, verstehen nur Experten. Für den Laien sieht es nach Hin-und-Her-Geschiebe aus. Am Ende werden Tarifierhöhungen, nicht nur bei den Beschäftigten, sondern vor allem bei den Kunden stehen. Wenn Bahnfahren eines Tages zu teuer wird und ohnehin unzuverlässig ist, verlagert sich der Verkehr auf die dann immer maroder werdenden Autobahnen. Irgendwann ist dann Stillstand.

„Für die Deutsche Bahn hatte es eigentlich nach einer guten Nachricht geklungen“, schreibt der **Tagespiegel**. „Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben ihren Haushaltsstreit gelöst, indem sie dem Staatsunternehmen zusätzlich Eigenkapital und Darlehen gewähren.“ Um das marode Schienennetz zu sanieren, erhält die Bahn neben dem im Kabinettschluss vorgesehenen 5,9 Mrd. Euro, weitere 4,5 Mrd. Euro.

Aber, verstehe das, wer kann: „Im gleichen Umfang (4,5 Milliarden Euro) werden im Haushalt 2025 bisher eingeplante Investitionszuschüsse an die Bahn reduziert.“ Welchen Schulabschluss braucht man, um das zu begreifen? „Der Bund gewährt also Eigenkapital und senkt dafür den Zuschuss aus dem Etat. **Der Clou:** Der Zuschuss wird bei der Schuldenbremse angerechnet, das Eigenkapital hingegen nicht. Der Bund kann nun also mehr Kredite aufnehmen und sich dadurch zusätzlichen Spielraum verschaffen.“ Mehr tricksen ist kaum möglich.

Weitere Rechenkünste gefällig? „Die Deutsche Bahn hat im ersten Halbjahr 2024 einen Verlust von insgesamt 1,2 Milliarden Euro eingefahren. Außerdem ist die Nachfrage bei den Fahrgästen deutlich zurückgegangen, unter anderem wegen Verspätungen, Streiks und Baustellen. Allerdings ist die Bahn bereits im vergangenen Jahr bei zahlreichen Investitionen in die Infrastruktur in Vorleistung gegangen. Für 2024 rechnet sie deshalb mit erheblichen Rückzahlungen des Bundes. Bahnchef **Richard Lutz** geht davon aus, dass sie zumindest operativ, also vor Zinsen und Steuern, am Ende des Jahres wieder schwarze Zahlen schreiben wird.“

Dann ist ja alles in Ordnung. Oder doch nicht? „Als Sparmaßnahme will die Bahn vor allem in der Ver-

waltung Tausende Stellen streichen. ‚Wir wollen in den nächsten fünf Jahren den Personalbedarf um etwa 30.000 Vollzeitpersonale reduzieren‘, sagte Finanzchef **Levin Holle** bei der Vorstellung der Halbjahresbilanz.“ Quelle: ZDF

Der amtierende Ministerpräsident von Thüringen, **Bodo Ramelow** (Linke) sagt: „Es sei zu wenig, mal hier und mal dort zu investieren. Es müssten mindestens 100 Milliarden Euro auf zehn Jahre mobilisiert werden, um die Kernsubstanz der Bahn zu modernisieren.“ Auf die Frage, ob er ein Sondervermögen wie bei der Bundeswehr fordere, sagte Ramelow: „Das wäre mein Ansatz, ja. Aber es sollte eine Lösung unabhängig vom Bundeshaushalt sein.“ MDR

Die 100-Milliarden-Euro-Frage hat inzwischen auch die Bahn als Größenordnung bestätigt. Was uns für die Verteidigung recht und billig ist, sollte es auch für die Mobilität sein. Was den Autor dieses Beitrages als älteren Menschen beschäftigt, ist die Frage, wann es mit dem Abstieg Deutschlands begonnen hat. Wir lagen doch in vielem immer ganz weit vorn, und nun?

In welchen Kategorien liegt Deutschland noch vorn? Höchste Kirche, schiefster Turm, engste Straße, meisten Safttrinker, meisten Brotsorten und im Recycling, erfahren wir auf der Website deutschland.de, betrieben von der **Fazit Communication GmbH** im Auftrag des **Auswärtigen Amtes**.

Der Berliner Senat war in seiner Sommersitzung gestern besonders fleißig. 16 Seiten umfasst das Protokoll, das mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz beginnt“, welches die Grünen kritisch sehen, weil dadurch kein neues Personal in die Amtsstuben kommt; es heißt ja auch nicht „Das Mehr-Personal-Gesetz“. Schneller bauen wäre auch auf Berlins Straßen und bei der Bahn angebracht.

„Im Herzen von Pankow“ soll ein neues Stadtquartier entstehen. Den Flächennutzungsplan gibt's schon mal. Online sollen in Kürze Wohnsitzanmeldungen möglich sein, ein Verwaltungsakt, der die Bürgerämter mit jährlich 500.000 Anträgen beschäftigt. Dann müsste es endlich schneller Termine geben. Der 5 G-Ausbau und die Wasserstoffwirtschaft sollen beschleunigt werden. Mit fairem Handel und ein einem Hitzeaktionsplan beschäftigte sich auch der Senat sowie mit einer Clearingstelle für nicht krankenversicherte Berliner. Und, die „Stiftung Grundbildung Berlin“, die die Alphabetisierung vorantreiben soll, wurde gegründet. Dann können künftig wenigstens alle die Baustellenschilder und die U-Bahn-Anzeigen lesen, was ihnen auch nicht viel helfen wird. **Ed Koch**

04) Franziska Giffey: „So kann es nicht bleiben!“ Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-19

19. August 2024

49. Jahrgang

Franziska Giffey „So kann es nicht bleiben!“

Am 30. Oktober 2008 endete der Flugbetrieb in Tempelhof. Seitdem finden alle möglichen kleinteiligen Projekte in der ehemaligen Passagierhalle, auf dem Vorfeld der riesigen Hangars und, soweit möglich, in einem der größten Gebäudekomplexe der Welt statt. Ein Nutzungskonzept gibt es nicht. Die Berliner Politik ist bislang nicht durch besondere Initiativen und erst recht nicht mit innovativen Ideen aufgefallen.

Nun haben sich private Geschäftsleute um den EUREF-Gründer **Reinhard Müller** versammelt, um etwas gegen diesen traurigen Stillstand zu tun.



Abbildung: EUREF AG

Ihre Idee besteht darin, die sanierungsbedürftige Messe auf den Flughafen Tempelhof zu verlagern, dort neue Hallen zu bauen, die alten in Westend abzureißen und das Gelände dort gewinnbringend zu vermarkten.



Screenshot rbb-Abendschau

In der **rbb-Abendschau** von gestern erläuterte die Vorstandssprecherin der **EUREF AG**, **Karin Teichmann**, das Vorhaben. Den Beitrag können Sie sich unter diesem Link anschauen:

https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240818_1930.html



Screenshot rbb-Abendschau

Der Geschäftsführer der Tempelhof-Projekt GmbH, **Fabian Schmitz-Grethlein**, zeigte sich für die Idee offen. Ebenso der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, **Christian Gräff**. Besonders gelobt wird das private Engagement.



Screenshot rbb-Abendschau

Live im Studio von Moderator **Volker Wieprecht** befragt wurde Wirtschaftsministerin **Franziska Giffey** (SPD), die sich bedeckt hielt. Sie verwies auf die Erfolge der Messe Berlin am jetzigen Standort und auf die große Nachfrage internationaler Veranstalter. Es müsse eine Perspektive für die Partner der Messe geben. Dagegen wird niemand etwas haben. Den ehemaligen Flughafen Tempelhof als Messestandort anzubieten, dürfte weltweit auf Zustimmung stoßen, denn wenn ein Berliner Symbol globale Bekanntheit erlangt hat, dann wohl die „Mutter aller Flughäfen“, wie **Norman Foster** einst den Airport bezeichnete.

Was Tempelhof betrifft, könne es so nicht bleiben, sagte Giffey, ohne jedoch nur ansatzweise einen Plan zu haben. Ideengeber und Messe hätten, so Giffey bisher nur über, aber nicht miteinander geredet. Das wolle sie nun beenden und beide zu sich in die Wirtschaftsverwaltung einladen. Das ist sehr loblich, den Vorwurf im Unterton dieser Aussage muss man jedoch zurückweisen, denn die Messe Berlin hätte sehr

1



wohl die Gelegenheit gehabt, mit allen, die etwas dazu zu sagen haben, zu reden.



16.07.2024 - v.l.n.r.: **Matthias Trunk**, Vorstand der GASAG AG, **Kawah Niroomand**, Manager der BR Volleys, EUREF-Gründer **Reinhard Müller**, **Christian Andresen**, Präsident der DEHOGA Berlin, **Fabian Schmitz-Grethlein**, Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, **Jörn Oltmann**, Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg, **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, **Karin Teichmann**, Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Peter Schink**, Chefredakteur Berliner Morgenpost und **Dr. Hinrich Holm**, Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Berlin (IBB). Foto: Ed Koch

Am 16. Juli 2024 luden die **Berliner Morgenpost** und die **EUREF AG** zu einem Frühstück in die neue Sky Lounge des Gasometers ein. Nicht nur das Podium war prominent besetzt (siehe Bildunterschrift), auch der Zuschauerraum. Unter den rund 120 Gästen waren unter anderem **Klaus Wowereit**, **Peter Strieder** und **Renate Künast** zu sehen, aber auch die Flughafen-Chefin **Aletta von Massenbach**, der Superintendent der Ev. Kirche Tempelhof-Schöneberg, **Michael Raddatz**, und Rabbiner **Yehuda Teichtal**.

Es fehlte nur eine Institution, nämlich die **Messe Berlin**, die sich mit fadenscheinigen Terminproblemen entschuldigen ließ. Die Messe-Gesellschaft wurde bei den Überlegungen nicht von Anfang an mit ins Boot genommen, darüber scheint sie etwas beleidigt zu sein. Messe-Chef **Mario Tobias** erklärte schriftlich, dass allein die Diskussion dem Messestandort Berlin schade. Das ist eine ziemlich kühne Aussage. Warum sollte es dem Standort schaden, wenn Berlin sein Messeangebot ausbauen und

verbessern will? Das Gegenteil dürfte wohl eher der Fall sein.



Screenshot rbb-Abendschau

So, nun warten wir mal die Gespräch bei Frau Giffey ab. Schon jetzt ist aber wieder ein Muster erkennbar, nämlich in Deckung gehen zu müssen, wenn irgendwer mit einer Idee um die Ecke kommt. Darauf ist die Berliner Verwaltung nicht vorbereitet.

Ed Koch



KW 33 – Santa Maria

Berlin ist die Stadt der Vielfalt. Da gibt es vielfältige Baustellen, die einem das Vorwärtskommen erschweren, da gibt es vielfältige No-Go-Areas, in denen es ratsam ist, keinen David-Stern oder eine Kippa zu tragen, wo sich schwule Pärchen heterogen verhalten sollten, dafür aber Leute mit einem Hamas-Symbol vermutlich einen Döner geschenkt bekommen.

Der Aphoristiker **Miguel Ruiz** sagt: „Lerne, Dinge nicht persönlich zu nehmen. Nichts, was andere Menschen tun, ist wegen dir. Es ist wegen ihnen selbst.“ Quelle: Axel Springer Jahreskalender

Es ist wenig beruhigend, den Stich eines Messers in den Bauch nicht persönlich nehmen zu sollen. In dieser Stadt kann man froh sein, abends wieder gesund an Leib und Seele zu Hause anzukommen. Eines der wenigen Dinge aber, die man hier genießen kann, wenn es das Budget hergibt, ist das vielfältige kulturelle Angebot. Da singt **Roland Kaiser** in der Waldbühne „Santa Maria“, während auf der Straße des 17. Juni die **Raver** den Planeten retten wollen, und gleichzeitig ein tschechisches Jugendorchester Smetanas Moldau im Konzerthaus zelebriert. Aufzählen könnte man noch viele weitere Veranstaltungen, die gestern Abend stattfanden.

Kaum dass **Young Euro Classic** am kommenden Sonntag sein 25stes Festival beschließt, beginnt nahtlos das nächste, das **Musik-Fest-Berlin** vom 24. August bis 18. September. Die meisten Konzerte finden in der Philharmonie statt, und wer nach dem Ende von YEC Entzugerscheinungen hat, kann das **Gustav-Mahler-Jugendorchester** am 30. August in der Philharmonie erleben. Das komplette Programm erfahren Sie unter diesem Link:

https://www.berlinerfestspiele.de/musikfest-berlin/programm/2024/kalender?etcc_cmp=MFB24&etcc_med=Display&etcc_par=R%26C&etcc_ctv=Programmatic



„Welt offen geht nur mit sicheren Grenzen!“ Das ist der Slogan der FDP in Sachsen, dessen Spitzenkandidat **Robert Malorny**, seinen Wahlkampf als „MISSION MALORNY“ bezeichnet. Die neueste Umfrage sieht die FDP in Sachsen bei zwei Prozent. Es wird für sie

vermutlich eine „MISSION IMPOSSIBLE“ werden.

Unmöglich zu lösen, scheinen auch alle anderen Konflikte zu sein, die uns in dieser Woche belästigt haben. **Der Haushaltsstreit** ist da eher noch das kleinere Problem. „Die Bundesregierung muss große Löcher im Haushalt stopfen. Und weil der Topf für Ukraine-Hilfen bereits aufgebraucht sei, gilt laut einem Medienbericht ab sofort ein Genehmigungsstopp für neue Militärhilfe.“ Quelle: tagesschau

Das wird sich **Frau Wagenknecht**, die demnächst in Sachsen und Thüringen mitregieren wird, und all jene freuen, die der Ukraine schon seit langem kein Geld mehr geben wollen. Dass das Einstellen der Militärhilfe dazu führen wird, dass Putin sein Ziel erreicht, und die Ukraine seiner wahnhaften Vorstellung einer neuen Sowjetunion einverleibt, scheint diesen Leuten egal zu sein.

Egal scheint auch dem **israelischen Ministerpräsidenten**, der sich nur noch so lange im Amt halten kann, wie der Krieg andauert, das Schicksal der 116 verbliebenen Geiseln zu sein. In Kürze jährt sich der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei dem rund 1.200 israelische und ausländische Todesopfer und mehr als 5.431 Verletzte zu beklagen sind. Angeblich sollen 40.000 Palästinenser im Gaza-Streifen bei Vergeltungsmaßnahmen getötet worden sein, wie viele davon Hamas-Terroristen und wie viele Zivilisten darunter sind, weist die Statistik nicht aus. Überprüfen lassen sich die Zahlen ohnehin nicht.

Mit dem Kapitel **Nord-Stream** hatten wir eigentlich abgeschlossen. Die durchaus interessante Frage, wer hinter der Sprengung auf dem Grund der Ostsee steckt, beschäftigt uns aber weiter. Die **Berliner Zeitung** veröffentlicht heute einen Beitrag mit der Überschrift: „Nord-Stream-Sprengung: Wie die Tagesschau unkritisch die Sprache der deutschen Behörden übernimmt. Mit Blick auf die Nord-Stream-Sprengung ist noch wenig faktisch sicher. Einige Medien sind sich aber jetzt schon sicher: Deutschen Behörden ist immer zu trauen.“ Die Frage, wer die Täter sind und in wessen Auftrag sie gehandelt haben, sollte uns interessieren, schließlich haben wir die Pipeline bezahlt. Die Spur führt in die Ukraine, und es gibt Verdächtige. Gibt es vielleicht noch andere, die ein Interesse an der Zerstörung der Pipeline gehabt haben? Die **Berliner Zeitung** jedenfalls kritisiert die Berichterstattung der **Tagesschau** und der **Ostseezeitung** scharf.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/nord-stream-sprengung-wie-die-tagesschau-unkritisch-die-sprache-der-deutschen-behoerden-uebernimmt-11.2245591>

Ed Koch

06) Die Stachelschweine werden 75! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-12

12. August 2024

49. Jahrgang

Die Stachelschweine werden 75!



Im Jubiläumsprogramm 75 Jahre Stachelschweine: „Ich hab' noch einen Tesla in Berlin“ wird eine Zukunftsvision des Jahres 2028 erzählt: Die neue Bundeskanzlerin **Sarah Wagenknecht** und ihr Vizekanzler **Boris Pistorius** geraten zunehmend unter Druck, weil die Staatsverschuldung unaufhaltsam voranschreitet.

Das Käsebrötchen kostet 14 Euro. BASF und Bayer sind nach Asien ausgewandert, VW und BMW gehören zu Tesla. Die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik wurde auf BB herabgestuft, die Steuern gehen zur Hälfte für Zinszahlungen drauf.

Da hat Vizekanzler Pistorius eine Idee. Mit einer einzigen Maßnahme, so rechnet er vor, kann Kanzlerin Wagenknecht alle ihre Wahlversprechen finanzieren: Rente ab 55, kostenloser Öffentlicher Verkehr und Mietendeckel auf dem Stand von 1989. Es ist der Geheimplan Berlin. Die Hauptstadt soll als Tafelsilber Deutschlands verkauft werden. Ein bekannter Entwickler von Elektroautos und Inhaber eines Mikroblogging-Dienstes schlägt sofort zu... Von nun an kann nichts mehr schiefgehen! Doch dann geht doch alles schief...

Das Jubiläumsprogramm der STACHELSCHWEINE bietet temporeiches, aktuelles und hinter sinniges Kabarett mit viel Musik: Zum 75. Jubiläum legen die STACHELSCHWEINE ein Programm vor, das schwarzen Humor elegant mit Berliner Gelassenheit verknüpft. Wenn alles in Panik gerät, wissen wir: Niemand hat die Absicht Berlin zu verkaufen!

Es spielen: Santina Maria Schrader, Mirja Henking, Sebastian Stert.
Buch: Frank Lüdecke, Sören Sieg
Regie: Frank Lüdecke
Musik: Luca Fazioli
Arrangements: Martin Rosengarten

Tickets:

<https://diestachelschweine.de/programm/produktion/jubilaumsprogramm-75-jahre>

Termine:

Öffentliche Probe: 4. September 2024
Tickets auf allen Plätzen 17 Euro
Voraufführungen am 5. und 6. September 2024
Tickets 28 bis 39 Euro
Premiere am 7. September 2024
Tickets 29 bis 42 Euro
Jeweils ab 20:00 Uhr
Danach fast täglich im Programm.
Theater im Europa-Center

Das Kabarett Theater Die Stachelschweine ist das älteste Berliner Kabarett und das zweitälteste in ganz Deutschland. Es wurde im Herbst 1949 in dem Künstler- und Studentenlokal Badewanne unweit der Berliner Gedächtniskirche als Schauspielerkollektiv gegründet. Der Name Stachelschweine ist angelehnt an eine Zeitschrift der 1920er Jahre, Das Stachelschwein, deren Herausgeber der Schriftsteller und Kabarettist Hans Reimann war.

Die ganze spannende Geschichte der Stachelschweine ist nachzulesen bei Wikipedia.

https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Stachelschweine



Foto: paperpress

Der Künstlerische Leiter **Frank Lüdecke** und die Geschäftsführerin **Caroline Lüdecke** (Mitte) mit der paperpress-Crew.

Sehr persönliche Anmerkungen

1949 war ein ganz besonderes Jahr, was wir allein schon daran merken, dass andauernd 75ste Jahrestage gefeiert werden, wie Gründung der Bundesrepublik und der DDR, NATO, Ende der Berlin Blockade und vieles mehr. Nicht zu vergessen, dass am 20.

1



März die Westalliierte Militärregierung die D-Mark zum alleinigen Zahlungsmittel in den Westsektoren Berlins erklärte, nachdem dies bereits im Juni 1948 in Westdeutschland geschah. Jeder Bürger bekam ein Kopfgeld von 40 DM, am 20. März 1949 auch in West-Berlin. Was für ein Glück, dass der Autor dieses Beitrages genau an diesem Tag das Licht der damals noch grauen Welt in Berlin erblickte und auch zwei Zwanziger auf den Wickeltisch gelegt bekam.

Am 29. Oktober 1949 fand die Premiere des ersten Programms der Stachelschweine statt. Von 1951 bis 1965 war die angesagteste Adresse für gutes politisches Kabarett in Berlin die Rankestraße 9. Schon als Zwölf- und Dreizehnjähriger überredete ich meinen Vater, mit mir zu den Stachelschweinen zu gehen. Die „Ewige Lampe“, so der Name der Kneipe, die das Theater war, verfügte nur über eine kleine Bühne und wenig Sitzplätze. Die Kabarettisten waren einem hier so nah wie sonst kaum irgendwo.

Unvergessen bleibt das Programm, in dem **Wolfgang Gruner**, **Joachim Röcker**, **Jo Herbst** und (ich glaube) **Achim Strietzel** zum Schluss als **Beatles** zu „I want to hold your hand“ einen satirischen deutschen Text sangen. Mit dem Umzug der Stachelschweine 1965 ins Europa-Center zog ich natürlich mit, inzwischen ohne väterliche Begleitung. Dem Gründer der Stachelschweine, **Rolf Ulrich**, ging ich zeitweise ziemlich auf die Nerven, weil ich immer wieder auftauchte und ihn um Textbücher bat.



Das erste Programm in der neuen Spielstätte im Untergeschoss des Europa-Centers am 9. Juni 1965 hieß „...und vor 20 Jahren war alles vorbei.“ **Günther Pfitzmann**, der früher schon zum Ensemble der Stachelschweine gehörte, war zurückgekehrt. Er spielte unter anderem einen schwulen Ballettmeister: „Kinder, entweder ist heute Föhn, oder mir

fehlen Vitamine.“ In dem Sketch ging es um die Auftritte des Fernsehballetts. „Wenn das Fernsehen mal nicht weiterweiß, wird durch uns die Röhre heiter heiß.“

Unerreichter Höhepunkt des Programms war allerdings der Auftritt von **Wolfgang Gruner** als **Walter**

Ulbricht. Ulbricht ist der prominente Gast in **Robert Lemkes** „Was bin ich?“ Am Ende des „heiteren Berufes Ratens“ musste sich das Rateteam immer Masken aufsetzen und eine bekannte Persönlichkeit erkennen. **Günther Pfitzmann** spielte **Robert Lemke**, das Rateteam bestand aus **Inge Wolffberg (Annette von Arentin)**, **Beate Hasenau (Marianne Koch)** und **Achim Strietzel** (Oberstaatsanwalt **Hans Sachs**). Während es beim Berufe Raten für jedes Nein 5 Mark gab, bekamen Prominente in der Sendung irgendein Präsent. Bei den Stachelschweinen erhielt der fiktive Ulbricht bei jedem Nein eine Banane.



Dieser Sketch ist erhalten geblieben, zwar in schlechter Bild-, aber guter Tonqualität-
<https://www.youtube.com/watch?v=XtLJKzkQqOI>

Das Textbuch ist eine wunderbare Erinnerung an die große Zeit des Kabarettts. Leider eignet es sich nicht für „Bares für Rares“, weil ich etliche Stellen markiert und Notizen gemacht habe.



Wolfgang Gruner und **Dieter Hildebrandt** zählten zu den bedeutendsten deutschen Kabarettisten. Ihre Kabarettts, **Die**

Stachelschweine und die **Münchener Lach- und Schießgesellschaft** existieren noch heute, werden bedauerlicherweise vom Fernsehen nicht mehr wahrgenommen, stattdessen verplumpert beispielsweise der **rbb** seine Sendezeit mit ständigen Wiederholungen der 100 besten Hits aller Zeiten. „Da kann man sich nur an den Arsch fassen, weil der Kopf viel zu schade dazu ist.“ (Dieter Hildebrandt).

„Manche Politiker sind wie Akkordeons – zuerst machen sie viel Wind, aber dann beugen sie sich dem Druck.“ (Wolfgang Gruner). Foto: Lothar Duclous

Ed Koch

07) Es sind Ferien und keiner ist weg!



Es sind Ferien und keiner ist weg!

Was ist los? Es sind doch Ferien. Aber keiner scheint weg zu sein. Auf den Straßen die üblichen Staus. Busse und Bahnen voll wie immer. Die einzigen, von denen ich definitiv weiß, dass sie Urlaub machen, sind „mein“ Grieche, Italiener und „meine“ beiden Kroaten, sowie der türkische Inhaber „meiner“ Reinigung. Das ist schlimm. Schlimmer geht es aber auf den Straßen zu.



Immer wieder wird man überrascht durch neue Verkehrsmaßnahmen der Fahrradlobbyisten. Abgesehen von den vielen hässlichen rot-weißen Pollern entlang der B96, muss man höllisch aufpassen, dass man nicht plötzlich auf die Links- oder Rechtsabbiegerspur gerät. Einfach so geradeaus fahren, war gestern. Rechts die Luxusstrecke für Fahrradfahrer. In der Mitte, in gekennzeichneten Bereichen, parken die Lieferfahrzeuge, wobei sich jeder, der etwas abholt, als Lieferfahrzeug fühlen darf, auch nach 15:00 Uhr.



Mariendorfer Damm Richtung Alt-Mariendorf

Für die regulären Lieferfahrzeuge, beispielsweise von DHL, muss man Verständnis haben, wo sollen sie sonst hin, nicht aber für Lauffaule, die vor dem Bäcker parken, um sich die Frühstücksbrötchen zu holen. Man fährt also Slalom und kehrt immer wieder auf die einzig verbliebene linke Spur zurück. Aber Vorsicht. Diese kann schnell und unerwartet zur Linksabbiegespur werden.



Geradeausfahren auf der mittleren Spur war am Mariendorfer Damm problemlos möglich. Die wenigen Rechtsabbieger störten kaum. Waren sie weg, konnte man weiter zweispurig geradeaus fahren. Das dürfte doch das mindeste sein, was man von einer Bundesstraße erwarten kann.



Warum man aus der mittleren Spur nicht mehr geradeaus fahren darf, ist beim Überqueren von Alt-Mariendorf zu sehen. Ein schöner breiter roter Radweg.



Dieser setzt sich, nicht mehr in Rot und ohne Poller, bis zur Friedenstraße fort.



Danach geht's dann Richtung Lichtenrade, erst zweispurig, später dreispurig, einschließlich zeitlich begrenzter Busspur, weiter. Wo ist aber der Radweg geblieben?



Er teilt sich nun, friedlich mit den Fußgängern, den Bürgersteig. Jeden Tag laufe ich hier entlang und habe noch keinen Konflikt zwischen Fußgängern und Fahrradfahrern erlebt.

Fahrradfahren ist eine schöne Sache, für Menschen, die es können und denen es möglich ist. Leider ist der Kampf um eine fahrradgerechte Stadt sehr stark ideologisch belastet. Die Fahrradlobby, nicht die Fahrradfahrer, tun alles, um die Autos aus der Stadt zu verdrängen. Es geht nicht darum, einen gerechten Ausgleich zwischen zwei Verkehrsmitteln zu erreichen, sondern um Verdrängung des einen zugunsten des anderen. Autos und Fahrräder sind aber keine gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer.

Voraussetzungen	Auto	Fahrrad
ab18 Jahren	Ja	Nein
Fahrerlaubnis	Ja	Nein
Kennzeichen	Ja	Nein
Versicherungspflicht	Ja	Nein
Steuerpflicht	Ja	Nein
Hauptuntersuchung	Ja	Nein

Mit keiner der Voraussetzungen, die Autofahrer zu erfüllen haben, müssen sich Radfahrer auseinandersetzen. Egal wie alt sie sind, sie setzen sich auf ihren Drahtesel und fahren los, ohne Fahrerlaubnis, ohne Kennzeichen, ohne Versicherung, ohne Steuern zahlen zu müssen und die zweijährliche Hauptuntersuchung können sie sich auch sparen, unabhängig davon, wie fahrtüchtig ihr Rad ist.

Es ist gut, dass Schwarz-Rot in Berlin erst einmal die Bremse beim Ausbau weiterer Radwege gezogen hat. Davon werden sich die acht (von zwölf) grünen bezirklichen Verkehrsstadträte in ihren Verantwortungsbereichen leider nicht abschrecken lassen.

Ed Koch
(auch Fotos)



Zweiradideologie

Fahrradfahren ist gesund. Leider kann sich aber nicht jeder Verkehrsteilnehmer an dieser sportlich-gesunden Tätigkeit beteiligen. Vor allem ältere und behinderte Menschen können das Fahrrad als Fortbewegungsmittel nicht nutzen. Sie sind darauf angewiesen, als Fußgänger unbeschadet auf Bürgersteigen voranzukommen, die nicht auch noch als Radwege genutzt werden dürfen.

Unser Gastautor **Sven Wardin**, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, ging im Rahmen eines Berichts über den ROCKTREFF hart ins Gericht mit dem Berliner Senat. *„Alle, die ein autofreies Berlin wollen, sollten auch daran denken, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihrer Einschränkungen auf das Auto angewiesen sind. Sie können nicht das Fahrrad, den E-Scooter oder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.“* Inklusion gehe aber dem Senat „am Arsch vorbei.“

Die so genannte Verkehrswende ist in Wirklichkeit ein Fahrradförderprogramm. Ohne Sinn und Verstand, ohne Rücksicht auf den ohnehin niedergehenden Handel an großen Durchgangsstraßen, werden breite Fahrradwege angelegt und durch rot-weiße Poller abgesichert. Jetzt hat die Senatsverkehrsverwaltung den Radschnellwegeausbau gestoppt. *„Von zehn geplanten Verbindungen soll zunächst nur eine realisiert werden.“* Quelle: rbb



Die Radwegeplanung insgesamt wurde in Berlin weniger nach Erfordernissen vorangetrieben, sondern eher aus ideologischen Gründen. Der rot-grün-rote Vorgänger-Senat hat gegen das Auto regelrecht Krieg geführt. Das konnte wenigstens teilweise durch den neuen schwarz-grünen Senat verändert werden. Es ging nicht darum, einen gerechten Ausgleich aller Verkehrsteilnehmer zu erreichen, sondern das Autofahren einzuschränken, nicht zuletzt durch den Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Fahrradwegen. Die Auswirkungen dieser so genannten Verkehrswende kann man exemplarisch zwischen Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf bewundern. Südlich von Alt-Mariendorf in Richtung Lichtenrade befindet sich, gefühlt schon immer, ein auf dem Bürgersteig eingelassener schmaler Radweg. Täglich

laufe ich den Mariendorfer Damm dort entlang und habe selten ein Problem gesehen, ausgenommen, wenn jemand in die falsche Richtung fährt.

An dieser Stelle soll kein Radfahrer-Bashing betrieben werden, weil sich der überwiegende Teil der Drahteselnutzer ordnungsgemäß verhält. Leider ist aber die Zahl derer, für die keine Regeln gelten, viel zu groß. Damit ist nicht nur gemeint, dass die Farbe Rot für sie kein Stoppszeichen bedeutet.



Die schlimmste Erfindung sind die so genannten E-Scooter, deren Nutzer größtenteils weder Regeln kennen noch Anstand haben. Vor allem das Abstellen dieser Horrorgereäte dort, wo es gerade

passt, ohne Rücksicht auf Fußgänger. Wer mit einem Rollator und Rollstuhl unterwegs ist, hat kaum eine Chance, an ihnen vorbeizukommen.

Bei den E-Scootern sollten wir uns an Paris ein Beispiel nehmen, wo seit September 2023 die *„elektrische Leih-Tretroller aus dem Stadtbild verschwunden sind.“*



Elektromobilität ist eine tolle Erfindung, auch wenn niemand weiß, woher der benötigte Strom kommen soll. In meiner, zugegeben lange zurückliegenden Jugend, war ich mit dem Fahrrad, einem Roller und sogar Rollschuhen unterwegs, ohne dass

eines dieser Geräte über Nacht an eine Steckdose angeschlossen werden musste. Bei der *„Langen Nacht der Wissenschaft“* am 5. Juni 2010 auf dem EUREF-Campus hatte ich erst- und letztmalig Kontakt zu einem E-Bike. Nur einmal durchtreten und das Ding ging ab wie eine Rakete. Nein Danke.

Den ÖPNV haben wir gar nicht erwähnt. Nur so viel. Ich kann jeden verstehen, der lieber mit seinem Auto im Stau steht als mit Bussen und Bahnen unterwegs zu sein. Die ÖPNV-Strecken sind in Berlin gut ausgebaut, auch wenn sie in Nähe des Stadtrands immer dünner werden. Volle Busse und Bahnen zu fast jeder Tageszeit machen die Reise in diesen zu einer nervigen Angelegenheit. Berlin braucht keine Verkehrswende, sondern ein ideologiefreies Konzept für alle, die unterwegs sein müssen und wollen.

Ed Koch

09) Zweiradideologie. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-04

2. August 2024

49. Jahrgang

Zweiradideologie

Fahrradfahren ist gesund. Leider kann sich aber nicht jeder Verkehrsteilnehmer an dieser sportlich-gesunden Tätigkeit beteiligen. Vor allem ältere und behinderte Menschen können das Fahrrad als Fortbewegungsmittel nicht nutzen. Sie sind darauf angewiesen, als Fußgänger unbeschadet auf Bürgersteigen voranzukommen, die nicht auch noch als Radwege genutzt werden dürfen.

Unser Gastautor **Sven Wardin**, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, ging im Rahmen eines Berichts über den ROCKTREFF hart ins Gericht mit dem Berliner Senat. „Alle, die ein autofreies Berlin wollen, sollten auch daran denken, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihrer Einschränkungen auf das Auto angewiesen sind. Sie können nicht das Fahrrad, den E-Scooter oder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.“ Inklusion gehe aber dem Senat „am Arsch vorbei.“

Die so genannte Verkehrswende ist in Wirklichkeit ein Fahrradförderprogramm. Ohne Sinn und Verstand, ohne Rücksicht auf den ohnehin niedergehenden Handel an großen Durchgangsstraßen, werden breite Fahrradwege angelegt und durch rot-weiße Poller abgesichert. Jetzt hat die Senatsverkehrsverwaltung den Radschnellwegeausbau gestoppt. „Von zehn geplanten Verbindungen soll zunächst nur eine realisiert werden.“ Quelle: rbb



Die Radwegeplanung insgesamt wurde in Berlin weniger nach Erfordernissen vorangetrieben, sondern eher aus ideologischen Gründen. Der rot-grün-rote Vorgänger-Senat hat gegen das Auto regelrecht Krieg geführt. Das konnte wenigstens teilweise durch den neuen schwarz-grünen Senat verändert werden. Es ging nicht darum, einen

gerechten Ausgleich aller Verkehrsteilnehmer zu erreichen, sondern das Autofahren einzuschränken, nicht zuletzt durch den Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Fahrradwegen. Die Auswirkungen dieser so genannten Verkehrswende kann man exemplarisch zwischen Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf bewundern. Südlich von Alt-Mariendorf in Richtung Lichtenrade befindet sich, gefühlt schon immer, ein auf dem Bürgersteig eingelassener schmaler Radweg. Täglich

laufe ich den Mariendorfer Damm dort entlang und habe selten ein Problem gesehen, ausgenommen, wenn jemand in die falsche Richtung fährt.

An dieser Stelle soll kein Radfahrer-Bashing betrieben werden, weil sich der überwiegende Teil der Drahteselnutzer ordnungsgemäß verhält. Leider ist aber die Zahl derer, für die keine Regeln gelten, viel zu groß. Damit ist nicht nur gemeint, dass die Farbe Rot für sie kein Stoppschild bedeutet.



Die schlimmste Erfindung sind die so genannten E-Scooter, deren Nutzer größtenteils weder Regeln kennen noch Anstand haben. Vor allem das Abstellen dieser Horrorgeräte dort, wo es gerade

passt, ohne Rücksicht auf Fußgänger. Wer mit einem Rollator und Rollstuhl unterwegs ist, hat kaum eine Chance, an ihnen vorbeizukommen.

Bei den E-Scootern sollten wir uns an Paris ein Beispiel nehmen, wo seit September 2023 die „elektrische Leih-Tretroller aus dem Stadtbild verschwunden sind.“



Elektromobilität ist eine tolle Erfindung, auch wenn niemand weiß, woher der benötigte Strom kommen soll. In meiner, zugegeben lange zurückliegenden Jugend, war ich mit dem Fahrrad, einem Roller und sogar Rollschuhen unterwegs, ohne dass

eines dieser Geräte über Nacht an eine Steckdose angeschlossen werden musste. Bei der „Langen Nacht der Wissenschaft“ am 5. Juni 2010 auf dem EUREF-Campus hatte ich erst- und letztmalig Kontakt zu einem E-Bike. Nur einmal durchtreten und das Ding ging ab wie eine Rakete. Nein Danke.

Den ÖPNV haben wir gar nicht erwähnt. Nur so viel. Ich kann jeden verstehen, der lieber mit seinem Auto im Stau steht als mit Bussen und Bahnen unterwegs zu sein. Die ÖPNV-Strecken sind in Berlin gut ausgebaut, auch wenn sie in Nähe des Stadtrands immer dünner werden. Volle Busse und Bahnen zu fast jeder Tageszeit machen die Reise in diesen zu einer nervigen Angelegenheit. Berlin braucht keine Verkehrswende, sondern ein ideologiefreies Konzept für alle, die unterwegs sein müssen und wollen.

Ed Koch

1

10) Au revoir. Von Ed Koch



Au revoir



Heute schließt das französische Kaufhaus **Galeries Lafayette** in der Friedrichstraße. „Schluss mit Champagner und teuren Handtaschen.“, schreibt das **Handelsblatt**. Ein Hauch von Paris löst sich in der Berliner Luft auf. Nie wieder kann mich jemand anlässlich meines Geburtstages zum Austernessen dorthin einladen. Schade. Die

Attraktivität der Stadt bekommt einen Dämpfer. Betroffen sind vor allem die Touristen, auf die wir wirtschaftlich angewiesen sind, die im gläsernen Aufzug hoch und runterfahren, einkauften und sich durch die Freßmeile schlemmten.

Was bleibt den Luxus-Touristen in Berlin? Aus dem **KaDeWe** hören wir, dass Mitarbeitende der 6. Etage, also dem westlichen Gegenstück zum östlichen Untergeschoss in der Friedrichstraße, nach Hause geschickt wurden. „Die neuen Eigentümer des Luxuskaufhauses KaDeWe sortieren die sechste Etage weiter um: Nach der Fleisch- und Wurstabteilung werden weitere Bereiche verschwinden, in denen bislang vor allem rustikale Gastronomie angesagt war. Nach der Fleisch- und Wurstabteilung stehen weitere gastronomische Angebote des Traditionshauses vor dem Aus.“, meldet gestern der **rbb**.

Ein **paperpress**-Leser beschwerte sich über die Maßnahmen im **KaDeWe**. „Die besten Mitarbeiter wurden rausgeworfen, manche nach 20 oder 35 Jahren. Der bisherige Teilbesitzer aus Thailand und jetzige Vollbesitzer zeigt sich, wie er ist: Gierig, mächtig, herrschsüchtig und immer gegen das Personal. Über Benko nach Thailand und Berlin: Hasardeure am Werk. Die Berliner Seele des Geschäfts ist verkauft. Chancenlos. Man wendet sich ab, voller Grauen.“, schrieb unser Leser und bekam sogar eine Antwort:

„Die weltberühmte Food-Hall in der sechsten Etage ist eine feste Größe des KaDeWe und setzt seit jeher internationale Maßstäbe. Modernisierungen und Umgestaltungen sind unbedingt notwendig, um auch zukünftig einzigartig und der Zeit vorauszubleiben. Dazu gehört auch der Bereich der Fleisch- und Wurstabteilung, den wir derzeit umstrukturieren. In seiner jetzigen Form ist er nicht schlichtweg mehr zeitgemäß. Damit wird es Veränderungen geben, die einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Wir bitten um

etwas Geduld und können schon heute versprechen, dass sich unsere Gäste auf viele neue Highlights freuen dürfen.“ Den ehemaligen Mitarbeitern wäre ihr Job lieber als „viele neue Highlights.“

Die Probleme, die das KaDeWe heute hat, sind hausgemacht. In der **ZDF-Mediathek** ist eine erschreckende Dokumentation zu sehen: „Nobelkaufhäuser, Prunkvillen, Milliardendeals und illustre Freunde – **René Benko** galt lange als Vorzeigeunternehmer. Nun steht er vor einem Scherbenhaufen. Wie konnte es so weit kommen?“ Die Antwort erfahren Sie hier: <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/spiel-mit-milliarden-die-benko-pleite-100.html>

„In jedem Ende liegt ein neuer Anfang.“, wusste schon **Miguel de Unamuno** (1864-1936), spanischer Philosoph, Dichter und Essayist. Das trifft auch für das nun ehemalige Kaufhaus **Galeries Lafayette** zu. Die Diskussion über den Einzug der **Landesbibliothek** ist neu entflammt. „Mit großer Freude unterstützt die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) den Vorschlag des Senators für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt **Joe Chialo**, als neuen und dringend notwendigen Standort das Gebäude Q207 in der Friedrichstraße zu nutzen.“ In einer Stadt voller Bedenkenträger und einer Verwaltung, die nur schwerlich aus dem Knick kommt, wäre das ein gutes Zeichen.

Natürlich darf man an dieser Stelle nicht vergessen zu erwähnen, dass Berlin am Rande des Tempelhofer Feldes längst eine neue Landesbibliothek haben könnte, wenn es vor zehn Jahren nicht diesen unsäglichen, ideologisch motivierten Volksentscheid gegeben hätte, der jegliche Bebauung verhindert hat. Mit unsäglichen Verleumdungen wurde dem damaligen Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit** vorgeworfen, sich ein Denkmal bauen zu wollen. Mit derart dümmlichen Argumenten können Teile der linksgrün versifften Stadtgesellschaft in Berlin tatsächlich den Fortschritt verhindern.

Auf Besserung ist in Berlin nicht zu hoffen. Träumen wir also davon, dass es für das Q207 bald eine neue Nutzung gibt. Das trifft auch auf das Vorfeld des Flughafens Tempelhof zu, für das **EUREF**-Chef **Reinhard Müller** und sein Team ein beeindruckendes Konzept vorgestellt haben, das nicht nur den Neubau von sechs Messehallen, sondern auch von einer Konzerthalle vorsieht, deren Bühne sich zur Freifläche hin öffnen und drehen ließ und bis zu 100.000 Besuchern Platz böte. Dann würden vielleicht **Taylor Swift** und **Adele** auch mal wieder nach Berlin kommen.

Ed Koch

Polen (Seiten E 122 – E 128)

01) Warschau: „Ein großer deutscher Tatort“. Von Ed Koch

Seit 31 Jahren

www.paperpress.org

gegründet am 7. April 1976

paperpress

Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst

Nr. 429

November/Dezember 2007

32. Jahrgang

Warschau: „Ein großer deutscher Tatort“



Bei dem Vorbereitungstreffen für die diesjährige Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD, brachte es der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Dr. Johannes Tuchel, auf den Punkt: „Warschau ist ein großer deutscher Tatort“. Was in deutschem Namen dieser Stadt und ihren Einwohnern angetan wurde, ist so ungeheuerlich und unfassbar, dass nie damit aufgehört werden darf, daran zu erinnern. Warschau war neben New York die Stadt mit der größten jüdischen Bevölkerung in der Welt. Dieser Umstand wurde zu ihrem Todesurteil, ausgesprochen am 1. September 1939 mit dem Überfall Deutschlands auf Polen, ein Datum, das in die Geschichte als Beginn des II. Weltkrieges einging, der erst sechs Jahre später im Mai 1945 endete. Und um auch das klar zu sagen, in Europa, vor allem aber in Polen, fand kein Verteidigungskrieg statt, auch ist Deutschland von niemanden überfallen und angegriffen worden. Hitlers Krieg war ein Terrorkommando, das nur einem Zweck diente, Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer und Greise auszurotten, die nicht in das arische Menschenbild der Nazis passten.
*Foto: Das Mahnmal des Jüdischen Gettos in Warschau, berühmt geworden durch den Kniefall Willy Brandts im Dezember 1970.
Foto: Andreas Schwager*

Weiter auf Seite 2

Tatort Warschau

Einleitung

Es ist kein Widerspruch, wenn ein gemeinnütziger Verein wie der Paper Press e.V., auf der einen Seite in dem von ihm herausgegebenen Pressedienst die Arbeit der Regierungspartei SPD in Berlin kritisch, oft auch harsch begleitet und kommentiert, und auf der anderen Seite mit dem anderen Vereinszweig Paper Press Studienreisen eben diese SPD bei der Planung und Durchführung von Gedenkstättenfahrten unterstützt. Der SPD ist hoch anzurechnen, dass sie immer noch und hoffentlich für die Ewigkeit, nicht nur ihre eigenen Parteimitglieder, sondern jeden daran Interessierten, jährlich mindestens einmal zu einer Gedenkstättenfahrt an die schrecklichsten Orte deutscher Verbrechen einlädt. Die Rufe „Man soll doch die Geschichte endlich ruhen lassen“, verhallen bei der SPD ungehört. Persönlichkeiten wie Harry Ristock und Alfred Gleitze haben schon vor Jahrzehnten zu Gedenkstättenfahrten nach Polen eingeladen. Zu einer Zeit, als es sehr schwierig war, überhaupt dorthin zu kommen. Lange Zeit hat auch der jetzige Parlamentspräsident Walter Momper die Gedenkstättenfahrten begleitet.

Der gegenwärtige Parteivorsitzende, Michael Müller, hat vor zwei Jahren den Paper Press e.V. gebeten, die Fahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstandes auch für die Landes SPD zu arrangieren, nachdem er als Tempelhofer Abgeordneter schon seit 1995 mit Paper Press, teilweise mehrmals jährlich, Fahrten nach Auschwitz/Birkenau und Krakau anbot. 2005 und 2006 fanden für den Landesverband der SPD Fahrten nach Auschwitz und Krakau statt, in diesem Jahr nach Warschau und Majdanek. Die Zusammenarbeit zwischen der SPD und Paper Press hat dem überparteilichen Verein in der Presse häufig den Zusatz „SPD-nah“ eingebracht. Davon sind vor allem diejenigen Vereinsmitglieder und paperpress-Redakteure nicht besonders angehen, die mit der SPD wenig bis nichts am Hut haben. Gleichwohl sind sie sich dem satzungsmäßigen Auftrag ihres Vereins bewusst, eben solche Projekte anzubieten. Und wenn die SPD in dieser Frage um Kooperation bittet, gewährt man diese gern. Das würde übrigens auch für andere demokratische Parteien in dieser Stadt gelten.

Aus der FDP werden Forderungen laut, dass Berliner Schülerinnen und Schüler mindestens einmal während ihrer Schulzeit die Gedenkstätte in Hohenschönhausen, in der es um die unrühmliche Geschichte der DDR geht, besuchen sollen. Die Kenntnisse über die jüngste Deutsche Geschichte lassen bei Jugendlichen sehr zu wünschen übrig. Man kann ja Helmut Kohl alles Mögliche nachsagen, wenn ihn aber Jugendliche für einen Ossi halten, dann ist wirklich Gefahr in Verzug. Natürlich, die Nachkriegsgeschichte Deutschlands und Europas ist von besonderer Wichtigkeit. Kenntnisse darüber gehören unbedingt zur Allgemeinbildung eines jungen Menschen. Genauso wichtig ist aber das Wissen um die Ursache all dessen, warum es zwei Deutschlands, ja zwei Europas gab, West und Ost, immer mit der Gefahr eines weiteren Weltkrieges vor Augen, hat seine Ursachen im deutschen Nationalsozialismus. Das muss stundenlang, bis er es verinnerlicht hat, dem Nachwuchs beigebracht werden. Hitler fiel nicht vom Himmel. Er wurde demokratisch gewählt und hat dann die Demokratie abgeschafft. Niemand soll doch heute behaupten, man habe nicht gewusst, wohin die Wahl Hitlers führen würde. Schließlich hat er vorher seine Pläne zu Papier gebracht. Hätte es damals einen demokratisch legitimierten Verfassungsschutz gegeben, wäre Hitler von diesem als Initiator terroristischer Maßnahmen verhaftet worden. Schon 1933 ließ Hitler das erste Konzentrationslager in Dachau errichten. Als 12 Jahre später die Amerikaner die Bevölkerung von Dachau durch das Lager und die Leichenberge führten, zeigten sich die Biedermänner und -frauen betroffen und überrascht über das, was vor ihrer Haustür geschah. Europa war übersät mit deutschen Tatorten. Wenn von „polnischen KZs“ die Rede ist, weil sich diese auf dem Gebiet Polens befanden, dann muss zuerst einmal die Bezeichnung korrigiert werden. Es sind deutsche Konzentrationslager in Polen gewesen, nichts anderes.

Das Schicksal Warschau



Zwischen dem I. und II. Weltkrieg blühte die polnische Metropole auf. Sogar vom Paris des Ostens war die Rede. Warschau war eine multikulturelle Stadt mit einem hohen Anteil an jüdischer Bevölkerung. Nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 dauerte es noch bis zum 28. September 1939, ehe Warschau aufgab. Der Widerstand brach zusammen. Das mächtige Dritte Reich rollte über Polen hinweg. Gleich nach der Einnahme Warschaus begannen die Nazis damit, das Jüdische Ghetto, Mitten in der Stadt zu errichten. Auf 400 Hektar mussten sich 450.000 Menschen drängen. Nach und nach wurden alle an Ort und Stelle ermordet oder starben unter den katastrophalen Lebensbedingungen beziehungsweise wurden deportiert und in einem der Konzentrationslager erschossen oder vergast. „Umschlagplatz“ (Foto) nannte man jene Stelle in Warschau, an der die Juden in Züge gepfercht und in die KZs verbracht wurden.



In der Proznastraße, die zum Warschauer Ghetto gehörte, sind ein paar Häuser stehen geblieben. Sie vermitteln einen Eindruck über die Lebensverhältnisse im Ghetto.

Am 28. September 1939 marschierten deutsche Truppen in Warschau ein und eine verheerende fünfjährige Besatzungszeit brach an. Der Terror der Besatzer traf von Anfang an auf einen entschiedenen Widerstand weiter Teile der Bevölkerung. Der organisierte Widerstand nahm verschiedene Formen an, von geheimen Bildungseinrichtungen sowie kleinen und großen Sabotagen bis zu Attentaten. Warschau war von Beginn der Besatzung an das Zentrum des „Unterirdischen Polnischen Staates“ mit der Geheimverwaltung der Londoner Exilregierung und der Heimatarmee. Nach der Besetzung Warschaus durch die deutsche Wehrmacht wurden die Juden der Stadt und der Umgebung seit dem November 1940 im Warschauer Ghetto – dem größten jüdischen Ghetto im besetzten Europa – eingesperrt, von wo mindestens 300.000 jüdische Bürger Warschaus deportiert und ermordet wurden. 1941 wurde für Juden die Gettopflicht eingeführt und das Verlassen des Gettos sowie jegliche Hilfe für die jüdischen Warschauer unter Todesstrafe gesetzt. Gleichwohl konnten die Organisation Żegota sowie viele Privatleute hunderte Juden vor dem Tod retten. Am 18. April 1943 kam es zum Aufstand im Warschauer Ghetto unter der Führung von Mordechai Anielewicz und Marek Edelman, als Reaktion auf die Liquidierung des Gettos durch die SS. Am 8. Mai 1943 nahmen sich die meisten jüdischen Anführer im

Versteck in der Ulica Miła 18 das Leben. Einigen jüdische Einheiten (unter anderem Marek Edelman) gelang die Flucht zum polnischen Untergrund. Eine Folge des Gettoaufstandes war, dass von der SS ein ganzes Stadtviertel niedergebrannt und die meisten der überlebenden Juden im KZ Treblinka ermordet wurden.



Foto: Vegetieren im Jüdischen Getto. Unbeschreibliches Leid vor den Augen der Weltöffentlichkeit.



Foto: SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller und Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz legen Kränze am Mahnmahl des Aufstandes im Jüdischen Getto nieder.



An den Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 erinnert heute auf dem nach ihm benannten Platz eine Tafel, die Gerhard Schröder während seines Besuches in Warschau eingeweiht hatte.

Der Warschauer Aufstand, getragen von der polnischen Heimatarmee, begann am 1. August 1944 unter der Führung von Tadeusz Bór-Komorowski. Er war die größte Erhebung gegen die Okkupanten im besetzten Europa während des Zweiten Weltkrieges. Fast die gesamte verbliebene Stadtbevölkerung beteiligte sich an den Kriegshandlungen, deren Ziel ein von Hitlerdeutschland und der Sowjetunion unabhängiges Polen sein sollte. In den ersten Augusttagen wurden die polnischen Medien und eine Pfandfinderpost wiederhergestellt und die Erhebung hatte zu-

nächst Erfolg, als sich die deutschen Truppen aus weiten Teilen der Innenstadt zurückziehen mussten. Aufgrund mangelnden Nachschubs jedweder Form kam der Aufstand schnell in eine kritische Situation. Die der Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt weit überlegene Rote Armee war am rechten Weichselufer stehen geblieben und leistete dem Widerstand keine Unterstützung. Außerdem verweigerten die Sowjets den Westalliierten Flugplätze, von denen aus sie mehr Hilfsgüter und Waffen hätten einfliegen können. Die Heimatarmee musste am 2. Oktober 1944 kapitulieren. Im Warschauer Aufstand, der überwiegend durch Einheiten der Waffen-SS niedergeschlagen wurde, kamen fast 200.000 polnische Soldaten und Zivilisten ums Leben. Als Repressalie wurde die Mehrzahl der noch vorhandenen Warschauer Gebäude auf dem linken Weichselufer von den deutschen Truppen planmäßig gesprengt und vollkommen zerstört. Die überlebende Bevölkerung wurde in Konzentrationslager oder zur Zwangsarbeit deportiert. 85 Prozent der Bausubstanz wurde zerstört.



Foto: Kranzniederlegung und Schweigeminute am Mahnmahl des Warschauer Aufstandes durch die Landesvorstandsmitglieder der SPD Dr. Eckehard Wildegans und Horst Porath.



85 Prozent der Bausubstanz von Warschau wurde zerstört. Das Gebiet des Jüdischen Gettos wurde dem Erdboden gleichgemacht. Lediglich diese Kirche blieb stehen und steht heute noch. Grund für den Erhalt: Die Nazis brauchten einen Aussichtsturm. Ein banaler Grund erhielt diese Kirche. Um sie herum ist eine neue Stadt entstanden. Nicht jeder Straßenzug wurde original rekonstruiert. Die den Nazis folgenden Kommunisten hatten eigenen Vorstellungen von Stadtgestaltung. Diese unterschieden sich nicht erheblich. Breite Aufmarschalleen mussten gebaut werden, um die Paraden abhalten zu können. Um den monumentalen Kulturpalast herum brauchte man Platz, damit sich der Arbeiter- und Bauernstaat präsentieren konnte. Die Polen waren jedoch für die Sowjets alles andere als willfährige Partner.



Beim Schicksal Warschaus und Polens darf also die Rolle der Sowjetunion nicht unberücksichtigt gelassen werden. Polen verschwand schon einmal von der europäischen Landkarte, und das wäre, hätte Hitlers Terrorkrieg Erfolg gehabt, wieder geschehen. Die stärkere Linie zeigt Polen vor dem Überfall Deutschlands, die schwächere Polen heute. Das was Polen nach dem Krieg im Westen von Deutschland zugeschlagen bekommen hat, ist vergleichsweise gering zu dem, was sich die Sowjetunion im Osten abgeschnitten hat. Der Warschauer Aufstand (1. August bis 3. Oktober 1944) wäre erfolgreich gewesen, wenn die bereits vor Warschau liegende Rote Armee eingegriffen hätte. Den Polen war aber klar, dass sie sich aus eigener Kraft von den deutschen Okkupanten befreien mussten, um nicht unter die Herrschaft der Sowjets zu geraten. Genau aber das war das Interesse Stalins. Also ließ er die Warschauer Widerstandskämpfer systematisch von der Wehrmacht umbringen und vertrieb erst diese, als die Polen endgültig am Boden lagen. Die Zeit, die für Polen folgte, war alles andere als das Leben in einem freien Land.



Foto: Die Sowjetunion setzte Zeichen in Form des Kulturpalastes, eines Gebäudes, das es in gleicher Bauweise siebenmal in Moskau gibt. Bauen „dürften“ die Polen das „Geschenk“ Stalins natürlich selbst. Vor dem Palast fanden während der Zeit des Kommunismus die üblichen Paraden statt. Kaum irgendwo anders wird der Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus so deutlich wie hier. Wo sich früher zwangsweise die Menschen zu Paraden versammeln mussten, stehen heute große Einkaufsmärkte, an denen aber zum Glück weder ALDI noch LIDL steht.

Die Rote Armee marschierte am 17. Januar 1945 in eine Ruinenstadt ohne Einwohner ein. Die befreite Bevölkerung kam zum großen Teil nach Warschau zurück. Den Soldaten der Heimatarmee blieb jedoch eine Rückkehr verwehrt. Viele mussten emigrieren. Die Stadtverwaltung wurde von der sich bildenden kommunistischen Partei eingesetzt. Bald wurde der Beschluss gefasst, Warschau detailgetreu wieder aufzubauen. 1945 wurde ein Fonds für den Wiederaufbau Warschaus gegründet. Bereits im Februar 1945 nahm eine Kommission unter der Leitung von Roman Piotrowski die ersten Rekonstruktionsarbeiten auf.



Die Altstadt (Foto oben 1945, Foto unten 2007), die Neustadt und die Krakauer Vorstadt wurden ab 1946 bis 1953 in einer als Meisterleistung gewürdigten historischen Rekonstruktion wieder aufgebaut und dafür als Weltkulturerbe der UNESCO ausgezeichnet.



Die Aufbauarbeiten stellen bis heute weltweit die größte geplante Rekonstruktion einer Bebauung dar. Gleichzeitig wurde auch die Bebauung der Straßenzüge Ulica Miodowa, Ulica Długa und Ulica Senatorska sowie der Plätze Plac Teatralny i Plac Bankowy rekonstruiert. Die Arbeiten orientierten sich dabei zu einem großen Teil an Gemälden des italienischen Malers Bernardo Bellotto (Canaletto), der im 18. Jahrhundert viele Stadtpanoramen Warschaus geschaffen hatte. 1947–1949 wurde unter Teilen der Altstadt der Tunnel der „Ost-West-Arterie“ gebaut. Heute ragen Wolkenkratzer in den Himmel über Warschau. Keine der großen internationalen Hotelketten fehlt um den Hauptbahnhof herum. 1971 entstand ein Komitee zum Wiederaufbau des Warschauer Königsschlusses unter der Leitung von Stanislaw Lorentz.



Der Wiederaufbau des Schlosses (Foto) wurde in den 1970er und 1980er Jahren durchgeführt. So lange hatte es gedauert, ehe die kommunistische Führung dem Druck der Bevölkerung nachgab und dem Wiederaufbau zustimmte. Allerdings gab sie keinen einzigen Zloty dazu, und so wurde das Schloss allein aus Spenden wieder aufgebaut.

Der Wiederaufbau Warschaws dauert auch heute noch an. In den nächsten Jahrzehnten sollen die Königsgärten rekonstruiert und der Brühl'sche und Sächsische Palast wiedererrichtet werden. Gleichwohl werden die allermeisten Gebäude des alten Warschaws nicht mehr neu entstehen können. Die heutigen Straßenzüge verlaufen weitgehend anders als vor 1939. Die reiche Sezessionsarchitektur der Ulica Marszałkowska und der Jerusalemer Alleen ist unwiederbringlich verloren. Mehrere Stadtteile entstanden im realsozialistischen Stil. Von 1952–1955 wurde der Warschauer Kulturpalast errichtet, das damals zweithöchste Gebäude Europas. Daneben wurden die Stadtviertel Marienstadt und MDM im realsozialistischen Stil (wieder)errichtet. Die Blütezeit dieser Stilrichtung in Polen datiert auf die Jahre von 1949 bis 1955 und verschmolz in ihrer Warschauer Abwandlung mit der polnischen Architektur der 1930er Jahre, die wiederum stark von dem Warschauer Klassizismus beeinflusst war.

1955 wurde in Warschau der Warschauer Pakt unter dem Diktat der Sowjetunion geschlossen. Im selben Jahr fand hier das Weltjugendfestival statt. Als Reaktion auf den Polnischen Oktober 1956 wurde Władysław Gomułka zum Ersten Parteisekretär ernannt; die Zeit des Stalinismus ging zu Ende. Gomułka hielt im selben Jahr am Defiladenplatz eine Rede vor über einer Million Menschen, die den ersehnten Umbruch einläuten sollte. Im März 1968 kam es zu einer Studentenrevolte, die von dem Verbot der Aufführung des Theaterstücks Ahnenfeier von Adam Mickiewicz in Warschau ausgelöst wurde. Dies war der Beginn des Endes der Ära Gomułka, der 1970 von Edward Gierek abgelöst wurde. Neben dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtskollegen 1965 war Willy Brandts Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970 vor dem Mahnmahl für den Ghettoaufstand 1943 einer der wichtigsten Eckpfeiler für die deutsch-polnische Aussöhnung. 1976 wurde in Warschau das KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) gegründet, aus dem später die Gewerkschaft Solidarność hervorgehen sollte, die am 10. November 1980 beim Wojewodschaftsgericht in Warschau registriert wurde. Entscheidende Bedeutung für den Untergang des Kommunismus hatte der Papsbesuch Johannes Paul II. am 2. Juni 1979 in Warschau, der mitursächlich für die Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft im Ostblock war, sowie seine Messe vor über einer Million Warschauern auf dem Defiladenplatz im Jahr 1987. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 wurde Warschau von motorisierten Spezialeinheiten mit Panzern und schwerem Kriegsgerät besetzt. Nach der Solidarność-Bewegung in den 1980er Jahren kam es 1988 zu den berühmten Gesprächen am Runden Tisch in Warschau, die im April 1989 zu den

ersten freien Wahlen in einem Warschauer Pakt-Staat führen. Die Sejm- und Präsidentschaftswahlen wurden von der Solidarność und Lech Wałęsa gewonnen.



Begegnet einem auf Schritt und Tritt in Warschau: Frédéric Chopin (1810-1849). Foto: Denkmal in Warschau. Der Flughafen Warschau trägt den Namen des größten polnischen Komponisten, und auch das Hotel, in dem die 86-köpfige Gruppe der Gedenkstättenfahrt wohnte, heißt nach ihm.

Nach der immer wieder verheerenden Geschichte Polens, ist seit dem Ende des Kommunismus nun endlich wieder ein freies Land entstanden. Mit dem Gesetz über den Warschauer Verwaltungsaufbau vom 18. Mai 1990 wurde die Warschauer Selbstverwaltung wiedereingeführt und am 27. Mai 1990 wurde nach über 50 Jahren wieder ein Stadtparlament gewählt. Zum Präsidenten von Warschau wurde Stanisław Wyganowski gewählt, der bereits seit Januar 1990 diese Funktion vorläufig innehatte. Am 7. April 1991 wurde nach einem halben Jahrhundert die Warschauer Wertpapierbörse als zweite Kapitalmarktinstitution dieser Art in einem ehemaligen Ostblockstaat wiedereröffnet, die sich in den folgenden Jahren zu der führenden Börse in Ostmitteleuropa entwickelte. Sie bekam – was durchaus auch Symbolcharakter hatte – ihren Sitz in dem Gebäude der ehemaligen Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und zog später in ein neu errichtetes Gebäude an den Ujazdowski-Alleen. 1994 wurden elf Stadtteile aus dem Stadtgebiet gebildet und 1995 wurde das erste Teilstück der U-Bahn in Betrieb genommen. 2002 wurde das Gesetz über den Warschauer Verwaltungsaufbau modernisiert, so dass Warschau wieder eine einheitliche Gemeinde der Woiwodschaft Masowien mit 18 Untereinheiten wurde. In den 1990er Jahren entstanden viele moderne Wolkenkratzer und Bürogebäude im Zentrum und Stadtteil Wola, und Warschau wurde zum führenden Finanzzentrum in Ostmitteleuropa.

Die Stadt beansprucht den Titel „größte Baustelle Europas“, denn in der Innenstadt sind in den letzten Jahren viele Läden, Einkaufszentren, Bürohochhäuser und Freizeitmöglichkeiten geschaffen worden. Warschau hat sein Blockbauten-Image abgelegt und ist nun neben Frankfurt, London, Rotterdam und Paris die „höchste“ Stadt Europas. Warschau ist der größte Investitionsschwerpunkt in Polen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit ca. 5% Prozent weit unter dem polnischen Durchschnitt von 15%. In der Stadt entstehen neue Bürohochhäuser, beispielsweise der 1999 fertiggestellte 208 m hohe „Warsaw Trade Tower“, die dem 234 m hohen „Kulturpalast“ (erbaut 1955) in der Skyline den Platz streitig machen. Warschau ist Sitz verschiedener Universitäten, darunter der Warschauer Universität und der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität. 1,7 Millionen Menschen leben heute in Warschau, rechnet man jedoch die Orbitalstädte wie Pruszków.

Grodzisk, Mazowiecki, Żyrardów, Wołomin, Otwock, Legionowo u.a. dazu, so umfasst der Großraum Warschau rund 3,5 Mio. Einwohner.

Warschau ist heute eines der wichtigsten Verkehrs-, Wirtschafts- und Handelszentren Mittel- und Osteuropas und auch von großer politischer und kultureller Bedeutung. In der Stadt befinden sich zahlreiche Universitäten, Theater, Museen und Baudenkmäler. Das Stadtgebiet Warschau gliedert sich in insgesamt 18 Stadtbezirke („Dzielnice Warszawy“), unter denen Śródmieście (Stadtmitte) die eigentliche Innenstadt ausmacht.

Und, das darf man nicht vergessen, Warschau ist die Partnerstadt von Berlin. Was jedoch die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Städten anbelangt, so ist das Wort katastrophal nicht übertrieben. Mit dem Pkw benötigt man ca. 8 Stunden, mit einem Reisebus über 10. Von Autobahn keine Spur, man holpert übers Land. Wann endlich wird zwischen den beiden Metropolen eine Autobahn für eine vernünftige Verbindung sorgen?



Diese Frage stellte der SPD-Vorsitzende Michael Müller dem Generalsekretär der Schwesterpartei SLD, Grzegorz Napieralski (stehend), beim politischen Gespräch während des Besuchs der Berliner Gruppe in Warschau. Der Stettiner Abgeordnete, der unter den schlechten Anbindungen selbst oft leidet, versprach, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass nicht nur die politischen und menschlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland verbessert werden, sondern auch die verkehrstechnischen. An dem Gespräch, in dem es um aktuelle politische Fragen nach der Wahl in Polen ging, nahm auch der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau, Dr. Peter Hengstenberg (2.v.r.) teil. Die Bedeutung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland wurde von ihm besonders hervorgehoben. Die letzten beiden Jahre unter der Herrschaft der inzwischen weltbekannten Zwillinge waren für diese Beziehungen sehr schädlich. Unter dem neuen Ministerpräsidenten Tusk hoffen alle auf eine deutliche Verbesserung.

Übrigens: Die Bahn, wenn sie nicht gerade streikt, schafft die Strecke Berlin-Warschau von etwa 600 km in 5 ½ Stunden. Das ist der bequemste Weg, obwohl man einschränkend sagen muss, dass die polnischen Züge zwar dem üblichen europäischen Standard entsprechen, was nicht zwangsläufig der der Deutschen Bahn ist. Die Teilnehmer der Gedenkstättenfahrt hatten Glück bei der Anreise, denn da wurde noch nicht gestreikt. Bei der Rückfahrt am 16. November endete die Fahrt in Frankfurt/Oder. Von da ab herrschte Chaos, das die Bahn nicht in den Griff bekam. Überfüllte Ersatzbusse, kaum verkehrende Regionalbahnen. Die Bahn hätte zumindest dafür sorgen müssen, dass bei internationalen Zügen die Kunden auch nach Hause kommen. Die Teilnehmer der Gedenkstättenfahrt konnten sich jedoch auf die Regie ihres eigenen Reiseveranstalters verlassen, der vorsorglich zwei Busse nach Frankfurt schickte, um sie abzuholen.

Rechnet man die Zeit zusammen, die man benötigt, um nach Warschau zu fliegen, kann man auch gleich mit dem Zug fahren. Eine gute Stunde braucht die 8.40-Uhr-Maschine von Berlin nach Warschau, wenn sie fliegt, was nicht immer erfolgt. Fällt sie aus, kann es einen ganzen Tag dauern, ehe LOT und LUFTHANSA die Passagiere nach Warschau bringen. Die Rückflüge versetzen die Passagiere in die Anfänge der Fliegerei. Ewig dauert es, bis der Flughafenbus seine Rundfahrt beendet hat und endlich das Flugzeug erreicht. Eine Propeller-Maschine wartet auf die Gäste. Mit ohrenbetäubendem Lärm knattert das Gerät ebenso lange über den Flughafen zurück zur Startposition. Über 80 Minuten sitzt man in einer engen Kabine und fliegt Richtung Berlin. Jede Verbindung von Berlin nach Hamburg ist komfortabler. In Berlin angekommen zeigt sich, was der ständige Ausbau des Flughafens Tegel angerichtet hat. Zu dem Nebenterminal kommen die Taxis nur schubweise, besonders schön bei Regen, denn ein Dach fehlt natürlich. Von Schlangestehen versteht hier auch niemand etwas. Nicht der Reihe nach, sondern jeder, der ein ankommendes Taxi erwischt, steigt ein. Das Recht des Stärkeren und Schnelleren obsiegt.

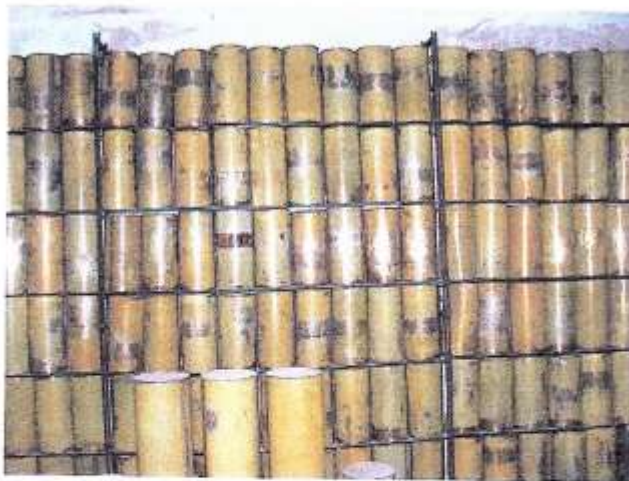
Trotz der Widrigkeiten des Hinkommens, sollte man demnächst einmal einen Besuch in Warschau einplanen, allein schon wegen der Städtepartnerschaft, die mit Leben erfüllt werden muss. Warschau ist eine moderne und attraktive Stadt, in der es Spaß macht, umherzulaufen. Man sollte als Deutscher dieser Stadt demütig begegnen. Nicht von den Nachkriegsgenerationen, aber in deutschem Namen wurde unserem Nachbarn und vor allem dessen Hauptstadt unvergleichliches Leid angetan. Die Warschauer spüren, dass die Deutschen des 21sten Jahrhunderts andere Menschen sind, von denen sie nichts zu befürchten haben. Die Beziehungen zu Polen sind die wichtigsten in Europa. Es muss immer wieder daran erinnert werden, was zwischen 1933 und 1945 in Polen geschah. Das heutige Russland wäre gut beraten, wenn es die Aufarbeitung der Geschichte genauso intensiv betriebe, wie Deutschland. Russland ist ein ungeliebter Nachbar, der sich noch für sehr viel entschuldigen muss. Für einen russischen Präsidenten gäbe es viele Orte, an denen ein Kniefall nötig wäre. Die Kowalskis und die Schmidts hingegen sind auf dem richtigen Wege.

Besuch in Majdanek



Es war ein bitterkalter Novembertag, als 86 Deutsche aus Berlin Majdanek-Lublin besuchten. Einer von vielen Orten des Schreckens in Polen, an dem Deutsche Menschen anderer Nationalitäten und Glaubensrichtungen wahllos ermordeten. Mehr als 7.000 Orte gab es auf dem so genannten Reichsgebiet und in den okkupierten Ländern, an denen verschiedenartige Lager eingerichtet wurden. Diese Lager nur einen Zweck, Menschen zu ermorden. Während man in Deutschland die Herrenrasse züchtete, rottete man anderswo ganze Städte und Landstriche aus.

Ein Ort des Schreckens wie diesen zu besuchen, ist kein leichter Gang. Aber, er muss getan werden. Immer und immer wieder. Das ist nicht Selbstquälerei, sondern Wachhalten einer Geschichte, die sich nie wiederholen darf. Vor allem sind Gedenkstättenfahrten auch eine Verneigung vor den zahllosen unschuldigen Opfern. Kein Volk hat das Recht, ein anderes wegen seines Glaubens zu vernichten.



Spuren der Vernichtung in Majdanek. Dosen, in denen sich das hochgiftige Zyklon B befand. Natürlich wussten die Hersteller nicht, dass ihr Schädlingsbekämpfungsmittel auch gegen Menschen eingesetzt werden könnte. Die Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung), eine Tochter von Degussa und I.G. Farben, stellte Zyklon B her. Die Umsatzzahlen stiegen und niemand wunderte sich über die Vermehrung von Schädlingen im Deutschen Reich, für die das Produkt eigentlich gedacht war. Die Nazis jedoch hatten eine eigene Ansicht darüber, was Schädlinge sind.



Kranzniederlegung in Majdanek, einem der unzähligen Tatorte in Polen. Wir wissen, dass es immer mehr Menschen in diesem Lande gibt, die die eigene Geschichte gern ausblenden würden. Die Neonazis bezeichnen Gedenkstättenfahrten als „Rituale der Antifaschisten“. Sie verharmlosen und verleugnen die Geschichte, behaupten sogar, dass der Holocaust nur eine jüdische Erfindung sei. Es muss in Deutschland viel mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um nicht nur Jugendlichen, sondern auch Erwachsenen die Verbrechen der Vorfahren vor Augen zu halten. So wichtig es ist, an die DDR als einen Unrechtsstaat zu erinnern, so wichtig ist es auch, die Zeit davor nicht aus den Augen zu verlieren. Hitler-Deutschland und DDR sind nicht vergleichbar. Es sind zwei unterschiedliche Gebilde, die nur gemein haben, dass sie auf demselben deutschen Boden standen. Und noch eine Gemeinsamkeit gibt es: Beide Systeme dürfen sich auf deutschem Boden nie wiederholen. Und so wird der Paper Press e.V. auch weiterhin Gedenkstättenfahrten anbieten. Ab Dezember stehen unter www.gedenkstaettenfahrten.de die Projekte für das Jahr 2008.

Bericht: Ed Koch – mit Textteilen von Wikipedia

Fotos: Jürgen Köster, Andreas Schwager, Ed Koch, Lothar Duclos

65ste Antifaschistische Stadtrundfahrt durch Tempelhof



Zur 64sten Antifaschistischen Stadtrundfahrt im Frühjahr tauchten vor dem Tempelhofer Parkfriedhof und an anderen Stellen der Rundfahrt ungebettete „Gäste“ auf. Diese hatten sich (natürlich) nicht für die Rundfahrt angemeldet und wollten auch nicht an ihr teilnehmen. Zu groß wäre wohl die Gefahr gewesen, etwas lernen zu können, das nicht in ihr verblendetes Weltbild passt. Einige Neonazis der NPD postierten sich wie Wegelagerer und schauten einfach nur zu und machten Fotos. Die Polizei hatte Wind davon bekommen und rückte mit Einsatzkräften an. Diese hielten die Neonazis auf Distanz zu den Teilnehmer/innen der Fahrt. Am Samstag, dem 27. Oktober 2007 fand die 65ste Fahrt statt. Die Polizei begleitet erneut die Fahrt, aber von der NPD ließ sich dankenswerter Weise diesmal niemand sehen. Dafür hatten sie im Voraus die Laternen- und Verkehrszeichenmasten vor dem Ausgangspunkt der Fahrt, dem Tempelhofer Parkfriedhof, mit ihren ebenso bunten wie platten Stickers bepflanzt. Alle Aufkleber wurden vor Beginn der Fahrt entfernt. Während der Rundfahrt kam es zu keinerlei Belästigungen durch Neonazis.



Und so konnte Ruth Zastrow (links) von der Lichtenrader Geschichtswerkstatt auf dem Evangelischen Friedhof Lichtenrade ungestört davon berichten, was in diesem eher unauffälligen Berliner Ortsteil im so genannten Dritten Reich geschah.

Die Geschichtswerkstatt unterstützt seit Jahrzehnten die Antifaschistischen Stadtrundfahrten, die seit 1980 der Paper Press e.V. regelmäßig durchführt. 42 Interessenten hatten sich diesmal angemeldet.

Fast 50 Punkte im Bezirk Tempelhof, die irgendeine Bedeutung während der Hitler-Diktatur hatten, fanden 1979/1980 Jugendlichen aus dem Jugendclub Bungalow am Mariendorfer Damm heraus und stellten die Antifaschistische Stadtrundfahrt durch ihren Bezirk zusammen. Unterstützt wurden sie damals von zwei Zeitzeugen, die in Mariendorf lebten und das KZ Sachsenhausen überlebten: Emil Ackermann, der vor einigen Jahren verstarb, und Wolfgang Szepansky, der 97-jährig noch heute die Fahrten begleitet.

Tschechien (Seiten E 129 – E 130)

01) Umfrage: "Eid-Bewegung" und Kommunisten im Aufwind

Seit Juni ist die politische Landschaft in Tschechien durch die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament in Bewegung geraten. Ihre Ergebnisse haben die Innenpolitik erschüttert, sei es durch den Erfolg außerparlamentarischer Parteien und Bewegungen, oder durch das enttäuschende Abschneiden der Regierungsparteien. Auch die siegreiche ANO-Bewegung sorgte für Aufsehen, indem sie zusammen mit der ungarischen Fidesz-Partei von Viktor Orbán und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) eine neue Fraktion im Europäischen Parlament bildete. Nach den Europawahlen haben die politischen Akteure im Lande mit den Vorbereitungen für die Regional- und Senatswahlen begonnen, die vom 20. bis 21. September stattfinden werden. Wie haben sich die jüngsten Ereignisse auf das aktuelle Wahlmodell des Meinungsforschungsinstituts NMS für Juli ausgewirkt?



Die rechtspopulistische "Eid-Bewegung" (Přísaha) würde den Einzug ins Abgeordnetenhaus problemlos schaffen.- Bild: Přísaha

Das Meinungsforschungsinstitut NMS beobachtete in ihrer jüngsten Umfrage drei Phänomene, die sich auf die tschechische Innenpolitik mittel- und langfristig auswirken werden:

1) Die ANO-Bewegung hätte die Wahlen im Juli gewonnen. Seit dem Frühjahr beobachten wir jedoch einen leichten Rückgang der Unterstützung für die Partei, der wie bei der SPD mit der wachsenden Unterstützung außerparlamentarischer Parteien zusammenhängt.

Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

2) Das aktuelle Wahlmodell bestätigt den Trend steigender Präferenzen für die Eid-Bewegung, der zusammen mit den Kommunisten (KSČM) immer noch von ihren starken Kampagnen für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni profitiert.

3) Die wirtschaftsliberale Partei TOP'09, die seit langem unter der 5%-Hürde für den Einzug in das Parlament lag, würde aus eigener Kraft in die Abgeordnetenkommer einziehen. In den kommenden Monaten wird man sehen, ob TOP'09 tatsächlich beginnt, ihr Wahlpotenzial besser zu nutzen und seine Chancen auf eine Rückkehr in die Abgeordnetenkommer aus eigener Kraft zu bestätigen.

Das aktuelle Wahlmodell vom Juli 2024:

Partei	Wahlbündnis	Juli 2024	Wahl 2021
ANO		28,2%	27,1%
	Spolu	(19,7%)	27,8%
	Piraten+STAN	(19,2%)	15,6%
ODS		11,3%	Spolu
STAN		10,1%	Piraten+STAN
Piraten		9,1%	Piraten+STAN
Přísaha		7,2%	4,7%
SPD		6,8%	9,6%
KSČM		5,6%	3,6%
TOP'09		5,2%	Spolu
KDU-ČSL		3,2%	Spolu
Svobodní		3,2%	2,8%*
SocDem		3,2%	4,7%**

*) im Wahlbündnis mit Trikolóra und Soukromníci

***) 2021 unter dem alten Kürzel ČSSD angetreten

Quelle: NMS

<https://www.powidl.info/politik/umfrage-eid-bewegung-und-kommunisten-im-aufwind>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 50, 2024

Wien, am 21. August 2024

Ukraine (Seiten E 131 – E 119)

01) Kursk-Änderung.

Die ukrainische Offensive markiert ein neues Kapitel des Krieges, doch Ziele und Erfolgsaussichten bleiben weiter unklar. Wie reagiert Moskau?

Von Alexey Yusupov

13.08.2024



Region Kursk: Russisches Militärgerät wird zum Einsatz in Russland gebracht.- picture alliance / Associated Press

Kursk, der Name hat einen besonderen Klang in Russland. Vor genau 24 Jahren ereignete sich eine der ersten großen Katastrophen der Putin'schen Regierungszeit – das Atom-U-Boot „Kursk“ sank in der Barentssee, alle Besatzungsmitglieder starben. Heute ist es die Namensgeberin, die Regionalhauptstadt Kursk, die seit fast einer Woche die Nachrichten dominiert. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg befindet sich die reguläre Armee eines verfeindeten Staates auf russischem Boden, dazu auch noch mit Panzern und unweit der Ortschaften der kolossalen Panzerschlacht der Roten Armee gegen die Wehrmacht im Jahre 1943.

Der Ukraine ist mit ihrer Kursk-Belgorod-Operation bereits jetzt, auch kommunikativ, eine wirkungsvolle Überraschung gelungen. Das Eindringen eines substanziellen ukrainischen Truppenverbands auf das russische Territorium wird begleitet von einer effektiven Desinformationskampagne. So kursierte eine Zeit lang im russischen Internet ein Deepfake-Video des Kursker Gouverneurs, der seine Bürger dazu aufzurufen schien, sich zur Vaterlandsverteidigung einzufinden und Milizen zu bilden. Es gibt auch gestellte und geschauspielerte Aufnahmen, zum Beispiel das Selfie-Video eines „Lokalbewohners“, der von Gesprächen mit ukrainischen Besatzungssoldaten berichtet und von Vorbereitungen für ein „Referendum zum Beitritt zur Ukraine“. Offiziell wird dabei von Kiew wenig bis gar nichts kommuniziert, was den erwünschten Effekt verstärkt. Die Ukraine hat die Reaktion auf die Prigoschin-Revolte genau beobachtet und weiß, dass fehlende Vorbereitung der russischen Beamten, allgemeine Verwirrung vor Ort und Funkstille von oben ihre besten Verbündeten sind.

Die Ukraine hat die Reaktion auf die Prigoschin-Revolte genau beobachtet.

Die russische Regierung ist erwartungsgemäß überrumpelt. Der Grenzschutz wie auch die unterstützenden Armeeeinheiten waren grundsätzlich für die Möglichkeit ukrainischer Grenzübertritte sensibilisiert, aber doch eigentlich nur im Ausmaß der letztjährigen Aktionen des „Russischen Freiwilligenkorps“, einer Formation unter der Patronage des ukrainischen Militärgeheimdienstes. Es handelte sich dabei vor allem um öffentlichkeitswirksame, in den Sozialen Medien dokumentierte Nadelstiche, ausgeführt von ein paar Dutzend Soldaten und ohne weitere militärische Relevanz. Diesmal sind ukrainische Soldaten und Material in Divisionsstärke beteiligt – ein Versagen der russischen Aufklärung und ein Beleg dafür, dass das drohnenübersättigte „gläserne Gefechtsfeld“ an der unmittelbaren russisch-ukrainischen Kontaktlinie keine Garantie gegen solche Coups bedeutet.

Die Lage bleibt unübersichtlich: Moskau schweigt lange, verbreitet verfrühte Entwarnungen. Präsident Wladimir Putin erklärte schlussendlich den Abwehrkampf zu einer „antiterroristischen Operation“ und mandatierte den Inlandsgeheimdienst FSB zu einer Art polizeilichem Kriegsrecht. Die Devise lautet: den gegnerischen Erfolg bloß nicht größer machen. Derweil sind Hunderttausende russischer Grenzbewohner auf der Flucht oder evakuiert; sie berichten von der Untätigkeit der örtlichen Behörden; Fernsehsendungen verbreiten bis zur letzten Minute beruhigende Lügen („Es handelt sich nur um kleine Aufklärungstrupps der Ukrainer“) statt überlebenswichtige Informationen (Adressen der Notunterkünfte im Landesinnern, Hinweise auf Evakuierungsrouten, Packlisten).

Russland versinkt im Kriegs- und Informationsnebel.

Auch das *Blame Game* beginnt prompt: Die an der Grenze stationierten Kadyrow-Kämpfer schieben die Schuld in die Schuhe des Verteidigungsministeriums, örtliche Beamte verweisen auf das Schweigen im föderalen Zentrum, die Reste der Wagner-Truppen melden sich aus Mali und bitten um rasche Wiedereinsetzung an der ukrainischen Grenze. Ausgerechnet in derselben Woche beginnt die russische digitale Zensurbehörde mit der lange geplanten großflächigen Abschaltung von YouTube – weiterhin die wichtigste Informationsquelle für Millionen von Menschen. Russland versinkt im Kriegs- und Informationsnebel.

Doch auch die erfolgreichsten Überraschungen wirken nur kurz, das ist ihre Natur. Nach einer Woche wissen wir zwar immer noch nicht, welche Ziele genau die Ukrainer verfolgen, man kann aber die unterschiedlichen Effekte der Operation bereits bewerten. Da wären zunächst die kommunikativen Ziele des Unterfangens: Neben der sicherlich sehr notwendigen Selbstvergewisserung der ukrainischen Streitkräfte und Gesellschaft –man ist nicht vollends im quälenden Ermüdungskampf gefangen – sendet die Operation auch mehrere Signale an Russland. Die Bevölkerung der Grenzbezirke auf der russischen Seite soll noch mehr als zuvor spüren: Der Krieg kommt nach Hause, der Kreml kann seine Sicherheitsversprechen nicht halten. Das ist tatsächlich eine wirksame Message, denn der Beschuss von Belgorod und anderer grenznaher Orte in der Vergangenheit haben die dortige Bevölkerung sehr wohl in Krisenstimmung versetzt.

Das ist allerdings – wie schon früher bei Drohnenangriffen auf Moskau – keineswegs in einer kreml- und kriegskritischen Haltung gemündet. Als Reaktion startete Moskau im Frühjahr mit der Charkiw-Operation den Versuch, die ukrainische Artillerie zu verdrängen und damit russische Dörfer und Städte aus ihrer Reichweite zu rücken. Gleichwohl ist diese Entwicklung sehr lokal. Russinnen und Russen in anderen Landesteilen bleibt das Leid ihrer Landsleute an der ukrainischen Grenze fern und egal – dafür ist die Zensur in den russischen Medien zu stark und der Grad der Dissoziation und der gesellschaftlichen Kälte,

Seite E 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

den das Regime Putins bewusst pflegt, zu hoch. Nur wer Verwandte und Freunde in den Grenzbezirken hat und wer mit ihnen spricht, weiß es aus erster Hand: Der Krieg ist schon längst in Kernrussland angekommen, nicht erst seit einer Woche.

Anders sieht es allerdings mit der Verlagerung der menschlichen Verluste auf der russischen Seite hin zu Wehrdienstleistenden aus, die vorrangig zur Grenzsicherung eingesetzt werden. Hier könnte die ukrainische Operation eine manifeste Auswirkung auf die Stimmung in Russland entfalten. Es gibt bereits namentlich bekannte Tote unter den im Schnitt 20-jährigen Angehörigen der grenznah stationierten russischen Regimenter. Über die letzten zweieinhalb Jahre hat der Kreml sehr darauf geachtet, den Einsatz der Wehrdienstleistenden an der Front zu vermeiden beziehungsweise als Fehler aufzuklären. Der absolute Großteil der Rekrutierungen entfällt auf Ältere (um die 40-Jährige), Gefangene, Veteranen, Neueingebürgerte, Polizisten und [Silowiki](#) aus anderen Branchen sowie Söldner.

Der Gesellschaftsvertrag – gemäß dem die russische Armee zwar viele junge Menschen einzieht, sie aber aus Auslands- und Kriegseinsätzen heraushält und nach Ende ihrer Dienste weitestgehend unbeschadet den Familien wieder zurückgibt – hält sogar über die gesetzliche Lage hinaus. Nicht mal in den annektierten Gebieten der Ukraine findet man gegenwärtig Wehrdienstleistende. Dabei sind diese Territorien nach russischer Rechtsauffassung ja inländisch und damit für die Einsätze der Wehrdienstpflichtigen geeignet. Sollten im Zuge der ukrainischen Operation viele weitere von ihnen sterben, würde das die Soldatenmütterbewegung wie auch die Sozialen Medien elektrisieren, so etwas lässt sich selbst im heutigen Russland nicht effektiv geheim halten.

Schlussendlich bleibt die Frage, ob das Ganze auch ein Signal an Wladimir Putin senden soll.

Schlussendlich bleibt die Frage, ob das Ganze auch ein Signal an Wladimir Putin senden oder sogar Vorbereitungen für diplomatische Bemühungen um das Ende des Krieges einläuten soll. Kann das Ganze in einem Gebietsaustauschangebot Kiews enden? Das erscheint gegenwärtig fraglich. Für eine tatsächliche Besetzung müsste das blitzartige Vordringen der ukrainischen Streitkräfte einen massiven Folgeeinsatz von ukrainischen Soldaten und Material nach sich ziehen. Das russische Militär zieht seit drei Tagen bereits unterschiedliche Reserven in der Region Kursk zusammen, die weiterhin deutlich umfangreicher als auf der ukrainischen Seite sind. Und übrigens müssen die bisher an der Front im Donbass kämpfenden russischen Einheiten nur marginal Kapazitäten und Ressourcen abgeben, ihre Vorwärtsbewegung ist keineswegs zum Stillstand gekommen.

Auch ist es angesichts seines Führungsstils fraglich, dass Wladimir Putin sich nun eher verhandlungsbereit zeigen würde als zuvor. Womöglich will der Kremlchef zunächst seine Position der Stärke wiederherstellen, ehe er den Überraschungserfolg des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selenskij und des ukrainischen Oberbefehlshabers Oleksandr Syrskij mittels Verhandlungen würdigen würde. In seiner heutigen Regierungskonsultation zeigt er sich militant: Es könne keine Gespräche mit einem Staat geben, der „russische Zivilisten und Atomkraftwerke angreift“.

Noch ist die Lage dynamisch, und daher lässt sich kein Fazit ziehen. Die ukrainische Offensive markiert ein neues Kapitel des Krieges, sieht aber gleichzeitig bisher nicht wie ein Game-Changer aus. Trotzdem kann man der Ukraine anrechnen, Russland und die Welt daran erinnert zu haben, dass man eben nicht beides haben kann – den Krieg im Nachbarland und den Frieden zu Hause.



Alexey Yusupov, Berlin

Alexey Yusupov leitet das Russlandprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er Büroleiter der FES in Myanmar, Afghanistan und Kasachstan. Außerdem unterstützt er politische Akteure als Berater und Moderator.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/kursk-aenderung-7703/?utm_campaign=de_40_20240813&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Mut zum Lückeschließen.

Koordinierte Bemühungen zum Beenden des Krieges in der Ukraine gibt es bislang nicht. Höchste Zeit, dieses Manko zu beheben

Von Christos Katsioulis & Walter Kemp

05.08.2024



Können die Hauptakteure der internationalen Gemeinschaft ein gemeinsames Format finden, um über das Ende des Krieges zu beraten? - picture alliance / Ikon Images/ Stuart Kinlough

In der Europäischen Union sorgten die „Friedensmissionen“ des aktuell amtierenden Ratsvorsitzenden Viktor Orbán zuletzt für Unruhe. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage, wer für die EU spricht und inwiefern dergleichen Reisen von der Union [abgestraft werden sollten](#). Was dabei jedoch oft übersehen wurde, ist die Tatsache, dass Orbán die

Seite E 135 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Rolle als „Friedensfürsten“ nur deshalb ausfüllen konnte, weil [international ein Vakuum existiert](#). Seit mehr als zwei Jahren tobt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Bemühungen um Frieden haben noch keine koordinierte Form gefunden.

Nach dem Scheitern der bilateralen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul gab es eine Reihe von Ad-hoc-Initiativen. Italien präsentierte ebenso wie China oder Brasilien einen Friedensplan, selbst der Papst soll sich um Frieden bemüht haben. Der [multilaterale Gipfel im schweizerischen Bürgenstock](#) setzte sich klugerweise nicht zum Ziel, Frieden zu schaffen, sondern vielmehr einen Prozess hin zum Frieden anzustoßen. Aber verbunden war das alles nicht miteinander.

Denn zwischen den einzelnen Bemühungen und Friedensplänen sowie den überwältigenden Friedenskonferenzen mit einer Vielzahl von teilnehmenden Staaten und Organisationen klafft eine Lücke: Es fehlt eine stetige und flexiblere Struktur, in der die wichtigsten Stakeholder regelmäßig zusammenkommen. Daher braucht es eine internationale Kontaktgruppe zur Bearbeitung des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Diese würde sich im Rahmen der Resolution der UN-Generalversammlung bewegen, die ein Jahr nach Beginn des Krieges alle Staaten und internationalen Organisationen aufgefordert hatte, diplomatische Bemühungen um einen fairen und anhaltenden Frieden zu unterstützen.

Eine Kontaktgruppe ist kein Allheilmittel und wird auch nicht in wenigen Monaten Frieden schaffen. Sie kann aber die relevanten internationalen Akteure koordinieren, gemeinsame Positionen zwischen den Friedensplänen herausarbeiten und die Konfliktparteien gemeinsam adressieren. Dabei arbeitet sie nach unverbindlichen Regeln und dient allein dem Zweck der Koordinierung, Kooperation und Kohäsion in der jeweiligen Konfliktsituation. Gleichzeitig machen internationale Kontaktgruppen die Dringlichkeit des Konflikts bewusst. Sie können gerade in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen die interessierten Großmächte an einen Tisch bringen und damit allein schon eine deeskalatorische Wirkung entfalten.

Aufgaben für eine solche Kontaktgruppe gibt es genug: Die Vorstellung gemeinsamer Initiativen ist ebenso wichtig wie die Ermöglichung eines Dialogs der Konfliktparteien. Sie kann politischen Druck auf die Konfliktparteien ausüben, um Verhandlungen zu beginnen. Nicht zuletzt kann eine internationale Kontaktgruppe kleinere Schritte anstoßen, die zu einer Verbesserung der Lage für die Zivilbevölkerung beitragen. Sie könnte Zurückhaltung bei Angriffen auf zivile Infrastruktur ebenso zu einem Thema internationaler Diskussionen machen wie die Sicherung der Nuklearanlagen.

Grundsätzlich sollten die beiden Konfliktparteien nicht Teil der Kontaktgruppe sein.

Damit dies in der aktuellen Lage zwischen Russland und der Ukraine greift, in der vor allem Russland viele der oben aufgeführten Aspekte offensichtlich missachtet, kommt der Zusammensetzung der Gruppe eine entscheidende Rolle zu. Deswegen muss zwischen der Kontaktgruppe und den Konfliktparteien unterschieden werden. Der Fehler des Normandieformats, bei dem Russland mit am Tisch saß, weil es nominell nicht Konfliktpartei war, sollte nicht wiederholt werden. Grundsätzlich sollten die beiden Konfliktparteien nicht Teil der Kontaktgruppe sein, da es sich dabei nicht um ein Verhandlungsformat handelt. Stattdessen sollten sie bei Bedarf in einem Zusatzformat entweder individuell oder als +2 hinzugezogen werden, wenn es sinnvoll erscheint. Damit sitzen beide nicht mit am Tisch, sind aber dennoch nicht ausgeschlossen. Eine solche Formel könnte die Frage der Teilnahme aller Parteien, die schon in Bürgenstock für Zwietracht gesorgt hatte, elegant umschiffen.

Damit die Kontaktgruppe genügend politischen Einfluss mitbringt, muss sie entsprechend besetzt werden. Der Kern sollte aus den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (mit Ausnahme Russlands) bestehen. Dazu sollte Deutschland als europäische Zentralmacht ebenso dazugenommen werden wie die Türkei, die weiterhin gute Beziehungen zu beiden Kriegsparteien pflegt und den erfolgreichen Getreidedeal mit ausgehandelt hat. Die globale Dimension sollte aber nicht nur durch die fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats widergespiegelt werden, zusätzlich dazu sollten auch die BRICS-Staaten Teil der Kontaktgruppe sein. Damit säßen neben China auch Indien, Brasilien und Südafrika mit am Tisch. Zusätzlich könnte es ebenso sinnvoll sein, die Schweiz als neutrales Land hinzuzunehmen, die zudem eine hohe Expertise in Konfliktmediation mitbringt. Sie könnte in dieser nicht ganz leicht handhabbaren Konstellation von neun plus zwei Staaten zudem die Rolle als *Facilitator* übernehmen.

Damit diese Gruppe als Format funktionieren kann, bietet es sich an, dass die Beteiligten Sondergesandte ernennen, die sich hauptsächlich um diesen Konflikt kümmern und als Ansprechpersonen sowohl intern als auch extern fungieren können. Dazu braucht es eine enge Verbindung zu multilateralen Organisationen. Entsprechend kann die UN einen *Special Advisor* benennen (keinen Sonderbeauftragten), der die Arbeit der Kontaktgruppe mithilfe des UN-Sekretariats unterstützen kann. Eine ähnliche Funktion könnte auch die OSZE übernehmen, die einerseits über langjährige Erfahrung in der Ukraine verfügt und gleichzeitig ihre Rolle als zentrale Organisation für europäische Sicherheit damit ein Stück weit ausfüllen kann.

Die Vorbereitungen dafür sollten bald beginnen, denn das Zeitfenster bis zu den Wahlen in den USA ist nicht sehr groß.

Mit all den Konjunktiven und hypothetischen Gruppenzusammensetzungen wird deutlich, wie schwierig es sein wird, eine solche Gruppe funktional zu gestalten und mit ihr einen tatsächlich konstruktiven Einfluss auf die bislang zerfledderten und unkoordinierten Friedensinitiativen auszuüben. Damit es so weit kommen kann, muss aber zuerst eine massive politische Hürde genommen werden: Die Initiative für eine solche Kontaktgruppe muss gemacht und mit politischem Kapital unterfüttert werden. Die Vorbereitungen dafür sollten bald beginnen, denn das Zeitfenster bis zu den Wahlen in den USA ist nicht sehr groß. Zumindest das Wahlergebnis muss für die endgültige Bildung einer solchen Gruppe ohnehin abgewartet werden.

Danach bietet sich entweder eine Initiative durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen an, alternativ könnte ein solcher Impuls auch von einer kleinen Gruppe von Staaten kommen, die das Ziel eines baldigen fairen Friedens teilen. Ein gemeinsamer Impuls von Deutschland, Südafrika und der Türkei könnte beispielsweise erfolversprechend sein. Darin finden sich vermutlich sowohl die beiden Konfliktparteien als auch die NATO und die BRICS ausreichend repräsentiert. Eine dritte Möglichkeit wäre eine diplomatische Initiative der finnischen Regierung, die 2025 den OSZE-Vorsitz innehaben wird und die eine solche Kontaktgruppe zum zentralen Projekt ihres Vorsitzes machen könnte. Damit gäbe es eine zukunftsweisende Idee, die 50 Jahre nach der Verabschiedung der Helsinki-Schlussakte das Ziel eines nachhaltigen europäischen Friedens in den Blick nehmen und anzugehen versuchen würde.

Die Kooperation beider Kriegsparteien mit einer solchen Kontaktgruppe wäre dabei Vorbedingung dafür, dass dieses Format einen Mehrwert bieten könnte. Aber angesichts der aktuellen militärischen Pattsituation und beiderseitigen Ermüdung ist es durchaus vorstellbar, dass eine dergestalt besetzte Gruppe eine gesichtswahrende Möglichkeit anbietet, offene Fragen anzugehen. Die immer wieder zitierte Reifung des Konflikts – die

Seite E 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

notwendig sei, damit beide Seiten Verhandlungen als gangbaren Weg ansähen – kann mit der Bildung einer Kontaktgruppe vielleicht beschleunigt werden. Gleichzeitig stünde damit ein Format bereit, sobald der Bedarf an stärkerer internationaler Koordination auftritt.

Die Fortsetzung des Krieges und die Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen betrifft eine Vielzahl internationaler Akteure, auch und gerade die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und der BRICS. Je eher sie ein gemeinsames Format finden, um über das Ende des Krieges beziehungsweise die Vermeidung der Eskalation des Konflikts zu sprechen, desto besser. Denn sonst bleibt die Bühne politischen Illusionskünstlern wie Viktor Orbán überlassen, der Frieden als Vehikel für seine Eigenvermarktung missbraucht.



Christos Katsioulis, Wien

Christos Katsioulis leitet das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien. Zuvor leitete er die Büros der FES in London, Athen und Brüssel.



Walter Kemp

Walter Kemp ist Kommunikationsdirektor bei der Global Initiative Against Transnational Organized Crime und Senior Strategy Advisor beim Geneva Centre for Security Policy. Zuvor hatte er leitende Positionen bei der OSZE inne und war Vizepräsident des International Peace Institute. Er schreibt über europäische Sicherheit und lehrt an der Diplomatischen Akademie in Wien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mut-zum-lueckeschliessen-7693/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Serbien (Seiten E 139 – E 146)

01) Mine des Anstoßes.

Um den grünen Wandel voranzutreiben, unterstützt die EU ein Lithium-Projekt in Serbien. Die Bevölkerung will aber nicht zur Bergbau-Kolonie werden

Von Nikola Burazer

15.08.2024



Protest gegen Lithium-Mine in Belgrad: Das angeschlagene Image der EU leidet weiter.-
picture alliance/Reuters/Djordje Kojadinovic

Ein Lithium-Bergbauprojekt ist das derzeit alles beherrschende Thema in der serbischen Politik. Seit Wochen kommt es deswegen zu zahlreichen Protesten. Schätzungen zufolge beteiligten sich daran bis zu 120 000 Menschen allein in Belgrad. Bei einer Protestaktion allein gingen kürzlich rund 40 000 Bürgerinnen und Bürger in der Hauptstadt auf die Straße. Sie blockierten eine Autobahn sowie die beiden großen Bahnhöfe der Stadt bis zum Morgengrauen, als die Bereitschaftspolizei einschritt und mehrere Aktivistinnen und Aktivisten verhaftete. Dies wiederum löste weitere Proteste aus, bei denen die Freilassung der Inhaftierten gefordert wurde. Die Proteste brachten Umwelt- und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Oppositionsparteien mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen zusammen, die alle ein gemeinsames Ziel verfolgen: Es gilt, das umstrittene Lithium-Bergbauprojekt im westserbischen Jadar-Tal zu stoppen. Die Opposition will daraus Profit schlagen und tatsächlich könnte das Projekt eine gewaltige Herausforderung für die Regierung von Aleksandar Vučić werden.

Kritisiert wird ebenfalls, dass die EU das umstrittene Bergbauvorhaben offen unterstützt. Am 19. Juli besuchten Bundeskanzler Olaf Scholz und EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič Belgrad anlässlich einer Konferenz zum Thema Rohstoffe. Das wichtigste Ergebnis war dabei die Unterzeichnung eines sogenannten *Memorandum of Understanding* (MoU). Darin wird eine „strategische Partnerschaft zu nachhaltigen Rohstoffen, Batterie-

Wertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen“ [zwischen der Europäischen Union und Serbien](#) bekräftigt. Darüber hinaus wurden weitere Absichtserklärungen zwischen Serbien und diversen Unternehmen, darunter dem deutschen Autobauer Mercedes-Benz, unterzeichnet. Das MoU zwischen der EU und Serbien steht ganz klar im Zusammenhang mit der geplanten Lithium-Mine im Jadar-Tal, die vom internationalen Bergbaukonzern Rio Tinto erschlossen werden soll. Serbiens Präsident Vučić begrüßte das Projekt als eine große wirtschaftliche Chance für das Land. [Scholz bezeichnete die Mine](#) ebenfalls als ein „gutes Projekt für Serbien“ sowie „ein wichtiges europäisches Projekt und einen Beitrag zur Souveränität Europas“.

Hinter dem rosigen Werben für eine serbisch-europäische oder serbisch-deutsche Partnerschaft verbergen sich mehrere unschöne Entwicklungen.

Es ist nicht sonderlich überraschend, dass deutsche Politikerinnen und Politiker und EU-Beamte ein solches Projekt unterstützen. Schließlich würde damit sichergestellt, dass die wichtige Ressource Lithium, die für den grünen Wandel in der EU unerlässlich ist, in unmittelbarer Nähe der Union abgebaut wird. Allerdings verbergen sich hinter dem rosigen Werben für eine serbisch-europäische oder serbisch-deutsche Partnerschaft mehrere unschöne Entwicklungen und berechtigte Bedenken, sowohl im Umwelt- als auch im politischen Sinne.

Befürworterinnen des Bergbauprojekts, darunter Vučić selbst, betonen, die Gefahr von Umweltschäden könne minimiert werden. Kritiker hingegen sind der Ansicht, die Mine werde zweifellos enorme Schäden verursachen, die durch vergleichsweise bescheidene wirtschaftliche Gewinne nicht zu rechtfertigen seien. Tatsächlich sind die potenziellen Umweltauswirkungen des Lithiumabbaus im Jadar-Tal noch nicht komplett absehbar. Dennoch befürchten viele in Serbien, dass die Mine vor allem die Flüsse Drina, Sava und Donau irreparabel schädigen und verschmutzen könnte. Die Auswirkungen wären in großen Teilen des Landes zu spüren. Gegnerinnen und Gegner des Projekts monieren auch, eine solche Mine werde gerade in Serbien und nicht in Deutschland oder anderen EU-Mitgliedstaaten angestrebt, weil die Umweltstandards und Auflagen in dem Balkanland niedriger sind. Man fürchtet, Serbien könnte zu einer umweltverschmutzenden „Bergbau-Kolonie“ der EU werden.

Aufgrund dieser Bedenken wird der Lithiumabbau in Serbien kontrovers diskutiert. [In Umfragen](#) spricht sich die Mehrheit gegen die Mine im Jadar-Tal aus: 55 Prozent der serbischen Bevölkerung sind demnach dagegen, lediglich 25 Prozent dafür. Dabei ist anzumerken, dass der Widerstand *trotz* der klaren Unterstützung der Regierung für das Projekt besteht – und das in einem Umfeld, in dem die politische Führung die öffentliche Meinung üblicherweise nach ihren eigenen Vorstellungen formen kann, da sie die große Mehrheit der Mainstream-Medien kontrolliert. Somit könnte das Bergbauprojekt tatsächlich zum Problem für die Regierung werden. Frühere Proteste gegen den Lithiumabbau in den Jahren 2021 und 2022 hatten sich bereits zu den bisher erfolgreichsten Protestaktionen während der Regierungszeit von Vučić entwickelt. Die Demonstrationen waren damals von Gesetzesänderungen ausgelöst worden, von denen Gegner des Lithiumabbaus annahmen, dass sie mit dem geplanten Projekt in Jadar zusammenhängen. Letztendlich sah sich die Regierung gezwungen, die Änderungen rückgängig zu machen und das Vorhaben vorerst auf Eis zu legen.

Die Union und Deutschland fördern das in Serbien umstrittene Projekt.

Die Proteste waren unter anderem deshalb so erfolgreich, weil es selbst unter den Anhängerinnen und Anhängern der Regierungsparteien Anzeichen für Widerstand gegen

die geplante Lithium-Mine gab. Auch damals nährten sich die Proteste sowohl aus Umweltbedenken als auch aus der nationalistischen Angst, vom Westen „kolonisiert“ oder durch die potenzielle Abhängigkeit gar existenziell bedroht zu werden. Ironischerweise warnen regierungsnahen Medien seit zwölf Jahren vor einer solchen „Kolonialisierung“ Serbiens durch den Westen. Nachdem das Rio-Tinto-Projekt 2022 also gestoppt worden

war, konnte es im Juli 2024 wieder aufgenommen werden, nachdem das Verfassungsgericht die frühere Entscheidung der Regierung annulliert hatte. Dies spricht freilich Bände über den Zustand des Rechtsstaats in Serbien. Zeitgleich kam es darüber hinaus zum besagten *Memorandum of Understanding* mit der EU. Die Union und Deutschland fördern damit das in Serbien umstrittene Projekt.

Wie bereits erwähnt, ist die Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten für das Bergbauprojekt verständlich, denn dadurch soll der „grüne Wandel“ ebenso wie die EU-Wirtschaft gestärkt werden. Es ist auch nachvollziehbar, dass Brüssel mit einer Stärkung der Partnerschaft zwischen der EU und Serbien sowie mit wirtschaftlichen Chancen für Serbien selbst wirbt – schließlich könnte der Mine eine ganze Wertschöpfungskette mit Lithiumverarbeitungsanlagen, Autobatteriefertigungen und E-Auto-Fabriken folgen.

Die EU kann es sich nicht erlauben, die Frage der Demokratie in Serbien um ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen willen zu ignorieren.

Dennoch muss die EU bei diesem Projekt vorsichtig vorgehen. Sie kann es sich nicht erlauben, die Frage der Demokratie in Serbien – und damit faktisch auch die Aussichten des Landes auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft – um ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen willen zu ignorieren. Besorgniserregend war dahingehend der Besuch von Scholz und Šešćović am 19. Juli, der auf eine Periode schwerwiegender Rückschritte bei demokratischen Standards in Serbien folgte. Hinzu kommt die bisweilen heftige Anti-EU- und insbesondere Anti-Deutschland-Propaganda in Serbien. Während des Besuchs ging Scholz in keiner Weise auf diese Themen ein, während Šešćović lediglich sagte, das *Memorandum* sei ein Beweis für den Wunsch der EU, Serbien so schnell wie möglich in die Union zu integrieren.

Dieser Ansatz spiegelt die viel kritisierte Politik einer *Stabilitokratie* wider – die Vorliebe der EU für Stabilität und die Verteidigung der eigenen Partikularinteressen auf dem Westbalkan, auch wenn dies auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor Ort geht. Die Europäische Union verschließt damit effektiv die Augen vor den Demokratiedefiziten und lobt die (faktisch nicht vorhandenen) Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Sie erkaufte sich in gewisser Weise Gefälligkeiten in der Region, ohne dass dies dem Fortschritt der jeweiligen Länder auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft tatsächlich zugutekommen würde.

In Serbien selbst dürfte Scholz' und Šešćovićs Besuch dem ohnehin angeschlagenen Image der EU weiter geschadet haben. Denn nun dürften selbst Menschen mit einer pro-europäischen und pro-westlichen Einstellung enttäuscht sein: Sie beobachteten gerade, wie hochrangige deutsche und EU-Politiker ein für die Umwelt potenziell katastrophales Projekt unterstützen und gleichzeitig die Augen vor den Demokratie- und Rechtsstaatsproblemen im Land zu verschließen scheinen.

Die serbische Regierung ihrerseits wird sicherlich wissen, wie sie das Beste aus der Situation machen kann: Indem sie eine vermeintlich EU-feindliche Opposition auf der Straße duldet und sich gleichzeitig mit dem Versprechen, die Mine zu öffnen, das Wohlwollen der

Seite E 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

EU-Spitzen erkaufte, hofft sie, Kritik an den demokratischen Institutionen im Land zu entgehen. Paradoxe Weise kann sie sich darüber hinaus als wichtige EU-Verbündete in der Region profilieren. Die Haltung ist kalkuliert: Denn Serbiens Führung signalisiert ansonsten immer wieder in Richtung Brüssel, dass man auch Alternativen habe und deswegen nicht allzu viel Druck auf Belgrad ausgeübt werden sollte. So wird die *Stabilitokratie* weiter gestärkt. Nichts weniger als die serbische Zukunft als EU-Mitglied steht so in akuter Gefahr.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Nikola Burazer, Belgrad

Nikola Burazer ist Politikwissenschaftler, Journalist, Programmdirektor des *Center for Contemporary Politics* und Herausgeber des Webportals *European Western Balkans*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/mine-des-anstosses-7709/?utm_campaign=de_40_20240816&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Putins trojanisches Pferd.

Serbien nähert sich stärker Russland und China an. Der Beitrittskandidat ist auf Kollisionskurs mit der EU – Belgrad braucht eine neue Außenpolitik

Von Srdjan Cvijic

30.07.2024



Demonstration in Belgrad: Russlands Präsident Wladimir Putin wird von manchen Serben verehrt.- *picture alliance/AP/Darko Vojinovic*

[Read article in English](#)[Читать статью по-русски](#)

Im Jahr 2024, fast ein Vierteljahrhundert nach dem letzten großen Balkankonflikt, ist Serbien noch immer in der katastrophalen Politik des ehemaligen Präsidenten Slobodan Milošević verfangen. Diese Politik hatte in den 1990er Jahren zur gewaltsamen Auflösung Jugoslawiens und schließlich zum Verlust der De-facto-Souveränität der früheren autonomen Provinz Kosovo geführt. Die serbische Außenpolitik, die noch immer stark von der Kosovo-Frage diktiert wird, bringt Serbien unweigerlich auf Kollisionskurs mit seinem erklärten Ziel der EU-Mitgliedschaft.

Zu Beginn der Regierungszeit von Präsident Aleksandar Vučić stand die serbische Außenpolitik noch im Zeichen des Ausgleichs zwischen Ost und West. Seit den [gefälschten Wahlen im Dezember 2023](#) bewegt Serbien sich jedoch immer stärker auf Russland und China zu. Belgrads außenpolitischer Ansatz wird zwar offiziell als Strategie zur Verteidigung der nationalen Interessen Serbiens dargestellt, dient aber vor allem dazu, die Eigeninteressen der Regierungspartei zu sichern – also internationale Unterstützung zu erlangen, um das amtierende Regime so lange wie möglich an der Macht zu halten. Wie andere Ministerien und unabhängige staatliche Institutionen zuvor ist auch die serbische Außenpolitik vom aktuellen Regime gekapert worden. Die zwölf Jahre Vučić-Herrschaft zeigen, dass ein außenpolitischer Kurswechsel nur unter einer neuen demokratischen Regierung zustande kommen kann.

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Um eine wirkliche Alternative zum derzeitigen Regime zu schaffen, müssen die demokratischen Kräfte in Serbien eine außenpolitische Strategie entwickeln, die vor allem vier Kernthemen gezielt in den Fokus rückt: Kosovo, die zukünftige EU-Integration des Landes, Serbiens Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur und die Beziehungen zu anderen Ländern des westlichen Balkans.

Erstens: Mit Blick auf den Kosovo sollte die künftige serbische Regierung einen kompletten Neustart der Normalisierungsgespräche mit Pristina einleiten. Das setzt zunächst ein Ende des permanenten Säbelrasselns durch die von der Regierung Vučić getragene antialbanische Propaganda voraus. Um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, müssen die Normalisierungsgespräche in guter Absicht geführt werden und ein von gegenseitigem Vertrauen geprägtes Klima schaffen. Anders als die jetzige Regierung sollte eine neue Regierung bei den Verhandlungen gegenüber möglichen nationalistischen Bestrebungen im Kosovo äußerste Zurückhaltung üben. Zur Normalisierung gehört auch, dass alle von den früheren serbischen Regierungen getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden – dass Serbien sich also nicht der Mitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen widersetzt – auch nicht dessen künftiger EU-Mitgliedschaft.

Voraussetzung für eine vollständige Normalisierung ist zudem die Bereitschaft, große innenpolitische Risiken einzugehen.

Voraussetzung für eine vollständige Normalisierung ist zudem die Bereitschaft, große innenpolitische Risiken einzugehen. Die Unabhängigkeit des Kosovo *de jure* anzuerkennen, wird weder heute noch in absehbarer Zeit für irgendeine politische Kraft in Serbien hinnehmbar sein. Eine formelle Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien zu fordern, würde für das Land daher eine unnötige Demütigung bedeuten und Belgrads EU-Integrationskurs dauerhaft ausbremsen. Das stellt die EU natürlich vor eine enorme Herausforderung, weil sie bisher den Grundsatz vertritt, keine neuen Mitglieder mit ungelösten Territorial- und Souveränitätsansprüchen aufzunehmen.

Zweitens: Ein weiterer Hinderungsgrund für die künftige EU-Mitgliedschaft Serbiens ist seine fehlende Bereitschaft, sich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU anzuschließen. Serbien steht in Europa nach wie vor isoliert da und weigert sich, als Reaktion auf den Angriff gegen die Ukraine Sanktionen gegen Putins Russland zu verhängen. Dass die EU und die USA Belgrads Weigerung, sich an den Sanktionen zu beteiligen, stillschweigend akzeptieren, liegt vor allem an [Serbiens Munitionsexporten in die Ukraine](#). Die Außenpolitik eines künftigen demokratischen Serbiens muss auf der Erkenntnis aufbauen, dass die Anpassung an die EU-Außenpolitik nicht nur eine formale Vorbedingung für Fortschritte in den Beitrittsgesprächen darstellt, sondern auch geboten ist, um die nationalen Interessen anderer Staaten zu schützen. Es muss zwingend vermieden werden, dass Serbien von der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten als Putins trojanisches Pferd in Europa wahrgenommen wird.

Wenn Serbien sich nicht an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anpasst, müsste es dafür die Schwächung seiner Verhandlungsposition gegenüber der Regierung in Pristina in Kauf nehmen. Aufgrund des [Abkommens von Belgrad](#) stehen die Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo nicht mehr unter der Schirmherrschaft der UN, sondern der EU. Auf die russische oder chinesische Karte zu setzen, bringt Serbien, das weiterhin den EU-Beitritt anstrebt, daher kaum Vorteile. Viel wichtiger wäre es für Belgrad, die Beziehungen zu seinen europäischen und amerikanischen Verbündeten zu intensivieren, von denen viele auch Mitglieder der NATO sind.

Drittens: Aufgrund der NATO-Bombardements von 1999 ist das Verhältnis zwischen Belgrad und dem Militärbündnis vorbelastet. 2007 erklärte das serbische Parlament das Land in einer Resolution zum militärisch neutralen Staat. Die Zeit hat die Wunden in der Bevölkerung bislang nicht heilen können. Paradoxe Weise lehnen die Serben die NATO-Mitgliedschaft ihres Landes heute wesentlich entschiedener ab als in den Jahren nach der Bombardierung. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die regierungsnahen Medien (die über 90 Prozent der Presselandschaft ausmachen) seit Vučićs Machtübernahme im Jahr 2012 die Bevölkerung permanent mit antiwestlicher Propaganda überschütten. Dadurch ist die jüngere Generation deutlich rechter und antiwestlicher eingestellt als die Generation ihrer Eltern.

Auf die russische oder chinesische Karte zu setzen, bringt Serbien kaum Vorteile.

Vor diesem Hintergrund ist ein formeller Beitritt Serbiens zum transatlantischen Militärbündnis politisch nicht denkbar, auch wenn es im nationalen Interesse des Landes liegen mag, dem Block beizutreten. Eine neue Regierung in Serbien könnte dieses Problem dadurch lösen, dass sie die – im Rahmen des Berliner Prozesses bereits bestehende – regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Westbalkanländern auf den Bereich der Verteidigung auszuweiten beginnt. Die Bildung eines regionalen Militärbündnisses brächte allen Ländern in der Region Sicherheitsgarantien. Vor allem aber würde eine solche Allianz den anderen Ländern die Sicherheit bieten, dass von der künftigen Regierung in Belgrad keine Gefahr ausgeht. Außerdem käme Serbien dadurch indirekt unter den Sicherheitsschirm der NATO und Europas.

Viertens: In den Beziehungen zu den anderen Westbalkanländern steht jede Regierung in Belgrad politisch in der Pflicht, die Interessen der in diesen Ländern lebenden serbischen Gemeinschaften zu wahren und die wirtschaftlich dominante Rolle Serbiens in der Region aufrechtzuerhalten. Dafür sollte eine neue demokratische Regierung in Serbien die auf den Namen „Serbische Welt“ (*Srpski svet*) getaufte Politik des jetzigen Regimes aufgeben. Diese hat – ähnlich wie die nationalistische Politik Großserbiens in den 1990er Jahren – nicht nur den Beziehungen zu den Nachbarstaaten, sondern auch den in diesen Ländern lebenden Serben geschadet.

Seit dem Zerfall Jugoslawiens ist Serbien immer wieder versucht, sich dem revisionistischen Wunsch hinzugeben, alle Serben sollten wieder in einem gemeinsamen Staat leben. Belgrad muss sich jedoch von dem Gedanken verabschieden, die international anerkannten Grenzen in der Region verschieben zu wollen, weil dies zwangsläufig zu einem neuen Krieg führen würde. Nur die EU kann den Serben ein gemeinsames politisches Dach anbieten. Am besten kann Serbien dieses Ziel erreichen, wenn es mit den Hauptstädten der Nachbarländer zusammenarbeitet – und nicht nur mit dort aktiven Parteien, die mit dem serbischen Nationalismus sympathisieren.

Serbien muss sich von den Altlasten der Vergangenheit lösen und eine außenpolitische Strategie entwickeln, die auf Normalisierung, Zusammenarbeit und Integration setzt. Nur so kann das Land eine stabile, friedliche und zukunftsorientierte Position in Europa und auf dem westlichen Balkan einnehmen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Srdjan Cvijic, Brüssel

Srdjan Cvijic ist Politikwissenschaftler, *Senior Policy Analyst* bei der *Open Society Foundation* in Brüssel und Mitglied der *Balkans in Europe Policy Advisory Group*. Er beschäftigt sich mit den Außenbeziehungen der Europäischen Union und ist Experte auf dem Gebiet der Demokratisierung.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/putins-trojanisches-pferd-7656/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Frankreich (Seiten E 147 bis E 150)

01) Macron gehen die Optionen aus.

Will Frankreich die Regeln der Eurozone einhalten, drohen schmerzhaft Sparmaßnahmen. Die rechte Opposition frohlockt

Von Yanis Varoufakis

06.08.2024



Flucht vor dem politischen Stillstand? Der französische Präsident Macron besucht die Olympischen Spiele in Paris.- *picture alliance/Eibner-Pressefoto/Roger*

Das politische Patt in Frankreich spiegelt ein wirtschaftliches Dilemma wider, das im Rahmen der bestehenden europäischen Struktur unlösbar ist. Nach vier Jahren pandemiebedingter fiskalischer Lockerung sind die Regeln der Eurozone wieder in Kraft und verlangen von Paris eine Welle strenger Sparmaßnahmen, die keine Partei – auch nicht die von Präsident Emmanuel Macron – umsetzen kann oder will. Das ist der Hauptgrund, warum Macron eine [Parlamentswahl angesetzt hat, von der er wusste](#), dass er sie verlieren würde.

Dass die Europäische Kommission mit stillschweigender Unterstützung der Europäischen Zentralbank Frankreich schmerzhaft Sparmaßnahmen auferlegen wird, steht aus einem einfachen Grund außer Frage: Deutschland tut sich dasselbe bereits selbst an, obwohl sein Haushalt und sein Schuldenstand sehr viel kleiner sind als die Frankreichs. Aufgrund der strikten Einhaltung der „Schuldenbremse“, die das jährliche Defizit, gedrängt durch das deutsche Bundesverfassungsgericht, auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt, haben Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Christian Lindner Deutschland auf einen harten Sparkurs gesetzt. Eine Entscheidung, die höchstwahrscheinlich ihre politische Karriere beenden wird. Sie haben dies getan, um ein vergleichsweise geringes Defizit von 2,5 Prozent des BIP auszugleichen, in einer Zeit, in der Deutschland eigentlich dringend mehr Investitionen in die Infrastruktur benötigt. Wie sollten sie da ihren jeweiligen Parteien erklären, dass sie ein französisches Defizit von 5,5 Prozent – und steigend – tolerieren würden? Das können sie nicht, also tun sie es auch nicht.

Frankreich kann mit einer Form des Drucks rechnen, die direkt aus dem Eurokrisen-Drehbuch der Europäischen Kommission und der EZB stammt.

Frankreich kann mit einer Form des Drucks rechnen, die direkt aus dem Eurokrisen-Drehbuch der Europäischen Kommission und der EZB stammt. Negative Kommentare aus Brüssel werden die Inhaber französischer Anleihen beunruhigen. Der Zinssatz, den Frankreich zahlen muss, um seine öffentliche Schuldenlast von 3,1 Billionen Euro zu refinanzieren, wird langsam steigen, und damit auch die Sorgen darüber, ob die EZB dem Land zu Hilfe eilen wird. Lindner hat die EZB in einem Kommentar, der in Frankreich auf heftige Kritik stieß, davor gewarnt, das kürzlich angekündigte „Instrument zur Absicherung der geldpolitischen Transmission“ (TPI) zur Rettung der Franzosen zu nutzen. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass der deutsche Finanzminister seinen Kommentar nicht als Ausgangspunkt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung verstanden hat.

Der TPI-Rettungsmechanismus wurde von der EZB angekündigt, um die von der Pandemie zerrütteten Nerven zu beruhigen. Er soll auf Länder mit übermäßig hohen Defiziten wie Frankreich angewendet werden, aber nur, wenn diese Länder die von Brüssel diktierten Sparmaßnahmen akzeptieren. Politisch toxisch wird er in Frankreich, weil selbst bei einer Zustimmung der neuen Regierung zu einem derartigen Sparkurs es keine Garantie gäbe, dass sich der französische Haushalt wieder reibungslos innerhalb der von der EU festgelegten Grenzen einpendeln würde: Jede regelkonform handelnde französische Regierung steht vor einer schrecklichen Aussicht – von politischem Chaos (da Sparmaßnahmen von zwei Dritteln der Nationalversammlung vehement abgelehnt werden) ohne die Garantie für eine Rückkehr zu fiskalischer Solidität (da Sparmaßnahmen das Wachstum dämpfen).

Das war schon lange vor den Europawahlen im Juni absehbar. Ihr Ergebnis überzeugte Macron davon, dass angesichts der derzeitigen institutionellen Regeln der EU, die er zuvor erfolglos zu ändern versucht hatte, politisch nur zwei Wege möglich seien. Ein Weg wäre, seiner wichtigsten Widersacherin, Marine Le Pen, zuzufügen, was Alexis Tsipras 2015 angetan wurde, dem ehemaligen Syriza-Vorsitzenden in Griechenland: sie eine Regierung bilden zu lassen, die dann gezwungen wäre, sich zwischen einem Konflikt mit der EU und der Akzeptanz der Auflagen zu entscheiden – wobei Macron Le Pen zu Letzterem drängen würde.

Der zweite Weg war der, [für den sich die Wähler entschieden haben](#): Ein vierfach gespaltenes Parlament, das unter wachsendem fiskalischem Druck letztlich eine Große Koalition hervorbringen würde – bestehend aus Macrons Partei, den Resten der Republikaner und jenen Mitgliedern der linksgerichteten Neuen Volksfront, die bereit sind, sich von Jean-Luc Mélenchons *La France insoumise* zu lösen. (Eine weitere, schlechtere Option wäre eine technokratische Regierung, deren Haushalt durch präsidiale Dekrete verhängt würde.)

Macron wird für die durch Sparmaßnahmen verursachte Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden.

Selbst wenn all das so klappt, wie Macron es sich vorgestellt hat, wird er für die durch Sparmaßnahmen verursachte Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden. Le Pen wird behaupten, ein undemokratischer Präsident habe ihr den Sieg gestohlen, und ihr eigener Präsidentschaftswahlkampf wird an Fahrt gewinnen. Der Erfolg von Macrons wohlkalkuliertem Plan könnte sein Vermächtnis von dem eines „Populistentöters“ zu dem eines arroganten Präsidenten machen, der den Ultrarechten den Weg zum Sturm auf den Élysée-Palast geebnet hat.

Warum mangelt es den französischen Eliten derart an anständigen Optionen? Die Antwort lieferte am 23. März 1964 der damalige westdeutsche Wirtschaftsminister Kurt Schmücker, als sein französischer Amtskollege Valéry Giscard d'Estaing eine sofortige Währungsunion zwischen Frankreich und Deutschland vorschlug. Schockiert versuchte Schmücker, Giscard zu warnen, dass er damit ungewollt vorschläge, dass Frankreich seine Souveränität über den französischen Haushalt aufgeben solle. Er hatte Recht. Aus welchem Grund sollte Kanada je eine Währung mit den USA teilen, oder Neuseeland mit Australien – trotz der jeweiligen tiefen wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen diesen Ländern?

Eine Währungsunion ist nur zwischen Volkswirtschaften mit ähnlichen Handelsbilanzen und ähnlichen Kapitaleinsatzniveaus tragfähig.

So sehr sich die europäischen Eliten bemühen, diese Realität zu ignorieren: Sie können es nicht. Eine Währungsunion ist nur zwischen Volkswirtschaften mit ähnlichen Handelsbilanzen und ähnlichen Kapitaleinsatzniveaus tragfähig. Eine Währungsunion zwischen Deutschland und den Niederlanden wäre tragfähig – wenn auch nicht unbedingt nützlich –, weil beide große Handelsüberschüsse und Volkswirtschaften mit hohem und gleichmäßig verteiltem Kapitaleinsatz haben. Deutschland und Frankreich hingegen sind so verschieden wie Tag und Nacht. Im Mai – einem typischen Monat – wies Frankreich ein Handelsdefizit von acht Milliarden Euro auf, Deutschland dagegen einen Überschuss von 25 Milliarden Euro. Zudem hat Frankreich zwar einige hochentwickelte Industrien, doch bleibt seine Wirtschaft zwischen Stadt und Land gespalten, wobei Letzteres durch hohe Arbeitsintensität und geringe Kapitalintensität gekennzeichnet ist.

Es gibt drei Möglichkeiten, wie derart unterschiedliche Volkswirtschaften innerhalb eines Binnenmarktes bleiben können. Die erste: mittels einer ordentlichen Föderation, die auf einer Fiskalunion aufbaut – der Weg, den Macron den Deutschen erfolglos vorgeschlagen hat. Die zweite Option ist eine allmähliche Währungsabwertung für Frankreich – ein Weg, den Macron und der Rest des politischen Zentrums geschworen haben, nicht zu beschreiten. Damit bleibt nur noch die dritte Option: eine permanente Sparpolitik, die die Hauptursache des heutigen politischen Patts ist.

Es ist eine düstere Ironie, dass Macron durch seine Weigerung, über eine föderale Lösung zu verhandeln, und dadurch, dass er dabei die zweitbeste Option, eine Rückkehr zum Franc, als Plan B benutzte, das politische Zentrum in Richtung seiner schlechtesten Option gedrängt hat. Eine Entscheidung, die die Wahrscheinlichkeit einer Präsidentschaft Le Pens in naher Zukunft deutlich erhöht.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Yanis Varoufakis, Athen

Yanis Varoufakis ist Wirtschaftsprofessor an der Universität von Athen. Er war von Januar bis Juli 2015 Finanzminister Griechenlands. Im Februar 2016 gründete er mit anderen Mitstreitern die Bewegung DiEM25.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/macron-gehen-die-optionen-aus-7695/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 151 bis E 161)

01) Wie man den Populisten ihre Lieblingswaffe wegnimmt.
Um den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss sich
Großbritanniens Premier Keir Starmer ernsthaft mit dem Thema
Einwanderung befassen

Von Robert F. Worth

16.08.2024



picture alliance / Anadolu | Ioannis Alexopoulos Spannungen in der britischen Gesellschaft gab es bereits vor den rechten Krawallen der letzten Tage.

Die abstoßenden rechtsgerichteten Krawalle der vergangenen Woche in Großbritannien bringen Premierminister Keir Starmer in eine schwierige Lage: Er und seine neue *Labour*-Regierung müssen sich mit der allgemeinen Sorge über die Einwanderung befassen, die die Unruhen mit ausgelöst hat – nicht wegen, sondern trotz der Aktionen und Behauptungen der Randalierer.

Die in den letzten Tagen [um sich greifende Gesetzlosigkeit](#) ändert nichts an der Tatsache, dass die britische Regierung seit Jahren Fehler im Umgang mit der Einwanderung macht. Jahrelang ließ sie gegen den Widerstand der Bevölkerung Migrantinnen und Migranten in Rekordhöhe legal wie auch illegal einreisen und erließ dann verfehlte Maßnahmen wie zum Beispiel den missglückten Versuch, sie nach Ruanda ausfliegen und ihre Asylverfahren dort abwickeln zu lassen. Die Zahl der Migranten, die in kleinen Booten den Ärmelkanal überqueren, wobei manche von ihnen kentern und zu Tode kommen, steigt weiter an und löst quer durch die politischen Lager Scham und Betroffenheit aus.

Starmer, der seit einem Monat in *Downing Street No. 10* residiert, kann dafür natürlich nicht verantwortlich gemacht werden. Aber wenn er es nicht schafft, die Kanalüberquerungen und das gefühlte Integrationsversagen in den Griff zu bekommen, werden die Populisten, die schon in den Startlöchern stehen, bald eine härtere Gangart einlegen. Erst vergangenen

Seite E 152 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Monat hat Nigel Farages Partei *Reform UK* bei den Parlamentswahlen 14 Prozent der Stimmen eingefahren – was vor allem seinem Versprechen zu verdanken ist, die Einwanderung „einzufrieren“.

Auslöser der Unruhen Ende Juli war eine schreckliche Messerattacke in Nordengland, bei der mehrere Kinder getötet wurden. Die Eltern des in Großbritannien geborenen Tatverdächtigen sind Einwanderer aus Ruanda. Die Proteste, angeheizt durch Falschmeldungen über den mutmaßlichen Mörder, schlugen schnell in Gewalt um. In mehreren Städten und Gemeinden Englands und Nordirlands wütete der Mob, plünderte, legte Feuer und lieferte sich Straßenschlachten mit Gegendemonstranten. Hunderte von Menschen wurden verhaftet. Auf Medienbilder gewalttätiger Gruppen, die Moscheen angriffen, reagierten Indonesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Staaten mit warnenden Appellen an ihre Landsleute, sich fernzuhalten – zumindest in den Augen einiger britischer Bürgerinnen und Bürger eine beschämende Umkehrung der Normalität.

Die Protestierenden und ihre Online-Verbündeten gaben ihre Aktionen als Ausdruck des Volkszorns über die jahrzehntelange unkontrollierte Einwanderung und ihre angeblichen Folgen aus: dschihadistische Anschläge, Messerstechereien sowie [sexueller Missbrauch durch pakistanische Grooming Gangs](#). „Aufruhr ist die Sprache der nicht Gehörten“, zitierte ein konservativer Kommentator Martin Luther King Jr. in einem Kontext, den der verstorbene Reverend wohl nie gebilligt hätte.

Die allgemeine Angst vor Einwanderung war eines der Hauptthemen bei den britischen Parlamentswahlen im Juli.

Denn eigentlich handelte es sich bei den gewalttätigen Ausschreitungen zu einem großen Teil um opportunistisches „rechtsradikales Rowdytum“, wie Starmer es formulierte. Die Regierung hat zu Recht einige derjenigen verhaften lassen, die die Falschbehauptung verbreiteten, der Tatverdächtige der Messerstecherei sei ein muslimischer Asylbewerber. Wie bei anderen Gewaltausbrüchen in allen Teilen der Welt zeigte sich einmal mehr, dass Fake News im Internet soziale Gräben auf perfide Weise vertiefen können.

Spannungen gab es allerdings schon vorher, und bei den Krawallen ging es um mehr als nur um Online-Provokationen von einer Handvoll Rowdys. Einige der in den vergangenen Tagen veröffentlichten Videos zeigen bärtige Muslime, die bewaffnet durch die Straßen zogen, „Allahu Akbar“ skandierten und mit den Protestlern aneinandergerieten. In Birmingham griffen maskierte Männer, die palästinensische Flaggen schwenkten, eine Kneipe an und verprügelten einen Mann, der vor der Kneipe stand. *Sky News* unterbrach seine Live-Übertragung, nachdem mehrere maskierte Männer eine Reporterin eingekesselt und ihr und ihrem Kamerateam Flüche und pro-palästinensische Slogans entgegengebrüllt hatten.

Die Randalen folgten auf eine lange Reihe von Zusammenstößen – unter anderem auf migrantenfeindliche Proteste in Irland sowie auf gewalttätige Auseinandersetzungen mit zugewanderten Roma in Leeds im vergangenen Monat. Wäre das alles in einem anderen Teil der Welt passiert, hätte man wohl – wie einige Fachleute anmerkten – von einem ethnischen Konflikt gesprochen.

Die allgemeine Angst vor Einwanderung war eines der Hauptthemen bei den britischen Parlamentswahlen im Juli. Die Konservativen wurden bei den Wahlen unter anderem abgestraft, weil sie versprochen hatten, „die Boote zu stoppen“, wie der ehemalige Premierminister Rishi Sunak es nannte, und dieses Versprechen nicht einlösen konnten. Laut Luke Trawl, Großbritannien-Chef des Thinktanks *More in Common*, zählt die

Einwanderung zusammen mit den Lebenshaltungskosten und dem angeschlagenen nationalen Gesundheitswesen zu den drei größten Sorgen der britischen Allgemeinheit. Selbst nach den Ausschreitungen gaben 58 Prozent der Befragten bei einer YouGov-Umfrage an, dass sie mit denen sympathisieren, die in der vergangenen Woche friedlich gegen die britische Einwanderungspolitik protestiert haben (über die Randalierer äußerte die Mehrheit sich ablehnend).

Eine zielgerichtetere Politik würde das chaotische britische Asylverfahren reformieren und im besten Fall für einen besseren Umgang mit der Eingliederung von Neuankömmlingen sorgen. Aus den Reihen der *Labour*-Partei wurde bereits die Forderung laut, die Einwanderung zu beschränken; die jährliche Nettozuwanderung von zuletzt 600 000 oder mehr Menschen sei unhaltbar. Starmer hat auch versprochen, gegen die Schlepperbanden vorzugehen, die Migrantinnen und Migranten über den Ärmelkanal schleusen. Mehr Transparenz in der Frage, was die Regierung politisch unternimmt, könnte dazu beitragen, Verschwörungstheorien über die Verdrängung der Einheimischen zu entkräften. Sunder Katwala, Direktor des Thinktanks *British Future*, ist der Meinung, Großbritannien könne für die Integration von Neuankömmlingen mehr tun und zum Beispiel Anreize für deren Einbindung in lokale Vereine und Netzwerke schaffen und ihnen helfen, nach ihrer Ankunft schnell Englisch zu lernen.

Teile der britischen Bevölkerung hatten nachvollziehbarerweise das Gefühl, dass ihr Land sich in einem beunruhigenden Tempo verändere.

Großbritanniens offizielle Bemühungen, die Einwanderung zu steuern, waren in den vergangenen Jahrzehnten wenig konsequent. 1968 wettete der *Tory*-Politiker Enoch Powell in einer Ansprache, die als *Rivers of Blood*-Rede in die Annalen einging, gegen die Bedrohung durch Massenmigration. Eine Umfrage ergab damals, dass die britische Bevölkerung ihm zu 74 Prozent zustimmte. Wenig später ergriff die Regierung restriktivere Maßnahmen.

Doch knapp 30 Jahre später begann die Regierung von Tony Blair wesentlich mehr Migrantinnen und Migranten aufzunehmen – teils aus wirtschaftlichen Gründen, teils aufgrund der EU-Politik der offenen Grenzen. Blair trug auch dazu bei, dass sich ein stärker multikulturell ausgerichtetes Selbstverständnis von Großbritannien als Mosaik ethnischer und religiöser „Gemeinschaften“ herausbildete. Dementsprechend versuchte man den Eindruck zu erwecken, die neue Einwanderungswelle in Großbritannien sei nichts Neues, sondern nur das jüngste Kapitel „unserer Migrationsgeschichte“, wie es auf einer staatlich geförderten Website heißt.

Dieses Narrativ stimmte leider nicht mit den Realitäten überein. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts kamen in einem einzigen Jahr mehr Einwanderer nach Großbritannien als im gesamten Zeitraum von 1066 bis 1950. Der plötzliche demografische Wandel war nicht nur quantitativ, sondern auch in seiner Zusammensetzung gewaltig: Viele Neuankömmlinge gehörten nichteuropäischen Kulturen und Religionen an. Teile der britischen Bevölkerung hatten nachvollziehbarerweise das Gefühl, dass ihr Land sich in einem beunruhigenden Tempo verändere.

Doch die britische Reaktion beschränkte sich größtenteils darauf, das Problem zu ignorieren und das Beste zu hoffen – selbst dann noch, als einige Länder Nordeuropas, die sich mit zu Kriminalitätsschwerpunkten gewordenen Enklaven von Neuzuwanderern auseinandersetzen mussten, zu einem rigideren Kurs übergingen. 2019 bezog Tony Blair

Seite E 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

seltenerweise selbst gegen den Multikulturalismus Position und forderte, Migranten müssten gezwungen werden, sich besser in die britische Gesellschaft zu integrieren. Und warum? Um genau jene „rechtsextreme Bigotterie“ zu verhindern, die in letzter Zeit zutage tritt.

Die Randalierer haben ihrem vermeintlichen Anliegen einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie es mit Gewalt verknüpften, aber das sollte Starmer nicht davon abhalten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. „Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie ignoriert werden, kehren sie den etablierten politischen Parteien den Rücken, und das läuft am Ende auf eine viel drakonischere Einwanderungspolitik hinaus“, so Tryl.

Das mag wie Erpressung klingen. Aber die Unruhen sollten uns daran erinnern, dass das Thema Einwanderung überall die Lieblingswaffe der Populisten ist – auch für Donald Trump, der für den Fall seiner Wiederwahl verspricht, Millionen von Einwanderern ohne Papiere deportieren zu lassen. Starmer hat jetzt die Chance, ihnen diese Lieblingswaffe aus der Hand zu nehmen.

© The Atlantic

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Robert F. Worth, Washington

Robert Forsyth Worth ist ein amerikanischer Autor und Journalist, er schreibt unter anderen für das *New York Times Magazine* und *The Atlantic*. Er ist Autor von *A Rage for Order*, einem preisgekrönten Buch über die arabischen Aufstände von 2011.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/wie-man-den-populisten-ihre-liebblingswaffe-wegnimmt-7710/?utm_campaign=de_40_20240816&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) „Es handelt sich um paramilitärische Einheiten“.
Eine rechte Gewaltwelle erschüttert Großbritannien. Michèle Auga in London über Desinformation, rechte Influencer und die soziale Lage im Königreich

Interview

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und [Konstantin Hadži-Vuković](#).

08.08.2024



Rechte Hooligans nutzen vermehrt Internetplattformen als Werkzeug.-*picture alliance / Associated Press / Danny Lawson*

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und [Konstantin Hadži-Vuković](#).

Großbritannien wird von einer Welle der Gewalt erschüttert, Bilder von rechten Mobs, die Moscheen und Migranten angreifen und Jagd auf alles „Unbritische“ machen, gehen um die Welt. Wie ist die Situation im Land?

Die Zivilgesellschaft und die Politik sind geschockt. Großbritannien hat anstrengende Monate hinter sich mit [vorgezogenen Neuwahlen, einer Wahlkampagne und einem Regierungswechsel](#). Eigentlich brauchten alle eine Pause. Mitten in das ersehnte Sommerloch platzten nun diese Nachrichten. Das Thema Migration war von vielen Menschen lange nur noch an dritter Stelle der wichtigsten Themen genannt worden. Die Wirtschaft und der Nationale Gesundheitsdienst schienen wichtiger. Obwohl es berechnete Fragen zum Thema Einwanderung gibt, ist sich die breite Öffentlichkeit einig, dass es nun auf eine perfide Art und Weise missbraucht wurde. Wie es weitergeht, ist schwer vorherzusagen. Die BBC hat mindestens 30 weitere Demonstrationen identifiziert, die von rechtsextremen Aktivisten in ganz Großbritannien geplant sind, aber es ist unklar, wie viel Unterstützung diese haben werden.

Im Internet finden sich auf den üblichen Plattformen zahlreiche Gerüchte und Desinformationen. Es gibt Hinweise, dass diese teilweise aus dem Ausland gestreut werden. Was ist da dran?

Britische Teroexperten sind sich einig: Die Analyse der Sozialen Medien zeigt ein klares Muster von Einflussnahme, die die Menschen dazu bringen soll, nicht nur zu protestieren und sich zu versammeln, sondern auch mit Gewalt, Brandstiftung und Meuchelmord vorzugehen. Es hat in den letzten Monaten immer wieder Messerattacken auf britischen Straßen gegeben. Erst im April war dabei ein 14-jähriger schwarzer Junge ums Leben gekommen. Niemals hatte der berechtigte Protest dagegen jedoch dieses Ausmaß erreicht. In diesem Fall hat ein obskures, mit Russland verbundenes Fake-News-Outlet den Täter von Southport als 17-jährigen angeblich muslimischen Asylbewerber bezeichnet, der vor einem Jahr in einem der Boote über den Ärmelkanal angekommen sei. *Channel3 Now* ist eine Website, die sich zwar als seriöser amerikanischer Nachrichtendienst ausgibt, aber Behauptungen aufgrund von Spekulationen verbreitete.

Britische Teroexperten sind sich einig: Die Analyse der Sozialen Medien zeigt ein klares Muster von Einflussnahme.

Der angebliche Tätername wurde von Tausenden mit Russland verbundenen Konten aufgegriffen und dann von russischen Staatsmedien wiederholt. Ein mit der Hooligan-Organisation *English Defence League* verbundener Influencer rief daraufhin zu landesweiten Protesten auf. Sein Video wurde über eine Million Mal angesehen. Der Inhalt ist eindeutig volksverhetzend. Die Analyse auch kleinerer öffentlicher Telegram-Gruppen ergab, dass die Falschmeldung ein großes Publikum erreichte, darunter auch ganz normale Menschen ohne jegliche Verbindung zu rechtsextremen Gruppen. Da viele der rechtsextremen Aktivisten bis vor kurzem auf der Plattform X gesperrt waren, riefen Nutzer über lokale Telegram- und Facebook-Seiten spontan zu Protesten vor örtlichen Moscheen auf. Grafiken und Memes wanderten von dort zu TikTok, X und Facebook und wurden weit verbreitet. Besonders verbreitet sind auch Live-Videos. Darin wird eine „polizeiliche Unterdrückung friedlicher Demonstranten, die über die Ermordung weißer Kinder besorgt sind“, beschrieben, was für einen Solidarisierungseffekt sorgen sollte. Diese Live-Berichtersteller standen alle in direkter Verbindung zur *English Defence League*. Auf X wurde für Stimmung gesorgt, aber die Strippenzieher saßen ganz woanders, zum Beispiel im Urlaub auf Zypern.

Nigel Farage, dessen Partei *Reform UK* nun mit fünf Sitzen im Unterhaus vertreten ist, goss ebenfalls Öl ins Feuer. Er griff Premierminister Keir Starmer an und behauptete fälschlicherweise, Starmer habe alle friedlich protestierenden Bürger als rechtsradikal bezeichnet. Das führte dazu, dass der Hashtag „Starmer“ überall auf den Plattformen dominierte und es gar nicht mehr um die Gewalt ging. Es schien fast so, als würde man versuchen, den Begriff „rechtsextrem“ zu normalisieren und ihn zum Synonym für den durchschnittlichen *Reform*-Wähler zu machen. Die meisten Posts kamen von Pro-*Reform*-Konten, bei zwei Dritteln von ihnen waren die Inhalte kopiert, eingefügt und sehr oft geteilt worden, obwohl diese Konten nicht viele Follower haben. Datenanalysten fanden auch sehr viele KI-Konten, die die Desinformationskampagne gepusht haben. Eine ehemalige Mitarbeiterin der Muttergesellschaft von Cambridge Analytica, der Organisation, die für die Brexit-Kampagne genutzt wurde, schien ebenfalls involviert zu sein.

Woher kommt die Gewaltbereitschaft in Teilen der britischen Gesellschaft?

Es ist deutlich geworden, dass die Akteure, die hinter der *English Defence League* stehen, bewusst provozieren und Gewalt auslösen wollten. John Denham, Innenminister unter Blair, verglich deren Taktik mit dem Agieren der [*British Union of Fascists*](#) in den 1930er Jahren. Die heutige Struktur der Hooligan-Szene ist ein idealer Nährboden für diese Form von Mobilisierung. Man benötigt keine formalisierte Mitgliederstruktur mehr, sondern steuert die Sozialen Medien über eine Handvoll Influencer.

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Das Gefährliche an dieser Entwicklung ist, dass es sich mittlerweile um paramilitärische Einheiten handelt, die strategisch vorgehen.

Es gibt zahlreiche Untersuchungen über den sozialen Hintergrund der vornehmlich weißen jungen Männer, ihr niedriges Bildungsniveau, die Funktion von Gewalt zur Stärkung des Selbstwertgefühls oder die Rolle von Alkohol. Während es früher jedoch nur Schlägertruppen waren, planen sie heute ihre Aktionen und sind sowohl finanziell als auch international vernetzt. Das Gefährliche an dieser Entwicklung ist, dass es sich mittlerweile um paramilitärische Einheiten handelt, die strategisch vorgehen. Der Staat kann nur mit präventiver Polizeiarbeit, mit sozialen Programmen zur Deradikalisierung und mit einer konsequenten Strafverfolgung dagegen vorgehen. Stattdessen hat das jahrelange Sparprogramm der letzten Regierung die Sozial- und Polizeiarbeit behindert. Entscheidungsträger bei der Polizei sprechen davon, dass ihnen 3,2 Milliarden Pfund fehlten, um effektive Verbrechensbekämpfung leisten zu können.

Die soziale Lage im Land hat sich seit 2010 radikal verschlechtert. Mehr als einer von fünf Menschen im Vereinigten Königreich, 14,4 Millionen Menschen, ist von Armut betroffen. Fast drei von zehn Kindern leben in Armut. Insbesondere alleinerziehende Mütter sowie Schwarze, Asiaten und andere ethnische Minderheiten sind stark von Armut betroffen. Bei den Ausschreitungen sah man jedoch keine alleinerziehenden Mütter oder arme Schwarze, sondern sehr viele junge weiße Männer.

Die Zahl der über den Ärmelkanal kommenden Flüchtlinge ist trotz strikter Asylpolitik der Tories in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Das Land wird immer wieder von ethnisch motivierten Auseinandersetzungen und Ausschreitungen von Migranten heimgesucht. Gibt es abseits der rechtsextremen Gewalt nicht auch eine legitime Unzufriedenheit in großen Teilen der Bevölkerung mit der Migrationspolitik?

Unter den Tories war es nicht möglich, die Frage von Einwanderung als Sachthema zu diskutieren. Das Thema wurde unter anderem in der Brexit-Kampagne instrumentalisiert und als [Wahlkampfthema missbraucht](#). Wohl kaum ein anderes Thema lässt sich so sehr nutzen, um von Problemen abzulenken, etwa dem Rückgang staatlicher Finanzierung für den Bau von Sozialwohnungen oder von fehlenden Jobs aufgrund einer ausbleibenden Industriestrategie. Fakt ist, dass die Einwanderzahlen aus Europa zurückgegangen sind und dass die aus dem Commonwealth zugenommen haben. Ursache hierfür ist der Brexit. Die Ausschreitungen richteten sich jedoch nicht gegen weiße Schweden oder Franzosen, sondern sind eindeutig rassistisch motiviert.

Fakt ist, dass die Einwanderzahlen aus Europa zurückgegangen sind und dass die aus dem Commonwealth zugenommen haben. Ursache hierfür ist der Brexit.

Wie im Lehrbuch haben die Tories und mit ihr die britische Demokratie seit 2010 eine stetige Entwicklung hin zum Populismus durchlaufen und die Frage von Identität zu einem Schlüsselthema gemacht. Wir haben viele Jahre gesehen, in denen der Kulturkampf gepflegt wurde. Ehemalige Berater von Boris Johnson werfen den Tories vor, mit ihrer Sprache Hass geschürt zu haben. Die Hassrede habe sich dabei nicht nur gegen Migranten gerichtet, sondern auch gegen andere Minderheiten. Insofern wächst die Angst auf allen Seiten.

Die Ausschreitungen sind der erste große Test für den neuen Premierminister Keir Starmer. Wie will er die Lage beruhigen?

Starmer ist ehemaliger Generalstaatsanwalt und hat Erfahrungen mit den Unruhen von 2011. Rechte Fernsehsender wie *GB News* bemühten sich, ihm Aussagen zu Geflüchteten oder zur „political correctness“ abzurufen, doch er äußerte sich wenig zu den kultur- und identitätspolitischen Kämpfen. Genau das scheint auch jetzt seine Strategie zu sein. Anstatt auf die vorgeschobenen Argumente der Gewalttäter einzugehen, stellt er ihre Herkunft aus der Hooligan-Szene in den Vordergrund und benennt die Strippenzieher. Er griff unter anderem auch Elon Musk an. Starmer hat eine Art Taskforce ins Leben gerufen, Urlaubssperren für Polizisten verhängt und 130 zusätzliche Einheiten mit über 2 000 Polizisten aufgestellt. „Take back our Streets“ war Schwerpunkt von *Labour* im Wahlprogramm. Der wahre Gegner scheint aber in den Sozialen Medien zu sitzen.



Michèle Auga, London

Michèle Auga leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vereinigten Königreich und Irland. Zuvor leitete sie die Referate Subsahara-Afrika und Westeuropa/Nordamerika der FES in Berlin sowie die FES-Büros in Mali, den Palästinensischen Gebieten und bei den Vereinten Nationen in New York.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/es-handelt-sich-um-paramilitaerische-einheiten-7697/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Gerechter Wandel.

Die britische Stahlindustrie erhalten und das Klima schützen: Gelingt der neuen Labour-Regierung die Quadratur des Kreises?

Von Chaitanya Kumar

30.07.2024



Entscheidet sich im Stahlwerk in Port Talbot die Zukunft der britischen Stahlindustrie? - pa / Construction Photography | Photo Library Wales

Das Vereinigte Königreich steht am Anfang einer sehr spannenden Ära. Über 150 Jahre, nachdem das Land die industrielle Revolution mit dem Aufkommen der Kohle in Gang gesetzt hatte, wird 2024 das letzte Kohlekraftwerk stillgelegt. Nach jahrzehntelangem Anstieg der Kohlenutzung ist diese plötzlich rapide zurückgegangen, da CO₂-Steuern und erneuerbare Energien diese schmutzige Energiequelle – wahrscheinlich für immer – aus dem System gedrängt haben.

Das ist zwar ein Grund zum Feiern, aber das Land muss auch auf die unangenehme Geschichte zurückblicken, wie frühere Regierungen mit den Hunderttausenden von Arbeitern umgingen, die die britische Kohleindustrie aufrechterhielten. Die berüchtigten Streiks der Bergleute unter der Thatcher-Regierung vor 40 Jahren haben in den ehemaligen Bergbaugemeinden tiefe Narben hinterlassen, die bis heute spürbar sind. Ein Musterbeispiel für einen sehr schlecht organisierten Wandel, der die wirtschaftlichen Ansichten einer ganzen Generation prägte.

Während das Land auf Kurs zu einem Netto-Null-Übergang ist, taucht das Erbe aus der Vergangenheit wieder auf. Im Fokus steht vor allem das Stahlwerk in der walisischen Stadt Port Talbot. Dort wird über die Zukunft der britischen Stahlherstellung entschieden. Die Zukunft dieses Stahlwerks, das sich im Besitz des indischen Mischkonzerns TATA befindet, ist ein Vorbote für Großbritanniens neuen Versuch einer industriellen Strategie. Gegen einen großzügigen Zuschuss in Höhe von 500 Millionen Pfund (knapp 600 Millionen Euro) der gerade abgewählten konservativen Regierung hat sich das Unternehmen verpflichtet, die Stahlproduktion umzustellen: von der Produktion von Eisenerz mittels Kokskohle auf die Herstellung von Stahl aus Metallschrott in [Lichtbogenöfen](#).

Das führt zu einem gewaltigen Stellenabbau: Fast 3 000 der insgesamt 8 000 Beschäftigten werden dieses Jahr ihren Arbeitsplatz verlieren, zukünftig werden möglicherweise noch weitere Stellen abgebaut werden. TATA behauptet, dass der Betrieb der riesigen Hochöfen täglich einen Verlust von einer Million Pfund bedeutet. Zudem wolle das Unternehmen den Übergang Großbritanniens zu „Netto-Null“ unterstützen. Verständlicherweise setzen die Gewerkschaften sich zur Wehr und schlagen eigene, von den Arbeitskräften selbst geleitete Pläne für den Übergang vor. Die gerade mit einem Erdrutschsieg gewählte *Labour*-Regierung findet sich nun mitten in diesen Auseinandersetzungen wieder. Sie hat versprochen, sofort neue Verhandlungen mit TATA aufzunehmen, um die Stellen in Port Talbot zu sichern, ohne den Übergang zu gefährden. Sollte ihr das gelingen, würde sie damit einen enorm wichtigen Präzedenzfall für andere Wirtschaftssektoren schaffen, auf die in den nächsten Jahren ebenfalls erhebliche Umbrüche zukommen.

Die Situation stellt den neuen Wirtschaftsminister Jonathan Reynolds, der für diese Verhandlungen zuständig ist, vor drei interessante Herausforderungen. Zum einen muss er sein Wahlversprechen umsetzen, die Arbeiterschaft zu schützen und mittels weiterer staatlicher Zuschüsse in Höhe von 2,5 Milliarden Pfund eine „Job-Garantie“ zu erwirken. Zweitens muss er aber auch dafür sorgen, dass das Unternehmen wettbewerbsfähig bleibt und drittens darf er den Netto-Null-Übergang nicht in Gefahr bringen. Diese drei Herausforderungen sind miteinander verknüpft. Es bestehen berechtigte Bedenken, dass der Erhalt der Herstellung von Primärstahl durch öffentliche Zuschüsse nur eine Industrie künstlich stütze, die im Vergleich zu den Industrien in Schweden, Spanien und den USA nicht wettbewerbsfähig sei. Gleichzeitig läuft der Vorschlag der Gewerkschaft, der einen Ausbau der Hochofenanlagen vorsieht, möglicherweise der Dringlichkeit des Übergangs zum Klimaschutz zuwider.

Die Binnennachfrage nach Stahl wird in Großbritannien innerhalb dieses Jahrzehnts um ein Viertel des heutigen Bedarfs steigen.

Hier erfordert die Quadratur des Kreises eine klare industrielle Strategie, mit der die Wettbewerbsvorteile Großbritanniens ausgeschöpft werden und langfristig ein Markt für grünen Stahl gesichert wird. Die Binnennachfrage nach Stahl wird in Großbritannien [innerhalb dieses Jahrzehnts](#) um ein Viertel des heutigen Bedarfs steigen. Das ist in erster Linie auf den Bedarf an neuen Infrastrukturen für erneuerbare Energien zurückzuführen. Um diesen Bedarf wettbewerbsfähig decken zu können, ist eine ähnliche Unterstützung erforderlich, wie sie in anderen Ländern für die Stahlproduktion geleistet wird, beispielsweise in den USA durch das Gesetz zur Reduzierung der Inflation, den *Inflation Reduction Act*. Manch einer argumentiert, dass eine Verstaatlichung der Stahlindustrie es dem Land effektiver ermöglichen würde, eine Industriestrategie zu entwickeln, die unabhängig von den Entscheidungen privatwirtschaftlicher Unternehmen ist. Aber auch das ist keine kostenlose Alternative und die selbst auferlegten haushaltspolitischen Zwänge der *Labour*-Partei machen dieses Szenario derzeit wenig attraktiv.

Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme müssen die politischen Maßnahmen eine gemeinsame Hebelwirkung entfalten. Ein robuster Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen, der die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindert; Kapitalsubventionen oder Steuergutschriften, um Anreize für private Investitionen in neue Infrastruktur zu schaffen; langfristige Verträge über saubere Energien für billigen Strom und Abnahmeverträge mit öffentlichen und privaten Kunden, mit denen Kapitalkosten reduziert werden können. Hebel dieser Art auf Nachfrage- und Angebotsseite werden von entscheidender Bedeutung für die Umgestaltung der britischen Stahlindustrie sein. In den

USA und in der EU wurden bereits Maßnahmen dieser Art eingeführt, um noch vor 2030 eine Welle von Projekten zur Herstellung grünen Stahls in Gang zu setzen. Das könnte Großbritannien möglicherweise vom Markt drängen.

Wenn Großbritannien einen Wettbewerbsvorteil hat, dann [ist es die Tatsache, dass das Land sehr viel Metallschrott erzeugt](#) und die jetzigen Standorte bereits über die zusätzliche Infrastruktur wie Netzanbindungen verfügen. Lichtbogenöfen zur Herstellung von Eisenschwamm mit Wasserstoff ist die Zukunft des grünen Stahls – und Großbritannien ist gut aufgestellt, diese Gelegenheit zu nutzen. Der internationale Thinktank *Energy Transitions Commission* schätzt, dass ein staatlicher Zuschuss von 30 Prozent für ein neues Projekt mit Wasserstoff, Eisenschwamm und Lichtbogenöfen zusammen mit einem Kohlenstoffpreis von 100 Pfund pro Tonne und einer Prämie für die Abnahme [die Herstellung von grünem Stahl in Großbritannien sehr wirtschaftlich machen könnte](#). Entscheidend wird auch sein, sicherzustellen, dass die industriellen Abnehmer von den billigen erneuerbaren Energien profitieren, da der Strombedarf rapide ansteigen und sich verfünffachen könnte, wenn alle Hochöfen in Lichtbogenöfen umgewandelt werden. Allerdings sind die Energiepreise in Großbritannien beträchtlich höher – im Durchschnitt zeitweise [bis zu 80 Prozent teurer als in anderen europäischen Ländern](#) –, was die Kosten für die Stahlproduktion natürlich in die Höhe treibt.

Es ist unwahrscheinlich, dass dieser Übergang in einer solchen Geschwindigkeit erfolgt, dass alle heutigen Arbeitsplätze erhalten werden können. Aber genau so, wie sich die Stahlindustrie entwickelt, müssen sich auch die Arbeitskräfte entwickeln. Ein Bericht des Fachbereichs Wirtschaft der Universität Leeds macht deutlich, dass die Arbeiterschaft in der Industrie dem grünen Übergang optimistisch entgegensieht [und ihn als eine Gelegenheit für Arbeitsplatzsicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit begreift](#). Entscheidend dabei ist jedoch die Umschulung und Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte, damit sie mit den neuen Technologien umgehen und sich an neue Rollen anpassen können.

Das Versprechen der neuen *Labour*-Regierung, die britische Stahlindustrie zu erhalten und auszubauen, ist begrüßenswert. Aber es wird weit mehr als staatliche Investitionen erfordern, wenn die Branche langfristig nachhaltig und wettbewerbsfähig sein soll.

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Chaitanya Kumar, London

Chaitanya Kumar leitet die Arbeit der *New Economics Foundation* zum *Green New Deal*, zu *Just Transition* und zu anderen Umweltprogrammen. Zuvor war er Leiter der Klima- und Energiepolitik bei *Green Alliance* in Großbritannien und davor in Neu-Delhi Leiter der Südasien-Kampagnen von *350.org*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gerechter-wandel-7681/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter